

PIERRE BROUÉ

DIE DEUTSCHE REVOLUTION

Band 2: Vom Aufbau der kommunistischen
Massenpartei zum Scheitern der Deutschen Revolution

Übersetzt und mit einem Nachwort von Wolfram Klein

manifest.
geschichte des widerstands.

In der Edition **geschichte des widerstands**. veröffentlichen wir Bücher mit einem historischen oder biographischen Schwerpunkt.

1. Auflage, 2024

Manifest Verlag (Arnsburg, Koschitzki, Sol e.V. GbR)

Dieffenbachstr. 17, 10967 Berlin

Telefon: (030) 24 72 38 02

Email: info@manifest-verlag.de

Internet: www.manifest-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten.

Original: Pierre Broué: Révolution en Allemagne 1917-1923

© by Les Editions de Minuit, 1971

Übersetzung und wissenschaftliche Bearbeitung: Wolfram Klein

Korrektur: David Thiele, Arthur Gubar, Alexandra Arnsburg

Endbearbeitung und Redaktion: René Arnsburg

Satz und Umschlaggestaltung: René Arnsburg

Druck: Booksfactory

Umschlagfoto: ADN-ZB/Archiv Novemberrevolution 1918 in Deutschland. In Berlin beginnt am Morgen des 9. November 1918 der Generalstreik und der bewaffnete Kampf. Die Soldaten verbrüdern sich mit dem revolutionären Proletariat. Die Monarchie und die kaiserliche Regierung wird gestürzt. Demonstrationen am 9.11. in Berlin, Unter den Linden, in Höhe der Universität, (Unter den begleitenden Kindern befindet sich Arno Munter, dritter Junge von links).

ISBN Band 1: 978-3-96156-114-8

ISBN Band 2: 978-3-96156-115-5

ISBN alle Bände: 978-3-96156-116-2

Inhaltsangabe

Teil III

Von der Eroberung der Massen zur kampflösen Niederlage

Kapitel XXVIII: Schwer bewahrte Einheit.....	8
Kapitel XXIX: Neuanfang.....	34
Kapitel XXX: Die Wende von Rapallo.....	47
Kapitel XXXI: Für die Einheitsfront gegen Elend und Reaktion.....	54
Kapitel XXXII: Die »Kommunistische Massenpartei«.....	71
Kapitel XXXIII: Die Arbeiter*innenregierung.....	90
Kapitel XXXIV: Ausarbeitung der Taktik.....	105
Kapitel XXXV: Die Ruhrbesetzung.....	124
Kapitel XXXVI: Krise in der KPD.....	136

Kapitel XXXVII: Eine beispiellose vorrevolutionäre Situation	146
Kapitel XXXVIII: Der Sturz der Regierung Cuno	169
Kapitel XXXIX: Die Vorbereitung des Aufstandes	191
Kapitel XL: Die deutsche Revolution von Moskau aus gesehen	214
Kapitel XLI: Der deutsche Oktober	225
Kapitel XLII: Neue Nachwehen der Niederlage	250

Teil IV

Ein von der Geschichte verdammtes Unternehmen?

Kapitel XLIII: Geschichte und Politik	268
Kapitel XLIV: Die Übertragung des Bolschewismus auf den deutschen Körper	278
Kapitel XLV: Paul Levi oder die verpasste Gelegenheit?	299
Kapitel XLVI: Karl Radek oder die Verwirrung der Genres	312

Kapitel XLVII:	
Bilanz eines Scheiterns	322
Nachbemerkungen	334
Ein paar kritische Anmerkungen zu Broué	
Chronologie	345
Biografische Notizen zu den wichtigsten zitierten Aktivist*innen	366
Bibliografie	416

Teil III

Von der Eroberung der Massen zur
kampfflosen Niederlage

Kapitel XXVIII: Schwer bewahrte Einheit

Lenins Bemühungen auf dem Dritten Kongress der Internationale, die Einheit der deutschen Partei aufrechtzuerhalten, können nicht überraschen: Nichts ist Lenins Denken fremder als ein Dogmatismus, der die Realität leugnet oder versucht, ihr Gewalt anzutun, um sie seinen Schemata entsprechend zu gestalten. Man muss Lenins Politik in der Sozialdemokratischen Arbeiter*innenpartei zwischen 1906 und 1912 und, nach 1921, seine Haltung zur Spaltung der deutschen Partei auf dem Heidelberger Parteitag, seine Bemühungen um eine Annäherung an die KAPD und die linken Unabhängigen im Jahr 1920, sein Anliegen, nach der Märzaktion einen reparierenden Kompromiss zu erreichen, ignorieren, um zu bekräftigen, wie Levi es als einer der ersten tat, dass die Spaltung in den Augen der Bolschewiki eines der ständigen und privilegierten Mittel zum Aufbau der revolutionären Arbeiter*innenbewegung darstellte.

Endgültige Spaltung mit der KAPD

Eines der ersten Ergebnisse des 3. Kongresses der Internationale ist, den Versuchen der Wiedervereinigung mit der KAPD ein Ende zu setzen. Lenin, der seit dem Heidelberger Parteitag ihr beständigster Verteidiger gewesen war, schätzt nun diese linksradikale Strömung auf andere Weise ein. Schon am Vorabend des Kongresses hielt er es für einen schweren Fehler, 1920 für die Aufnahme der KAPD als sympathisierende Partei in die Internationale gekämpft zu haben.¹ Seine Stellungnahme gegen Appel während der Debatten und die Art und Weise, wie er in seiner Kritik die von der KAPD vertretenen Positionen mit denen der Linksradikalen in der Internationale verknüpfte, deuten wahrscheinlich darauf hin, dass er sich der Gefahr für die Zukunft der Internationale bewusst war, die von der Vereinigung dieser beiden linksradikalen Flügel ausging, die im Wesentlichen nur durch persönliche Fragen getrennt zu sein scheinen.

Im Verlauf der Debatten zeigen die Interventionen der anderen Führer der Exekutive deutlich, dass ein Wendepunkt erreicht ist. Sinowjew griff einen Artikel Gorters an, der besagte, dass die Interessen der Sowjetmacht in den Köpfen der Führer*innen Vorrang vor revolutionären Notwendigkeiten hätten. Er droht:

»Mit dieser Politik, die halb kindisch, halb verbrecherisch ist, werden Sie zu den Feinden der proletarischen Republik werden.«²

¹ Siehe Kapitel XXVII.

² Protokoll des III..., S. 190. [i.O. kursiv]

Radek, ihn unterbrechend, rief aus, dass »Gorter bereits Kronstadt verteidigt.«³ Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, dass Radek und Sinowjew im Namen des Exekutivkomitees die KAPD aufforderten, innerhalb von drei Monaten mit der VKPD zu fusionieren, unter Androhung, aus der Internationale ausgeschlossen zu werden.⁴

Die KAPD-Delegation ihrerseits, die im Verlauf des Kongresses keines der ihr gesetzten Ziele erreicht hatte, kehrte mit der Überzeugung zurück, dass die Idee, eine Linksfraktion in der Dritten Internationale aufzubauen, eine Illusion sei.⁵ Die Entscheidung zum Bruch wurde jedoch mit Zustimmung beider Parteien an die nationalen Autoritäten der KAPD verwiesen: Ihr Zentralausschuss unternahm am 31. Juli 1921 die ersten Schritte zum Aufbau einer »Kommunistischen Arbeiter-Internationale«, die gegen die Kommunistische Internationale gerichtet war.⁶ Tatsächlich war die Zersetzung der ersten linksradikalen Partei zu diesem Zeitpunkt schon weit fortgeschritten. Viele der Anhänger*innen des Nationalbolschewismus hatten sich bereits auf den Weg gemacht, ob es sich um Wendel handelt, der im Sommer 1920 zur Sozialdemokratie zurückgekehrt war⁷, oder um Wolffheim, der in der »Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus« mit den Offizieren und Unternehmern verbunden war, die ihn zu den nationalsozialistischen Gruppierungen führen sollten.⁸ Otto Rühle seinerseits wurde zu einem der heftigsten Feinde der Internationale und der kommunistischen Perspektiven, die in seinen Augen waren:

»Oben: Autorität, Bürokratismus, Personenkult, Führerdiktatur, Kommandogewalt. Unten: Kadavergehorsam, Subordination, Strammstehen.«⁹

Als Verfechter einer »antiautoritären« revolutionären Orientierung wich auch er von der organisierten Arbeiter*innenbewegung ab. Der Rest der Partei, gruppiert hinter Schröder und der Berliner Gruppe, überlebte bis zur nächsten Spaltung.¹⁰ Die linksradikale Strömung ist nicht erloschen und wird im Herzen der KPD wiederbelebt. Aber die 1920 gegründete linksradikale Partei ist moribund.

Neue theoretische Probleme

Ab 1921 sind die theoretischen Probleme, die sich den Kommunist*innen stellen, ganz anders als die, die die Bolschewiki vor dem Krieg kannten: Zweimal nämlich,

3 Ebenda.

4 Bock, a.a.O., S. 262.

5 Bock, a.a.O., S. 262.

6 Ebenda, S. 341.

7 Ebenda, S. 444.

8 Ebenda, S. 281 [und 444].

9 Ebenda, S. 286.

10 Sie findet im März 1922 statt, einem Datum, ab dem zwei rivalisierende Gruppen, die von Berlin und die von Essen, beide den Anspruch erheben, KAPD zu sein (Ebenda, S. 244).

zuerst 1905 und dann 1912, hatte die Spaltung das Mittel zum Aufbau der russischen Partei dargestellt, die die »Liquidatoren« nicht wollten. Nach 1914 stellt sich das Problem auf internationaler Ebene: Für die Bolschewiki handelt es sich um den Wiederaufbau der Weltarbeiter*innenbewegung, einen Wiederaufbau, der über die Beseitigung der für die Bourgeoisie gewonnenen Führer*innen geht, und um die Sammlung der Arbeiter*innenmassen in neuen Parteien.

Bis 1921 wird davon ausgegangen, dass die Revolution unmittelbar bevorstehe, dass »das Haus brennt«: Trotz ihrer Brutalität stellt die Spaltung die einzige Methode dar, den Massen, die ihre Hände nach der Macht ausstrecken, in kürzester Zeit eine revolutionäre Führung zu geben. Aber, ab dem 3. Weltkongress ist die Revolution keineswegs unmittelbar bevorstehend. Andererseits führt die Spaltung der internationalen Arbeiter*innenbewegung, die von den Kommunist*innen als schnellster Weg zur Liquidierung der opportunistischen Vergangenheit und zur Wiedervereinigung des Proletariats auf revolutionärer Grundlage durchgeführt wurde, in Wirklichkeit zu einer dauerhaften Spaltung zwischen rivalisierenden Internationalen, Parteien und Gewerkschaften. In einer historischen Periode, die in den Augen der Bolschewiki immer noch die der endgültigen Krise des Kapitalismus ist, bleibt die revolutionäre Perspektive, auch auf längere Sicht, die Machtübernahme. Aber sie setzt den Sieg der revolutionären Strömung über die reformistische Strömung im Inneren der Arbeiter*innenbewegung voraus. Nun kann dieser Sieg – niemand zweifelt daran, seit die Linksradiكالen die Internationale verlassen haben – nicht allein mit den Argumenten der theoretischen Diskussionen und der Propaganda errungen werden: er hängt wesentlich von der Fähigkeit der Revolutionär*innen ab, die Massen in der Aktion durch ihre eigene Erfahrung zu überzeugen.

Die deutsche Situation ist das beste Beispiel für die Schwierigkeiten, denen die Kommunist*innen auf diesem Weg begegnen. Die Märzaktion hat gezeigt, dass die isolierte Aktion der Kommunist*innen letztlich ein negativer Faktor in ihrer Entwicklung darstellte, dass sie die Aktivist*innen entmutigte, indem sie sie zur Niederlage verdammt, und dass sie die anderen, sogar die Sympathisant*innen, verängstigte, indem sie sie zurückstieß, wenn nicht direkt zur Bourgeoisie, so doch zumindest, was die um die Führer*innen der Sozialdemokratie organisierten Massen betrifft, in eine Haltung der Skepsis und Passivität. Um das Vertrauen in die eigene Kraft wiederzuerlangen, um eine konkrete Vorstellung von den zu erreichenden Zielen zu haben, um Kontakt mit den reformistisch genannten Parteien und Gewerkschaften zu bekommen, müssen die arbeitenden Massen gegen das kapitalistische Regime kämpfen. Aber sie werden sich nur zum Kampf entschließen, wenn sie das Gefühl haben, dass ein Sieg möglich ist. Deshalb haben sie das Bedürfnis, auch bei begrenzten Zielen, Kämpfe als Ganzes, an einer Klassenfront zu führen. Die aus der Spaltung geborene Teilung der Arbeiter*innenklasse ist auf diesem Weg ein Hindernis: Die Arbeiter*innen, die einer der politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen vertrauen, sind nicht bereit, den

Losungen der Anhänger*innen der konkurrierenden Organisation zu glauben. Gemeinsames Handeln erfordert daher, außer in Ausnahmefällen, Vereinbarungen an der Spitze zwischen den Organisationen. Aber auch hier sind die Hindernisse immens, da die Kommunist*innen den Führer*innen, die sie gleichzeitig als »Verräter« qualifizieren, Vereinbarungen vorschlagen müssen. Wenn sie aufhörten, sie zu denunzieren, würden sie ihnen den zukünftigen Verrat erleichtern; wenn sie dies weiterhin täten, würden sie ihnen solide Gründe liefern, um jede Zusammenarbeit zu verweigern. Es ist dieser Widerspruch, den die Einheitsfrontpolitik zu überwinden vorschlägt: Sie beruht auf der Überzeugung, dass die Massen, die den sozialdemokratischen Führer*innen folgen, dazu gebracht werden können, ihnen bei neuen »Verraten« das Vertrauen zu entziehen, wenn sie sich in einer diesmal gemeinsam durchgeführten Aktion ereignen.

Die Strategie der Einheitsfront war implizit in der Politik der bolschewistischen Führer*innen 1917 innerhalb der Sowjets enthalten, in ihrem Kampf für den Bruch der Koalition zwischen Arbeiter*innenparteien und bürgerlichen Parteien, in ihrem Appell für die Macht der Sowjets, der höchsten Form der Einheitsfront der Klasse im Kampf. Das Wort war jedoch nie ausgesprochen worden; bis zum Offenen Brief von 1921 hatten die Kommunist*innen ihren Kampf für die Vereinigung der Arbeiter*innenklasse vor allem als Beseitigung der »opportunistischen« Führungen begriffen: Mit den einundzwanzig Bedingungen hatten sich die Kommunist*innen überall zu den Agent*innen der Spaltung gemacht und die Sozialdemokrat*innen zu den Verteidiger*innen der »Einheit.« Die Strategie der Einheitsfront erscheint im Hintergrund in den Beschlüssen des 3. Kongresses, in denen die Parteien aufgefordert werden, »zu den Massen zu gehen.« Die Vereinigung der Arbeiter*innenklasse unter dem Banner des Kommunismus zu erreichen, die Spaltung zu überwinden und die Arbeiter*innenbewegung von ihren opportunistischen Führer*innen zu befreien: Das Ziel bleibt identisch mit dem der revolutionären Offensive von 1917-1921, aber die Methoden ändern sich.

Nichts lässt die Behauptung zu, dass die Bolschewiki mit der Formulierung dieser neuen Politik endgültig zur Politik der vorangegangenen Periode zurückkehren, endgültig die Idee des Zusammenlebens der Reformist*innen und der Revolutionär*innen innerhalb derselben Organisation akzeptieren wollten. Nichts lässt auch die Behauptung zu, dass Lenins Vorschläge zur Überwindung der Folgen der Spaltung der Arbeiter*innen sich auf die Formeln beschränkt hätten, die 1921-1922 zur Festlegung der Einheitsfrontlinie vorgelegt wurden. Die Krankheit ließ ihm keine Zeit, diesen Weg weiter zu gehen, falls er überhaupt die Absicht dazu hatte, aber der notwendige interne Kampf innerhalb der russischen Partei barg ohnehin das Risiko, die Diskussion in dem Stadium zu blockieren, das sie erreicht hatte. Der Widerstand gegen die Einheitsfrontpolitik, auf den man in den verschiedenen Parteien der Internationale stieß, sowohl von Seiten der reuelosen Linksradiكالen als auch von Seiten der sogenannten »rechten« und »opportunistischen« Elemente, zeigt, dass die kommunistische Internationale ihre eigene Ideologie bereits erzeugt hatte und dass der

Mann, der sie gegründet und inspiriert hatte, ihre Routine, ihre anerzogenen Reflexe, mit einem Wort ihren Konservatismus berücksichtigen musste.

Levis Thesen

Während der 3. Weltkongress die Strategie der proletarischen Revolution in neuen Begriffen aufstellte, stellt Paul Levi seinerseits einen Text über »Die Aufgaben der Kommunisten«¹¹ fertig. Wie Lenin und Trotzki stellt er die Umkehrung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen im Weltmaßstab fest und betont, dass die Kommunist*innen ihre Politik von nun an »langfristig« anpassen müssen. Dies impliziert eine gewisse Anzahl von Überarbeitungen und Korrekturen.

Der erste betrifft die Gewerkschaftspolitik. Die Rote Gewerkschaftsinternationale war auf der Grundlage einer Politik konzipiert worden, die »mit raschem Voranschreiten der Revolution und mit entsprechend rascher Umstellung der Proletariermassen rechnete.«¹² Es ist wichtig, dies jetzt in Frage zu stellen. Dasselbe gilt für die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie: sie ist die Partei des Reformismus, d.h. der Klassenkollaboration geworden, behält dennoch – und zwar auf unabsehbare Zeit – ein beträchtliches Vertrauenskapital unter den Arbeiter*innen: die bisherigen Hoffnungen, die opportunistischen Führer*innen aus der Bewegung auszuschließen und nach Spaltungen rasch eine revolutionäre Wiedervereinigung zu erreichen, sind in eine mehr oder wenige ferne Zukunft zu vertagen. Es ist jetzt eine neue objektive Tatsache der Weltlage, dass zwei Arbeiter*innenparteien nebeneinander existieren, eine reformistische und eine revolutionäre, wobei die erstere der letzteren zahlenmäßig weit überlegen ist. Die Spaltung in den Reihen der Arbeiter*innen trägt auch zur tiefen Niedergeschlagenheit der Massen bei, zur Frustration ihres stärksten Gefühls, dem ihrer Einheit.

Unter solchen Bedingungen müssen sich die Kommunist*innen vor allem hüten, was die Spaltung vergrößern könnte. Sie haben im Gegenteil die Pflicht, alles zu tun, um die in ihren Organisationen gespaltenen Proletarier in der Aktion zu vereinen. Sie müssen »mit den anderen proletarischen Parteien in Kontakt treten und gemeinsam mit ihnen in konkreten Kämpfen arbeiten, sei es parlamentarisch oder außerparlamentarisch«¹³, mit anderen Worten, die Politik aufgreifen, die durch den offenen Brief vom Januar 1921 eingeleitet wurde.

11 »Die Aufgaben der Kommunisten«, Sowjet, Nr. 5, 1. Juli 1921, S. 138-144. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« I/3, S. 788-796]

12 [a.a.O., S. 794]

13 [Eine derartige Formulierung konnten wir in Levis Texten nicht finden. Am nächsten kommt ihr: »Die Kommunistische Partei erklärt sich bereit, unbeschadet ihres Rechtes, weitergehende Forderungen im Interesse des Proletariats zu stellen, jede parlamentarischen wie außerparlamentarischen Aktionen dieser Parteien zu unterstützen und zu fördern.« (»Resolution«, Unser Weg (Sowjet). Zeitschrift für kommunistische Politik, 3.Jg., H. 10, September 1921, S. 269-272, hier S. 271. Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...«, I/3, S. 913-916, hier S. 915. Es handelt sich um eine von Levi für seine Anhänger*innen in der VKPD verfasste Resolution für den Jenaer Parteitag]

Levi meint, dass dieses jetzige Hauptproblem, das »der Beziehungen der Kommunisten zu den anderen proletarischen Parteien«¹⁴, nicht im Lichte der Erfahrung der russischen Revolution und der Bolschewiki gelöst werden kann, weil die Lage in Deutschland und in Westeuropa im Allgemeinen grundlegend anders ist:

»Der grundlegende Unterschied zwischen den entsprechenden Verhältnissen in Deutschland etwa und in Russland ist der: in Russland spielte sich das Leben der proletarischen Parteien in der Vorbereitungszeit der Revolution illegal ab. Die Erscheinungsform der Kämpfe zwischen den proletarischen Parteien war im Wesentlichen die der Kampfschrift und der Resolution. Damit soll nichts gegen jene durch die Umstände gebotene Parteientwicklung gesagt sein, sondern nur das eine festgestellt: in Deutschland ist es anders. In Deutschland sind es Bewegungen großer Schichten von Proletariern, in denen sich die Auseinandersetzung innerhalb des Proletariats vollzieht. Die eigentliche Frühzeit der Revolution, die Zeit von den ersten offenen Kämpfen bis zur Machtergreifung durch die Bolschewiki bemaß sich nach Monaten. In Deutschland dauerten die Kämpfe, die damit endigten, dass das Proletariat vorläufig die Macht nicht ergreifen konnte, erheblich länger. Sie spielten sich ab in der Form der Kämpfe zwischen den Kommunisten und großen Teilen der Unabhängigen einerseits, den Sozialdemokraten andererseits. Es braucht in diesem Zusammenhang auf Schuld und Nichtschuld gar nicht eingegangen zu werden; es genügt, festzustellen, dass die Niederlage für alle die gleiche ist, für die sozialdemokratischen Arbeiter wie für die kommunistischen. (...) Also politisch ist das Ergebnis für alle Teile des Proletariats das gleiche geworden, die Niederlage; ökonomisch ist es das gleiche geblieben, die Ausbeutung. Das heißt, dass sozial der Einheitskörper, das Proletariat, geblieben und wieder geworden ist und auch mit der schönen Spielart von der ›Arbeiteraristokratie‹ ist kein neuer Marxismus zurecht zu philosophieren: der hat eine schlechte Kenntnis deutscher Verhältnisse, der die ganze Sozialdemokratie mit dem Schlagwort ›Arbeiteraristokraten‹ abtut. Ein Überrest, und ein wertvoller, aus den vergangenen Jahren ist aber geblieben: gedanklich besteht in der deutschen Arbeiterschaft heute ein tiefgehender Unterschied. Der Gedanke der Sozialreform hat sich ganz klar vom Gedanken der sozialen Revolution geschieden. Dafür brauchte es schon vorher keinen Beweis mehr; der Entwurf eines sozialdemokratischen Parteiprogramms hat ihn endgültig geliefert und der Widerstand, den er in der Sozialdemokratie fand, beweist nur, dass so reinlich, wie manche sozialdemokratische Führer es sich dachten, solche Scheidungen nie sind und dass nicht jedes Ding, das ist, sofort beim Namen genannt werden darf.«¹⁵

14 [»Der Parteitag der VKPD«, Unser Weg (Sowjet), Nr. 819, August 1921, S. 235. Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...«, I/3, S. 859-868, hier S. 864 f.]

15 »Der Parteitag der VKPD«, Unser Weg (Sowjet), Nr. 819, August 1921, S. 236-237. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...«, I/3, S. 859-868, hier S. 865 f.]

Es ist dieser Zustand, der die Kommunist*innen dazu zwingt, eine »Einheits«-Taktik zu verfolgen:

»Also: Die Gedanken der sozialen Reform und der Revolution haben sich geschieden, stehen einander parteimäßig gegenüber (...), und wie müssen sie sich zu einander stellen? Als in Zeiten offener Kämpfe sich die Sozialdemokratie schützend vor die Bourgeoisie stellte (...), musste sich der Kampf der revolutionären Massen gegen sie wenden. Nunmehr aber die Front wieder verkehrt ist, die sozialdemokratischen Arbeiter politisch wieder im Kreise der Geschlagenen sind und wirtschaftlich im Kreise der Ausgebeuteten, muss ein Verhältnis geschaffen werden, das bei aller scharfen Trennung der Gedanken und bei aller scharfen parteilichen Scheidung doch jederzeit die Möglichkeit des gemeinschaftlichen Kampfes gegen die Bourgeoisie offen lässt. Das bedeutet zunächst: Man führe eine gewisse Rationierung in schmückenden Beiworten ein.«¹⁶

Paul Levi unterstreicht in diesem Zusammenhang die verhängnisvolle Wirkung auf die deutschen Arbeiter*innen der Verwendung eines bestimmten Vokabulars, rituelle Beleidigungen wie »Verräter« oder »Menschewist«, rhetorische, vorgefertigte Phrasen, die in den Büros der Exekutive gut klingen, aber im Bewusstsein der Arbeiter*innen Westeuropas nichts bedeuten:

»Solche andere Sprache mag den deutschen Kommunisten vielleicht vom kleinen Büro der Exekutive den Tadel mangelnder ›revolutionärer Sprache‹ eintragen, aber ihr Ansehen innerhalb des deutschen Proletariats nur heben.

Das freilich sind nur gewisse Nebendinge, das Zeremoniell und die Sprache vom Hofe Ludwigs XIV. brauchen nicht eingeführt zu werden. Viel wichtiger ist, durch jene aktivste Mitarbeit in allen proletarischen Organisationen – von den Gewerkschaften abgesehen — den Geist des Vertrauens zu den Kommunisten und eine Stimmung zu schaffen, die dem Geiste proletarischer Solidarität entspricht. Freudigste Mitarbeit an allem, was proletarisch ist, an Bildungsinstitutionen, an Genossenschaften, Konsumvereinen überall: Das ist der Boden, auf dem bei aller Verschiedenheit der Auffassung über Ziel und Methode der Geist gedeiht, der allein eine gemeinsame Front gegen die Bourgeoisie schaffen kann.«¹⁷

Diese proletarische Einheitsfront ist zwar ohne Beispiel in der Geschichte der kommunistischen Bewegung, aber die Situation, die sie erzwingt, ist nach Paul Levi ebenfalls neu:

»Die deutschen Kommunisten müssen sich des Folgenden bewusst bleiben: Die Aufgabe, dass der Gedanke der sozialen Revolution, geformt als Massenpartei, dem der

¹⁶ Ebenda, S. 237. [a.a.O., S. 866]

¹⁷ Ebenda, S. 237-38. [a.a.O., S. 866]

Sozialreform, geformt als Massenpartei, entgegentritt, ist neu, ist ohne Beispiel in der Geschichte, muss von der deutschen Partei selbst gelöst werden und gewisslich nicht durch sinnlose Übertragung russischer Rezepte von den ›Menschewisten‹ usw.»¹⁸

Ist die Kommunistische Partei Deutschlands jetzt in der Lage, die notwendige Wendung zu schaffen, den anderen Parteien in Westeuropa den Weg zu zeigen? Die seit dem Kongress in Livorno gemachten Erfahrungen haben Paul Levi davon überzeugt, dass dies nicht der Fall ist und dass diese Partei zu keiner Initiative fähig ist.

Zum »ersten Male konnte eine kommunistische Partei Massen im Zeichen der sozialen Revolution in den politischen Kampf führen und ihre Kräfte messen an einer sozialreformerischen Partei, die an Geschlossenheit, Klarheit in ihrem Sinne und Einheitlichkeit in ihrem Sinne nichts gleiches hat. Die deutsche Revolution, hat sie nichts gebracht, konnte dem deutschen Proletariat diese Partei bringen. Die Strategen der Märzaktion haben es anders gewollt. Jetzt ist die VKPD an Mitgliederzahl zerrieben und ideologisch ein Trümmerhaufen. An die Stelle des Versuches zum Wiederaufbau trat der Kompromiss, die Besiegelung des Zusammenbruchs. Die Zahl derer, die behalten haben das, was sie hatten, ist gering geworden. Vielleicht wird es kommen, und wenn nicht Wunder geschehen, wird es so kommen, dass die Kommunistische Partei das Schicksal des Tarimflusses haben wird, jenes Flusses in Zentralasien, der mit vielen Wassern aus dem Gebirge kommt, groß und stark wird, aber nie das Meer erreicht. Er zerrinnt in der sibirischen Steppe, ›als wäre es nie gewesen‹. Dann hat das Schicksal dem deutschen Proletariat das Geschenk der großen proletarischen revolutionären Partei, die so einheitlich revolutionär wie die Sozialdemokratie reformerisch ist, versagt.«¹⁹

Erste Spaltung auf der rechten Seite

Eine Versöhnung Levis mit der Internationale war nicht prinzipiell ausgeschlossen, und Lenin hatte alles getan, um sie zu ermöglichen. Jedoch geschah das Gegenteil: Dem endgültig gewordenen Ausschluss Levis folgten andere, und die Partei erlebte erneut eine Spaltung.

Zunächst blieb Levi taub für Lenins Vorschläge, die von Clara Zetkin übermittelt wurden. Bereits am 27. Juli schrieb er ironisch an seine Freundin Mathilde Jacob:

»Von Mekka sind einige zurückgekehrt. Clara soll dieser Tage kommen. Lenin hat Begnadigung in Aussicht gestellt. Ich soll nach Mekka reisen (Canossa). Trotzki sprach so scharf wie ich ... Lenin nicht minder entschieden. Sinowjew infolgedessen umgefallen, Radek immer der gleiche Lumpenkerl ...«²⁰

¹⁸ Ebenda, S. 238. [a.a.O., S. 867]

¹⁹ Ebenda, S. 239. [a.a.O., S. 869]

²⁰ Levi-Archiv, P 113/15 [Mappe 44 in Box 19], zitiert von Beradt, a.a.O., S. 57. [Die Wiedergabe in »Ohne

Und nach Clara Zetkins Rückkehr schrieb er ihr:

*»Clara kam mit drei Vorschlägen: 1. viele Grüße (wovon die alten Juden sagen, macht Schabbes davon); 2. Zeitschrift und jede Organisation einstellen; 3. Sechs Monate Buße und und bei guter Führung und Feier des bolschewistischen Allwe-
sens die Aussicht auf einen Leninschen Ablass.«²¹*

War seine Wunde am Selbstwertgefühl zu tief? War es die »Eitelkeit eines Literaten«, der sich weigert, seine Fehler in Fragen einzugestehen, die er für zweitran-
gig hält, wenn er überzeugt ist, dass er im Wesentlichen Recht hatte, der Ekel vor
der Niedertracht gewisser Attacken, war es der brutal demaskierte Hass, das Gefühl
der Isolation, das ihn in wenigen Tagen zum Feind der Partei macht, die die seine
war, die Müdigkeit und Entmutigung, das Ende eines inneren Dialogs, das ihn dazu
bringt, die Debatte zu beenden, indem er eine organisatorische Solidarität verurteilt,
für die er selbst so sehr plädiert hatte? Dies sind zweifelsohne Elemente, die seine
Einstellung erklären. Indem er am 27. März an Lenin appellierte, hoffte Levi, dass
Lenin ihm zustimmen, die Richtigkeit seiner Position, das Verdienst seiner April-
initiative anerkennen und die Manöver Sinowjews, die Meinungswechsel Radeks, die
Dummheiten Bela Kuns und Rakosis desavouieren würde. Hat er wirklich die »Alles-
oder-Nichts«-Politik gegenüber Lenin praktiziert? Hielt er es für möglich, dass Lenin
nicht nur Sinowjew und Kun, sondern auch die deutschen Aktivist*innen, die ihr
Vertrauen in die Vertreter*innen der Exekutive gesetzt hatten, seiner eigenen Selbst-
liebe opfern würde? Vielmehr scheint es, dass Levis Entwicklung schrittweise verlief
und dass er zu dem Zeitpunkt, als Lenins Botschaft der ausgestreckten Hand ihn
erreichte, einen Punkt erreicht hatte, an dem es kein Zurück mehr gab. Seine Ent-
täuschung spiegelt sich dennoch in der Art und Weise wider, wie er den [3]. Welt-
kongress kommentiert, auf dem seiner Meinung nach nur die Autorität Lenins und
Trotzkis – auf sehr provisorische Weise – den endgültigen Sieg der, wie er es nennt,
»halbanarchistischen« Strömung in der Internationale verhinderte:

*»Die Internationale besteht leider nicht aus Tausenden Lenins und Trotzki. Ihre
Meinung ist sehr wichtig, aber nicht ausschlaggebend. Und die so verschrienen Le-
viten und andere Ketzler haben die ewige Wahrheit plus Lenin und Trotzki mit sich
und den Parteiapparat, die Presse, die Organisation, die praktische Führung in der
Exekutive gegen sich. Deshalb ist in Deutschland Lenin sozusagen graue Theorie
und Bela Kun die Praxis.«²²*

einen Tropfen ...« I/3, S. 819 f. unterscheidet sich etwas]

21 Levi-Archiv, P 113/20 [Mappe 44 in Box 19], zitiert von Beradt, ebenda. [Die Wiedergabe in »Ohne
einen Tropfen ...« I/3, S. 821 f. unterscheidet sich etwas]

22 Ebenda, S. 240. [tats. Aus Paul Levi, Nach dem III. Weltkongress, Sowjet, Nr. 7, S. 199-223, hier S. 210,
Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...«, 826-854, hier S. 839]

In der Tat werden die Ergebnisse des Kongresses der Internationale innerhalb der deutschen Partei auf weniger vereinfachende Weise übersetzt. Ruth Fischer ist entschieden gegen den Moskauer Kompromiss, von dem sie genau sieht, dass er die Linie des 2. Kongresses bestätigt und verstärkt, von der sie sich eine endgültige Abkehr erhofft hatte. Während der Arbeiten in Moskau in Deutschland verbleibend, verausgabte sie sich, um von Berlin aus einen Druck auf die Kongressteilnehmer*innen zu organisieren: so nehmen am 2. Juli 2.000 Funktionär*innen des Bezirks auf ihren Vorschlag hin den Text eines Telegramms nach Moskau an, das die fraktionellen Aktivitäten der »Leviten« denunziert und ihren Ausschluss en bloc fordert.²³ Aber sie hatte wahrscheinlich auch das Bedürfnis, die Moral ihrer Anhänger*innen zu stärken, von denen zumindest einer, Friesland, gerade von Lenin überzeugt worden war.

Das Zentralaussschuss tagte am 3. und 4. August in Berlin. Es bestätigte mit großer Mehrheit – nur vier Gegenstimmen – die Unterstützung der Thesen durch seine Delegierten und ratifizierte den »Friedensvertrag.« Doch dessen konkrete Anwendung erwies sich als schwierig. Die Zentrale möchte eine klare, konkrete Erklärung der Minderheit, die ihren Anschluss rechtfertigt und einen klaren Bruch mit Levi und den Ausgeschlossenen darstellt: dafür schlägt sie vor, Clara Zetkin und Malzahn in die Zentrale zu kooptieren und drei ihrer Genoss*innen in den Zentralaussschuss.²⁴ Neumann hat im Namen der Minderheit ganz andere Forderungen: Rücktritt und Neuwahl der Zentrale, Benennung neuer Redaktionen, Rückkehr zur Diskussions- und Kritikfreiheit und vor allem Neuwahl der Delegierten für den Parteitag, damit den Debatten und Beschlüssen von Moskau Rechnung getragen wird: Die Delegierten wurden nämlich vor dem 3. Weltkongress in einer Atmosphäre der »Jagd auf zentristische Hexen« gewählt, während die seither formell verurteilte Offensivtheorie vorherrschte.²⁵ Maslow führte den Kampf gegen jeden Kompromiss und brachte schließlich den Zentralaussschuss auf Linie: Die Forderungen der Opposition und sogar die Kooptationsvorschläge der Zentrale wurden abgelehnt.²⁶ Dieser hartnäckige Streit hatte offensichtlich Anhänger*innen in Moskau: Radek selbst schickte an die Rote Fahne einen Artikel²⁷, in dem er Clara Zetkin derart angriff, dass Lenin von »sei-

23 Die Rote Fahne, 3. Juli 1920.

24 Bericht II (7) ... S. 64; P. Levi, »Nach dem III. Weltkongress«, Sowjet, Nr. 7, S. 215 [Nachdruck a.a.O., S. 845; Die Tätigkeit ... (13. Juli 1921 – 1. Februar 1922), Protokoll der Exekutivsitzen vom 17. August 1921, in deren Verlauf Karl Radek bekräftigt, dass die Moskauer Vereinbarung nur den Eintritt Zetkins in die Zentrale und den Eintritt Malzahns in den ZA vorsah.

25 Levi, a.a.O., Sowjet, Nr. 7, S. 215.

26 Brandt und Lowenthal, a.a.O. S. 175. Über Maslows Verhalten in dieser Sitzung des Zentralaussschusses wird Lenin schreiben, dass er »in linkem Radikalismus macht und sich im Sport der »Zentristenhetze« üben möchte«, von seiner »Unvernunft« spricht und präzisiert, dass dieser letzte Ausdruck »milde gesagt« sei (Euvres XXXII, S. 552, [deutsch »Brief an die deutschen Kommunisten«, Lenin Werke, Band 32, S. 537-548, hier S. 544]).

27 Radek, »Der 3. Weltkongress über die Märzaktion und die weitere Taktik«, Die Rote Fahne, 14. Juli [Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1] und 15. Juli 1921 [Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2].

nem unangebrachten polemischen Übereifer« sprach und ihm vorwarf, er sei »so weit gegangen, dass er eine direkte Unwahrheit sagt.«²⁸ In Berlin selbst war die Strömung so stark, dass Friesland, der loyal für die Anwendung der Moskauer Vereinbarungen kämpfte, in seiner Hochburg von Maslow und Ruth Fischer überstimmt wurde: 90 Stimmen gegen 33.²⁹ Und es war für letztere – jetzt Leiter*innen des Bezirks Berlin-Brandenburg – zweifellos, dass Radek, Geißel der Opportunist*innen, eine starke Unterstützung aus Moskau lieferte.³⁰

Die Verwirrung ist so groß, dass der Jenaer Parteitag der VKPD nicht weniger als drei offizielle Schreiben aus Moskau erhält, eines von Radek³¹, eines von Lenin³² und eines von der Exekutive als solcher.³³ Radek warnte ihn vor der opportunistischen Gefahr und mahnte die deutsche Partei, dass sie in ihrem Kampf um die Gewinnung der Massen nicht vergessen dürfe, dass Sozialdemokrat*innen und Unabhängige Verräter*innen des Proletariats seien. Lenin erklärt ausführlich, warum er Paul Levi auf dem Weltkongress verteidigt habe und warum die Partei den in Moskau geschlossenen »Friedensvertrag« um jeden Preis verteidigen müsse. Die Exekutive weist, nachdem sie an die Beschlüsse des Weltkongresses erinnert hat, die »Menschewiken« der Rechten und die »Schreihälse« der Linken zurück. Am 17. August diskutierte die Exekutive auf der Grundlage eines Berichts Radeks, der Neumann die Verletzung der Moskauer Vereinbarungen vorwarf und auf die Gefahr von rechts hinwies, heftig über die Situation in der deutschen Partei. Bela Kun versicherte, dass die gegebenen Informationen eine neue Lage aufzeigten: Für ihn war der Brief der Exekutive schon »veraltet«, und er schlug eine Resolution vor, in der klar gesagt werde, dass der Kampf »in erster Linie der Rechten gegenüber« geführt werden müsse. Es wurde schließlich beschlossen, ein Telegramm in diesem Sinne zu senden, das nur im absoluten Notfall an die Delegierten weitergegeben werden sollte.³⁴

Die Bilanz des Jenaer Parteitages wird diese widersprüchlichen Zwänge und Tendenzen widerspiegeln. Er griff nicht nur im Wesentlichen die Thesen Moskaus auf, sondern ging in vielen Punkten darüber hinaus und kehrte eindeutig zu ihrer Politik vom Januar zurück, für die Einheitsfront der Arbeiter*innen zu kämpfen. Insbeson-

28 Lenin, a.a.O., S. 548-549. [deutsch S. 541]

29 Brandt und Lowenthal, a.a.O. S. 176.

30 Lenin, ebenda, gibt an, dass Radeks Artikel von einem polnischen Aktivisten an ihn gerichtet wurde, was ein Licht auf die Ausrichtungen innerhalb der Internationale wirft.

31 Bericht II (7)..., S. 174-181. Teilweise veröffentlicht unter dem Titel Die innere Lage Deutschlands und die nächsten Aufgaben der VKPD. Offener Brief an den 2. Parteitag der VKPD (Hamburg, 1921). Es handelt sich um eine persönliche Initiative, die Radek in seinem Bericht an das Präsidium am 17. August lediglich erwähnte (Die Tätigkeit ... , S. 102).

32 Bericht II (7)... auf Französisch, (Œuvres, Bd. XXXII, S. 546-556 [deutsch Lenin Werke, Band 32, S. 537-548]).

33 Bericht II (7)... , S. 155-174. Der von Sinowjew entworfene Text wurde dem Engeren Büro vorgelegt und im Verlauf der Sitzung vom 13. August angenommen (Die Tätigkeit ... , S. 86)

34 Detailliertes Protokoll dieser Exekutivsituation in Die Tätigkeit ... S. 100-104.

dere verabschiedete sie ein Manifest, das Forderungen enthielt, die eine solche Einheitsfront mit den Sozialdemokrat*innen ermöglichen würden, die Konfiszierung des Eigentums der früheren Dynastien, die Kontrolle der Produktion durch die Fabrikkomitees und die Übertragung der Last der Reparationen auf die Kapitalist*innen.³⁵ Die Opposition kam von Ruth Fischer, deren Intervention das erste »Manifest« der Linken darstellte: sie kritisiert, ohne die Beschlüsse des 3. Weltkongresses offen in Frage zu stellen, eine Linie, die sie einmal mehr als opportunistisch betrachtet.³⁶ Andererseits zeigt der Kongress den Willen der Mehrheit, weiter abzurechnen: Er nimmt einen von Thälmann eingebrachten Änderungsantrag an, der sich von der Kritik Trotzki an der Märzaktion distanziert³⁷, schließt Curt und Anna Geyer aus und beschleunigt damit den Abgang der drei bis dahin zögerlichen Abgeordneten Däumig, Marie Mackwitz und Adolf Hoffmann; sie werden mit Levi eine »Kommunistische Arbeitsgemeinschaft« (KAG) im Reichstag bilden, deren Titel schon der Beginn einer Spaltung ist.³⁸ Doch die Ernennung der neuen Leitung zeigt das Bestreben, eine Linie zu verfolgen, die der von Lenin empfohlenen nahe kommt: Von Clara Zetkin, die von der »Rechten« kommt, bis zu Friesland, der von der »Linken« kommt, sind alle Mitglieder der Zentrale überzeugte Anhänger*innen des Moskauer Kompromisses. Neuer Parteivorsitzender wurde Ernst Meyer, Friesland nahm den Posten des Generalsekretärs ein.

Levi sah im Jenaer Kongress nur eine Bestätigung seiner These, dass in der deutschen Partei nun ein bürokratischer Apparat mit halbanarchistischen Vorstellungen vorherrsche – zwei Phänomene, die er seinerseits als eng miteinander verbunden ansah.³⁹

Zweite Spaltung auf der rechten Seite

Die Politik der neuen Zentrale würde seine Vorhersagen widerlegen. Nach der Ermordung des katholischen Abgeordneten Matthias Erzberger am 26. August durch Rechtsextremisten verfolgte die Partei eine einheitliche Politik des Kampfes gegen die Reaktion und beteiligte sich in vielen Industriestädten an von den anderen Arbeiter*innenparteien organisierten Demonstrationen.⁴⁰ In Thüringen brachten die Wahlen im September den Arbeiter*innenparteien eine Mehrheit im Landtag, und die Kommunistische Partei stimmte zu, eine von Mehrheitssozialdemokrat*innen und

³⁵ Ebenda, S. 409-415.

³⁶ Ebenda, S. 262-265.

³⁷ Ebenda, S. 408.

³⁸ Angress, *Stillborn Revolution*, S. 209. [Die Kampfzeit der KPD. 1921-1923, Düsseldorf 1973, S 247]

³⁹ »Nach dem Parteitage. Das Ergebnis des Parteitages der VKPD«, *Sowjet*, Nr. 10, September 1921, S. 265-268. [Nachdruck a.a.O., S. 908-912]

⁴⁰ Die Rote Fahne, 25., 27. August, 1. September 1921. Der Text »Arbeiter Deutschlands! Werktägliches Volk«, Die Rote Fahne, 29. August 1921 [Abend-Ausgabe, S. 1], ruft zum Kampf für eine »proletarische Einheitsfront« auf.

Unabhängigen gebildete Arbeiter*innenkoalitionsregierung zu unterstützen – ohne sich an ihr zu beteiligen.⁴¹ Im Oktober präsentierte sie ein Vier-Punkte-Programm, das den Forderungen des Gewerkschaftszentrums nahekam, in dem sie die Losung der »Erfassung der Sachwerte« aufgriff⁴² und in ihrem Namen erklärte Thalheimer, dass sie bereit sei, die sozialdemokratischen Parteien bei jeder Politik zu unterstützen, die darauf abziele, »Machtpositionen« für die Arbeiter*innenklasse zu erobern.⁴³ Levi, der in diesen Widersprüchen zunächst nur Doppelzüngigkeit sah, musste sein Urteil bald korrigieren.

Es war in der Tat der neue Generalsekretär der Partei, Friesland, der der führende Mann der neuen Politik war, der bewusst die Politik vom Januar 1921 wieder aufleben ließ, und im Wesentlichen nach der levitischen Linie. Sehr schnell machte der einstige erbitterte Gegner der »Rechten« eigene aufschlussreiche Erfahrungen: In wenigen Wochen zeichnete er in den Kommandoposten der Partei den Weg Levis nach und stieß wie Levi auf die Exekutive und ihre Initiativen, die ihm als Hindernisse für die neue Politik erschienen. Laut seinen Biografen war er es, der schon im September den von Pieck und Heckert durchgeführten Vorstoß der Zentrale an die Exekutive inspirierte⁴⁴: Die deutschen Führer*innen baten darum, die Praxis der öffentlichen Appelle und offenen Briefe aufzugeben, die persönlichen Kontakte zu vervielfachen, ihnen zu helfen, ihre Autorität in ihrer Partei zu festigen. Sie wollen, dass die Presse der RGI die Angriffe gegen die Gewerkschaften und ihre reformistischen Führer*innen dämpft, die in Deutschland benutzt werden, um die Kommunist*innen als Spalter darzustellen.⁴⁵ Diese Themen sind das Echo derjenigen, die Paul Levi seit Monaten entwickelt hat. Die Annäherung wird von dem Moment an noch deutlicher, als der Konflikt zwischen Friesland und den Delegierten der Exekutive in Berlin, Felix Wolf und vor allem Helena Stassova, ausbricht, die seit dem Jenaer Parteitag damit betraut ist, die »organisatorischen Fragen« in den Händen zu haben. Erneut wird das Problem der »grauen Eminenzen« aufgeworfen, und Friesland geht im Zusammenhang damit so weit, von der Existenz einer »Nebenregierung« innerhalb der Parteileitung selbst zu sprechen.⁴⁶ Es stellt sich natürlich die Frage, in welchem Maße die neue deutsche Leitung – oder ein Teil von ihr um Friesland – nicht die Versöhnung mit Levi und seiner KAG suchen wird und welche Folgen das haben würde.

Die Entwicklungen innerhalb der deutschen Partei spalten die Exekutive weiterhin. Der erste Bericht über den Jenaer Parteitag wurde dem Präsidium am 18. September von Heckert und Pieck vorgelegt; ihre Hauptsorge schien der Fortschritt der

41 Ebenda, 6. Oktober 1921.

42 Ebenda, 23. und 25. Oktober 1921. Siehe auch I.M.L.-Z.P.A., 3/1/25, »An unsere Organisationen«, 28. Oktober 1921, S. 51,54, zitiert von Mujbegović, a.a.O., S. 309, Fn. 18.

43 Inprekorr, Nr. 112, 29. November 1921, S. 98-99.

44 Brandt und Lowenthal, a.a.O. S. 185.

45 Ebenda, S. 186, und Friesland, Zur Krise unserer Partei, S. 3.

46 Brandt und Lowenthal, a.a.O. S. 187.

Linken unter den Berliner Arbeiter*innen zu sein; es wurde beschlossen, an sie einen offenen Brief zu richten.⁴⁷ In der Exekutive begrüßte der Berichterstatter Heckert am 24. September den Ausschluss Düwells und Geyers mit 273 von 278 Stimmen als Befreiung »von einem bösen Geschwür«, wies aber darauf hin, dass das Schreiben der Exekutive an den Kongress die Berliner Organisation verärgert habe.⁴⁸ Am 1. November begann die Exekutive, sich mit der Gründung der KAG zu befassen und ernannte zur Bearbeitung dieser Frage eine aus Radek, Heckert und Sinowjew bestehende Kommission.⁴⁹ Nunmehr dominiert die Frage der KAG alles: Am 3. November erfuhr der Vorstand von Heckert vom Rücktritt Däumigs und Adolf Hoffmanns; Radek sagte, es sei notwendig, »den Kampf gegen sie [die Rechten] mit allen Mitteln« zu führen; Platten schlug die sofortige Entsendung Heckerts und Piecks in die Zentrale vor⁵⁰, man sei in Moskau besorgt über die fehlende Reaktion in Berlin auf das Auftauchen eines »Kristallisationspunkt[es] einer neuen zentristischen Gruppe«⁵¹; Radek schlug vor, einen Brief an die Zentrale zu schicken, in dem er sein Erstaunen über deren Passivität gegenüber der KAG zum Ausdruck brachte:

»Wer den Charakter der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft vor den Mitgliedern der Partei nicht entlarvt, wer sie nicht politisch bekämpft als Feinde des Kommunismus, der arbeitet für sie, der ist ihr Exponent in der Partei.«⁵²

Das so an die Zentrale gerichtete Ultimatum verlangt, dass Männer wie Malzahn und Neumann, die in verantwortlichen Positionen in der Partei verbleiben und Friesland unterstützen, die Pistole auf die Brust gesetzt wird, da man ihre prinzipielle Übereinstimmung mit Levi kennt und ihre »fraktionellen« Verbindungen vermutet. Auf der Sitzung der Zentrale, die einige Tage später stattfand, waren Heckert und Pieck anwesend, mit einer Botschaft der Exekutive, die ihr Misstrauen gegenüber Friesland nicht verbarg, dessen Ablösung durch Pieck als Generalsekretär von Eberlein vorgeschlagen wurde.⁵³ Die deutschen Führer*innen zögern: Die Zentrale lehnte den Vorschlag Eberleins ab und wollte die politische Diskussion vertieft sehen. Einige Tage später unterstützte der Zentralausschuss die Friesland-Linie, indem er über eine Resolution abstimmte, die zwar jeden Spaltungsversuch der KAG verurteilte, aber die Fortsetzung der politischen Diskussion mit ihren Mitgliedern befürwortete.⁵⁴

⁴⁷ Die Tätigkeit..., S. 202.

⁴⁸ Ebenda, S. 208-209.

⁴⁹ Ebenda, S. 243.

⁵⁰ Ebenda, S. 249-250.

⁵¹ Ebenda, S. 253.

⁵² Karl Radek, »Die Aufgaben des Zentralausschusses der Partei,] Die Rote Fahne, 16. November 1921 [Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1 f., hier S. 2, Spalte 2].

⁵³ Brandt und Lowenthal, a.a.O., S. 187; Friesland, Zur Krise unserer Partei, S. 5-6.

⁵⁴ Die Rote Fahne, 22. November 1921; Friesland, »Das Ergebnis des Zentralausschusses«, Die Internationale, Nr. 17, 1. Dezember 1921, S. 592-593.

Am 20. November fand die erste Konferenz der KAG um Levi und Däumig statt: der kommunistische Abgeordnete Otto Brass nahm daran teil und zögerte nicht, Informationen über die letzte Sitzung des Zentralaussschusses zu geben.⁵⁵ Das von der Konferenz verabschiedete Manifest legt die Bedingungen fest, die der KPD »das Ansehen und Vertrauen in den Massen wiedergeben würden«: völlige materielle Unabhängigkeit der Partei von der Internationale, künftige Verweigerung aller Subventionen, Mitkontrolle der Zentrale über alle Publikationen der Internationale vor ihrer Verbreitung in Deutschland, Sicherheit gegen alle offenen oder verdeckten Eingriffe der Exekutive in organisatorische Fragen, in die Angelegenheiten der deutschen Partei, »*Programmatische Festlegung einer Politik, die die Zusammenarbeit aller revolutionären Arbeiter in Deutschland ermöglicht, unter ausdrücklichem Verzicht auf alle putschistischen Bestrebungen im Sinne der Märzaktion*«, und schließlich eine einheitliche Gewerkschaftspolitik.⁵⁶ Friesland seinerseits schrieb für »Die Internationale« einen Artikel – von dem sich die Redaktion in einer Notiz distanzierte –, der eine Öffnung in Richtung der KAG und zur gleichen Zeit eine Warnung an seine Gegner*innen in der Partei darstellte: dass die Einheitsfrontpolitik den Verzicht auf die Methode des »Herunterreißen« und von Exkommunikationen implizierte.⁵⁷ Diskrete Anspielungen auf das Problem des Verhältnisses zwischen der Internationale und der Führung der kommunistischen Parteien zeigen, dass in Wirklichkeit das Bündnis zwischen Levi und dem Mann, der ihm an der Spitze der deutschen Partei gefolgt war, de facto geschlossen war.

Während dieser Neuausrichtung der Kräfte innerhalb der Partei und ihrer Führung explodierte die Bombe der »März-Dokumente.« Ab dem 25. November 1921 begann der Vorwärts, Auszüge aus den Dokumenten zu veröffentlichen, die am 5. Juni von der preußischen Polizei aus Clara Zetkins Gepäck beschlagnahmt worden waren⁵⁸: zum größten Teil Zeugenaussagen von kommunistischen Aktivist*innen und Verantwortlichen, Protokolle von Besprechungen, die ursprünglich für die Akten der von der Exekutive eingeleiteten Untersuchung der Märzaktion bestimmt waren, sie bezeugen unbestreitbar die provokativen Initiativen, die von einigen im März ergriffen wurden, Pläne für Entführungen oder simulierte Anschläge, und heben insbesondere die Versuche Eberleins hervor, die Arbeiter*innen Mitteldeutschlands zu »erziehen.«⁵⁹

Obwohl von der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht, die sie ihrerseits von der Polizei des preußischen Innenministers Severing erhalten hat, sind diese Do-

55 Brandt und Lowenthal, a.a.O. S. 189.

56 »Resolution der I. Reichskonferenz der KAG«, Unser Weg (Sowjet), Nr. 15, Dezember 15, 1921, S. 415. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe Band 1/4«, Berlin 2020, S. 1061]

57 »Parteitaktische Bemerkungen«, Die Internationale, Nr. 18/19, 15. Dezember 1921, S. 642-647.

58 Siehe Kap. XXVII, Anm. 44.

59 Die Kommunistische Partei veröffentlichte die vollständigen Dokumente im folgenden Jahr unter dem Titel »Die Enthüllungen zu den Märzkämpfen. Enthülltes und Verschwiegenes.«

kumente – für Kommunist*innen leicht zu identifizieren – belastend für die Verantwortlichen der Märzaktion und bestätigen die schwersten der von Levi in den vorangegangenen Monaten erhobenen Vorwürfe. Friesland glaubte, in ihrer Veröffentlichung und dem Schock, den sie für viele Aktivist*innen darstellten, die Levi in gutem Glauben als Verleumder betrachteten, eine Gelegenheit für eine entscheidende politische Klärung zu finden. Die Eberlein-Affäre erlaubte ihm, alle politischen Fragen aufzuwerfen, die auf dem Spiel standen: Einmischung der Exekutive in die Leitung⁶⁰, linksradikale Konzeption des Kampfes, Unabhängigkeit der Partei, loyale Anerkennung der begangenen Fehler. Seine erste Anklage richtet sich sowohl gegen Felix Wolf, dessen Berichte an die Exekutive über den Kopf der deutschen Zentrale hinweg erfolgen, als auch gegen Radek selbst, dessen inoffizielle Artikel an die Rote Fahne am Vorabend und am Tag nach den Sitzungen des Zentralausschusses dieses faktisch seiner Entscheidungsbefugnis beraubten.⁶¹ Das Problem der Verbindungen mit der Exekutive wird erneut angesprochen und Friesland stellt fest:

»In einer Atmosphäre, wie sie durch die Beeinflussung einzelner Mitglieder der Zentrale in Personalfragen durch unkontrollierte Korrespondenz usw. geschaffen wird, ist es unmöglich, verantwortungsvolle Parteizentren auszubilden, die bei den Arbeitermassen ihres Landes gesundes Vertrauen erwerben können.«⁶²

Der Boden scheint fest zu sein. Bereits am 28. November traf sich Friesland mit Malzahn und Neumann und sie kamen überein, gemeinsam zu kämpfen, um den Ausschluss Eberleins zu fordern.⁶³ Am 30. November schickten Malzahn, Neumann und Hauth von der Gewerkschaftsabteilung einen Text an die Zentrale, in dem sie den Ausschluss Eberleins forderten, den sie, wie Friesland, als bloßes Instrument einer Fraktion der Exekutive in der Deutschen Partei sahen. Der Bezirk Hanau nahm eine ähnliche Position ein.⁶⁴ Die Widersprüche werden auf die Spitze getrieben: Man könnte meinen, dass ein richtiger Sturm die Partei erschüttern wird.

60 Diese Frage stand in der Tat im Zentrum des Konflikts in der Zentrale. Unter Berufung auf die Archive der KPD und insbesondere auf die Protokolle der führenden Gremien macht Vera Mujbegović dies deutlich. Bereits am 31. Mai hatte die Zentrale den Wunsch geäußert, in Moskau Diskussionen über die Auswahl der Vertreter*innen der KI zu eröffnen. Im Protokoll heißt es zu diesem Punkt: *»Es muss darauf hingewiesen werden, dass nach Möglichkeit solche Genossen delegiert werden, die die Umstände in den betreffenden Ländern genau kennen«* (I.M.L.-Z.P.A., 3/1, S. 7-9). Das Protokoll der Sitzung des Zentralausschusses vom darauffolgenden 26. November drückt sich folgendermaßen aus: *»Die Genossen sind der Meinung, dass Kritik an der Tätigkeit der Exekutive deutlich möglich ist, denn bisher wurden viele Dinge nicht so gemacht, wie sie sollten.«* Es distanziert sich jedoch weiter von Levis Kritik an der Exekutive, weil es meint, dass sie *»einen Angriff auf die gesamte Tätigkeit der Komintern bedeuten, den die deutsche Partei, die selbst Teil der Komintern ist, nicht unterstützen kann«* (I.M.L.-Z.P.A., 3/1, S. 167). [Mujbegović, a.a.O., S. 288 und 317, Rückübersetzung aus dem Serbokroatischen]

61 Friesland, a.a.O., S. 10.

62 Ebenda.

63 Ebenda, S. 7-9.

64 Friesland, a.a.O., S. 16. Die Hanauer Verantwortlichen hatten Levi bereits bei seinem Ausschluss unterstützt und sich für seine Wiedereingliederung ausgesprochen (Die Rote Fahne, 24. Juli 1921).

Ein Reflex der Solidarität wird in die andere Richtung wirken. Kann die Partei nach der Veröffentlichung von Dokumenten in der sozialdemokratischen Presse einen der eigenen Leute anklagen? Am Ende war dies die Frage, die die Parteimitglieder von oben bis unten spaltete, und sie entschieden sich aufgrund der gegebenen Antwort.

Die Debatte wurde in der Politbüro-Sitzung vom 12. Dezember eröffnet.⁶⁵ Friesland – in diesem Punkt unterstützt von Ernst Meyer – verteidigte die den Anhängern Levis lieb gewordene These einer Kontrolle der deutschen Zentrale über die deutschsprachigen Publikationen der Internationale. Die von ihm eingebrachte Resolution wurde mit sechs gegen zwei Stimmen abgelehnt, aber fünf seiner Gegner – Clara Zetkin, Thalheimer, Heckert, Pieck und Walcher – erklärten, dass sie mit der Resolution inhaltlich übereinstimmten, sich aber nur weigerten, für sie zu stimmen, um keine Position einzunehmen, die einen Akt der Feindseligkeit gegenüber der Exekutive darstellen würde.⁶⁶ Friesland unternahm es daraufhin, darzulegen, dass die Hauptgefahr für die Partei im Vormarsch der Berliner Linksradiكالen liege, die seiner Meinung nach fast die Hälfte der Aktivist*innen der Partei hinter sich hätten, und dass deshalb die Zentrale eine harte Haltung gegenüber der KAG vermeiden sollte: Die Politik des »je schlimmer desto besser« würde sie in Wirklichkeit nach rechts drängen und die Aussicht auf eine Spaltung der Partei eröffnen.⁶⁷ Man folgte ihm auf diesem Weg nicht. Felix Schmidt trat für den Zweifrontenkampf ein, gegen »Friesland mit seiner KAG und Fritzi mit der KAP.«⁶⁸ Wilhelm Pieck fordert die Absetzung Frieslands und seine Ersetzung durch eine kollektive Leitung. Walcher überbot ihn und verlangte die Entsendung Frieslands nach Moskau.⁶⁹ Als Friesland fragt, warum er nicht einfach von der Partei ausgeschlossen werde, erwidert Pieck:

»Eine starke Zentrale könnte und müsste Friesland ausschließen. Aber wir sind keine starke Zentrale und können es plötzlich nicht werden.«⁷⁰

Er griff seinerseits den Vorschlag Walchers auf. Am Ende wurden die Hauptentscheidungen knapp getroffen: fünf gegen drei Stimmen für die Entlassung Frieslands vom Posten des Generalsekretärs, sechs gegen zwei Stimmen für seine Entsendung nach Moskau; Ernst Meyer stimmte gegen eine Resolution, die seiner Meinung nach den Ausschluss Frieslands aus der Zentrale bedeutete, billigte aber den Beschluss, ihn nach Moskau zu delegieren.⁷¹

65x Protokoll der Polbüro-Sitzung vom 12. Dezember wiedergegeben in Friesland, a.a.O., S. 16-23. Anwesend waren Clara Zetkin, Thalheimer, Pieck, Walcher, Remmele, Ernst Meyer, Friesland und Schmidt, außerdem »Heinrich« (Süsskind), Redakteur der Roten Fahne, und »Käte« (Katarina Rabinovitch. alias Käte Pohl), ständige Sekretärin des Polbüros (ebenda, S. 16).

66 Ebenda, S. 20.

67 Ebenda, S. 17-19.

68 Ebenda, S. 21: »Fritzi« bezieht sich auf Ruth Fischer.

69 Ebenda, S. 23.

70 Ebenda. Die Anregung dazu kam von Heinrich Süsskind.

71 Ebenda, S. 23.

Wie er vor der Abstimmung gegenüber der Zentrale angekündigt hatte, lehnte Friesland das Exil ab. Am 20. Dezember schrieb er zusammen mit Brass und Malzahn einen »Aufruf an die Mitglieder der KPD«, in dem sie »die unheilvolle Einflüsse, die einzelne Mitglieder der Exekutive unkontrollierbar und ohne Wissen der Mitgliedschaft auf die Entwicklung unserer Partei seit ihrem Bestehen ausüben« und die Gefahr der »Kompromittierung der Kommunistischen Internationale und des Gedankens der internationalen zentralen Leitung des revolutionären Proletariats« verurteilten.⁷² Vierundsiebzig Aktivist*innen, darunter viele Gewerkschaftsverantwortliche – unter ihnen Niederkirchner, Franken, Fritz Winguth – forderten ihrerseits den Rücktritt der Verantwortlichen für die März-Provokationen und die Veröffentlichung aller Dokumente über die Affäre.⁷³ Der von einhundertachtundzwanzig Leiter*innen unterzeichnete Appell Brass', Frieslands und Malzahns wurde am 22. Dezember der Zentrale vorgelegt.⁷⁴ Friesland ließ mit Hilfe der Berliner Metallgewerkschaft eine Broschüre »Zur Krise unserer Partei« in fünfhundert Exemplaren drucken und unter den Kadern verteilen: sie gab die wichtigsten Dokumente der laufenden Diskussion wieder, die von Friesland vorgelegt wurden, der zum ersten Mal schriftlich, in einem Text, der unweigerlich zur Verbreitung bestimmt war, Felix Wolf und Radek selbst als Vertreter*innen der Exekutive namentlich in Frage stellte.⁷⁵ Am 22. weist die Zentrale den Einspruch der drei zurück und schreibt eine Antwort, die sie veröffentlicht.⁷⁶ Sie war auch dabei, die Texte dieser Gegner zu veröffentlichen, die sie als »Partei-schädlinge« und »Parteiertrümmerer« bezeichnete.⁷⁷ Am 27. schloss sie schließlich Friesland aus ihrer Reihen aus und suspendierte die Unterzeichner der verschiedenen Appelle von ihren Aufgaben.⁷⁸

Sicherlich teilten viele Aktivist*innen und Kader die Ansichten Levis oder Frieslands oder waren für ihre Argumente empfänglich: Seit dem Monat April hatte es nicht an Protesten gegen die Politik der Ausschlüsse ebenso wie gegen die Märzaktion und die Art ihrer Durchführung gefehlt, und sie waren sowohl von der alten spartakistischen und unabhängigen Garde als auch von der Jugend ausgegangen, da die Zentrale der kommunistische Jugend selbst protestiert hatte.⁷⁹ Aber es handelte sich um keine Meinungsache: Die Mehrheit dieser Menschen weigerte sich, Friesland, nach Levi, zu folgen, weil sie unter diesen Umständen nicht daran denken konnten, sich von der Exekutive zu distanzieren. Für jene Aktivist*innen, die Levis An-

⁷² Friesland, a.a.O. S. 28-32 [Zitate S. 31].

⁷³ Ebenda, S. 23-27.

⁷⁴ Brandt und Lowenthal, a.a.O., S. 198.

⁷⁵ Friesland, a.a.O., S. 10.

⁷⁶ Die Rote Fahne, 24. Dezember 1921. [»Zu den Vorgängen in der Partei«, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1]

⁷⁷ [Edwin Hoernle, Parteioption oder Parteiertrümmerung?] Ebenda, 25. Dezember 1921 [Morgenausgabe, S. 3, Spalte 1-2, hier Spalte 2].

⁷⁸ [Beschlüsse der Zentrale in Sachen Friesland, Brass, Malzahn] Ebenda, 28. Dezember 1921. [S. 3, Spalte 3]
⁷⁹ Weber, Die Wandlung, II, S. 140.

sicht teilten, aber nicht der KAG oder Friesland folgten, sind es Levi und Friesland, die gehen: So reagierten der alte Emil Eichhorn⁸⁰ und der unabhängige Veteran von Halle Kilian⁸¹, der Gewerkschaftsaktivist Niederkirchner⁸², die Hanauer Aktivist*innen, wie der Stahlarbeiter Rehbein⁸³, und die Frankfurter Aktivist*innen, wie Jakob Schloer, der persönlich mit Levi verbunden war⁸⁴, der ehemalige Jogiches-Schüler Werner Hirsch⁸⁵, der Jungkommunist Walter Gollmick⁸⁶, und die rheinischen Parteiverantwortlichen: Franz Charpentier sowie Franz Dahlem.⁸⁷

Die Exekutive widmete den größten Teil ihrer Sitzung am 18. Dezember der Lage innerhalb der deutschen Partei. Der berichtende Remmele sagt, dass Friesland jetzt die Maske abgeworfen hat. Die KAG ist in der Partei auf kein Echo gestoßen, außer in der Parteileitung: der Zentrale und Gewerkschaftsabteilung. Aber in der Zentrale herrscht in dieser Frage »keine Klarheit«, da Friesland nicht ausgeschlossen wurde.⁸⁸ Die russischen Vertreter*innen waren begeistert. Für Sinowjew stellt die KAG »den gefährlichsten Feind« dar, weil sie die Partei »von innen« untergräbt: Man müsse jeden, der sich bereit erklärt, mit Levi zu diskutieren, ohne zu zögern ausschließen.⁸⁹ Bucharin äußert sich sogar noch heftiger: Im Namen der politischen Klarheit müssen die Leviten aus der Partei gejagt werden, weil ihre Anwesenheit in ihren Reihen die Anwendung der neuen Einheitsfronttaktik extrem gefährlich machen würde.⁹⁰ Sinowjew macht sich Sorgen über Risiken einer Spaltung auf der Linken:

Wenn »die Zentrale, angesichts solcher Scharlatane wie Levi und solcher konterrevolutionären Bande wie die KAG eine unklare Stellung einnimmt, so ergeben sich auf der anderen Seite linke Dummheiten.«⁹¹

Er erinnert die Exekutive daran, dass die Zentrale von einem »linken« Kongress gewählt wurde und dass sie angesichts der Rechten zaudert. Da Friesland und seine Anhänger*innen sich auf die Haltung Lenins auf dem 3. Kongress berufen, ist es unabdingbar, dass Moskau Stellung bezieht und die KAG als eine Agentur der Bourgeoisie anprangert. Radek unternimmt es zu zeigen, dass die Meinungsverschiedenheiten breiter sind, dass es vor allem innerhalb der deutschen Zentrale Zögerlichkeiten in der Gewerkschaftsfrage gibt, mehr oder weniger ausgedrückte Zurückhaltung

80 Ebenda, S. 104.

81 Ebenda, S. 181.

82 Ebenda, S. 135.

83 Ebenda, S. 254.

84 Ebenda, S. 277.

85 Ebenda, S. 164.

86 Ebenda, S. 140.

87 Ebenda, S. 90-91.

88 [Tätigkeit] Ebenda, S. 329-330.

89 Ebenda, S. 332.

90 Ebenda, S. 334.

91 Ebenda, S. 331.

gegenüber der RGI.⁹² Die so auf die Anklagebank gestellte deutsche Leitung fand keinen Anwalt. Nur Brandler – der gerade in Moskau eingetroffen war – sprach sich gegen eine öffentliche Verurteilung der KAG aus, da er das für »gefährlich« hielt, denn das einzige Problem sei, »dass die Zentrale die politische Situation noch nicht in allen Dimensionen erfasst hat.«⁹³ Tatsächlich waren die Würfel gefallen, und die Exekutive beschloss, ihr ganzes Gewicht in die Waagschale zu werfen, indem sie Radek, Bucharin und Remmele die Redaktion eines Briefs an die Zentrale anvertraute⁹⁴, den sie am 10. Januar genehmigte.

Die Diskussion in der Partei wurde hart geführt, aber die Formen wurden respektiert. Friesland hatte jede Gelegenheit, sich in den Versammlungen der Aktivist*innen zu äußern, die ihn, eine nach der anderen, verurteilten.⁹⁵ Am Tag der Eröffnung der Sitzung des Zentralausschusses, die endgültig entscheiden sollte, versetzte ihm »Die Rote Fahne« den Gnadestoß, indem sie den unter anderem von Lenin, Trotzki, Sinowjew, Bucharin und Radek unterzeichneten Brief der Exekutive veröffentlichte, in dem jeder in der Internationale, der sich mit Levi solidarisch erklärte, als »gegen die Kommunistische Internationale« verurteilt wurde.⁹⁶ Das Zentralausschuss schloss mit vierzig zu vier Stimmen Friesland und seine Anhänger*innen aus der Partei aus.⁹⁷ Thalheimer behandelte die Affäre vor der Exekutive der Internationale mit Verachtung und sprach vom Abzug einer »kleinen Gruppe von Führern.«⁹⁸ Es ist wahr, dass viele Aktivist*innen, die die Basis der von Friesland angeführten Opposition hätten bilden können, die Partei im Gefolge des März verlassen hatten. Es ist nicht weniger wahr, dass andere, die in vielen Punkten mit ihm übereinstimmen, ihn verurteilen und sogar ausschließen. Doch Thalheimer spricht hier mit überraschender Leichtigkeit. Die Männer, die im Januar 1922 endgültig ausgeschlossen werden, sowie diejenigen, die im April und Mai ausgeschlossen wurden oder seit der Märzaktion von sich aus gegangen sind – von denen ein bedeutender Teil über die Unabhängige Partei zur Sozialdemokratie zurückkehren wird –, sind genau die Kader, ohne die Lenin den Aufbau einer revolutionären Partei in Deutschland für unmöglich hielt. Wer diese Einschätzung von Kadern intellektueller Herkunft wie Levi, Däumig, Adolf Hoffmann, Bernhard Düwell, Friesland oder Curt Geyer bestreiten mag, kann den Verlust für die deutsche kommunistische Bewegung durch den Weggang oder

92 Ebenda, S. 335.

93 Ebenda, S. 333.

94 Ebenda, S. 375-386.

95 Brandt und Lowenthal, a.a.O. S. 201.

96 Die Rote Fahne, 22. Januar 1922. Diese Art von Praktiken, Artikel Radeks oder offener Brief der Exekutive an den ZA gerichtet zu Beginn seiner Arbeit, war genau Teil der von Friesland und den Seinen ausdrücklich verurteilten »Druckmitteln.« [»Die russischen Genossen zur Parteilage«, Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 2. Der Brief wurde nicht im Namen der Exekutive, sondern von russischen Teilnehmern des Dritten Kominternkongresses verfasst]

97 Bericht III (8) ..., S. 126.

98 Erweiterte Exekutive der KI (21. Februar - 4. März 1922), S. 19. [tats. S. 5]

Ausschluss Otto Brass, Richard Müllers, Wegmanns, Paul Neumanns, Winguths, Malzahns, Paul Eckerts nicht leugnen, Offiziere jener proletarischen Armee, deren Eroberung auf dem Parteitag in Halle als ein entscheidender Schritt im Kampf um den Aufbau einer kommunistischen Massenpartei angesehen und deshalb damals als Triumph gefeiert wurde.

Die Gefahr einer Spaltung nach links

Die Debatte über die Frage Paul Levis, der KAG und schließlich Frieslands, war von der Angst vor einer doppelten Spaltung geprägt. Der Ausschluss der »Rechten« war eine der Forderungen der »Linken«, aber das Voranschreiten der letzteren stärkte den »rechten« Widerstand in der Partei, und die ganze Partei stand schließlich unter ständiger Gefahr der Spaltung.⁹⁹ Aus diesem Blickwinkel hat die Beseitigung oder der Abgang der Führer*innen der »Rechten« keines der aufgeworfenen Probleme gelöst.

Unter den deutschen Parteikadern blieb eine tief verwurzelte »rechte« Tendenz, die auch durch Ausgrenzung nicht überwunden werden konnte und die durch die Ereignisse von 1921 zweifellos verstärkt wurde. Zahlreich sind die Aktivist*innen, die an Levi und dann in Friesland nicht Ideen verurteilen wollten, die sie teilen, sondern nur Akte der Undiszipliniertheit, Initiativen, die die kommunistische Bewegung spalten, die Solidarität mit der russischen Partei untergraben. Der Druck der Exekutive hätte sie im März nach links ziehen können. Für viele, ob sie sich nun wie Brandler mehr oder weniger gewehrt hatten oder ob sie sich wie Frölich kopfüber in die Offensive gestürzt hatten, stellten die Niederlage und die dann in Moskau erhaltenen Verweise echte Schocks dar. Aktivist*innen wie Brandler, Thalheimer, Walcher, Ernst Meyer, die in den Jahren der KPD(S) mit aller Kraft gegen den »Linksradikalismus« gekämpft hatten, können nun die Schwere ihres Rückfalls in diese »Kinderkrankheit« ermessen und deren Kosten abschätzen. Von nun an werden sie entschlossen »rechts« sein, systematisch hartnäckig in einer Haltung der Besonnenheit, gepanzert mit Vorsicht gegen die putschistische Versuchung und sogar den einfachen linksradikalen Reflex. Von den Führer*innen der Internationale vom Ausmaß des Fehlers überzeugt, den sie begangen hatten, verloren sie das Vertrauen in ihre Fähigkeit zur Vernunft und gaben es oft auf, ihren Standpunkt zu verteidigen, um sich systematisch auf die Seite der Bolschewiki zu schlagen, die wenigstens gesiegt hatten.

⁹⁹ Vera Mujbegović (a.a.O., S. 314) zitiert einen Bericht, der das Problem zusammenfasst, vor dem die deutschen Führer*innen mit dem Auftreten der KAG und dem Voranschreiten der Linken steht: *»Es scheint nicht ganz ausgeschlossen, dass die Opposition, darunter auch die KAG, gemeinsam mit dem linken Flügel der USPD eine neue sozialrevolutionäre Partei bilden wird.«* Sicherlich wird eine solche Absicht mittlerweile von den Leitern abgelehnt. Sollte es wirklich dazu kommen, würde der verbleibende Teil der KPD komplett in die Fluten der Ultralinken um Ruth Fischer-Maslow und letztlich in Richtung Vereinigung mit der KAPD getrieben« (I.M.L.-Z.P.A., St. 12/179, S. 6). [Rückübersetzung aus dem Serbokroatischen]

Die neue deutsche Leitung, insbesondere Ernst Meyer, der ein Jahr lang den Vorsitz der Zentrale innehat und stark unter dem Einfluss Radeks steht, versuchen sich ‚der deutschen Lage entsprechend, an der Analyse des 3. Weltkongress zur internationalen Lage zu orientieren. Da die revolutionäre Welle abgeebbt ist, da die Machtübernahme des Proletariats nicht mehr unmittelbar auf der Tagesordnung steht, da die Offensive der Bourgeoisie die Arbeiter*innenklasse in die Defensive zwingt, in einen erbitterten Kampf zur Verteidigung ihrer bloßen Existenz, müssen die Losungen der Einheitsfront den konkreten Forderungen der Arbeiter*innen entsprechen und gleichzeitig Elemente darstellen, die ihnen helfen, sich der Notwendigkeit der proletarischen Revolution bewusst zu werden. Im Deutschland von 1921-1922 muss eines der Elemente des Bewusstseins der Kampf gegen die Last der Reparationen sein, die durch die vom Lohn einbehaltenen Steuern allein auf den Schultern der Arbeiter*innenklasse lastet, während die Industriellen und Geschäftsleute die ihren erst mit Monaten und sogar Jahren Verspätung, in abgewerteten Mark, zahlen. Die Idee, dass »die Kapitalisten ihren Anteil zahlen müssen«, ist keine wirklich kommunistische Idee, aber sie kann gerade die Reihen des Proletariats in seinem Kampf vereinen. Die Zentrale stellte daher die Forderung nach der »Erfassung der Sachwerte« durch den Staat auf¹⁰⁰, wozu Bankkonten ebenso gehörten wie Aktien, Anleihen, Gewerbe- und Industrieigentum. Sie argumentiert, dass die Beschlagnahme von 51% der »Sachwerte« durch den Staat die Realisierung einer effektiven Kontrolle der Produktion ermöglichen würde, während die Zahlung der Reparationen sichergestellt wird, ohne die Lohnabhängigen mit dem Großteil davon zu belasten. Das Ziel der KPD ist es, durch den Kampf für die Erfassung der Sachwerte allen Arbeiter*innen das Wesen des kapitalistischen Staates und der Regierung und die Notwendigkeit einer Arbeiter*innenregierung deutlich zu machen. Gleichzeitig meint die KPD, dass diese Losung, die für alle Arbeiter*innen annehmbar und verständlich ist, in der Lage ist, die Sammlung und den »Massenkampf« breiter Schichten, die entschlossen sind, gegen den Würgegriff der Großindustrie auf die Wirtschaft und das politische Leben zu kämpfen, zu ermöglichen.

Indem sie diese Politik als die »deutsche NEP« darstellen und argumentieren, dass die Entwicklung eines »Staatskapitalismus« an sich eine Phase der Vorbereitung auf die Machtergreifung und die Diktatur des Proletariats darstellen kann, projizieren Ernst Meyer und die Zentrale damit die in Russland durch die NEP betriebene Politik der Zugeständnisse an die kapitalistischen Tendenzen nach Deutschland – und zwar genau in dem Moment, in dem der deutsche Staat seine Ohnmacht gegenüber den ökonomischen Feudalitäten demonstriert.

100 Der formelle Beschluss wurde vom Zentralausschuss am 16. und 17. November 1921 gefasst ([Zur politischen Lage und zur Politik der KPD] Die Rote Fahne, 22. November 1921 [Morgen-Ausgabe, S. 5]), nachdem der ADGB und der AfA-Bund am 15. November ihre »zehn Forderungen« beschlossen hatten, die die Beschlagnahme von 25 % der »Sachwerte« beinhalteten (Korrespondenzblatt des ADGB, 26. November 1921, S. 679).

Diese Politik stößt in den Reihen der Partei keineswegs auf begeisterte Zustimmung. Tatsächlich war sie nur den ehemaligen Spartakisten direkt zugänglich, die in den Jahren 1919-1920 darüber nachgedacht hatten, wie sie an die Macht kommen könnten, ohne vorher zur Waffe zu greifen. Von den ehemaligen linken Unabhängigen – ein guter Teil von ihnen verließ die Partei, mit Levi oder einzeln, nach der Märzaktion – blieben nur die kämpferischsten Elemente übrig, manchmal die am meisten frustrierten, diejenigen, die im März gekämpft hatten, diejenigen, die den Anschluss an die Kommunistische Internationale gewollt hatten, weil sie die Revolution sofort machen wollten. Die neue Politik passt ihnen nicht: Sie ähnelt zu sehr der graduellen Politik, die sie in der Sozialdemokratie und der unabhängigen Partei abgelehnt haben. Unter ihnen ist das Ansehen dieser unsicheren, zögerlichen Führer*innen, die von »Passivität« zu »unangebrachter Aktivität« übergehen, am schwächsten.

Die neue Berliner Linke sollte aus dieser neuen linksradikalen Strömung Kapital schlagen. Ruth Fischer hatte, anders als Friesland, der Wendung des Sommers 1921 nicht zugestimmt. Sie ist der Meinung: *»Der 3. Weltkongress hat sich nicht klar zu den politischen Anschauungen der Gruppe Levi gestellt und er hat die Korrektur an der Märzaktion nicht vornehmen können, ohne den Eindruck zu erwecken, als ob Paul Levi lediglich aus Disziplinründen ausgeschlossen worden wäre.«*¹⁰¹ Die Feindseligkeit gegenüber der auf dem 3. Kongress definierten Politik, die als Rückgang, als ungerechtfertigter Rückzug betrachtet wird, beinhaltet auch eine heftige Kritik an der NEP, wie sie in Russland begründet und angewendet wird. In den Augen der Theoretiker*innen der neuen »Linken« sind auch Lenin und seine Genoss*innen in den opportunistischen Irrtum und den Weg der Zugeständnisse an den Kapitalismus zurückgefallen, und es ist die Gesamtheit ihrer Politik von 1921, die einen Bruch mit dem revolutionären Geist von 1917 darstellt, in dem Maße, indem sie die Ausdehnung von NEP auf den Rest der Welt impliziert, d.h. die Aufgabe der Perspektive der Weltrevolution auf kurze Sicht.¹⁰² Da diese neue Linke die Weltpolitik auch in russischen Begriffen dachte, knüpfte sie Kontakte zu der von Lenin und dem 10. Parteitag der bolschewistischen Partei im März verurteilten Arbeiter*innenopposition: Im Laufe des Sommers 1921 traf sich Maslow mehrmals in Arthur Rosenbergs Wohnung in Berlin mit den alten Führer*innen dieser Opposition. Schljapnikow und Lutowinow, die im auswärtigen Dienst tätig waren und auch Beziehungen zur KAPD unterhielten¹⁰³, Ruth Fischer und er denken, dass die russischen Führer*innen, um aus gigantischen Schwierigkeiten herauszukommen, sich nicht mit internen Zugeständnissen an die kapitalistischen Elemente auf wirtschaftlichem Terrain begnügen, sondern nach äußeren Stützpunkten suchen, die es ihnen ermöglichten, einen modus vivendi mit dem Imperialismus zu finden. In einer solchen Perspektive haben die

101 Protokoll des IV . , S. 80.

102 R. Fischer, a.a.O., S. 185.

103 Ebenda, S. 181-182.

Politik der »Eroberung der Massen«, die Taktik der Arbeiter*inneneinheitsfront im Munde Ernst Meyers dieselbe Bedeutung wie in dem Paul Levis: Es handelt sich um die Suche nach einer Annäherung an die Sozialdemokratie, die die Verurteilung der wahren Revolutionär*innen unter dem Etikett »Linksradikale« erheblich erleichtert.

Die »Linke« der KPD entstand also aus dem Zusammentreffen zweier Strömungen: Intellektuelle der Nachkriegsgeneration und Arbeiter*innen, oft politisch ungeschult, aus den Reihen der linken Unabhängigen. Sie löst sich völlig von jenen Leuten der Exekutive, die bei der Vorbereitung des Kampfes gegen Levi ihre Pat*innen oder ihre Beschützer*innen waren, und stellt sich im Namen der Verteidigung der russischen Revolution gegen die Exekutive und die bolschewistischen Führer*innen selbst: Alle ihre Anhänger*innen glauben in der Tat, dass die Existenz einer »Kampfpartei« in Deutschland – oder zumindest einer von der »opportunistischen« Zentrale abgegrenzten Linken – eine wertvolle Hilfe für diejenigen in Russland sein könnte, die gegen den Opportunismus und die Tendenz zur Kapitulation kämpfen.¹⁰⁴ Tatsächlich stellt die Berliner Linke eine echte Partei innerhalb der Partei dar, mit einer eigenen Physiognomie und Charakteristika.¹⁰⁵

Es scheint, dass Lenin die »objektiven« Ursachen der Entwicklung der Linken perfekt verstanden hat. Er vertraute sich Clara Zetkin an:

»Ich begreife, dass es in der Situation bei euch so etwas wie eine ›linke Opposition‹ geben kann. Es gibt (...) unzufriedene, leidende Arbeiter, die revolutionär empfinden, aber politisch ungeschult und konfus sind. Es geht ihnen zu langsam vorwärts. Die Weltgeschichte scheint es nicht eilig zu haben; die unzufriedenen Arbeiter aber meinen, eure Parteileitung wolle es nicht eilig haben. Sie machen diese für das Tempo der Weltrevolution verantwortlich, kritteln und schimpfen. Das alles begreife ich.«¹⁰⁶

¹⁰⁴ Ebenda, S. 182.

¹⁰⁵ Der Bezirk Berlin-Brandenburg wird – was andernorts selten vorkam – von Intellektuellen geleitet, Junge, die vor 1919 kaum eine Rolle gespielt hatten: Ruth Fischer, Maslow, Rosenberg. Um sie herum waren noch jüngere Männer und Frauen, die man die »Jungen« von Ruth Fischer nannte, die in der Regel brillant waren: So Gerhard, Ruths Bruder, Werner Scholem, der 1922 Orgleiter des Bezirks wurde, Lily Karpus, die mit zweiundzwanzig Jahren für die Frauenarbeit zuständig war, und natürlich Heinz Neumann. In diesem Team taucht unter dem Namen Alexander Emel Moses Lurje auf, später einer der Vertrauensmänner der KI in Deutschland und auch späterer Angeklagter des Moskauer Prozesses von 1936. Alle kamen aus dem Bürgertum und dem Kleinbürgertum, alle hatten ein brillantes Universitätsstudium abgeschlossen oder unterbrochen, um aktiv zu werden. Aber gleichzeitig war die Berliner Linke auch eine Bastion der Arbeiter*innenklasse. Rund um Ruth Fischer gruppieren sich die Überlebenden des alten Kerns der revolutionären Obleute, die Levi und Friesland nicht folgten: Anton Grylewicz, (ehemaliger Assistent Eichhorns), Paul Schlecht, Werkzeugmacher, der Eisenbahner Geschke, der Metallarbeiter König, führender Kopf der Opposition im DMV, der Angestellte Kasper, der Leiter der Arbeitslosen Grothe, der Drucker Mahlow, der Metallarbeiter Max Hesse, sind seit mindestens 1916 organisierende Kader der Berliner Arbeiter*innenklasse. Auch im Bezirk Berlin-Brandenburg finden sich »Organisatoren«, diskrete, aber effiziente Männer des Apparates, die die Hebel des Kommandos fest in der Hand halten, die Hans Pfeiffer oder Torgler, mit dem typischen Äußeren deutscher Funktionäre. Diese Männer, die in ihrer Herkunft, ihren Eigenschaften und ihren späteren Schicksalen sehr unterschiedlich waren, bildeten damals ein äußerst homogenes Team.

¹⁰⁶ Zetkin, Souvenirs..., S. 63-64. [a.a.O., S. 46 f., Ausgewählte ..., S. 127, 4. Auflage, S. 56 f.]

Doch nach einer Intervention Ruth Fischers bei einem Treffen der deutschen Delegierten auf dem 4. Kongress fügt er hinzu:

»Aber was ich nicht begreife, das sind solche Führer der ‚linken Opposition‘, wie ich sie gehört habe. (...) Nein, solche Opposition, solche Führung imponiert mir ganz und gar nicht. Aber ich sage es offen heraus, ebenso wenig imponiert mir eure Zentrale, die es nicht versteht (...) mit derartigen Demagogen kleinen Formats fertig zu werden. Es müsste doch ein leichtes sein, solche Leutchen zu erledigen, die revolutionär gestimmten Arbeiter von ihnen loszulösen und politisch zu erziehen. Gerade weil es revolutionär gestimmte Arbeiter sind, während Radikale der vorliegenden Art im Grunde schlimmste Opportunisten sind.«¹⁰⁷

Während man jedoch darauf wartet, dass die Zentrale in der Lage ist, eine solche Politik durchzuführen, muss man eine Spaltung vermeiden, durch die die deutsche Partei nach wertvollen Kadern einen Teil ihrer Stoßtruppen und ihrer Jugend verlieren würde. Deshalb arbeitet Lenin gegen die Gefahr einer Spaltung. In seinem Brief an den Jenaer Parteitag, geschrieben am 14. August 1921¹⁰⁸, gibt er den deutschen Kommunist*innen freimütige Erklärungen über seine eigene Haltung während des 3. Weltkongresses, besonders in Bezug auf die Levi-Affäre, die inzwischen von Levi selbst endgültig geregelt wurde. Er besteht auch darauf, dass die neue Taktik keinen Verzicht auf den revolutionären Kampf um die Macht bedeutet, sondern eine bessere Vorbereitung:

Die »Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse (...) ist möglich, sogar dann, wenn die Mehrheit des Proletariats formal Führern aus der Bourgeoisie oder Führern, die eine bürgerliche Politik treiben (...), folgt, oder wenn die Mehrheit des Proletariats schwankt. (...) Bereiten wir sie gründlicher und sorgfältiger vor, lassen wir keine einzige ernste Gelegenheit außer Acht, bei der die Bourgeoisie das Proletariat zwingt, sich zum Kampf zu erheben, lernen wir richtig die Zeitpunkte bestimmen, da die Massen des Proletariats nicht anders können, als sich gemeinsam mit uns zu erheben.«¹⁰⁹

Er besteht jedoch darauf, dass die KPD, um diese Aufgabe in Angriff nehmen zu können, zuerst ihre internen Konflikte beenden, *»für immer Schluss macht mit dem Kleinkampf gegen die Abgespaltenen von links und rechts«, »sich mit wirklicher Arbeit befassen«* muss. Und in diesem Zusammenhang schlägt er den Deutschen vor, diesen Maslow, der *»in linkem Radikalismus macht und sich im Sport der ›Zentristenhetze‹ üben möchte«*, für ein oder zwei Jahre nach Russland zu schicken, um ihn zu *»verdauen.«¹¹⁰*

107 Ebenda, S. 64. [a.a.O., S. 47, Ausgewählte ..., S. 127, 4. Auflage, S. 57]

108 Œuvres, Bd. XXXII, S. 545-556. [deutsch Lenin Werke, Band 32, S. 537-548]

109 Ebenda, S. 555. [a.a.O., S. 547]

110 Ebenda, S. 552 [a.a.O., S. 544, 548]. Ruth Fischer (a.a.O., S. 182-184 [a.a.O., S. 223-224]) behauptet,

Die einzige Wirkung dieses Vorschlags war, die Empörung der Linken zu provozieren, die ihn als Einmischung und sogar als eine Bedrohung ansahen, die umso unerträglicher war, als Maslow russischer Herkunft war, und der Kongress griff Lenins Vorschlag nicht auf.¹¹¹ Während des ganzen folgenden Jahres jedoch hielt die Linke in ihren Bastionen Berlin-Brandenburg – wo Ruth Fischer Frieslands Platz eingenommen hatte – und der Wasserkante – wo Hugo Urbahns ihr Leiter war, neben dem der Hafendarbeiter Thälmann immer wichtiger wurde – eine Fraktion aufrecht, die ihre eigene Politik hatte und die Disziplin nur in einer manchmal sehr formalen Weise respektierte.¹¹² Als im Herbst 1922, am Vorabend des 4. Kongresses der Internationale, der Bezirk Berlin-Brandenburg in den Kliems-Festsälen in der Hauptstadt eine Konferenz organisierte, die ihr eigenes Programm formulierte und Ruth Fischer beauftragte, es auf dem Moskauer Kongress zu verteidigen¹¹³, und zwar in der Perspektive eines »Zurück zum 2. Kongress«, indem die Beschlüsse des 3. Kongresses rückgängig gemacht würden¹¹⁴, hat die Zentrale guten Grund, eine fraktionelle Tätigkeit anzuprangern und Sanktionen zu fordern, die zudem durch die Aktivitäten der Linken wie ihrer Kontakte zur russischen Arbeiteropposition und zur KAPD in ihren Augen gerechtfertigt sind.¹¹⁵ Trotz der mangelnden Sympathie, die er für die Führer*innen der Linken hatte, lehnte Lenin während der vorbereitenden Treffen jegliche Sanktionen entschieden ab: Für ihn konnte sich die deutsche Partei keine weitere Spaltung leisten.¹¹⁶ Im Kontext des Augenblicks reichte seine Autorität aus, um dies zu verhindern und die »rechte« Zentrale zu zwingen, sich mit der Existenz ihrer »linken« Opposition zu arrangieren.¹¹⁷

dass die deutschen Führer*innen tatsächlich hinter dem Vorschlag standen, den sie Lenin unterbreitet hätten. Sie schreibt namentlich (ebenda, S. 184 [a.a.O., S. 224]): Die »spartakistischen Führer [eröffneten], als sie ihre Politik mit demokratischen Mitteln nicht durchsetzen konnten, die Kampagne für kommunistischen Reformismus damit, dass sie, sehr im Gegensatz zu damaligen Komintern-Sitten, selber nach der Intervention des russischen Staates riefen. (...) Als Ernst Meyer, Rosas Schüler, Lenin bat, Maslow wegen seiner russischen Herkunft aus Deutschland zu entfernen, führte er ein neues Element in den deutschen Kommunismus ein.« Obwohl die Grundthese, die dieser Interpretation zugrunde liegt, eine Diskussion verdient, die wir erst im letzten Teil führen werden, muss schon jetzt festgestellt werden, dass kein Dokument diese Behauptung Ruth Fischers bestätigt. Außerdem schlug die Leitung der Zentrale einige Monate später vor, Friesland, der natürlich nicht-russischer Herkunft war, nach Moskau zu schicken.

111 R. Fischer, a.a.O., S. 182.

112 Siehe Kapitel XXXII.

113 R. Fischer, a.a.O., S. 181.

114 C. Zetkin, Souvenirs, S. 61. [a.a.O., S. 46, Ausgewählte ..., S. 126, 4. Auflage, S. 56]

115 R. Fischer, a.a.O., S. 181.

116 Ebenda, S. 186; R. Fischers Ansicht wird hier von Clara Zetkin, Souvenirs..., bekräftigt, S. 61-64 [a.a.O., S. 46 f., Ausgewählte ..., S. 126 f., 4. Auflage, S. 56 f.]. Unter den Leiter*innen der KI war Radek der »Mentor« der Rechten, aber Sinowjew verteidigte wiederholt Positionen, die denen der Linken nahe standen, zumindest während des Jahres 1922.

117 Nach dem Jenaer Parteitag wurde die führende Gruppe um Ernst Meyer eine Zeit lang als »versöhnlerisch« bezeichnet, insofern sie darauf bestand, die Tür zu Levi offen zu halten; nachdem der Ausschluss der Leviten und dann der Anhänger*innen Frieslands erreicht worden war, wurden diese Versöhnler*innen ihrerseits zu den »Rechten.«

Kapitel XXIX: Neuanfang

Mitten in der Krise sollte es der Kommunistischen Partei gelingen, sich zu erholen, ihre internen Differenzen zu überwinden, die Reihen zu schließen und einen Großteil des verlorenen Bodens zurückzugewinnen. Sie wird diese Aufgabe im Einvernehmen mit der Exekutive erfüllen, die seit dem 3. Weltkongress von Lenin auf die Gleise der Politik der »Eroberung der Massen« gestellt wurde, die fortan einen einheitlichen Willen manifestiert – trotz vieler Meinungsverschiedenheiten über die Interpretation zwischen Lenin und Trotzki auf der einen Seite, Bucharin und Sinowjew auf der anderen – und die von Dezember 1921 an den Kampf um die Einheitsfront aufnehmen wird.

Die Einheitsfront: »Alte Ziele, neue Wege«

Indem sie ihren offenen Brief vom Januar an die anderen deutschen Arbeiter*innenorganisationen adressierte, hatte die deutsche Partei in der Tat die Debatte über die Arbeiter*innen-Einheitsfront in der Internationale eröffnet. Lenin hatte beschlossen, dass sie auf dem 3. Kongress stattfinden sollte. Die Märzaktion hatte anders entschieden, und es bedurfte aller Anstrengungen Lenins, um die Anhänger*innen der »Offensive« in die Flucht zu schlagen, ohne die Möglichkeit gehabt zu haben, ihnen eine perfekt ausgearbeitete Politik entgegenzusetzen.

Seltsamerweise hatten die Anhänger*innen der Offensivtheorie in der KPD die im Januar durch den offenen Brief vorgeschlagene Taktik – deren Kritikerin in Deutschland allein die KAPD gewesen war – nicht offen abgelehnt. Doch die Märzaktion, die Geistesverfassung, die sie inspirierte, war der Antipode dieser Taktik, und niemand hatte dies besser demonstrieren können als Levi. Radek jedenfalls konnte, sobald die internationale Spannung, die ihn an die Nähe eines neuen Weltkrieges hatte glauben lassen, sich gelöst hatte, sobald die Trümmer des März beseitigt waren, zu dieser Linie zurückkehren, deren Inspirator er gewesen war und an deren Ausarbeitung Männer wie Brandler und Thalheimer zweifellos keinen geringeren Anteil als Levi gehabt hatten.

Schließlich hatte die objektive Lage, die im Dezember 1920 die Stuttgarter Metallarbeiter*innen in diese Richtung gedrängt hatte, nun die gleichen Auswirkungen, nicht nur auf der Ebene Deutschlands, sondern auf derjenigen Europas. Die Kommunist*innen sahen schon bald ein eklatantes Zeichen dafür in der internatio-

nenalen Konferenz der Transportgewerkschaften, die am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam stattfand und zu der es ihrem internationalen Leiter, Edo Fimmen, gelungen war, die der sogenannten »Amsterdamer« Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Bergarbeiter*innen- und Metallarbeiter*innengewerkschaften zu bewegen. Auf der Tagesordnung der Konferenz stand der Kampf gegen den Krieg. Am Ende ihrer Debatten startete sie einen Aufruf zur Abrüstung, zum internationalen Kampf gegen den Militarismus und gegen die kapitalistische Offensive gegen den Lebensstandard der Arbeiter*innen, ihre Löhne und ihre »Errungenschaften.« Ein Komitee wurde eingesetzt, um die Aktion, die antimilitaristische Propaganda und den konkreten Kampf gegen den Krieg zu organisieren: Die Konferenz nahm die – bereits vor 1914 vorgebrachte – Idee eines internationalen Streiks wieder auf, der die Antwort auf eine Kriegserklärung der Regierungen sein könnte und den die interessierten Gewerkschaften als absolute Waffe gegen den Krieg zu nutzen gedachten. Die Amsterdamer Konferenz »wendet sich besonders an die Frauen und Mütter, deren Männer und Söhne in einem neuen Krieg ihr Leben lassen müssen.«¹¹⁸

Für die kommunistischen Führer*innen zeugte schon die Abhaltung einer solchen Konferenz von der Tiefe der Sorgen der Arbeiter*innen. In den folgenden Wochen erarbeitete die Exekutive auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des 3. Kongresses und der jüngsten Entwicklungen eine Linie, die in jeder Hinsicht mit der bereits im Offenen Brief der VKPD skizzierten übereinstimmte. Am 4. Dezember billigte sie den von Sinowjew vorgelegten Bericht über die Arbeiter*innen-Einheitsfront¹¹⁹: Im Februar-März bestätigte und präziserte sie die neue Orientierung mit großer Mehrheit.¹²⁰

Es geht darum, die Konsequenzen zu ziehen, die sich aus dem Scheitern der ersten revolutionären Nachkriegswelle ergeben. Das lag natürlich daran, dass es keine revolutionäre Partei wie in Russland gab. Aber in all diesen Jahren argumentierte die kommunistische Internationale so, als ob die Sozialdemokratie im Begriff wäre, ihren Einfluss zu verlieren, und als ob die Arbeiter*innenklasse unendliche Ressourcen an Kampfkraft hätte. Aber das ist nicht der Fall: Die Sozialdemokratie hält ihre Positionen aufrecht und die Arbeiter*innen sind demoralisiert. Die Bourgeoisie hat also die Initiative zurückbekommen. Um das Kräfteverhältnis umzukehren, müssen die Kommunist*innen geduldig versuchen, alle Fäden zu ergreifen, die es ihnen er-

118 [zitiert in] Bulletin communiste, Nr. 5, 5. [tats. 2.] Februar 1922, S. 90-91. [deutsch, G. Sinowjew, Alte Ziele, neue Wege. Über die proletarische Einheitsfront, Hamburg 1922, S. 6 f.]

119 Bericht und Thesen in Bulletin communiste, Nr. 2, 12. Januar, 1922, S. 26-33. [Thesen S. 26-30, deutsch in: Die Tätigkeit der Exekutive und des Präsidiums des E. K. der Kommunistischen Internationale vom 13. Juli 1921 bis 1. Februar 1922, Petrograd 1922, S. 345-355, Bericht S. 31-33, deutsch in Inprekorr 1. Jahrgang 1921, Nr. 40/41, 24. Dezember 1921, S. 351-353]

120 Resolutionen der Exekutive vom 27. Februar und 4. März 1922, in Bulletin communiste, Nr. 18, 29. April 1922, S. 335. [deutsch in Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals: Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922]

lauben, sich den Massen zu nähern, um ihnen mit ihrem Bewusstsein die Lust am Kämpfen zurückgeben zu können. Diese Fäden bestehen vor allem darin, dass neue Schichten von Arbeiter*innen, die erst kürzlich zum politischen Leben erwacht sind, die erlittenen Misserfolge allein der Arbeiterspaltung zuschreiben. In einem Artikel mit dem Titel »Alte Ziele, neue Wege« beharrt Sinowjew auf diesem Bestreben:

»Die Arbeiter empfinden es jetzt direkt physisch, dass die Hauptkraft des Proletariats in seiner Masse, in seiner Zahl besteht.«¹²¹

Die Krise der internationalen Bewegung, die Rolle, die in ihr das spielt, was er »ein Resultat der verlorenen Schlachten« nennt, führt ihn dazu, das Problem der Einheit zu stellen, in dem Maße, in dem *»der Einheitsdrang [...] ein vollkommen begreifliches Bestreben der unterdrückten Klasse«¹²²* ist.

Unter solchen Bedingungen ist die Einigkeit der Arbeiter*innenorganisationen ein positiver Faktor. Im Jahr 1914 war das nicht der Fall; im Gegenteil, angesichts des Verrats der Sozialchauvinist*innen war die Spaltung eine heilige Pflicht. Diese Spaltung öffnete den Weg zu einer *»organisatorischen Scheidung«*: Die Gründung kommunistischer Parteien war der einzige Weg, *»wollte man die Ehre des Sozialismus retten, wollte man die elementarsten Interessen der Arbeiterklasse verteidigen.«¹²³* Aber die Sozialdemokrat*innen nutzen die Tatsache aus, dass die Kommunist*innen, wie es ihre Pflicht war, die Initiative zur Spaltung ergriffen haben, um sie als »Spalter« darzustellen, und das Problem der Spaltung muss in dieser Perspektive neu betrachtet werden.

Sinowjew stellt die großen Etappen des Aufbaus der bolschewistischen Partei in Parallele zu den Problemen, vor denen die Internationale steht:

»Im Laufe der etwa fünfzehn Jahre, die von der Geburt des Bolschewismus bis zu seinem Siege über die Bourgeoisie (1903-1917) vergangen sind, hörte der Bolschewismus nicht auf, einen systematischen Kampf gegen den Menschewismus zu führen. Aber gleichzeitig schlossen wir Bolschewisten im Laufe dieser Zeitperiode wiederholt Übereinkommen mit den Menschewisten. Zur förmlichen Spaltung zwischen uns und den Menschewisten kam es zuerst im Frühling 1905, obwohl sich diese Spaltung tatsächlich schon 1903 klar bemerkbar gemacht hatte. Im Januar 1912 wurde die förmliche Spaltung zwischen den Bolschewisten und den Menschewisten erneut festgelegt. Aber sowohl 1906-1907 wie dann 1910 wechselte dieser Zustand einer vollkommenen und formellen Spaltung mit einem Zustand der Vereinigung und der Halbvereinigung ab und zwar nicht nur infolge der Kampfperipetrien, sondern auch infolge des Drucks der breiten Arbeiterschichten. Und wenn wir

121 Sinowjew. »Ancien but, voies nouvelles«, Bulletin communiste, Nr. 7 [tats. Nr. 6, 9.] Februar 1922, S. 109. [deutsch a.a.O., S. 11]

122 Ebenda [S. 110, deutsch a.a.O., S. 12, 14].

123 Ebenda [S. 111, deutsch a.a.O., S. 14].

jetzt zurückblicken, sehen wir, dass dieser Druck objektiv dadurch verursacht wurde, dass neue, zum aktiven politischen Leben erwachende Arbeiterschichten die Nachprüfung durch eigene Erfahrung verlangten, dass diese Schichten, glaubten, durch die Vereinigung der Bolschewisten und der Menschewisten zu einer Partei ihre Widerstandskraft gegen die Junker und Kapitalisten stärken zu können.»¹²⁴

Der Vorsitzende der Internationalen hält die Parallele dort an. Die mögliche organische Wiedervereinigung der Parteien der Zweiten und Dritten Internationale ist ausgeschlossen, weil der Krieg »eine Grenze zwischen der alten und der neuen Entwicklungsperiode der Arbeiterbewegung« zog.¹²⁵ Aber die Kommunist*innen müssen gleichzeitig »die Organisationen bewahren«, die Unabhängigkeit der kommunistischen Parteien beibehalten und »wirklich mit den Massen marschieren«, die keine Kommunist*innen sind, gerade um sie für den Kommunismus zu gewinnen. Die neuen Arbeiterschichten müssen sich durch ihre eigene Erfahrung von der wirklichen Politik überzeugen, die sich hinter den Phrasen der reformistischen Führer*innen verbirgt. Sie werden nur dann Erfolg haben, wenn es den Kommunist*innen gelingt, den vereinigten Kampf aller Arbeiter*innen zu organisieren und durchzusetzen.

In dieser politischen Perspektive wurde am 1. Januar 1922 der Aufruf der Kommunistischen Internationale an die Arbeiter*innen der Welt gestartet.¹²⁶ Er erinnert an die Prinzipien der Kommunist*innen, an ihre Überzeugung, dass es für die Menschheit keinen anderen Ausweg gibt als die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats, an ihre Entschlossenheit, die organisatorische Unabhängigkeit der kommunistischen Parteien und ihre völlige Kritikfreiheit zu bewahren, stellt aber fest:

Darum »will die kommunistische Internationale, wollen die kommunistischen Parteien geduldig und brüderlich zusammen mit allen anderen Proletariern marschieren, selbst wenn sie auf dem Boden der kapitalistischen Demokratie kämpfen.«¹²⁷

Radek, der einer der Pioniere der Einheitsfront gewesen war, sollte einer ihrer aktivsten Propagandisten werden, sowohl gegenüber der deutschen Arbeiter*innenklasse als auch gegenüber den Parteien der Internationale. Die Linie, die soeben in aller Klarheit von der Exekutive angenommen wurde, ist in seinen Augen das Hauptergebnis der Assimilierung der Lehren des revolutionären Kampfes der letzten zehn Jahre durch die Arbeiter*innenavantgarde – die Kommunist*innen. Die Bourgeoisie hat eine noch nie dagewesene Krise erlebt, und ihre führenden Schichten sind desorganisiert und nicht in der Lage, sich sofort an diese neuen Bedingungen anzupassen. Ihre Herrschaft blieb

¹²⁴ Ebenda [S. 111, deutsch, a.a.O., S. 16 f.]

¹²⁵ Ebenda, S. 112 [deutsch a.a.O., S. 17]

¹²⁶ Bulletin communiste, Nr. 3, 19. Januar, 1922, S. 46-48 [deutsch in Inprekorr, 2. Jahrgang, Nr. 2, 5. Januar 1922, S. 9-11]

¹²⁷ Ebenda, S. 48 [deutsch a.a.O., S. 10 f., im französischen Text kursiv, im deutschen fett gedruckt].

jedoch erhalten, vor allem dank der Hilfe, die ihnen von den sozialdemokratischen Parteien und den Führer*innen der Gewerkschaften zuteil wurde, durch deren Verschulden der Arbeiter*innenklasse die Klarheit der Vision, die Organisation einer Führung, der Schwung fehlte, die den Sieg der Bolschewiki in Russland ermöglicht hatten. Das war der wesentliche Grund, warum die Kommunistische Internationale die Pflicht hatte, die Spaltung der sozialdemokratischen Parteien, das Entstehen revolutionärer Minderheiten aus ihren Reihen zu organisieren. Die Waffe der Massen in Bewegung bezieht ihre Kraft aus ihrer Masse und deren Rolle in der Produktion. Aber die Umwandlung einer unorganisierten Masse in eine organisierte Armee kann nur durch die Bildung von Kadern erreicht werden – in dieser Epoche unmöglich außerhalb der authentisch kommunistischen Parteien und einer revolutionären Internationale.

Das Problem, das sich nach der Niederlage der ersten revolutionären Nachkriegswelle stellt, ist mit der Offensive des internationalen Kapitals gegen den Lebensstandard der Arbeiter*innenklasse, der Infragestellung ihrer Errungenschaften – vor allem in den fortgeschrittenen Ländern – umzugehen, um einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu finden. Hier findet sich die grundlegende Ursache für die von der Kommunistischen Internationale beschlossene Änderung der Taktik:

»Die Arbeiterklasse ist noch heute getrennt durch tiefe Meinungsverschiedenheiten in der Frage Diktatur oder Demokratie, in der Frage, auf welchem Wege sie ihre endgültigen Ziele verwirklichen kann. Aber in der Frage, ob sie verzichten soll auf das Stückchen Brot, auf eine menschliche Wohnung, ist die Arbeiterklasse nicht gespalten; in dieser Frage bildet sich allmählich eine geeinigte Front der Proletarier heraus. Dieselben Proletarier, die ruhig zuschauten, wie das Kapital wieder seine Herrschaft aufrichtete, dieselben Proletarier, die von der Erstarkung des Kapitalismus sogar eine Besserung ihrer Lage erhofften, sie sehen die wachsende Welle der Not, und sie wollen sich ihr entgegensetzen. Sie hoffen nur noch, den Abwehrkampf im Rahmen des Kapitalismus siegreich ausfechten zu können. Sie hoffen noch, der Notwendigkeit, revolutionär zu kämpfen, entrinnen zu können. Aber sie wollen das bisschen Milch ihrer Kinder verteidigen. Sie wollen den Achtstundentag verteidigen. Sie wollen nicht, dass ihr Blut den Wundersaft darstelle, der den Kapitalismus wieder jung machen soll. In den Wirtschaftskämpfen, die über die kapitalistische Welt hinwegfluten, beginnt sich langsam die Einheitsfront des Proletariats zu bilden. Die Kommunistische Internationale, die Partei des proletarischen Interesses, sie kann diesen Tatsachen nicht gleichgültig gegenüberstehen.«¹²⁸

Und Radek bemüht sich, den bolschewistischen Delegierten, die ihm im März 1922 zuhören, zu zeigen, wie die Kommunistische Partei durch die Politik der Einheitsfront für die »Eroberung der Massen« arbeiten kann und muss:

128 Genua, die Einheitsfront des Proletariats und die KI, Rede auf der Moskauer Konferenz der KPR(B) am 9. März 1922, S. 69-70.

»Die Kommunistische Internationale ist die Vorhut des Proletariats. Sie kämpft um ihr Programm, um ihre Ideale als Minderheit der Arbeiterklasse. Sie kann diese Ideale nur verwirklichen, indem sie die große Mehrheit der Arbeiterklasse erobert. Sie kann diese Mehrheit nicht erobern durch bloße Propaganda ihrer Ideen. Nur indem sie versteht, sich zur Führerin der Arbeiterklasse in ihren Tageskämpfen zu machen, kann sie die Arbeiterklasse für ihre Ideen gewinnen.«¹²⁹

Er unterstreicht, dass dies weder ein Rückzug noch eine Herabsetzung des Niveaus des revolutionären Kampfes ist:

»Die Teilnahme der Kommunisten an dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die Not des Tages bedeutet kein Hinuntersteigen von den Höhen des revolutionären Kampfes in die Niederungen der opportunistischen Politik, sondern bedeutet das Hinaufführen des Proletariats zu den Höhen des revolutionären Kampfes.«¹³⁰

In Ländern wie in jenen Westeuropas, wo die Massen in mächtigen reformistischen Gewerkschaften organisiert sind und wo eine wichtige Fraktion in den Reihen oder hinter der Sozialdemokratie steht, ist die erste Frage, die sich stellt, zu wissen, ob Kommunist*innen die Massen für sich gewinnen können, indem sie sich den Führer*innen entgegenstellen, denen sie noch folgen. Die von Radek gegebene Antwort ist präzise:

»Auf die Länge hin wird der revolutionäre Gedanke in der Arbeiterklasse siegen, auch wenn sich ihm die sozialdemokratischen Organisationen und die Arbeiterbürokratie entgegensetzen. Ja, die Überwindung der sozialdemokratischen Ideologie ist eine Vorbedingung des internationalen Sieges des Proletariats. Aber damit ist nicht gesagt, auf welchem Wege diese Überwindung stattfindet.«¹³¹

Die wirkliche Frage, die sich Kommunist*innen stellen müssen, ist die folgende:

»Wie gelangen wir am leichtesten an die nicht-kommunistischen Arbeitermassen? Tun wir das am leichtesten, indem wir uns mit der Demaskierung der sozialdemokratischen Führer auf dem Wege der Propaganda begnügen, indem wir uns von jeder Berührung mit ihnen fernhalten? Es ist klar, dass dieser Weg der schlechteste wäre. Er würde den Verzicht auf den Versuch der Zusammenfassung der Arbeitermassen zum Kampfe bedeuten, Er würde bedeuten, dass wir handeln müssten, nur auf die Arbeiterschichten gestützt, die schon kommunistisch sind. Er würde bedeuten, dass wir die Arbeiterschaft zum Kampfe aufzufordern hätten, und falls sie nicht so konsequent von vornherein kämpfen würde, wie wir es wünschen, dass wir dann kritisierend beiseite zu stehen hätten. Die Arbeiterschaft würde dann in uns die Spalter ihres

129 Ebenda, S. 70.

130 Ebenda.

131 Ebenda, S. 71.

Kampfes sehen, Eigenbrötler, die, eingesponnen in ihre Theorien, nicht imstande sind, mit ihr zusammen die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte gegen die Offensive des Kapitals zu erfassen. Ganz anders ist es, wenn wir an die Arbeiterschaft herantreten, so wie sie ist, mit allen ihren Illusionen, mit all ihrer Unentschlossenheit, mit all ihrer Anhänglichkeit an die alten Führer und an die alten Ideen. Wenn wir sie zu erfassen suchen in dem Rahmen ihrer alten Organisationen.»¹³²

Deshalb muss die Internationale die vor Jahren begonnene Politik in Richtung der Gewerkschaften fortsetzen und jede Politik der Spaltung der Gewerkschaften ablehnen, die ebenso gefährlich ist wie die Politik, die versuchen würde, die Sozialdemokratie und den Kommunismus zu versöhnen und die Auswirkungen der Spaltung zwischen den Parteien durch Vereinbarungen zur Einheit zu überwinden. Denn die Politik der Einheitsfront, die Eroberung immer wichtigerer Fraktionen der Gewerkschaftsbewegung für diese Einheitsfrontpolitik, wird die sozialdemokratischen Führer*innen an die Wand drücken, sie zwingen, listig zu tricksen, um sich den Bestrebungen ihrer Truppen nicht frontal entgegenzustellen, ohne sich auf den Kampf einzulassen, bei dem sie alles zu verlieren haben:

»In diesem Hin und Wider der sozialdemokratischen Parteien und ihrer Führer werden die hinter ihnen stehenden Arbeiter immer klarer ihre Politik verstehen lernen, und sie werden immer entschiedener genötigt sein, einzusehen, dass nur der Kommunismus der Leitstern ihres Kampfes sein kann. Das Herantreten an die Führer der sozialdemokratischen Parteien mit dem Vorschlag des gemeinsamen Kampfes um die gemeinsamen Interessen des Proletariats bedeutet nicht nur kein Zurückweichen, sondern umgekehrt, er bereitet dem Wachstum des Kommunismus, der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für seine Ideen den Weg.«¹³³

Den Sozialdemokrat*innen, die die Kommunist*innen beschuldigen, die Einheitsfrontparole als einfaches taktisches Manöver angenommen zu haben, entgegnet Radek, dass sie, wenn sie aufrichtig sind, diese Taktik nur an der Wurzel brechen müssen, indem sie die Kommunist*innen einfach beim Wort nehmen, d.h. in den Kampf einsteigen. Demnächst wird die Konferenz der drei Internationalen in Berlin beiden Seiten die Möglichkeit zur öffentlichen Erklärung geben.

Die Konferenz der drei Internationalen

Für die Kommunist*innen war die Diskussion an der Spitze zwischen den Führer*innen der Parteien und der Arbeiter*innengewerkschaften eine der Bedingungen, um auf dem Weg der Einheitsfront voranzukommen, und diese Notwendigkeit,

132 Ebenda, S. 71-72.

133 Ebenda, S. 76.

die auf der Ebene der Parteien real war, war auf der Ebene der internationalen Stäbe nicht weniger dringend. Im Herbst 1921 war die Frage vor allem auf dem Parteitag der Labour Partei und auf dem Parteitag der sozialistischen S.F.I.O. in Frankreich von den Organisationen behandelt worden, die der Wiener Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien angehörten, die den Spitznamen »Zweieinhalbte Internationale« trug. Bereits am 12. Dezember 1921 hatte Radek im Namen der Kommunistischen Internationale einen entsprechenden Brief an Friedrich Adler in Wien geschickt.¹³⁴ Die Zentrale der KPD hatte ihrerseits in einer Resolution vom 21. Dezember 1921 den Wunsch an die Exekutive gerichtet, in Berlin, Wien oder einer anderen großen westlichen Stadt eine öffentliche Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale zu veranstalten, die die Frage der gemeinsamen Aktion mit den anderen Internationalen auf die Tagesordnung setzen würde. Gleichzeitig forderte sie die Exekutive der KI auf, unverzüglich Vorschläge für gemeinsame Aktionen an die Führungen der anderen Internationalen zu schicken.¹³⁵ Als Antwort darauf sprach sich die Exekutive für die Organisation einer während der Konferenz in Genua abzuhaltenden Weltarbeiter*innenkonferenz aus, als Antwort der Arbeiter*innen auf die Wiederaufbauversuche der Kapitalist*innen.¹³⁶

Die Zweite Internationale hatte damals, ohne sich gegen den kommunistischen Vorschlag auszusprechen, die in ihren Augen unmittelbare Notwendigkeit einer Konferenz der kommunistischen und sozialistischen Parteien des Westens allein zur Frage der Reparationen vorgebracht. Das Wiener Büro hingegen befürwortete die Abhaltung beider Konferenzen und schlug den Führer*innen der Londoner und Moskauer Internationale in einem am 15. Januar 1922 veröffentlichten Aufruf¹³⁷ unter Hinweis auf die sich verschlechternden Lebensbedingungen der Arbeiter*innen, die fortschreitende Arbeitslosigkeit, die Gegenoffensive der Unternehmer*innen und die in den Reihen des Proletariats zum Ausdruck kommende Notwendigkeit der Einheit die Abhaltung einer Konferenz vor, die die wirtschaftliche Lage und die Kämpfe der Arbeiter*innen auf die Tagesordnung setzen sollte. Der Vorschlag wurde von den beiden anderen Internationalen akzeptiert, aber von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale abgelehnt, die sich weigerte, mit Vertreter*innen der Roten Gewerkschaftsinternationale an einem Tisch zu sitzen. Die KPD stellte die internationale Konferenz, die in Berlin abgehalten werden sollte, in den Mittelpunkt ihrer Kampagne für die Einheitsfront.¹³⁸

134 »Arbeiterzeitung« (Wien), 1. Februar 1922, zitiert von Reisberg, »Lenin, die KPD und die Konferenz der drei Internationalen«, BzG, 1963, Nr. 2, S. 251.

135 [»Die Herstellung einer internationalen proletarischen Front«,] »Die Rote Fahne«, 23. Dezember 1921 [Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2].

136 I.M.L.-Z.P.A. Protokoll der Zentrale-Sitzung vom 16. Januar 1922, Sign. 3/2, f. 21, zitiert von Reisberg, a.a.O., S. 251.

137 »Freiheit«, 17. Januar 1922.

138 Protokoll der Politbürositzung vom 24. März 1922, I.M.L.-Z.P.A., 3/1/6, S. 19, zitiert von A. Reisberg,

Am Morgen des 2. April wurde die Arbeit der Konferenz der drei Internationalen in Berlin eröffnet.¹³⁹ Zum ersten Mal seit der Vorkriegszeit nahmen einige dieser Männer und Frauen, ehemals Aktivist*innen der gleichen Internationale und der gleichen Parteien, im gleichen Raum Platz. Die Delegierten saßen um einen T-förmigen Tisch, dessen querliegende Basis von der Delegation des Wiener Büros besetzt war, um den Österreicher Adler, flankiert von Crispian, dem Franzosen Bracke-Desrousseaux und den drei Vertretern der russischen Menschewiki, Martow, Fjodor Dan und Abramowitsch. Die Vertreter*innen der Zweiten und Dritten Internationale sitzen einander auf beiden Seiten des zentralen Tisches gegenüber.¹⁴⁰ Auf der einen Seite ist Vandervelde, der belgische Sozialist, ehemaliger Minister des Königs, Zereteli, das ehemalige Mitglied der provisorischen Regierung Kerenskis, der die georgischen Menschewiki vertritt, James Ramsay MacDonald, der Mann von der Labour Partei, und Otto Wels für die Mehrheitssozialdemokrat*innen Deutschlands. Auf der anderen, das weiße Haar Clara Zetkins umrahmend, Bucharin und Radek, der Jugoslawe Vujović von der Kommunistischen Jugendinternationale, Rosmer, der in der Delegation die Rote Gewerkschaftsinternationale vertritt. Serrati vertritt seine Partei, die als einzige eingeladene Partei nicht Mitglied einer Internationale ist, in beratender Funktion.¹⁴¹

Sind sie gekommen, um gemeinsam Entscheidungen zu treffen, um sich gemeinsam zu verpflichten? Ihre Anwesenheit am selben Tisch kann in der Tat als Verheißung in den Augen all derer gesehen werden, die diese große Hoffnung der Einheit teilen. Nach der Eröffnungsrede Friedrich Adlers eröffnete Clara Zetkin das Feuer mit einer einleitenden Erklärung im Namen der Exekutive der Kommunistischen Internationale.¹⁴² Keine Zweideutigkeit sollte auf der Konferenz lasten: Niemand denke daran, eine organische Einheit zu rekonstruieren, die bedeutungslos wäre. Für die Kommunist*innen tragen die Anhänger*innen der Kollaboration mit der Bourgeoisie die alleinige Verantwortung für die Spaltung, und es wird keine organische Einheit geben, solange die Arbeiter*innenklasse nicht voll in den Kampf um die Machtergreifung einbezogen ist. Die Kommunistische Internationale ist jedoch auf dieser Konferenz anwesend, weil sie hofft, dass sie zur Koordinierung der zukünftigen Kämpfe beitragen kann. Deshalb muss man den Kreis der teilnehmenden Organisationen erweitern, nicht nur auf die Gewerkschaftsinternationalen, sondern auch auf Gewerkschaften ohne internationale Zugehörigkeit und generell auf solche an-

»Lenin, die KPD und die Konferenz der drei Internationalen«, BzG, Nr. 2, 1963, S. 256.

139 Stenografisches Protokoll, Konferenz der drei Internationalen. [Protokoll der internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922. Herausgegeben vom Neunerkomitee der Konferenz. Im Verlag des Neunerkomitees in Kommission bei der Wiener Volksbuchhandlung 1922]

140 Rosmer, *Moscou sous Lénine*, S. 216. [deutsch a.a.O., S. 155]

141 Konferenz, S. 7.

142 Ebenda, S. 19-27.

archistischer Richtung. Das unmittelbare Ziel muss es sein, in dem Moment, in dem sich die Kapitalist*innen in Genua treffen werden, um die Probleme der Menschheit auf ihre Weise zu lösen, gleichzeitig eine internationale Arbeiter*innenkonferenz einzuberufen, die der Stimme der Arbeiter*innen Gehör verschaffen und in ihrem Namen die Kapitalist*innen zur Verantwortung ziehen kann. Clara Zetkin forderte, dass auf der Tagesordnung die Vorbereitung des Kampfes gegen den Krieg, die Organisation von Hilfsmaßnahmen für das hungernde Sowjetrussland, der Kampf gegen den Versailler Vertrag und der Wiederaufbau der vom Krieg verwüsteten Gebiete stehen sollten.

Vandervelde, der »Herr Minister«, wie ein kommunistischer Zeuge mit Abscheu schrieb¹⁴³, machte sich zum Ankläger.¹⁴⁴ Für seine Internationale ist die »Frage, [...] ob die vorgeschlagene Konferenz nützlich sein kann.«¹⁴⁵ Die Sozialist*innen stellten die Vertrauensfrage: Sie wüssten, dass die Kommunist*innen Meister in der Kunst des Manövrierens waren und verweigerten ihre Unterstützung für solche Operationen. Bevor sie eine gemeinsame Aktion ins Auge fassen, wollen sie eine Garantie, dass die Kommunist*innen zu dieser Konferenz entschlossen sind, auf eine bestimmte Anzahl von Praktiken zu verzichten, die mit dem Wunsch nach Einheit, den sie heute zeigen, unvereinbar seien. Die Kommunistische Internationale muss auf ihre Angriffe auf die sozialdemokratischen Führer*innen, ihre Versuche, Mitglieder abzuwerben, ihre Praktiken der Unterwanderung, insbesondere in den Gewerkschaften, verzichten. Sie muss auch Garantien für die Freiheiten geben, die die Kommunistische Partei, die in Russland an der Macht ist, den von ihr verbotenen und verfolgten sozialistischen Parteien wiedergeben muss, und sich öffentlich für die Freilassung der in Russland inhaftierten Sozialdemokrat*innen oder Sozialrevolutionär*innen einsetzen, angefangen bei den SR-Führer*innen, deren Prozess gerade angekündigt wurde. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, werden die Führer*innen der Zweiten Internationale, nachdem sie den Willen der Kommunist*innen zur Wiederherstellung des Vertrauens zur Kenntnis genommen haben, ohne Zögern zustimmen, mit ihnen zu diskutieren. Sie weigerten sich jedoch, das Problem der Revision des Versailler Vertrages auf die Tagesordnung zu setzen, weil sie der Meinung waren, dass dies den rechtsextremen deutschen Elementen in die Hände spielen würde, die darin ein Diktat sahen.

Radek, »eine harte, knochige Gestalt, ein nicht harmonisierendes Gesicht, ein grauer Teint, eine heftige Gestik und eine vernichtende Rede«¹⁴⁶, pariert mit der Erinnerung an das, was Vandervelde seiner Meinung nach davon hätte abhalten sollen, das Wort »Vertrauen« auszusprechen, ausgehend von der Erinnerung an dessen eigene Reden

143 »Impressions de séance«, R. Albert, Bulletin communiste, Nr. 18, 29. April 1922, S. 342.

144 Konferenz ... S. 28-42.

145 Ebenda, S. 34. [tats. S. 12]

146 R. Albert, a.a.O. S. 343.

vor und nach dem August 1914, wobei er weder die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts unter einer »sozialistischen« Regierung noch die Hinrichtung der sechszwanzig kaukasischen Volkskommissare vergaß, bei der die Labour Party Komplizin war: Die Kommunist*innen kämen nicht als Ankläger, sondern als Aktivist*innen, die eine gemeinsame Aktion fördern wollten.

»Wir setzen uns an einen Tisch mit euch, wir wollen zusammen mit euch kämpfen, und dieser Kampf wird entscheiden, ob es ein Manöver, wie ihr sagt, zugunsten der Kommunistischen Internationale sein wird oder ein Strom, der die Arbeiterklasse einigen wird. Das, was ihr tun werdet, wird darüber entscheiden, was unsere Aktion bedeutet. Wenn ihr zusammen mit uns, zusammen mit dem Proletariat aller Länder kämpft – nicht kämpft um die Diktatur, das trauen wir euch nicht zu, sondern kämpft um ein Stück Brot, kämpft gegen die weitere Zerrüttung der Welt – dann wird das Proletariat in diesem Kampfe näherrücken und dann werden wir euch beurteilen nicht auf Grund dieser schrecklichen Vergangenheit, sondern auf Grund der neuen Tatsachen. Solange diese nicht vorhanden sind, gehen wir kühl bis ans Herz hinan zu diesen Verhandlungen und zur gemeinsamen Aktion mit tiefem Misstrauen, dass ihr zehnmal in diesem Kampfe versagen werdet!«¹⁴⁷

Die von Vandervelde gestellten Bedingungen laufen in den Augen Radeks auf das Auslösen einer Polemik und letztlich auf eine Sabotage der Aktion hinaus:

»Wenn wir im gemeinsamen Kampfe einander näher rücken werden, werden sich daraus gewisse Folgerungen, die man nicht zu versprechen braucht, ergeben; denn sie werden sich aus dem gemeinsamen Kampfe ergeben, und darum sind wir für den gemeinsamen Kampf.«¹⁴⁸

Im Laufe der weiteren Debatten und Diskussionen sollten die kommunistischen Delegierten jedoch wichtige Zugeständnisse machen. So schlugen sie trotz der Zurückhaltung Bucharins und Rosmers und auf Drängen Radeks¹⁴⁹ vor, eine internationale Untersuchungskommission nach Georgien zu entsenden, und gaben vor allem die Zusicherung, dass es kein Todesurteil beim Prozess gegen die SR-Führer*innen geben werde, die ihre Verteidigung durch einen Anwalt ihrer Wahl unter Aufsicht der Delegierten der beiden anderen Internationalen durchführen lassen könnten. Im Gegenzug akzeptierten die sozialdemokratischen Partner*innen die Konstituierung eines ständigen Komitees aus neun Mitgliedern, des »Neunerkomitees«¹⁵⁰, das mit der Organisation neuer Konferenzen beauftragt wurde, das Prinzip einer allgemei-

147 Konferenz ... S. 50-51. [tats. S. 18]

148 Ebenda, S. 59 [tats. S. 20].

149 Rosmer, a.a.O. S. 218-219. [deutsche Ausgabe, S. 157]

150 Die »Neun«, die nach der Konferenz von jedem Vorstand ernannt wurden, waren Fritz Adler, Bracke, Crispian, Vandervelde, Wels, Ramsay MacDonald, Clara Zetkin, Radek und Frossard.

nen Konferenz – die nicht gleichzeitig mit der Konferenz in Genua stattfinden sollte – und die Organisation, wenn möglich, während dieser Konferenz, und auf jeden Fall für den 1. Mai »in kraftvollen, möglichst geeinten Massenkundgebungen« für den Achtstundentag, gegen die Arbeitslosigkeit, für eine einheitliche Aktion, die Verteidigung der russischen Revolution und des »hungernden Russlands«, für »die Herstellung der proletarischen Einheitsfront in jedem Lande und in der Internationale.«¹⁵¹

Die Kommunistische Internationale und die Kommunistische Partei Russlands werden die Verpflichtungen einhalten, die ihre Delegation in Berlin in ihrem Namen eingegangen ist, obwohl Lenin sie für maßlos hielt. In einem am 3. April diktierten Artikel unter dem Titel »Wir haben zu teuer bezahlt«¹⁵² protestierte er dagegen, dass Bucharin, Radek und die anderen sich bereit erklärt hatten, im Namen eines Gerichts zu versprechen, Menschen, die des Terrorismus schuldig sind, nicht zu verurteilen, ohne ein gleichwertiges oder auch nur annäherndes Zugeständnis der anderen Seite. Auf jeden Fall werden Vandervelde und Theodor Liebknecht nach Moskau kommen, um die SR zu verteidigen, eine Verteidigung, die sie fast sofort aufgeben werden.

Das Neunerkomitee wird nur eine Eintagsfliegen-Existenz haben. Die sozialdemokratischen Parteien der Zweiten Internationale weigerten sich, einen Weg einzuschlagen, der sie zum Bruch mit den bürgerlichen Parteien führen würde. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hingegen ratifizierte die Berliner Vereinbarungen und beauftragte ihre Delegierten, die Organisation einer gemeinsamen Konferenz der beiden Gewerkschaftsinternationalen vorzuschlagen.¹⁵³ Die KPD lancierte eine Agitationskampagne für die Vorbereitung eines Weltarbeiter*innenkongresses in Übereinstimmung mit den Berliner Beschlüssen und für die Abhaltung gemeinsamer Versammlungen von Aktivist*innen der drei Parteien am 20. April. Die SPD weigerte sich teilzunehmen. Doch am 20. April versammelte die von den Kommunist*innen und Unabhängigen organisierte gemeinsame Demonstration 150.000 Menschen in Berlin¹⁵⁴; in einigen Städten, wie z.B. Düsseldorf, setzten sich die lokalen Leiter*innen der Sozialdemokratischen Partei über das Verbot hinweg und demonstrierten mit den Kommunist*innen und Unabhängigen.¹⁵⁵ Am selben Tag rief das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in einem »Aufruf an die klassenbewussten Arbeiter der ganzen Welt« dazu auf, gegen die »Sabotage der Einheitsfront« zu kämpfen, Komitees für die Organisation des Internationalen Arbeiter*innenkongresses zu bilden.¹⁵⁶ Gleichzeitig wandte sich die Kommunistische Exekutive öffentlich an die Parteien der Zweiten Internationale und forderte sie

151 Konferenz ... , S. 143-146. [tats. S. 47]

152 Œuvres, Bd. XXXIII, S. 336-340. [Lenin, Werke, Band 33, S. 316-320]

153 Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der KI, S. 22-23.

154 »Die Rote Fahne«, 21. April 1922.

155 Inprekorr, Nr. 52, 22. April 1922, S. 418. [Werner Scholem, »Der 20. April in Deutschland«, S. 418 f., hier S. 418]

156 Bericht über die Tätigkeit, S. 26 ff.

auf, mit ihnen die Repressionen anzuprangern, die die deutsche Regierung gegen einige der kommunistischen Delegierten der Berliner Konferenz - Karl Radek, der ausgewiesen worden war, und Felix Wolf, Sekretär der kommunistischen Delegation, der verhaftet worden war - entfesselt hatte.¹⁵⁷ Als das Neunerkomitee am 29. Mai in Düsseldorf tagte, waren die Sozialdemokrat*innen entschlossen, jeden neuen Schritt nach vorne abzulehnen. Die drei Kommunist*innen stellten ihren Partnern ein echtes Ultimatum: Einberufung einer internationalen Konferenz oder Auflösung des Neunerkomitees.¹⁵⁸ Mit der Ablehnung konfrontiert, zogen sie sich zurück. Das Neunerkomitee hatte sich überlebt.

Die Konferenz der drei Internationalen wird trotz allem dazu beigetragen haben, die Wiener und die Londoner Internationale zusammenzuführen, die sich 1923, nach der Wiedereingliederung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei im Herbst 1922, in eine »Vereinigte Sozialdemokratische Partei«¹⁵⁹ zusammenschließen werden. In Deutschland wird sie in unmittelbarer Zukunft stark dazu beitragen, die Arbeiter*innen mit der Praxis der Einheitsfront vertraut zu machen und gemeinsame Aktionen »an der Basis« zwischen Kommunist*innen, Unabhängigen und Mehrheitler*innen zu fördern: Mit der sozialdemokratischen Wiedervereinigung werden wir auch die Wiedergeburt einer linken Tendenz innerhalb der sozialdemokratischen Partei erleben, die eine Aktionseinheit mit den Kommunist*innen befürwortet.

157 Brief Clara Zetkins an F. Adler vom 8. Mai 1922, Correspondance Internationale, Nr. 36, 10. Mai 1922, S. 274. [auf deutsch in Inprekorr, Nr. 63, 9. Mai 1922, S. 427]

158 Reisberg, a.a.O., S. 263.

159 Unter den Unabhängigen, die zu dieser Zeit zur Sozialdemokratie zurückkehrten, fanden sich viele ehemalige kommunistische Führer*innen, darunter Paul Lange, aber auch Paul Levi und seine engsten Mitstreiter, Curt Geyer, Düwell, Otto Brass, Malzahn, Neumann usw. Levi hatte versucht, der Perspektive der sozialdemokratischen Wiedervereinigung die einer Vereinigung der »Sozialrevolutionäre« entgegenzusetzen, in die er mit der Gesamtheit der Unabhängigen auch die nicht-linksradikale Fraktion der KPD einzubeziehen hoffte. Aber isoliert auf der Seite der Kommunist*innen hatte er nicht die Kraft – und zweifellos auch nicht den Wunsch –, unter diesen Bedingungen einen »unabhängigen« Kern aufrecht zu erhalten, was Georg Ledebour mit sehr fragwürdigem Erfolg tat. Hartnäckig die »Spaltung« ablehnend und vor allem darauf bedacht, »sich nicht von den Massen abzuschneiden«, sollte Paul Levi dennoch den Kraftakt vollbringen, der Vordenker einer »neuen Linken« in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sein.

Kapitel XXX: Die Wende von Rapallo

Wenige Tage nach der Konferenz der drei Internationalen, also noch während der Konferenz von Genua, deren Perspektive in ihren Debatten so schwer wog, fand ein zentrales diplomatisches Ereignis statt, die Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo zwischen Deutschland und Sowjetrußland, der ersten Neuordnung der Kräfte nach dem Weltkrieg und gewissermaßen ein Faktor der Erneuerung der politischen Beziehungen in Deutschland selbst.

Die bei dieser Gelegenheit von der an der Macht befindlichen Fraktion der deutschen Bourgeoisie getroffene Wahl bestand darin, sich gegenüber der Entente und für begrenzte Ziele auf Sowjetrußland zu stützen. Das Problem ist nicht neu: Seit Kriegsende prallen die Anhänger*innen der »westlichen« Allianz und die der »östlichen« Allianz in den Spitzen der Verwaltung und des Generalstabs aufeinander. Die Politik der Entente erleichterte die Entscheidung. Diese Wahl der diplomatischen Opportunität deckt sich in gewisser Weise mit der Politik der Kommunistischen Partei und ihrer Kampagne für »Beziehungen zu Sowjetrußland«, die ihrerseits ein integraler Bestandteil der Verteidigung der russischen Revolution und des Kampfes gegen Versailles war. Aber sie stellt sich auch kategorisch gegen die »westliche« Politik der Sozialdemokratie, ihre Perspektiven der kollektiven Sicherheit und der Friedenssicherung durch den Völkerbund. Die »Rapallo-Politik« erscheint so als ein zusätzlicher Faktor der Spaltung – mit einem hohen Leidenschaftsfaktor – zwischen den Arbeiter*innenparteien, ein zusätzliches Hindernis für die Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei.

Das Problem wird noch verkompliziert durch die Rolle Radeks, der sowohl ein sowjetischer Diplomat und inoffizieller Sprecher der Moskauer Regierung als auch im Auftrag der Exekutive ein »Mentor« der deutschen kommunistischen Partei ist. Derselbe Mann verhandelte in Berlin, Genua und Rapallo mit Malzan, dem Leiter des Osteuropabüros, mit Rathenau selbst und griff von Moskau aus beratend und lenkend in die deutsche Partei ein und inspirierte sogar deren wichtigste politische Entscheidungen. Ob er seine beiden Rollen durcheinander gebracht hat, absichtlich oder versehentlich, ist eine zweitrangige Frage. Wichtiger ist die Tatsache, dass seine Doppelrolle die Interpretation der Ereignisse beeinflusst haben könnte, sowohl durch Zeitgenoss*innen als auch durch Historiker*innen.

Das deutsch-russische Problem

In den ersten Jahren, die der russischen Revolution folgten, stellt sich das Problem der Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland nicht unabhängig von der Weltrevolution, die die bolschewistischen Führer*innen für unmittelbar bevorstehend halten. Lenin begreift die Mission Joffes nicht anders als eine revolutionäre Hilfsmission für die deutschen Revolutionär*innen – so wie Trotzki seine Rolle als Chef der sowjetischen Diplomatie zunächst als die eines Agitators begreift.

Die Ultras der Freikorps, wie diejenigen, die sich in den baltischen Staaten gegen die Sowjetmacht bewaffnen, argumentieren definitiv in der gleichen Optik. Das revolutionäre Rußland stellt den Feind Nummer eins im Ausland dar, ebenso wie der Spartakismus im Inneren. Eine Sichtweise, die von der Entente geteilt wird – und von der die militaristischen deutschen Elemente direkt profitieren. Die Times schrieb in dieser Epoche:

»Die Alliierten waren zum Zeitpunkt des Waffenstillstandes bestrebt, die (deutschen) Besatzungstruppen als Schutz für Westeuropa gegen die Bolschewiken einzusetzen, und verlangten keine sofortige Evakuierung, da es keine lokalen Kräfte gab, die der bolschewistischen Aggression standhalten konnten.«¹⁶⁰

Sehr schnell aber stellte die Niederlage der ersten Welle der deutschen Revolution, der erzwungene Abschluss des Versailler Friedens, das Problem in anderen Begriffen.

Ein wichtiges Indiz dafür stellt die Qualität und Anzahl der Besucher dar, die Karl Radek in seinem zum »politischen Salon« umfunktionierten Gefängnis empfing: Militärs wie General Reibnitz, Admiral Hintze und Oberst Max Bauer, Industrielle wie Walter Rathenau und Felix Deutsch, Intellektuelle wie Maximilian Harden und Otto Hoetzsch.¹⁶¹ Sie alle waren auf unterschiedliche Weise von dem Mann fasziniert, aber noch mehr von dem Land und der Kraft, die er repräsentierte, sicher als politische und militärische Kraft, aber auch als Raum, als Markt und Rohstoffquelle, als Investitionsfeld für ihr Kapital und sogar als Arsenal oder Trainingslager, das es ihnen ermöglichte, die Klauseln des Vertrags betreffend die Abrüstung zu umgehen. Die Perspektiven, die sie anziehen, sind wirtschaftliche Komplementarität ebenso wie gemeinsamer Widerstand gegen das Diktat.

Diese Perspektiven sind nicht unerheblich für jemanden, der wie Radek glaubt, dass die Weltrevolution ein langer und komplexer Prozess sein wird. Unter diesen Bedingungen ist die Isolation Rußlands eine ebenso wichtige Tatsache wie ihr eigenes Überleben. Ohne der Weltrevolution zu schaden, hat der Sowjetstaat das Recht und sogar die Pflicht, die zwischenimperialistischen Widersprüche zu seinem Vorteil zu nutzen: Sobald die Apokalypse der unmittelbaren Nachkriegszeit vorbei ist

¹⁶⁰ Times, 27. Oktober 1919.

¹⁶¹ Radek, November..., S. 158-162.

und die Revolution verschoben wird, bekommt das diplomatische Spiel sein ganzes Interesse zurück. Radek ist davon schnell überzeugt und schreibt selbst aus seinem Gefängnis an die deutschen Kommunist*innen,

»dass das Problem der auswärtigen Politik Sowjetrusslands, und falls die Weltrevolution nicht viel schneller sich entscheiden wird, als bisher, wie auch jeder anderen Länder, in denen die Arbeiterklasse siegen wird, darin besteht, zu einem modus vivendi mit den kapitalistischen Staaten zu gelangen. (...) Die Möglichkeit des Friedens zwischen kapitalistischen Staaten und proletarischen ist keine Utopie.«¹⁶²

Einen Monat später schrieb er von seinem Aufenthalt in Freiheit auf Bewährung:

»Deutschland ist zusammengebrochen, aber trotzdem stehen sein technischer Apparat und sein technisches Können sehr hoch. (...) Deutschland hat dank dem Zusammenbruch seiner Auslandsbeziehungen und dem Niedergang seiner Wirtschaft Tausende von Ingenieuren, Chemikern, geschulten Arbeitern, die brotlos und arbeitslos herumlaufen, die Sowjet-Russland die besten Dienste bei dem Wiederaufbau leisten können.«¹⁶³

Diese Sichtweise deckt sich mit der eines der Männer, deren Rolle in dieser Frage entscheidend sein wird, General von Seeckt, der bereits im Januar 1920 schreibt:

»Da ich die zukünftige politische und wirtschaftliche Einigung mit Groß-Russland als unverrückbares Ziel unserer Politik ansehe, müssen wir versuchen, uns Russland wenigstens nicht zum Feind zu machen.«¹⁶⁴

Die Möglichkeiten einer Einigung bleiben jedoch vorerst begrenzt, und Lenin schreibt im Frühjahr 1920 diese klare Verurteilung der Politik, die darauf abzielen würde, zwischen Deutschland und Russland privilegierte Verbindungen herzustellen:

»Der Sturz der Bourgeoisie in einem beliebigen großen europäischen Land, darunter auch in Deutschland, ist ein solches Plus für die internationale Revolution, dass man seinetwegen – wenn es notwendig sein sollte – auf eine längere Gültigkeit des Versailler Friedens eingehen kann und muss. Wenn Russland allein imstande war, zum Nutzen für die Revolution mehrere Monate lang den Brester Frieden zu ertragen, so ist nichts Unmögliches daran, dass ein Rätedeutschland im Bunde mit

162 K. Radek, Zur Taktik des Kommunismus: Ein Schreiben an den Oktoberparteitag der KPD, S. 9, 11-12. [tats. »Die auswärtige Politik des deutschen Kommunismus und der Hamburger nationale Bolschewismus«, Anhang III seiner Broschüre »Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei.« Hamburg 1920. Hervorhebung im Original]

163 K. Radek, Die Auswärtige Politik Sowjet-Russlands, S. 37-39, 44. [Zitat S. 46]

164 F. Von Rabenau, Seeckt – Aus seinem Leben, S. 252.

*Sowjetrussland zum Nutzen für die Revolution eine längere Gültigkeit des Versailler Friedens erträgt.*¹⁶⁵

Der Wendepunkt von 1920-1921

Im Dezember 1920 äußerte sich Lenin, wie E.-H. Carr andeutet, zum ersten Mal über Deutschland in einem Rahmen, der nicht der der Weltrevolution war. Vor dem 8. Kongress der Sowjets unterstreicht er nämlich, dass das Überleben Sowjetrusslands in erster Linie das Ergebnis der Unstimmigkeiten zwischen den Imperialisten ist:

»Unsere Existenz hängt davon ab, dass einerseits grundlegende Differenzen zwischen den imperialistischen Mächten bestehen und andererseits der Sieg der Entente und der Frieden von Versailles die gewaltige Mehrheit der deutschen Nation zu unmöglichen Existenzbedingungen verurteilt haben. (...) es liegt in der Natur der Dinge, dass die einzige Rettung für Deutschland ein Bündnis mit Sowjetrussland ist, woraufes denn auch seine Blicke richtet. (...) Die deutsche bürgerliche Regierung hegt einen wütenden Hass gegen die Bolschewiki, aber die internationale Lage drängt sie gegen ihren eigenen Willen zum Frieden mit Sowjetrussland.«¹⁶⁶

Im Januar 1921 antwortete der deutsche Außenminister, Dr. Simons:

»Der Kommunismus als solcher ist kein Grund, weshalb eine deutsche republikanische und bürgerliche Regierung nicht mit der Sowjetregierung Handel treiben soll.«¹⁶⁷

Ein sowjetisch-deutscher Handelsvertrag wurde im Mai 1921 unterzeichnet. Im Rahmen von NEP und der Politik der »Konzessionen« wurden mehrere gemischte Gesellschaften mit deutschen Ingenieuren und Kapital gegründet. Die deutsche Regierung schickt eine umfangreiche Hilfe zur Bekämpfung der Hungersnot im Sommer 1921. Schließlich begannen geheime Verhandlungen über die Errichtung von Waffenfabriken auf russischem Territorium, mit denen die Versailler Klauseln umgangen werden sollten.¹⁶⁸

Am Ende dieser Entwicklung stand die »Flucht« der deutschen und russischen Delegierten von der Konferenz in Genua am 16. April 1922, ihr Treffen in Rapallo und die Unterzeichnung des Vertrages, der den Hoffnungen der Entente auf ein »Konsortium« zur gemeinsamen Ausbeutung der von den Russen angebotenen Konzessionen ein Ende setzte. Der Vertrag erließ die Schulden der beiden Partner, »Reparationen«, die die deutsche Regierung schuldete, »Entschädigungen« für verstaat-

165 Œuvres, Bd. XXXI, S. 72-73. [»Der linke Radikalismus ...« Lenin Werke, Band 31, hier S. 63]

166 Œuvres, Bd. XXXI, S. 493-494. [»Referat über die Konzessionen, gehalten in der Sitzung der KPR(B)-Fraktion des VIII. Sowjetkongresses.« Lenin Werke, Band 31, 459-482, hier S. 471 f.]

167 Stenografische Berichte des Reichstages. Verhandlungen, Bd. 346, S.1994 [B].

168 Kochan, Russia and the Weimar Republic, S. 41-45 [dt. Ausg. S. 41-44]

lichtes Eigentum, die die russische Regierung schuldete; er stellte die konsularischen und diplomatischen Beziehungen wieder her und machte Deutschland zur »meistbegünstigten Nation« im russischen Außenhandel, mit Ausnahme der Beziehungen zu Ländern, die früher vom russischen Reich abhängig gewesen waren. Schließlich sieht es vor, dass die »beiden Regierungen [...] den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen« werden.¹⁶⁹

Die Partei und die Internationale und Rapallo

Die Herstellung privilegierter Beziehungen zwischen Sowjetrussland und Deutschland war in den vergangenen Jahren eines der Lieblingsthemen kommunistischer Redner gewesen, sowohl in Volksversammlungen als auch im Reichstag. Der Abschluss des Vertrages überraschte sie dennoch: Sie hatten offenbar nicht erwartet, dass die deutsche bürgerliche Regierung so weit gehen würde, ein solches Abkommen mit der russischen Regierung zu akzeptieren. Die Sozialdemokrat*innen wiesen ihrerseits schnell auf den gefährlichen Aspekt eines solchen Bündnisses hin. Crispian hielt im Namen der Unabhängigen eine Anklagerede gegen dieses Abkommen zwischen den Bolschewiki und der Regierung der »Schwerindustrie und des Finanzkapitals« und prangerte die »kapitalistisch orientierte« Politik der russischen Regierung an.¹⁷⁰ Die Reaktion der »Roten Fahne« verriet eine gewisse Verlegenheit. Der erste Kommentar zum Vertrag¹⁷¹ betonte, dass er eine Niederlage für die Entente darstelle, und Pieck erklärte am nächsten Tag auf der Lustgarten-Demonstration, dass die deutsche Bourgeoisie »nicht aus Freundschaft, sondern unter dem Einfluss grausamer Notwendigkeit, d.h. unter den Schlägen der Entente unterschrieben habe.«¹⁷² Der Vertrag war mehrere Wochen lang kein Thema mehr, bis zur Diskussion im Reichstag, bei der Paul Frölich, der kommunistische Sprecher, den Inhalt des Vertrages herunterspielte und betonte, dass die Sozialdemokrat*innen und Unabhängigen die eigentlichen Verantwortlichen für eine Lage seien, die die russischen Revolutionär*innen zwingt, Verträge mit einem bürgerlichen Staat abzuschließen.¹⁷³

Die Position der russischen Führer*innen ist klarer. Von einem amerikanischen Journalisten interviewt, antwortet Trotzki, dass es nicht in Frage kommen kann, den Vertrag von Rapallo als Gegengewicht zu anderen Gruppierungen europäischer Staaten zu betrachten:

169 Kochan, a.a.O. S. 52-53. [dt. Ausg., S. 51 und https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0017_rap&object=translation&st=&l=de, abgerufen am 24. 10. 2022]

170 Stenografische Berichte des Reichstages. Verhandlungen, Bd. 355, S. 7716-7717. [Offenbar zitiert nach Kochan, S. 58, dt. Ausg., S. 55, der nicht wörtlich zitiert. Wörtlich sprach Crispian von der »Nebenregierung« des »Finanzkapitals«, der »Schwerindustrie«, der »Stinnes-Leute« und »Helfferich-Leute« [a.a.O., S. 7717 A]

171 Die Rote Fahne, 18. April 1922.

172 Die Rote Fahne, 21. April 1922.

173 Stenografische Berichte des Reichstages. Verhandeln, Bd. 355, S. 7738-7740.

»Deutschland ist von der Sowjetrepublik durch die gleichen grundlegenden Widersprüche im Eigentumssystem getrennt wie auch die Länder der Entente. Dies schließt die Möglichkeit aus, über das Rapallo-Abkommen als über irgendein Defensiv-Offensiv-Bündnis als Gegengewicht zu anderen Staaten zu sprechen. Es handelt sich um die Wiederherstellung elementarer zwischenstaatlicher und wirtschaftlicher Beziehungen. Sowjetrußland wäre bereit, heute auch mit jedem anderen Land ein Abkommen nach den Prinzipien des Rapallo-Abkommens zu unterschreiben.«¹⁷⁴

Daraufhin begrüßte eine Resolution der Exekutive der Internationale den Vertrag, der *»eine kolossale historische Bedeutung«* habe, und erinnerte daran, dass *»diese oder jene Zusammensetzung der bürgerlich-menschewistischen Regierung Deutschlands vorübergehend ist«*, während *»die deutsche Arbeiterklasse aber bleiben wird.«* Das Schicksal der Menschheit wird nicht durch Verträge entschieden:

Das »Schicksal der Menschheit [wird] in den nächsten paar Jahren von den Erfolgen der deutschen Arbeiterklasse bestimmt werden. Der Sieg des deutschen Proletariats über ‚seine‘ Bourgeoisie wird einen nie dagewesenen Umsturz in der sozialen Struktur ganz Europas bedeuten. Wenn das deutsche Proletariat in seinem Lande den Einfluss der 2. und 2½ Internationale zunichte macht, wird ein neues Kapitel in der Geschichte der Menschheit beginnen.«¹⁷⁵

Rapallo gegen die Revolution?¹⁷⁶

Die Argumente derjenigen, die wie der Historiker Lionel Kochan denken, dass Rapallo wegen seiner Bedeutung für die kommunistischen Führer*innen letztlich ein Hindernis auf dem Weg der deutschen Revolution darstellte, sind schwach. Angress besteht darauf, dass Radek in einem Bericht, den er dem 4. Kongress der Internationale vorlegte, *»schon seine ein Jahr später verfolgte nationalbolschewistische Politik an[deutete ...], aber auch eine [...] Auslegung von Rapallo [verkörperte], die ein Bündnis zwischen einem revisionistischen Sowjetrußland und Deutschland gegen die Entente und den Versailler Friedensvertrag vorsah.«¹⁷⁷* Abgesehen von der Tatsache, dass Radek dem 4. Kongress der Internationale keinen Bericht in diesem Sinne vorlegte¹⁷⁸, sind die ihm zugeschriebenen Zitate, in denen er bekräftigt, Rußland könne

¹⁷⁴ Iswestija, 18. Mai 1922. [Hier eigene Übersetzung nach Leo Trotzki, Kak Wooruzhalas' Rewoluzija, Bd. 3.2, Moskau 1925, S. 63 f.]

¹⁷⁵ Degras, a.a.O., I, S. 347. [»Die Lehren der Genueser Konferenz«, hier zitiert nach Inprekorr, N 3. 73, 22. Mai 1922, 563 f., hier S. 564]

¹⁷⁶ Titel eines Kapitels in L. Kochan, Russia and the Weimar Republic [in der deutschen Ausgabe, S. 62, »Der Vertrag von Rapallo im Konflikt mit der Revolution«].

¹⁷⁷ Angress, a.a.O. S. 238-239. [deutsch Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD, Düsseldorf 1973, S. 273]

¹⁷⁸ Darauf weist Angress selbst hin, S. 239, Anm. 36. [Tatsächlich handelt es sich um eine Broschüre, die den Untertitel trug »Bericht an den 4. Kongress der Kommunistischen Internationale, 28. 10. 1922«, nicht

nur durchhalten, weil es »in der Existenz Deutschlands ein Gegengewicht zur Hegemonie der Verbündeten besäße«¹⁷⁹, weit davon entfernt, zu überzeugen.

In Wirklichkeit entlehnen die Historiker*innen, die diese These vertreten, ihre Behauptungen, dass die Politik von Rapallo in Deutschland einen »Rückzug« bedeutete und generell die Wende der Kommunistischen Internationale erkläre, von Ruth Fischer. Laut Ruth Fischer spielte die von dem ungarischen Ökonomen Varga aufgestellte Theorie, dass Deutschland durch das von Versailles auferlegte System der Reparationen zu einer »industriellen Kolonie« der Entente werde, eine Hauptrolle. Sie vernachlässigt die Realität der ökonomischen und sozialen Tatsachen, die Doppelbelastung der deutschen Arbeiter*innenklasse durch die kapitalistische Akkumulation im eigenen Land und durch die Zahlung von Reparationen und schreibt:

»Die Theorie von der Umwandlung Deutschlands in eine Industriekolonie des Westens gab der Rapallo-Politik die letzte Abrundung. Varga, Bucharin und Radek entdeckten 1922-1923 die neue Rolle der deutschen Bourgeoisie, die sie aus dem Klassenfeind in ein fast ebenso sehr wie die deutschen Arbeiter leidendes Opfer verwandelte.«¹⁸⁰

In der Tat tendierten alle Bemühungen der Kommunistischen Partei Deutschlands seit dem 3. Kongress der Internationale mit Unterstützung der Exekutive dazu, eine Einheitsfrontpolitik zu fördern, die damals in Deutschland die Form eines Kampfes der Arbeiter*innen gegen Elend und Reaktion annahm. Letztlich gibt es – abgesehen von der Doppelrolle, die Radek spielte – keine Anhaltspunkte dafür, dass die Einheitsfrontpolitik von den »Machtinteressen« der russischen Regierung diktiert wurde, noch dafür, dass die Implikationen von Vargas Deutschland-Analysen eine »Revision leninistischer Klassenpolitik« darstellten.¹⁸¹

um einen auf dem Kongress vorgetragenen Bericht.]

179 Zitiert in Kochan, a.a.O. S. 55-56, und Angress, ebenda. [hier zitiert nach Karl Radek: Die Liquidation des Versailler Friedens, Hamburg 1922, S. 22, die deutsche Übersetzung Kochans, S. 53, hat den englischen Text rückübersetzt, statt die deutsche Broschüre zu zitieren.]

180 R. Fischer, a.a.O., S. 199. [deutsche Ausgabe, S. 242]

181 Ebenda, S. 199-200. [a.a.O., S. 243]

Kapitel XXXI: Für die Einheitsfront gegen Elend und Reaktion

Im Verlauf der Diskussionen zwischen den Internationalen hatte sich die deutsche Sozialdemokratische Partei als die entschlossenste in der Ablehnung einer gemeinsamen Aktion und die deutsche Kommunistische Partei als die hartnäckigste bei der Suche nach Vereinbarungen gezeigt. Die deutschen sozialdemokratischen Führer*innen sind in der Tat entschlossen, eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien der Mitte aufrechtzuerhalten, die sie für ein notwendiges Bollwerk gegen »Subversion« und »Abenteuer« halten. Die kommunistischen Führer*innen ihrerseits erkannten, dass nur methodische Kampagnen zugunsten gemeinsamer Aktionen, in Fortsetzung der Politik des offenen Briefes vom 7. Januar 1921, in einer ersten Etappe ihre Isolation durchbrechen und zur Wiedergeburt eines linken Flügels innerhalb der Sozialdemokratie beitragen konnten, der für den Aufbau der Arbeiter*innen-Einheitsfront unerlässlich war.

Die entschlossene Orientierung der kommunistischen Aktivist*innen auf die Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften beginnt mit der Bewegung der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Streiks Früchte zu tragen. Das Jahr 1922 ist vor allem von der Wiedergeburt einer Betriebsrätebewegung beherrscht, in der die Kommunist*innen einen realen und manchmal vorherrschenden Einfluss ausüben.

Die Entwicklung der Einheitsfrontorgane

Geboren aus der Novemberrevolution und ihren Nachwirkungen, hatten die Betriebsräte bereits in der ersten Phase der revolutionären Bewegung 1918-1919 eine wichtige Rolle gespielt, vor allem an der Ruhr und in Mitteldeutschland, wo sie an der Spitze des großen Streiks vom März 1919 standen.

Das Zurückfluten der »Sowjet«-Bewegung der Arbeiter*innenräte nach der Repression und der Wahl der Nationalversammlung und die Verlagerung des Schwerpunkts auf ökonomische Forderungen hatte sie zum Thema eines Konflikts zwischen dem rechten und linken Flügel der Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegung gemacht. Artikel 65 der Weimarer Verfassung und das Gesetz vom 4. Februar 1920 waren ein weitreichender Versuch gewesen, die Arbeiter*innen in das Betriebsleben einzubinden und sie durch das Mitbestimmungsrecht zu Anhängseln der Unternehmergehewalt zu

machen. Sie waren kompetent bei Themen der Verwaltung und der allgemeinen Politik des Unternehmens, bei Arbeitsbedingungen, Einstellungen und Entlassungen¹⁸² und bildeten auch die Wahlbasis für die »Arbeiter«-Mitglieder des Reichswirtschaftsrats. In der Praxis waren sie in den ersten Jahren ihrer rechtlichen Existenz kaum mehr als eine bloße, durch Wahl bestätigte zweite Garnitur der Gewerkschaftsbürokratie.

Aber die Tatsache, dass sie von allen Arbeiter*innen im Rahmen der Betriebe gewählt wurden, der »industrielle« Charakter ihrer Organisationsform – im Gegensatz zur Organisation der Gewerkschaften auf der Basis von »Berufen« – machte sie zu brauchbaren Instrumenten für Revolutionär*innen. Ausgehend von ihnen hatte ein Mann wie Däumig seine Theorie des »Rätesystems« ausgearbeitet, das als eine Art zweite ökonomische Macht gedacht war, die sich gegen die Autorität des Unternehmers in allen Betrieben erhob und über eine Pyramide von Räten auf allen Ebenen bis zum Gipfel der Staatsmacht aufstieg.¹⁸³ Auf der rein politischen Ebene hatten linke Unabhängige und Kommunist*innen viel Wert darauf gelegt, dass die gewählten Mitglieder der Betriebsräte zwangsläufig Lohnabhängige des betreffenden Unternehmens waren, was ipso facto die Gewerkschaftshauptamtlichen ausschaltete und die Mitglieder der Räte sehr empfindlich für den Druck von ihrer Basis machte.

Die deutschen Kommunist*innen stellten in Übereinstimmung mit der Strategie der Internationale und der auf ihrem 2. Kongress verabschiedeten Resolution zu den Betriebsräten den Kampf für und um die Betriebsräte in den Mittelpunkt ihrer strategischen Anliegen in der betrieblichen Arbeit.¹⁸⁴ Auf dem Parteitag vom November 1920, am Vorabend der Fusion, hatten die Delegierten der KPD einen wichtigen Bericht Brandlers zu dieser Frage gehört und anschließend diskutiert: Die Betriebsräte sollten das Instrument des Kampfes der Arbeiter*innen für ihre Kontrolle über die Produktion, die Bestandsaufnahme, die Buchführung, die Registrierung sein, welches den Arbeiter*innen helfen würde, sich der Notwendigkeit des Sturzes des kapitalistischen Regimes bewusst zu werden und sie gleichzeitig auf die Aufgaben vorzubereiten, die ihnen mit dem Sieg der »Diktatur des Proletariats« zufallen würden. Dazu war es notwendig, dass sich die Betriebsräte von den Gewerkschaftsbürokrat*innen lösen und zu echten Organen der Arbeiter*innen-Einheitsfront werden. Eine solche Transformation war nur durch den Kampf der Arbeiter*innen für eine wirkliche Kontrolle und gegen die Organisierung der Arbeitslosigkeit durch die Unternehmer möglich. Durch die Föderation der Räte und ihre Zentralisierung wurde die Konstituierung der Klasse als solche in einem Netzwerk von Räten realisiert, das es ihr ermöglichte, eigene Positionen gegenüber der Unternehmer*innenautorität zu etablieren und so zum Kampf um die politische Macht beizutragen.¹⁸⁵

182 Goetz-Girey, *Les Syndicats allemands après la guerre*, S. 107-119.

183 Ernst Däumig, *Das Rätesystem* (1919).

184 *Les Quatre premiers congrès de l.I.C.*, S. 56-57.

185 Brandler, *Die Rote Fahne*, 4. November 1920.

Die Kommunist*innen kämpften an zwei Fronten, sowohl gegen die Gewerkschaftsapparate, die versuchten, sich durch die gewählten Vertreter*innen auf den Gewerkschaftslisten die Räte unterzuordnen, als auch gegen die »unionistischen« oder anarchosyndikalistischen Aktivist*innen, die die Betriebsräte in eigenständige Organisationen, in Konkurrenten der Gewerkschaften, verwandeln wollten, und legten seit 1919 besonderen Wert auf die Organisation der Betriebsräte auf der Grundlage revolutionärer Perspektiven und auf die Entwicklung der Arbeiterkämpfe mit wirtschaftlichem Charakter durch sie. Der »offiziellen« Organisation der Betriebsräte, der Gewerkschaftsfilialen und der Basiselemente des Wahlsystems des Wirtschaftsrates – unter dem Vorsitz des ehemaligen unabhängigen Volksbeauftragten Emil Barth in Berlin – versuchten sie die lokalen und regionalen Kongresse der Betriebsräte entgegenzusetzen, die in ihren Augen als einzige geeignet waren, den reaktionären und bürgerlichen Rahmen der »Machtbefugnisse« in einem einzelnen Betrieb zu durchbrechen und die gewählten Vertreter*innen und Wähler*innen dazu zu bringen, sich die Frage nach ihrer Kontrolle und ihrem Handeln auf der Ebene des Klassenkampfes im ganzen Land zu stellen. Ende 1922 verfügten sie über ein fest etabliertes Netzwerk von mehreren tausend Betriebsräten, auf jeden Fall genug, um im November desselben Jahres einen Reichsbetriebsrätekongress einzuberufen, den sie von Anfang bis Ende kontrollierten und inspirierten.¹⁸⁶

Dieselbe Politik der Arbeiter*innen-Einheitsfront und das Bestreben, die Klasse als solche in ihren eigenen Organen zu konstituieren, die demokratisch gewählt und von ihr kontrolliert werden, inspiriert das Bestreben der kommunistischen Partei, die Tätigkeit der Ausschüsse für Preiskontrolle (Kontrollausschuss) und für den Kampf gegen die Spekulation zu schaffen, zu vervielfältigen und zu entwickeln. Diese Organe, oft auf Initiative der Betriebsräte gebildet, manchmal von Ad-hoc-Arbeiter*innenversammlungen gewählt, schlagen vor, die Arbeiter*innen – und insbesondere die Arbeiterinnen und Hausfrauen – als Verbraucher*innen zu mobilisieren, Petitionen, Demonstrationen und manchmal Strafexpeditionen zu organisieren, mit den Betriebsräten – den Arbeiter*innen als Produzenten – Verbindung, gegenseitige Information und gegenseitige Unterstützung sicherzustellen, kurz gesagt, der Versuch, einen konkreten Kampf gegen die hohen Preise zu organisieren. Durch diese Kontrollausschüsse verfügt die kommunistische Partei über Instrumente, deren Dimension sicherlich bei weitem nicht mit der der Gewerkschaften vergleichbar ist, die es ihr aber dennoch erlauben, Ende 1922 in die täglichen wirtschaftlichen Kämpfe einzugreifen, die durch die unauhörliche Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Situation genährt werden.

Das Gleiche gilt für die Arbeitslosenausschüsse. Die Gewerkschaftsorganisationen bieten ihnen Versicherung und materielle Solidarität. Aber das wird durch die Ver-

¹⁸⁶ Peter Maslowski, »La Résurrection des conseils de fabrique«, *Corr Int.* no. 74, 30. September 1922, S. 508; H. J. Krusch, »Zur Bewegung der revolutionären Betriebsräte in den Jahren 1922/1923«, *ZfG*, Nr. 2, 1963, S. 260 ff.

schärfung der Krise und den Anstieg der Preise jeden Tag entwertet. Vor allem aber bietet sie den Arbeitslosen keinerlei Perspektive im Kampf. Durch die Fabrik ausschüsse versuchen die Kommunist*innen in jedem Moment zu demonstrieren, dass letztlich der Kapitalismus für die Arbeitslosigkeit verantwortlich ist. Die Arbeitslosen organisieren sich oft parallel zu ihnen oder in lokalen Ausschüssen, die in engem Kontakt mit ihnen stehen. Die Arbeitslosen sind vielleicht fähiger zur politischen Verallgemeinerung als die tatsächlich beschäftigten Arbeiter*innen, direkter betroffen von einer Lage, die sie als Ergebnis eines wirtschaftlichen und sozialen Systems empfinden und stellen für den kommunistischen Einfluss ein Feld der Wahl dar und der Einfluss der Partei wächst dort. Sie gewann dort Kader und errang insbesondere Ende 1922 einen großen Sieg mit dem Beitritt eines bekannten sozialdemokratischen Aktivisten, der bis dahin Leiter des Hamburger Arbeitslosenausschusses war, einem Mann von großer Qualität, Edgar André.¹⁸⁷

Die Einheitsfront in den Streiks

Das Ultimatum der Entente, das einen ausgeglichenen Reichshaushalt als Voraussetzung für die Zahlungsfähigkeit des Reiches und die Zahlung von Reparationen forderte, machte aus Sicht der Regierung strenge finanzpolitische Maßnahmen und Einsparungen notwendig. Zu den ersten betroffenen Unternehmen gehörten die Eisenbahner*innen, von denen 20.000 entlassen werden sollten, während die Arbeitszeiten der anderen erhöht werden sollten.¹⁸⁸ Die Reaktion war heftig, und es war ein unabhängiger Verband der Eisenbahner*innen, eine »unpolitische« Organisation¹⁸⁹, die am 1. Februar 1922 den Aufruf zum Proteststreik gegen die Pläne der Regierung lancierte. Die Regierung reagierte energisch: Per Gesetzesdekret entzog der Reichspräsident den Eisenbahner*innen – Staatsbeschäftigten – das Streikrecht und drohte ihnen bei Missachtung schwere Sanktionen an.¹⁹⁰ Der alleinige Verteidigungskampf der Eisenbahner*innen nahm dann einen allgemeineren Charakter an. Es geht nun um das Streikrecht der Staatsbeschäftigten und damit um das Streikrecht im Allgemeinen. Dies erklärte sofort die kommunistische Partei, die sich am 1. Februar an alle Arbeiter*innenparteien und Gewerkschaften wandte und ihnen eine gemeinsame Aktion zur Verteidigung des Streikrechts vorschlug.¹⁹¹

Am 4. Februar jedoch verurteilten die ADGB und die AfA sowie die angeschlossenen Eisenbahnerorganisationen die Initiative der unabhängigen Föderation und

187 *l'Internationale communiste*, Nr. 10/11, Oktober–November 1936, S. 1342.

188 Raase, *Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1919–1923*, S. 106.

189 Es handelt sich um die »Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und Angestellter« (ebenda).

190 Raase, a.a.O.

191 *Die Rote Fahne*, 2. Februar 1922, Dok. u. Mat., VII/2 S. 28–29.

riefen die Streikenden auf, zur Arbeit zurückzukehren.¹⁹² Tatsächlich war die Mehrheit der Eisenbahner*innen, Arbeiter*innen oder Angestellte des einen oder anderen Dachverbandes, dem Streikaufruf seit dem 2. Februar gefolgt, wobei sich die Verantwortlichen im Allgemeinen dem Druck der Basis beugten und die Bewegung selbst auslösten. Der Aufruf der sozialdemokratischen Gewerkschaften fand nur ein schwaches Echo. Der Streik ging weiter, mit der Unterstützung nur durch die KPD¹⁹³, die demokratische Versammlungen und Unterstützungstreffen einberief und ihre Aktivist*innen für materielle Solidarität mobilisierte. Auf ihren Hinweis hin wandte sich der Verband, der den Streik initiiert hatte, öffentlich an beide sozialdemokratischen Parteien und beide Gewerkschaftszentralen, um ihnen das Problem in seiner ganzen Brutalität vor Augen zu führen: Da die legitimen Forderungen der Eisenbahner*innen von der Regierung, die von der Mehrheit der Abgeordneten unterstützt wurde, abgelehnt wurden, hatten die Streikenden in diesem Rahmen keine Perspektive für den Sieg. Sind die Gewerkschaften und Arbeiter*innenparteien bereit, notfalls eine »Arbeiter*innenregierung« zu bilden, die es sich zur Aufgabe macht, die elementaren Forderungen der Arbeiter*innen zu befriedigen? Da die Antwort negativ ausfiel, gab sich der Verband damit zufrieden, die Wiederaufnahme der Arbeit für den 7. Februar anzuordnen und begnügte sich im Gegenzug mit Zusicherungen bezüglich der Entlassungen. Die kommunistische Presse kommentierte den Eisenbahnerstreik in all seinen Wendungen ausführlich und versuchte nicht nur zu zeigen, dass die reformistischen Parteien und Gewerkschaften sich weigerten, die elementaren Forderungen der Arbeiter*innen ernsthaft zu verteidigen, sondern auch, dass jeder Kampf, der auf das ökonomische Terrain beschränkt bleibt und es nicht schafft, sich auf die gesamte Klasse auszuweiten, zum Scheitern verurteilt ist.¹⁹⁴

Die Offensive der Regierung und der Unternehmer wurde in anderen Sektoren fortgesetzt und provozierte bald weitere Reaktionen der Arbeiter*innen. Zuerst in der Metallindustrie, wo die Unternehmer versuchten, eine Achtundvierzig-Stunden-Woche statt einer Sechsendvierzig-Stunden-Woche durchzusetzen. Am 17. März waren es die Metallarbeiter*innen von München, die gegen diese Bedrohung streikten; die von Nürnberg, Stuttgart und Frankfurt am Main folgten bald, und am 22. März zählte man ungefähr 150.000 Streikende in der Metallindustrie.¹⁹⁵ Diesmal unterstützte der DMV, die dem ADGB angehörende Metallgewerkschaft, die strei-

192 Vorwärts, 4. Februar 1922; Dok. u. Mat., VII/2, S. 30-31.

193 Siehe den Aufruf an alle Arbeiter*innen. Die Rote Fahne, 5. Februar 1922, Dok. u. Mat., VII/2, S. 31-33.

194 Corr Int. Nr. 10, 7. Februar 1922, S. 73-76, Sonderheft zum Streik der deutschen Eisenbahner [auf Deutsch Inprekorr Nr. 15, 7. Februar 1922, S. 119-122]; Rundschreiben der Zentrale vom 11. Februar in Dok. u. Mat. VII/2, S. 33-36. Laut Vera Mujbegović (a.a.O., S. 321) übte die Zentrale am 6. Februar 1922 Selbstkritik und stellte fest, dass ihre Bemühungen, in der Arbeiter*innenklasse die Idee der Notwendigkeit des Generalstreiks zu entwickeln, unzureichend waren (I.M.L.-Z.P.A., 3/2, S. 69-72).

195 Die Rote Fahne, 18., 20., 21., 22. März 1922. Raase, a.a.O. S. 107.

kenden Arbeiter*innen, ohne die Parole selbst aufzugreifen oder sie auf das ganze Land zu verallgemeinern. Auf Seite der Unternehmer war man entschlossen, zu den schärfsten Mitteln zu greifen: Appell an die Streikbrecher der Technischen Nothilfe und Androhung von Sanktionen gegen die Streikenden, insbesondere durch massive Entlassungen. Die KPD unterstrich, dass die Verteidigungsaktion der Metallarbeiter*innen die gesamte Arbeiter*innenklasse betraf, und forderte ihre Ausweitung auf andere Unternehmen, um gegen eine Bedrohung zu kämpfen, die alle Arbeiter*innen betraf.¹⁹⁶ Sie organisierte Solidaritätsdemonstrationen und vor allem die finanzielle Unterstützung, die es den Metallarbeiter*innen ermöglichen sollte, einen Streik durchzuführen, den die Gewerkschaftsbürokratien offensichtlich verrotten zu lassen beschlossen hatten.¹⁹⁷

Die Gewerkschaftsführer*innen der Metallarbeiter*innen waren sehr vorsichtig, nichts zu tun, was als Versuch erscheinen könnte, einen Streik zu brechen, den die Basis mit solcher Entschlossenheit verfolgte. Alle Schlichtungslösungen wurden den Streikenden zur Abstimmung vorgelegt. Sie wurden wochenlang mit enormen Mehrheiten abgelehnt, z.B. wurde die zweite im Bezirk Stuttgart in geheimer Abstimmung mit 40.654 gegen 1.892 Stimmen abgelehnt.¹⁹⁸ Die Unerbittlichkeit des Kampfes trug zu einer Verhärtung der Haltung in anderen Sektoren bei: Mitte April streikten die Landarbeiter*innen in Thüringen und der Region Halle-Merseburg eine Woche lang.¹⁹⁹ Die Demonstrationen, die am Tag nach der Konferenz der drei Internationalen organisiert wurden, waren von dieser Kampfbereitschaft geprägt: 150.000 Menschen versammelten sich am 20. April im Lustgarten, um einem Aufruf der KPD und der USPD zu folgen.²⁰⁰ Viele lokale Organisationen missachteten die Weigerung der Sozialdemokratischen Partei, gemeinsame Demonstrationen durchzuführen. Der inzwischen ausgebrochene Streik der Berliner Gemeindearbeiter*innen verschärfte die Spannungen: Gegen eine Demonstration vor dem Rathaus am 2. Mai machte die Polizei von ihren Waffen Gebrauch: es gab vier Tote und fünfundzwanzig Verwundete. Die KPD schlug den anderen Organisationen vergeblich einen vierundzwanzigstündigen allgemeinen Proteststreik vor.²⁰¹

Schließlich endete der Metallarbeiter*innenstreik nach fast zwei Monaten mit einem für die Arbeiter*innen positiven Kompromiss, dem einzig möglichen Ergebnis, da ihre Bewegung isoliert geblieben war: Die Dauer der Arbeit wurde zwar auf achtundvierzig Stunden pro Woche erhöht, aber die zwei zusätzlichen Stunden sollten als Überstunden bezahlt werden.²⁰² Das Eingreifen der KPD in die Streiks, die seit

196 Die Rote Fahne, 1. April 1922; Dok. u. Mat. VII/2. S. 43-45.

197 Raase, a.a.O. S. 107-108.

198 Die Rote Fahne, 21. April 1922.

199 Ebenda, 7. und 15. April 1922.

200 Ebenda, 21. April 1922.

201 Ebenda, 3. Mai 1922.

202 A. Enderle, Corr Int. 44, 7. Januar 1922, S. 342.

Anfang des Jahres aufeinander folgten, reichte nicht aus, um die Organisation eines Widerstandes aller deutschen Arbeiter*innen gegen die Offensive der Unternehmer und des Staates zu bewirken. Es hat jedoch dazu beigetragen, ihren Einfluss zu stärken. Die Kommunist*innen übernahmen die Mehrheit in wichtigen Gewerkschaftsorganisationen, bei den Eisenbahner*innen in Berlin mit Geschke und in Leipzig, in der Bauindustrie in Berlin mit Kaiser und in Düsseldorf, in der Metallindustrie in Stuttgart²⁰³; mit 29 gegen 18 Stimmen übernahmen sie den Vorsitz des Ortskartells in Erfurt.²⁰⁴ Dies war nicht ohne harte Kämpfe. Auf dem Bauarbeiter*innenkongress in Leipzig Anfang Mai ließ die Gewerkschaftsleitung die Mandate der Berliner und Leipziger Delegierten, die von der KPD gewonnen worden waren, für ungültig erklären. Die Kommunist*innen weigerten sich, sich dem zu beugen, was sie als Verletzung der Gewerkschaftsdemokratie betrachteten. Mehr als 2.000 Bauarbeiter*innen aus Leipzig und Umgebung, angeführt von Heckert, drangen aus Protest in die Kongresshalle ein und versuchten, ihn zur Rücknahme seiner Entscheidung zu bewegen: Die Leiter*innen verlegten den Kongress schließlich nach Altenburg, wo er »in geordneter Weise« stattfinden konnte, da die Minderheit der Kommunist*innen nicht mehr die Unterstützung der Straße hatten.²⁰⁵ Aber auf dem 11. Kongress des ADGB, der vom 19. bis 24. Juni in Leipzig stattfand, stießen die Vorschläge der Kommunist*innen auf breite Zustimmung bei den Delegierten, die im Allgemeinen der Mehrheit folgten: Mit 345 zu 327 Stimmen wurde die Politik der »Arbeitsgemeinschaft« verurteilt²⁰⁶, und mit noch größerer Mehrheit wurde das Prinzip der Reorganisation des ADGB auf der Grundlage der Industriegewerkschaft angenommen, was die Zerschlagung der zünftlerischen Berufsgewerkschaften ermöglichte, die die Bastionen der reformistischen Bürokratie darstellten.²⁰⁷

Die Kampagne nach der Ermordung Rathenaus

Am 24. Juni 1922 wurde Minister Walter Rathenau von einem rechtsextremen Kommando der »Organisation Consul«, die aus ehemaligen Offizieren gebildet war, erschossen. Als ehemaliger Präsident des AEG-Konzerns, Sprecher für die Interessen der Unternehmer der verarbeitenden Industrie – in dieser Zeit oft denen der Schwerindustrie entgegengesetzt – im Reichstag und einer der Unterzeichner des Rapallo-Vertrages mit der Sowjetunion, war der Mann für die Kommunist*innen ein ernstzunehmender Klassengegner. Die rechten Nationalisten nahmen ihn als Ju-

203 Raase, a.a.O. S. 109.

204 Ebenda, S. 109.

205 Der Kommunistische Gewerkschafter, Nr. 20, 20. Mai 1922, S. 191-192.

206 Protokoll der Verhandlungen des II. Kongresse des Gewerkschaften Deutschlands, S. 517-519.

207 Ebenda, S. 554-555. Die Resolution wurde von Dissmann eingebracht. Obwohl die Kommunist*innen nach Angaben V. Mujbegovićs zwischen 30 und 40 Prozent der Stimmen erhielten, hatten auf diesem Kongress nur 90 Delegierte (a. a. O., S. 345).

den ins Visier, um jene Teile der Bourgeoisie zu terrorisieren, die eine Beruhigung nach außen und eine Anpassung an die Versailler Bedingungen befürworteten. Der Mord reiht sich ein in Hunderte von anderen, insbesondere in die Anschläge auf den Sozialdemokraten Scheidemann (4. Juni) und den Kommunisten Thälmann (18. Juni).²⁰⁸ Die Rolle, die in dieser Affäre, wie in vielen anderen, die militärischen und polizeilichen Komplizen spielten, der Schutz, den die Mörder vor und nach dem Angriff genossen, und das Triumphgeschrei der Nationalisten lösten eine Welle der Empörung nicht nur in der gesamten Arbeiter*innenbewegung, sondern auch in der demokratischen Meinung aus. Reichskanzler Josef Wirth verkündete in einer Rede im Reichstag: der »Feind steht rechts.«²⁰⁹ Im ersten Moment war die Befürchtung allgemein, der Angriff sei der Auftakt zu einem neuen Putsch. Alle Ressentiments gegen die vom Kaiserregime geerbten Reichswehr, Polizei und Justiz traten in den Vordergrund: Die am Tag nach Kapps Putsch geäußerten Forderungen wurden umso energischer vorgetragen, als die Passivität der nachfolgenden Regierungen auffälliger erschien. Ernst von Salomon, ein Mann im Lager der Mörder, sagt aus:

»Da aber alle Menschen ... plötzlich derselben heimlichen Gewalt verfallen waren, dasselbe dachten und dasselbe fürchteten und in derselben flatternden Hast den Weg suchten aus der Wirrnis, brütete, Vorbote der Panik, der flirrende Dunst über den Massen, der das Blut zum Aufschrei zwingt, zerreißt ein Wort nur, eine Steigerung den Bann.«²¹⁰

Die KPD ergriff die sich so bietende Gelegenheit, um zu versuchen, ihre Politik der Arbeiter*innen-Einheitsfront diesmal mit politischen Parolen in die Praxis umzusetzen. Zwei Stunden nach der Nachricht vom Attentat wandte sich die Zentrale schriftlich an beide sozialdemokratischen Parteien und schlug ein Treffen vor, um über konkrete Maßnahmen zu entscheiden, und formulierte zu diesem Zweck elf Losungen: Verbot sämtlicher nationalistischer Kundgebungen, Auflösung sämtlicher monarchistischen und nationalistischen Organisationen, Entlassung aller monarchistischen Offiziere in der Reichswehr und Schutzpolizei sowie hoher Beamter und Richter, die für ihre nationalistischen Ansichten bekannt waren, Rücktritt von Minister Gessler und Beseitigung Generals von Seeckt aus der Reichswehr, Verhaftung Ludendorffs, Escherichs und anderen Orgeschführer, Amnestie für »alle revolutionären Arbeiter«, Verbot der zu Meuchelmord und gegen die Republik hetzenden monarchistischen Presse, Einsetzung von besonderen Gerichten aus [gewerkschaftlich] organisierten Arbeiter*innen, Angestellten, Beamt*innen, mit dem Recht der Verhaftung und Aburteilung aller monarchistischen und arbeiter*innenfeindlichen

²⁰⁸ Reisberg, a.a.O., S. 157.

²⁰⁹ Verhandlungen des Reichstags, I Wahlperiode, 1920, Bd. 346, S. 8058 [A].

²¹⁰ E. von Salomon, Les Réprouvés, S. 290 [deutsche Ausgabe, »Die Geächteten« S. 366], zitiert von Benoit-Méchin, a.a.O. S. 226-227 [deutsche Ausgabe, S. 215].

Straftaten, energische Durchführung des Bielefelder Abkommens, insbesondere des 8. Punktes über die Arbeiterwehr, Aufhebung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 24. Juni und Ersetzung durch eine Verordnung im Sinne der vorstehenden 9 Punkte, die sich einseitig nur gegen die monarchistische Hetze richtet und deren Durchführung nicht in den Händen der Landeszentralstelle liegt, zur Kontrolle der Durchführung dieser Verordnung Bildung von Kontrollorganen der Arbeiter*innen, Angestellten und Beamt*innen, die von einer sofort einzuberufenden Betriebsrätevollversammlung an allen Orten des Reiches und zusammengefasst von einem Betriebsrätekongress zu wählen sind. Die KPD schlug auch den anderen beiden Parteien vor, sich auf einen Aufruf zum Generalstreik im Reiche bis zur Durchführung der Forderungen zu einigen.²¹¹

Die Situation war – und für die SPD war die Gefahr eines Über-die-Ufer-Tretens, der sich aus einem Bündnis zwischen der KPD und den Unabhängigen ergeben würde, so groß – dass die Führer*innen der SPD sofort das vorgeschlagene Treffen akzeptierten, das am selben Tag um Mitternacht stattfand.²¹² Die vertretenen Organisationen, KPD, USPD, SPD, AfA und das Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften²¹³, lancierten die Losung einer Straßendemonstration für den folgenden Tag, den 25. Juni, als Vorlauf für eine gemeinsame Kampagne, die während der folgenden Treffen vorbereitet werden sollte. Am gleichen Tag beschloss der Kongress des ADGB in Leipzig unter den kräftigen Stößen der kommunistischen Redner*innen, insbesondere Walchers, sich ebenfalls in einer Einheitsfront für die »Sicherung der Republik« zu engagieren und verkündete für Dienstag, den 27. Juni, den Aufruf zu einem halbtägigen Generalstreik mit Demonstrationen und Kundgebungen.²¹⁴ Am 25. Juni trafen sich die Parteien zum ersten Mal mit Vertreter*innen der ADGB-Leitung unmittelbar nach der im Lustgarten organisierten großartigen Demonstration.²¹⁵ Das Ereignis wurde von den Kommunist*innen als großer Sieg und wichtiger Schritt auf dem Weg zum Aufbau einer Arbeiter*inneneinheitsfront gefeiert, obwohl die Führungen der anderen Parteien und Gewerkschaften sich sofort gegen einige ihrer Vorschläge entschieden: den Aufruf zu einem unbegrenzten Generalstreik, die Bildung von Kontrollausschüssen und die Perspektive einer Arbeiter*innenregierung.²¹⁶

Wichtig scheint ihnen die Festigkeit der Positionen zu sein, die die Gewerkschaftsführer*innen unter dem Druck ihres Kongresses einnehmen, wobei der Reformist Leipart so weit geht zu sagen, dass seine Organisation bereit ist, die energischsten

211 I.M.L.-Z.P.A., 3.1.16, S. 69, zitiert bei Reisberg, »Um die Einheitsfront nach dem Rathenaumord«, BzG, 1963, Nr. 5/6, S. 997. [siehe auch Dok. u. Mat. VII/2. S. 100 f.]

212 Ebenda, S. 70.

213 Die Leitung des ADGB in ihrer Gesamtheit war auf dem 11. Gewerkschaftstag der Organisation in Leipzig.

214 Vorwärts, 25. Juni 1922. [Siehe auch Dok. u. Mat. VII/2. S. 99 f.]

215 A. Reisberg, »Um die Einheitsfront nach dem Rathenaumord«, BzG, 1963, Nr. 5/6, S. 998.

216 Ebenda, S. 999.

außerparlamentarischen Mittel einzusetzen und die kommunistische Aktionskonzeption zu billigen.²¹⁷ Sie verlangten jedoch, dass keine Überbietungen zwischen den Organisationen erlaubt sein sollten²¹⁸, was die Kommunist*innen zu umgehen versuchten, indem sie erklärten, dass sie sich ihrerseits verpflichteten, die gemeinsam aufgestellten Forderungen als Mindestforderungen zu betrachten, die mit allen Mitteln zu erreichen seien²¹⁹: eine Erklärung und Position, die von ihren Partner*innen akzeptiert wurden.

Am Abend wurden die Vertreter*innen der fünf Organisationen von Reichskanzler Wirth empfangen, der es zwar ablehnte, das bereits im Reichstag verlesene Verordnungsgesetz zu ändern, aber zusagte, es entsprechend den Forderungen der Arbeiter*innenorganisationen zu ergänzen.²²⁰ Am 26. Juni trafen sie sich erneut, um die Forderungen vor der für denselben Tag einberufenen Reichstagssitzung zu formulieren und forderten die Einsetzung eines außerordentlichen Gerichts mit nur einem Berufsrichter unter sieben Richtern [»1 Richter, 6 Laien«], das Verbot und die Auflösung der monarchistischen und antirepublikanischen Organisationen, das Verbot der monarchistischen Zeitungen, Fahne, Embleme, schwere Strafen für jeden Angriff – Geste, Schrift oder Wort – gegen die Fahnen oder die Farben der Republik, das Verbot des Waffentragens für Militär- und Polizeioffiziere außerhalb des Dienstes, des Tragens der Uniform für die ehemaligen Offiziere, eine rigorose Säuberung, insbesondere der Polizei und der Justiz.²²¹ Sie kamen überein, später die Forderungen bezüglich der von den Kommunist*innen geforderten Amnestie zu formulieren.²²²

Zum ersten Schlagabtausch zwischen Delegierten der Sozialdemokratischen Partei und Vertreter*innen der KPD kam es während dieser Sitzung, wobei erstere von den Kommunist*innen eine offizielle schriftliche Erklärung verlangten, in der sie sich verpflichteten, die demokratische Republik »in Tat, Wort und Schrift« nicht anzugreifen, ihre Partner*innen nicht zu kritisieren und ein die Sozialdemokratische Partei beleidigendes Plakat aus dem Verkehr zu ziehen. Nachdem sich die Vertreter*innen der KPD geweigert hatten, machten die anderen Miene, die Versammlung zu verlassen, nahmen aber schließlich auf Drängen der Gewerkschaftsvertreter*innen ihre Plätze wieder ein.²²³ Wenige Stunden vor Beginn des Streiks und der für den 27. Juni geplanten Demonstrationen unterzeichneten die fünf Organisationen das »Berliner Abkommen«, das den wesentlichen Teil der an Kanzler Wirth gestellten und von der ADGB und der AfA gebilligten Forderungen aufgriff, gegen die nur

217 I.M.L.-Z.P.A., 2/II, S. 25, zitiert ebenda, S. 999.

218 I.M.L.-Z.P.A., 3/1/16, S. 70, zitiert ebd.

219 Reisberg, a.a.O., S. 999.

220 Ebenda, S. 1000.

221 Ist eine Einheitsfront mit den Kommunisten möglich? S. 4 (ADGB-Publikation).

222 Nach Reisberg, a.a.O., S. 1000, ohne Quellenangabe.

223 I.M.L.-Z.P.A., 2/II, S. 91, zitiert nach Reisberg, S. 1001.

die KPD Vorbehalte hatte²²⁴: Amnestie, Verbot von monarchistischen Verbindungen, Versammlungen, Aufmärschen, Emblemen und Farben, Auflösung antirepublikanischer bewaffneter Verbindungen und die Säuberung der Regierungsstellen, Behörden und der Reichswehr.²²⁵ Die Demonstration vom 27. Juni brachte Millionen von Männern und Frauen in allen großen Städten zusammen, um dem Aufruf der einmütigen Arbeiter*innenorganisationen zu folgen.²²⁶ Ernst von Salomon sah sie so:

»Wie auf einen Schlag schoben die Massen ihre Leibermauern unter schwankenden Fahnen vor, füllten die Städte mit dem Hämmern ihrer Schritte und peitschten die Luft mit dem Gemurre ihres dumpfen Zorns.«²²⁷

Daraufhin begann ein Wettlauf der Geschwindigkeiten zwischen der KPD, die die anderen Organisationen zum Handeln drängen wollte und dabei die Emotionen und den Schwung nutzte, um gleichzeitig die Organe dessen aufzubauen, was sie Einheitsfront nannte, und der SPD, die die Koalition im Reichstag zu konsolidieren suchte, indem sie die Volkspartei in die Abstimmung über ein »Gesetz zur Verteidigung der Republik« hineinzog, während sie den Kommunist*innen die Schuld für das Scheitern der Einheitsfront gab. In vielen Orten wurden trotz der formalen Beschlüsse der nationalen Gremien der SPD und der Gewerkschaften auf Initiative der Kommunist*innen Kontroll- oder Aktionsausschüsse gebildet, vor allem in Sachsen und Thüringen, aber auch in Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschland.²²⁸ In Zwickau übte ein Aktionsausschuss aus Vertretern der Gewerkschaften und Arbeiter*innenparteien für einige Tage die reale Macht aus, unterstützt von einer 250 Mann starken »Arbeitersicherheitswehr.«²²⁹ In Thüringen einigten sich die Leiter*innen der fünf Verbände auf Landesebene auf die Bildung eines Zentral-Kontrollausschusses.²³⁰ Die SPD setzte ihrerseits jedoch durch, dass der Aufruf zu der für den 4. Juli geplanten Großdemonstration eine Warnung vor Reden von »unkontrollierten« Redner*innen und »Provokateuren« enthielt; die Vertreter*innen der KPD weigerten sich, einen solchen Text zu unterschreiben, so dass die vier ihn ohne ihre Unterschrift veröffentlichten.²³¹ Die Kommunistische Partei protestierte energisch und machte einen speziellen Aufruf zur gemeinsamen Demonstration, dessen Veröffentlichung das Organ der Gewerkschaften ablehnte.²³² Zur gleichen Zeit versuchte sie, die Diskussion neu

224 Ebenda, f. 25.

225 Die Rote Fahne, 28. Juni 1922. Dok. u. Mat, VII/2, S. 103-105.

226 Ebenda

227 Von Solomon, Les Réprouvés, S. 291 [dt. Ausg. S. 366], zitiert von Benoist-Méchin, a.a.O., S. 227 [dt. Ausg. S. 216].

228 Reisberg, a.a.O., S. 1005, Fn. 37.

229 Günter Lange, »Die Protestaktionen der Zwickauer Arbeiter gegen den deutschen Militarismus aus Anlass des Mordes an Walter Rathenau« BzG, Nr. 4, 1962, [S. 950-964, hier] S. 961.

230 Reisberg, a.a.O., S. 1005, Fn. 37.

231 Ist eine Einheitsfront... , S. 12.

232 Reisberg, a.a.O., S. 1004.

zu beleben oder zumindest die Differenzen durch Aktionen zu überwinden, und formulierte zu diesem Zweck öffentlich neue Vorschläge: für einen Generalstreik als Mittel zur Verwirklichung der im Berliner Abkommen niedergeschriebenen Forderungen, für die Auflösung des Reichstages und das Abhalten von Neuwahlen, die die Arbeiter*innenparteien mit dem Ziel einer Arbeiter*innenmehrheit im Reichstag und der Bildung einer Arbeiter*innenregierung angehen würden.²³³ Sie erlangte in diesem Sinne zahlreiche Beschlüsse in den Gewerkschaftssektionen oder den Betriebsräten. In Verhandlungen mit der Volkspartei im Reichstag über ein »Gesetz zum Schutz der Republik«, das für letztere keine Amnestie für die kommunistischen Verurteilten vom März 1921 beinhalten durfte, lehnte die Sozialdemokratische Partei die kommunistischen Vorschläge ab.²³⁴ Die KPD beschuldigte daraufhin die SPD öffentlich des Verrats am Berliner Abkommen und begann, die Protokolle der Diskussionen zwischen den Organisationen zu veröffentlichen.²³⁵ Am 4. Juli forderte der ADGB die KPD auf, die gemeinsam aufgestellten Forderungen einzuhalten.²³⁶ Die Zentrale der KPD konterte, indem sie unterstrich, dass die Schwierigkeiten daher rührten, dass die sozialdemokratischen Führer*innen ihren rechten Verbündeten im Reichstag Zugeständnisse machten, und dass die Einheitsfront auf einer höheren Ebene gestärkt werden könnte, wenn die fünf eine Auflösung und Neuwahlen forderten, die eine Mehrheit und eine Arbeiter*innenregierung möglich machen würden.²³⁷ Am selben Tag teilten die vier Organisationen, die sich in Abwesenheit der KPD trafen, mit, dass »die KPD aus der Aktionsgemeinschaft der unterzeichneten Organisationen ausgeschieden«²³⁸ sei.

Die KPD antwortete mit einem Aufruf unter dem Titel »Einheitsfront trotz allem!« und forderte die Bildung gemeinsamer Kontrollausschüsse und die Organisierung des Kampfes für die Anwendung des Berliner Abkommens.²³⁹ Von neuem bildeten sich Komitees in Essen, Düsseldorf und Reinickendorf²⁴⁰, aber insgesamt hatte sich die Lage nun zugunsten der reformistischen Führer*innen gewendet, die nicht mehr fürchteten, übergangen zu werden und sich einer zufriedenstellenden Lösung der Frage auf parlamentarischer Ebene widmen konnten.

Von Zugeständnis zu Zugeständnis, von Änderung zu Änderung übertrug im Laufe der Diskussion im Reichstag das Gesetz zum Schutz der Republik diese Aufgabe schließlich der Polizei und den Gerichten. Die KPD prangerte seinen Klassencharakter an und zeigte, dass es nur gegen die Arbeiter*innenklasse und ihre Organisationen

233 Ist eine Einheitsfront..., S. 14.

234 Reisberg, a.a.O., S. 1003.

235 Die Rote Fahne, 6. Juli 1922.

236 Ist eine Einheitsfront..., S. 13.

237 Die Rote Fahne, 8. Juli 1922.

238 Ist eine Einheitsfront..., S. 20.

239 Die Rote Fahne, 9. Juli 1922; Dok. u. Mat, VII/2, S. 111-114.

240 Reisberg, a.a.O., S. 1007.

eingesetzt werden konnte.²⁴¹ Bei der Abstimmung am 18. Juli stimmten die kommunistischen Abgeordneten zusammen mit der extremen Rechten dagegen, während die sozialdemokratischen Abgeordneten beider Parteien zusammen mit dem Rest der bürgerlichen Parteien dafür stimmten. Eine Vereinbarung zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitler*innen schuf eine »parlamentarische Arbeitsgruppe«, ein Vorspiel für eine bevorstehende Fusion. Die im Namen des »Schutzes der Republik« getroffene Entscheidung der Unabhängigen, ihre prinzipielle Weigerung, sich an einer Koalitionsregierung zu beteiligen, rückgängig zu machen, machte die Wiedervereinigung möglich. Die KPD wurde schließlich von ihren sozialdemokratischen Gegner*innen isoliert, die versuchten, das Einheitsstreben der Arbeiter*innenklasse gegen sie zu wenden und auszunutzen.

Die enttäuschenden Ergebnisse dieser Kampagne riefen lebhaftere Reaktionen innerhalb der Kommunistischen Partei und der Internationale hervor. Innerhalb der Exekutive übte Sinowjew scharfe Kritik an der Art und Weise, wie sie von der Zentrale geführt wurde. Er wurde schließlich beauftragt, seine persönlichen Bemerkungen, Vorschläge und Fragen mitzuteilen, die geeignet waren, die Exekutive aufzuklären, die sich weigerte, »formelle Richtlinien« zu einem Problem zu senden, von dem sie wenig wusste. In dem Brief, der am 18. Juli²⁴² geschrieben wurde, heißt es unter anderem:

»Die Taktik in den ersten Tagen, so wie sie in der ‚Roten Fahne‘ zum Ausdruck kam, scheint uns allen schwächlich zu sein. Man sollte nicht: Republik! Republik! schreien in einer Situation, wie sie bestand. Man sollte vielmehr von der ersten Minute an den Massen ad oculus zeigen, dass das gegenwärtige Deutschland eine Republik ohne Republikaner ist. Man sollte den breiten Arbeitermassen, die sich nicht so viel um die Republik als um ihre ökonomischen Interessen kümmern, in diesem Moment der Aufregung zeigen, dass die bürgerliche Republik nicht nur keine Garantie für die Klasseninteressen des Proletariats ist, sondern umgekehrt in der gegebenen Lage die beste Form der Unterdrückung der Arbeitermassen. Man sollte nicht mit den Sozialdemokraten und der USP zusammen in ein Horn blasen, die Einheitsfront soll nie, nie, nie die Selbständigkeit unserer Agitation ausschließen. Das ist für sie eine conditio sine qua non.

241 Die Rote Fahne wurde am 10. August aufgrund dieses Gesetzes für drei Wochen verboten (Reisberg, a. a. O., S. 1007),

242 Sinowjew sollte auf dem 4. Kongress der KI einen Auszug aus diesem Brief zitieren. (Protokoll des Vierten Kongresses der KI, S. 198), den es als vom 18. Juni datiert darstellt – was ein Ding der Unmöglichkeit ist. Angress (a.a.O., S. 245, Fn. 52) schlägt das Datum des 28. Juni vor, was durch später veröffentlichte Dokumente widerlegt wird, insbesondere durch Ernst Meyers Brief an seine Frau und die Korrespondenz zwischen Meyer und Sinowjew, veröffentlicht von Hermann Weber, »KPD und Komintern«, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 2, 1968, S. 185-188, wo Verweise auf Sinowjews Brief zweifellos auf das Datum des 18. Juli hinweisen.

Wir sind bereit, mit den SPD- und USP-Leuten zu verhandeln aber nicht als arme Verwandte, sondern als eine selbständige Kraft, die immer das eigene Gesicht behält, von A bis Z die Meinung der Partei den Massen gegenüber ausdrückt.»²⁴³

Er schlägt vor, dass die Partei die Initiative ergreift – angesichts der Weigerung anderer Arbeiter*innenorganisationen zu handeln – und selbst einen Aufruf zu einem mindestens vierundzwanzigstündigen Streik startet.²⁴⁴

Sinowjews Position deckt sich weitgehend mit der von Maslow, Ruth Fischer und den anderen Führer*innen der deutschen Linken zur gleichen Zeit geäußerten, für die die Führer*innen nur Gipfelabkommen im Sinn hatten und damit die Verantwortung trugen, die Kommunistische Partei von den Massen isoliert und den sozialdemokratischen Verrat gebilligt zu haben. Die Angelegenheit nahm mit der Sitzung des Zentralaussschusses, die auf die Ankunft von Sinowjews Brief folgte, den Anschein einer Krise an. Kleine, der als Vertreter der Exekutive mit den deutschen Führer*innen zusammensaß, griff dort die bisherige Politik heftig an und behauptete, dass die Weigerung der Zentrale, ihre Fehler einzugestehen, eine Krise von außerordentlicher Schwere in der Partei auslösen würde: Er erklärte sich auf jeden Fall entschlossen, sich in dem Punkt mit den Kritiker*innen der Linken, Maslow und Ruth Fischer, zu solidarisieren. Angesichts dessen, was Ernst Meyer als regelrechte »Erpressung« bezeichnete, knickte die Partei ein, und nur Walcher und Heckert – nicht zufällig für die Gewerkschaftsarbeit zuständig – blieben auf Meyers Seite. Kleine wiederholte seine Angriffe am folgenden Tag, dem 23. Juli, vor dem Zentralaussschuss, aber Ernst Meyer kämpfte energisch und gewann, wobei Maslow mit vier anderen Linken in der Minderheit blieb und gegen die Resolution stimmte, während sich ein Dutzend Mitglieder damit begnügte, mit Kleine für den Teil von Meyers Resolution zu stimmen, der die kommenden Aufgaben auflistete, und sich beim Rest zu enthalten.²⁴⁵

Der Vorfall ist bezeichnend für den Einfluss, den ein Vertreter der Exekutive in der Zentrale hat, aber auch für den Widerstand, auf den er dort trifft. Vor allem zeigt es, wie sehr das Bündnis der deutschen Linken mit Sinowjew und den Linken in der Exekutive eine permanente und ernste Gefahr für das Zentrale darstellt, zumal die deutschen Führer*innen immer bereit sind, Fehler einzugestehen, die sie nicht begangen zu haben glauben, um eine Krise mit der Exekutive zu vermeiden.²⁴⁶ Das halbe Scheitern der nach der Ermordung Rathenaus geführten Kampagne stärkte

243 Protokoll des Vierten Kongresses der KI, S. 198.

244 Brief Ernst Meyers an seine Frau Rosa Levine-Meyer, datiert vom 24. Juli 1922, aus dem Privatarchiv. Rosa Meyer-Léviné, veröffentlicht in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 2, 1968, S. 186.

245 Eine detaillierte Schilderung dieser beiden Sitzungen findet sich im Brief Ernst Meyers (siehe vorige Anmerkung), der jedenfalls wesentlich präziser ist als der Sitzungsbericht in der Roten Fahne vom 27. September, in dem es vor allem heißt, die Abstimmungen seien einmütig gewesen.

246 Laut E. Meyer gab Pieck dem Zentralaussschuss gegenüber eine »starke Erklärung« in diesem Sinne ab. Paul Böttcher war das einzige Mitglied des Zentralaussschusses, das nicht von heute auf morgen seine Meinung geändert hat.

jedoch den linken Einfluss in der Partei und steigerte das Misstrauen vieler Aktivist*innen gegenüber einer Leitung, die wieder einmal der Passivität verdächtigt wurde. Wieder einmal tauchte die berühmte Theorie der Offensive innerhalb der Partei auf, und die Zentrale wurde, wie Remmele enthüllt, mit Resolutionen bombardiert, die zum Generalstreik oder zum Angriff auf das Polizeipräsidium aufriefen.²⁴⁷ Man kann einen Beweis dafür in der Initiative der Führer*innen des Bezirks Berlin-Brandenburg sehen, die am 15. Oktober einen Angriff auf eine rechtsextreme öffentliche Veranstaltung im Zirkus Busch organisierten. Die Polizei griff mit Energie ein, und es gab fünfzig Verletzte unter den kommunistischen Angreifer*innen und einen Getöteten. In den folgenden Tagen nahm die Regierung mehr als fünfzig Verhaftungen vor, darunter die Brandlers, Thalheimers, Pfeiffers, und durchsuchte am 16. die »Rote Fahne.« Die Zeitungen kündigten an, dass die verhafteten Aktivist*innen wegen »Angriffen auf den inneren Frieden« strafrechtlich verfolgt würden und zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt würden.²⁴⁸ Aber dieses Mal stand die Exekutive trotz ihrer Kritik an der deutschen Zentrale nicht auf der Seite der Linksradikalen²⁴⁹, und Sinowjew sagte auf dem Vierten Weltkongress der Internationale, dass die Berliner Organisation in dieser Angelegenheit nicht ihre glänzendste Seite gezeigt habe.²⁵⁰

Die wirkliche Niederlage liegt anderswo, in den Fabriken und auf den Straßen, in der Entmutigung, die sich ausbreitet und die Verzweiflung einer handlungsbereiten Minderheit noch deutlicher macht. Die Sozialdemokratie war gerade wieder einmal den Beweis angetreten, dass sie die Koalition mit den bürgerlichen Parteien um keinen Preis brechen will und dass sie entschlossen ist, ihr ganzes Gewicht einzusetzen, um den Beginn größerer Klassenkämpfe zu verhindern. Mit dieser Gewissheit, gestärkt durch das Scheitern der ökonomischen Arbeiter*innenstreiks des Frühjahrs und Sommers, können die Befürworter*innen des starken Weges und der Gegenoffensive vorgehen. Hugo Stinnes formulierte im Namen der Notwendigkeit, Reparationen zu zahlen und die deutsche Wirtschaft zu retten, seine Forderungen in einer Sitzung des Reichswirtschaftsrats, in der er erneut die Verlängerung des Arbeitstages forderte:

»Man kann keinen Krieg verlieren und zwei Stunden weniger arbeiten wollen, das geht nicht. Ihr müsst arbeiten und noch einmal arbeiten und immer wieder arbei-

247 I.M.L.-Z.P.A., Sign. 2/II, f. 64, zitiert nach Reisberg, S. 1009.

248 Corr Int. no. 79, 18. Oktober 1922, S. 608.

249 Nach E. Meyer, Sinowjew hatte, wie wir gesehen haben, der deutschen Zentrale einen Streik von mindestens vierundzwanzig Stunden vorgeschlagen, aber auf eigene Initiative. Er war auf dem 4. Kongress kein Thema. Die Korrespondenz zwischen Meyer und Sinowjew während des Weltkongresses lässt keinen Zweifel an der persönlichen Natur dieses Vorschlags Sinowjews. Radek wird sagen: *»Würde die Partei allein in Aktion getreten sein, so behaupte ich, dieser Fehler wäre größer gewesen als alle die, die gemacht worden sind.«* (Protokoll des IV ..., S. 100). Erst im November, in den Diskussionen vor dem Kongress, erfuhren Maslow und Urbahns von Sinowjew von der Existenz seines Briefes vom 18. Juli.

250 Protokoll des IV ., S. 200.

ten. (...) Es wäre notwendig, alle Streiks in Betrieben, die für die Volkswirtschaft lebensnotwendig sind, für mindestens fünf Jahre zu verbieten und jeden Verstoß rigoros zu bestrafen.»²⁵¹

Unter dem Vorsitz Cunos, dem ehemaligen Präsidenten der Hamburg-Amerika-Linie, den Legiens Ultimatum im März 1920 aus dem Kabinett gedrängt hatte, wurde eine neue Regierung gebildet, der keine sozialdemokratischen Minister angehörten: Deutlich nach rechts orientiert, nahm sie die sozialdemokratischen Stimmen an, erklärte sich aber bereit, notfalls auch auf sie zu verzichten. Mussolinis Sieg in Italien wertete in den Augen der deutschen Kapitalisten rechtsextreme Gruppen auf, unter denen Adolf Hitlers Nationalsozialistische Arbeiterpartei aufzutauchen begann.²⁵²

Die KPD setzte all ihre Kräfte ein, um ihre Isolation durch organisierte Kampagnen zu durchbrechen, die »Einheitsfrontorgane«, Kontrollausschüsse und vor allem Betriebsräte zu vervielfältigen und zu konsolidieren. Sie erringt auf diese Weise nicht unerhebliche Erfolge, denn am Ende einer Kampagne zur Reaktivierung dieser Räte gelingt es ihr, im November einen »Reichsbetriebsrätekongress« einzuberufen, an dem die Delegierten einer Minderheit von Räten teilnehmen, die aber einige der wichtigsten Betriebe im Klassenkampf in Deutschland vertreten. Am 22. November verabschiedete dieser Kongress ein Programm, das die großen Linien der »Übergangs«-Forderungen der KPD aufgriff, und wählte ein ständiges Komitee, dem der Berliner Kommunist Hermann Grothe vorstehen sollte.²⁵³

Eine der ersten Folgen dieses Erfolgs war jedoch eine Niederlage. Am Tag nach dem Kongress entließ die Badische Anilin nämlich die drei Delegierten, Mitglieder des Betriebsrats ihrer Ludwigshafener Betriebe, die dorthin gereist waren. Die Anwesenheit des populären Pfälzer kommunistischen Führers Max Frenzel²⁵⁴ unter den dreien provozierte einen »wildem« Proteststreik von außergewöhnlichem Ausmaß. Das Unternehmen reagierte mit einer Aussperrung und stellte dann auf der Grundlage einer neuen Arbeitsordnung wieder ein, die Akkordlöhne und die Verpflichtung

251 Die Rote Fahne, 11. [tats. 12.] November 1922 [»Das Kabinett des wirtschaftlichen Wiederaufbaus«, S. 1, Spalte 3 – S. 2]. Die Kommunistische Zeitung nutzt die am Vortag im Vorwärts und im Berliner Tageblatt veröffentlichten Berichte über diese Rede von Stinnes in einer nichtöffentlichen Sitzung. Am gleichen Tag sollte die Kreuzzeitung gegen die Interpretation im Vorwärts protestieren, die implizierte, dass sich Stinnes gegen die Stabilisierung der Mark ausgesprochen hätte. Die vollständige Rede wurde auch von der Deutschen Allgemeinen Zeitung am 11. November veröffentlicht. Tatsächlich waren Stinnes' »Bedingungen« für die Stabilisierung der Mark, insbesondere die Umstellung auf einen Zehn-Stunden-Arbeitstag für einen Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren, bekannt (Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, S. 14-15 [tats. S. 17] und Anm. 25, S. 70-71 [tats. S. 75]).

252 Laut Konrad Heiden (Adolf Hitler – Eine Biografie, S. 251) hatte sich Ernst von Borsig schon damals an der Finanzierung der NSDAP beteiligt. Am 28. Januar 1923 wies die KPD-Zentrale auf die Nazi-Gefahr in Bayern hin (Die Rote Fahne, 29. Januar 1923).

253 Das Programm ist in Dok. u. Mat. wiedergegeben. Mat, VII/2, S. 194-198. Der Kongress wurde von 856 Delegierten besucht, von denen 657 Kommunist*innen waren (Die Rote Fahne, 27. November 1922).

254 Weber, Die Wandlung, II, S. 125.

zum Leisten von Überstunden wieder einführte. Der Streik, von den Gewerkschaften abgelehnt, deutschlandweit nur von den Kommunist*innen und den von ihnen geführten Betriebsräten unterstützt, dauerte dennoch sechs Wochen. Schließlich mussten die Streikenden erschöpft und geschlagen zur Arbeit zurückkehren: Zu der Entlassung Max Frenzels und seiner beiden Genoss*innen kamen nun rund 2.000 Entlassungen wegen Streiks hinzu.²⁵⁵

Die Offensive der Unternehmer und die sich verschärfende Wirtschaftskrise gingen Hand in Hand: Die Inflation beschleunigte sich und die Preise explodierten. Zwischen Ende Oktober und Ende November verdoppelte sich der Preis für Fleisch, Eier und Margarine, der für Butter und Brot verdreifachte sich. Der Schriftsteller, der sich unter dem Pseudonym R. Albert verbarg und für ein ganzes Jahr zum unersetzlichen Chronisten der Ereignisse in Deutschland werden sollte²⁵⁶, schrieb in der Inprekorr unter dem Titel »Eine Gesellschaft, die zerfällt«:

»35 Millionen Arbeiter erwarten mit Angst den Winter, den Mörder der armen Leute. In weniger als zwei Monaten haben sich die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten mehr als verdreifacht; die Preise für Artikel des Grundbedarfs haben sich verfünffacht. Ab dem 1. Oktober verfünffachten sich die Mieten, verdreifachten oder vervierfachten sich die Posttarife, stiegen die Tarife für Kommunikation, Eisenbahnen und Straßenbahnen... Und man kündigt an, dass sich der Preis für Brot vervierfachen wird.«

Er beschreibt das Schauspiel, das Deutschland Ende 1922 bietet, die Arbeiterbezirke, Neukölln und Moabit, *»junge, erdige Gesichter, gezeichnet vom Stempel der Tuberkulose und des Hungers (...), die Verstümmelten, die Bettler, die Prostituierten (...) und das Fest, das Fest der Reichen.«*²⁵⁷

Die Barbarei richtete sich in dem bis dahin fortschrittlichsten Land Europas ein, das Elend rund um die Maschinen und im Gebiet der modernsten Technik. Die Kommunist*innen hingegen glauben, dass sie das Instrument in der Hand haben, das diese zusammenbrechende Welt verändern kann: Die Hoffnung der Elendigsten ist da, in Form einer kommunistischen Massenpartei, einer Partei des Kampfes.

255 Neben der Roten Fahne, die in dieser Zeit täglich den Pfalzstreik kommentierte, siehe Inprekorr und in der französischen Ausgabe besonders die Chronik R. Alberts »La Bataille industrielle du Palatinat«, Corr. Int, Nr. 97, 16. Dezember 1922, S. 738, »Les Forces en présence dans le Palatinat«, ebenda, Nr. 98, 20. Dezember 1922, S. 746-747, »Vaincus«, ebenda, Nr. 99, 23. Dezember 1922, S. 755.

256 Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um Victor Serge, zu dessen literarischen Pseudonymen Albert gehörte, der zu dieser Zeit in Berlin an der Herausgabe von Inprekorr mitarbeitete und dessen persönlicher Stil sich in der französischen Ausgabe von den sonstigen mittelmäßigen Übersetzungen abhebt. 257 Corr Int. no. 72, 23. September 1922, S. 561.

Kapitel XXXII: Die »Kommunistische Massenpartei«

Angesichts des eklatanten Bankrotts des wirtschaftlichen und sozialen Systems der Bourgeoisie sind die Haltung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sowie das Gewicht der Krise selbst weit davon entfernt, Faktoren der Radikalisierung zu sein, sondern sie bringen im Gegenteil die Gefahr, die Passivität und schließlich die Resignation eines wichtigen Teils der Arbeiter*innenklasse zu provozieren. Das kürzliche Beispiel Italiens zeigt, welche Chancen eine solche Situation dem Großkapital bietet, seine politische Herrschaft durch den Rückgriff auf bewaffnete Banden des faschistischen Typs zu festigen. Vor dem Zentralausschuss am Ende des Jahres war es der gerade aus Moskau, wo er nach seiner Entlassung fast ein Jahr lang Mitglied des Präsidiums der Internationale gewesen war, zurückgekehrte Brandler, der den politischen Bericht vorlegte. Während er die Fortschritte der KPD im vergangenen Jahr anerkannte, bestand er auf der Notwendigkeit, *»die starre Einstellung, die es nicht versteht, unmittelbar anzuknüpfen an die Ideologie der bedrängten Arbeiter«*, auszumerzen, die es seiner Meinung nach noch nicht versteht, *»an das Gefühlsleben und die Denkweise der nichtkommunistischen Arbeitermassen so geschickt anzuknüpfen, wie es notwendig wäre.«*²⁵⁸

Zusammensetzung

Die Fortschritte der KPD sind an diesem Ende 1922 dennoch beachtlich, wenn man sie mit dem vergleicht, was sie nicht nur 1918-1919, sondern auch in den Monaten nach der Märzaktion 1921 war. Bis zum folgenden Sommer war die Mitgliederzahl auf ein sehr niedriges Niveau gesunken, niedriger vielleicht als die erst ein Jahr später bekannt gemachte Zahl von 157.168 gesammelten Beiträgen²⁵⁹, lächerlich im Vergleich zu den 893.000 Unabhängigen und 78.715 Kommunist*innen, die am Vorabend des Kongresses in Halle gezählt wurden.²⁶⁰ Selbst wenn man zugibt, dass die

258 Auszüge aus Brandlers Bericht an den ZA vom 13. und 14. Dezember 1922, Corr Int. no. 99, 23. Dezember 1922, S. 753. [Tagung des Reichsausschusses der KPD, Inprekorr Nr. 238, 16. Dezember, S. 1789 f., hier S. 1790. Tatsächlich handelt es sich nicht um seinen Bericht an, sondern über den Zentralausschuss] 259 Pieck, Corr Int. no. 81, 25. Oktober 1922, S. 624. [Wilhelm Pieck, Die Kommunist. Partei seit dem 3. Weltkongress, Inprekorr, Nr. 216, 9. November 1922, S. 1505-1508, hier S. 1507

260 Jahrbuch 1922-1923, S. 642-647.

allgemein vorgebrachte Zahl von 450.000 Mitgliedern bei der Gründung der VKPD zu optimistisch war²⁶¹, muss man dennoch die Vorstellung akzeptieren, dass die Märzaktion eine brutale Verringerung der Zahl der Aktivist*innen provoziert hatte; dies ist aus den von Hermann Weber erstellten Tabellen ersichtlich: der Bezirk Halle-Merseburg sinkt, von einer seriösen Statistik zur anderen, von Anfang 1921 bis Mitte 1922 von 66.000 auf 23.000, der Niederrhein – um Düsseldorf – von 52.000 auf 16.000, Thüringen von 23.000 auf 10.000, der Nordwesten – um Bremen – von 17.000 auf 4.000.²⁶²

Ende 1922 war die Situation im Begriff, bereinigt zu werden. Böttcher ging bei seinen Zahlen von den tatsächlich gezahlten Beiträgen im September von 218.195 Mitgliedern aus, darunter 26.710 Frauen²⁶³, und Pieck gab für Oktober 255.863 an.²⁶⁴ Hermann Weber gibt in seiner statistischen Untersuchung für das dritte Quartal 1922 die Zahl 224.689 an.²⁶⁵ Tatsächlich waren die eingegangenen Beiträge niedriger als die von den lokalen Organisationen angegebenen Zahlen, in diesem Fall 328.017 für Oktober.²⁶⁶ Aber es war diese Methode, die dazu führte, dass die Partei 1921 359.613 Mitglieder verkündete, eine Zahl, die eindeutig übertrieben war.²⁶⁷ Man kann daraus schlussfolgern, dass die Kommunistische Partei, nachdem sie zwei Drittel ihrer Mitglieder in Folge der Märzaktion verloren hatte, zwischen 1921 und 1922 etwa 100.000 Mitglieder gewann – oder wiedergewann.

Ihre Verankerung blieb je nach Region sehr ungleichmäßig. In Bayern zum Beispiel kam sie kaum über 6.000 Aktivist*innen hinaus, obwohl sie 8.000 angegeben hatte, und hatte die Schläge, die sie 1919 erhalten hatte, nicht überwunden.²⁶⁸ Andererseits hat sie rund 50.000 Mitglieder in Rheinland-Westfalen²⁶⁹, fast 30.000 im Bezirk Berlin-Brandenburg²⁷⁰, fast 20.000 im Erzgebirge-Vogtland²⁷¹, 23.000 im Bezirk Halle²⁷² und der Wasserkante²⁷³, was im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, aber noch mehr im Verhältnis zur Arbeiter*innenbevölkerung hohe Anteile ausmacht:

261 Pieck, a.a.O. [a.a.O.]

262 Weber, *Die Wandlung*, I, S. 368-394.

263 Böttcher, *Corr Int.* 11, 7. Februar 1923, S. 71. [»Après le Congrès de Leipzig«, deutsch »Nach dem Leipziger Parteitag«, *Inprekorr* Nr. 24, 5. Februar, S. 184 f.]

264 Pieck, a.a.O. [a.a.O.]

265 Weber, a.a.O., S. 362.

266 Pieck, a.a.O., S. 623. [a.a.O.]

267 Ebenda, S. 624. [a.a.O.]

268 Weber, a.a.O., S. 383 und 390, gibt die Zahlen von 4.500 für den Norden und 2.369 für den Süden an. Siehe auch Eberlein, *Corr Int.* No. 41, 23. Mai 1923 [»Le Fascisme Bavaois«, S. 300 f.], S. 401. [»Der bayrische Faschismus«, *Inprekorr*, Nr. 86, 23. Mai, S. 722 f.]

269 Davon 16.389 für den Niederrhein, 4.431 für den Mittelrhein, 18.523 für die Ruhr (Weber, a.a.O., I), S. 372, 380, 374.

270 29.273 (ebenda, S. 369).

271 19.432 (ebd., S. 373).

272 23.263 (ebd., S. 370).

273 23.263 (ebenda, S. 374). Die Übereinstimmung der in diesen beiden Fußnoten wiedergegebenen Zahlen muss einfach überraschen.

ein kommunistischer Aktivist auf 46 Einwohner*innen in Halle²⁷⁴, einer auf 55 im Erzgebirge-Vogtland²⁷⁵, einer auf 138 an der Wasserkante²⁷⁶, einer auf 144 in Berlin-Brandenburg²⁷⁷, und, bezogen auf die Arbeiter*innenbevölkerung, auch Frauen und Kinder, in Halle einer auf 30, im Erzgebirge einer auf 45, an der Wasserkante einer auf 50, in Berlin-Brandenburg einer auf 60²⁷⁸. Die Ungleichheit dieser Verankerung resultiert weniger aus den jüngsten politischen Schwankungen als aus der allgemeinen Geschichte der Partei: Das Erzgebirge-Vogtland, mit Chemnitz, bildet eine Bastion, weil Brandler und Heckert, die fest in der Arbeiter*innenklasse verankert waren, 1919 fast die Gesamtheit der unabhängigen Arbeiter*innen für sich gewinnen konnten, und es sind auch die großen Bataillone der 1920 gewonnenen linken Unabhängigen, die die kommunistischen Massenorganisationen Mitteldeutschlands oder der Wasserkante bilden.

Was die soziale, geschlechtliche und altersmäßige Zusammensetzung betrifft, so sind aufgrund fehlender Statistiken für diesen Zeitraum nur Annäherungen möglich. Aber die Informationselemente stimmen überein. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist von ihrer Zusammensetzung her vor allem eine Arbeiter*innenpartei und sogar eine Partei der Arbeiter*innenjugend. Die Bewertungen der verschiedensten Autoren gehen nie unter 90% Arbeiter*innen in ihren Reihen.²⁷⁹ Spartakus und die ehemalige KPD (S) hatten sich – mit lokalen Ausnahmen – nicht tief im Industrieproletariat verankert, aber die linken Unabhängigen führten Zehntausende von Fabrikarbeiter*innen in die vereinigte Partei. Die zeitgenössische Beobachter*innen zeigen sich frappiert vom Arbeiter*innencharakter der Versammlungen der Delegierten und Verantwortlichen.²⁸⁰ Unter ihnen waren viele Facharbeiter*innen, vor allem in der Metallindustrie, und in dieser Hinsicht war die KPD von 1922 nicht zu verwechseln mit der Partei der ungelerten und Hilfsarbeiter*innen, zu der sie zehn Jahre später werden sollte.²⁸¹ Die Frauen waren deutlich weniger zahlreich und

274 Ebenda, S. 370.

275 Ebenda, S. 369.

276 Ebenda, S. 371.

277 Ebenda, S. 369.

278 Berechnungen auf Basis der Weberschen Zahlen.

279 Sinowjew, *Corr. Int.* [La centralisation dans l'I.C.] Nr. 61, 31. Juli 1923, S. 453[-454, hier S. 453], schreibt »Ungefähr 99% Arbeiter.«

280 Robert Louzon schreibt in »La Vie ouvrière« vom 28. April 1923. »Ich hatte die Gelegenheit, vor einiger Zeit in Essen an einem Treffen von Vertrauensleuten der Kommunistischen Partei teilzunehmen. Es gab etwa hundert Teilnehmer, die alle sichtlich Arbeiter waren, die ihre Fabriken ein paar Stunden zuvor verlassen hatten. Selbst in den am ausschließlichen von Arbeitern geprägten Regionen Frankreichs hätte eine Versammlung von Sektionssekretären und -schatzmeistern niemals einen solchen Arbeitercharakter gehabt.«

281 In seiner Studie über die Parteikader im Jahr 1924 stellt Hermann Weber (*Die Wandlung*, II, S. 43) die folgende Tabelle auf, die umso aussagekräftiger ist, als der Anteil der Aktivist*innen nichtproletarischer Herkunft unter den Kadern am höchsten ist:

gelernte Arbeiter*innen	49 %
Volksschullehrer*innen	4 %
Ungelernte Arbeiter*innen	11 %

ihre Zahl schwankte zwischen einem Sechstel und einem Zwölftel der Gesamtzahl.²⁸² Auf jeden Fall waren die kommunistischen Aktivist*innen jung – die überwältigende Mehrheit waren Menschen der Kriegsende- und der Nachkriegsgeneration, also der russischen und der Novemberrevolution, unterstützt von Menschen der vorherigen Generation.²⁸³ Radek schreibt über dieses Thema:

»Die überwiegende Mehrheit der proletarischen Massen, die der Kommunistischen Partei Deutschlands angehören; besteht aus Proletariern, die durch den Krieg aufgerüttelt, durch die Revolution zum politischen Leben erwacht sind. Die USP wurde eine Millionenpartei nicht auf Kosten der SPD [...], sondern durch Zuzug fri-

Redakteur*innen, »Berufsrevolutionäre« 4 %

Angestellte 10 %

Techniker*innen 1,5 %

Handwerker*innen 5,5 %

Hausfrauen 3,5 %

Akademiker*innen 9.5 %

Hinsichtlich der sozialen Herkunft der Eltern gibt er Zahlen an, die es ermöglichen, auf der Basis von 120 Funktionär*innen folgende Tabelle zu erstellen

Kinder von Arbeitern 49

Kinder von Angestellten 19

Kinder von Bauern 15

Kinder von Handwerkern 11

Kinder von Intellektuellen 6

Kinder aus sonstigen bürgerlichen Kreisen 13

Kinder aus besitzenden Kreisen 7

[Bei der sozialen Herkunft der Eltern wurden Webers Angaben verwendet, von denen Broué auf nicht nachvollziehbare Weise abweicht. Weber gibt den Beruf des Vaters an und keine Prozentzahlen, sondern absolute Zahlen]

282 Die vergangene Rolle Rosa Luxemburgs, die gegenwärtige Rolle Ruth Fischers, das Ansehen Clara Zetkins machen die KPD zu einer Partei, in der Frauen eine wichtigere Rolle zu spielen scheinen als in jeder anderen KP. In der Tat besetzt, auch wenn mehrere Frauen, Rosi Wolfstein, Irmgard Raasch, Martha Arendsee, in den zentralen Abteilungen sind, nur eine, Erna Halbe, 1923 eine Verantwortungsposition als Bezirkspolleiterin.

283 Hermann Weber zeigt in seiner Studie über 252 Funktionär*innen (Die Wandlung, II, S. 43), dass die wesentliche Rolle 1924 von Aktivist*innen eingenommen wird, die früher als die Masse der Mitglieder zur politischen Aktion kamen:

Datum des Eintritts in die Arbeiter*innenbewegung:

vor 1900 8 %

zwischen 1900 und 1906 9 %

zwischen 1906 und 1916 44 %

Gesamt : 61 %

zwischen 1917 und 1920 von der USPD 21 %

zwischen 1917 und 1920 von der KPD(S) 15 %

nach 1920 2 %

Gesamt: 39 %

Insgesamt kamen 62% dieser Kader mit der unabhängigen Partei zur vereinigten Partei und 33% mit der KPD(S). Von letzteren hatten sich 16% während des Krieges bei den Spartakist*innen organisiert, 5% bei den Linksradikalen, und 12% waren direkt zur KPD(S) gekommen, seit ihrer Gründung oder danach.

scher proletarischer Elemente. Und die hunderttausend Spartakusleute bestanden nur zu einem geringen Teil aus den alten linksradikalen Stoßtruppen der Partei, sie bestanden in ihrer Mehrheit aus den Elementen, die erst unter dem Donner der Revolution ins politische Leben eintraten.«²⁸⁴

Auf der Ebene der Kader und der Leitung müssen diese Bemerkungen etwas korrigiert werden: Es sind in der Tat die erfahrensten Aktivist*innen, also die ältesten, die Verantwortung ausüben. Die Leiter*innen der Oberbezirke sind zwischen dreißig und vierzig Jahre alt.²⁸⁵ Auf der Ebene der Bezirksleiter waren nur wenige Männer über vierzig, Oelßner, Polleiter in Schlesien, der 43 Jahre alt war, Eppstein, ein linksradikaler Führer und Polleiter im Mittelrhein, der 45 war, und Jakob Schloer, Orgleiter des Oberbezirks Süd, der 44 war.²⁸⁶ Die große Mehrheit der anderen waren Arbeiter*innen, die zwischen dreißig und vierzig Jahre alt waren, wie im Erzgebirge-Vogtland, wo der Maurer Siewert den Bezirk leitete, den er 1920 im Alter von 33 Jahren in die Hand nahm, an der Spitze des Unterbezirks, mit dem Schmied Reissmann, der 36 war, und dem Zimmermann Grube, der dreißig war. Diese drei Männer begannen ihr aktivistisches Leben in den Gewerkschaften oder der Sozialdemokratischen Partei im Alter von 17 oder 18 Jahren und hatten zwischen sechs und zehn Jahren Aktivismus hinter sich, als der Krieg erklärt wurde.²⁸⁷

1922 tauchten junge Männer in der Bezirksleitung auf: Hans Tittel, ein Vorkriegsaktivist und Polleiter in Württemberg, war 28 Jahre alt, Hans Weber, in der Pfalz, 27.²⁸⁸ Willy Sachse, Sekretär des Kreises Halle-Merseburg, ein ehemaliger Weggeführter Reichpietschs und Köbis', ist 26 Jahre alt, ebenso Volk in Sachsen, und Wollweber, ebenfalls ein ehemaliger Meuterer bei der Marine, 24.²⁸⁹ Die ganz jungen Leute sind seltener, aber nicht abwesend: Hausen, zweiundzwanzigjährig, Lausitzer Kreissekretär, Fugger, fünfundzwanzigjährig, Parteileiter in Düsseldorf, Herbert Müller, zweiundzwanzigjährig, Sprecher der Ludwigshafener Kommunist*innen.²⁹⁰

Die im Januar 1923 gewählte und im Mai vollendete Zentrale hatte vierundzwanzig Mitglieder. Darunter sind vierzehn Handarbeiter*innen, Metallarbeiter*innen, Maurer*innen, Drucker*innen, drei Angestellte oder Zeichner und nur sieben Journalist*innen oder Parteifunktionär*innen seit mehr als fünf Jahren – ein Anteil, der im Übrigen unendlich viel höher ist als bei den Kreis- oder Ortskadern. Auch diese Nicht-Arbeiter*innen repräsentieren verschiedene Generationen. Clara Zetkin war mit 66 Jahren die Doyenne, das Bindeglied zur Sozialdemokratischen Partei der he-

284 Radek, Soll die VKPD, S. 15-16.

285 Zum Beispiel Ernst Meyer, Stoecker, Dahlem, Felix Schmidt, Karl Schulz (Biografien siehe Anhang).

286 Weber, Die Wandlung, II, S. 239, III und 277.

287 Krusch, Um die Einheitsfront ..., S. 88-92.

288 Weber, a.a.O., S. 324 und 337.

289 Ebenda, S. 267, 332, 348.

290 Ebenda, S. 154, 128, 227.

roischen Ära. Außer ihr haben nur Pieck – 47 Jahre alt –, Remmele – 43 –, Brandler – 42 – und Geschke – 41 – die vierzig überschritten: die letzten drei sind erst seit höchstens drei Jahren »Hauptamtliche.« Vier Mitglieder der Zentrale sind weniger als dreißig Jahre alt: Karl Becker und Walter Ulbricht 29, Ruth Fischer und Hans Pfeiffer 28. Alle anderen waren zwischen dreißig und vierzig. Im Jahr 1922 fand eine Erneuerung der Reihen statt, und die Zahl der sehr jungen Kader, vor allem im Untergrund und in der Presse, stieg merklich an. Einige wichtige Posten wurden sehr jungen Menschen anvertraut: Otto Braun, Jahrgang 1900, wurde 1923 mit der »Ausbildung« im Rahmen des militärischen Apparats betraut, zu deren Leiter*innen der fünfundzwanzigjährige Hans Kippenberger gehörte.²⁹¹ Auch der junge Heinz Neumann, Angehöriger der Partei mit achtzehn Jahren, wurde im Jahr darauf Mitglied der Redaktion der »Roten Fahne.« Im Alter von 21 Jahren war er Sekretär des Bezirks Mecklenburg und regelmäßiger Mitarbeiter der »Inprekorr«: Er spielte bereits eine wichtige Rolle im Untergrundapparat, was zweifellos durch seine Russischkenntnisse erleichtert wurde, die er während eines Gefängnisaufenthaltes gelernt hatte.²⁹² Schollem, der im Alter von 26 Jahren Chefredakteur des »Volksblatts« war, wurde 1922, im Alter von 27 Jahren, Orgleiter von Berlin-Brandenburg.²⁹³ Erich Hausen, ein Elektroinstallateur, wurde mit achtzehn Jahren Aktivist der KPD, trat mit einundzwanzig in den Zentralkomitee ein und wurde mit zweiundzwanzig Sekretär des Bezirks Lausitz.²⁹⁴ Man bemerkt besonders die Jugendlichkeit der Aktivist*innen mit Verantwortung in der Presse. Keiner der Parteizeitungschefredakteure war 1923 älter als vierzig. Heinrich Süßkind, seit zwei Jahren Chefredakteur der »Roten Fahne«, war achtundzwanzig²⁹⁵, Adolf Ende vom Erfurter »Roten Echo« war vierundzwanzig, Martin Hoffmann vom »Echo des Ostens« und Bernhard Menne von der »Bergischen Volksstimme« waren zweiundzwanzig.²⁹⁶

Die wirkliche Leitung der KPD, die Zentrale, besteht aus älteren Männern und Frauen, gewiss, deren junges Alter trotz allem nur mit den Montagnards von 1793 oder den Mitgliedern des bolschewistischen Zentralkomitees von 1917 vergleichbar ist.²⁹⁷ Dennoch gibt es in ihr eine bemerkenswerte Kontinuität mit der Geschichte der deutschen Arbeiter*innenbewegung und ihrem revolutionären Flügel. Ihre Mitglieder haben fast alle eine hohe Anzahl von Jahren des Aktivismus vorzuweisen, wenn nicht in der sozialdemokratischen Partei selbst, so zumindest in ihrer Jugend, und fast alle von ihnen traten zwischen dem sechzehnten und zwanzigsten Lebensjahr in das aktivistische Leben ein. Dies ist zum Beispiel bei zweiundzwanzig von

291 Weber, *Die Wandlung*, II, S. 181-182.

292 Ebenda, S. 233.

293 Ebenda, S. 285-286.

294 Ebenda, S. 154-155.

295 Ebenda, S. 314.

296 Ebenda, S. 108, 167, 218.

297 P. Broué, *Le Parti Bolchevique*, S. 90.

vierundzwanzig ihrer Mitglieder der Fall, wobei die letzten beiden, Ruth Fischer und Guralski-Kleine, ebenfalls in sehr jungen Jahren ihre ersten Schritte in der sozialistischen Bewegung gemacht haben, die eine in Österreich, der andere in Polen. Von diesen »Veteran*innen« der Vorkriegssozialdemokratie waren fünfzehn seit dem Krieg Spartakist*innen, fünf waren damals in den revolutionären Gruppen Bremens und Hamburgs aktivistisch, nur einer in der Jugendbewegung; neun kommen aus dem linken Flügel der unabhängigen Partei. Außerhalb der Zentrale, schon im Zentralausschuss oder in den Bezirkskomitees und Sekretariaten, stellen wir den Ausnahmefall von Intellektuellen fest, die fast ausschließlich der Linken angehörten, die mit der Linken der Unabhängigen zum Kommunismus kamen und die später zum aktivistischen Leben kamen: Maslow war sechsundzwanzig, Urbahns achtundzwanzig, Arthur Rosenberg neunundzwanzig und Karl Korsch dreiunddreißig Jahre alt, als sie bei Kriegsende der USPD beitraten.²⁹⁸ Sie stellen einen wichtigen Sektor der deutschen revolutionären Bewegung dar, die jungen Intellektuellen bürgerlicher Herkunft, die durch den Krieg empört sind und sich dem Lager der organisierten Arbeiter*innen angeschlossen haben; aber sie sind nicht das Herz der Partei.

Struktur und Organisation

Wie die bolschewistische Partei verlangt auch die KPD von ihren Aktivist*innen viele Opfer und in erster Linie einen wichtigen Beitrag. Letzterer, der 1919 mindestens 15 Pfennig für die Frauen und die Jugendlichen und 30 Pfennig für alle anderen betrug, stieg mit der Inflation und erreichte im März den Mindestbetrag von 4 Mark, im September 1922 dann 15 Mark. Der kommunistische Arbeiter zahlte also mindestens das Äquivalent einer Stunde Arbeit pro Woche an seine Partei²⁹⁹, also etwa dreimal so viel wie der sozialdemokratische oder unabhängige Aktivist. Dieser Beitrag ist progressiv und steigt schnell mit dem Lohn der Aktivist*innen. Hinzu kommen zusätzliche Beiträge, die von den Organisationen der Zwischenebenen festgelegt werden, und außerordentliche, im Prinzip freiwillige Beiträge, die im Rahmen von politischen Kampagnen beschlossen werden. Man kann denken, dass diese finanziellen Anforderungen einen Faktor der Konsolidierung der Partei darstellten, von der sie Dilettanten und Zugvögel ausschlossen, aber auch, dass die Rekrutierung von Arbeiter*innen in dieser Zeit der Krise und der Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiter*innen gebremst werden konnte. Ruth Fischer weist darauf hin, dass die Summe der registrierten Beiträge in diesen Jahren wegen der häufigen Zahlungsverzögerungen immer niedriger war als die tatsächliche Zahl der Aktivist*innen.

Auf dem Gebiet der Organisation und der inneren Arbeitsweise gleichermaßen rühmt sich die deutsche Partei, als eine der ersten Parteien einen Weg eingeschlagen

²⁹⁸ Weber, a.a.O., S. 213, 329, 262, 192.

²⁹⁹ Entscheidung des ZA vom 15. und 16. Mai, Die Rote Fahne, 17. Mai 1922.

zu haben, der alt und neu zugleich ist, der die Tradition der Anfänge der sozialistischen Bewegung wieder aufnimmt, aber mit der sozialdemokratischen Praxis bricht, die seit 1905 die Grundeinheiten der Partei mit den Wahlkreisen zusammenfallen ließ. Der Vereinigungsparteitag hatte versucht, eine weniger lockere Organisationsform zu definieren als die der spartakistischen KPD und die der USPD. Die Basis war nicht mehr der Wahlkreis, sondern der wirtschaftliche Zuständigkeitsbereich. Die Basiszelle war also die Ortsgruppe, die im Prinzip mit den Betriebsfraktionen zusammenfiel.³⁰⁰ Aber eine wichtige Reorganisation fand im Mai 1921 statt, nach einer Diskussion über die durch die Märzaktion aufgedeckten Schwächen. Wenn es sich um einen wichtigen Ort handelte, wurde die Ortsgruppe in Wohnbezirke aufgeteilt, die Wohnbezirke in Unterbezirke, die wiederum in Zehnergruppen mit zehn bis zwanzig Aktivist*innen unterteilt wurden. Eine besondere Aufmerksamkeit wird auf die Arbeit der Partei in den Betrieben gelegt, wo ein Vertrauensmann oder ein von den Interessierten gewählter Fabrikausschuss die Arbeit der Betriebsfraktion leitet. Alle Aktivist*innen gehören also zu zwei Basisorganisationen: der Zehnergruppe und der Fraktion.³⁰¹

Die Verantwortlichen der höheren Ränge werden durch Wahlen bestimmt, die auf dieser doppelten Basis stattfinden. Die Vertrauensleute der Partei in den Betrieben wählen die Leiter*innen der Wohnbezirke, sowie die Hälfte der Mitglieder der Vorstände der Ortsgruppen: die andere Hälfte wird direkt während einer Generalversammlung der örtlichen Aktivist*innen gewählt, die alle Mitglieder der verschiedenen Zehnergruppen versammelt. Der Vorstand der so bestimmten Ortsgruppe lädt zu allen seinen Beratungen mit beratender Stimme die Leiter*innen der verschiedenen Fraktionen, der Betriebsfraktionen oder der Fraktionen innerhalb der Massenorganisationen, der Kommunistischen Jugend, der kommunistischen Frauen, der Genossenschaften usw. ein.³⁰² Trotz dieser doppelten Vertretung von Aktivist*innen, die im Rahmen der Fraktionen agierten, war die Leitung 1922 der Meinung, dass der organisatorische Aufwand in den Betrieben noch unzureichend war, und sie ergriff verschiedene Maßnahmen, die darauf abzielten, die gesamte Organisation der Partei auf Betriebszellen zu gründen: Anfang 1923 schuf die Zentrale eine spezielle Abteilung, die unter der Leitung Walter Ulbrichts für deren systematische Organisation zuständig war.³⁰³

Die Ortsgruppen wurden ihrerseits über Vermittlung der Unterbezirke in Bezirke – siebenundzwanzig 1922³⁰⁴ – eingeteilt. Es wurde versucht, diese relative Streuung

300 Brandler, »Die Organisation der Partei«, Die Rote Fahne, 4. Dezember 1920; Die Internationale, Nr. 26, 1. Dezember 1920, S. 33-37.

301 »Rundschreiben der Zentrale der VKPD über Organisationsfragen«, Die Rote Fahne, 1. Juni 1921, [Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-2].

302 Ebenda.

303 Die Rote Fahne, 17. Mai 1923, Dok. u. Mat., VII/2, S. 329-330.

304 Diese sind: Berlin-Brandenburg, Niederlausitz, Pommern, Ostpreußen-Danzig, Schlesien, Oberschle-

zu überwinden, indem mehrere Bezirke zu echten Regionen (Oberbezirken) zusammengefasst wurden.³⁰⁵ Auf all diesen Ebenen werden die Kader, ob sie nun für einen bestimmten Umstand delegiert (Vertreter*innen) oder für einen bestimmten Zeitraum verantwortlich sind (Funktionär*innen), von den Organen, die sie bestimmt haben, Komitees, Generalversammlungen, Konferenzen oder Kongressen, gewählt und sind jederzeit abberufbar.

Gemäß dem bolschewistischen Prinzip des demokratischen Zentralismus ist das oberste Organ der Partei ihr Parteitag, der mindestens einmal im Jahr zusammentritt und für den die Delegierten auf der Grundlage von vorbereitenden Diskussionen gewählt werden, in denen sich die Tendenzen, die sowohl ihr eigenes Programm als auch ihre Kandidat*innen vorstellen, gegenüberstehen und die weitestgehenden Rechte haben, ihre Divergenzen zum Ausdruck zu bringen, auch in Versammlungen von Ortsgruppen, in denen sie keine Anhänger*innen hätten.³⁰⁶ In der Zeit zwischen den Parteitagen liegt die Autorität beim Zentrallausschuss, der sich wiederum aus zwei Arten von gewählten Funktionär*innen zusammensetzt. Einige von ihnen werden tatsächlich direkt vom Parteitag gewählt, müssen am Sitz der Leitung residieren und bilden die Zentrale. Die anderen werden ebenfalls vom Parteitag gewählt, aber auf Vorschlag der Bezirke, die sie damit gleichzeitig mit der ganzen Partei vertreten. Der Zentrallausschuss bewahrt also einige Merkmale des föderalen Organisationstyps, der Spartakus charakterisierte. Funktionär*innen und Delegierte sind, was auch immer ihre Funktionen sind, eng von der Basis abhängig, die sie gewählt hat und absetzen kann, und die Hauptamtlichen sind in den Exekutivorganen außerhalb des Zentrallausschusses nie in der Mehrheit.³⁰⁷ Die Praxis der Versammlungen von Funktionär*innen (Funktionärssitzung oder Versammlung) oder Mitgliedern, die die großen politischen Probleme debattieren, ist sehr lebendig und charakteristisch sowohl für die Partei als auch für die Beständigkeit der spartakistischen Tradition.

Aber 1920 wurde sich die Zentrale anderer Notwendigkeiten bewusst und versuchte, ihre Effizienz zu verbessern, indem sie sich eine rationellere Organisation und vor allem einen echten professionellen Apparat gab. Sie teilte sich in zwei Arbeitsorgane auf, nach dem Vorbild des kürzlich in Russland angenommenen Modells, ein politisches Büro (Polbüro) und ein organisatorisches Büro (Orgbüro), die jeweils ein Mitglied des anderen in ihren Reihen hatten, um eine ständige Koordinierung der Ausführung und Entscheidungsfindung zu gewährleisten.³⁰⁸ 1922 leitete Ernst Meyer

sien, Ostsachsen, Erzgebirge-Vogtland, Westsachsen, Halle-Merseburg, Magdeburg-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen, Mecklenburg. Wasserkante, Nordwest, Ostwestfalen, Westwestfalen, Niederrhein, Mittelrhein, Hessen-Kassel, Hessen-Frankfurt, Pfalz, Baden, Württemberg, Nordbayern und Südbayern.

305 »Rundschreiben der Zentrale der VKPD über Organisationsfragen (Schluss)«, Die Rote Fahne, 2. Juni 1921, [Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-2].

306 Vgl. die »Tournee« Frieslands im Januar 1922.

307 Brandler, Die Rote Fahne, 4. Dezember 1920.

308 Ebenda.

die eine und Wilhelm Pieck die andere³⁰⁹; sie trafen sich dreimal pro Woche.³¹⁰ Die Zentrale schuf einen technischen Apparat in Form von Abteilungen, in die sie die besten Aktivist*innen berief: eine Abteilung für politische Arbeit unter den Frauen mit Martha Arendsee, für die politische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die Edwin Hoernle leitete³¹¹, für Kommunalpolitik mit Iwan Katz³¹², für Genossenschaften mit Karl Bittel³¹³, für die Arbeit auf dem Lande mit Heinrich Rau.³¹⁴ Dienste, die nicht den Titel einer Abteilung trugen, spielten eine ähnliche Rolle: die der »Bildung« die der Veteran Hermann Duncker leitete³¹⁵, die zum Vorläufer der berühmten Agit-Prop werden sollte, der Pressedienst, den Alexander, genannt Eduard Ludwig, leitete³¹⁶, und das Rechtsbüro, das sich um Dr. Felix Halle konstituierte.³¹⁷

Die Gewerkschaftsabteilung war bei weitem die wichtigste: Sie bestand aus so vielen Büros, wie es Gewerkschaftszweige gab, und wurde jeweils von den erfahrensten Aktivist*innen des jeweiligen Zweiges geleitet. Nach Richard Müller, Malzahn und Neumann wurden die Menschen, die sich als Massenführer*innen bewährt hatten, zu Hauptamtlichen, und Jakob Walcher und August Enderle leiteten die Abteilung. Melcher, der aus Stuttgart kam, übernahm die Leitung des Metallbüros³¹⁸, Bachmann, aus Chemnitz, das Baubüro.³¹⁹ Jedes Büro kontrollierte im Namen der Abteilung und auf Anweisung der Zentrale direkt die kommunistischen Fraktionen in den entsprechenden Gewerkschaften.³²⁰

So wurde ein Apparat von professionellen Hauptamtlichen aufgebaut. Im Jahr 1921 hatte die KPD 223 Hauptamtliche, davon 96 »politische« und 127 »technische«, im Jahr 1922 waren es 230: 53 »politische« und 177 »technische.«³²¹ Die Menschen, die sie bildeten, hatten nicht die gleiche Herkunft. Die einen sind erfahrene Aktivist*innen, die mit politischen Vertrauensverantwortungen betraut sind; die anderen, viel jünger, brillante Subjekte oder harte Arbeiter*innen, waren im Wesentlichen mit technischen Aufgaben beschäftigt, oft mit politischen Auswirkungen; aber ihre Namen sind nicht so bekannt wie die der ersteren. An der Seite Enderles, Hoernles, Melchers und Bachmanns, Veteranen der politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe seit mindestens einem Jahrzehnt, muss man nun die Rolle berücksichtigen, die

309 Mujbegović, a.a.O. S. 369.

310 Mujbegović, a.a.O., S. 306. Fn. 8.

311 R. Fischer, a.a.O., S. 172-173. [deutsche Ausgabe, S. 269]

312 Weber, Die Wandlung, S. 178.

313 Ebenda, S. 76.

314 Ebenda, S. 253.

315 Ebenda, S. 100.

316 Ebenda, S. 69.

317 Ebenda, S. 150.

318 Ebenda, S. 217.

319 Ebenda, S. 64.

320 R. Fischer, a.a.O., S. 172-173.

321 »Kommunistische Bewegung in Deutschland 1921-1922«, Bericht der Zentrale der KPD an die Exekutive der KI, I.M.L.-Z.P.A. 3/1/17, S. 110-111, zitiert von Vera Mujbegović, a.a.O., S. 306, Fn. 8.

hinter den Kulissen von wenig bekannten Männern und Frauen gespielt wird, die technische Hauptamtliche sind, wie Leo Flieg, der ehemalige Jugendleiter³²², und Käthe Pohl³²³, Sekretär*innen des Polbüros, sowie Fritz Heilmann, ebenfalls ehemaliges Mitglied der Jugend, Sekretär der Zentrale³²⁴, oder noch Heinz Neumann, der seine Tätigkeit zwischen Presse und illegalen Apparat aufteilte.³²⁵ So war auch ab 1921 der Fall der russischen bolschewistischen Aktivistin Helena Stassowa, die im Mai unter der falschen Identität Lydia Lipnizkaja kam, dank einer Scheinehe die deutsche Staatsangehörigkeit erwarb und unter dem Namen Herta Lydia Wilhelm Mitglied des Orgbüros wurde.³²⁶ In dieser Epoche verschwand die Tradition der Wanderredner*innen aus der Zeit des Spartakismus, und sie wurden nun in ein neues Gremium von »Kommissaren« eingegliedert, die von der Zentrale je nach Bedarf den Bezirken zugewiesen wurden und dort die Rolle von Vertreter*innen mit einer Mission übernahmen.³²⁷

Eine Tradition ist dabei, geschaffen zu werden

Gegenüber der Parteigesellschaft, die die alte Sozialdemokratie darstellte, mit ihren Riten, ihren Festen, ihrem Kalender, ihrem Lebensrhythmus von fast religiösem Charakter konnte sich die junge kommunistische Partei nicht erlauben, als eine Partei ohne Tradition zu erscheinen, ohne den Apparat, der notwendig war, um um sie herum die Atmosphäre, das Prestige, die Denkgewohnheiten und die Art des Fühlens zu schaffen. Bereits in der Zeit nach der Wiedervereinigung und unter der Leitung Paul Levis wurden große Anstrengungen in diese Richtung unternommen.

Die KPD hat ihre Zeremonien. Jedes Jahr organisiert sie grandiose Demonstrationen zum Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, »Karl und Rosa«, wie man heute sagt. Die Demonstrant*innen, die riesige Porträts ihrer »Märtyrer« trugen – Käthe Kollwitz' berühmte Zeichnung von Liebknecht auf dem Totenbett, den Kopf in einen blutigen Verband gewickelt – skandierten dreimal Hoch oder Nieder zu den von den Gruppenverantwortlichen ausgegebenen Parolen und sangen im Chor das feierliche »Lied der Märtyrer« [»Unsterbliche Opfer«]. Der 1. Mai ist das Objekt einer speziellen Vorbereitung und Inszenierung, aber es gab auch die großen »internationalen Tage«, den Frauentag im März, den Tag der Jugend im September, und auch die »Wochen.« Die kommunistische Tradition reproduziert

322 Weber, Die Wandlung, II, S. 121.

323 Sie war die Lebensgefährtin August Kleines. Weber, »KPD und Komintern«, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 2, April 1968, S. 185, Nr. 19, gibt sie mit Vornamen Katarina an; in Die Wandlung, II, S. 183, gibt er Lydia an.

324 Weber, Die Wandlung, II, S. 157.

325 Ebenda, S. 233.

326 Brandt und Lowenthal, a.a.O., S. 187; H. Stassowa, »Erinnerungen«, BzG, Nr. 1, 1969, S. 752 ff.

327 Die Rote Fahne, 2. Juni 1921.

und setzt in vielerlei Hinsicht die der Sozialdemokratie fort: So die Verwendung des Begriffs Genosse unter den Aktivist*innen, der beiden Organisationen gemeinsam ist.

Das revolutionäre Lied, sei es eine Trauerhymne, ein Marschlied oder ein Kampflied, spielt in dieser Tradition eine Hauptrolle, ebenso wie der Sprechchor oder das Theater. Die für die deutsche Arbeiter*innenbewegung charakteristische Tradition des politisch motivierten Volksliedes, eines echten revolutionären Liedes für die Massen, setzte sich in Deutschland im 20. Jahrhundert fort und die kommunistische Partei ist eine der Nutznießer*innen. Demonstrationen und Versammlungen beginnen und enden mit Liedern, bei denen die Stimmen der Anwesenden von hochwertigen Chören geleitet und unterstützt werden, die von Aktivist*innen und Sympathisanten gebildet werden, wahren Abteilungen der Agitation und Propaganda.³²⁸

Die Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) nahm dabei einen besonders wichtigen Platz ein. Ende 1922 zählte sie 30.000 Mitglieder im Alter von vierzehn bis fünfundzwanzig Jahren, die in Ortsgruppen und ab November so oft wie möglich in Betriebsgruppen organisiert waren und ihre Leitungen, Bezirks- und Unterbezirksleitungen sowie die Zentrale wählten.³²⁹ Als kommunistische Organisation, Mitglied der Kommunistischen Jugendinternationale, will sie Organisation der Jugend und

328 Im kommunistischen Repertoire nahmen neben Liedern mit spezifisch internationalem Charakter, wie der eigentlichen Internationale, dem Chant des Survivants [Lied der Überlebenden, auf Deutsch am bekanntesten unter dem Titel »Im Kerker zu Tode gemartert«], dem Lied der Partisanen [»Partisanen vom Amur«], der Warschawjanka – deren deutsche Version die mündliche Überlieferung Rosa Luxemburg zuschreibt – traditionelle Lieder der deutschen Arbeiter*innenbewegung ihren Platz ein, von denen einige zum Repertoire der internationalen kommunistischen Bewegung gehören sollten, wie das berühmte und bereits alte »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!« [tatsächlich kam dieses Lied erst 1918 durch den in Russland kriegsgefangenen Hermann Scherchen nach Deutschland] – ins Französische übersetzt unter dem Titel »Marchons au pas, camarades!« – aber auch neuere Lieder auf alten Melodien – oft Volksmelodien oder Soldatenlieder – mit Texten, die von zeitgenössischen Episoden des revolutionären Kampfes inspiriert sind. »Im Januar um Mitternacht«, vertont auf eine Soldatenliedmelodie, erinnert an die Kämpfe um den Vorwärts im Januar 1919; das »Büxensteinlied«, vertont auf eine Melodie gleichen Ursprungs, evoziert den Kampf um ein Verlagshaus. »Auf, auf zum Kampf«, auf eine unter den Soldaten beliebte Melodie, erinnert an die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Die Rote Armee an der Ruhr 1920 popularisiert »Schon seit langen, langen Jahren«, unveröffentlichte Musik und Text von unbekanntem Autor*innen, und »Die Rote Armee«, zu einer Melodie aus dem russischen Bürgerkrieg, die auch der Ursprung des österreichischen kommunistischen Liedes »Wir sind die Arbeiter von Wien« ist. Die Kämpfe an der Leuna im März 1921 inspirierten »Bei Leuna sind wir gefallen« [oder »viele gefallen«], wahrscheinlich basierend auf einer 1919 in Bayern populären Melodie. Inge Lammel (»Zur Rolle und Bedeutung des Arbeiterliedes«, BzG, Nr. 3, 1962, S. 726-742) hat gezeigt, dass von zwei der berühmtesten Lieder der KPD in den Jahren 1923-1933, »Es zog ein Rotgardist hinaus« und »Auf, junger Tambour, schlage ein«, das eine aus den Kämpfen gegen den Kapp-Putsch an der Ruhr 1920, das andere aus der bayerischen Revolution 1919 entstanden ist. 1923 wurde »Das ist die Rote Garde«, ein Lied der Mailänder Streikenden von 1919, in der Bearbeitung Alfred Kurellas, zur Hymne der »proletarischen Hundertschaften«, ebenso wie »Hunger in allen Gassen«, basierend auf einem Soldatenlied, und »Die Rote Garde nennt man uns«, basierend auf der Melodie eines sehr alten Volksliedes, das um 1900 in das Repertoire der Arbeiter*innen aufgenommen wurde (siehe insbesondere die Lieder des Roten Frontkämpferbundes, Nr. 8 in der Reihe Das Lied im Kampf geboren).

329 M. Uhlemann, Arbeiterjugend gegen Cuno und Poincaré, S. 39

Organisation der Massen sein, beschäftigt sich mit der Freizeitgestaltung junger Arbeiter*innen, Sport, Gesang, Theater, Wandern, animiert Chöre und Sprechchöre, vervielfältigt »Kundgebungen« und spektakuläre »Aufmärsche«, bemüht sich, die verfügbaren jungen Arbeiter*innen oder Arbeitslosen zu gruppieren und sie zu Kämpfer*innen und Kadern für die Partei zu machen. Ein kommunistischer Jugendkongress ist an sich schon ein echtes Spektakel, wie Manfred Uhlemanns Beschreibung der Eröffnungsfeier des 7. KJD-Kongresses am 31. März 1923 in Chemnitz zeigt:

»Schon die Eröffnungsfeier des Reichskongresses im Chemnitzer Marmorpalast zeigte, welches Feuer in den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen, die aus allen Teilen Deutschlands zusammengekommen waren, brannte. Begrüßt von dem Proletariat der Industriestadt zogen die Delegationen mit ihren Kampfliedern, die roten Fahnen schwingend, in den festlich geschmückten großen Saal. Nach dem Triumphmarsch aus der Oper ›Aida‹, der ›Robespierre-Ouverture‹, der Rezitation von Gorkis ›Sturmvogel‹ und dem Vortrag des ›Fahneneides der Roten Soldaten‹ durch den Sprechchor der Chemnitzer Kommunistischen Jugend sangen alle Versammelten stehend die Internationale. (...) Mit dem Gesang des Rotgardistenmarsches begrüßten die Versammelten den Vertreter der Kommunistischen Jugendinternationale.«³³⁰

Für die Partei sind die kommunistische Jugend sowohl eine Grundschule als auch eine höhere Schule: Sie nehmen Jugendliche, manchmal sogar Kinder, auf, und sehr junge Menschen fanden dort ihre Ausbildung als Leiter*innen. Arbeiter*innen oder Gymnasiast*innen traten mit sechzehn oder sogar fünfzehn Jahren ein – wie Albert Norden.³³¹ Junge Leute, die das zwanzigste Lebensjahr noch nicht erreicht hatten, übernahmen Verantwortung auf lokaler oder regionaler Ebene: Der Maurer Fritz Grosse ist mit siebzehn Jahren Sekretär des Erzgebirge-Vogtland-Kreises³³², der Metallarbeiter Häbich war achtzehn Jahre alt, als er verantwortlich für die KJ der Stadt Frankfurt ist³³³, und der Student Franz Rotter (genannt »Krause«) war siebzehn, als er Sekretär des Bezirks Baden wurde.³³⁴ Ein solches System ermöglichte die frühe Entdeckung von Talenten, den raschen Aufstieg begabter junger Arbeiter*innen in der Hierarchie und eine erste Einarbeitung in Verantwortlichkeiten und Leitungsaufgaben, die in der »Erwachsenen«-Organisation nicht unmittelbar möglich wären: Der junge Werkzeugmacher Anton Saefkow trat mit siebzehn Jahren in die Jugend ein, mit neunzehn in die nationale Leitung und mit einundzwanzig in den Zentral-

330 Ebenda, S. 67-68.

331 Weber, Die Wandlung, II S. 236.

332 Ebenda, S. 144.

333 Ebenda, S. 147.

334 Ebenda, S. 194.

ausschuss.³³⁵ 1922 half er bei einer totalen Erneuerung der nationalen Leitung: Die Generation, die während des Krieges und der Nachkriegszeit von Willi Münzenberg geformt worden war – Menschen, die jetzt zwischen zwanzig und dreißig Jahre alt waren –, trat in die Reihen der Partei ein und übernahm direkt wichtige Aufgaben: das war der Fall für Heilmann, für Otto Unger, für Leo Flieg.³³⁶ Eine neue Generation erreichte Leitungspositionen auf nationaler Ebene: Fritz Gäbler, bis Mai 1923 Vorsitzender der KJ, war 26 Jahre alt, sein Nachfolger Heinz Pütz 25, Conrad Blenkle, der Sekretär, war 23 Jahre alt, Hermann Jakobs, Redakteur der Jungen Garde, der Mann der Linken, war 1922 21 Jahre alt.³³⁷ Die Jugend war zahlenmäßig viel kleiner als die Partei, spielte aber dennoch eine wichtige Rolle, weil sie als Kadenschmiede für sie diente.

Wirkung und Einfluss

Der Einfluss und die Wirkung der Partei sind nicht leicht zu messen. Die Zahl der bei Wahlen erhaltenen Stimmen lässt nur ein Verhältnis zwischen der Zahl der Aktivist*innen und der Zahl der Wähler*innen erkennen, das in einigen Regionen das Verhältnis von eins zu zwanzig oder sogar vierzig übersteigt. Aber man müsste auch die Zahlen der Wähler*innen und den Prozentsatz der kommunistischen Stimmen bei den Wahlen zu den Betriebsräten, bei den Gewerkschaftskampfabstimmungen haben, um ein Verhältnis zu ermitteln, das der Realität nahe kommt.

Die Presse ist einer der Hauptträger des Einflusses der Partei und ihre Auflage liefert wertvolle Hinweise, aber sie leidet während dieser Periode, bedingt durch die Krise und den Preisanstieg, unter enormen Schwierigkeiten. So konnte »Die Rote Fahne« 1922 ihre Abonnent*innenzahl erheblich steigern und ihre Auflage verdoppeln, vergrößerte aber gleichzeitig ein Defizit, das sie anfangs nicht kannte.³³⁸ Die Partei verfügte insgesamt über 38 Tageszeitungen – 17 davon sind eigentlich nur Regionalausgaben – die zusammen 338.626 Abonnent*innen hatten.³³⁹ Alle werden vom Pressedienst der Zentrale beliefert, geben die gleichen Leitartikel wieder und verwenden die gleichen Depeschen. Die theoretische Zeitschrift der Partei, »Die Internationale«, hatte nur 3.000 Abonnent*innen, das für die Gewerkschaftsfraktionen bestimmte Organ, »Der Kommunistische Gewerkschafter«, hatte 38.000, die Frauen-

335 Ebenda, S. 267.

336 Ebenda, S. 157, 329 und 121.

337 Ebenda, S. 130, 250, 78 und 171.

338 Der Monatsbeitrag – der einzig mögliche in dieser Situation – war in einem Jahr von 10 auf 300 Mark gestiegen (Pieck, a.a.O., S. 624).

339 Ebenda Im Jahrbuch für Politik-Wirtschaft Arbeiterbewegung 1922-1923 spricht Pieck von 33 Zeitungen mit 395.000 Abonnent*innen. Die wichtigsten Parteizeitungen sind die »Hamburger Volkszeitung«, das »Ruhr-Echo« aus Essen, »Klassenkampf« aus Halle, »Der Kämpfer« aus Chemnitz, der Volkswille aus Suhl, die »Sozialistische Republik« aus Köln, die »Bergische Volksstimme« aus Remscheid, und die zahlreichen »Arbeiterzeitung.«

wochenzeitung »Die Kommunistin« 29.000, die Zeitschrift für die Bäuerinnen und Bauern »Der Pflug« hatte 5.000 Abonnent*innen – sie wurde 1922 eingestellt – und das Mitteilungsblatt für kommunale Angelegenheiten, »Kommune«, hatte 4.500. Die Zeitschriften für Kinder – »Das proletarische Kind« – und für Jugendliche – »Der junge Genosse«, der eine Auflage von 30.000 Stück hatte – hatten nicht die gleiche Zielsetzung wie »Die Junge Garde«, die Agitationszeitung des KJD.³⁴⁰

Ein weiteres Instrument des Einflusses der Partei sind ihre gewählten Vertreter*innen. Im Reichstag hat sie nur vierzehn Abgeordnete, zwölf sind zur gleichen Zeit wie Levi ausgetreten und haben sich wie er geweigert, ihre Mandate zurückzugeben, aber die Mehrheit wurde unter dem Etikett der Unabhängigen Partei gewählt, vor der Geburt der vereinigten Partei, die sie im Prinzip vertreten.³⁴¹ Sie zählt sechsund-siebzig Abgeordnete in den verschiedenen Landtagen, 12.014 Gemeinderät*innen in vierhundertzwanzig Städten, hält die absolute Mehrheit in achtzig Gemeinderäten und eine relative Mehrheit in einhundert-siebzig weiteren.³⁴² Alle gewählten Abgeordneten, die streng kontrolliert werden, die – in der reinen sozialdemokratischen Tradition – einer strengen »Fraktionsdisziplin« unterworfen sind, sind gleichzeitig Propagandist*innen und Agitator*innen durch ihre Interventionen in den gewählten Versammlungen und unermüdliche Akquisiteur*innen, die danach streben, für ihre Partei die Unterstützung der Arbeiterklassen zu gewinnen, zu deren Sprecher*innen sie sich machen.

Was die KPD in den Gewerkschaften betrifft, hört sie nicht auf zu wachsen. Sie spielt weiterhin eine Rolle in Gewerkschaften, die nicht Mitglied im ADGB sind, wie die Gewerkschaft der Hand- und Kopfarbeiter*innen, die im September 1921 aus dem Zusammenschluss der aus den Ruhrstreiks von 1919 hervorgegangenen Freien Arbeiter*innen-Union (Gelsenkirchen) und der kleinen »Gewerkschaft der Hand- und Kopfarbeiter« entstand: Sie hatte damals etwa 80.000 Mitglieder, vor allem an der Ruhr und in Oberschlesien, und suchte vor allem die gemeinsame Aktion mit dem ADGB. Trotz des starken »syndikalistischen« Einflusses, den sie erfahren hatte, wurde die Union von Kommunist*innen geleitet und folgte im Großen und Ganzen der Parteilinie.³⁴³ Im Jahr 1922 trat sie der Roten Gewerkschaftsinternationale bei. Der Zentralverband der Schiffszimmerer hat seine organischen Verbindungen mit der KPD und der Internationalen in ihre Statuten geschrieben.³⁴⁴ Die Seeleutegewerkschaft, die ausgehend von den Häfen und Docks erobert wurde, war ebenfalls eine »rote«, der RGI anhängende Gewerkschaft, deren Führer der Kommunist Wal-

340 Corr. Int., Nr. 81, 25 Oktober 1922, S. 624.

341 R. Fischer, a.a.O., S. 220. [deutsche Ausgabe, S. 272]

342 Pieck, a.a.O., S. 624.

343 Raase, a.a.O., S. 22, Fn. 34.

344 Ebenda S. 98. [Dort ist allerdings nur die Rede davon, dass die Generalversammlung der Gewerkschaft im Mai 1921 mehrheitlich »die Schmähung der Kommunistischen Internationale und der KPD« aus einem Antrag gestrichen hat.]

ter war.³⁴⁵ Zu diesen Organisationen müssen die wichtigen, von der »freien« Zentrale ausgeschlossenen Arbeiter*innensektoren mit ihren Leiter*innen hinzugezählt werden, wie die 6.000 Bauarbeiter*innen, die in Sachsen hinter Bachmann, Brandler und Heckert zurückblieben.³⁴⁶ Viel bedeutender sind die von den Kommunist*innen innerhalb der reformistischen Gewerkschaften erreichten Fortschritte. Trotz eines Systems der Bestimmung der Delegierten, das eine Prämie für die Mehrheit darstellt, sah man in allen Gliederungen wichtige revolutionäre Minderheiten sich organisieren und handeln, die von den Kommunist*innen animiert wurden und die sich in der Anwesenheit von Delegierten auf allen Kongressen widerspiegeln. Auf dem Reichskongress der ADGB im Jahr 1922 waren von den insgesamt 694 Delegierten 90 Kommunist*innen, davon 48 Metallarbeiter*innen.³⁴⁷ Trotz der Welle von Ausschlüssen, die auf die Kampagne für den offenen Brief vom Januar 1921 und dann auf die Märzaktion folgten, waren die Kommunist*innen in allen großen Gewerkschaften präsent und stark.³⁴⁸ So hatten sie 46 Aktivist*innen unter den 216 Delegierten auf dem Eisenbahner*innenkongress, 33 unter 305 auf dem Transportarbeiter*innenkongress, 41 unter 305 auf dem Kommunalarbeiter*innenkongress.³⁴⁹ Die Kommunist*innen hatten eine absolute Mehrheit in sechzig lokalen Gewerkschaftskommissionen, darunter mehrere in wichtigen Arbeiterzentren, Remscheid, Solingen, Hanau, u.a.³⁵⁰ Vierhundert von ihnen hatten zumindest auf der Ebene ihres Unternehmens gewerkschaftliche Verantwortung und ihre Kontrolle erstreckte sich auf 997 Gewerkschaftsorganisationen³⁵¹, darunter Organisationen der Metallgewerkschaften von Stuttgart, Hanau, Friedrichshafen.³⁵² Noch in deutlicher Minderheit, sind sie bereits Kandidat*innen für die politische Leitung der Gewerkschaften, die sie mit den reformistischen Führer*innen konkurrieren. Ihre aktivistische Aktion beschränkte sich nicht auf das Arbeiter*innenmilieu: Unter den Lehrer*innen kämpften sie, je nach örtlichen Gegebenheiten, entweder in der offiziellen Gewerkschaft

345 Weber, Die Wandlung, II, S. 336.

346 Bericht an den RGI-Kongress, Corr Int. 11. Oktober 1922.

347 Ebenda

348 F. Heckert, Corr Int. Nr. 75, 4. Oktober 1921 [muss wohl 1922 sein, die allererste Ausgabe der Corr. Int. erschien am 13. Oktober 1921], »das kommunistische Mitglied eines »Kerns« wurde einfach aus der Gewerkschaftsorganisation ausgeschlossen. In diesem Jahr hat der deutsche Gewerkschaftskongress die kommunistischen Fraktionen zwar nicht rechtlich, aber de facto anerkannt.«

349 Ebenda.

350 Bestimmte Positionen der Kommunist*innen in den Gewerkschaften beruhen auf der Popularität der Aktivist*innen und in gewisser Weise auch auf den örtlichen Gegebenheiten. So war Karl Rehbein in Hanau bereits Spartakist, als er zum Sekretär der Metallgewerkschaft gewählt wurde. Er behielt diese Verantwortung bis 1933, insbesondere in der Zeit von 1929 bis 1933, als er mit der KPD brach und zur sozialdemokratischen Partei zurückkehrte. Nach Dachau deportiert, von allen Parteien, auch der KPD, zum »Vater der Stadt« ausgerufen, wurde er bis zu seinem Tod zum Bürgermeister gewählt. Eine ähnliche Position vertrat in Offenbach der Kommunist Heinrich Galm, der Sohn eines alten sozialdemokratischen Aktivisten und Sprechers der Lederarbeiter*innen.

351 R. Fischer, a.a.O., S. 223. [dt. Ausg. S. 272]

352 Weber, a.a.O. in II, S. 254 und 295.

oder in den Sektionen einer unabhängigen »Union«, rekrutierten Schullehrer*innen, Gymnasiallehrer*innen oder sogar Universitätsprofessoren³⁵³ – die bekanntesten waren der Philosoph Korsch und der Althistoriker Arthur Rosenberg³⁵⁴ – und übten einen realen Einfluss unter den Assistent*innen aus, aus denen einige Hauptamtliche, wie der Veteran Richard Sorge, stammten.³⁵⁵ Nach vielen Anstrengungen gelang es ihnen schließlich, die politische Arbeit im studentischen Milieu zu entwickeln und dort Kerne aufzubauen, die Kostufra (kommunistische Studentenfraktionen), die auch Kader für die Jugend und die Partei stellten.³⁵⁶

Letztere unternahm große Anstrengungen, das politische Niveau ihrer Aktivist*innen anzuheben. Die Organisationen, auf allen Ebenen, trafen sich mindestens einmal pro Woche, und es gab häufig Vollversammlungen. Ab 1921 wurde systematisch eine Arbeit für die theoretische und praktische Ausbildung der Aktivist*innen, die Schulung der Kader, entwickelt. 1922 wurden zwei zentrale Schulungen abgehalten, eine von drei Monaten, die andere von einem Monat, und sie wurden von vierundsiebzig Aktivist*innen besucht, die auf Vorschlag der Bezirke ausgewählt wurden. Sieben von ihnen hatten eine eigene »Aktivist*innenschule« eingerichtet, und vier Wanderlehrer*innen bedienten die Kurse, die unter den gleichen Bedingungen von sechzehn Bezirken organisiert wurden, die nicht die Mittel hatten, selbst Lehrer*innen für diesen Unterricht zu stellen.³⁵⁷ 1923 gelang es ihm trotz allerlei Schwierigkeiten, einen zweimonatigen Kurs in Jena zu veranstalten, an dem zweiunddreißig vom Zentralausschuss bestimmte deutsche Schüler*innen, alle mit aktivistischer Erfahrung, und vierzehn ausländische Aktivist*innen teilnahmen.³⁵⁸

353 1924 führte Ausländer die »Reichsfraktion kommunistischer Lehrer" (ebenda, II, S. 64).

354 Ebenda, S. 192 und 269.

355 Chatel und A. Guérin, *Camarade Sorge*, S. 10.

356 Weber, a.a.O., S. 194, 171 und 233.

357 Pieck, *Corr. Int.*, Nr. 81 [25. Oktober 1922], S. 624. [Wilhelm Pieck, *Die Kommunist. Partei Deutschlands seit dem 3. Weltkongress*, *Inprekorr*, Nr. 216, 9. November, S. 1505-1508, hier S. 1507] Der Leipziger Parteitag beschloss, Abendkurse von allen Parteioorganisationen organisieren zu lassen (*Bericht... III*, 8, S. 4291).

358 G[eorges] Schumann, »L'École communiste de Iéna« *Corr Int.* no. 74, 18. September 1923, S. 561. [Georg Schumann, *Erziehung von Parteiarbeitern. Die Parteischule der KPD in Jena*, *Inprekorr*, Nr. 144, 10. September, S. 1251 f.] Das Programm dieser dreimonatigen Kurse war ausgefüllt: Der ökonomische Teil umfasste vorkapitalistische Wirtschaftsformen, die [Wert-,] Mehrwert- und Produktionspreistheorien, [Monopol-]Kapitalismus und Imperialismus, die Weltwirtschaftslage (Krieg, Krisen, Valutaprobleme, das reformistische und kommunistische Programm). Der historische Teil umfasste das Studium der Geschichte des Kommunismus und der proletarischen Kämpfe bis zum 19. Jahrhundert, der Arbeiter*innenbewegung von 1800 bis 1914, der Gründung der KPD, der Kommunistischen Internationale, der revolutionären Bewegung in Russland und der Entwicklung Sowjetrusslands. Der politische Teil, der wichtigste, hatte als Kapitelüberschriften: marxistische Gesellschaftslehre, Machteroberung, Arbeiter*innenregierung, proletarische Diktatur. Der Teil mit der Bezeichnung »kommunistische Praxis« schließlich umfasste »Spezialgebiete«: organisatorische Arbeiten der Partei, Betriebsräte und Kontrollausschüsse, Genossenschaften, Reichs- und Landesparlament, Gemeindeparlamente, Zeitungswesen, Jugendbewegungen usw. Die Schüler*innen hatten dreißig Stunden Unterricht pro Woche, davon vier am Vormittag und zwölf Stunden praktische Arbeit in kleineren Gruppen. Die Explosion des Cuno-Streiks brachte den Kurs abrupt zum Stillstand, da die Studenten darauf bestanden, auf ihre Posten zurückzukehren.

Dieses zusammenfassende Bild erzwingt mehrere Bemerkungen. Erstens: Die Parteipresse wird außerhalb ihrer Reihen kaum gelesen. Besonders deutlich wird das Phänomen in Rheinland-Westfalen, wo es 52.000 Aktivist*innen und neun Tageszeitungen gibt, die zusammen nur eine Auflage von 64.000 Exemplaren erreichen.³⁵⁹ Die Leitung ist sich dieser Unzulänglichkeit bewusst. Um diese zu kompensieren, verteilt sie regelmäßig »zentrale« Flugblätter, deren Echo – allein durch die Tatsache, dass sie verteilt werden – schwer zu messen ist. Insgesamt gab sie im Laufe des Jahres 1922 dreizehn dieser Flugblätter im Rahmen ihrer Kampagnen heraus, wobei die Auflagen zwischen 1.400.000 und 4 Millionen Exemplaren variierten. Im September 1922 erzwang der Anstieg der Papierpreise eine Reduzierung der Auflage, die nun zwischen 500.000 und 1.400.000 Stück schwankte.³⁶⁰ Das ist letztlich sehr wenig, wenn man bedenkt, dass nicht jedes verteilte Flugblatt unbedingt gelesen wird; man muss zugeben, dass die schriftliche Propaganda der Kommunist*innen nur einen kleinen Teil der deutschen Arbeiter*innen erreicht. Flugblätter und Zeitungen sind eher Organisationsinstrumente für Aktivist*innen und enge Sympathisant*innen als Werkzeuge für allgemeine Agitation und Propaganda.

Weitere Bemerkungen drängen sich zum Thema Schulung und Bildung von Aktivist*innen auf. Die Zahl der Aktivist*innen, die in einem Jahr an Schulungen in zentralen Schulen der Partei teilgenommen haben, ist äußerst gering: 74, für eine Partei mit 250.000 Mitgliedern. Ebenso wird die theoretische Zeitschrift der Partei trotz des Interesses, das sie für Kommunist*innen darstellt, wenig gelesen: nur einer von hundert Aktivist*innen abonniert sie. Dies ist zweifellos eine Bestätigung für die überwiegend aus der Arbeiter*innenklasse stammende Zusammensetzung der Partei, aber es ist auch ein Hinweis auf eine Tatsache, die die Leiter*innen manchmal erwähnen, nämlich die geringe Anzahl politisch gebildeter Kader, die in der Lage sind, Polemiken auf hohem theoretischen Niveau zu verfolgen, inmitten einer großen Masse von Anhänger*innen, die sich nicht sehr für theoretische Diskussionen interessieren und die sich in internen Debatten damit begnügen, ihre Leiter*innen zu imitieren, die auch ihre Organisator*innen und ihre Führer*innen im täglichen Kampf sind.³⁶¹

Obwohl zahlenmäßig die Kommunistische Partei Deutschlands die größte kommunistische Partei der Welt außerhalb Russlands ist, scheinen ihre Aktivist*innen in der Arbeiter*innenklasse relativ isoliert zu sein: eine kohärente und aktive Minderheit, gewiss, aber eine, deren Einfluss sich unter politisch organisierten Arbeiter*innen nur dort zu vervielfachen scheint, wo Kommunist*innen zu Organisatoren

359 Stoecker, a.a.O., S. 347. Der Zentralausschuss vom 16. Mai 1923 befasste sich mit der Notwendigkeit, die Zahl der Leser*innen zu erweitern (Die Rote Fahne, 17. Mai 1923).

360 R. Fischer, a.a.O., S. 220. [deutsche Ausgabe, S. 268]

361 Charakteristisch ist, dass die »Tendenzen« eine klare territoriale Basis haben: Von Ausnahmen abgesehen richtet sich jeder Bezirk nach seinen Leiter*innen aus.

oder Führer*innen von Gewerkschaftskämpfen geworden sind. Die Persönlichkeiten zählen enorm: Im Alltag, also in der Praxis des Klassenkampfes, ist der Einfluss der Partei vorhanden, viel mehr als in der Weltanschauung und in der Hebung des Bewusstseinsniveaus, was die Bildung zahlreicher Arbeiter*innenkader erfordert, wie das bolschewistische Beispiel gezeigt hat. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, stellt die Taktik der Arbeiter*inneneinheitsfront einen Faktor des Fortschritts und sogar an sich eine qualitative Veränderung dar: Die von ihnen geleistete Arbeit macht kommunistische Aktivist*innen zu organisierenden Kadern der Arbeiter*innenklasse, während sie bis dahin nur intelligente Kommentator*innen oder anscheinend systematische Kritiker*innen waren. Die sozialdemokratische Wiedervereinigung, die Rückkehr der Unabhängigen in das alte Haus, in vielerlei Hinsicht negativ für die Kommunist*innen, sind aus dieser Sicht günstig für sie: Die Unabhängigen sind es gewohnt, gemeinsame Aktionen mit ihnen durchzuführen und sind weit davon entfernt, ihnen systematisch feindlich gesinnt zu sein. Innerhalb der neuen vereinigten sozialdemokratischen Partei bilden sie eine Brücke zur Masse der sozialdemokratischen Arbeiter*innen, einen Hebel für die Einheitsfront, deren erste Schritte nur durch die Sammlung von organisierenden Kadern von außerhalb der KPD möglich sein werden: In der Tat ist es nur die Existenz eines konsequenten linken Flügels in der sozialdemokratischen Partei³⁶², die es den Kommunist*innen erlauben wird, ihrer neuen zentralen Losung, der »Arbeiter*innenregierung«, ein konkretes Aussehen zu verleihen.

362 Dieser linke Flügel entwickelte sich vor allem in Sachsen. In der Region Zwickau, um Max Seydewitz und insbesondere den alten Textilarbeiter*innenführer Georg Graupe, hatte er eine solide Arbeiter*innenbasis (Krusch, a.a.O., S. 95-97). Noch heute unterscheiden die Historiker*innen der DDR zwischen zwei Strömungen der sozialdemokratischen Linken, der »sächsischen« Linken Zeigners, Graupes, Seydewitz usw. und der Levis und Dissmanns, die sie als »falsche Linke« betrachten.

Kapitel XXXIII: Die Arbeiter*innenregierung

Die Forderung nach einer Einheitsfront der Arbeiter*innenorganisationen im Kampf gegen den Kapitalismus und seine Regierung ist nicht denkbar, ohne Perspektiven für die Regelung der Machtfrage zu eröffnen. Die Diktatur des Proletariats bleibt natürlich das Endziel, aber auf dem Weg dorthin erscheint die Losung der Arbeiter*innenregierung als die Krönung der Einheitsfrontstrategie.

In Deutschland stellt sich das Problem sogar in Bezug auf parlamentarische Mehrheiten, was eine ernsthafte Schwierigkeit in Bezug auf die Staatstheorie und die traditionelle Feindschaft der Kommunist*innen zum Parlamentarismus darstellt. Zusammen sind Kommunist*innen, Unabhängige und Sozialdemokrat*innen in mehreren Landtagen nicht weit von einer absoluten Mehrheit entfernt, und eine solche ist nach allgemeinen Wahlen zum Reichstag selbst keineswegs ausgeschlossen. Wenn die Kommunistische Partei das Spiel der gemeinsamen Aktion spielt, kann sie ihre Unterstützung oder sogar ihre Beteiligung an Regierungen mit einer sozialistischen Führung unter Ausschluss der Vertreter*innen der bürgerlichen Parteien nicht verweigern, in dem Maße, indem diese sich die Verwirklichung der im Programm der Arbeiter*inneneinheitsfront enthaltenen Forderungen als Programm geben würden. Die Frage, die im März 1920 von Legien nach dem Kapp-Putsch aufgeworfen und schließlich ohne wirkliche Debatte beiseite geschoben wurde, taucht, als Folge der Wende, die die Internationale 1921 vollzog, wieder auf.

Der Programmentwurf

Die Zentrale denkt, dass der Augenblick gekommen ist, ein Programm für die Partei zu erarbeiten, das sich aus den Erfahrungen der Jahre des Kampfes seit der Verabschiedung des Spartakusprogramms durch den Gründungskongress nährt. Eine spezielle Kommission wird mit der Ausarbeitung des Entwurfs beauftragt: Sie setzt sich aus Brandler, Wilhelm Koenen, Ludwig, Clara Zetkin und Thalheimer zusammen.³⁶³ Ihre Arbeit wurde dem Zentralausschuss am 15. und 16. Oktober 1922 vorgelegt, der sie mit 24 gegen 23 Stimmen – denen der Mitglieder der Linken, die sie als opportunistisch und revisionistisch beurteilten – annahm und beschloss, sie der Kommunistischen Internationale zur Diskussion vorzulegen.³⁶⁴

363 [»Tagung des Zentralausschusses«] Die Rote Fahne, 20. Oktober 1922 [Morgen-Ausgabe, S. 3].

364 H. J. Krusch, Um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung, S. 38.

Der Programmentwurf stellt sich unter das Zeichen der unmittelbar bevorstehenden Revolution und Machtergreifung:

»Der Kommunismus ist nicht mehr nur Sache der Ankündigung und der fernen Zukunft.

Er ist Tat und Gegenwart.

Sein Reich hat bereits begonnen«³⁶⁵

Unter diesem Gesichtspunkt muss die russische Erfahrung als Leitfaden dienen:

*Die Oktoberrevolution »ist zugleich, in all ihren Stadien, ein Schatzhaus politischer Strategie, eine lebendige Quelle revolutionärer Energie, ein Arsenal von Erfahrungen des sozialistischen Aufbaues.«*³⁶⁶

Für die Autor*innen des Entwurfs endete die Periode des Aufstiegs des Kapitalismus endgültig mit dem Übergang des Kapitalismus von seiner vormonopolistischen Phase zu seiner gegenwärtigen imperialistischen Phase. Die historische Bedeutung der russischen Revolution besteht darin, den einzigen Weg der Rettung für die vom Imperialismus mit Barbarei bedrohte Menschheit aufzuzeigen: den Sozialismus. Im Kampf für den Sozialismus ist es die Arbeiter*innenklasse, die die revolutionäre Klasse darstellt; sie ist daher die Klasse, die den Kampf aller Ausgebeuteten gegen das kapitalistische Regime anführen muss. Die Rolle der Kommunist*innen besteht darin, die Arbeiter*innenklasse mit dem Ziel zu führen, ihre Front gegen die Bourgeoisie zu vereinigen, denn, wie das Kommunistische Manifest bereits andeutete: Die *»Kommunisten haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen«*³⁶⁷: sie bilden nur dessen Vorhut, deren Aufgabe es ist, die Mehrheit des Proletariats für den Kampf für den Kommunismus zu gewinnen. Die Kommunist*innen müssen für die Eroberung der Massen kämpfen, ohne eines der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu vernachlässigen:

*»Um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, muss die Kommunistische Partei alle Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie ausnutzen (Parlamente, Gemeinde, Verwaltungen usw.). Sie muss trachten, die Massenorganisationen des Proletariats (Gewerkschaften, Genossenschaften) zu erobern, um diese Organisationen umzuformen aus Trägern der bloßen Reformen in die breiten Sturmkolonnen, die die Bourgeoisie stürzen.«*³⁶⁸

365 Inprekorr, [Nr. 95] 7. Oktober 1922, [»Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Entwurf«, S. 1297[-1308].

366 Ebenda, S. 1307. [tats. S 1301]

367 [Ebenda, S. 1304. Das Zitat im Zitat ist aus dem Kommunistischen Manifest, Marx Engels Werke, Band 4, S. 474]

368 Ebenda, S. 1305.

Das Ziel der Kommunist*innen ist es, das Proletariat zur Errichtung seiner Diktatur auszubilden und eine »*einheitliche sozialistische Räterepublik*« in Deutschland aufzubauen.³⁶⁹ In der Periode, in der der unmittelbare Kampf um die Räte-Macht nicht auf der Tagesordnung steht – das ist in Deutschland 1922 und praktisch seit der Niederlage vom Januar 1919 der Fall –, besteht die Aufgabe der Kommunist*innen darin, für die Umgestaltung des Kräfteverhältnisses zu kämpfen, um die Bedingungen für diesen Kampf von neuem zu schaffen. Das ist der Gegenstand dessen, was der Programmentwurf, eine Brandler lieb gewordene Idee aufgreifend, die »Übergangsmaßregeln" nennt, die die Kommunist*innen ausarbeiten und einführen müssen. »*Dabei ist anzuknüpfen an diejenigen Teilkämpfe und Teilziele, die der Lage der breiten Massen entsprechen und die der Reife ihres Verständnisses naheliegen.*«³⁷⁰ Er präzisiert:

»In dem Zeitabschnitt, wo die selbständige Massenbewegung des Proletariats eine bestimmte Höhe und Breite erreicht hat, wo ihr Gegensatz zur Bourgeoisie und der mit ihr verbündeten Arbeiterführer sich vertieft, wo sie aber in ihrer Mehrheit noch nicht bereit ist, den Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu sprengen, ist die Forderung der Arbeiterregierung das geeignete Mittel, um eine neue Etappe der Loslösung der proletarischen Massen von der Bourgeoisie und einen neuen höheren Ausgangspunkt für ihre Bewegung in der Richtung der proletarischen Diktatur zu erreichen.«³⁷¹

Dieser politischen Etappe der Losung der Arbeiter*innenregierung müssen Übergangsforderungen entsprechen, die sowohl definieren, was ihr Programm sein muss, als auch, was die arbeitenden Massen durch ihren eigenen Kampf vor der Diktatur des Proletariats erkämpfen müssen: Erfassung der Sachwerte und Mehrheitsbeteiligung des Staates an allen Betrieben, Syndizierung oder Vertrustung der Betriebe unter Arbeiter*innenkontrolle unter ausschlaggebender Mitwirkung von Betriebsräten, Aufhebung des Bank-, Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisses, Errichtung eines staatlichen Lebensmittelmonopols und Einrichtung einer Rationierung unter Arbeiter*innenkontrolle, Errichtung eines staatlichen Außenhandels- und Bankmonopols unter Arbeiter*innenkontrolle, die insbesondere von den Bankangestellten ausgeübt wird.³⁷² Diese Maßnahmen, die die Organisation eines Staatskapitalismus darstellen, verlassen also nicht den kapitalistischen Rahmen, aber sie stellen einen mächtigen Faktor der Radikalisierung und Mobilisierung der Massen dar, während sie gleichzeitig den Widerstand der Bourgeoisie wecken, was wiederum den Weg zum Bürgerkrieg öffnet. Der Programmentwurf präzisiert:

»Im Verlaufe dieser Kämpfe wird die Arbeiterregierung daher im Interesse ihrer Selbsterhaltung gezwungen sein, ihre zwiespältige, in sich widerspruchsvolle politi-

369 Ebenda, S. 1306.

370 Ebenda, S. 1307.

371 Ebenda

372 Ebenda.

sche Form aufzuheben, die bürgerliche Staatsmaschine auch formell zu zerbrechen, und die Arbeiterräte zu Trägern der gesamten Staatsmacht zu machen.»³⁷³

Vertiefung oder Revision?

Am 10. Oktober, am Vorabend des Zentralausschusses, erhielt die KPD-Leitung einen Brief der Exekutive, in dem klar die Frage der Arbeiter*innenregierung gestellt und konkrete Antworten gefordert wurden. Die Exekutive schlug vor, die von der ADGB geforderte Erfassung der »Goldwerte«, die alle Kräfte der Arbeiter*innenklasse vereinen könnte, zum zentralen Ziel ihres Kampfes zu machen. Aber gleichzeitig forderte sie ihn auf, in seinem Wahlkampf die Perspektive einer Arbeiter*innenregierung zu eröffnen, die aus Vertreter*innen der Arbeiter*innenparteien und -gewerkschaften gebildet wird und die diese Forderung in ihr Programm aufnähme. Die Exekutive schätzte ein, dass die Kommunistische Partei bereit sein sollte, eine solche Regierung zu unterstützen, wenn diese sich auch verpflichtete, für die Entwaffnung der konterrevolutionären bewaffneten Gruppen und die Reorganisation der Reichswehr unter gewerkschaftlicher Kontrolle zu arbeiten.³⁷⁴

Die Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands blieb sehr zurückhaltend, und nicht nur ihr linker Flügel.³⁷⁵ Bald wird die durch den Rücktritt des Kabinetts Wirth ausgelöste Ministerkrise die Frage konkret stellen. Die Sozialdemokratische Partei kämpfte für eine »große Koalition«; die bürgerlichen Parteien der Mitte wurden durch eine Ausweitung der Koalition nach rechts in Versuchung geführt. Die Zentrale verfasste einen Aufruf an die deutschen Arbeiter*innen, in dem sie erklärte, dass keine Arbeiter*innenpartei die Verantwortung übernehmen könne, auch nur indirekt zum Eintritt der Männer der Großindustrie und der Banken in die Regierung beizutragen. Gleichzeitig schlägt sie ein Kampfprogramm vor, das die Erfassung der Sachwerte, den Schutz des Achtstundentages, des Streik- und Koalitionsrechts, die Entwaffnung und Auflösung bewaffneter konterrevolutionärer Formationen, die Bildung des Selbstschutzes der Arbeiter*innen, die Reinigung der Verwaltung, der Schutzpolizei, der Justiz und der Armee von all ihren monarchistischen und konterrevolutionären Elementen beinhaltet. Sie präzisiert, dass die Verwirklichung eines solchen Programms auf keinen Fall das Werk einer aus parlamentarischen Kombinationen hervorgegangenen Regierung sein könne, sondern nur einer Regierung, die sich auf *»die geschlossene außerparlamentarische Macht des Proletariats«*³⁷⁶ stützt. Die

373 Ebenda.

374 Text auf Russisch, I.M.L., Moskau, Nr. 495/103/24; [rück]übersetzt und zitiert von A. Reisberg, »Zur Genesis der Losung Arbeiterregierung.« BzG, Nr. 6, 1965, S. [1025-1038, hier S.] 1031.

375 A. Reisberg (a.a.O., S. 1034) erwähnt die Befürchtungen Ernst Meyers, sich auf dem Weg zur »loyalen Opposition« wiederzufinden.

376 »Arbeiter, löst die Krise!« Die Rote Fahne, 25. Oktober 1921 [Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2, hier Spalte 2].

Mehrheitler*innen und die Unabhängigen – die sich ins Visier genommen fühlten und die Kommunist*innen an die Wand drücken wollten – fragten daraufhin die KPD, inwieweit sie bereit wäre, in eine »rein sozialistische Regierung« einzutreten: Sie erhielten eine negative Antwort und brachen die Diskussionen sofort ab.³⁷⁷

Die kommunistischen Führer*innen wurden sich jedoch des widersprüchlichen Charakters ihrer Position bewusst, die die anderen Arbeiter*innenparteien zur Bildung einer Regierung aufforderte, an der sie sich von vornherein nicht beteiligen wollten. In einem Leitartikel in der Roten Fahne hieß es, dass die Kommunist*innen, die sich auf eine »loyale Opposition« zu einer »reinsozialistischen Regierung« beschränken müssten, bereit wären, ihre Haltung zu ändern, wenn diese ernsthaft den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen würde.³⁷⁸

Die Zentrale beschloss, die Frage in all ihren Aspekten zu studieren und dem Zentralausschuss Thesen zur Frage der Arbeiter*innenregierung vorzulegen, die vor der Sitzung in der Presse veröffentlicht werden sollten.³⁷⁹ Der vorgeschlagene Text geht von der Feststellung aus, dass es für das Proletariat unmöglich ist, den Kampf um die Macht aufzunehmen, ohne sich zuvor von »bürgerlich-demokratischen Illusionen« zu befreien. Aus diesem Blickwinkel nähert sie sich der Bedeutung der Losung der Arbeiter*innenregierung. Die Thesen spiegeln alle vergangenen und gegenwärtigen Widersprüche wider, die auf der Partei lasten, ihr Hin- und Hergerissenheit zwischen einerseits ihrer früheren Verurteilung der Erklärung der loyalen Opposition und der immer noch realen Gefahr eines Kompromisses mit den Führer*innen der sozialdemokratischen Rechten, und andererseits der anscheinenden Logik, die von der Strategie der Einheitsfront der Arbeiter*innenorganisationen zur Parole der Regierung eben dieser Arbeiter*innenorganisationen für die Verwirklichung der Forderungen dieser Einheitsfront führt. Diese Widersprüche spiegeln sich in sorgfältig abgewogenen Behauptungen wider, dass die Rolle einer Arbeiter*innenregierung die »eines Schutzwalles der Bourgeoisie gegen die proletarischen Massen«³⁸⁰ sein könnte, und diese andere, wonach sie in der Lage wäre, der Vorherrschaft der Monopole ein Ende zu setzen und somit einen Schritt nach vorn in einer Situation darstellen würde, in der die Diktatur des Proletariats und die Macht der Räte nicht auf der Tagesordnung stehen. Die Schlussfolgerung ist daher vorsichtig: Die Kommunist*innen werden sich der Bildung rein sozialistischer Regierungen nicht widersetzen und sie

377 Nach dem Bericht Ernst Meyers an den ZA vom 16. und 17. November, I.M.L.-Z.P.A., 2/8/1 und 2/8/2, S. 15 ff, zitiert bei Reisberg, Lenin und die Aktionseinheit, S. 109.

378 [Ernst Meyer, Zur Regierungsbildung in Deutschland] Die Rote Fahne, 26. Oktober 1921 [Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 - Seite 2, Spalte 2, auch Inprekorr, Nr. 15, S. 122 f. Tatsächlich schreibt Meyer nicht von einer »loyalen Opposition«, sondern einer »loyalen Unterstützung«, nimmt dabei Bezug auf die Tolerierungen in Sachsen und Thüringen und kritisiert die SPD, weil sie Vergleichbares auf Reichsebene ablehnt].

379 Ebenda, 12. November 1921 [»Das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu sogenannten sozialistischen Regierungen«, hier zitiert nach Dok. u. Mat. VII/2, S. S. 604-610].

380 Ebenda [S. 608]

sogar erleichtern, insofern diese Bildung zum Teil von ihnen abhängen wird. Sie werden vorbehaltlos sozialistische Regierungen im Rahmen der Länder als Mittel zur Mobilisierung der Massen unterstützen:

»Wenn es von den Kommunisten abhängt, ob eine rein bürgerliche, eine Koalitionsregierung oder eine rein ›sozialistische Regierung‹ gewählt wird, so werden sie die Wahl der rein ›sozialistischen Regierung‹ erleichtern. Sie werden sich verpflichten, diese zu unterstützen bei allen Maßregeln, die im Interesse der Arbeiterklasse liegen.«³⁸¹

Aber die Thesen schließen die Beteiligung der Kommunist*innen an solchen Regierungen kategorisch aus, da sie der Meinung sind, dass *»sozialistische Regierungen‹ nur dann diese revolutionierende Rolle spielen [können], wenn die Kommunisten außerhalb dieser bleiben, ihnen kritisch, vorwärtstreibend gegenüberstehen.«³⁸²*

Da würde noch einmal der Anstoß von der Exekutive kommen. Am 7. November widmete Radek dieser Frage einen Artikel in der »Roten Fahne«, in dem er die großen Linien einer Kampagne zur Bildung einer Arbeiter*innenregierung in Deutschland skizzierte. Diese letzte Losung ist nach ihm *»der einzig mögliche, der einzig reale Weg zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die Idee der proletarischen Diktatur.«* Die Kommunist*innen müssen zu diesem Zweck ein »Übergangsprogramm« ausarbeiten, das dazu dienen kann, die Massen von der Verteidigung ihrer unmittelbaren Interessen zum Verständnis der Notwendigkeit des Kampfes um die Macht zu erheben. In einer solchen Perspektive ist die Arbeiter*innenregierung die Krönung des Bauwerks: Sie stellt für Radek *»die Konkretisierung der Taktik des offenen Briefes«* in einer neuen Situation und auch *»die Durchführung der Losung des Dritten Weltkongresses: Heran an die Massen!«³⁸³* dar. Am 10. November richtete er einen Brief an die Zentrale, in dem er die seiner Meinung nach schematischen Vorstellungen angriff, die den dem Zentralausschuss vorgeschlagenen Thesen zugrunde lagen. In dem Maße praktisch, indem es klar ist, dass der Übergang von der gegenwärtigen Lage zur Diktatur des Proletariats nicht ohne eine Übergangsperiode erfolgen kann, scheint es ihm notwendig zu sein, zuzugeben, dass die Arbeiter*innenregierung den besten Übergang, die Zwischenstufe zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der des Proletariats darstellt. Die Verteidigung der Losung der Arbeiter*innenregierung durch die kommunistischen Parteien widerspricht in keiner Weise ihrem Endziel einer Räterepublik, sondern stellt im Gegenteil das Mittel dar, sich diesem Ziel zu nähern und es vorzubereiten. Es geht nicht nur darum, dass die Kommunistische Partei die Bildung einer Arbeiter*innenregierung ermöglicht, sondern dass sie ihr ganzes Gewicht einsetzt, um dieses Ziel zu erreichen. Die Partei muss sich daher im Voraus

381 Ebenda [S. 609]

382 Ebenda [S. 608]

383 [»Die Aufgaben des Zentralausschusses der Partei«] Die Rote Fahne, 16. November 1921. [1. Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 3, hier S. 1, Spalte 3]

verpflichten, die von ihr geforderte Arbeiter*innenregierung loyal zu unterstützen. Weitergehend wandte sich Radek gegen die in den Thesen der Zentrale zum Ausdruck kommende Auffassung, wonach sich die Kommunistische Partei unter keinen Umständen an einer Arbeiter*innenregierung beteiligen könne. Er schreibt:

»Die Kommunistische Partei kann jeder Regierung angehören, die gewillt ist, mit dem Kapitalismus ernst zu kämpfen. (...) Die Kommunistische Partei ist kein prinzipieller Gegner der Teilnahme an einer Arbeiterregierung. Sie steht auf dem Boden der Räteregierung, aber das besagt mit keinem Wort, auf welchem Wege die Arbeiterklasse zur Räteregierung gelangt ..., ob die Kommunistische Partei sich an einer solchen Regierung beteiligen würde, würde abhängen von der konkreten Situation ...«³⁸⁴

Er lädt die deutsche Partei ein, Thesen zu erarbeiten, die nicht *»neun Zehntel nein«* lauten, und eine positive Antwort auf diese Frage zu geben, nicht *»ein Wiederkaufen alter Prinzipien und Bedenken«*, sondern indem man einen neuen Schritt nach vorne macht:

»Er kann nur darin bestehen, dass die Masse sieht, dass wir die Dinge ändern wollen auf dem Wege, der jetzt möglich ist, d. h. nicht durch die Propaganda dessen, was uns jetzt von ihnen trennt, sondern durch das Erfüllen und Ausführen dessen, was die Massen als einen möglichen Weg aus dieser Situation halten.«³⁸⁵

Radek präzisiert, dass er in persönlicher Eigenschaft schreibt, da er Sinowjew, der abwesend ist, nicht konsultieren konnte, aber dass er dieses Problem mit Lenin in Anwesenheit Piecks, Heckerts und Brandlers besprochen hat: Lenin hat es gebilligt, mit dem Vorbehalt, dass er schlecht informiert ist und keine gegenteiligen Argumente gehört hat.³⁸⁶

Es war schließlich Radeks Position, die die Zentrale vor dem Zentralausschuss³⁸⁷ verteidigte, wo sich eine lebhafte Diskussion entwickelte, die insbesondere durch die Opposition Ruth Fischers angeregt wurde. Diese kritisierte energisch die Konzeption, die darin bestand, für wirtschaftliche Forderungen zu kämpfen, und stellte ihr die Notwendigkeit einer politischen Kampagne für eine *»sozialistische Regierung«*, die sie als Synonym für die Diktatur des Proletariats betrachtete, entgegen:

»Weil wir heute nicht sagen können Räterepublik, und auch nicht sagen können politische Räte, müssen wir die kommunistisch-politischen Forderungen verkleiden in der Form der Arbeiterregierung, die sachlich dasselbe tun müsste.«³⁸⁸

384 I.M.L.-Z.P.A., 2/8/1; S. 32 a, b, c, zitiert von Reisberg, a.a.O., S. 115. [auch Reisberg, »Zur Genesis«, S. 1036]

385 Ebenda, S. 116.

386 Ebenda.

387 Reisberg, a.a.O. S. 117.

388 I.M.L.-Z.P.A., 2/8/1, S. 204, zitiert von Reisberg, a.a.O., S. 118.

Die neue Resolution der Zentrale, die die Losung der Arbeiter*innenregierung festlegte, wurde mit 31 zu 15 Stimmen angenommen: Sie legte den Akzent auf die Notwendigkeit der Unterstützung, erwähnte aber nicht die mögliche Beteiligung.³⁸⁹ In der Tat wurde die Wendung vollzogen. Am 8. Dezember 1921 entwickelt das Rundschreiben Nr. 2 der Zentrale die Losung, wie sie von nun an in die Gesamtheit der Propaganda und Agitation der Partei integriert wird:

»Der Drang nach der Einheitsfront muss seinen politischen Ausdruck in einer sozialistischen Arbeiterregierung finden, der die Koalitionsregierung gegenüberzustellen ist. (...) Die KPD muss den Arbeitern sagen, dass sie bereit ist, das Zustandekommen einer sozialistischen Arbeiterregierung mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu fördern, dass sie bereit ist, auch in eine solche Regierung einzutreten, wenn sie die Gewähr haben wird, dass diese Regierung im Kampf gegen die Bourgeoisie die Interessen und Forderungen der Arbeiterschaft vertreten, die Sachwerte erfassen, die Kapp-Vertreter verfolgen, die revolutionären Arbeiter aus dem Gefängnis befreien wird usw. ...«³⁹⁰

Von diesem Zeitpunkt an wurde die Losung aufgegriffen von den streikenden Eisenbahner*innen, vom nationalen Kongress der Betriebsräte, überall von kommunistischen Aktivist*innen als die konkrete Krönung, die Übersetzung der Einheitsfrontstrategie auf die Regierungsebene, das Äquivalent der bolschewistischen Losung von 1917 vom Bruch der Koalition mit der Bourgeoisie.

Das Problem der sozialistischen Landesregierungen

Die Kommunist*innen legen jedoch großen Wert darauf, zu betonen, dass für sie die Arbeiter*innenregierung auf außerparlamentarischen Klassengrundlagen beruhen muss und nicht auf einer einfachen parlamentarischen Koalition. Ihnen stellt sich dann das konkrete Problem, wie sie sich zu verhalten haben, wenn die Arbeiter*innenparteien die absolute Mehrheit in einem Landtag erlangen. Soll einer »rein sozialistischen« Regierung, die auf der Grundlage der Ergebnisse demokratischer Wahlen gebildet wurde, aber ohne das Auftreten von Arbeiter*innenräten, zu denen eine Arbeiter*innenregierung führen sollte, der Status einer Arbeiter*innenregierung verweigert werden? Soll man solche Regierungen unterstützen oder nicht? Wie kann man in den Augen der Arbeiter*innen – vor allem derjenigen, die sozialistische Regierungen wollen – eine Weigerung rechtfertigen, für eine solche Regierung zu stimmen, die die sozialdemokratische Partei in einer Koalition ipso facto ablehnt oder sogar die Macht an die bürgerlichen Parteien zurückgibt? Die Frage stellt sich sehr genau in Sachsen und Thüringen.

³⁸⁹ [Zur politischen Lage ...] Die Rote Fahne, 22. November 1921 [a.a.O.].
³⁹⁰ I.M.L.-Z.P.A., 3/1/25, S. 51-52, zitiert von Reisberg, »Zur Genesis«, S. [1037-]1038.

Bereits im November 1920 hatten die Wähler*innen Sachsens eine »Arbeiter*innen«-Mehrheit in den Landtag geschickt: 49 Arbeiter*innenabgeordnete, von denen 27 Mehrheitler*innen waren, 13 Unabhängige und 9 Kommunist*innen, gegen 47 Abgeordnete der bürgerlichen Parteien.³⁹¹ Die linken Sozialdemokrat*innen hatten daraufhin eine Koalitionsregierung der drei Arbeiter*innenparteien vorgeschlagen, aber die KPD hatte dies abgelehnt mit der Begründung, die Erfahrung habe sie seit 1918 gelehrt, dass »eine sogenannte sozialistische Regierung nichts anderes sein kann als die Geschäftsführerin der Kapitalistenklasse.«³⁹² Da sie jedoch darauf bedacht war, nicht für eine Rückkehr der bürgerlichen Parteien in die Landesregierung verantwortlich zu erscheinen, ließ sie gleichzeitig ihre Abgeordneten für einen sozialistischen Ministerpräsidenten stimmen.³⁹³ Die Lage war umso unangenehmer, als die sächsische sozialdemokratische Regierung ihre Ablehnung der von der KPD geforderten »arbeiterpolitischen« Maßnahmen klar zum Ausdruck gebracht hatte³⁹⁴, die damit wissentlich ihre Stimmen einem Gegner des Einheitsfrontprogramms gegeben hatte.

Die Frage stellte sich im Juni 1921 noch einmal in viel schärferer Form, als die KPD vor der Alternative stand, entweder für die von der sozialdemokratischen Regierung vorgeschlagenen und von ihr missbilligten wirtschaftlichen Maßnahmen zu stimmen, um die Sozialdemokrat*innen an der Macht zu halten, oder aber deren Regierung zu stürzen und damit dem Landtag den Weg zur Bildung einer Regierung zu öffnen, deren Politik noch reaktionärer sein würde.³⁹⁵ Die Zentrale und der Zentralausschuss waren uneins, ohne im Verlauf der Diskussionen, in denen Ernst Meyer gegen Walcher opponierte, der eine »bedingte Unterstützung« favorisierte, zu einer Entscheidung zu kommen.³⁹⁶ Am Ende waren es die kommunistischen Abgeordneten des Sächsischen Landtages, die die Frage durch die Rettung der sozialdemokratischen Regierung entschieden.³⁹⁷

Im September 1921 stellte sich das Problem bei den Wahlen zum Thüringer Landtag genauso wie in Sachsen, indem sie den drei Arbeiter*innenparteien die absolute Mehrheit gaben. Die Unabhängigen schlugen die Bildung einer Arbeiter*innenregierung vor. Das Polbüro beschloss, dass die kommunistischen Abgeordneten für einen sozialdemokratischen oder unabhängigen Ministerpräsidenten stimmen würden, und dass sie jede »Arbeiter«regierung »bei konsequenter proletarischer Politik« unter-

391 Krusch, a.a.O., S. 65.

392 Zitiert von Böttcher, »Sozialdemokratisch-kommunistische Regierung?« Die Internationale, Nr. 21, [14. Mai] 1922. [S. 471-476, hier] S. 472.

393 Die Rote Fahne, 9. und 10. Dezember 1920.

394 Reisberg, »Zur Genesis ...« S. 1031.

395 Ebenda, S. 1032.

396 I.M.L.-Z.P.A., 3/1, S. 62 und 2/7, S. 172, 194, zitiert ebenda, S. 1032.

397 Reisberg, S. 1033.

stützen sollten.³⁹⁸ Die Zentrale und dann der Zentralausschuss billigten dies, aber es war notwendig, diesen Standpunkt gegen den heftigen Widerstand der Leiter*innen des thüringischen Bezirks aufrechtzuerhalten, die sich weigerten, die Politik ihrer sozialdemokratischen Gegner*innen zu unterstützen, indem sie ihnen zur Regierung verhalfen.³⁹⁹ Diese Politik wurde von der Linken heftig bekämpft, für die sie einen ersten Schritt in Richtung eines neuen Revisionismus darstellte, einen Rückfall in die opportunistische Auffassung vom parlamentarischen Weg zum Sozialismus. Die Zentrale und die Mehrheit der Leitung gehen in ihren Perspektiven tatsächlich weiter, denn W. Tür kann in Inprekorr schreiben:

»In Deutschland ist die Arbeiterregierung voll realisierbar. Im Reichstag haben die Arbeiterparteien zwar keine Mehrheit: sie könnten aber mit Unterstützung der Massen regieren, und eine Auflösung, gefolgt von Neuwahlen, würde ihnen sicher eine Mehrheit verschaffen.«⁴⁰⁰

Die Wahlen zum Sächsischen Landtag 1922 machten eine prinzipielle Haltung zwingend notwendig. Von den 96 gewählten Mitgliedern waren 19 Deutschnationale, 19 Volksparteiler*innen und 8 Demokrat*innen, also 46 bürgerliche Abgeordnete. Die Sozialdemokrat*innen hatten 1.000.000 Stimmen und 40 Abgeordnete, und die Kommunist*innen 10 Gewählte mit 268.000 Stimmen.⁴⁰¹ Die Kommunist*innen und die Sozialdemokrat*innen hatten zusammen eine absolute Mehrheit. Unter dem Druck ihres linken Flügels, angeführt von Dr. Erich Zeigner und dem Gewerkschafter Georg Graupe, bot die Sozialdemokratische Partei die Bildung einer Regierung mit der KPD an, die deren Verwirklichung in ihr Programm aufgenommen hatte.⁴⁰²

Die Frage wurde in den Fluren und Kommissionen des Vierten Kongresses der Internationale erbittert diskutiert. Nachdem eine Agenturmeldung verkündet hatte, dass die sächsische Regierung umgebildet worden sei und Brandler ihr beigetreten sei, traf sich die deutsche Delegation und Thalheimer erklärte, dass dies eine richtige und notwendige Entscheidung sei. Die Linke protestierte. Achtundvierzig Stunden später erfuhr man, dass es sich nur um den möglichen Eintritt der Kommunist*innen in die sächsische Regierung handelt. Die Diskussion wurde fortgesetzt: Diesmal war bekannt, dass die Sozialdemokrat*innen Punkt 7, die Bewaffnung der Arbeiter*innen, und Punkt 10, den Kongress der sächsischen Betriebsräte, hartnäckig ablehnten. Thalheimer und Ernst Meyer schlugen vor, dass die Kommunist*innen ohne diese beiden Bedingungen in die Regierung eintreten sollten; Ulbricht erklärte sogar, dass in Thüringen die Parole *»Bewaffnung der Arbeiter«* sinnlos sei, da jeder Arbei-

398 I.M.L.-Z.P.A., 3/1/5, S. 11, zitiert nach Reisberg, S. 1033.

399 Ebenda, 3/1/5, S. 25, 26, zitiert nach Reisberg, S. 1033.

400 W. Tür, Corr Int. no. 94, 6. Dezember 1922, S. 716.

401 R. Wagner, »Der Kampf um die proletarische Einheitsfront und Arbeiterregierung in Sachsen unmittelbar nach dem VIII. Parteitag der KD« (1), BzG, Nr. 4, 1963, S. 650.

402 W. Tür, a.a.O., S. 716.

ter sein eigenes Gewehr habe.⁴⁰³ Die Delegation beschloss gegen die vier Stimmen der Linken, die Punkte 7 und 10 aufzugeben und eine sozialistisch-kommunistische Regierung zu bilden. Da griffen die Russ*innen ein: Einen ganzen Abend lang argumentierten sie gegen Thalheimer und die deutsche Mehrheit. Lenin, Trotzki, Radek, Sinowjew sind sich einig: Es kommt nicht in Frage, in diesem Punkt nachzugeben, und es ist notwendig, an der Annahme strenger Bedingungen festzuhalten, weil man sich sonst entwaffnen würde. Die Deutschen gaben schließlich nach.⁴⁰⁴

Die deutsche Leitung – bestehend aus etwa zwanzig Aktivist*innen, unter ihnen die wichtigsten⁴⁰⁵ – spielte das Spiel gemäß der von den Russ*innen aus Moskau herausgeholtene Entscheidung. Sie akzeptierte im Prinzip, stellte aber Bedingungen für das Programm: Versorgung der Nicht-Besitzenden mit billigen Lebensmitteln und Vorräten, Beschlagnahme von leerstehenden oder unzureichend belegten Wohnungen zugunsten schlecht untergebrachter Arbeiterfamilien, Verkürzung des Arbeitstages auf acht Stunden, Einleitung der Arbeitspflicht für alle zwischen achtzehn und achtundfünfzig Jahren, Amnestie für politische Gefangene, außer für Konterrevolutionär*innen, Auflösung der »Technischen Nothilfe« (einer Streikbrecher*innenorganisation), Organisation der Arbeiter*innenselbstverteidigung, Kampf gegen die Reaktion, beginnend mit der Säuberung der Verwaltung, zwingende Bestätigung der vom Landtag beschlossenen Gesetze durch den sächsischen Betriebsrätekongress, gemeinsame nationale Kampagne für eine Arbeiter*innenregierung im Reichsmaßstab. In Übereinstimmung mit der Meinung der Exekutive macht die Kommunistische Partei diese Bedingungen zu einem Minimum und weist darauf hin, dass acht der von ihr vorgeschlagenen Punkte bereits im Programm der sächsischen Gewerkschaften des ADGB stehen.

Die Sozialdemokrat*innen akzeptieren alle Bedingungen bis auf die vorletzte.⁴⁰⁶ Die Anerkennung der Betriebsräte als für die Gesetzgebung zuständig würde der so gebildeten Arbeiter*innenregierung ein »sowjetisches« Aussehen verleihen, das mit der Verfassung unvereinbar schien. Da die Kommunist*innen hartnäckig blieben, scheiterte sie, und die Sozialdemokrat*innen bildeten allein eine Minderheitsregierung um den Ministerpräsidenten Buck und Richard Lipinski, in der der Vorsitzende der Linken, Dr. Erich Zeigner, das Justizressort übernahm. Die Mäßigung des vom Kabinett vorgeschlagenen Programms brachte ihm die Enthaltung einiger Abgeordneter aus dem Zentrum ein, die zahlenmäßig ausreichten, um seine Einsetzung zu gewährleisten. Die Aussicht auf eine Arbeiter*innenregierung in Sachsen wurde vorübergehend ausgeschlossen.

403 Die Lehren (Fischer), S. 50.

404 Ebenda (Sinowjew), S. 64-65.

405 Sinowjew, ebenda, S. 64, spricht von zwanzig Führer*innen, »die autoritative Vertretung«, die damals in Moskau anwesend waren.

406 W. Tür, Corr. Int. Nr. 94, 6. Dezember 1922, S. 716.

Politische Science Fiction?

Ende 1922 erschien in Moskau »Von der NEP zum Sozialismus«, ein Werk Eugen Preobraschenski, der gerade ein entscheidendes Jahr lang Sekretär der bolschewistischen Partei gewesen war. Eine wissenschaftliche Popularisierung, die den Sinn und die Erfordernisse der Neuen Ökonomischen Politik erklären soll, ist es zugleich ein Versuch, sie in die Perspektive der Weltrevolution zu stellen: Das letzte Kapitel ist der deutschen Revolution gewidmet.

Als sich die Krise des Kapitalismus verlängerte, war eine erste Periode durch das gekennzeichnet, was Preobraschenski »*elementare Auseinandersetzung der Arbeiterklasse mit dem System des Staatskapitalismus*«⁴⁰⁷ nannte, in dem sie die Parolen der Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Bergwerke und anderer Schlüsselsektoren der Wirtschaft aufstellte. Parallel kam die Idee einer Arbeiter*innenregierung ins Spiel. Der Arbeiter-Professor Minajew, Autor der von Preobraschenski erdachten und bereits zu Beginn dieses Buches zitierten historischen Vorträge von 1970, erzählt in diesen Worten den Beginn der deutschen Revolution:

Die »Arbeiterregierungen [entstanden] unter einer bürgerlichen Mehrheit in den Parlamenten, wobei sich in Deutschland dieser Übergang über den Weg des Kampfes des Proletariats mit der bornierten Reaktion abspielte. Hier entstand die sogenannte Doppelherrschaft, d.h. die Macht der Arbeiterorganisationen auf der einen Seite und die rein formale Macht des Reichstages auf der anderen. In der Zeit der größten Teuerung, der Krise und der stärksten Unruhen innerhalb der Arbeiterklasse, die sich in Demonstrationen, Zusammenstößen mit Polizei und Reaktionären und Generalstreiks äußerten, als es schien, dass der deutsche Kapitalismus bis auf die Grundfesten erschüttert sei, hielt es der Reichstag für gut, sich mit der Mehrheit der bürgerlichen Stimmen für die Schaffung einer Arbeiterregierung zu entscheiden und ihr das Vertrauen auszusprechen. Diese Regierung, in der natürlich die Scheidemannleute die führende Rolle spielten, war faktisch sehr schnell nicht mehr dem Reichstag verantwortlich, sondern der Sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftszentrum.«⁴⁰⁸

Die so gebildete Arbeiter*innenregierung würde jedoch nicht das Proletariat, sondern nur dessen bürokratische Führungen repräsentieren und in Wirklichkeit den letzten »*Schützengraben der bürgerlichen Gesellschaft im Kampf mit der wirklichen Arbeitermacht, die aber noch nicht hereingebrochen war*«, darstellen.⁴⁰⁹ Die Bourgeoisie rechnete damit, um ihren Gegenangriff vorzubereiten, vor allem, indem sie sich auf die entschlossenen faschistischen Banden stützte; andererseits erwartete sie eine schnelle Desillusionierung der Arbeiter*innenklasse:

407 [Preobraschenski, UdSSR 1975 ..., S. 122 f.]

408 Preobraschenski, De la NEP au socialisme, S. 114. [a.a.O. ..., S. 124 f.]

409 Ebenda, S. 114-115. [a.a.O., S. 125]

Die »Arbeiterparteien an der Macht konnten im Sinne einer realen Verbesserung der Lage der Arbeitermassen nichts tun, sie kompromittierten sich und die Idee der Arbeiterregierung, bis der Augenblick der Rückkehr der rein bürgerlichen Regierung an die Macht gekommen war.«⁴¹⁰

Und doch war es das gegenteilige Ergebnis, das sich auf der Grundlage der Elemente, die diese Berechnung ermöglicht hatten, einstellte:

»Die an der Macht befindlichen Reformisten hatten sich tatsächlich in den Augen der Arbeitermassen sehr schnell kompromittiert. (...) Sehr schnell machten die Massen, die den Scheidemannleuten folgten, ihren Führern den Vorwurf, dass sie nichts taten und nichts tun wollten, um Druck auf die Bourgeoisie auszuüben und einen Übergang zum wirklichen sozialistischen Aufbau einzuleiten. Diese Massen begannen schnell die Reformisten zu verlassen und zu den Kommunisten überzugehen.«⁴¹¹

Die an der Macht befindliche Arbeiter*innenregierung wurde von der Bourgeoisie verhöhnt, die zu bekämpfen sie sich weigerte: Die Wirtschaftskrise verschärfte sich, die Klassenkämpfe intensivierten sich und die nach links gerückten Massen verlangten zunehmend energisches Handeln von ihren Führer*innen. Die Hauptfolge des Machtantritts und der anschließenden Ohnmacht der Arbeiter*innenregierung war die Krise in den Reihen der Sozialdemokrat*innen. Der Dozent von 1970 analysiert es so:

»Im Allgemeinen bildeten sich unter den Reformisten, einschließlich ihrer Untergruppierungen, drei Strömungen. Die erste war für Sabotage des Kampfes gegen den Kapitalismus und dafür, den Arbeitern entschiedenes Handeln auszureden. Die zweite Strömung war für die Verwirklichung aller akuten Maßnahmen, die gegen die besitzenden Klassen und gegen Anarchie in Produktion und Verteilung gerichtet waren. Aber diese Gruppe hoffte, die besitzenden Klassen zu überreden, ohne Kampf abzutreten. Die dritte Gruppe schließlich war offen enttäuscht vom Reformismus und ging mit schnellen Schritten auf eine Vereinigung mit den Kommunisten zu. Zu den beiden ersten Gruppen gehörte fast die ganze Gewerkschafts- und Parteibürokratie der Reformisten, aber auch fast die gesamte reformistische Intelligenz, während es die erdrückende Mehrheit der einfachen Massen der reformistischen Parteien und Gewerkschaften zur letzten Gruppe hinzog. Dieser Umschwung nach links trat besonders offen bei allen regulären Neuwahlen in den Gewerkschaften und zu den Räten der Arbeiterdeputierten zutage.«⁴¹²

Seit die Arbeiter*innenparteien an die Macht gekommen waren, hatten sich überall Arbeiter*innenräte gebildet, die fest in der Hand reformistischer Mehrheiten

410 Ebenda, S. 115. [a.a.O., S. 125]

411 Ebenda, S. 115. [a.a.O., S. 125 f.]

412 Ebenda, S. 116-117. [a.a.O., S. 127]

waren. Der Kampf bestand darin, die Reformist*innen aus der Arbeiter*innenbewegung selbst zu verdrängen. Wenn die Kommunist*innen die Mehrheit in einem Sowjet ergriffen, gingen sie zur Aktion über, verdrängten die örtlichen Munizipalitäten, erließen Gesetze über Wohnungswesen und örtliche Besteuerung, führten einen Arbeitsdienst ein. Es ist die Gesamtheit dieser Maßnahmen, die von den lokalen und bald auch regionalen Sowjets beschlossen wurden, die die Bourgeoisie zur Kraftprobe und zum Beginn des Bürgerkriegs zwingen sollte. Er wird heftig sein, beginnend mit dem bewaffneten Aufstand der Arbeiter*innen in den Städten, fortgesetzt mit der Eroberung, Schloss für Schloss, Landgut für Landgut, des ländlichen Deutschlands. Aber der deutsche Bürgerkrieg wird auch das Signal für die französisch-polnische Intervention und für einen europäischen Krieg sein, der zugleich ein Bürgerkrieg sein wird, da sich überall Proletarier*innen zur Verteidigung der deutschen Arbeiter*innen gegen ihre eigene Bourgeoisie erheben werden.⁴¹³

Preobraschenskis Aufsatz zeigt, wie die verantwortlichsten Bolschewiki erwarteten, dass sich ihre Perspektiven »zu Ende der zwanziger Jahre«⁴¹⁴, mit einer Verzögerung von sechs bis sieben Jahren, verwirklichen würden, und auf welche Entwicklungen sie im Voraus Parolen wie die der Arbeiter*innenregierung abstimmten. Es bleibt die Tatsache, dass ihre Einschätzung des Tempos der europäischen Revolution bei weitem nicht einhellig war und dass sie in mancher Hinsicht übermäßig pessimistisch und sogar von jenem »Opportunismus« geprägt erscheinen konnte, den die Linke den Russ*innen damals gerne vorwarf.

Das Problem des Tempos

Es ist in der Tat die Frage der Verzögerung, in der sich die Linken und ihre bolschewistischen Gegner*innen in der Internationale gegenüberstehen. In den Spalten des »Bolschewik« gegen den Österreicher Friedländer polemisierend wagte Trotzki zu diesem Punkt eine Prognose, und zwar gerade am Ende des Jahres 1922. Für ihn konnten allein die inneren Faktoren, der Zerfall der deutschen Wirtschaft, die Fortschritte der Kommunistischen Partei, den Beobachter optimistisch stimmen und den Beginn entscheidender Kämpfe in relativ kurzer Zeit, weniger als ein Jahr, voraussehen lassen. Aber er rechnet mit Verzögerungen:

Es ist »ganz klar, dass die Drohung einer militärischen Okkupation vom Westen her so lange einen hemmenden Einfluss auf die Entwicklung der deutschen Revolution ausüben wird, bis die Kommunistische Partei Frankreichs zeigt, dass sie fähig und bereit ist, eine solche Gefahr zu paralysieren.«⁴¹⁵

413 Ebenda, S. 118-119. [a.a.O., S. 128 f.]

414 Ebenda, S. 114. [a.a.O., S. 124]

415 »Demain«, Friedländer-Trotzki-Korrespondenz, Corr Int. 96, 13. Dezember 1922, S. 735. [Leo Trotzki, »Politische Perspektiven«, in ders., Grundfragen der Revolution, Verlag der Kommunistischen Inter-

Das bedeutet nicht, dass die deutsche Revolution nicht vor dem Sturz der »imperialistischen und aggressiven« Regierungen Frankreichs, Italiens und Großbritanniens ausbrechen wird, aber es widerspricht Friedländers Prognose, dass die Revolution in Deutschland unmittelbar bevorsteht. Trotzki erklärt:

»Es liegt also schwerlich ein Grund zu der kategorischen Behauptung vor, die proletarische Revolution in Deutschland würde siegen, bevor noch die inneren und äußeren Schwierigkeiten in Frankreich zu einer Regierungs- und Parlamentskrise geführt hätten.«⁴¹⁶

Unter diesen Bedingungen müssen sich die deutschen Kommunist*innen vor »revolutionärem Radikalismus" und »Linksradikalismus" hüten, die nach Trotzki nur »Pessimismus und Misstrauen" verdecken:

»Für uns ist die Bourgeoisie kein Stein, der einfach in den Abgrund stürzt, sondern eine lebendige, geschichtliche Kraft, die kämpft, manövriert, bald ihren rechten, bald ihren linken Flügel vorschiebt, Erst dann, wenn wir alle Mittel und Methoden der bürgerlichen Gesellschaft politisch erfassen lernen, um auf sie jedes Mal ohne Schwanken und Zögern zu reagieren, erst dann wird es uns gelingen, uns dem Zeitpunkt zu nähern, wo wir mit einer einzigen sicheren Bewegung die Bourgeoisie tatsächlich in den Abgrund schleudern.«⁴¹⁷

Diese alte Diskussion, die bei Trotzki und den russischen Führer*innen erneute Ängste zum Ausdruck bringt, die durch die Erfahrungen der letzten Jahre genährt wurden, drückt auch einen gewissen Optimismus aus, als ob das Proletariat am Ende allein die Mittel besäße, den vorzeitigen Schock zu vermeiden. Im gleichen »Bolschewik« versucht Radek, die Ungeduld zu zügeln, die im Proletariat und in der deutschen Partei unter der Last einer immer schwieriger werdenden materiellen Situation zum Ausdruck kommt. Ihre Verschärfung, schreibt er, darf die Kommunist*innen nicht ihre Ziele aus den Augen verlieren lassen, die Etappe, die die Machtergreifung vorbereiten wird und über die sie nicht springen können:

»Die Kommunistische Partei darf nicht vergessen, dass sie noch nicht die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse repräsentiert und dass es ihre unmittelbare Aufgabe ist, diese Mehrheit und neue Positionen im Hinblick auf den kommenden Angriff zu erobern. (...) Sie muss sich sowohl dem Putschismus als auch der Passivität widersetzen.«⁴¹⁸

Wenige Tage später warf die Besetzung des Ruhrgebiets durch französisch-belgische Truppen die Perspektiven beider Seiten über den Haufen.

nationale. Auslieferungsstelle für Deutschland: Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8, 1923, S. 447-456, hier S. 452]

416 Ebenda, S. 736. [a.a.O., S. 453]

417 Ebenda, S. 736. [a.a.O., S. 456]

418 Corr. Int. Nr. 94, 6. Dezember 1922, S. 715.

Kapitel XXXIV: Ausarbeitung der Taktik

Der 4. Kongress der Kommunistischen Internationale wurde im November 1922 eröffnet. Zum ersten Mal seit ihrer Gründung scheint die Internationale in der Lage zu sein, eine Bilanz der Meinungsverschiedenheiten zu ziehen, die in den letzten drei Jahren in ihren Reihen entstanden sind; sechzehn Monate sind seit dem Wendepunkt des Dritten Kongresses vergangen, sechzehn Monate, die reich an Ereignissen und Lehren sind, gekennzeichnet durch wichtige Fortschritte, vor allem in Deutschland, aber auch durch die Bitterkeit der Kämpfe zwischen den Tendenzen. Alles lässt glauben, dass man wieder einmal am Vorabend großer Klassenkämpfe steht.

Radek redigiert für die Delegierten einige »vorläufige Bemerkungen«⁴¹⁹, in denen er die Bedeutung des Problems des Programms, wie es jetzt in der Internationale steht, unterstreicht. Für ihn haben die letzten Jahre den Kommunist*innen nun gezeigt, dass sie sich weder in ihrer Propaganda noch in ihrer allgemeinen Strategie mit globalen Analysen der Epoche zufrieden geben können:

»Die Ära der sozialen Revolution im Weltmaßstab, die wahrscheinlich mehrere Jahrzehnte andauern wird, verbietet es schon allein durch ihre Dauer, sich mit allgemeinen Perspektiven zufrieden zu geben. Sie stellt für die kommunistischen Parteien eine Reihe von konkreten Fragen, die sie bisher rein empirisch gelöst hatten. (...) Allen liegt die Frage des besonderen Charakters der gegenwärtigen Phase der Entwicklung der Weltrevolution zugrunde, die Frage, ob wir Übergangsforderungen aufstellen sollen, die in keiner Weise die Diktatur des Proletariats konkretisieren, wie z.B. die konkreten Forderungen des Spartakus-Programms, sondern die die Arbeiterklasse zum Kampf führen müssen, der erst nach seiner Vertiefung und Verallgemeinerung die Diktatur zum Ziel haben wird.«⁴²⁰

Die den Kommunist*innen durch ihre Erfahrung gestellten Hauptfragen sind seiner Meinung nach dreifach. Können Kommunist*innen Übergangsforderungen an bürgerliche Regierungen stellen, die nicht dem entsprechen, was sie selbst tun würden, wenn sie an der Macht wären? Welche Haltung sollten sie zu Fragen des

419 Diese Bemerkungen, die ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren, sollten dennoch im Bulletin Communiste, Nr. 14, 5. April 1923, S. 126-128, unter dem Titel »La question du programme de l'IC« erscheinen. [Der Text scheint nicht in anderen Sprachen veröffentlicht worden zu sein, z.B. John Riddell (Hg.): Toward the United Front. Proceedings of the Fourth Congress of the Communist International, 1922, Leiden-Boston 2012 führt nur diese französische Veröffentlichung auf.]

420 Ebenda, S. 126.

»Staatskapitalismus« einnehmen, ob sie nun aus monopolistischen Tendenzen oder aus dem Kampf der Arbeiter*innen gegen sinkende Löhne entstehen? Und schließlich, in welcher Form sollten neben den allgemeinen ökonomischen Forderungen nach dem Übergang zum Staatskapitalismus und der Arbeiter*innenkontrolle über die Industrie gleichwertige politische Übergangsforderungen aufgestellt werden, wie die nach einer Arbeiter*innenregierung?

Radek protestiert gegen die in der Internationale übliche Interpretation – und das ist auf dem Kongress die von Bucharin –, die diese Fragen auf die Diskussion der Taktik bezieht:

»Wir akzeptieren diese Antwort nicht. Eine solch klare Trennung zwischen Fragen der Taktik und Fragen des Programms war bisher eines der Merkmale des Opportunismus, der bereitwillig über die ›Reinheit‹ des Programms wachte, um sich auf dem Terrain der praktischen Arbeit allen möglichen Ramsch zu erlauben und so das Programm illusorisch und ohne Kraft zu machen.«⁴²¹

Er fordert deshalb vom Kongress eine klare Konzeption des spezifischen Charakters der allgemeinen Lage der Internationale in der gegebenen Periode, zwischen der zweiten und dritten Welle der Weltrevolution. In diesem Rahmen und auf dieser Grundlage schlägt er die Aufstellung eines »Übergangsprogramms« vor, durch die Festlegung von Losungen, die gleichzeitig Mittel zur Mobilisierung der arbeitenden Massen im Hinblick auf den Kampf für die Diktatur des Proletariats sind:

*»Die Weltrevolution kann nicht auf einen Schlag triumphieren. Wie langsam oder schnell die Entwicklung auch verlaufen mag, wir brauchen ein Übergangsprogramm. Die Aufgabe eines Programms ist es, eine Grenze zwischen den Bemühungen einer bestimmten Partei und allen anderen zu ziehen. Wir unterscheiden uns von allen Arbeiterparteien nicht nur durch die Losung von Diktatur und Räteherrschaft, sondern auch durch unsere Übergangsforderungen. Während die Forderungen aller sozialdemokratischen Parteien nicht nur auf dem Terrain des Kapitalismus zu verwirklichen sind, sondern auch dazu dienen, ihn zu reformieren, dienen unsere dem Kampf für die Eroberung der Macht durch die Arbeiter*innenklasse, für die Zerstörung des Kapitalismus.«⁴²²*

Die Tatsache, dass die russische Delegation nach einer ziemlich langen internen Debatte Radek gegen Bucharin unterstützte⁴²³, die Tatsache, dass Radek bei der Ausarbeitung der Resolutionen zu den so genannten taktischen Fragen, die vor allem

421 Ebenda, S. 127.

422 Ebenda, S. 128.

423 Siehe dazu die von Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek und Bucharin unterzeichnete Erklärung, in der die Vertagung der Entscheidung auf den nächsten Kongress gefordert wird, Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, S. 542.

Deutschland betrafen, die Hauptrolle spielte, erlaubt zu denken, dass die Exekutive schließlich in der Richtung, die er durch seine »Bemerkungen« vorgegeben hatte, an die Diskussion dieser Probleme herangegangen ist. Für sie alle steht in Deutschland die Weltrevolution auf der Tagesordnung. Sinowjew unterstrich dies noch einmal in seiner Eröffnungsrede:

»Wenn uns nicht alle Merkmale trügen, so führt der Weg der proletarischen Revolution von Russland durch Deutschland.«⁴²⁴

Die Debatten des 4. Kongresses

Für die Exekutive hat sich die Weltlage seit der Jahreswende 1920 nicht nennenswert verändert. In Radeks Bericht mit dem Titel »Die Offensive des Kapitals« heißt es:

»Das Charakteristische der Zeit, in der wir jetzt leben, ist, dass, obwohl die Krise des Weltkapitals nicht überwunden ist, dass, obwohl die Machtfrage objektiv immer noch das Zentrum aller Fragen ist, die breitesten Massen des Proletariats den Glauben daran verloren haben, dass sie in absehbarer Zeit die Macht erobern können. Sie sind in die Verteidigung gedrängt. (...) die Eroberung der Macht [steht] als momentane aktuelle Aufgabe nicht auf der Tagesordnung. (...) Die Rückzugsbewegung des Proletariats ist noch nicht zum Stillstand gekommen.«⁴²⁵

Es ist wieder einmal die Debatte über die Taktik, die die große Angelegenheit des Kongresses ausmachen wird. Ihr gingen lange vorbereitende Diskussionen voraus, sowohl in der Exekutive als auch in der Kommission: Scharfe Meinungsverschiedenheiten – die sich erst später eindeutig bestätigten⁴²⁶ – stellten Radek, Sinowjew und Bucharin einander gegenüber, die offenbar sensibel auf einige Argumente der deutschen Linken und insbesondere auf deren Interpretation der Losung »Arbeiterregierung« reagierten.

Es ist aber zweifellos die Leitung der deutschen Partei, die am stärksten auf die Einheitsfrontpolitik ausgerichtet ist. In ihrem Namen interveniert Meyer, um auf der Rolle der Vereinbarungen an der Spitze bei der Vorbereitung und Verwirklichung der Einheitsfront zu bestehen: Er unterstreicht, dass keiner der von der deutschen Partei in dieser Richtung erzielten Erfolge möglich gewesen wäre, wenn die Berliner Konferenz und die Gespräche zwischen den Führer*innen nicht den Weg dafür eröffnet hätten. Er tritt gegen die – in der Kommission von Sinowjew geäußerte, wie die Debatten des 5. Kongresses bezeugen werden – Meinung auf, wonach die Arbeiter*innenregierung nur ein »Pseudonym« der Diktatur des Proletariats darstellen würde, und erklärt:

⁴²⁴ Ebenda, S. 37.

⁴²⁵ Ebenda, S. 317-318 [Der Schluss des Zitats ist tatsächlich aus Radeks Schlusswort, a.a.O., S. 390].

⁴²⁶ Insbesondere im Verlauf des 5. Kongresses der KI

Die Arbeiter*innenregierung »ist zunächst eine Losung, die wir aufstellen, um die Arbeiter zu gewinnen und davon zu überzeugen, dass sich die proletarische Klasse im gemeinsamen Kampfe gegen die bürgerliche Klasse organisieren muss.«⁴²⁷

Ruth Fischer, die im Namen der Linken spricht, erwidert, dass die Einheitsfronttaktik nur die für die deutsche Bewegung charakteristischen Illusionen über die »Arbeitereinheit« verstärkt hat, und dass ihr Hauptergebnis in den letzten zwei Jahren darin bestand, die Unabhängigen in die Wiedervereinigung mit den Mehrheitler*innen zu drängen. Sie warf der deutschen Partei vor, im Laufe ihrer Kampagne nach der Ermordung Rathenaus ihre Fahne verdeckt und ihre revolutionäre Linie aufgegeben zu haben. Für sie bestand die sehr reale Gefahr der »Frisierung der Revolution« auf »westliche« Art⁴²⁸, wieder einen Weg einschlagen würde, der sie zurück in den Opportunismus und Parlamentarismus führen würde.

Radek hält angesichts der Kritik Ruth Fischers an der Erklärung der Einheitsfront fest, die er gegenüber Vandervelde entwickelt hat, und verteidigt die Richtigkeit seiner eigenen These vom Einheitskampf zur Verteidigung des »Stücks Brot«:

Wir »gehen in die Verhandlungen mit dem Bewusstsein, dass sie uns diesmal und auch das nächste Mal noch praktisch betrügen werden. Um nicht düpiert dazustehen, müssen wir das den Massen von vornherein sagen. Aber die Politik des Bruches sollen wir erst dann anfangen, wenn wir imstande sind, allein das zu tun, was sie mit uns zusammen nicht tun wollen.«⁴²⁹

In Bezug auf die Losung der Arbeiter*innenregierung kritisiert Radek auch Sinowjews Interpretation als bloße spanische Wand. Er bekräftigt, dass die Arbeiter*innenregierung in keiner Weise ein »sanftes Schlummerkissen« sein könne, und ruft aus:

»Die Arbeiterregierung ist nicht die Diktatur des Proletariats, das ist klar. Sie ist eine der möglichen Übergangspunkte zur Diktatur des Proletariats.«⁴³⁰

Er kritisiert den Purismus derjenigen, die den Parlamentarismus als ein Übel an sich betrachten, und behauptet, dass die Arbeiter*innenregierung ebenso aus dem Kampf der arbeitenden Massen außerhalb des Parlaments entstehen kann wie aus einer parlamentarischen Kombination zwischen Arbeiter*innenparteien nach einem Wahlerfolg. Geboren aus den Erfahrungen der Kämpfe im Westen, berücksichtigt die Losung der Arbeiter*innenregierung den Unterschied zwischen den westlichen Ländern, wo es Parteien gibt, an die die Arbeiter*innen gebunden sind, und Russland, wo die Mehrheit der Arbeiter*innen direkt für den Kommunismus gewonnen

427 Ebenda, S. 76.

428 Ebenda, S. 82.

429 Ebenda, S. 100.

430 Ebenda, S. 101.

werden konnte. Jedoch ist es notwendig zu verstehen, dass die Arbeiter*innenregierung keine Notwendigkeit, sondern nur eine historische Möglichkeit ist, was Radek mit seinem üblichen Humor zum Ausdruck bringt:

»Es wäre vollkommen unrichtig, es so darzustellen, dass die Entwicklung der Menschen vom Affen bis zum Volkskommissar obligatorisch durch die Phase der Arbeiterregierung gehen müsse [...] Aber diese Variante ist in der Geschichte möglich.«⁴³¹

Er verurteilt daher im Namen der Exekutive sowohl die Unnachgiebigkeit der Anhänger*innen des »Alles oder Nichts«, die die Arbeiter*innenregierung nur als Synonym für die Diktatur des Proletariats akzeptieren, als auch den Opportunismus und den Rückzug vor der Aktion derjenigen, die daraus »einen Fallschirm« machen wollen. Nach links gewendet kommt er zu dem Schluss:

»Der Weg der Einheitsfront ist ein viel schwierigerer als das. Was wir taktisch im Jahre 1919 sagten: Haut alles zusammen! Es ist viel leichter und angenehmer, alles zusammenzuhauen. Aber wenn man die Kraft dazu nicht hat und dieser Weg notwendig ist, muss man ihn wandern, mit dem Bewusstsein, die Gefahren, die dabei drohen, drohen von rechts, und gleichzeitig mit dem festen Zutrauen, dass dieser Weg nicht uns, sondern der Sozialdemokratie zum Schaden gereicht.«⁴³²

Endgültige Resolutionen

Der Kongress bestätigt die Thesen zur Einheitsfront, die von der Exekutive auf ihrer Sitzung im Dezember 1921 angenommen wurden. *»Die Taktik der Einheitsfront bedeutet das Vorgehen der kommunistischen Avantgarde in den täglichen Kämpfen der breiten Arbeitermassen um ihre notwendigsten Lebensinteressen«⁴³³:*

»Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Jeder Kampf um die kleinste Tagesforderung bildet eine Quelle revolutionärer Schulung, denn die Erfahrungen des Kampfes werden die Werktätigen von der Unvermeidlichkeit der Revolution und der Bedeutung des Kommunismus überzeugen.«⁴³⁴

Das bedeutet konkret, dass die Kommunist*innen nicht zögern dürfen, *»mit den verräterischen Führern der Sozialdemokraten und der Amsterdamer zu unterhandeln«*, aber auch, dass die Einheitsfront auf keinen Fall als Zusammenschluss aller Arbeit-

431 Ebenda, S. 102.

432 Ebenda, S. 102-103.

433 [Ebenda, S. 1014.]

434 Ebenda, S. 1015.

ter*innenparteien interpretiert werden darf, noch »Wahlkombinationen« rechtfertigen kann. Die Bedingung für den Erfolg dieser Taktik, die »für eine neue Epoche maßgebend sein« kann, ist die »Existenz selbständiger kommunistischer Parteien und deren vollständige Aktionsfreiheit gegenüber der Bourgeoisie und der konterrevolutionären Sozialdemokratie.«⁴³⁵

Die Resolution zur Taktik enthält einen detaillierten Abschnitt, der der Losung der Arbeiter*innenregierung gewidmet ist. Als »allgemeine propagandistische Parole« hat sie eine besondere Bedeutung in den Ländern, in denen das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen und insbesondere die Krise der Bourgeoisie sie auf die Tagesordnung setzt: Sie ist eine »unvermeidliche Schlussfolgerung aus der ganzen Taktik der Einheitsfront«, denn der »offenen oder maskierten bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition stellen die Kommunisten die Einheitsfront aller Arbeiter und eine Koalition aller Arbeiterparteien auf ökonomischem und politischem Gebiete zum Kampfe gegen die bürgerliche Macht und zu ihrem schließlichen Sturz gegenüber.«⁴³⁶

Die Arbeiter*innenregierung wird also aus dem Kampf der Arbeiter*innen gegen die Bourgeoisie hervorgehen. Ihr Minimalprogramm ist einfach:

Das »Proletariat zu bewaffnen, die bürgerlichen, konterrevolutionären Organisationen zu entwaffnen, die Kontrolle der Produktion einzuführen, die Hauptlast der Steuern auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen.«⁴³⁷

Die Arbeiter*innenregierung stellt keineswegs ein Mittel für einen friedlichen Übergang zum Sozialismus dar, ein Rezept zur Vermeidung eines Bürger*innenkriegs, auch wenn sie als Ergebnis einer günstigen Lage im Rahmen eines Parlaments erscheint:

»Eine solche Arbeiterregierung ist nur möglich, wenn sie aus dem Kampfe der Massen selbst geboren wird, sich auf kampffähige Arbeiterorgane stützt, die von den untersten Schichten der unterdrückten Arbeitermassen geschaffen werden. Auch eine Arbeiterregierung, die einer parlamentarischen Konstellation entspringt, die also rein parlamentarischen Ursprungs ist, kann den Anlass zu einer Belebung der revolutionären Arbeiterbewegung geben. Es ist selbstverständlich, dass die Geburt einer wirklichen Arbeiterregierung und die weitere Aufrechterhaltung einer Regierung, die revolutionäre Politik betreibt, zum erbittertsten Kampf, eventuell zum Bürgerkrieg mit der Bourgeoisie führen muss. Schon der Versuch des Proletariats, eine solche Arbeiterregierung zu bilden, wird von vornherein auf den schärfsten Widerstand der Bourgeoisie stoßen. Die Losung der

435 Ebenda, S. 1014.

436 Ebenda, S. 1014-1015.

437 Ebenda, S. 1016.

Arbeiterregierung ist daher geeignet, das Proletariat zusammenzuschließen und revolutionäre Kämpfe auszulösen.«⁴³⁸

Die Beteiligung kommunistischer Parteien an Arbeiter*innenregierungen kann ins Auge gefasst werden, wenn die anderen Organisationen ihnen Garantien geben, dass sie tatsächlich den antikapitalistischen Kampf in Betracht ziehen, und unter folgenden Bedingungen: Beteiligung vorbehaltlich der Zustimmung der Internationale, strenge Parteikontrolle über die kommunistischen Mitglieder der Regierung, enger Kontakt zwischen diesen und »den revolutionären Organisationen der Massen«, Wahrung der Physiognomie und absoluten Unabhängigkeit der betreffenden kommunistischen Parteien.⁴³⁹

Die Resolution warnt die Kommunist*innen vor den Gefahren, die – wie von allen richtigen Losungen und Taktiken – von der Losung der Arbeiter*innenregierung ausgehen:

*»Jede bürgerliche Regierung ist zugleich eine kapitalistische Regierung. Aber nicht jede Arbeiterregierung ist eine wirklich proletarische, d.h. ein revolutionäres Machtinstrument des Proletariats.«*⁴⁴⁰

Es gibt in der Tat mehrere Möglichkeiten. Es kann, wie in Australien und wahrscheinlich bald auch in Großbritannien, eine »Libérale Arbeiterregierung« geben, und Deutschland kannte 1918-1919 eine »Sozialdemokratische Arbeiterregierung.« Beide Typen »sind keine revolutionären Arbeiterregierungen, sondern in Wirklichkeit verkappte Koalitionsregierungen zwischen Bourgeoisie und antirevolutionären Arbeiterführern«⁴⁴¹:

*»Solche ›Arbeiterregierungen‹ werden in kritischen Zeiten von der geschwächten Bourgeoisie geduldet, um das Proletariat über den wahren Klassencharakter des Staates zu täuschen oder gar mit Hilfe der korrumpierten Arbeiterführer den revolutionären Ansturm des Proletariats abzuwehren und Zeit zu gewinnen. Die Kommunisten können sich an einer solchen Regierung nicht beteiligen. Sie müssen im Gegenteil den wahren Charakter dieser falschen ›Arbeiterregierung‹ unerbittlich vor den Massen entlarven. In der gegebenen Niedergangsperiode des Kapitalismus, wo die wichtigste Aufgabe darin besteht, die Mehrheit des Proletariats für die proletarische Revolution zu gewinnen, können aber auch diese Regierungen objektiv dazu beitragen, den Zersetzungsprozess der Gewalt zu beschleunigen.«*⁴⁴²

438 Ebenda, S. 1016.

439 Ebenda, S. 1016.

440 Ebenda, S. 1017.

441 Ebenda [siehe auch S. 962]

442 Ebenda

Der Kongress der Internationale unterscheidet drei weitere Arten von Arbeiter*innenregierungen, eine »Regierung der Arbeiter und ärmeren Bauern« – eine Möglichkeit, die in der Tschechoslowakei oder auf dem Balkan abzusehen ist –, eine Arbeiter*innenregierung mit Beteiligung von Kommunist*innen und schließlich »eine wirkliche revolutionäre proletarische Arbeiterregierung, die in reiner Form nur durch die Kommunistische Partei verkörpert werden kann.« Im Falle der ersten beiden sind die Kommunist*innen bereit, »mit jenen Arbeitern zu marschieren, die die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats noch nicht erkannt haben« und sogar, »unter gewissen Bedingungen und unter gewissen Garantien eine nicht rein kommunistische, ja sogar eine bloß scheinbare Arbeiterregierung zu unterstützen.« »Die Kommunisten erklären der Arbeiterschaft aber ebenso offen, dass ohne den revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie, eine wirkliche Arbeiterregierung weder zu erreichen noch zu erhalten ist.«⁴⁴³

Es ist in der Tat wichtig, gut zu verstehen, dass die verschiedenen Arten von Arbeiter*innenregierungen, an denen Kommunist*innen schließlich teilnehmen können, nicht die Diktatur des Proletariats sind:

Sie »bedeuten noch nicht die Diktatur des Proletariats, sie sind nicht einmal ein geschichtlich unvermeidliches Übergangsstadium zur Diktatur, aber sie sind, wenn sie irgendwo Zustandekommen, ein wichtiger Ausgangspunkt zur Erämpfung dieser Diktatur. Die vollendete Diktatur des Proletariats ist nur diejenige wirkliche Arbeiterregierung [...], die aus Kommunisten besteht.«⁴⁴⁴

Debatten in Leipzig

Die Diskussion sollte auf dem deutschen Parteitag, der vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig stattfand, fortgesetzt werden. Die Exekutive wurde dort von Kolarow und Radek vertreten, der gerade aus Norwegen zurückgekehrt war, wo er versucht hatte, eine seit einigen Monaten drohende Spaltung zu verhindern.⁴⁴⁵ Der Parteitag sollte über die Resolutionen der Internationale entscheiden, und die Linke legte Gegenberichte vor, die sie denjenigen Brandlers und Meyers entgegstellte.

Ernst Meyer plädierte für die Einheitsfronttaktik und deren Anwendung durch die Zentrale, erkannte aber gleichzeitig die opportunistischen Fehler an, die während der Kampagne nach dem Attentat auf Rathenau begangen wurden. Er unterstrich die Bedeutung der Ergebnisse, die durch die Fortsetzung der Diskussionen an den Spitzen zwischen den Leitungen erzielt wurden, und das Echo, das sie bei den Sozial-

443 Ebenda [wieder S. 1017]

444 Ebenda

445 Er intervenierte im Nationalrat vom 5. und 6. Januar, um die »Autonomie« der norwegischen Partei im Rahmen der Statuten in einer Weise zu definieren, die für die Zentralisierung der Internationale feindlich gegenüberstehende Minderheit akzeptabel war (H. M. Lange und Meyer, Det norske arbeiderpartis historie, II, S. 320 ff.

demokrat*innen der Basis hervorrufen konnten.⁴⁴⁶ Brandler wurde mit dem Bericht über die Einheitsfront und die Arbeiter*innenregierung betraut.⁴⁴⁷ Er beginnt damit, dass er auf die faschistische Gefahr hinweist, auf die Fortschritte, die sie vor allem in Bayern macht, und auf die tödliche Gefahr, die sie für die Arbeiter*innenbewegung darstellt. Das Mittel, das der Partei zur Verfügung steht, um den Faschismus zu besiegen, ist seiner Meinung nach der Kampf für die Einheitsfront:

»Die Taktik der Einheitsfront ist keine bloße Propagandaparole, sondern eine ausgesprochene Kampf­taktik. (...) Wir sind der Überzeugung, dass wir den Endkampf zur Niederwerfung der Bourgeoisie, zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats nur führen können, wenn wir tagtäglich bei jeder Gelegenheit kämpfen um die Linderung der Not, um die Beseitigung der Tagesnöte. (...) Obgleich wir wissen, dass der Kampf um Lohnerhöhungen, um Mietpreisabsenkungen, um Preisherabsetzungen, nicht dazu führt, die Existenz des Proletariats innerhalb dieser Zerfallsperiode des Kapitalismus auch nur auf kurze Zeit sicherzustellen, führen wir doch diesen Kampf gegen die Tagesnöte, um kleine Erfolge, um an diesen kleinen Erfolgen den Kampfesmut und die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schulen und zu heben und sie fähig zu machen für die großen Kämpfe, die uns nicht erspart bleiben.«⁴⁴⁸

Die Kommunist*innen, so versichert er, müssen dabei sein, wenn

»die sozialdemokratischen Führer unter dem Druck der Massen wenigstens so weit sind, dass sie sich vom linken Flügel der Bourgeoisie abwenden und zum rechten Flügel der Arbeiter werden.«⁴⁴⁹

Der Endkampf kann nur dann erfolgreich geführt werden, wenn sich die Arbeiter*innenklasse zu einer kompakten Armee vereinigt. Die Anhänger*innen der Linken zur Rede stellend teilt er ihnen seine Überzeugung mit, dass es innerhalb der Partei keine Meinungsverschiedenheiten über die Prinzipien gibt, sondern nur Divergenzen über deren Anwendung und insbesondere über die Einschätzung der in der Taktik der Einheitsfront selbst enthaltene opportunistischen Gefahr. Deshalb beharrt er darauf, *»konkrete Lösungen«* für praktische Probleme zu finden, und dass die Partei eine Diskussion beenden sollte, die nichts mehr beitragen kann.

Ruth Fischer macht einmal mehr der Zentrale und ihrer Linie als passiv, opportunistisch und revisionistisch den Prozess. Sie bemüht sich zu zeigen, dass Brandlers Interpretation der Arbeiter*innenregierung in Wirklichkeit ein Versuch ist, die bürgerliche Demokratie und die Diktatur des Proletariats miteinander zu

⁴⁴⁶ Bericht über die Verhandlungen des III. (8) Parteitages, S. 197-219.

⁴⁴⁷ Ebenda, S. 314-333.

⁴⁴⁸ Ebenda, S. 318.

⁴⁴⁹ Ebenda, S. 328.

versöhnen.⁴⁵⁰ Provokativ beendete sie eine ihrer Reden mit diesem Satz: »Wir werden weiterkämpfen, mögt Ihr schreien, wie Ihr wollt.«⁴⁵¹

Maslow, der das Korreferat hielt, war weniger polemisch, aber letztlich bissiger, insbesondere in seiner Kritik an der Frage der Arbeiter*innenregierung. Er ist der Meinung, dass die Zentrale eine rein parlamentarische Vorstellung hat und dass ihr Wunsch, Vereinbarungen an der Spitze zu treffen, ernsthafte Illusionen über die Führer*innen der Sozialdemokratie offenbart. Er wirft ihr vor, die wichtige Bewegung der Betriebsräte zu vernachlässigen. Den Abkommen an der Spitze stellt er die Mobilisierung an der Basis entgegen:

»Das Zustandekommen einer Arbeiterregierung hängt ab nicht von starren Bedingungen, wohl aber in der jeweiligen Situation unbedingt von der Massenbewegung, die die Machtfrage stellt, vom Vorhandensein, der Ausbreitungsmöglichkeit, der Kampffähigkeit und Kampfgeist proletarischer Kampforgane (Arbeiterräte, Kontrollausschüsse), von dem Aufrollen der Waffenfrage durch die Arbeiterschaft und davon, dass die Arbeiterschaft von der Defensive in die Offensive übergeht.«⁴⁵²

In der Tat sind die Divergenzen gravierend, und die Redner*innen, die beteuern, dass es sich nicht um Prinzipien handelt, sind optimistisch. Auf der einen Seite lehnt die Linke nämlich die Losung einer Arbeiter*innenregierung insofern ab, als sie, wie die Zentrale meint, ein zumindest zeitweiliges Bündnis mit den sozialdemokratischen Führer*innen bedeutet, die ihrer Meinung nach von Natur aus Agent*innen der Bourgeoisie sind und das Proletariat in einer Arbeiter*innenregierung verraten würden; Da sie einschätzt, dass die Sozialdemokratische Partei genetisch mit der Konterrevolution verbunden ist, kann sie Brandlers Bemühungen, sie von der Bourgeoisie zu lösen und zum rechten Flügel eines Arbeiter*innenblocks zu machen, nur verhöhnen. Andererseits ist sie der linksradikalen Konzeption der Offensive seit deren Geburt treu, gibt nur Lippenbekenntnisse zu defensiven Parolen ab, weigert sich, den Begriff der »Übergangs«-Parolen überhaupt in Betracht zu ziehen, und zieht Forderungen wie die Erfassung der Sachwerte, die Bildung von Betriebsräten oder Kontrollkomitees nur als Maßnahmen in Betracht, die der Machtübernahme vorausgehen und sie kurzfristig vorbereiten, wobei die Arbeiter*innenregierung selbst nur mit Unterstützung des bewaffneten Proletariats denkbar ist und folglich das erste Stadium oder, in der äußersten Strenge, das erste Gesicht der Diktatur des Proletariats darstellt. Das ist der Inhalt der Thesen, die die Linke dem Parteitag zur Abstimmung vorlegt.⁴⁵³ Mit 118 zu 59 Stimmen zog er die im Namen der Zentrale vorgelegten Thesen Brandlers vor.⁴⁵⁴

450 Ebenda, S. 238-240.

451 Ebenda, S. 287.

452 Ebenda, S. 345.

453 Ebenda, S. 142-150.

454 Ebenda, S. 375.

Die Thesen Brandlers

Die vom Parteitag angenommenen »Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung« stellen einen Versuch dar, die auf dem 4. Weltkongress verabschiedeten Resolutionen auf Deutschland anzuwenden. Zunächst erinnern sie daran, dass der Kampf um die Macht ein Massenkampf ist, der Mehrheit der Arbeiter*innenklasse gegen die kapitalistische Minderheit. Der Kampf für die Einheitsfront im Hinblick auf den Klassenkampf beginnt mit der Organisation des revolutionären Vortrupps in einer kommunistischen Partei und setzt sich fort mit der Eroberung der in den Gewerkschaften und reformistischen Parteien organisierten Arbeiter*innen. Aber die *»Kommunistische Partei, selbst ein Teil der Masse, ihre Vorhut, hat kein anderes Ziel als das Klassenziel des Proletariats, die Ergreifung der politischen Macht«*, wofür sie das Vertrauen der Massen gewinnen muss, sowohl durch die Aktionen, die sie organisiert oder an denen sie teilnimmt, als auch durch ihre tägliche Arbeit innerhalb aller Arbeiter*innenorganisationen.

Nun liegt das Haupthindernis auf dem Weg zur Organisation der proletarischen Klasseneinheitsfront in der entschiedenen Feindseligkeit der reformistischen sozialdemokratischen Führer*innen, die immer versuchen, durch die Politik der Klassenkollaboration das Proletariat daran zu hindern, eine Front gegen die bürgerliche Offensive zu bilden: Im konkreten Kampf für die Organisation des Kampfes gegen die Bourgeoisie können die Kommunist*innen das Vertrauen der Arbeiter*innen gewinnen und die reformistischen Führer*innen entlarven:

»Die Taktik der Einheitsfront ist kein Manöver zur Entlarvung der Reformisten. Die Entlarvung der Reformisten ist umgekehrt ein Mittel zur Herstellung der einheitlich geschlossenen Kampfesfront des Proletariats.«⁴⁵⁵

Weil sie zu jedem Zeitpunkt für den Kampf bereit sein müssen, müssen die Kommunist*innen zu jedem Zeitpunkt bereit sein, den anderen Arbeiter*innenorganisationen Vorschläge für einen gemeinsamen Kampf im Hinblick auf die Bildung der Einheitsfront zu machen:

»Die Auffassung, als sei die Herstellung der Einheitsfront möglich nur durch den Appell an die Massen (nur »von unten«) oder nur durch Verhandeln mit den Spitzenkörperschaften (nur »von oben«), ist undialektisch und starr. Die Einheitsfront wird sich vielmehr entwickeln im lebendigen Prozess des Klassenkampfes und des Erwachens des Klassenbewusstseins und des Willens zum Kampf bei immer stärker werdenden Schichten des Proletariats.«⁴⁵⁶

455 Ebenda [S. 417], und Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiter*innenbewegung, Bd VII (1922-1923), II, S. [246-]247.

456 Ebenda, [S. 417 und ebenda,] S. 247-248.

Der Kampf für die Einheitsfront geht also gleichzeitig über die Eroberung der alten Massenorganisationen der Arbeiter*innen, der Gewerkschaften und Genossenschaften, und über den Aufbau neuer Organe, die die ganze Klasse erfassen, wie Betriebsräte, Kontrollausschüsse oder politische Arbeiter*innenräte:

»Die in den politischen Arbeiterräten organisierte revolutionäre Einheitsfront zum Sturz der Bourgeoisie kann nicht am Anfang, sondern erst am Ende des Kampfes der Eroberung der Massen für den Kommunismus stehen.«⁴⁵⁷

Die Thesen warnen die deutsche Partei vor den beiden »Abweichungen«, die sich in den vergangenen Monaten und Wochen manifestiert haben. Die Rechtsabweichung äußerte sich in übermäßigen Zugeständnissen an die Partner*innen bei gemeinsamen Aktionen, im Zögern, die eigenen kommunistischen Positionen durchzusetzen, im Zögern, insbesondere den Kampf innerhalb der reformistischen Gewerkschaften zu führen. Die Abweichung nach links drückte sich in jedem Moment der Tätigkeit der Partei in der Anwendung der beschlossenen Linie aus: Die Betonung der Einheitsfront »an der Basis«, die Behauptung, dass die Arbeiter*innenregierung die Diktatur des Proletariats sein würde und deshalb nur am Vorabend der Machtergreifung eine gültige Losung darstellen würde, die Weigerung, die Notwendigkeit von Übergangsforderungen zur Hebung des Bewusstseins der Massen zuzugeben, die allgemeine Behauptung, dass die »opportunistische« Linie der Kommunistischen Partei Deutschlands aus der Anwendung des in Sowjetrussland angenommenen NEP in Deutschland resultierte. Indem sie Passivität mit Phrasen kaschierte, schuf sie in der Partei eine »linksradikale« Geistesverfassung, eine latente Feindseligkeit und Misstrauen gegen die Führer*innen, gegen Zentralismus und Disziplin im Allgemeinen.

Die Thesen bemühen sich dann zu zeigen, dass die Losung der Arbeiter*innenregierung die einzige Losung ist, die die kommunistische Politik vereinigen kann:

»Die Arbeiterregierung kann nur entstehen im Verlaufe der Kämpfe der breiten Massen gegen die Bourgeoisie als Konzession der reformistischen Führer an den Kampfeswillen der Arbeiterschaft. Die Arbeiterregierung wird auch nur entstehen in einer Zeit der proletarischen Massenkämpfe, in einer Zeit, in der die Positionen der Bourgeoisie infolge ihrer Unfähigkeit, die Krise der Weltwirtschaft zu lösen, durch die Kämpfe der Arbeiterklasse stark erschüttert werden.

Die Arbeiterregierung ist weder die Diktatur des Proletariats noch ein friedlicher, parlamentarischer Aufstieg zu ihr. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben,

⁴⁵⁷ Ebenda, [S. 417 und ebenda,] S. 248.

während die proletarische Diktatur bewusst den Rahmen der Demokratie sprengt, den demokratischen Staatsapparat zerschlägt, um ihn völlig durch proletarische Klassenorgane zu ersetzen.»⁴⁵⁸

Indem sie nach der Resolution des Weltkongresses die Hypothese einer Arbeiter*innenregierung aufgreifen, die auf der Grundlage eines parlamentarischen Sieges der Arbeiter*innenparteien gebildet wird, bekräftigen die Thesen:

»Deshalb ist die Arbeiterregierung keine ›vereinfachte Revolution‹ oder ›Ersatzdiktatur‹, die der Widerstand des Bürgertums mildert und deshalb für die Reformisten annehmbar ist, sondern eine Periode des heftigsten Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie, die freiwillig keinen Fußbreit Boden abtreten wird. (...) Die Kommunistische Partei stellt die Arbeiterregierung als einzige Regierung, die in der gegenwärtigen Periode den Kampf des Proletariats für seine Existenz unterstützen kann, die allein die Interessen des Proletariats vertreten kann, ohne vor der Bourgeoisie zu kapitulieren, den bürgerlichen, den Koalitions- und sozialdemokratischen Regierungen gegenüber.«⁴⁵⁹

Das Schicksal der »Arbeiter*innenregierungen« wird letztlich von der Politik der kommunistischen Parteien abhängen und von der Art und Weise, wie sie in der Lage sind, die Arbeiter*innen für den Kommunismus und für die Anerkennung der Notwendigkeit der proletarischen Diktatur zu gewinnen:

»Die Überwindung der Schwankungen, Mängel und Fehler der Arbeiterregierung durch gesteigerte Kämpfe der revolutionären Einheitsfront und ihrer politischen Organe, die Trennung der Arbeiter von den reformistischen Führern, ihre Loslösung von demokratischen und pazifistischen Illusionen ist Aufgabe der Kommunistischen Partei in der Periode vor und während der Arbeiterregierung.«⁴⁶⁰

Die Leitsätze sprechen sich für den möglichen Eintritt von Vertreter*innen der Kommunistischen Partei in die Arbeiter*innenregierung aus:

»Die Beteiligung an der Arbeiterregierung bedeutet für die Kommunistische Partei kein Abkommen auf Kosten der revolutionären Ziele des Proletariats, keinen Trick oder taktisches Manöver, sondern die er[n]ste Bereitschaft zum gemeinsamen Kampfe mit den reformistischen Arbeiterparteien, wenn sie ihren Willen klar zeigen, sich vom Bürgertum zu trennen und mit den Kommunisten den Kampf für die Tagesforderungen des Proletariats aufzunehmen.«⁴⁶¹

458 Ebenda, [S. 420 und ebenda,] S. 251-252.

459 Ebenda, [S. 421 und ebenda,] S. 252-253.

460 Ebenda [und ebenda,] S. 253.

461 Ebenda [S. 422 und ebenda]

Unter den notwendigen Bedingungen der Teilnahme sind die wichtigsten die Anerkennung der Rolle, die die Organe der proletarischen Einheitsfront in der Gesetzgebung spielen, und die Bewaffnung des Proletariats:

»Für die Beteiligung der Kommunistischen Partei an einer Arbeiterregierung sind jedoch nicht die Versprechungen der reformistischen Führer entscheidend, sondern die Einschätzung der allgemeinen politischen Lage, das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die Kampfbereitschaft der proletarischen Massen, das Vorhandensein eigener Klassenorgane, die Widerstandskraft der reformistischen Bürokratie und in erster Linie die Fähigkeit der Kommunistischen Partei, die Massen zum Kampfe für ihre Forderungen zu führen.«⁴⁶²

Die Leitsätze unterstreichen, dass die Arbeiter*innenregierung wie jede Position des Proletariats im Rahmen des bürgerlichen demokratischen Staates »nur ein Stützpunkt, eine Etappe des Proletariats in seinem Kampfe um die politische Alleinherrschaft« ist.

»Die Arbeiterregierung ist keine unbedingt notwendige, aber eine mögliche Etappe in dem Kampfe um die politische Macht.«⁴⁶³

Der Schluss spricht das Problem der Regierungen der Arbeiter*innen in den Ländern an. Nach dem Rückblick auf die Geschichte der Frage, der Bildung sozialdemokratischer Regierungen mit der Unterstützung im Landtag durch die Stimmen der Kommunist*innen, werden die Thesen aufgestellt:

»Landesarbeiterregierungen können nur entstehen in zugespitzten politischen Situationen, in denen der Druck der Massen so stark ist, dass ein Teil der sozialdemokratischen Führer veranlasst wird, sich auf den Boden einer proletarischen Klassenpolitik zu stellen.

Die Landesarbeiterregierung ist eine Regierung von Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich stützt auf die proletarischen Klassenorgane. Die politische Stütze dieser Arbeiterregierung ist nicht das bürgerliche Parlament, sondern [sind] die außerparlamentarischen Klassenorgane.

Die KPD beteiligt sich an den Landesregierungen, um sie zu Stützpunkten im Kampfe um die Arbeiterregierung im Reiche auszubauen. (...) Die Landesarbeiterregierungen müssen untereinander in engste Verbindung treten und einen Roten Block gegen die kapitalistische Reichsregierung (rein bürgerliche oder bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung) bilden.«⁴⁶⁴

462 Ebenda [und ebenda].

463 Ebenda [und ebenda].

464 Ebenda, [S. 423 und ebenda] S. 254-255.

Nachgang des Parteitags

Die Opposition, die sich auf dem Parteitag gegen die Thesen Brandlers manifestierte, die Vorbehalte, die in Moskau sowohl in der Kommission als auch innerhalb der Exekutive geäußert wurden, erklären das Unbehagen, das im Nachgang des Leipziger Parteitags spürbar ist. Es ist, als ob einige der leitenden Elemente der Internationale für die Argumente Ruth Fischers empfänglich waren und der Art und Weise misstrauten, wie die Thesen des Vierten Weltkongresses in Deutschland entwickelt wurden. Die kommunistische Presse der verschiedenen Länder gibt z.B. einen Diskussionsbeitrag wider, der von Edwin Hoernle, KPD-Delegierter in der Exekutive, vorgetragen wurde und der in vielerlei Hinsicht eine Korrektur der als zu opportunistisch beurteilten Position Brandlers darstellte.⁴⁶⁵

Hoernle greift die Frage nämlich genau in den Begriffen auf, wie sie von Ruth Fischer gestellt wurde: die Rolle der Arbeiter*innenregierungslosung in Bezug auf die von der sozialdemokratischen Partei beeinflussten Aktivist*innen und Arbeiter*innen. Er unterstreicht, dass das gemeinsame Ziel aller Kommunist*innen, ob rechts oder links, die Auflösung der Reihen der Sozialdemokratie, der Übergang ihrer Basis in die kommunistischen Reihen ist; diese Ergebnisse können jedoch nicht am Anfang, sondern erst am Ende der revolutionären Kämpfe erreicht werden. Aber die Arbeiter*innenregierung kann solche Kämpfe auslösen. Hoernle unterstreicht, dass, um dies zu verwirklichen, *»die Kommunistische Partei die Sozialdemokraten zunächst als das behandelt, wie sie noch den Massen erscheinen, nämlich als ehrliche Leute, um so die Entlarvung der Sozialdemokraten durch die Massen selbst zu ermöglichen.«*⁴⁶⁶ Dies ist die Rechtfertigung für Verhandlungen zwischen Führer*innen.

Er versucht unter anderem zu zeigen, dass die Hauptaufgaben einer Arbeiter*innenregierung weit davon entfernt sind, sich auf den Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu beschränken, sondern im Gegenteil darauf abzielen, ihn zu brechen, da sie *»die Herausbildung, Durchorganisation, zentrale Zusammenfassung der Arbeiterräte, der Arbeiterwehren, die Zerstörung der Militär- und Polizeiformationen, der bürgerlichen Justiz- und Verwaltungsorgane«*⁴⁶⁷ durchführen muss. Er schließt mit einer dialektischeren Formel – die auch in den Augen der Linken akzeptabler ist als die Brandlers –, die Arbeiter*innenregierung im Intervall zwischen der *»bürgerlichen Diktatur«* und der *»proletarischen Diktatur«* zu verorten und nicht *»im Rahmen der bürgerlichen Demokratie«*:

*»Die Arbeiterregierung ist weder bürgerliche noch proletarische Diktatur, sie ist ein Durchgangspunkt im dialektischen Prozess der revolutionären Entwicklung: indem sie existiert, hebt sie sich schon selbst auf.«*⁴⁶⁸

465 Edwin Hoernle, »Die Taktik der Einheitsfront aus dem Parteitag der KPD«, Die Internationale, Nr. 6, 15. März 1923, S. 179-185.

466 [Ebenda, S. 183]

467 Ebenda, S. 183 [tats. S. 184].

468 Ebenda, S. 285 [tats. S. 184]

Eine verdienstvolle Anstrengung der Synthese, die aber nicht ausreicht, um tiefe Divergenzen zu überbrücken. Die Unstimmigkeiten brachen aus, sobald es darum ging, zur Anwendung überzugehen. In Sachsen ist die im Landtag in die Minderheit geratene Regierung Buck gerade zurückgetreten. Paul Böttcher erklärt, dass die sächsischen Kommunist*innen entschlossen sind, die Bildung einer Arbeiter*innenregierung zu ermöglichen und nichts zu tun, was den Sozialdemokrat*innen einen Vorwand liefern könnte, sich wieder mit der Bourgeoisie zu verbünden. Ruth Fischer erwidert sofort, dass seine Perspektive, die außerhalb jeder Massenaktion konzipiert wurde, sich nicht einmal auf die Beschlüsse der Kongresse zu ihren Gunsten berufen kann, weil sie sich auf einem ausschließlich opportunistischen und parlamentaristischen Terrain befindet.⁴⁶⁹

Die sorgfältige Formulierung der Thesen kann nicht über die Realität der Uneinigkeit hinwegtäuschen. Es ist wahr, dass Brandler und seine Anhänger*innen, hypnotisiert von der Notwendigkeit, die Mehrheit der Arbeiter*innen, wie sie sind, für sich zu gewinnen, angesichts ihrer Illusionen nach einer für sie akzeptablen Übergangslösung suchen, und dass die von ihnen befürwortete Arbeiter*innenregierung zunächst – weil sie im Moment nichts anderes sein kann – nur eine parlamentarische Allianz mit der Sozialdemokratischen Partei im Rahmen der bestehenden Institutionen ist. Nicht minder wahr ist, dass Ruth Fischer und Maslow, wenn sie die Worte »Einheitsfront« und »Arbeiter*innenregierung« verwenden, erstere als Basis und letztere als Ersatz für die »Diktatur des Proletariats« meinen, dass ihre Politik eine Zwillingsschwester derjenigen ist, die alle Linksradikalen seit 1918 vertreten haben, genau die, die die deutsche Partei zu ihrem Unglück immer wieder verfolgt hat: die unabhängig vom Kontext entfesselte revolutionäre Offensive, die Ablehnung jeder Übergangslösung, der Weg, der zur Isolation und zum Scheitern führt.

Die Bemühungen Lenins und der Exekutive, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Tendenzen als einzigen Weg zur Überwindung ihrer Differenzen zu fördern, waren also vergeblich gewesen.⁴⁷⁰ Die zahlreichen Zwischenfälle, die die Debatten des Leipziger Kongresses prägen, spiegeln diese Lage wider. Schon am ersten Tag provozierte der Ton der von Ruth Fischer gegen die Zentrale erhobenen Vorwürfe, ihre Anprangerung »der Tendenz der Passivität, des Opportunismus und Revisionismus«⁴⁷¹, heftige Reaktionen, insbesondere von Seiten des Kongresspräsidenten Stolzenburg und des Vertreters der Exekutive, Kleine.⁴⁷² Am dritten Tag bat sie um das Wort für eine persönliche Erklärung und nutzte die Gelegenheit zu einer inhaltlichen

469 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages, S. 268 ff.

470 In einem an E. Meyer gerichteten Brief vom 12. Oktober 1922 sprach Brandler von den »Fraktions-schweineereien« der Berliner und schlug vor, R. Fischer von ihren Aufgaben zu suspendieren. (Rosa Leviné-Meyer Archiv, zitiert nach H. Weber, Die Wandlung, Bd. I, S. 45, Fn. 88). Am Ende wurden keine Sanktionen ergriffen.

471 Bericht III. (8.) ... , S. 240.

472 Ebenda, S. 247.

Intervention im Namen des Bezirks Berlin-Brandenburg. Stolzenburg versuchte, ihr das Wort zu entziehen, und Maslow forderte den Kongress auf, den Präsidenten zu entlassen: Der Aufruhr legte sich erst, als Pieck von einem Missverständnis sprach⁴⁷³ und zur Tagesordnung übergang. Der andere Vorfall ereignete sich während der Klausurtagung zur Vorbereitung der Wahl des Zentrale. Die scheidende Leitung schlug vor, die Zahl der Mitglieder von vierzehn auf einundzwanzig zu erhöhen und legte eine Liste mit einundzwanzig Namen vor, die keine Vertreter*innen der Linken enthielt, aber in einem Zugeständnis, das sie als wichtig erachtete, auch Ernst Meyer nicht aufnahm, der von Anfang an das Ziel linker Angriffe gewesen war. Ernst Meyer protestierte gegen die »unerhörte« Tatsache, dass die »Bedenken« einiger Bezirke gegen ihn von ihnen auf dem Parteitag nicht geäußert worden waren.⁴⁷⁴ Die Linke forderte eine Vertretung in der Leitung entsprechend ihrer Bedeutung in der Partei, wo sie ein Drittel der Mandate hatte. Sie kündigte an, dass die Delegierten aus Berlin-Brandenburg, Wasserkante und dem Mittelrhein nicht an der Wahl teilnehmen würden. Während einer Nachtsitzung setzte Radek, der von Kolarow flankiert wurde, die Autorität der Exekutive in die Waagschale, um von Brandler die Aufnahme von Mitgliedern der Linken auf die Liste der Zentrale zu erwirken.⁴⁷⁵

Aber – wegen des Widerstand Brandlers, zweifellos – wenn die neue Liste mit einundzwanzig Namen tatsächlich drei linke Aktivist*innen, Ewert, Lindau und Pfeiffer, enthielt, war dieses Zugeständnis nicht geeignet, die Opposition zu besänftigen, die Lindau für einen Gemäßigten hielt und vor allem Ewert als Geschöpf Radeks be-

473 Ebenda, S. 299.

474 Weber, Die Wandlung, I, S. 46.

475 Ruth Fischer, unerbittlich gegen Radek, behauptete, er habe die Absicht, die Führer*innen der Linken zu beseitigen, eine Behauptung, die durch nichts bestätigt wird. Sie erklärt diese letzte Initiative und seine Suche nach einem Kompromiss mit dem Bewusstsein, dass er »zu weit gegangen« [deutsche Ausgabe, S. 279] sei. In einem Brief, den er im Dezember 1926 an Clara Zetkin richtete, erklärte Radek, dass für ihn »Ruth Fischer, Maslow, Urbahns, Scholem, eine ganze Schicht revolutionärer Arbeiter*innen« darstellen, die ihrerseits »revolutionäre Ungeduld« verkörpert. Er erklärt zu diesem Thema: »Wir mussten sie bekämpfen, um den kommunistischen Arbeitern deutlich zu machen, dass eine hoffnungslose Minderheit nicht in der Lage ist, die Macht zu erobern. Aber wir wollten uns nicht von diesen Massen trennen, denn sie waren die Hoffnung unserer Klasse.« Zu dem Vorfall auf dem Parteitag sagt er: »Aus diesem Grunde bestand ich aus eigener Initiative auf dem Leipziger Parteitag darauf, dass Ruth Fischer ins Zentralkomitee aufgenommen werden sollte; das Zentralkomitee lehnte meinen Vorschlag ab. Ich wollte die Vertreter der Linken im Zentralkomitee haben, damit sie ein Gegengewicht gegen die bloßen Tagespolitiker bilden, gegen die Genossen, die den Unterschied zwischen einer USPD und einer Kommunistischen Partei nicht verstehen« (Trosky Archives, veröffentlicht in The New International, I, No. 5, S. 155). Dieser Text, der von Ruth Fischer selbst zitiert wird (a.a.O., S. 509. Fn. 9 [deutsche Ausgabe, S. 618 f., Fn. 9]), entkräftet die These von Radeks Manövern, die sie bestätigen will; Radek bezieht nämlich eine Position gegen die Politik der damaligen Exekutive, die darin bestand, die Ausgrenzung der Linken – mit Ruth Fischer an der Spitze – und die Spaltung anzustreben. Siehe auch Angress, a.a.O., S. 275 ff, P. Maslowski, Thälmann. S. 42, E. H. Carr, The Interregnum, S. 158-159. Abschließend sei angemerkt, dass Ruth Fischer sich im Vorfeld dementiert hatte, als sie im Januar 1924 dem Exekutivkomitee der Internationale mitteilte, »dass es eigentlich nur dem Eingreifen des Vertreters des EK in letzter Minute gelungen ist, diese Spaltung zu verhindern« (Die Lehren der Deutschen Ereignisse, S. 51).

trachtete.⁴⁷⁶ Neun Distrikte schlossen sich der Zentrale an, um diese Kandidat*innenliste zu präsentieren. Die von Berlin, Wasserkante, Hessen-Frankfurt und Mittelrhein stellten eine weitere Liste mit nur vier Namen von Führer*innen der Linken auf, Ruth Fischer selbst, Geschke, Katz und König.⁴⁷⁷ Der Bezirk Ostpreußen schließlich stellte den einzigen: Ernst Meyer.⁴⁷⁸ Schließlich wurde die zentrale Liste im Block mit einer recht komfortablen Mehrheit gewählt.⁴⁷⁹

Die so gewählte Zentrale hatte einen Leiter, auch wenn die Wahl eines Vorsitzenden nicht erwähnt wird. Der neue Chef der Deutschen Partei ist Heinrich Brandler. Der zweiundvierzigjährige Maurer, ein langjähriger sozialdemokratischer Aktivist, war einer der wenigen ehemaligen Mitglieder des spartakistischen Kerns, der auch Gewerkschaftsleiter und »Massen«-Aktivist war, ein Parteaufbauer in Chemnitz und ein exzellenter Organisator. Er war bereits nach dem Rücktritt von Levi zum Vorsitz der VKPD berufen worden und trug in dieser Funktion die Verantwortung für die Märzaktion, für die er verhaftet und verurteilt wurde. Nach seiner Entlassung verbrachte er mehrere Monate in Moskau als Mitglied des Präsidiums der Internationale. Er war klein, stämmig, hatte einen Buckel als Folge eines Arbeitsunfalls und einen starken sächsischen Akzent. Er ist ein Mann von Gewicht, mit einem breiten, ruhigen Gesicht, methodisch und geduldig, eher ein Praktiker als ein Theoretiker, mit fester Hand und Kaltblütigkeit, kurzum ein Arbeiter*innenleiter, der in vielerlei Hinsicht sehr repräsentativ für die deutsche Bewegung und die positivsten Aspekte ihrer sozialdemokratischen Tradition ist. Er genoss das Vertrauen der Exekutive, obwohl diese sich vor seinen Ressentiments gegenüber den »Berlinern« hütete, die er seit seiner Rückkehr nach Deutschland denunziert hatte.⁴⁸⁰ An seiner Seite waren Aktivist*innen, die ihm ähnelten, Gewerkschaftsaktivist*innen, Massenführer*innen, wie Heckert, Böttcher, Walcher, Koenen, Remmele, Stoecker und natürlich Clara Zetkin; ein ganz anderer Mann – ein Theoretiker und sogar ein Intellektueller –,

476 Ruth Fischer (a.a.O., S. 225 und 229-230, [dt. Ausg., S. 279 f.]) schreibt, dass die überarbeitete Liste der Zentrale vier sogenannte linke Kandidaten enthielt, was eine offensichtliche Verwechslung darstellt. Aber sie erwähnt nur Ewert.

477 Ruth Fischer, ebenda, spricht ohne nähere Erläuterung von Radeks »Manövern«, um die Kandidaturen Maslows und Thälmanns zu verhindern, was tatsächlich nicht geschah. Über ihre eigene Kandidatur schweigt sie.

478 Ruth Fischer, ebenda, gibt an, dass Ernst Meyer auf Wunsch Radeks ausgeschaltet worden sei, weil er sich weigerte, an der Bildung einer Fraktion der Exekutive innerhalb der KPD mitzuwirken.

479 Ruth Fischer, ebenda, behauptet, die Delegierten der Linken hätten sich bei der Abstimmung für die Zentrale enthalten: eine unhaltbare Behauptung, da sich nicht mehr als 16 Delegierte enthielten, während 59 für die Linke und gegen Brandlers Thesen gestimmt hatten. Es ist bezeichnend, dass Lindau mit 159 Stimmen und Pfeiffer mit 192 Stimmen am besten abschnitten: Die Anhänger*innen der Zentrale und der Linken hatten für sie gestimmt. Es folgten Clara Zetkin, Eberlein, Frölich, Hoernle und Brandler mit 166 Stimmen, so dass man die Zahl der Linken, die sich an der Abstimmung beteiligt hatten, auf über 30 schätzen kann. Ulbricht, mit 117 Stimmen, und Karl Becker, mit 107, wurden als letzte gewählt (Bericht III (8) ... , S. 382).

480 Siehe Anmerkung 50.

den die Geschichte zu seinem Alter Ego machen würde, August Thalheimer; ein neu gekommener Organisator, weder Redner noch Schriftsteller, aber tüchtig, der ehemalige Zimmermann Walter Ulbricht, und auch Guralski, Sinowjews Vertrauensmann, so wiederholt man mit einiger Plausibilität, wurde unter seinem deutschen Pseudonym August Kleine in die Zentrale gewählt. Hinter ihnen, hinter den Kulissen, und aufgefordert, die Dinge sehr genau zu verfolgen, vor Ort oder von Moskau aus, war Radek, der Brandler mindestens seit November 1922 vorantrieb und der mit ihm den Parteitag von Leipzig vorbereitet hatte.

In dem Moment, als diese Leitung, die in anderen Zeiten solide erschienen wäre, installiert wurde, kündigte sich der Sturm an, der Deutschland in seinen Grundfesten erschüttern sollte.

Kapitel XXXV: Die Ruhrbesetzung

Das Jahr 1923 war das »schreckliche Jahr« für das Nachkriegsdeutschland. Die Folgen des Krieges lösten eine in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Land noch nie dagewesene Krise aus. Die seit zwei Jahren herrschende wirtschaftliche Misere verwandelte sich nach der französischen Entscheidung, das Ruhrgebiet im Januar 1923 zu besetzen, in eine regelrechte soziale und politische Umwälzung.

Das Problem der Reparationen und der Mächte

Artikel 231 des Versailler Vertrages sah die Zahlung von »Reparationen« durch Deutschland vor. Diese Frage sollte zum Einsatz im Kampf zwischen den ehemaligen Siegern werden. Ab 1919 gerieten Engländer, Amerikaner und Franzosen in der Reparationskommission aneinander, und es folgten interalliierte Konferenzen, während die deutsche Diplomatie versuchte, diese Verzögerungen auszunutzen. Im Juli 1920 legte die Konferenz von Spa die Verteilung der einzuziehenden Beträge auf die Alliierten fest und beschloss das Prinzip der Pauschalzahlungen. Im Januar 1921 beschloss die Konferenz von Paris die Zahlung von 42 Jahresraten, teils in fester Höhe, teils im Verhältnis zu den Erlösen der deutschen Exporte. Die erste Londoner Konferenz beschloss als Repressalien für die Nichtzahlung von 20 Millionen Goldmark die Besetzung von Düsseldorf und Duisburg. Im Mai 1921 legte die letzte Konferenz die Höhe der deutschen Schulden auf 132 Milliarden Goldmark fest, ohne den Ersatz für zerstörte Werte, in festen jährlichen Raten von 2 Milliarden Goldmark, zuzüglich einer variablen Entschädigung in Höhe von 26% des Wertes der deutschen Exporte. Bereits im Juli 1923 plädierte die deutsche Regierung für ein Moratorium, das die französische Regierung entschlossen ablehnte. Am 10. Januar 1923 erteilte die Regierung Poincaré trotz der Alliierten und der Empörung der europäischen Öffentlichkeit General Degoutte den Befehl, das Ruhrgebiet militärisch zu besetzen, unter dem Vorwand, »ein produktives Pfand zu beschlagnahmen.«

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den alliierten Mächten beruhten nicht auf unterschiedlichen Vorstellungen von Frieden oder politischer Moral, auch nicht auf Differenzen in den Aussichten für »Deutschlands Zukunft.« Die französischen Industriellen wollten für den Ruin der Anlagen im Norden entschädigt werden, um die in Lothringen erworbenen Gießereien zu versorgen. Die deutsche Industrie, die drei Viertel des oberschlesischen Beckens verloren hatte, musste Frankreich als Re-

parationsleistung enorme Mengen an Kohle liefern. Die britische Kohlenindustrie war durch die deutsche Lieferungen bedroht, da diese ihre Exporte nach Frankreich um die Hälfte reduzierten. Die französischen Stahlhersteller waren besonders an der Lieferung von Hüttenkoks aus dem Ruhrgebiet interessiert. Die deutsche Schwerindustrie war knapp an Erzen, besonders nach dem Verlust der lothringischen Lagerstätte. Die Möglichkeit einer Allianz zwischen französischer und deutscher Schwerindustrie, die Bildung eines deutsch-französischen Trusts, könnte die Verdrängung Großbritanniens vom europäischen Markt und den Verlust wichtiger Absatzmärkte für die Produkte seiner Metallindustrie bedeuten.

An der Verwirklichung dieser Ziele arbeiteten die von den beiden großen französischen Banken, Union Parisienne und Banque de Paris et des Pays-Bas, sowie der belgischen Société Générale vertretenen Interessen. Raymond Poincaré war der Politiker hinter dieser groß angelegten Operation, die auf allen Ebenen der Regierung starke Unterstützer*innen hatte. Seit 1919 arbeiteten die französischen Besatzungsbehörden in Deutschland, Tirard, Präsident des Interalliierten Hohen Ausschusses für die Rheinlande, und General de Metz, Kommandeur der Streitkräfte in der Pfalz, daran, eine »separatistische« Bewegung im Rheinland zu fördern. Da es nicht möglich war, Deutschland wirklich zu »kolonisieren«, wie es die Nationalist*innen und Kommunist*innen sagten, dachte man in Paris daran, es zu zerstückeln. Ein rheinischer Staat einschließlich der Ruhr könnte die politische Stütze für die französische Vorherrschaft in Europa und die Basis für ein deutsch-französisches Kondominium auf dem europäischen Markt sein.

Die Vereinigten Staaten widersetzten sich diesen Plänen entschlossen, im Namen der Notwendigkeit, »Deutschland zu retten.« Sie versuchten, die französische Regierung zur Zustimmung zu einer Reduzierung der Reparationssummen und zum Verzicht auf eine Zersplitterung Deutschlands zu bewegen. Die amerikanischen Kapitalist*innen erklärten sich bereit, Deutschland das für seine wirtschaftliche Erholung und damit für die Zahlung von Reparationen notwendige Kapital zur Verfügung zu stellen. Wie Eugen Varga feststellte, »sind die Vereinigten Staaten das einzige Land der Welt, das bei einer normalen Konjunktur Mangel an industriellen Arbeiter*innen leidet. Es ist das einzige Land, das das deutsche industrielle Proletariat ernähren kann, indem es die Umformung von Rohstoffen nicht im eigenen Lande mit Hilfe der vom Ausland einwandernden Arbeitskräfte, sondern in Deutschland selbst durch die Anwendung der [...] deutschen Arbeiter vornehmen lässt.«⁴⁸¹ Großbritannien verbündete sich schließlich mit den Vereinigten Staaten, deren Druck allein in der Lage war, die von ihm am meisten gefürchtete Eventualität abzuwenden. Wie Varga schreibt, steht »dem

481 »La situation en octobre-décembre 1922 – Les Plans de réparations français et anglais – Données principales«, Corr Int. no. 11, February 7, 1923, S. [65-67, hier S.] 67. [deutsch in »Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im vierten Vierteljahr 1922, Inprekorr, Nr. 18, 27. Januar 1923 (Sonder-Nummer), S. 125-142, hier S. 129 f. In der deutschen Ausgabe der Inprekorr erschienen Vargas Quartals-Analysen der Weltwirtschaft als Sondernummern, in den französischen – und englischen – Ausgaben abschnittsweise auf verschiedene Nummern verteilt]

kontinental-französisch-imperialistischen System ein sich immer stärker zusammenschließendes englisch-amerikanisches angelsächsisches Weltmarktsystem gegenüber.»⁴⁸²

Ende 1922 legte die Regierung Poincaré einen Plan zur Regelung vor. Es sah die Stabilisierung der Mark – deren ständige Abwertung für Deutschland ein Mittel zur Vermeidung der Belastung war –, Maßnahmen zum Haushaltsausgleich, Maßnahmen gegen Kapitalflucht und die Anhäufung von Devisen vor. Die in Berlin tagende Garantiekommision würde faktisch die Verwaltung der deutschen Finanzen übernehmen und wäre in der Lage, »sich jeder Ausgabe zu widersetzen, die sie für un-zweckmäßig hält, und jede Art von Einnahmeerhöhung vorzuschreiben, die sie für durchführbar hält«: Deutschland würde damit einer noch strengeren Vormundschaft unterworfen als die Türkei vor 1914. Darüber hinaus lehnte die französische Regierung jedes Moratorium von mehr als zwei Jahren und generell jedes Moratorium für die Unterhaltskosten der Besatzungsarmee und für Sachlieferungen ab und verlangte Garantien: die Überwachung der Kohlenförderung und der Durchführung der Lieferungen durch eine in Essen sitzende interalliierte Kommission, die Stellung eines Garantiedepots in ausländischer Währung und die Requirierung von Reserven.

Der »passive Widerstand«

Nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch französisch-belgische Truppen kündigte die Regierung Cuno an, sich der ausländischen Aggression zu widersetzen. Am 12. Januar gab Präsident Ebert einen Aufruf in diesem Sinne heraus. Am 13. beschloss der Reichstag mit 284 zu 12 Stimmen den »passiven Widerstand«⁴⁸³: Kein Deutscher solle sich zur Kollaboration mit den Besatzungsbehörden bereit erklären, und alle Zahlungen wurden untersagt. Die Zwischenfälle nahmen zu, als sich die Besetzung ausbreitete. Es gab Erschießungen in Düsseldorf und Bochum, Eisenbahner*innen- und Bergarbeiter*innenstreiks hier und da. Die Besatzungsbehörden kündigten drakonische Maßnahmen an, um diesen Widerstand zu brechen. Am 19. Januar ließen sie den Oberbürgermeister von Dortmund verhaften, am 27. Januar Fritz Thyssen junior. Die deutsche Regierung stachelte die Arbeiter*innen zum sogenannten »patriotischen Streik« auf und drohte, diejenigen, die es akzeptieren würden, für die Besatzer zu arbeiten, als »Verräter« zu betrachten. Am 27. Januar gaben die französischen Militärbehörden bekannt, dass sie beschlossen hatten, den Betrieb der durch den Streik praktisch lahmgelegten Ruhreisenbahn zu übernehmen. Es gelang ihnen, diese durch einen massiven Appell an französische und belgische Eisenbahner*innen wieder in Gang zu bringen, nachdem 1.400 deutsche Eisenbahner*innen aus der Besatzungszone ausgewiesen worden waren.⁴⁸⁴ Am 29. Januar erklärten

482 Ebenda [a.a.O., S. 130]

483 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, S. 9422 [tats. S. 9437-9439].

484 Badia, Histoire de l'Allemagne contemporaine, I, S. 189.

sie den [verschärften] Belagerungszustand und beschlossen, die besetzte Zone bis zur niederländischen Grenze auszudehnen.⁴⁸⁵

Anfang Januar [sic!] nahm der Konflikt einen gewalttätigeren Charakter an. Die Entscheidung der Regierung Cuno, zum passiven Widerstand aufzurufen, die nationalistische Kampagne der großen Presse, die Vergeltungsmaßnahmen der Besatzer, all das trug zur Leidenschaft des Konflikts und zur Entfesselung rechtsextremer nationalistischer Kräfte bei. Cuno, der die Unterstützung der Großindustriellen hatte, war gezwungen, die Reichswehrchefs vom Haken zu lassen, und deren Komplizenschaft mit den nationalistischen Bandenchefs wurde fast offen organisiert. Am 26. Januar erließ Ludendorff einen Aufruf zu den Waffen.⁴⁸⁶ Aus ganz Deutschland eilten, wieder einmal von nationalistischen Leidenschaften entflammt, Freiwillige aus paramilitärischen Gruppen, ehemalige Mitglieder der Freikorps herbei. Die Reichswehrchefs koordinierten alles mit Zustimmung der Regierung. Am 30. Januar besprachen Reichskanzler Cuno und General von Seeckt die Frage der Aufrüstung und Mobilmachung und einigten sich auf die Beziehungen zur Orgesch.⁴⁸⁷ Am nächsten Tag traf sich der General mit dem weltberühmten Abenteurer Jahnke, der seine Ansichten über Eisenbahnsabotage erläuterte⁴⁸⁸; in einem weiteren Gespräch mit Stinnes ging es um die Finanzierung dieser neuen Aktivitäten.⁴⁸⁹ Etwa zu dieser Zeit erhielt Oberstleutnant von Stülpnagel den Auftrag, sich heimlich in die besetzte Zone zu begeben, um dort Sabotageaktionen zu leiten.⁴⁹⁰ Er fasste seine Mission in diesen Worten zusammen:

»Es handelt sich darum, den passiven Widerstand der Bevölkerung zu einem aktiven zu entwickeln (Bartholomäusnacht) und diesen – soweit möglich – staatlich zu organisieren.«⁴⁹¹

Am 13. Februar hatte General von Seeckt eine Besprechung mit Vertreter*innen der Ruhrindustriellen und den Leiter der Reichsbank: Letztere erklärten sich bereit, ihm sofort 300 Millionen Mark zu liefern, die für den Kauf von österreichischen Waffen in Italien durch Vermittlung von Mussolini bestimmt waren. Am 15. traf er sich mit den Orgesch-Leiter, und am 17. wurde bei einer Besprechung mit einem der Direktoren des Stinnes-Konzerns und dem Grubenbesitzer von Löwenstein ein Treffen mit Ludendorff beschlossen.⁴⁹² Am 20. trafen sich von Seeckt und Ludendorff in der Wohnung des Generaldirektors von Stinnes, um die Bedingungen für eine Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und den rechtsextremistischen Aktivist*innen zu besprechen.⁴⁹³

485 Angress, a.a.O. S. 282 [dt. Ausg., S. 317].

486 Ruth Fischer, a.a.O., S. 196. [dt. Ausg., S. 239]

487 Hallgarten, Hitler. Reichswehr und Industrie, S. 22.

488 Ebenda [tats. S. 24].

489 Ebenda, S. 23 [tats. S. 24].

490 Ebenda, S. 24 [tats. S. 25].

491 Ebenda [d.h., S. 25]

492 Ebenda, S. 25 [tats. S. 26].

493 Ebenda, S. 26 [tats. S. 27].

Das Ergebnis dieser intensiven politischen Tätigkeit war eine Zunahme der Gewalt an der Ruhr. Gleise, Strom- und Telefonleitungen wurden gekappt, Sabotage vervielfachte sich und legte häufig Industrie und Transportwesen lahm. Die Besatzer reagierten nach jedem Angriff mit Massenverhaftungen und gaben damit den Nationalist*innen Wasser auf die Mühlen, deren Ziel es ja gerade war, die gesamte Bevölkerung in einen heftigen Kampf zu verwickeln, über den sie die Kontrolle behalten würden.

Die Sozialdemokratische Partei stürzte sich mit ganzem Herzen in den neuen »Burgfrieden«, der durch die französisch-belgische Aktion ausgelöst wurde. Hermann Müller gab im Namen der Fraktion die Unterstützung seiner Partei für die Politik des passiven Widerstandes⁴⁹⁴, trotz des Widerwillens vieler Abgeordneter, selbst zum Zeitpunkt der Abstimmung.⁴⁹⁵ Die Kommunistische Partei weigerte sich, in das hineingezogen zu werden, was sie als eine neue Kapitulation vor der deutschen Bourgeoisie, eine Wiederholung der Abstimmung vom 4. August 1914 sah. An der Ruhr rief sie die Arbeiter*innen auf, an zwei Fronten zu kämpfen, sowohl gegen den Besatzer als auch gegen die eigene Bourgeoisie, die sie missbrauchte. Die kommunistische Propaganda prangerte den Schwindel an, der deutsche Proletarier auf die Schlachtbank schickte, um »die 50% von Stinnes«⁴⁹⁶ zu unterstützen. Radek kommentiert in ironischen Ausdrücken den »Patriotismus der deutschen chemischen Industrie« und das wenige Wochen nach der Ausrufung des passiven Widerstands geschlossene Abkommen zwischen der Badischen Anilin und der französischen Regierung über den Verkauf von Geheimnissen der Sprengstoffherstellung und den Bau einer Sprengstofffabrik in Frankreich.⁴⁹⁷ Für die Kommunist*innen handelt es sich darum, die deutsche Arbeiter*innenklasse – und vor allem die von der Ruhr – aus dem nationalistischen Strom herauszuziehen, in den sie sie hineinzuziehen versuchten.

494 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 357, S. 9424-9428.

495 Laut Hortschansky (a. a. O., S. 119) wurde der Beschluss in der Fraktionssitzung mit nur 60 zu 55 Stimmen gefasst. Laut Stoecker ([»L'Internationale Communiste contre la guerre«] Corr. Int., Nr. 5, 19.1.1923, S. [20-21, hier S.] 20) hatten 67 sozialdemokratische Abgeordnete für passiven Widerstand gestimmt, 65 hatten vor der Abstimmung den Raum verlassen und 14 hatten sich der Stimme enthalten. [In der deutschen Fassung, Walter Stoecker, »Die Kommunistische Internationale gegen den Krieg«, Internationale Pressekorrespondenz, 3. Jahrgang Nr. 11, 15. Januar 1923, S. 76 f., hier S. 77 heißt es: »Während die Mehrheit der Fraktion für das Vertrauensvotum der Regierung stimmte, enthielt sich ein großer Teil der Abgeordneten überhaupt der Stimmabgabe, während 16 andere einen Zettel abgaben mit der ausdrücklichen Erklärung, dass sie sich der Stimme enthielten.«

496 Eine hervorragende Zusammenfassung ihrer Argumente findet sich in Paul Frölichs Artikel »60% ou 40%«, Corr. Int. No 9, 30. Januar 1923 [S. 51 f. deutsch »40 oder 60 Prozent – das ist die Frage«, Inprekorr, Nr. 16, 24. Januar 1923, S. 111]. Stinnes hatte im Wirtschaftsrat erklärt: »Wir können nicht mit Loucheur einen Konzern bilden, in dem Loucheur 60 Prozent und Stinnes 40 Prozent besäße.« (Rheinisch-Westfälische Zeitung, 20. Januar 1923).

497 »Le Patriotisme de l'industrie chimique allemande«, Corr Int. 18, 2. März 1923, S. [121-122, hier S.] 122. [»Der Patriotismus der deutschen chemischen Industrie«, Inprekorr, Nr. 40, 5. März 1923, S. 288]

Die Arbeiter*innen an der Ruhr sind der Einsatz in einem erbitterten Wettbewerb zwischen den legalen deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden. Die kommunistische Aktivistin Käthe Pohl⁴⁹⁸ beschreibt diesen Konflikt folgendermaßen:

»Sowohl für die deutsche Bourgeoisie als auch für die französischen Generäle war es von größter Bedeutung, die Arbeiter bei sich zu haben. Beide versuchten, das Ruhrproletariat in ihr Lager zu ziehen und scheuten dabei keine Kosten. Die französischen Generäle nutzen bewusst den Hass der deutschen Arbeiterklasse auf ihre Herren aus. (...) Die französischen Generäle wiederholen bei jeder Gelegenheit, dass die französischen Truppen gegen die Bourgeois und nicht gegen die Arbeiter in das Ruhrgebiet eingezogen sind. (...) Zahlreiche französische Agenten durchkreuzen das Ruhrgebiet und agieren auf die gleiche Weise. Auf der deutschen Seite die gleichen Bemühungen. Wenn ein Direktor von den Franzosen verhaftet wird, versucht man, in der Fabrik eine ›Befreiungskommission‹ einzurichten, die sich hauptsächlich aus Arbeitern zusammensetzt und nach Möglichkeit auch einen kommunistischen Arbeiter einschließt. (...) Noch mehr als die ›Befreiungskommissionen‹ ist der Proteststreik in Mode. Was auch immer passiert, ein Direktor verhaftet, ein Bürgermeister verurteilt, ein Beamter ausgewiesen wird, man versucht, einen Streik auszurufen und verspricht, dass die Streikenden für ihre Streiktage bezahlt werden.«⁴⁹⁹

Schnell zeigte der »passive Widerstand« jedoch ein ganz anderes Gesicht, als es die deutsche Regierung und Heeresleitung ihm gerne gegeben hätte. Auf der Seite der Arbeiter*innen war, trotz der Drohungen jeder Art, der Druck des Elends entscheidend. Den Arbeiter*innen wurde bewusst, dass sie nicht ihre eigene Sache vertraten, indem sie sich mit ihrem Unternehmer solidarisierten: Die Betriebsräte der Thyssen-Betriebe entließen ihre Delegierten, die sich bereit erklärt hatten, mit den Unternehmern für einen Antrag auf Freilassung Fritz Thyssens junior zu stimmen.⁵⁰⁰ Die Industriellen, durch einige energische Demonstrationen der Besatzer vorsichtig geworden, verloren ihre materiellen Interessen nicht aus den Augen, auch nicht ihre unmittelbaren. Die Kohle wurde nicht, wie von der Kommunistischen Partei und oft auch von den Gewerkschaften und Betriebskomitees gefordert, an die Familien der Arbeiter*innen verteilt: Sie blieb auf den Halden der Gruben liegen – bis die Lastwagen der Besatzer kamen, um sie zu verladen, wobei sich der Chef im besten Fall mit einem energischen Protest begnügte. Der »passive Widerstand« der Industriellen nimmt mehr und mehr den Charakter einer Komödie an.

498 Käthe Pohl ist das Pseudonym von Katarina oder Lydia Rabinowitsch, der Lebensgefährtin Guralski-Kleines (siehe Kap. XXVIII, Fn. 61).

499 »L'Occupation de la Ruhr et la lutte du prolétariat allemand«, (Bulletin communiste, Nr. 10), 8. März 1923, S. 158-159.

500 Frölich, Corr. Int, Nr. 9, 30. Januar 1923, S. 52. [a.a.O.]

Die Tragödie entfaltete sich in den Arbeitervierteln: Dort provozierten der Preisanstieg, die wachsende Arbeitslosigkeit, das Elend Wutausbrüche, Straßendemonstrationen, die die Besatzer unterdrückten: In Buer-Recklinghausen ließen sie Panzer gegen die aufmarschierenden Arbeiter*innen auffahren. In Essen streikten die 53.000 Krupp-Arbeiter*innen am 31. März bei der Nachricht von der Ankunft einer alliierten Kommission, dann, als sie erfuhren, dass die französische Armee die Lastwagen beschlagnahmte, mit denen sie ihre Lebensmittelvorräte transportierten, demonstrierten sie direkt gegen die Besatzer: dreizehn Tote und zweiundvierzig Verwundete.⁵⁰¹ Sie reagierten kaum, als Gustav Krupp wenige Tage später selbst verhaftet wurde. Tatsächlich gerieten sie zwischen zwei Feuer, und ihre spontanen Reaktionen, die oft durch Provokationen angeheizt wurden, führten oft dazu, dass sie Schläge von beiden Seiten erhielten. Am 13. April stürmte in Mülheim eine Arbeiter*innenmasse das Rathaus und setzte unter dem Anstoß kommunistischer und anarchosyndikalistischer Aktivist*innen einen Arbeiter*innenrat ein, der über die Verteilung von Lebensmitteln und die Bildung einer Arbeiter*innenmiliz entschied.⁵⁰² Die Besatzungsbehörden griffen nicht ein, da sich die Aktion nicht gegen sie richtete, aber sie erlaubten der deutschen Polizei, in ihre Zone einzudringen, um die Ordnung wiederherzustellen: Die Polizei übernahm am 21. April das Mülheimer Rathaus, nach Kämpfen, die zehn Tote und siebzig Verletzte forderten.⁵⁰³

Armee-Terroristen und Freikorps-Gruppen vervielfachten ihrerseits die Zahl der Anschläge und Sabotageakte und versuchten, Repressalien zu provozieren, die die Bevölkerung in einem Reflex des Nationalismus um sich scharen würden. Ein Kommando sprengt eine Brücke bei Essen. Bald wurde ein alter Angehöriger des Freikorps das erste Opfer der deutschnationalen Sache: Leo Schlageter, der beschuldigt wurde, in der Nähe von Düsseldorf Bahngleise gesprengt zu haben, wurde von den französischen Behörden verhaftet, vor ein französisches Militärtribunal gestellt, zum Tode verurteilt und erschossen. Das passiert während der Bochumer Kämpfe, und Käthe Pohl kann schreiben:

»Der deutsche Arbeiter ist gezwungen, seinen Kampf gegen die Okkupation zu beginnen, (was) seinen Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie sehr mühsam macht: er läßt diese Räuber, die deutschen Kapitalisten, als Nationalhelden erscheinen, die im Interesse des Vaterlandes verfolgt werden. Zugleich sowohl gegen den deutschen Kapitalismus als auch gegen den französischen Militarismus zu kämpfen, ist für das deutsche Proletariat nur möglich, wenn es sich der aktiven und entschlossenen Hilfe des französischen Proletariats sicher ist.«⁵⁰⁴

501 [»Proletariemord in Essen«] Die Rote Fahne, 1. April 1923 [S. 1, Spalte 1-2. Dort ist allerdings von elf Toten und 32 Verwundeten die Rede]. Das Zentralorgan der KPD unterstreicht, dass einer der drei, der Kommunist Josef Zander, vergeblich versucht habe, eine Konfrontation zu vermeiden.

502 R. Fischer, a.a.O., S. 258. [dt. Ausg., S. 314]

503 Die Rote Fahne, 22. April 1923.

504 Käthe Pohl, a.a.O., S. 159.

Das war offenbar auch die Meinung Sinowjews, der an die Leitung der französischen Sektion der Internationale schrieb, dass sie »bis zu einem gewissen Punkt das Schicksal der Kommunistischen Internationale in ihren Händen hält.«⁵⁰⁵ Nachdem die französische Partei seit Anfang Januar, nach dem Rücktritt L. O. Frossards, ihren rechtesten Flügel los war, versuchte sie, eine Kampagne gegen die Intervention zu führen, die imperialistische Politik Poincarés anzuprangern, die Solidarität des französischen und deutschen Proletariats zu bekräftigen und vor allem eine antimilitaristische Propaganda im Hinblick auf die Verbrüderung der Besatzungstruppen zu organisieren. Vergebliche Mühen, anscheinend. Bereits im Januar, in der Folge der Konferenz in Essen, waren Cachin, Semard, Monmousseau und einige andere verhaftet worden.⁵⁰⁶ Bald war einer der Führer*innen der Jeunesses Communistes, Gabriel Péri, an der Reihe.⁵⁰⁷ Eine neue Gruppe von Agitator*innen, angeführt von einem anderen JC-Führer, Henri Lozeray, machte sich heimlich auf den Weg ins Ruhrgebiet⁵⁰⁸: Sie sollte kein besseres Glück haben. Trotz der Bemühungen der Kommunistischen Internationale, eine europäische Kampagne gegen die Besatzung zu organisieren – von der die Frankfurter Konferenz im März der Ausgangspunkt sein sollte – ließen die Ergebnisse auf sich warten. Die Wahrheit ist, dass die Ruhrarbeiter*innen völlig isoliert vom französischen Proletariat sind, und dass sie sogar weitgehend isoliert vom übrigen deutschen Proletariat sind. Dieser Zustand ist die Grundlage für den neuen Konflikt, der innerhalb der KPD aufplatzt.

Die Schwierigkeiten des Kampfes an zwei Fronten

Die explosive Lage, die sich an der Ruhr entwickelt, betont in der Tat Divergenzen innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands. Auf dem Leipziger Parteitag betrachtete Brandler die Forderung der Linken, die politischen Folgen der Ruhrbesetzung zu diskutieren, als Geste der Missachtung und setzte die Frage von der Tagesordnung ab. Am 13. Januar verweigerten die kommunistischen Abgeordneten im Reichstag der Regierung Cuno ihr Vertrauen. Ihr Redner, Paul Frölich, hielt eine Anklagerede gegen »Cuno und Poincaré, Zwillingbrüder«, gegen die Besetzung des Ruhrgebiets und die Politik des »passiven Widerstands«:

»Wir leben im Krieg, und Karl Liebknecht hat uns gelehrt, wie die Arbeiterklasse Kriegspolitik zu treiben hat. Er rief: Klassenkampf gegen den Krieg! Dies ist die Parole. Kein Burgfrieden, sondern Burgkrieg!«⁵⁰⁹

505 Archiv von J. Humbert-Droz, Brief Sinowjews (2. Februar 1923), zitiert in L'Œil de Moscou à Paris, S. 187.

506 L'Humanité, 21. Januar 1923.

507 L'Humanité, 23. März 1923.

508 Walter, Histoire du P.C.F., S. 137; Köller, Kampfbündnis an der Seine, Ruhr und Spree, S. 180.

509 Stenografischer Bericht des Reichstags Verhandlungen, Bd. 357, S. 9429[-9434A, hier 9432B].

Am 23. Februar [tats. 23. Januar] unterstützte ein Leitartikel der Zentrale in der Roten Fahne diese Politik unter dem Titel »Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!« Der Kampf um das Ruhrgebiet ist ein Konflikt der Bourgeoisien »auf dem Rücken der deutschen Arbeiterklasse.«⁵¹⁰

Die Schwierigkeit ist jedoch groß, an der Ruhr die Politik des Kampfes gegen Poincaré anzuwenden, ohne mit dem »passiven« oder »aktiven« Widerstand verwechselt zu werden, und den Kampf gegen Cuno, ohne in das Spiel bestimmter syndikalistischer Elemente zu verfallen, die die französische Besetzung und die Erleichterungen, die sie ihnen bietet, ausnutzen, um eine zweideutige Politik zu betreiben. Am Tag nach dem Essener Massaker titelt die Rote Fahne: »Proletariermord in Essen. Krupp-Parbeiter als Opfer des französischen Militarismus und deutscher nationalistischer Provokateure.«⁵¹¹ Auf der Konferenz der Betriebsräte, die am 11. März in Essen tagte, betonte Karl Becker, Delegierter der Zentrale, die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Ruhrbesetzung und den Versailler Vertrag, insbesondere durch revolutionäre Propaganda in den Reihen der Besatzungstruppen, und greift im Übrigen die Losungen der Entwaffnung der Konterrevolutionär*innen, der Bewaffnung der Arbeiter*innen, der Arbeiter*innenregierung und der Errichtung von Organen der proletarischen Einheitsfront, von Kontrollausschüssen, Betriebsräten, proletarischen Abwehrhundertschaften auf.⁵¹² Die gleichen Themen wurden auf der internationalen Konferenz in Frankfurt wieder aufgegriffen, die die internationalen Aktionen gegen die Besetzung koordinieren sollte.⁵¹³ Und bei diesen Losungen gab es, zumindest dem Anschein nach, keine Meinungsverschiedenheiten.

Bald jedoch provozierte ein Artikel Thalheimers, der als theoretisches Gehirn der Zentrale gilt, einen Aufschrei in der Partei und der Internationale.⁵¹⁴ Der zentrale Gedanke war, dass »die Rollen der französischen und der deutschen Bourgeoisie

510 [»Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!«, »Rote Fahne«, 23. Januar (!), S. 1, hier Spalte 1] Ruth Fischer (a.a.O., S. 263 [dt. Ausg. S. 321]) schreibt, dass Radek am Tag nach Erscheinen dieser Schlagzeile in der Roten Fahne die beiden dafür verantwortlichen Journalisten, darunter Gerhard Eisler, entließ und die Schlagzeile wie folgt umschreiben ließ: »Gegen Cuno an der Spree, An der Ruhr gegen Poincaré.« Eine solche Schlagzeile haben wir in keiner Ausgabe der Roten Fahne gefunden. Außerdem sagt Ruth Fischer über die Überschrift, sie sei gereimt und zweizeilig dargestellt:

»Gegen Cuno an der Spree,

An der Ruhr gegen Poincaré«,

was nicht der Fall ist. Erich Wollenberg gab in seinem Interview mit Buchot über das Jahr 1923 einen ähnlichen Bericht, ersetzte aber Radeks Namen durch den Thälmanns, der als Mitglied des Politbüros vorgestellt wurde, obwohl er erst drei Monate später in die Zentrale eintreten sollte.

511 Die Rote Fahne, 1. April 1923 [a.a.O.].

512 [»Der 2. rheinisch-westfälische Betriebsräte-Kongress,«] Die Rote Fahne, 13. März 1923 [S. 1, Spalte 1-S. 2, Spalte 1].

513 [»Die Eröffnung der Frankfurter Konferenz,«] Die Rote Fahne, 18, 20, 21. März 1923 [18. März, S. 1, Spalte 1-2, Seite 2, Spalte 3, der 20. und 21. März fehlen in der von uns verwendeten Mikrofilm-Ausgabe der »Roten Fahne«].

514 A. Thalheimer »Einige taktische Fragen des Ruhrkrieges«, Die Internationale, Nr. 4, 15. Februar 1923, S. 97-102, und Die Kommunistische Internationale, Nr. 26, 1923[. S. 107-110].

nicht dieselben sind, so sehr ihr Klassencharakter derselbe ist«: Für ihn ist die deutsche Bourgeoisie in ihrer Widerstandshandlung »objektiv revolutionär«, »revolutionär wider Willen«, vergleichbar mit der Rolle, die Bismarck zwischen 1864 und 1870 in seinem Kampf für die deutsche Einheit spielte und die von Marx und Engels als solche erkannt worden war. Thalheimer unterstreicht, dass, wenn die Niederlage des französischen Imperialismus im Weltkrieg kein kommunistisches Ziel war und sein konnte, die Situation nicht mehr identisch ist: »seine Niederlage im Ruhrkrieg ist ein kommunistisches Ziel.« Für den Augenblick deckt sich also das Ziel der Kommunist*innen, wenn auch in begrenzter Weise, mit dem der deutschen Bourgeoisie, und ihre Wege werden sich erst ab dem Augenblick der unvermeidlichen Kapitulation der deutschen Bourgeoisie vor der französischen Bourgeoisie trennen: Das deutsche Proletariat wird dann seine eigene Bourgeoisie besiegen müssen, bevor es seinen Kampf gegen den ausländischen Imperialismus siegreich abschließt. Die tschechoslowakischen Kommunisten Neurath und Sommer wenden sich energisch gegen diese Analyse, die dazu führen würde, dass die Kommunist*innen, wenn auch nur vorübergehend, »ihre« Bourgeoisie unterstützen, und sie prangern darin Anklänge an den Patriotismus von 1914 an⁵¹⁵: eine Kritik, die von der deutschen Linken weitgehend geteilt zu werden scheint.

Legt Thalheimers Artikel die klare, gewollte und bewusste Ausrichtung der deutschen Zentrale dar? Ist er, wie Ruth Fischer⁵¹⁶ behauptet, direkt von Moskau, das heißt von Radek, inspiriert? Die Anhänger*innen dieser These, die im »Nationalbol-schewismus«, dem Bündnis zwischen Sowjetrussland und dem deutschen Nationalismus und Militarismus, die Ursache für die proletarischen Niederlagen jener Zeit sehen wollen, zitieren zur Unterstützung ihrer Interpretation eine Rede Bucharins auf dem 4. Kongress:

»Dürfen die proletarischen Staaten, von den Zweckmäßigkeiten der Strategie des Gesamtproletariats ausgehend, militärische Blocks mit den bürgerlichen Staaten bilden? Es gibt hier keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis. Und ich behaupte, dass wir schon so gewachsen sind, dass wir ein militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können, um mittels dieses bürgerlichen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmettern.

⁵¹⁵ Sommer, »Der Ruhrkrieg und die Aufgaben des deutschen Proletariats«, ebenda, Nr. 2, 1. März 1923, S. 209 ff, und Neurath, »Eine verdächtige Argumentation«, ebenda, S. 110-113. Alle drei Artikel wurden in der gleichen Ausgabe des Kommunistitscheskij Internazional, Nr. 25, 7. Juni 1923, Sp. 6857-6888, und mit einer Antwort Thalheimers, »Noch einmal zu unserer Taktik im Ruhrkrieg«, im Bulletin Nr. 1 der Erweiterten Exekutive der KI vom 8. Juni, S. 1 und 2, in französischer, englischer und deutscher Sprache wiedergegeben. Neurath war ein Aktivist der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei, einer der Gründer der tschechoslowakischen KP. Sommer war das Pseudonym eines anderen tschechoslowakischen KP-Aktivisten gleicher Herkunft, Dr. Joseph Winternitz, bekannt als »Lenz«, der sich gerade in Deutschland niedergelassen hatte und einer der Theoretiker der Linken werden sollte (Weber, Die Wandlung, II, S. 344). ⁵¹⁶ R. Fischer, a.a.O., S. 281.

(...) Bei dieser Form der Landesverteidigung, des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen.⁵¹⁷ Wenn in einer anderen Phase der Entwicklung die Bourgeoisie eines solchen Landes selbst besiegt ist, so tauchen andere Probleme auf (Heiterkeit), die ich hier nicht zu skizzieren verpflichtet bin, die Sie aber leicht begreifen werden.«⁵¹⁸

Die These – die beim Herannahen des Zweiten Weltkriegs unter anderen Bedingungen wieder aufgegriffen werden wird – ist nicht so eindeutig, wie Ruth Fischer und ihre Anhänger*innen es gerne hätten, denn nichts erscheint darin als eine bewusste Abkehr der Internationale und ihrer Parteien von der revolutionären Politik der Zerstörung des bürgerlichen Staates – ganz im Gegenteil. Es ist im Übrigen abwegig, einen Satz Bucharins – geäußert anlässlich der Vorstellung einer Programmdebatte, die vertagt werden soll – zum Credo der politischen Grundpositionen der russischen Partei und vor allem der Internationale zu machen. Dasselbe gilt für Steklow's Artikel in der »Iswestija«, die insbesondere von Kochan zitiert werden:

»Selbstverständlich haben die Werktätigen Sowjet-Russlands keine besonderen Sympathien für Deutschlands bürgerliche Regierungen und noch weniger für seine reaktionären imperialistischen Elemente. Dennoch kann Sowjet-Russland in seinem eigenen Lebensinteresse nicht die endgültige Unterjochung und Zerstörung Deutschlands durch eine Allianz Frankreichs und seiner Vasallen, unter denen Polen die erste Stelle einnimmt, erlauben. (...) Ein polnischer Angriff auf Deutschland im gegenwärtigen Augenblick wäre ein direkter Schlag gegen Sowjetrussland.«⁵¹⁹

Diese an Weißpolen gerichtete Warnung sollte jedoch nicht als »bedingungslose Unterstützung«⁵²⁰ der deutschen Bourgeoisie interpretiert werden: Der Autor dieses Leitartikels unterscheidet sorgfältig zwischen den diplomatischen und militärischen Bedürfnissen des Sowjetstaates und den Sympathien der »arbeitenden Massen«, ein Beweis dafür, dass die russische Führung damals die Verbündeten Sowjetrusslands nicht mit den Verbündeten des Weltproletariats identifizierte.⁵²¹

517 Der folgende Satz wird von R. Fischer, a. a. O., S. 279 [dt. Ausg., S. 340], nicht zitiert.

518 Protokoll des IV... , S. 420.

519 Iswestija, 11. Januar 1923. [Tatsächlich zitiert Kochan S. 67 – dt. Ausg., S. 65 – einen Brief Bucharins, der in der Iswestija, am 11. Januar, S. 3, Sp. 3-4 veröffentlicht wurde. Auf S. 68 zitiert er den Artikel Steklow's, der am 24. Januar erschien, hier zitiert nach der deutschen Ausgabe, S. 66]

520 Kochan, a.a.O., S. 67. [deutsche Ausgabe, S. 65]

521 Es gibt in den Analysen Ruth Fischers und den Historiker*innen, die ihr folgen, einen Anachronismus, ob absichtlich oder nicht: die Projektion einer Vermengung zwischen der Politik der UdSSR und der Politik der Internationale und ihrer Parteien, die vom Beginn der stalinistischen Ära an auftreten wird, auf die Vergangenheit. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, dass Ruth Fischer und Kochan zur Untermauerung ihrer These auf ein weiteres Zitat Bucharins zurückgreifen müssen, der auf der 15. Konferenz den »Sozialismus in einem Land« gegen die linke Opposition verteidigte: »Als Deutschland besiegt war, als es versklavt war, als es eine Halbkolonie wurde (...), da brachten sogar die höchsten Organe der Sow-

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Thalheimer beim Verfassen seines Artikels die – für alle kommunistischen Aktivist*innen normale – Sorge hatte, in der gegebenen Situation eine Verteidigungslinie für Sowjetrußland zu suchen. Wir denken aber eher, dass er angesichts der nationalistischen Leidenschaft, die an der Ruhr grassierte, im Auftrag der Partei eine plausible theoretische Erklärung für diese Welle suchte, die ansonsten bewusste Proletarier*innen hinwegfegte. Er versuchte zweifellos auch, die Langsamkeit der revolutionären Entwicklung in Deutschland und den schädlichen Charakter der Politik der Linksradiakalen zu unterstreichen, die immer auf der Suche nach einer Abkürzung ist, um die Situation in eine revolutionäre Krise zu verwandeln.

jetmacht (...) ihre offene Sympathie für es zum Ausdruck; damals war die Stellung der Frage in der deutschen kommunistischen Partei so, dass die Möglichkeit der Verteidigung des deutschen Vaterlandes gegen den siegreichen Entente-Imperialismus nicht ausgeschlossen wurde« (zitiert bei Kochan, a.a.O., S. 67[, dt. Ausg. S. 65]) und bei R. Fischer, a.a.O., S. 280 [dt. Ausg. S. 340] mit ungenauer Quellenangabe [hier übersetzt nach dem russischen Text in XV Konferenzija WKP(b), Moskau und Leningrad 1927, S. 30]

Kapitel XXXVI: Krise in der KPD

Die erste Folge der Besetzung der Ruhr und der Isolierung der Arbeiter*innen dieser Region ist die Eröffnung einer neuen Krise innerhalb der deutschen kommunistischen Partei. In ein paar Wochen explodieren wieder all die Divergenzen, die in der vorangegangenen Periode zum Ausdruck kamen.

Erfolg der Einheitsfront in Sachsen

Am 10. Januar stürzte die sozialdemokratische Regierung in Sachsen, und dieser Sturz sorgte für die KPD für die Gelegenheit für eine energische Kampagne zugunsten der Einheitsfront und der Arbeiter*innenregierung. Die sächsischen sozialdemokratischen Führer*innen waren größtenteils für ein parlamentarisches Bündnis mit der demokratischen Fraktion im Landtag, aber einige Elemente der Linken sprachen sich für ein Bündnis mit den Kommunist*innen aus, das ihnen eine absolute Mehrheit verschaffen würde. Die KPD organisierte systematisch »Arbeiterversammlungen« in den Ortschaften und Betrieben, die das Regierungsproblem kontrovers diskutierten und sich in der Regel mit einer Mehrheit, die größer war als die Zahl der anwesenden Kommunist*innen, für die sofortige Bildung einer Koalitions-Arbeiter*innenregierung in Sachsen aussprachen. Die kommunistischen Redner*innen traten gleichzeitig auf sozialdemokratischen Versammlungen auf und baten um Redezeit, um die Vorschläge ihrer Partei zu entwickeln: jedes Mal gewannen sie eine große Anzahl von Stimmen.⁵²²

Unter dem Druck seiner Linken musste der sächsische sozialdemokratische Vorstand die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zulassen, der am 4. März stattfand. Am Tag zuvor veröffentlichte »Die Rote Fahne« den Text eines »Arbeiterprogramms«, das die KPD der SPD Sachsens vorgeschlagen hatte, das unter anderem die entschädigungslose Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen königlichen Hauses, die Bildung von Arbeiter*innenwehren, die Säuberung der Justiz, der Polizei und der Verwaltung, schärfstes Vorgehen gegen konterrevolutionäre Organisationen, die Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses, die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, die Beschlagnahme von stillgelegten Betrieben, die Erhebung einer Zwangsanleihe, und die Kontrolle der Preise durch Kontrollausschüsse beinhaltete.⁵²³

⁵²² R. Wagner, »Der Kampf um die proletarische Einheitsfront und Arbeiterregierung in Sachsen unmittelbar nach dem VII. Parteitag der KPD«, I, BzG, 1963, Nr. 4, S. [647-657, hier S.] 651.

⁵²³ [»Der Kampf um die Arbeiterregierung in Sachsen«,] Die Rote Fahne, 2. März 1923 [S. 5, Spalte 2-3]. [Broué gibt offenbar die Zusammenfassung durch Wagner, S. 653 wider]

Obwohl Dittmann die Führer*innen der Rechten unterstützte, siegte die Linke, und der Kongress beschloss mit 93 zu 32 Stimmen, jede Koalition mit den Demokrat*innen abzulehnen und eine »Siebenerkommission« unter dem Vorsitz Georg Graupes mit der Leitung von Verhandlungen mit der KPD zu beauftragen.⁵²⁴

Die Kommunist*innen wiederholten dann die Vorschläge, die sie der früheren sozialdemokratischen Führung gemacht hatten: Bewaffnung der Arbeiter*innen, Kontrolle der Betriebsräte über alle Aktivitäten, Auflösung des Landtags und Einberufung eines Betriebsrätekongresses. Die linkssozialdemokratischen Führer*innen waren ebenso wenig wie ihre Vorgänger*innen bereit, diesen Schritt zur »Sowjetisierung« Sachsens zu akzeptieren, der die Einberufung des Betriebsrätekongresses durch die Regierung bedeuten würde.⁵²⁵ Da die Kommunist*innen die Brücken nicht abbrechen wollten, gaben sie daraufhin ihre Forderung nach Auflösung des Landtags und Einberufung des Kongresses auf und erklärten sich bereit, eine homogene sozialdemokratische Regierung im Landtag zu unterstützen, der Buck nicht angehören würde und die sich verpflichten würde, die Bildung von Arbeiter*innen-Selbstverteidigungsorganisationen zuzulassen, beratende »Arbeitskammern« zu organisieren, in denen die Betriebsrät*innen vertreten sein würden, und schließlich den politischen Gefangenen Amnestie zu gewähren. Am 19. März 1923 nahm eine erweiterte Konferenz der sächsischen Sozialdemokrat*innen diese Vorschläge an, und am selben Tag taten die Kommunist*innen trotz des Widerstands der Leipziger Vertreter*innen dasselbe.⁵²⁶ Am 21. März wurde eine neue Regierung unter dem Vorsitz Erich Zeigners gebildet, mit Liebmann als Innenminister und Graupe als Arbeitsminister; der Landtag setzte sie mit den Stimmen der Kommunist*innen ein.⁵²⁷ Im Namen der sächsischen Kommunist*innen begrüßte Paul Böttcher diese Wahl als einen Schritt vorwärts zur Bildung einer Arbeiter*innenregierung und zur Bewaffnung des Proletariats. Die bürgerlichen Abgeordneten verließen den Landtag als Zeichen des Protest gegen das, was sie das »bolschewistische Programm« der Regierung Zeigner nannten⁵²⁸, worüber die große Presse eine riesige feindselige Kampagne im ganzen Reich startete.

Am 22. März billigte das Politbüro der KPD die Beschlüsse der sächsischen Kommunist*innen und beschloss, eine landesweite Kampagne zur Bekanntmachung der Ereignisse in Sachsen zu starten.⁵²⁹ Aber am 30. veröffentlichte die »Rote Fahne« Resolutionen – aus Berlin und Berlin-Brandenburg –, in denen die in Sachsen verfolgte Politik als »opportunistisch« kritisiert wurde, und die Antwort des sächsischen Vorstands.⁵³⁰

524 R. Wagner, a.a.O., S. 653-654. [Broué schreibt irrtümlich »commission des neuf«, also Neunerkommission]

525 Ebenda, S. 655.

526 Ebenda

527 Ebenda, S. 357.

528 Glaubensbekenntnis Zeigners in Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1923, S. 717-720.

529 I.M.L.-Z.P.A., 3/1/27, zitiert von Wagner, S. 657.

530 [»Berliner Opposition und sächsische Regierungsfrage.«] Die Rote Fahne, 30. März 1923 [S. 5, Spalte

Am Rande der Spaltung

Die Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse in der Sozialdemokratie Sachsens ist für die Linke ein unbedeutendes Ereignis, denn die linken Sozialdemokrat*innen waren letztlich genauso »Verräter« wie ihre rechten Kumpan*innen. Für die Leitung der KPD hingegen, wie auch für Radek, war es ein Ereignis von tiefgreifender Bedeutung, die Bestätigung der Richtigkeit ihrer Politik. Das schreibt Radek für den Gebrauch der englischen Leser*innen:

»Auch heute noch ist die Sozialdemokratische Partei ist die stärkste Partei des deutschen Proletariats. Das mag enttäuschend und beunruhigend klingen, sei aber dennoch eine Tatsache, zu der man auf diese oder jene Weise Stellung beziehen müsse. Man könne Levis Weg gehen (...) oder man könnte gegen die Verräter mit Waffengewalt vorgehen und besiegt werden, wie es der Kommunistischen Partei Deutschlands im März 1921 ergangen war. Man könnte aber auch tatsächlich gegen diesen schändlichen Tatbestand ankämpfen, indem man das Proletariat erzieht und die Arbeitermassen mobilisiert.«⁵³¹

Der Konflikt zwischen den beiden Tendenzen der Kommunistischen Partei sollte sich bald auf das heißeste Terrain in Deutschland, das der Ruhr, verlagern. Ruth Fischer war in der Tat nach dem Leipziger Parteitag dorthin gegangen, und sie machte sich daran, die linksradikale Strömung zu organisieren; diese erstarke tatsächlich und drückte sich sogar öffentlich aus, wobei sie die Disziplin brach. Es handelt sich für sie darum, angesichts des imperialistischen Gewaltstrechs und des Schwindels, den der passive Widerstand darstellt, die Arbeiter*innen dazu zu drängen, die Fabriken und Bergwerke zu besetzen, die politische Macht zu übernehmen: Sich auf die starken »syndikalistischen« Traditionen des Arbeiter*innenmilieus, auf die linksradikalen Strömungen innerhalb und außerhalb der Partei stützend, versucht sie, die Idee der »Ruhrarbeiterrepublik« wiederzubeleben, die schon drei Jahre zuvor, nach dem Kapp-Putsch, die Arbeiter*innenkämpfe inspiriert hatte. Diese Republik hätte, so Ruth Fischer, die Basis sein können, »von der aus eine Arbeiterarmee nach Mitteldeutschland marschieren, die Macht in Berlin ergreifen und ein- für allemal die nationalistische Gegenrevolution erledigen sollte.«⁵³² Diese Perspektive war für die Linksradikalen in den Arbeiter*innenunionen attraktiv und fand, wenn man Ruth Fischer glauben darf, ein Echo bei den Bergleuten und in den führenden Kreisen der Partei, wo ihr Hauptverfechter Joseph Eppstein war, einer der Gründer der Partei an der

1-2].

531 Radek, »The Crucible of Revolution«, Communist Review, III, Nr. 11 (März 1923), S. 533, zitiert von Angress, a. a. O., S. 305. [dt. Ausg., S. 339]

532 R. Fischer, a.a.O., S. 255 [deutsche Ausgabe, S. 310, dort ist von einer »Arbeiterrepublik im Rheinland und Ruhrgebiet« die Rede].

Ruhr und Sekretär des Bezirks Mittelrhein.⁵³³ Aber sie wird heftig bekämpft von den Anhänger*innen der Zentrale, allen voran dem rheinisch-westfälische Bezirksleiter Stolzenburg und dem für den Oberbezirk in der Besatzungszone zuständigen Walter Stoecker, der vor allem von den Essener Metallarbeiter*innen unterstützt wurde.

Der Zusammenprall der beiden Tendenzen war in der ganzen Region besonders heftig, weil die Mehrheiten schwach und die Lage schwierig waren. Die erste öffentliche Konfrontation fand auf dem Bezirksparteitag von Rheinland-Westfalen-Nord in Essen statt. Ruth Fischer und Ernst Thälmann⁵³⁴, obwohl sie dem Bezirk fremd waren, schafften es trotz Stolzenburgs Widerstand, von lokalen Organisationen, die die Linke unterstützten, delegiert zu werden. Der Kongress annullierte ihre Mandate, ermächtigte sie aber, an seiner Arbeit teilzunehmen und im Namen ihrer jeweiligen Bezirke Berlin-Brandenburg und Hamburg-Wasserkante zu sprechen. Ruth Fischer nutzte dies, um einen beispiellos heftigen Angriff auf den »opportunistischen« Kurs der Zentrale zu starten. Sie beschuldigte sie, nur die Annäherung an die Sozialdemokratie zu suchen, und sah den Beweis dafür in der Politik des »Kampfes für eine Arbeiterregierung« in Sachsen. Für die Ruhr schlug sie ein Sofortprogramm vor, das die Besetzung der Betriebe, die Errichtung der Arbeiter*innenkontrolle über die Produktion und die Bildung von Ortswehren in der gesamten besetzten Zone vorsah. Für sie stellen all diese Forderungen nur vorbereitende Maßnahmen für den direkten Kampf um die Macht dar, einen Kampf, der im jetzigen Moment den Aufruf zum Sturz der Cuno-Regierung durchläuft. Indem sie Brandlers Anhänger*innen als »Freunde der Demokratie« denunziert – in der KPD jener Epoche ist dieser Vorwurf von äußerster Schwere –, gibt sie sich einer Sprachgewalt hin, die auf den Wunsch nach einer Spaltung hinzudeuten scheint, und geht so weit, zu verkünden:

»Es kommt der Tag, wo alle Genossen hinter uns stehen und die hinauswerfen, die auf dem Boden der Demokratie stehen und mit der Weimarer Verfassung lieb-äugeln.«⁵³⁵

Ihr gegenüber kam ihre alte Widersacherin Clara Zetkin, um Stoecker und Stolzenburg zu unterstützen. Sie erwiderte, dass die Analyse der Linken in keiner Weise der deutschen Realität des Augenblicks entspreche und dass die Anwendung ihrer

533 Eppstein war vor 1914 einer der radikalen Führer*innen an der Ruhr. 1919 inhaftiert, ließ er sich in Köln nieder und machte dank seines Organisationstalents den Mittelrhein ab 1921 zu einer Bastion der Linken, nachdem er anstelle des Levi-Weggefährten Dahlem ins Bezirkssekretariat gewählt worden war. Unterstützt wurde er von einem schlagkräftigen Team: Peter Mieves – später als Polizist enttarnt –, der Lehrer Kerff, Wilhelm Florin. In den anderen rheinischen Bezirken hatte die Linke starke Positionen dank Menschen wie Arthur König, Leiter von Dortmund, Kötter, aus Bielefeld, Hans Kollwitz, der Sekretär des Betriebsräteausschusses für die Ruhr werden sollte.

534 Thälmann, ein echter Proletarier, war mehr das Symbol der Hamburger Linken als ihr Chef. Der eigentliche Führer war Urbahns, dessen Haupt-Leutnant 1923 Philip Dengel, Redakteur der Hamburger Volkszeitung, war.

535 [»Der Parteitag des Bezirks Rheinland-Westfalen-Nord,«] Die Rote Fahne, 29. März 1923 [Seite 5].

Linie einen Rückfall in Abenteuer putschistischen Typs bedeuten würde, die durch eine verfrühte Offensive zur Isolierung und Niederlage des Ruhrproletariats führen würden. Die von der Linken geforderten Initiativen würden nach der Delegierten der Zentrale Gefahr laufen, den Besatzer*innen in die Hände zu spielen, deren Agent*innen versuchen, mit den Aktivist*innen und örtlichen Verantwortlichen Kontakt aufzunehmen. Am Ende gewann die Resolution der Anhänger*innen der Zentrale mit einem knappen Vorsprung von 68 zu 55 Stimmen.⁵³⁶

Die Gefahr einer Spaltung ist wieder aufgetaucht. Die Stärke der Opposition in einer Region, die entscheidend geworden war, ihre Entschlossenheit, das Verhalten ihrer Aktivist*innen an der Ruhr, die von Ruth Fischer selbst an den Tag gelegte Aggressivität, zeigten, dass die Krise ernst war, nahe am Bruchpunkt. Die Zentrale bewegt sich.⁵³⁷ Nach einer hitzigen Diskussion veröffentlichte sie in gemäßigten, aber klaren Worten eine Warnung mit dem Titel »So geht es nicht weiter!« Sie war der Ansicht, dass die Opposition sowohl durch ihr Verhalten auf dem Kongress von Essen als auch durch ihre früheren Aktionen die Einheit der Partei direkt bedroht. Entschlossen, die Fortsetzung der Diskussion zu gewährleisten, erklärte sie sich dennoch entschlossen, jeden Versuch einer Spaltung zu verhindern, egal unter welchem Vorwand oder unter welchen Umständen er unternommen wurde.⁵³⁸ Am nächsten Tag ließ sie einen Artikel Ruth Fischers in der Roten Fahne veröffentlichen, gefolgt von Brandlers Antwort.⁵³⁹ Am gleichen Tag eröffnete Brandler den Kongress der kommunistischen Jugend in Chemnitz und sprach eine feierliche Warnung aus:

»Die Zentrale wird noch einmal versuchen, eine Einigung mit der Opposition zu erzielen. Wir hoffen, dass die überwältigende Mehrheit unserer Genossen Anhänger der Opposition sich mit uns in einem ehrlichen Bemühen zusammenschließen wird, um einen Ausweg zu finden, der erlaubt, die Partei zu bewahren. Allerdings (...) können wir nicht tolerieren, dass sich Vorfälle, wie sie sich gerade auf dem Bezirksparteitag der Partei ereignet haben, wiederholen. Wir können nicht zulassen, dass ein weiterer Versuch unternommen wird, die praktischen Losungen der Partei im Verlauf der Aktion zu bekämpfen und sie durch andere zu ersetzen, die abgelehnt wurden. Dies würde die revolutionäre Kampfdisziplin töten. Jeder, der dagegen verstößt, ist ein Feind der Partei und muss außer Gefecht gesetzt werden.«⁵⁴⁰

Brandlers Sprache wurde zumindest von einigen der verantwortlichen Aktivist*innen der Linken gehört. Eppstein wurde von der Zentrale entlassen und ein gemä-

536 Die Rote Fahne, 29. März 1923 [a.a.O.].

537 I.M.L.-Z.P.A., 3/1/7, S. 54, zitiert von Vera Mujbegović, a.a.O. S. 397, Nr. 82: Protokoll der Polbüro-Sitzung vom 27. März, Diskussion über Ruth Fischers Haltung.

538 Die Rote Fahne, 30. März 1923 [S. 5, Spalte 3].

539 [Ruth Fischer, »Die Opposition auf dem Parteitag der KPD« und Heinr. Brandler, »Die »radikalen Parteiretter«] ebenda, 31. März [tatsächlich 1. April] 1923 [S. 5, Spalte 1 – S. 6, Spalte 3].

540 Ebenda, 1. April 1923 [Rückübersetzung aus dem Französischen].

ßigterer Linksradikaler, Peter Maslowski, wurde an seiner Stelle gewählt.⁵⁴¹ Am 10. April entsolidarisierten sich vier weitere Linksradikale, und nicht die geringsten, Arthur Ewert, Mitglied der Zentrale, Hans Pfeiffer, ebenfalls Mitglied der Zentrale und Sekretär der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg, Gerhard (in Wirklichkeit Gerhard Eisler), Ruth Fischers eigener Bruder, stellvertretendes Mitglied des Zentralaussschusses und Bezirksvorstandes, und Heinz Neumann, Redakteur der »Roten Fahne« und »Inprekorr«, ein Mitglied des Untergrundapparates, ein junges und brillantes Element, das das Ohr der Russen hatte, von den Führer*innen der Opposition, desavouierten das Wesen der Thesen Ruth Fischers und Maslows und traten für eine »Konzentration« der Partei ein.⁵⁴² Im Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg erhielten die Anhänger*innen dieser »Mitte« 10 Stimmen gegen 24 für die Linken.⁵⁴³ Am 22. April lud Sinowjew im Namen der Exekutive Vertreter*innen der Zentrale und der linken Opposition zu einer Konferenz mit den bolschewistischen Führer*innen nach Moskau ein.⁵⁴⁴

Neuer Kompromiss in Moskau

In einem Moment, als Lenin am 9. März gerade von seinem dritten Schlaganfall niedergestreckt worden war, wollte die Exekutive versuchen, die Krise in Gesprächen, die Anfang Mai in Moskau stattfanden, zu lösen. Brandler und Böttcher vertraten die Zentrale, Maslow, Ruth Fischer, Thälmann und Gerhard Eisler, die linksradikale Minderheit.⁵⁴⁵

Ihnen gegenüber vertraten Trotzki, Bucharin, Sinowjew und Radek die bolschewistische Partei.⁵⁴⁶ Man kennt den genauen Inhalt der Diskussionen nicht⁵⁴⁷, aus denen eine lange Kompromissresolution hervorgehen wird, die insbesondere erklärt:

»Die Differenzen in der Partei haben zur Grundlage den langsamen Gang der revolutionären Entwicklung in Deutschland und die durch ihn erzeugten objektiven Schwierigkeiten, die in der Partei rechte wie linke Abweichungen erzeugen.«⁵⁴⁸

541 H. Weber. Die Wandlung, II, S. 111.

542 »Zur Lage und zu den Aufgaben der Partei«, Die Internationale, 15. Mai 1923, Nr. 10, S. 228-234, wahrscheinlich weil »Die Rote Fahne« vom 8. bis 21. April 1923 verboten war.

543 Weber, Die Wandlung, I, S. 48.

544 Carr, The Interregnum, S. 162, weist darauf hin, dass sich der Text dieses Briefes in der Sammlung Material zu den Differenzen mit der Opposition findet, die wir nicht erhalten konnten.

545 R. Fischer, a.a.O., S. 260 [dt. Ausg., S. 316], erwähnt nur die ersten drei. Aber »Die Rote Fahne«, 13. Mai 1923 [»Zur Liquidation der Parteidifferenzen«, S. 5, Spalte 1 – S. 6, Spalte 3, hier S. 6, Spalte 1], erwähnt Gerhard, zu dem eine Fußnote in Dok. u. Mat., VII/2, S. 309, angibt, dass es sich um Gerhard Eisler handelt; es ist wenig wahrscheinlich, dass diese Auslassung zufällig ist. R. Fischer war der Meinung, dass ihr Bruder die Linke »verraten« habe.

546 R. Fischer, ebenda. [dt. Ausg., S. 317]

547 Ein Bericht hierüber wurde nie veröffentlicht. Die kurze Darstellung Ruth Fischers (ebenda) scheint wenig vertrauenswürdig zu sein.

548 »Resolution zu den Differenzen in der KPD« Die Rote Fahne, 13. Mai 1923 [a.a.O., S. 1, Spalte 1]; Dok.

Die Exekutive charakterisiert als »rechte Abweichungen« bestimmte Formeln der Resolution von Leipzig, über das Anknüpfen an »die Illusionen und Vorurteile und die Bedürfnisse« der sozialdemokratischen Arbeiter*innen oder der »Machtmittel des bürgerlichen Staates« für den möglichen Kampf einer Arbeiter*innenregierung. Nach ihr erklären solche Irrtümer die Unzufriedenheit »frischer proletarischer Elemente (...), die (...) jetzt noch die Kinderkrankheiten durchmachen.«⁵⁴⁹ Sie fügt jedoch hinzu, dass die Zentrale Recht hatte, linksradikale Tendenzen zu bekämpfen, wenn sie, wie an der Ruhr, »in isolierte Kämpfe hätten führen können (...), bei denen die Partei eine schwere Niederlage erleiden würde; oder wenn sie, wie in der sächsischen Frage, zur Isolierung der KPD von den proletarischen Massen, die sich auf dem Wege zu uns befinden, führen würden.«⁵⁵⁰ Sie schließt damit:

Der »Kampf gegen die linken Tendenzen konnte nur mit Erfolg geführt werden, wenn die Zentrale der KPD in erster Linie durch den Kampf gegen die rechten Elemente dem revolutionären Misstrauen der Linken den Grund unter den Füßen fortzog.«⁵⁵¹

Die Exekutive verurteilte jede Politik der Besetzung der Fabriken an der Ruhr, solange es »keine revolutionäre Bewegung im unbesetzten Gebiet« oder irgendein Anzeichen für einen Zerfall der französischen Besatzungsgruppen gibt.⁵⁵² Während sie die in Sachsen angewandte Taktik in Bezug auf die Regierung Zeigner für richtig hielt, bedauerte sie, dass es der deutschen Partei noch nicht gelungen sei, ihren Kampf für eine Arbeiter*innenregierung in Sachsen in einen Kampf im nationalen Maßstab für eine Arbeiter*innenregierung in Deutschland einzubinden.⁵⁵³ Sie stellt zwar fest, dass die deutsche Bourgeoisie durch ihren Kampf gegen den Versailler Vertrag objektiv zum Zerfall des kapitalistischen Europas beiträgt, erinnert aber daran, dass diese Bourgeoisie sich auch dem Kampf gegen das Proletariat verschrieben hat und dass sie nicht siegreich gegen die Entente kämpfen kann.⁵⁵⁴ Es ist Sache der Kommunistischen Partei, den von nationalistischer Ideologie beeinflussten Massen geduldig zu erklären, dass »nur die Arbeiterklasse, nachdem sie gesiegt hat, imstande sein wird, den deutschen Boden, die Schätze der deutschen Kultur und die Zukunft der deutschen Nation zu verteidigen.«⁵⁵⁵

Zur Absicherung der so erzielten politischen Einigung – der Beschluss wurde einstimmig gefasst – empfahl der Vorstand die Eröffnung einer öffentlichen Diskussion

u. Mat, VII/2, S. 301-309, auf die wir für Referenzen verweisen; hier S. 302.

549 Ebenda, S. 303.

550 Ebenda, S. 303-304.

551 Ebenda, S. 304.

552 Ebenda, S. 304-305.

553 Ebenda, S. 305-306.

554 Ebenda, S. 307.

555 Ebenda. R. Fischer schreibt (a.a.O., S. 260), dass die Frage des »Nationalbolschewismus nicht aufgeworfen wurde«, während diese Passage der Resolution tatsächlich als Grundlage der von ihr als »Nationalbolschewismus« bezeichneten Politik angesehen werden kann.

in einer vierzehntägigen Sonderbeilage der »Roten Fahne«, die Verpflichtung, seitens der Führer*innen der Linken, Propaganda zugunsten ihrer Strömung in den Bezirken, in denen sie nicht verwurzelt sind, zu unterlassen⁵⁵⁶ und von Seiten der Führer*innen der Rechten, auf der nächsten Sitzung des Zentralausschusses die Kooptierung der in Leipzig außen vor gelassenen Führer*innen der Linken in den Zentralausschuss vorzuschlagen.

Wiedergefundene Einigkeit inmitten wachsender Spannungen

Im Monat Mai trug die Verschärfung der internationalen Lage dazu bei, den in der Partei erzielten Kompromiss zu festigen. Am 2. Mai begutachtete Marschall Foch bei einem offiziellen Besuch die polnische Armee. Am 8. Mai richtete der britische Außenminister Lord Curzon ein Ultimatum an die Sowjetunion bezüglich der Aktionen ihrer Agent*innen in Persien, Afghanistan und Indien. Am 10. Mai wird der russische Diplomat Worowski in der Schweiz von einem »weißen« Russen ermordet. In der Sowjetunion sind die Emotionen beträchtlich. Sinowjew schreibt, dass die Unbelehrbaren des imperialistischen Lagers eine neue Offensive vorbereiten:

»Die Ereignisse an der Ruhr, das von Curzon gesandte Ultimatum, die Ermordung Worowskis, der Triumphzug des Marschalls Foch in Polen sind Glieder derselben Kette.«⁵⁵⁷

Am 13. schätzt man die Zahl der in Berlin von der KPD versammelten Demonstrant*innen, um gegen den Mord und die Aggressionspläne gegen Russland zu protestieren auf 100.000.⁵⁵⁸ Am 16. versammelten sich mehr als 150.000 Menschen um Worowskis Sarg, der nach Moskau überführt werden sollte, in einer gigantischen Fackeldemonstration, von der Victor Serge später schrieb, sie »eröffnete die Periode der revolutionären Mobilisierung.«⁵⁵⁹ Rykow und Botschafter Krestinsky waren an der Seite Radeks und allen Mitgliedern der Zentrale. Radek hielt eine feurige Rede, in der er die deutschen Arbeiter*innen zur Verteidigung der russischen Revolution aufrief.⁵⁶⁰ Der Zentralausschuss tagte am selben und am darauffolgenden Tag. Dem Bericht Brandlers, der den Ernst der internationalen Lage und die faschistische Ge-

556 Ebenda, S. 308. Es scheint, dass die Linke in den ersten Monaten des Jahres 1923 einige der Bastionen der Rechten ernsthaft unterminiert hat. Die Sorge der Zentrale kommt in der Versetzung von Vertrauensleuten in umstrittene Bezirke zum Ausdruck: So verließ Hans Tittel Württemberg in Richtung Thüringen, wo er zum Polleiter gewählt wurde (Weber, a.a.O., II, S. 334).

557 Prawda [Nr. 107], 16. Mai 1923 [https://marxism-leninism.info/paper/pravda_1923_107-8269, S. 3, Spalte 1-2, hier Spalte 2].

558 Erinnern wir uns, dass es in Berlin ungefähr 30.000 kommunistische Aktivist*innen gab.

559 Victor Serge, *Mémoires d'un révolutionnaire*, S. 185. [deutsch: Victor Serge, *Beruf: Revolutionär. Erinnerungen 1901 – 1917 – 1941*. Frankfurt am Main 1967, S. 191]

560 [Karl Radek, »Die proletarische Mauer um Sowjetrußland«,] *Die Rote Fahne*, 17. Mai 1923 [S. 1, Spalte 1-3, tatsächlich handelt es sich um einen Artikel, keine Rede].

fahr in Deutschland selbst betonte, folgte eine dürftige Diskussion von Detailfragen. Gemäß der Moskauer Vereinbarung wurden Ruth Fischer, Geschke, Thälmann und König in die Zentrale kooptiert.⁵⁶¹ Man scheint sich auf die Formel geeinigt zu haben, die von Radek am Tag nach der Sitzung ausgegeben wird:

»Wir sind heute nicht imstande, die Diktatur des Proletariats aufzurichten, weil dazu die Vorbedingung, der revolutionäre Wille bei der Mehrheit des Proletariats, fehlt.«⁵⁶²

Doch ab dem nächsten Tag explodierte der Sprudel an der Ruhr wieder. Franz Dahlem schreibt:

»Der Hunger, der den Wolf aus dem Wald holt, holt die Bergleute aus dem Bergwerk und den Dreher aus der Fabrik.«⁵⁶³

Der Anlass: ein brutaler Einbruch der Mark im Gefolge massiver Devisenkäufe durch Stinnes' Agenten, ein heftiger Preisanstieg. Es war ein echter wilder Streik, der trotz der Gewerkschaften begonnen wurde und den die Kommunistische Partei nur mit größter Mühe kontrollieren konnte: Die Bewegung begann am 16. Mai, und es dauerte Tage der Anstrengung, bis sich am 26. Mai endlich ein zentrales Streikkomitee konstituierte; dieses Komitee hatte jedoch nicht genügend Autorität, um zu verhindern, dass hier und da Straßenkämpfe ausbrachen. Am 29. Mai schließlich stimmte die Zentrale, die gleichzeitig mit dem zentralen Streikkomitee in Essen tagte, der Wiederaufnahme der Arbeit auf der Grundlage einer Lohn-erhöhung von 52,3% zu: Die Linke stimmte zu, und die Arbeit wurde rasch wieder aufgenommen.⁵⁶⁴

Doch in dem Augenblick, in dem sich die Kommunist*innen über die Notwendigkeit einer vorsichtigen Herangehensweise an die Probleme der Entwicklung der deutschen proletarischen Revolution einig zu sein scheinen, glauben andere, dass die Situation dabei ist, revolutionär zu werden. Am 26. Mai, dem Tag nach den ersten Tagen der Unruhen in Gelsenkirchen, schrieb ein hoher deutscher Beamter, der Assistent des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Dr. Lutterbeck war, an den französischen General Denvignes, um ihn zu bitten, die deutsche Polizei zu autorisieren, in die Besatzungszone einzudringen, um die Ordnung wiederherzustellen:

561 [»Zentral-Ausschuss der KPD«,] ebenda, 17. Mai 1923 [S. 3, Spalte 1-2].

562 [»An die Partei«,] ebenda, 18. Mai 1923 [S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 3, hier S. 2, Spalte 1]. Davidovitch (a.a.O., S. 79) zitiert die Intervention eines linken Führers an der Ruhr, Unger, der den Opportunismus der Zentrale kritisiert, nach dem Archiv der I.M.L., Moskau, Fonds KPD 1923, 1924, S. 134-135.

563 [Franz Dahlem, Ce qui se passe dans la Ruhr] Corr. Int. Nr. 44, 1. Juni 1923, S. 824 [f., hier S. 824. In der deutschen Version heißt es viel prosaischer: »Der Hunger hat die Arbeiter aus den Betrieben gejagt.« (Franz Dahlem, Der »Kommunistenputsch« an der Ruhr, Inprekorr Nr. 90, 28. Mai 1923, S. 760 f., hier S. 760)].

564 Bericht ... , S. 11.

»Erfolge, wie die in Gelsenkirchen müssen die staatsfeindlichen Elemente ermutigen, neue Versuche werden unternommen werden, und so droht der Ordnung, dem unentbehrlichen Untergrund von Kultur und Produktion, eine Erschütterung, von der man voraussehen muss, dass sie sich zu einem Dauerzustand auswächst. (...) Das Industriegebiet ist zu eng ineinander gewachsen, als dass nicht der Funke von einer Stadt auf die andere überspringt und ein Flammenmeer entfacht, dessen keine Macht mehr Herr werden wird, und das nicht mehr am Rhein und der weiter im Westen gelegenen Grenze Deutschlands haltmachen wird. Diese Befürchtung hegt im Augenblick die ganze Welt, und wenn das französische Kommando duldet, dass ungestraft der Aufruhr um sich greift, so kommt es nur allzu leicht in den Verdacht, als ob Frankreich die Schwächung der deutschen Autorität im Ruhrgebiet um jeden Preis, selbst um den Preis der die gesamte europäische Zivilisation bedrohenden Aufrichtung einer Pöbelherrschaft im Ruhrgebiet herbeiführen will. Das Spiel, das hier gespielt wird, hat seine Gefahren für Frankreich selbst. Die Besatzungsarmee ist nicht nur eine Sammlung von Gewehren, Geschützen, Tanks und anderen leblosen Kriegsinstrumenten, sondern diese Instrukente werden bedient von Menschen, die Augen und Ohren für die Ereignisse in ihrer Umgebung haben. Sie werden eine Saat von Lehren mit nach Hause nehmen, die auch auf französischem Gebiet verhängnisvoll aufgehen können. Angesichts solcher Gefahr weise ich auf die schwere Verantwortung hin, die das französische Oberkommando in der Duldung anarchistischer Zustände auf sich lädt. Wenn sie selbst nichts dagegen unternimmt, so ist es seine Pflicht, doch wenigstens den deutschen Behörden in der Erfüllung ihrer Pflicht frei Hand zu lassen (...). Aus diesem Anlass muss ich daran erinnern, dass damals bei dem Kommuneaufstand das deutsche Oberkommando den französischen Behörden jedes Entgegenkommen zum Zwecke der Niederwerfung des Aufstandes in verständnisvoller Weise gezeigt hat.«⁵⁶⁵

565 Die Rote Fahne, 29. Mai 1923 [»Ein blutrünstiges provokatorisches Schanddokument«, tats. 27. Mai, Seite 2, Spalte 3; Un document sur le patriotisme allemand] Corr. Int. Nr. 44, 1. Juni 1923, S. 825-826.

Kapitel XXXVII: Eine beispiellose vorrevolutionäre Situation

Die durch die Besetzung des Ruhrgebiets eröffnete Krise in Deutschland war in der Tat die tiefste, die ein fortgeschrittenes kapitalistisches Land je gekannt hat: verallgemeinertes Elend im Rahmen eines auf modernster industrieller Produktion beruhenden Staates, absolute Verelendung fast der gesamten werktätigen Bevölkerung, Ruin des Kleinbürgertums, Abschaffung aller Privilegien außer denen der Besitzer*innen von Kapital und Produktionsmitteln, der Triumph der Spekulation, der Korruption, der Prostitution, die Auflösung aller sozialen Sicherungen, aller demokratischen Ideologien, die Verhöhnung aller sogenannten moralischen Werte, die erschreckende Bilanz des Bankrotts, mit einem Wort, die Umkehrung eines Jahrhunderts der blitzartigen Entwicklung und der glänzenden Errungenschaften des Kapitalismus.

Galoppierende Inflation

Das spektakulärste Merkmal der Krise von 1923 ist die Inflation. Das Phänomen ist nicht neu: Es geht auf die unmittelbare Nachkriegszeit zurück und wurde erstmals 1919 eingedämmt. Ab 1921 stand der Fall der Mark offenbar im Mittelpunkt der Strategie der deutschen Bourgeoisie: In Erneuerung alter Berechnungen und in der Überzeugung, dass die Währungskrise ausschließlich auf das Exportdefizit zurückzuführen war, glaubte sie, dass ein erneuter Fall der Mark ihre Kosten senken, den Export erleichtern, die Produktion fördern und die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Erholung schaffen würde. Die Großindustriellen schlugen vor, eine normale Währungssituation wiederherzustellen, indem sie ihren eigenen Kredit durch den des Staates ersetzen, aber gleichzeitig verlangten sie Garantien. Aber keine Regierung kann sie ohne Risiko gewähren, solange es eine organisierte Arbeiter*innenklasse gibt, und jedes Mal stellen die sozialdemokratischen Minister Hindernisse für die Versuche ihrer bürgerlichen Partner*innen dar, die Vorschläge Hugenbergs und Stinnes zu akzeptieren. Es scheint, dass sich die Magnaten der deutschen Industrie ab November 1921 für die Politik des Je-schlimmer-desto-Besser entschieden: Die galoppierende Inflation würde die deutschen Schulden streichen, den Staat vor ihnen in die Knie zwingen, die Arbeiter*innen erschöpfen und nur den Großkapi-

talisten die Kontrolle überlassen. Der Fall der Mark, der 1922 konstant war, wurde ab der Besetzung des Ruhrgebiets blitzschnell, wobei es hier schwierig ist, zwischen der Vermehrung der Staatshaushaltsbelastungen, den Auswirkungen von Panik und den Folgen einer konzertierten Politik zu unterscheiden.

Im April 1922 war der Dollar 1.000 Mark wert, im Oktober 2.000 Mark und im November desselben Jahres 6.000 Mark. Am 4. Januar 1923 notierte er bei 8.000, am 10. bei 10.000 und am 15. bei 56.000 Mark.⁵⁶⁶ Von da an wurde die Kurve schwindelerregend steil, mit mehr oder weniger kurzzeitigen Stopps, Abbremsungen, krampfartigen Rückschlägen, gefolgt von brutalen Beschleunigungen. Am 17. Mai 1923 notierte der Dollar bei 96.000 Mark, am 10. Juli⁵⁶⁷ bei rund 200.000, am 23. Juli bei 400.000, am 28. Juli bei 1.000.000.⁵⁶⁸ Er überschritt 2.000.000 am 7. August, lag bei 6.500.000 am 9. August⁵⁶⁹, etwas weniger als 20.000.000 am 5. September, 46.000.000 am 6. September und 60.000.000 am 7. September.⁵⁷⁰ Am 20. September war er 325.000.000 Mark wert.⁵⁷¹ In einem Jahr wurde der Wert der Mark auf ein 162.500tel verringert! Auf dieser Ebene verlieren die Zahlen ihren Sinn. Am 1. Januar 1923 befanden sich 1.654.000.000 Mark im Umlauf; am 15. August hatte allein die Reichsbank 116.402.548.057.000 Mark ausgegeben.⁵⁷² Die Gelddruckerei arbeitete ohne Unterlass: Man mussten private Druckereien hinzuziehen, um Geldscheine von zunächst 1, 2, 5 und 10 Millionen Mark⁵⁷³, dann 50 und 100 Millionen⁵⁷⁴ herzustellen.

Der Anstieg der Preise folgte dem gleichen Muster. Ein Ei kostete am 3. Februar 1923 300 Mark, am 5. 420⁵⁷⁵, am 10. Juli 3.400, am 11. Juli 4.400⁵⁷⁶, am 27. Juli 7.000,

566 [Eugène Varga, Octobre ...] Corr Int. no. 13, 14. Februar 1923, S. 83. [Deutsche Fassung Nr. 18, 27. Januar

567 [R. Albert, Dans la débâcle de l'Allemagne bourgeoise] Ebenda, Nr. 56, 13. Juli 1923, S. [414 f. hier S.] 415 [Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, Montreuil 1990, S. 33-36.] Die tatsächlichen Wechselkurse sind 266.000 in Danzig, 276.000 in New York, 187.000 nur in Berlin.

568 [R. Albert, Notes d'Allemagne] Ebenda, Nr. 61, 31. Juli 1923, S. [455 f., hier S.] 456.

569 [R. Albert, La grève générale en Allemagne] Ebenda, Nr. 64, 15. August 1923, S. [477-479, hier S.] 478. [Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 48-54.]

570 [R. Albert Notes d'Allemagne.] Ebenda, Nr. 71, 8. September 1923, S. 535. [Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 61-63.]

571 [R. Albert Notes d'Allemagne. Vers la guerre civile] Ebenda, Nr. 77, 28. September 1923, S. [581-582, hier S.] 582. [Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 80-86.]

572 [R. Albert Notes d'Allemagne. La grande coalition à l'œuvre] Ebenda, Nr. 70, 5. September 1923, S. [527 f., hier S.] 528. [Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 55-60.]

573 Ebenda, Nr. 61, 31. Juli 1923, S. 456.

574 Ebenda, Nr. 64, 15. August 1923, S. 478.

575 [R. Albert, Nouvelles d'Allemagne] Ebenda, Nr. 12, 9. Februar 1923, S. 75. [Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 30-32.]

576 Ebenda, Nr. 56, 13. Juli 1923, S. 415.

am 5. August 12.000⁵⁷⁷, am 8. August 30.000.⁵⁷⁸ Dann mussten die Händler*innen, um mit dem Verfall der Währung Schritt zu halten, die Preise von Tag zu Tag und dann von Stunde zu Stunde erhöhen, und die Kaufhäuser bezahlten Angestellte, die einfach Nullen zu den markierten Preisen hinzufügten: Sie waren selten der realen Entwicklung voraus, sondern meistens hinter ihr. In der Tat werden die einzigen wirklichen Transaktionen auf der Basis von Gold und Devisen, vorzugsweise Dollar, durchgeführt. Die Papiermark wird jetzt praktisch nur noch zur Bezahlung von Gehältern verwendet, bei denen die Höhe festgelegt ist.

Wirtschaftliche und soziale Folgen

Die Maschine gerät unaufhaltsam ins Stocken. Die Reichsbank vergab keine Kredite mehr, außer auf stabile Wertpapiere, aber ließ sich weiterhin in wertlosen Papieren auszahlen, ein gutes Geschäft für Spekulant*innen, die es sich leisten konnten. Der Zinssatz nimmt astronomische Zahlen an, 100 % für ein vierundzwanzigstündiges Darlehen, 400 % für einen Monat, 5000 % für ein Jahr, und man kann sich fragen, ob jemand, der für mehr als vierundzwanzig Stunden verleiht, überhaupt einen Bestand hat. In der Tat will kein Kapitalbesitzer mehr etwas in Papiermark haben außer seinen Schulden. Der Bauer weigert sich, die Produkte seiner Ernte zu verkaufen. Die Geschäfte sind leer, die Märkte verwaist. Die Krise nimmt die Form einer echten »internen Blockade« an. Die Menschen aus den Städten organisieren Überfälle auf dem Land, überfallen Bauernhöfe, plündern Scheunen.

Die Sachwerte, Gebäude, verschiedene Waren, Kostbarkeiten, sind die Grundlage immenser Vermögen und ebenso unerschämter wie schneller Erfolge. Sie werden manchmal für scheinbar fabelhafte Summen gekauft, die in Wirklichkeit lächerlich sind. Wer sie nicht hat, hat wenig Chancen, sie zu erwerben. Wer wenige oder nicht aufteilbare Vermögenswerte hat, wird sie wahrscheinlich verlieren. Wer aber genug hat, wird sie sicher verzehnfachen, verhundertfachen. Großhändler*innen, Industrielle, Großgrundbesitzer*innen, von einem Kaufrausch ergriffen, erwerben alles, was sie können. Stinnes soll, sagt man, rund 1.300 Unternehmen in den verschiedensten Branchen übernommen haben, und er gibt zu, dass er selbst nicht in der Lage ist, eine Bestandsaufnahme seines Unternehmens zu machen. Die Exportindustrien machen fabelhafte Gewinne: Einerseits erlauben ihnen die niedrigen Mieten und Löhne, der Ruin der Anleihen, Selbstkostenpreise anzubieten, die jeder Konkurrenz trotzen, und andererseits werden sie in Devisen bezahlt. Die großen Unternehmen deponieren Kapital – in Devisen – im Ausland, gründen Firmen in der Schweiz, in Holland oder

577 [R. Albert, Notes d'Allemagne] Ebenda, Nr. 63, 7. August 1923, S. 470. [tats. S. 471 f., hier S. 471 und die Angaben sind 6-7000 für den 27. Juli und 12-15.000 für den 2. August, s. <https://www.retronews.fr/journal/la-correspondance-internationale/7-aout-1923/1071/4111103/3>. Nachdruck a.a.O., S. 44-47, hier S. 46, wo allerdings die Zahlen falsch wiedergegeben sind]
578 Ebenda, Nr. 64, S. 478.

in Lateinamerika, um ihr Vermögen zu verstecken, gründen zwischengeschaltete Firmen mit Strohmännern, die es ihnen ermöglichen, das Gesetz zum Kapitalexport zu umgehen. Kurz gesagt, die großen Kapitalisten machen ihre Gewinne in Dollar oder Gold, aber zahlen ihre Schulden, Steuern und Gehälter in Papier und machen kolossale Geschäfte.

Das Kleinbürgertum hingegen ist völlig entblößt. Rentier*innen, Pensionär*innen und Menschen mit festem Einkommen finden sich über Nacht im Elend wieder. Der durchschnittliche Rentner in Berlin erhält im Juli eine Rente von 10.800 Mark, mit der er sich zwei Straßenbahnfahrten leisten kann, wenn er vorsichtig ist und sie an seinem Zahltag macht.⁵⁷⁹ Die Eigentümer*innen von Immobilien sahen ihre Mieteinkünfte auf nahe Null heruntergehen. Wenn sie keine anderen Ressourcen haben, verkaufen sie. Auf diese Weise fallen Schieberbanden über die Gebäude her und kaufen sie für ein paar Kilo Papiermark billig auf. Angestellte, die monatlich bezahlt werden, erleiden ein ähnliches Schicksal wie Rentner*innen oder Bezieher*innen fester Einkommen: Selbst wenn ihre Gehälter dem Preisanstieg folgen, geschieht dies im besten Fall mit einer Verzögerung von mindestens einem Monat, was eine Reduzierung ihres realen Gehalts von 50 bis 90 % bedeutet.

Arbeiter*innen sind, da sie wöchentlich bezahlt werden, relativ privilegiert: Die Zeitspanne zwischen der Erhöhung und der »Anpassung« ist für sie weniger wichtig. Sie ist jedoch in bestimmten Zeiträumen beträchtlich. Ein Metallarbeiter, der Ende 1922 3.000 Mark verdiente, erhielt im März 1923 500.000 Mark und im Juli 4.000.000 Mark.⁵⁸⁰ Wenn man diese Mark in Dollar umrechnet, stellt man fest, dass sein Gehalt innerhalb von sechs Monaten von 30 Dollar auf 25 und dann auf 14 gefallen ist. Nach offiziellen Indizes waren die Löhne zu diesem Zeitpunkt 3.300-mal höher als 1914, die Preise aber 12.000-mal höher: Die theoretische Kaufkraft der Arbeiter*innen – denn die Läden waren meist leer – wäre also ein Viertel dessen, was sie vor dem Krieg war.⁵⁸¹ Anfang August waren die Löhne 87.000 Mal höher und die Preise 286.000 Mal höher als 1914.⁵⁸² Für die Woche vom 27. Juli bis 2. August wird der Lebenshaltungskostenindex für einen Arbeiter*innenhaushalt mit zwei Kindern mit 5.158.912 Mark pro Woche, also dem Monatsgehalt des Vaters, bewertet, allerdings unter der Voraussetzung, dass der Monat nur eine Woche lang ist.⁵⁸³ ... Im Oktober muss ein Bergarbeiter eine Stunde arbeiten, um ein Ei zu kaufen, fünfzehn Tage für ein Paar Stiefel.⁵⁸⁴ Die Arbeitslosigkeit, die in den ersten Monaten des Jahres 1923 unbedeutend gewesen war, breitete sich aus: Im September waren 7,06% der Metallarbeiter*innen,

579 Ebenda, Nr. 64, 15. August 1923, S. 478.

580 Ebenda, Nr. 61, 31. Juli 1923, S. 456.

581 Georges Castellan, *L'Allemagne de Weimar*, S. 156.

582 *Corr. Int.*, Nr. 64, S. 478.

583 Ebenda, Nr. 63, 7. August 1923, S. 471.

584 [R. Albert *Notes d'Allemagne. Vers une Commune allemande*] Ebenda, Nr. 83, 19. Oktober 1923, S. [630 f., hier S.] 630. [Nachdruck in Victor Serge, *Notes d'Allemagne*, a.a.O., S. 115-120]

4,53% der Textilarbeiter*innen, 12,9% der Bucharbeiter*innen und 12,6% der Bekleidungsarbeiter*innen arbeitslos, wobei die Quoten der Teilarbeitslosigkeit in diesen verschiedenen Berufen 16,58%, 36,19%, 32,09% bzw. 57,98% betragen.⁵⁸⁵ Die Zahl der Obdachlosen nimmt ständig zu und die Nachtasyle sind überfüllt.⁵⁸⁶ Die »Angriffe auf das Eigentum« vervielfachen sich. Die Selbstmorde erreichen Rekordzahlen.⁵⁸⁷ In den meisten Großstädten wurde der Nahverkehr mangels Kund*innen eingestellt. Aus dem gleichen Grund wurden Anfang September alle Badeanstalten in Berlin geschlossen.⁵⁸⁸

Die überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung wurde somit deklariert, nicht nur proletarisiert, sondern unterproletarisiert.

Die politischen Folgen

Die Inflation, die die Lebensbedingungen der Arbeiter*innen nach unten nivellierte, zerstörte die Arbeiter*innenaristokratie und reduzierte die bestbezahlten Spezialist*innen auf das Niveau von ungelerten Arbeiter*innen. Es gibt keine Differenzierung der Löhne mehr zwischen den Berufen oder innerhalb der Berufe, sondern nur noch eine einheitlich elende Masse. Die Gewerkschaften sind in vollem Verfall begriffen: Die Millionen Mark, die Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter*innen noch zahlen, häufen nur noch Tonnen von wertlosem Papier in ihren Kassen an. Die Hauptamtlichen sind auf den Zustand von Bettler*innen reduziert, die Solidaritätsfonds sind leer von allen »Sachwerten.« Zeitungen werden für zweistellige Millionenbeträge pro Exemplar verkauft, aber das Papier, mit dem sie gedruckt werden, wird in Gold gekauft. Aufgrund mangelnder Ressourcen mussten die Kongresse aufgegeben werden. Bulletins, Zeitungen und Zeitschriften verschwanden: so auch »Die Neue Zeit«, in der eine ganze Periode der Geschichte des Sozialismus verkörpert war.⁵⁸⁹ Die traditionelle gewerkschaftliche Praxis der Sozialdemokratie ist jeden Inhalts beraubt. Das Gewerkschaftertum ist ohnmächtig, die Tarifverträge sind lächerlich. Die Arbeiter*innen verlassen die Gewerkschaften und richten ihren Zorn oft gegen sie, indem sie ihnen ihre Passivität, manchmal auch ihre Mitschuld vorwerfen. Der Zusammenbruch des Gewerkschaftsapparates und der Sozialdemokratie verläuft parallel zu dem des Staates: Was ist aus den Begriffen Eigentum, Ordnung und Legalität geworden? Wie kann man in einem solchen Abgrund ein Festhalten an parlamentarischen Institutionen, am Wahlrecht, am allgemeinen Wahlrecht rechtfertigen? Weder die Polizei noch

⁵⁸⁵ Ebenda, Nr. 77, 28. September 1923, S. 582.

⁵⁸⁶ Ebenda, Nr. 12, 9. Februar 1923, S. 75; 40.000 Obdachlose mehr in Berlin im Januar 1923 als im Jahr 1922.

⁵⁸⁷ 2700 Angriffe auf Eigentum, 150 Selbstmorde in Berlin im Juni, Corr. Int. Nr. 61, S. 456.

⁵⁸⁸ Corr. Int. no. 70, 5. September 1923, S. 528.

⁵⁸⁹ Die letzte Ausgabe der Zeitschrift erschien am 23. August 1923.

die Armee sind von diesem Übel ausgenommen. Eine Welt stirbt. Alle Elemente, die noch vor einem Jahr als Grundlage für eine Analyse der deutschen Gesellschaft dienten, sind nun zerstört.

Trotz der Schläge auf die materielle Basis ihres Apparates ist die Sozialdemokratische Partei noch nicht totgeschlagen. Doch ihre Tage sind gezählt. Schon jetzt organisiert sich der Widerstand gegen die Rechte, für die die »bolschewistische Revolution« auf jeden Fall schlimmer wäre als das Elend, das die deutschen Arbeiter*innen umgibt, und die sich anschickt, erneut ihre Dienste gegen sie anzubieten, und eine Linke erhebt sich, noch verwirrt. An ihrer Spitze stehen Menschen mehrerer Generationen, die »Sozialisten von 1918«, wie Erich Zeigner, die sich zu Alten wie Dissmann und Paul Levi selbst gesellen. Die Minderheit hielt Fraktionssitzungen ab, manifestierte sich öffentlich und Paul Levi erklärte zum Beispiel:

»Für die deutsche Sozialdemokratie ist unausweichlich die Frage gestellt, ob Diktatur des Proletariats oder Diktatur der anderen (...). Die Diktatur des Proletariats ist notwendig. (...) Wir treten daher für das Zusammengehen mit den Kommunisten ein.«⁵⁹⁰

Gerade um das Problem der Einheitsfront herum zeigen sich die Divergenzen innerhalb der Sozialdemokratie: Die Bewegung ist in Sachsen und Thüringen stärker, wo sie vor allem von einigen wenigen, fest verankerten Gewerkschaftskadern belebt wird, aber sie zeigt sich überall. Die Kommunist*innen sahen darin den Beginn des Bruchs der Arbeiter*innenmassen mit der Sozialdemokratie, auf den sie seit Jahren gewartet hatten. Bereits im Juni unterstreicht Sinowjew:

»Das Neue besteht [...] im Folgenden: Die Mehrheit der organisierten westeuropäischen Arbeiter befindet sich formell noch bei der Sozialdemokratie; in dieser Zugehörigkeit liegt aber nicht mehr die Seele dieser Arbeiter. Die ‚Seele‘ der sozialdemokratischen Arbeiter ist schon mehr bei uns oder auf dem Wege von den Sozialdemokraten zu uns.«⁵⁹¹

Selbst für diejenigen, die nicht mit Sinowjew glauben, dass das »Band bedeutender Schichten der Arbeitermassen mit der Sozialdemokratie [...] nunmehr ein ganz dünnes Fädchen« bildet⁵⁹², ist der Fortschritt der Kommunist*innen nicht zu leugnen. Arthur Rosenberg, obwohl nicht geneigt, im Rückblick die lyrischen Illusionen seiner ehemaligen Genoss*innen zu teilen, wird schreiben:

590 Zitiert in [Heinz Neumann, La gauche de la social-démocratie allemande] Corr Int. no. 74, 18. September 1923, S. [559-560, hier S.] 560 [deutsch: Die linke Sozialdemokratie und die deutsche Revolution, Inprekorr Nr. 145, 12. September, S. 1254 f.].

591 Sinowjew, »Un fait nouveau dans le mouvement ouvrier international«, Corr Int. Nr. 40 [tats. 46], 8. Juni 1923, S. [337-339, hier S.] 337 [deutsch: Neues in der internationalen Arbeiterbewegung, Inprekorr Nr. 96, 6. Juni, S. 805-807, hier S. 805]. Sinowjew nennt als Beispiel die Tatsache, dass bestimmte kommunistische Demonstrationen zwei- oder dreimal mehr Menschen versammelten, als die Partei zählt.

592 Ebenda, S. 338 [deutsch S. 806].

»Es hat nie in der neueren deutschen Geschichte einen Zeitabschnitt gegeben, der für eine sozialistische Revolution so günstig gewesen wäre wie der Sommer 1923.«⁵⁹³

Bezeichnende Tatsache: Weder die bürgerlichen Parteien noch die Sozialdemokrat*innen, die den Stimmzettel zur Grundlage des politischen Systems machen, dachten angesichts des Ausmaßes der wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe daran, wieder vor die Wähler*innen zu treten. Nur eine Wahl, die in der Zeit der Krise stattfand, erlaubt es uns, den Fortschritt des kommunistischen Einflusses zu messen: die des Landtages der ländlichen Region Mecklenburg-Strelitz, im Juli 1923. Im Jahr 1920 hatten die bürgerlichen Parteien 18.000 Stimmen erhalten: Sie sammelten nur 11.000. Die Sozialdemokrat*innen fielen trotz der zwischenzeitlichen Wiedervereinigung mit den Unabhängigen von 23.000 auf 12.800. 1920 schließlich hatten die Unabhängigen 2.257 Stimmen erhalten – was als die der damaligen »extremen Linken« angesehen werden kann –, die Kommunist*innen, die zum ersten Mal in einer Region kandidierten, in der sie nicht etabliert waren, erhielten 10.853, also ein Fünftel der Wähler*innen.⁵⁹⁴

Die Zahlen, die wir über die Mitgliedschaft der Partei und die von ihr kontrollierten Organisationen haben, sind signifikant. Die Kommunistische Jugend, bei der im vorigen Herbst 30.000 gewesen waren, überschritt die Zahl von 70.000 Mitgliedern, die sich auf fünfhundert Organisationen verteilten⁵⁹⁵ und mehrere Hunderttausend Jugendliche in ihren »Kundgebungen« und »Aufmärschen« zusammenbrachten.⁵⁹⁶ Der Kreis Erzgebirge-Vogtland um Chemnitz, der im September 1922 laut R. Wagner 15.394 Aktivist*innen hatte, zählte im September 1923 25.117, ein Zuwachs, der mit der Gründung von 92 neuen Ortsgruppen einherging.⁵⁹⁷ Der Berliner Bezirk rekrutierte 8.000 Aktivist*innen, der Bezirk Halle 5.000, der der Ruhr 3.000 und der thüringische Bezirk 2.000.⁵⁹⁸ Die Mitgliederzahl der Partei in Bremen verdoppelte sich⁵⁹⁹ und der Bezirk Mittelrhein gewann in neun Monaten 1.200 Aktivist*innen.⁶⁰⁰

Dieser zahlenmäßige Fortschritt wurde von weiteren organisatorischen Anstrengungen begleitet. Im Frühjahr orientierte sich die Partei entschlossen auf die Fabriken und nahm neue Formen an, die ihr Eindringen und ihre Verankerung dort begünstigten. In der Zentrale wurde eine neue Abteilung geschaffen, die der »Be-

593 A. Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, S.405

594 Ebenda, S. 407; Corr. Int. Nr. 56, 13. Juli 1923, S. 415.

595 From Third to Fourth : a Report on the Activities of the Y.C.I., S. 39.

596 M. Uhlemann, Arbeiterjugend gegen Poincaré und Cuno, S. 39, 130 ff.

597 R. Wagner. »Zur Frage der Massenkämpfe in Sachsen im Frühjahr und Sommer 1923«, ZfG, 1956, Nr. 2, S. 256. Die entsprechenden von H. Weber gebrachten Zahlen sind deutlich anders, zeigen aber den identischen Verlauf: 19.432 und 30.584 (a.a.O., S. 373).

598 Ebenda, S. 369, 370, 374, 376.

599 Ebenda, S. 50.

600 Die Rote Fahne, 11. August 1923.

triebszellen«, die deren Bildung systematisieren und die »kommunistischen Betriebsfraktionen« überall ersetzen sollte. Das Bulletin »Der Parteiarbeiter« gab Informationen und Richtlinien zu diesem Plan. Im Bezirk Chemnitz wurde die Reorganisation der Partei auf dieser neuen Grundlage auf dem Kongress am 8. und 9. September beschlossen.⁶⁰¹

Angesichts der wirtschaftlichen Lage war der Fortschritt der kommunistischen Presse beachtlich. Im Juli hatte die »Rote Fahne« eine Auflage von 60.000 und übertraf damit die des »Vorwärts« bei weitem.⁶⁰² Die »Hamburger Volkszeitung« überschritt im Juni eine Auflage von 35.000.⁶⁰³

Aber der Fortschritt der Kommunist*innen lässt sich am besten an den Verbindungen messen, die der Parteiapparat mit den Massenorganisationen unterhält. Zwischen Juli und Oktober stieg die Zahl der »kommunistischen Fraktionen« innerhalb der reformistischen Gewerkschaften von 4.000 auf 6.000.⁶⁰⁴ Man muss die Organisationsmethoden ändern, da die von Fritz Heckert geleitete Gewerkschaftsabteilung allein nicht mehr für eine ausreichende Koordination sorgen konnte: Ab Juli schuf die Partei die »roten Kartelle«, die auf lokaler Ebene die Leiter*innen der kommunistischen Fraktionen in den reformistischen Gewerkschaften und die verantwortlichen kommunistischen Aktivist*innen in allen Gewerkschaften zusammenbrachten. Es gab 1.100 dieser Kartelle im Juli und 2.100 im Oktober. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Gewerkschaftsabteilung Beziehungen zu Fraktionen in 3.460 Ortschaften.⁶⁰⁵ Auf der erweiterten Exekutive im Juni schätzte Jakob Walcher die Zahl der Arbeiter*innen, die von kommunistischen Aktivist*innen in den Gewerkschaften beeinflusst und direkt unter ihre Autorität gestellt waren, auf 2.433.000.⁶⁰⁶ Fritz Heckert seinerseits schätzte den Anteil der von der Partei beeinflussten organisierten Arbeiter*innen zu dieser Zeit auf 30 bis 35 %, was der Zahl von 2.500.000 entspricht.⁶⁰⁷ Die Baugewerkschaft zählte 551.000 Mitglieder in 749 Mitgliederzentren: Die Kommunist*innen hatten 525 Fraktionen und die Mehrheit in 65 Ortsgruppen mit 67.200 Arbeiter*innen. Sie liegen gleichauf mit den Reformist*innen in 230 Ortsgruppen, die 331.000 Arbeiter*innen organisieren. Insgesamt schätzt Walcher in der Bauindustrie die Zahl der Arbeiter*innen, die den Kommunist*innen folgen, auf 260.000. Die Metallarbeiter*innengewerkschaft (DMV) ist eine echte Bastion der kommunistischen Opposition in den Gewerkschaften. Im Juni berichtete Walcher, dass es in dieser Gewerkschaft mit 1.600.000 Mitgliedern und 750 Zahlstellen 500

601 Der Kämpfer, 11. September 1923, zitiert nach R. Wagner, a. a. O., S. 256.

602 Corr Int. no. 56, 13. Juli 1923, S. 414.

603 I.M.L.-Z.P.A., 12/36, S. 170. Bericht Nr. 92 des Reichskommissars für öffentliche Ordnung, Juni 1923, zitiert bei Hagedank, Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes, 1923, S. 75.

604 Ebenda, S. 69.

605 Ebenda

606 Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive . . , S. 196.

607 Bericht XI..., S. 358.

kommunistische Fraktionen gab.⁶⁰⁸ Die KPD hat in einer Reihe von so wichtigen Orten wie Stuttgart, Halle, Merseburg, Jena, Suhl, Solingen, Remscheid usw. die Mehrheit erobert und 260.000 Gewerkschaftsmitglieder in sich vereint. In 26 Zentren mit 500.000 Arbeiter*innen halten sie sich für gleich einflussreich wie die Reformist*innen und schätzen insgesamt die Zahl der Metaller*innen, die ihnen in den Gewerkschaften folgen, auf 720.000. Der kommunistische Fortschritt wird bei den Wahlen zum für Juli geplanten nationalen Verbandstag des DMV anschaulich erscheinen, wo die von der KPD unterstützten Listen die Wahlen nach Tendenzen in den wichtigsten Industriezentren gewinnen und ein Drittel der Mandate und eine absolute Mehrheit der Stimmen erhalten. In Berlin erhielten sie 54.000 Stimmen gegen 22.000 für die Listen der sozialdemokratischen Kandidat*innen⁶⁰⁹, in Halle 2.000 gegen 500⁶¹⁰. Im Juni stellte Jakob Walcher, der die Macht des reformistischen Einflusses in den Gewerkschaften nicht unterschätzte, dennoch fest:

»Wir sind auf dem besten Wege, die Gewerkschaften im organisatorischen Sinne zu erobern.«⁶¹¹

Die Betriebsrätebewegung entwickelte sich im Laufe des Jahres 1923 in extrem schnellem Rhythmus, begünstigt sowohl durch die kämpferische Aktion der Kommunist*innen als auch durch die Zersetzung und abwartende Haltung der reformistischen Gewerkschaften. Als sehr flexible Organe, die von einfachen Arbeiter*innen ohne Hauptamtliche geführt wurden, näher an der alten sozialdemokratischen Tradition der »Vertrauensleute in den Betrieben« als an den Funktionär*innen des Gewerkschaftsapparats, zogen sie die Aufmerksamkeit eines großen Teils der Arbeiter*innenklasse auf sich und kombinierten schließlich die traditionell den Gewerkschaften übertragenen Funktionen mit anderen, eher politischen: Ab November 1922 wurden die Kampagnen der Kommunistischen Partei zum Teil durch die Betriebsräte und ihre Kongresse auf den verschiedenen Ebenen entwickelt. Letztere verfügten über eine Mehrheit in 2.000 Betriebsräten, von denen einige sehr wichtig waren, wie der in den Leuna-Werken, wo der Kommunist Bernhard Koenen 60% der Stimmen von 12.000 Arbeiter*innen erhielt.⁶¹² Der Kongress der Betriebsräte, der im August den Streik gegen Cuno einleitete, behauptete, direkt oder indirekt etwa 20.000 Räte zu vertreten.⁶¹³ Der Vorsitzende des Fünfföhnerausschusses, des Aktionskomitees der Betriebsräte des Reiches, war ein fünfunddreißigjähriger Schlosser, Hermann Grotthe, ein ehemaliges Mitglied des Kreises der revolutionären Obleute, ein Spartakist im Jahre 1917 und mehrere Jahre lang ein Leiter der Arbeitslosenausschüsse. Er ist

608 Walcher, in Protokoll ..., S. 195.

609 Bericht IX..., S. 97.

610 Ersil, Aktionseinheit stürzt Cuno, S. 149.

611 Protokoll..., Erweiterten Exekutive, S. 196.

612 Ersil, a.a.O. S. 75.

613 Ebenda, S. 245.

Mitglied der KPD und der Berliner Linken. Die Bewegung der »revolutionären«, d.h. von kommunistischen Aktivist*innen geleiteten Betriebsräte tendierte dazu, dasselbe Organisationsmodell zu übernehmen: An der Basis, in jedem Unternehmen, wurde sie aus zwei Räten gebildet, dem Arbeiter*innenrat und dem Angestelltenrat, wobei der erste die entscheidende Stimme hatte. Sie waren nach Branchen und Städten organisiert, aber im Laufe des Jahres haben sie ihre Organisation nach Bezirken und Regionen geschaffen. Sinowjew wird im Oktober auf der Grundlage von Informationen, die ihm aus Deutschland zugehen, schreiben:

Die Betriebsräte »nehmen bereits jetzt in bedeutendem Maße an der Regelung der wichtigsten Fragen teil, der Nahrungsmittelfrage, der Beheizungsfrage, der Frage des Arbeitslohns, der Bewaffnung der Arbeiter usw. Darum werden sie auch zum Haupthebel des vor unseren Augen heranreifenden Umsturzes.«⁶¹⁴

Unter der Ägide und auf Initiative der von den Kommunist*innen geführten Betriebsräte vervielfachten sich auch die Kontrollausschüsse, die sich die Kontrolle der Lebensmittelpreise und Mieten, die Bekämpfung von Spekulation, Schwarzmarkt und Hunger zur Aufgabe machten. Sie setzten sich aus Arbeitern zusammen, darunter auch Arbeiterinnen und Hausfrauen⁶¹⁵, und schlossen manchmal kleine Händler*innen oder Handwerker*innen mit ihrer Tätigkeit zusammen.⁶¹⁶ Ihr Netzwerk war bestrebt, durch ständige Propaganda und Agitation die arbeitenden Schichten und insbesondere die Frauen zu permanenten Aktionen zu mobilisieren.

Die bemerkenswerteste der Schöpfungen der Kommunist*innen dieser Zeit ist jedoch die Organisation der »Proletarischen Hundertschaften.« Seit 1918 war die Notwendigkeit der »Bewaffnung des Proletariats« immer in den Köpfen der Parteileiter*innen präsent. Während der Kampagne, die auf das Attentat auf Rathenau folgte, neu aufgelegt, nahm die Losung der Organisation der Arbeiter*innenabwehrformationen seit der Besetzung der Ruhr Gestalt an: an der Ruhr selbst, wo die Vertreibung der deutschen Polizeikräfte und die ständige Infiltration der Männer der Freikorps sie zu einer offenkundigen Notwendigkeit für alle Arbeiter*innen machte, dann im Rest des Landes. In Mitteldeutschland startete der »Klassenkampf« aus Halle den ersten Aufruf zur Bildung von Arbeiter*innenabwehrformationen⁶¹⁷; sie sollten mit dem Aufruf des Landeskongresses der Betriebsräte am 11. März Realität werden. Aber auch in anderen Orten gab es bereits proletarische Hundertschaften: in Chemnitz, wo zehn von ihnen am 9. März in Aktion traten, um eine nationalistische Versammlung zu verhindern⁶¹⁸,

614 [Les Problèmes de la révolution allemande. IV. Syndicats, Comités d'usines, Soviets] Corr Int. 87, 2 November 1923, S. [661-662, hier S.] 662. [Sinowjew, Probleme der deutschen Revolution, Hamburg 1923, S. 45 f.]

615 Siehe Kapitel XXVII.

616 Krusch, a.a.O., S. 136.

617 Klassenkampf, 28. Februar 1923.

618 Gast »Die proletarischen Hundertschaften als Organe der Einheitsfront im Jahre 1923«, ZfG, Nr. 3,

in Gera, wo vier dieser Einheiten am 4. März aufliefen, und in Zella-Mehlis, wo am 11. März 4.000 Mann aus den proletarischen Hundertschaften Südthüringens marschierten.⁶¹⁹ In wenigen Wochen verbreitete sich die Bewegung in ganz Deutschland, und am 1. Mai wurde in Berlin der traditionelle Aufmarsch von den proletarischen Hundertschaften eröffnet, 25.000 Männer mit roten Armbinden, echte Arbeiter*innenmilizen.⁶²⁰

Die KPD schenkte den proletarischen Hundertschaften äußerste Aufmerksamkeit, deren Schaffung und praktische Organisation von einer speziellen Kommission aus drei Mitgliedern kontrolliert wurde, die bald zum militärischen Rat der Partei wurde, unter der Leitung Ernst Schnellers.⁶²¹ Dieser war gezwungen, gewisse Vorkehrungen zu treffen: Die Innenminister verschiedener Länder hatten es nämlich ihrem preußischen Kollegen Severing nachgemacht, der die Hundertschaft bereits am 13. Mai verboten hatte⁶²² – gleichzeitig wie eine rechtsextreme paramilitärische Organisation.⁶²³ In größerem Umfang entwickelten sie sich schließlich nur in Thüringen und Sachsen, wo sie offiziellen Schutz genossen und sogar Gelder von linkssozialdemokratischen Regierungen erhielten. Paul Böttcher, im Juni, stellt sie in dieser Form vor:

»Die Betriebshundertschaften [...] sind keine militärische Spielerei, haben keine militärischen Aufgaben. (...) Bei Provokationen und terroristischen Überfällen der Faschisten werden die Hundertschaften alarmiert und zur Abwehr der faschistischen Angriffe eingesetzt (...) Die Frage der Bewaffnung der Hundertschaften steht nicht am Anfang der Bildung der Hundertschaften, sie ergibt sich aus der steigenden Geschlossenheit und Kraft, mit der die ganze Einheitsfrontbewegung sich gegenüber der herrschenden Klasse durchsetzt. Die Bewaffnungsfrage für die Hundertschaften im Anfangsstadium stellen, heißt die Bewaffnung des Proletariats durchführen wollen, noch ehe die Arbeiterklasse in den Kampf um die Macht unmittelbar eingetreten ist. Bevor nicht die elementarsten Voraussetzungen in den Betrieben für den Kampf erfüllt sind, können die Hundertschaften keine militärischen Aufgaben lösen.«⁶²⁴

In dem Wunsch, die proletarischen Hundertschaften zu »Organen der Einheitsfront« zu machen, versuchen die Kommunist*innen, sozialdemokratische oder parteilose Gewerkschafts-Aktivist*innen mit sich zu ziehen. Auf diesem Weg stoßen sie natürlich auf die sozialdemokratischen Führer*innen und sogar auf die

1956, S. 447-448; Der Kämpfer, 10. März 1923.

619 Ebenda, S. 448; Der Kämpfer, 15. März 1923.

620 Ersil, a.a.O. S. 95.

621 Gast, a.a.O., S. 457; Davidovitch, Revoljutsionnii Krisis 1923 g. w Germanii i Gamburkskoe Wostanie, S. 133.

622 Ersil, a.a.O., S. 98.

623 Mujbegović, a.a.O. S. 384.

624 [Paul Böttcher, Le lutte contre le Fascisme et les expériences nouvelles de front uni] Corr Int, Nr. 49, 19. Juni 1923, S. [361-363, hier S.] 362 [deutsch: Der Kampf gegen den Faschismus und die Erfahrungen der Einheitsfront in Deutschland, Nr. 107, 27. Juni, S. 919 f. und 109, Nr. 109, 29. Juni, S. 941 f., hier S. 941 f.].

Opposition einiger ihrer eigenen Leute, die in ihnen, in den Worten Böttchers, »militärische Stoßtrupps für den politischen Machtkampf« sehen wollen. So wiederholten die Presse und der Kongress immer wieder die Opposition der KPD gegen die Schaffung von »Parteihundertschaften.«⁶²⁵

Neue nationalistische Explosion

Der Fortschritt der Kommunist*innen ist offensichtlich, aber schwer zu messen. Der Fortschritt der rechtsextremen Nationalisten ist viel spektakulärer. Sein origineller Charakter ist eine neue, volkstümliche, oder besser gesagt plebejische Färbung. Der Kern ihrer Organisationen bleibt derselbe wie im Gefolge des Krieges: Es sind die Schläger der Freikorps, exaltierte Abenteurer*innen, Fremdenhasser*innen, Antisemit*innen, Raubtiere, die ohne Uniform, ohne Waffen, ohne Gewalt nicht leben können, die Hitzköpfe und Verzweifelten, traurige Produkte von vier Jahren Krieg und langem Drill. Doch ab 1923 veränderte die nationalistische Bewegung ihr Gesicht: Mit Adolf Hitler und den Nationalsozialist*innen begann die Ära der Demagog*innen und Massenaktionen statt der Kommandos.

Deutschland im Jahr 1923 war das ideale Terrain für sie. Millionen deklassierte Kleinbürger*innen, leidende Proletarier*innen zeigen mit dem Finger auf die Verantwortlichen: die Kapitalist*innen der Entente, die Ausländer*innen, die Jüdinnen und Juden, die Marxist*innen, die »Novemberverbrecher«, die »der glorreichen unbesiegten Armee in den Rücken fielen«, die »Politiker«, die »Bonzen« der Gewerkschaften und Arbeiter*innenparteien, die die Arbeiter*innen missbrauchen und ihre gewaltige Organisation dazu benutzen, sie zu lähmen und sie an Händen und Füßen gebunden an ihre Feinde auszuliefern. Seit Beginn der Krise bietet die Passivität der Cuno-Regierung eine bequeme Zielscheibe: die parlamentarische Regierung, die Demokratie, die Republik, die Ohnmacht und die Spaltung, kurzum der Verrat. Das verratene Deutschland wurde zur »proletarischen Nation« gedemütigt, verhöhnt, mit Füßen getreten von denen, die es seit der von ihnen gewollten und durch ihren Machthunger provozierten Niederlage führen. Um aus dem Abgrund herauszukommen, brauchte es eine starke Regierung und einen einheitlichen Willen, die »Diktatur« eines »Führers«, einen deutschen Willen, eine deutsche Ideologie, militärische Disziplin, Zwang und rettende und reinigende Gewalt.

Hitler ließ der winzigen Organisation, der er 1920 beitrug, das Etikett »nationalsozialistisch« anhängen, was dem deutschen Nationalismus den typisch faschistischen Charakter einer Massenbewegung verlieh. Die Krise von 1923 bot ihm ein ideales Terrain. Niemand konnte sich mehr, zumindest nicht offen, als Anhänger*in oder Verteidiger*in des parlamentarischen oder republikanischen Regimes oder des kapitalistischen Systems bezeichnen: Er hatte also die Möglichkeit, seine Taktik in

⁶²⁵ Ebenda [S. 942]

Losungen zu konkretisieren, die Technik seiner Propaganda und Aktion zu schärfen. Er rekrutierte aus den Nachkriegsgenerationen von Studierenden, Arbeitslosen und Kleinbürger*innen, die in einer Welt ohne Hoffnung das Erwachsenenleben betraten. Die Verräter*innen, die zwei Jahre zuvor noch die »Retter« waren und die Bourgeoisie beunruhigten, die auf einen Aufschwung des Geschäfts hoffte, wurden wieder zur letzten Reserve der Besitzenden, zur einzigen Kraft, die sich den Kommunist*innen auf den Straßen, in den Schulen und sogar in den Fabriken entgegenstellen konnte. »Nationalsozialismus« gegen »Bolschewismus«, gegen »internationalen Kommunismus«, in einem bis zum Äußersten proletarisierten Deutschland: Das ist die Verteidigung der herrschenden Klassen seit Beginn des Jahrhunderts. Es stellt ein Dilemma dar, aus dem sie Ende 1923 ausbrechen werden, um es dann zwischen 1930 und 1933 in zwingender Form wiederzufinden.

Ende 1922 hatten die Nationalsozialist*innen 15.000 Mitglieder, ihre Stoßtrupps, die SA, 6.000. Anfang 1923 konnte er dank der Bemühungen eines ehemaligen Freikorpsmann, eines Reichswehroffiziers, Hauptmann Röhm, der ihm die Unterstützung der Reichswehr in Bayern verschaffte, einen Pakt mit den anderen bayerischen nationalistischen Organisationen schließen. Das Kommando der SA wurde einem Helden der deutschen Luftwaffe während des Krieges anvertraut, Hauptmann Hermann Göring. Die Fortschritte der Organisation sind durchschlagend im Süden, wo sie von der Unterstützung der Behörden und reichlichen Subventionen profitierte. Am 1. Mai marschierten 10.000 bewaffnete Männer bei München auf. Am 1. September waren es 70.000 in Nürnberg, die vor Hitler und Ludendorff vorbeimarschierten. Das faschistische Beispiel inspirierte sie: Man spricht von einem »Marsch auf Berlin«, und Hitler verkündete am 12. September: *»Die Novemberrepublik geht zu Ende! ... Heute nun beginnt dieser niemals stolze Bau zu wanken! Es kracht in seinem Gebälk! ... Es gibt nur eine Wahl: Hakenkreuz oder Sowjetstern, Internationale Weltdespotie oder das Heilige Römische Reich deutscher Nation.«*⁶²⁶ Versammlungen, Kundgebungen und Aufmärsche reihten sich aneinander. Am 25. September wurde Adolf Hitler zum Leiter des »Kampfbundes«: Seine Partei, ein Mitglied dieser Koalition rechtsextremer Gruppen, hatte 50.000 Mitglieder und eine bis an die Zähne bewaffnete SA.

Dies sind nicht die einzigen paramilitärischen Formationen. Mit Rückendeckung der Reichswehr und Subventionen der Schwerindustriemagnaten stellte ein Offizier, Kommandant Buchrucker, ein ehemaliges Mitglied der terroristischen Organisation Orgesch, ab 1921 in den Hauptgarnisonen Brandenburgs Kadereinheiten auf, die mit einer beachtlichen Bewaffnung ausgestattet waren, deren Truppen aber aus Freiwilligen bestanden, die eine kurze Ausbildung absolvierten. Diese »Schwarze Reichswehr« war im Prinzip illegal. Es handelt sich in Wirklichkeit um eine halboffizielle

626 [zitiert nach Benoist-Méchin Ausg. 1964, S. 296, dt. Ausg. S. 292]

Formation mit etwa zwanzigtausend gut bewaffneten Männern, spezialisierten Einheiten und moderner Ausrüstung. Ihre Geistesverfassung war die gleiche wie der der Freikorps, deren direkte Erben sie waren: Sie brannten vor Ungeduld, während sie auf das Signal warteten, für die »Militärdiktatur« anzugreifen, die Deutschland vom Joch des »Fremden« befreien sollte.

Die Kommunist*innen gegen die Nationalist*innen

Seit Ende 1922 beginnen die Kommunist*innen sich über die Entwicklung der nationalistischen Bewegung im Allgemeinen und den Fortschritt der Nazi­partei im Besonderen zu sorgen. Anfang Dezember machte Karl Becker aus Moskau den ersten Alarmschrei: Der Faschismus, der gerade in Italien gesiegt hat, ist auch in Deutschland möglich. In diesem hochindustrialisierten Land hat er immer noch nur eine schmale soziale Basis, und das Großkapital wird sich bemühen, zusätzlich »die Neutralisierung eines großen Teils des Proletariats« zu erreichen. Aber der Faschismus wird eine umso realere Gefahr darstellen, weil die von der Sozialdemokratie provozierten Enttäuschungen Arbeiterschichten in Passivität stürzen werden: Nur der Erfolg einer Einheitsfrontpolitik kann ihn im Keim ersticken.⁶²⁷ Wenige Wochen später widmete Hans Tittel einen Artikel der Nationalsozialistischen Arbeiter*innenpartei, deren Vormarsch im Süden er feststellte: Finanziert von kapitalistischen Großkonzernen, versuchte diese Partei, die Sympathien der unpolitischen Volksmassen zu gewinnen. Sie ist pangermanistisch und antisemitisch und betrieb Demagogie gegen das parlamentarische System und die »Bonzen« der Parteien und Gewerkschaften. Sie rekrutierte sich stark aus der Mittelschicht und hatte eine feste paramilitärische Organisation. Tittel unterstreicht die Notwendigkeit, bewaffneten proletarischen Widerstand gegen diese »entschlossene, mit Geld versehene, militarisier­te, der Sympathie der herrschenden Klassen sichere Partei«⁶²⁸ zu organisieren.

Die Krise akzentuiert diese Fortschritte auf spektakuläre Weise. Nazis, die als solche bekannt sind, wurden gerade in Berlin und Oberschlesien in die Betriebsräte gewählt. Böttcher bekräftigt, dass »*der Faschismus innerhalb der Arbeiterklasse Wurzel schlägt.*« Die Kommunist*innen müssen verstehen, dass Waffengewalt nicht mehr ausreicht, um den Nationalismus in seiner neuen Form zu bekämpfen.⁶²⁹

Tatsache ist, dass die akuten Formen der wirtschaftlichen und sozialen Krise dabei sind, eine neue Lage zu schaffen. Der Faschismus in Deutschland rekrutiert sich eine Basis im Kleinbürgertum, das sich gegen die drohende Proletarisierung wehrt. Die Kommunist*innen wurden sich dessen schnell bewusst. Bereits am 25. März stellt

⁶²⁷ Karl Becker, im Bolschewik, Artikel wiedergegeben in Corr Int. Nr. 95, 9. Dezember 1922, S. 720-721.

⁶²⁸ Corr Int. no. 101, 30. Dezember 1922, S. 763. [Hans Tittel, Die faschistische Gefahr in Süddeutschland, Inprekorr Nr. 243, 27. Dezember 1922, 1832 f. Die zitierte Formulierung fehlt in der deutschen Fassung des Artikels]

⁶²⁹ Böttcher, Corr Int. no. 49, 19. Juni 1923, S. 362 [deutsch, a.a.O., S. 919].

Radek in einem Artikel mit dem Titel »Deutschland hilflos« fest, dass die Kommunist*innen es bisher versäumt haben, »im Namen des ganzen Volkes« zu kämpfen, und insbesondere im Namen der nichtproletarischen Gesellschaftsschichten, die die Krise des Kapitalismus zerquetscht. Diese Vernachlässigung erklärt nach ihm den Wechsel von Schichten, die von einer proletarischen Revolution nichts zu verlieren hätten, ins Lager der extremen Rechten.⁶³⁰ Nach dem Moskauer Kompromiss unterstrich die Exekutive die Bedeutung dieser Frage, indem sie schrieb:

»Aufgabe der Kommunistischen Partei Deutschlands ist es, den breiten kleinbürgerlichen und intellektuellen, nationalistischen Massen die Augen darüber zu öffnen, dass nur die Arbeiterklasse, nachdem sie gesiegt hat, imstande sein wird, den deutschen Boden, die Schätze der deutschen Kultur und die Zukunft der deutschen Nation zu verteidigen.«⁶³¹

Am 17. Mai fordert eine Resolution des Zentralausschusses⁶³² die Kommunist*innen auf, sich darum zu kümmern, dem Faschismus die vom Nationalismus überhöhten kleinbürgerlichen Massen zu entreißen:

»Wir haben zu den leidenden, irreführten aufgewühlten Massen des proletarierten Kleinbürgertums zu gehen, ihnen die volle Wahrheit zu sagen, ihnen zu sagen, dass sie sich und die Zukunft Deutschlands nur dann werden verteidigen können, wenn sie sich verbunden haben mit dem Proletariat zum Kampf gegen die eigene Bourgeoisie. Nur durch den Sieg über Stinnes und Krupp führt der Weg zum Sieg über Poincaré und Loucheur.«⁶³³

Ende Mai wandte sich die KPD in einem Kommentar zu Lutterbecks Aufruf an die französischen Besatzungsbehörden an die »nationalgesinnten kleinbürgerlichen Massen«, an Beamte und Intellektuelle⁶³⁴:

»Was gedenken sie zu tun gegen eine Regierung, die es wagt, schamlos wie eine öffentliche Dirne sich an die französischen Generale zu wenden mit der Bitte um Erlaubnis auf Abschachtung deutscher Volksgenossen? Wir sind überzeugt, dass in den nationalistischen Volksmassen die große Mehrheit aus ehrlich fühlenden und überzeugten Menschen besteht, die irreführt sind und nicht verstehen, dass nicht nur die Entente der Feind ist.«⁶³⁵

Diese Appelle fanden auf der Rechten keinerlei Resonanz, mit Ausnahme von günstigen Kommentaren über den »nationalen Sinn« der Kommunist*innen in der

630 Die Rote Fahne, 25. März 1923.

631 Die Rote Fahne, 13. Mai 1923 [a.a.O, hier 3. Beilage, S. 1, Spalte 1] ; Dok. u. Mat., VII/2, S. 307.

632 [»An die Partei«,] Die Rote Fahne, 18. Mai 1923 [a.a.O.]; Dok. u. Mat., VII/2, S. 315-324.

633 Ebenda [a.a.O, S. 2, Spalte 2, dort fettgedruckt], S. 322.

634 Die Rote Fahne, 29. Mai 1923; Dok. u. Mat, VII/2, S. 333-336.

635 Ebenda, S. 335.

Zeitschrift der nationalistischen Intellektuellen, »Gewissen.« Sie kündigten jedoch eine Politik an, die für Aufsehen sorgen sollte.

Es war praktisch die faschistische Gefahr, die im Mittelpunkt der Juni-Diskussionen der erweiterten Exekutive der Internationale stand, und nicht das Problem des Kampfes um die Macht in Deutschland. In seinem einleitenden Bericht am 12. begnügte sich Sinowjew damit, den Fortschritt des Faschismus festzustellen, sich zu der von der französischen und der deutschen KP unternommenen gemeinsamen Aktion zu beglückwünschen und der deutschen Lage nur ein oder zwei Minuten zu widmen, wobei er sich damit begnügte, auf der Notwendigkeit zu bestehen, die Losung der »Arbeiterregierung« auf »Arbeiter- und Bauernregierung« zu erweitern.⁶³⁶ Böttcher greift nur ein, um die Erfolge zu unterstreichen, die in Deutschland dank der Einheitsfronttaktik erzielt wurden, und insbesondere das, was er als die »ideologische Spaltung der Sozialdemokratie« bezeichnet. Er besteht darauf, dass die Arbeiter*innenregierung »von bestehenden demokratischen Institutionen ausgehen« kann und behauptet, dass Kommunist*innen »mit einer Möglichkeit rechnen, die uns zwingen kann, die Arbeiterregierung als eine revolutionäre Koalition mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu bilden. Die Stützpunkte dieser Regierung müssen außerparlamentarische Klassenorgane sein.«⁶³⁷

Radek lässt diese abgedroschenen Fragen beiseite, um sich mit dem Unterstreichen der Bedeutung der »nationalen Frage« in Deutschland zu befassen:

»Es ist bezeichnend, dass ein nationalsozialistisches Blatt, ›Das Gewissen‹, in seiner letzten Nummer scharf gegen die Verdächtigungen der Kommunisten Stellung nimmt, sie als Kampfpartei bezeichnet, ›die von Tag zu Tag mehr nationalbolschewistisch werde‹. Der Nationalbolschewismus bedeutete im Jahre 1920 ein Bündnis zur Rettung der Generale, die der Kommunistischen Partei nach dem Siege sofort den Garaus gemacht hätten. Heute bedeutet jedoch der Nationalbolschewismus, dass alles von dem Gefühle durchdrungen ist, dass die Rettung nur bei den Kommunisten zu finden ist. Wir sind heute der einzige Ausweg. Die starke Betonung der Nation in Deutschland ist ein revolutionärer Akt, wie die Betonung der Nation in den Kolonien.«⁶³⁸

In seiner Antwort knüpfte Sinowjew an ihn an und versicherte ihm, dass der Artikel im »Gewissen« »das größte Kompliment« darstelle und dass er »beweist, dass die Partei den Klassenstandpunkt nicht im Zunftsinne auffasst.«⁶³⁹

Am 15. Juni präsentierte Radek einen Bericht über die internationale Lage während der letzten sechs Monate.

636 Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der KI, Moskau, 12-23 Juni 1923, S. 35.

637 Ebenda, S. 55.

638 Ebenda, S. 66-67. [Hervorhebung von Broué]

639 Ebenda, S. 101.

»Die deutsche Arbeiterklasse befindet sich in größter Gefahr und mit ihr die deutsche Revolution. (...) die Not der Arbeiterklasse ist so groß, dass die Partei mit der Losung: *Lasst Euch nicht provozieren! – nicht auskommen wird. Sie wird kämpfen müssen.*«⁶⁴⁰

»Die deutsche Arbeiterklasse befindet sich zwischen zwei Feuern: zwischen der deutschen Bourgeoisie, dem Faschismus, und dem französischen Imperialismus.«⁶⁴¹ Die Diskussion wird dieses Mal frei geführt. Neurath greift den berühmten Artikel Thalheimers an, wonach die deutsche Bourgeoisie, zumindest vorübergehend, wider Willen revolutionär sei.⁶⁴² Für ihn ist notwendig:

»Sturz der deutschen Bourgeoisie, Aufrichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung. (...) Auf diese Weise ist es möglich, [...] dafür zu sorgen, dass auf direktem Wege große Massen kleinbürgerlicher Proletarierschichten den Weg zum Kommunismus finden. Sie finden diesen Weg nicht, wenn wir den Versuch machen, die Konkurrenz mit den deutschen Nationalisten aufzunehmen.«⁶⁴³

Böttcher antwortet, die KPD habe sich als »als revolutionäre Führerin jener Klasse zu zeigen, die allein jetzt imstande ist, die Nation zur Selbständigkeit zurückzuführen.« Die von Neurath befürwortete Politik zu verfolgen, würde »eine ungeheure Stärkung des Faschismus«⁶⁴⁴ bewirken, verteidigt Hoernle Radek:

»Um [...] die Regierung Cuno zu stürzen, braucht die Kommunistische Partei die breiten Massen. Deshalb musste sie an die Ideologie dieser breiten Massen anknüpfen«,

und er plädiert für einen »lebendigen Internationalismus« statt für einen »intransigenten Internationalismus.«⁶⁴⁵

Radek unterstreicht in seiner Antwort den originalen Charakter der deutschen Lage: »die Niederlage einer großen industriellen Nation, die zurückgeworfen wurde in die Lage einer Kolonie.«

»Breite Massen des Kleinbürgertums, die Massen der technischen Intellektuellen, die eine große Rolle in der proletarischen Revolution spielen, werden dank der Tatsache, dass sie unter dem bürgerlichen System proletarisiert wurden, alle diese zertretenen, deklassierten, proletarisierten Massen äußern ihr Verhältnis zu dem sie deklassierenden Kapitalismus in Form der nationalen Aufbäumung. (...) Wenn wir aber [...] eine Arbeiterpartei [sind], die den Kampf um die Macht aufnimmt,

640 Ebenda, S. 127.

641 [Ebenda, S. 126 f.]

642 Siehe Kapitel XXXIII.

643 Ebenda, S. 132.

644 Ebenda, S. 134.

645 Ebenda, S. 137.

so müssen wir den Weg zu diesen Massen finden. Und am besten finden wir ihn, wenn wir nicht Angst vor der Verantwortung haben, sondern sagen, jawohl, nur wir, die Arbeiterklasse, können die Nation retten.«⁶⁴⁶

Nach diesen Scharmützeln erscheint erst am 20. Juni, durch die Faschismusdebatte, die neue Linie in voller Klarheit. Clara Zetkin, krank, wurde am Arm von Männern zur Tribüne geführt und trug den Bericht vor. Sie unterstreicht, dass die Kommunist*innen es bisher versäumt haben, den Faschismus zu analysieren, den sie mehr oder weniger als eine der Varianten des weißen Terrors betrachtet haben:

*Der Faschismus »ist keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, dass das Proletariat sich kämpfend erhob. [Er kommt] vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Russland eingeleitet worden, weitergeführt und weitergetrieben hat.«*⁶⁴⁷

Sie sieht im Faschismus den Ausdruck der Dekadenz der kapitalistischen Wirtschaft und das Symptom der Zersetzung des bürgerlichen Staates. Er rekrutierte sich zunächst aus dem ehemaligen Militär und den proletarisierten Mittelschichten. Seine Grundlagen liegen in der Enttäuschung über das Scheitern des Sozialismus, auch unter Arbeiter*innen, die an der Zukunft ihrer eigenen Klasse verzweifeln. So wie er ist, ist er ein Instrument der Bourgeoisie, gekennzeichnet durch ein Programm mit revolutionärem Aussehen, das dem rohen Gefühl der Massen angepasst ist, und durch die systematische Anwendung von Gewalt. Der Fehler der italienischen Kommunist*innen bestand darin, in ihr nur eine terroristische Bewegung mit militärischer Inspiration zu sehen, ohne ihre soziale Bedeutung zu verstehen. Der Kampf gegen den Faschismus muss natürlich auf militärischer Ebene geführt werden, aber es reicht nicht aus, den Sturmabteilungen die proletarischen Hundertschaften entgegensetzen. Um den Faschismus endgültig zu besiegen, muss man einen Teil seiner Truppen, die von den Sozialist*innen enttäuschten Elemente, für sich gewinnen oder neutralisieren und verstehen, dass sie aus dem Elend herauskommen und sich neue und aufregende Perspektiven eröffnen wollen.

Während der Diskussion über den Bericht Clara Zetkins hielt Radek seine berühmte Rede über Schlageter:

»Während der ganzen Rede der Genossin Zetkin (...) schwirrte mir im Kopfe der Name Schlageter herum und sein tragisches Geschick. Wir sollen seiner gedenken hier, wo wir politisch zum Faschismus Stellung nehmen. Die Geschicke dieses Märtyrers des deutschen Nationalismus sollen nicht verschwiegen, nicht mit einer wegwerfenden Phrase erledigt werden. Sie haben uns, sie haben dem deutschen Volke vieles zu sagen.

646 Ebenda, S. 147-148.

647 Ebenda, S. 205.

Wir sind keine sentimentalen Romantiker, die an der Leiche die Feindschaft vergessen, und keine Diplomaten, die sagen: am Grabe Gutes reden oder schweigen. Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es von uns, Soldaten der Revolution, männlich ehrlich gewürdigt zu werden. (...) Wenn die Kreise der deutschen Faschisten, die ehrlich dem deutschen Volke dienen wollen, den Sinn des Geschicks Schlageters nicht verstehen werden, so ist Schlageter umsonst gefallen, und dann sollen sie auf sein Denkmal schreiben: der Wanderer ins Nichts...«⁶⁴⁸

Indem er an Schlageters Leben und Tod erinnert, wendet sich Radek an die Faschisten:

»Wer im Dienste der Schieber, der Spekulanten, der Herren von Eisen und Kohle versuchen will, das deutsche Volk zu versklaven, es in Abenteuer zu stürzen, der wird auf den Widerstand der deutschen kommunistischen Arbeiter stoßen. Sie werden auf Gewalt mit Gewalt antworten. Wer aus Unverständnis sich mit den Söldlingen des Kapitals verbinden wird, den werden wir mit allen Mitteln bekämpfen. Aber wir glauben, dass die große Mehrheit der national empfindenden Massen nicht in das Lager des Kapitals, sondern in das Lager der Arbeit gehört. Wir wollen und wir werden zu diesen Massen den Weg suchen und den Weg finden. Wir werden alles tun, dass Männer, wie Schlageter, die bereit waren, für eine allgemeine Sache in den Tod zu gehen, nicht Wanderer ins Nichts, sondern Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit werden, dass sie ihr heißes, uneigennütziges Blut nicht verspritzen für die Profite der Kohlen- und Eisenbarone, sondern für die Sache des großen arbeitenden deutschen Volkes, das ein Glied ist in der Familie der um ihre Befreiung kämpfenden Völker.«⁶⁴⁹

Die »Schlageter-Linie«

Ausgehend von dieser Rede hat die Kommunistische Partei Deutschlands das übernommen, was passend »Schlageter-Linie« genannt wird. Radek entwickelte sie in mehreren Artikeln weiter, bei denen man sehr viel Kurzsichtigkeit – oder Bösgläubigkeit – braucht, um eine Bereitschaft zum Einvernehmen mit dem Nazismus zu entdecken.⁶⁵⁰ Am 7. Juli schrieb er zum Beispiel in der »Roten Fahne«:

»Die deutschen Kommunisten haben die Pflicht, wenn notwendig, mit der Waffe in der Hand gegen den faschistischen Umsturz zu kämpfen, der ein Unglück für die Arbeiterklasse, ein Unglück für Deutschland wäre. Aber gleichzeitig haben sie die Pflicht, alles zu tun, um die kleinbürgerlichen Elemente des Faschismus, die

⁶⁴⁸ Ebenda, S. 240. Siehe Kapitel XXXV, Anmerkung 24.

⁶⁴⁹ Ebenda, S. 244.

⁶⁵⁰ Die Quelle für diese Interpretation findet sich in der französischen Pressekampagne dieser Epoche. Ruth Fischers Buch hat viel dazu beigetragen, das glaubwürdig erscheinen zu lassen.

gegen die Verelendung kämpfen, zu überzeugen, dass der Kommunismus nicht ihr Feind, sondern der Stern ist, der ihnen den Weg des Sieges zeigt. (...) [Es] ist [...] lächerlich, anzunehmen, dass der Faschismus allein mit der Waffe in der Hand geschlagen werden kann. (...) *Niemals war der Sozialismus nur ein Kampf um ein Stück Brot für die industriellen Arbeiter. Es suchte immer die leuchtende Fackel für alle Notleidenden zu sein. (...) Eine der größten Freveltaten der Sozialdemokratie ist, dass sie jeden Glauben an den Sozialismus, dass sie jedes Glauben an die Kraft der Volksmassen in ihnen zerstört.*«⁶⁵¹

Die Kommunist*innen suchten systematisch die öffentliche Diskussion und Konfrontation mit den Nazis, insbesondere unter den Studierenden, die eine der Basen des Nazismus darstellten. Die Polemik – oder, wenn man so will, der Dialog – entwickelte sich in der Presse. Graf Reventlow antwortete Radek im »Reichswart«, und Paul Frölich antwortete ihm; Möller Van den Bruck wandte sich dann in »Das Gewissen« an Radek, und Radek antwortete ihm seinerseits.⁶⁵² Aus diesem Austausch, ergänzt durch spätere Interventionen von Reventlows und Radeks, erstellte die Kommunistische Partei eine Broschüre mit dem Titel »Schlageter: eine Auseinandersetzung«, die sie systematisch unter Nazi-Aktivist*innen und -Sympathisant*innen zu verbreiten suchte.⁶⁵³ Zum Thema »Wofür starb Schlageter?« sprechen kommunistische Redner vor nationalistischem Publikum, in Universitäten, in Göttingen, Jena, Berlin, wo Ruth Fischer verkündet:

*»Der Gigant, der Deutschland befreien wird, ist da! ... Der Gigant ist das deutsche Proletariat, zu dem ihr gehört, und mit dem ihr gehen sollt.«*⁶⁵⁴

Am 2. August wandte sich Remmele an ein Nazitreffen in Stuttgart. Am 10., auch in Stuttgart, war es ein Nazi-Redner, der vor einem kommunistischen Publikum sprach. Remmele apostrophierte die Nazis:

*»Jahrelang wurde diesem Mittelstand gepredigt: [...] Die Kommunisten [...] wollen euch euer Eigentum stehlen. [...] Heute ist man sich in diesen Kreisen darüber einig, dass die Räuber und Plünderer [...] irgendwo anders sitzen müssen.«*⁶⁵⁵

651 [Karl Radek, »Der Faschismus, wir und die deutschen Sozialdemokraten,«] Die Rote Fahne, 7. Juli 1923 [S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 2, hier S. 2, Spalte 2 und 1].

652 Siehe insbesondere Reventlow, »Mit Radek.« Reichswart, 30. Juni 1923, Möller Van den Bruck, »Der Wanderer ins Nichts« und »Wirklichkeit«, Das Gewissen, 30. Juli 1923, Radek, »Dem »Gewissen« zur Antwort«, Die Rote Fahne, 10. Juli 1923 [S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 2], »Kommunismus und deutsche nationalistische Bewegung«, ebenda, 16. bis 18. August 1923 [16. August, S. 5, Spalte 1-3, 16. August, S. 5, Spalte 1-3], »Die Voraussetzung des Bündnisses mit Sowjetrußland«, ebenda, 2. September.

653 Karl Radek, Paul Frölich. Graf Ernst Reventlow, Möller Van den Bruck, Schlageter: Eine Auseinandersetzung (Berlin, 1923, 60 S.).

654 Die Rote Fahne, 29. Juli 1923. [offenbar zitiert nach Angress, englische Ausgabe, S. 339, dt. Ausg., S. 374]

655 [Hermann Remmele, Hakenkreuz oder Sowjetstern. Deutschlands Weg – Deutschlands Rettung, Berlin 1923, S. 14 f., sinngemäß] zitiert von Albert, [»Notes d'Allemagne,«] Bulletin communiste, Nr. 41, 11.

Diese Konfrontationen wendeten sich oft zum Vorteil der Kommunist*innen: Am 14. August beschlossen die Naziführer, ihnen ein Ende zu setzen.⁶⁵⁶

Parallel vervielfachten die Kommunist*innen ihre Propagandaanstrengungen in Richtung der von der Krise betroffenen nichtproletarischen Gesellschaftsschichten und sprachen insbesondere die Offiziere und Polizist*innen an. Um Intellektuelle zu erreichen, gründeten sie im März den »Bund der Freunde der Internationalen Arbeiterhilfe«, an dessen Spitze Persönlichkeiten der Kulturwelt wie Maximilian Harden und Albert Einstein standen.⁶⁵⁷ Die Rote Fahne widmete einen Artikel der »Verelendung des intellektuellen Proletariats«⁶⁵⁸, einen weiteren dem »Schicksal der deutschen Intelligenz«, in dem das Elend der Ärzt*innen, Jurist*innen, Professor*innen, Beamt*innen beschrieben wurde:

»Die deutsche Intelligenz wird nicht sein ohne die deutsche Arbeiterklasse.

Das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse ist das Schicksal der deutschen Intelligenz.«⁶⁵⁹

Die Ergebnisse scheinen nicht sehr positiv gewesen zu sein und die Kommunistische Partei ist kaum über die Grenzen der Arbeiter*innenklasse hinaus gedrungen. Andererseits wurden die mit der neuen Taktik verbundenen Risiken oft gegen sie ausgenutzt, vor allem von ihren sozialdemokratischen Gegner*innen. Kommunistische Redner*innen werden in ihrem Wunsch, ihrem Publikum zu gefallen, manchmal dazu verleitet, ihm gefährliche Zugeständnisse zu machen, zumindest was das Vokabular betrifft. Die Sozialdemokratische Partei versuchte, die Schlageter-Linie zu ihrem Vorteil zu nutzen, indem sie sie als ein Einvernehmen zwischen Kommunist*innen und Nazis anprangerte. Der »Vorwärts« beschuldigte Remmele, den Nazis am 10. August gesagt zu haben, dass die Kommunist*innen sich lieber mit ihnen verbünden als mit den Sozialdemokrat*innen, und dass sie bereit seien, sich notfalls mit den Mördern Liebknechts und Rosa Luxemburgs zu verbünden.⁶⁶⁰ Die gleiche Zeitung warf Ruth Fischer vor, sich in Berlin offen antisemitisch geäußert zu haben.⁶⁶¹ So entsteht eine Legende, die noch

Oktober 1923, S. [625-631, hier S.] 625. [auch »Notes d'Allemagne«, Corr. Int. Nr. 76, 26. September 1923, S. 574 f., hier S. 575, Nachdruck in Sarge, a.a.O., S. 75-80, hier S. 77, dort mit falscher Quellenangabe, hier nach dem Original wiedergegeben.]

656 Völkische Beobachter, 14. August 1923, zitiert, ebenda.

657 Angress, a.a.O. S. 346. [dt. Ausg., S. 381, Harden wird bei Angress aber nur als »Förderer«, als »sponsor« bezeichnet, Einstein auch als Mitglied, S. 382]

658 Die Rote Fahne, 22. Juli 1923 [S. 7].

659 Ebenda, 26. Juli 1923 [Seite 5, Spalte 1, gezeichnet E. L.].

660 Wenzel, a.a.O., S. 116, Nr. 21; Angress, a.a.O., S. 341, Fn. 66 [Tatsächlich waren mit diesen Mördern nicht die Nazis, sondern die SPD-Führung gemeint].

661 Der Vorwärts (»Hängt die Judenkapitalisten.« Ruth Fischer als Antisemitin.«, 40. Jahrgang, Nr. 390) 22. August 1923 [Abendausgabe, S. 2, Spalte 3]) wirft Ruth Fischer vor, verkündet zu haben, dass wer »gegen das Judenkapital aufruft, [...] schon ein Klassenkämpfer [ist], auch wenn er es nicht weiß« und gerufen zu haben: »Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stimmes, Klöckner ...?« Wie Wenzel (a.a.O., S. 118) und Angress (a.a.O., S. 340, Fn. 62 [dt. Ausg. S. 375, Fn. 62]) anmerken, richtete Ruth Fischer keine Richtigstellung an

heute lebendig ist. In Frankreich wurde Salomon Grumbach, der für seine »sozialchauvinistischen« Positionen in den Jahren 1914-18 bekannt war, zum Propagandisten in »Le Populaire«, der mit dem Nationalismus der französischen Arbeiter*innen spielte, um sie gegen deutsche und französische Kommunist*innen aufzubringen. Diese Kampagne trug Früchte und erklärt zumindest teilweise die Isolierung der französischen Kommunistischen Partei innerhalb der Arbeiter*innenklasse in ihrer Kampagne der Solidarität mit den deutschen Arbeiter*innen. Wie die Dokumente in der Humbert-Droz-Korrespondenz⁶⁶² bezeugen, führte dies auch zu großem Zögern in den Reihen der Französischen Kommunistischen Partei selbst.⁶⁶³

In Wirklichkeit aber entsprach die »Schlageter-Linie«, die ohne erkennbaren Widerstand von allen deutschen Kommunist*innen – der linken wie der rechten – akzeptiert wurde, den Bedürfnissen, die eine Analyse offenbart hatte, deren Richtigkeit die Geschichte beweisen sollte, auch wenn ihre Anwendung etwas zu wünschen übrig ließ. Keiner der damaligen deutschen Führer*innen hat das verschwiegen, und Paul Böttcher macht es deutlich:

»Mit dem Wachstum der faschistischen Bewegung in Deutschland musste auch die KPD ihre Einstellung zum Faschismus einer Revision unterziehen. Solange der Faschismus sich in seiner Anfangsentwicklung auf militärische Formationen und die Anwendung militärischer Gewaltmittel beschränkte, war der Abwehrkampf der Arbeiterklasse konzentriert auf die Abwehr faschistischer Gewalt durch proletarische Gewalt. Die Bildung des proletarischen Selbstschutzes als militärisches Kampfmittel gegen den Faschismus stand im Vordergrund auch der kommunistischen Propaganda. Es ist jedoch klar, dass diese Mittel zur Bekämpfung des Faschismus allein nicht ausreichen, ja, dass sie sogar untergeordnete Mittel sind. Ist der Faschismus tatsächlich eine politische Bewegung mit sozialem Inhalt, dann muss er auch ideologisch bekämpft werden. Erstens positiv durch die Aufzeigung des Auswegs aus dem nationalen Zusammenbruch und der ökonomischen Sklaverei; zweitens negativ durch die Kennzeichnung des Faschismus als Mittel des Kapitals.«⁶⁶⁴

die Rote Fahne, obwohl sie dies acht Tage später in einem kleinen Punkt tun sollte, in dem der »Vorwärts« ihre Worte entstellte. Mehr als zwanzig Jahre später schrieb sie: »Ich sagte, dass der Kommunismus nur dann für die Bekämpfung der jüdischen Kapitalisten ist, wenn alle Kapitalisten, jüdische und nicht-jüdische, Ziel des gleichen Angriffs sind« (a.a.O., S. 283, Fn. 16 [deutsche Ausgabe, S. 344, Fn. 16]).

662 Briefe von J. Humbert-Droz an Sinowjew, L'Éil de Moscou in Paris, vom 14. Juni, 6. September, 20. und 22. September (S. 191-199).

663 Humbert-Droz schrieb am 29. September 1923 an Sinowjew, dass »Monate zum Beispiel davon überzeugt war, dass die deutsche Partei den Weg der Sozialisten von 1914 beschreitet« (ebenda. S. 198). Alfred Rosmer, ohne die Analyse Radeks zu bestreiten, die er eher zu billigen scheint, schreibt dennoch anlässlich die Rede zu Schlageter: »Die unglaubliche Erklärung Radeks war nicht dazu angetan, die Aufgabe der Arbeiterfunktionäre zu erleichtern, die ihre Aktivitäten sehr genau durchdacht hatten. Sie half hingegen sehr den sozialdemokratischen Führern, die angesichts des Vormarsches der National-Sozialisten passiv blieben und glücklich waren, einen Vorwand zu haben – der ausgezeichnet zu sein schien –, um das geheime »Einverständnis von kommunistischen und faschistischen Führern anzuprangern« (Moscou sous Lénine, S. 270 [deutsche Ausg., a.a.O., S. 192]).

664 Corr Int. no. 49, 19. Juni 1923, S. 362 [deutsch a.a.O., S. 941].

Mitte 1923 war die »Schlageter-Linie« nur eines der Mittel dieser Politik der »Eroberung der Massen«, die die Kommunist*innen als Vorbedingung des revolutionären Kampfes um die Macht ansahen. In einem Artikel mit dem Titel »Rettung oder Fahrt in den Abgrund« fasst Heinrich Brandler die Politik und die Aussichten seiner Partei in dieser Zeit zusammen und benennt den Platz, den die Bastionen Sachsen und Thüringen darin einnehmen können:

»Durch den Verfall der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates sind schon große Verschiedenheiten in den einzelnen Landesteilen Deutschlands geschaffen worden. In Sachsen und Thüringen ist das Kräfteverhältnis so, dass die Bourgeoisie nicht mehr stark genug ist, den legalen Aufbau der proletarischen Kampfformationen, wie Betriebsräte, Kontrollausschüsse und proletarische Hundertschaften zu verbieten. Andererseits ist das Proletariat noch nicht stark genug, um in diesen Landesteilen isoliert die Bourgeoisie niederzuwerfen. Der Plan der Bourgeoisie ist, die Arbeiterklasse in isolierte Machtkämpfe zu verwickeln, um sie wie im Jahre 1919 isoliert und nacheinander niederzuwerfen. Es ist Aufgabe der kommunistischen Führung, das unter allen Umständen zu verhüten. Sie muss lernen, in den vorgeschrittenen Bezirken kurzzutreten und wenn nötig, auszuweichen. [...] Im Falle eines Angriffes der Faschisten, eines großen Bergarbeiter- oder Eisenbahnerstreiks im Reich wird es dann der Partei gelingen, die Gesamtarbeiterschaft mobilzumachen und an der Spitze der kampfbereiten proletarischen Einheitsfront ohne und gegen die VSPD und Gewerkschaftsbürokratie den Sieg zu erkämpfen.«⁶⁶⁵

So denken die deutschen kommunistischen Führer*innen Ende Juni 1923, obwohl sie überzeugt sind, dass die durch die Krise in Deutschland eröffnete Situation unausweichlich zur Revolution führt, dass sie genug Zeit haben, um ihren Einfluss im und um das Proletariat zu stärken. Auf dieser Linie haben sie die volle Unterstützung der Exekutive der Internationale. Im Verlauf der Juni-Sitzung der erweiterten Exekutive stellt niemand die Eroberung der Macht in Deutschland als unmittelbare Aufgabe dar, und Sinowjew erklärt:

»Deutschland ist am Vorabend der Revolution. Das bedeutet nicht, dass die Revolution in einem Monat oder einem Jahr kommen wird. Vielleicht wird viel mehr Zeit erfordern.«⁶⁶⁶

665 [Henri Brandler, La course à l'abîme] Corr Int, Nr. 49, 19. Juni 1923, S. [358-359, hier S.] 359 [deutsch: »Rettung oder Fahrt in den Abgrund«, Inprekorr Nr. 100, 15. Juni, S. 837 f., hier S. 838. Der Schluss des Zitats unterscheidet sich in der deutschen und französischen Ausgabe etwas.]

666 Übersetzt nach dem russischen Bericht [Rasschirenji Plenum Ispolnitelnogo Komiteta Kommunističeskogo Internatsionala (12-23 Ijunja, 1923 goda), S. 103, und zitiert von E. H. Carr, S. 178. Der deutsche Text ist anders: »Die KPD ist eine Klassenpartei, aber in dem Sinne, wie es eine revolutionäre Partei am Vorabend einer Revolution sein muss. Es können noch Episoden kommen, aber der Ausgang des Kampfes ist nicht zweifelhaft« (Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive..., S. 101).

Kapitel XXXVIII: Der Sturz der Regierung Cuno

Wenn es wahr ist, wie Lenin dachte, dass das Wesen des Marxismus darin besteht, zu wissen, wie man »eine konkrete Situation richtig analysiert«, dann war es im Juli 1923 nicht einfach, in Deutschland ein guter Marxist zu sein. Die Lage ist unbestreitbar vorrevolutionär. Aber als solches hat sie widersprüchliche Aspekte. Außerdem belastet die Erinnerung an vergangene Missgeschicke das Urteilsvermögen der Verantwortlichen. Je höher der Einsatz und je realer die Chancen auf einen Sieg sind, desto größer ist das Risiko einer Niederlage, und desto schwerwiegender sind die Gründe für einen Aufschub, um nicht alles zu verlieren, indem man sich zu früh engagiert.

Gerüchte über einen Bürgerkrieg

Nach der relativen Atempause an der Ruhr hörten die Temperaturen ab Anfang Juni im ganzen Land nicht mehr auf zu steigen, in dem Maße, wie sich die Wirtschaftskrise verschärfte, die Mark einbrach und die Preise explodierten. Wilde Streiks brachen hier und da aus, die von den Gewerkschaften verleugnet und von den sozialdemokratischen Führer*innen bekämpft wurden, die die Gefahr von Abenteuern und Unruhen anprangerten, die die Entwicklung des kommunistischen Einflusses begünstigten. Die wachsende Autorität der Betriebsräte war dort zu spüren. Ihr Aktionsausschuss für das gesamte Reich, der Fünfzehnerausschuss unter dem Vorsitz Grothes, begann als alternative Arbeiter*innenführung zu agieren, ein ernsthaftes Gegengewicht zur Leitung der Gewerkschaften.

Am 16. Juni richtete er im Namen der Betriebsräte einen feierlichen Aufruf an Arbeiter*innen, Beamte, Angestellte und Intellektuelle. Er beschrieb die Katastrophe, die die gesamte deutsche Gesellschaft bedrohte, und bekräftigte, dass die Arbeiter*innenklasse der Wurzel des Übels, das kapitalistische System, beikommen könne:

»Nur der gemeinsame Kampf, nur der geschlossene Klassenkampf

bringt euch das, was ihr zur Sicherung des nackten Lebens gebraucht. [...]

Das ganze arbeitende Volk ist in Bewegung.

In diesem Flusse und in dieser Bewegung, in dem Kampfe, in dem die Gewerkschaft-

ten noch versuchen, die Bewegungen zu sabotieren und zu stoppen,

kommen den Betriebsräten große Aufgaben und große Verantwortungen zu.⁶⁶⁷

Er lud die Betriebsräte ein, lokale und regionale Organe zu bilden, um den arbeitenden Massen in den kommenden Kämpfen »Ziel und Richtung« zu geben. Man muss Preiskontrollausschüsse und proletarischen Selbstschutz entwickeln: Mit den Betriebsräten werden sie die Basis der Arbeiter*innenregierung bilden, die allein der Krise einen positiven Ausgang geben kann.

In der Tat folgen Streiks und Demonstrationen aufeinander. Arbeiter*innenkundgebungen in Bautzen am 2. Juni⁶⁶⁸, in Dresden und Leipzig am 7. Juni.⁶⁶⁹ An diesem Tag streikten in Oberschlesien mehr als 100.000 Berg- und Metallarbeiter*innen unter der Führung einer gewählten zentralen Streikleitung⁶⁷⁰, dem sechs Kommunist*innen von insgesamt sechsundzwanzig Mitgliedern angehörten.⁶⁷¹ Am 11. Juni brach ein noch nie dagewesener Streik von 100.000 Landarbeiter*innen in Schlesien aus⁶⁷², dem 10.000 Tagelöhner in Brandenburg folgten.⁶⁷³ Am 11. Juni begann gleichfalls der Streik der Handelsseleute in Emden, Bremen, Hamburg und Lübeck, unter dem Anstoß des Deutschen Schifffahrtsbundes, einem Mitglied der RGI und von Kommunist*innen geleitet.⁶⁷⁴ In Berlin traten die Metallarbeiter*innen in Aktion.⁶⁷⁵ In der Hauptstadt und ihren Vororten zählte dieser Verband 153.000 Gewerkschaftsmitglieder von insgesamt 250.000 Arbeiter*innen, wobei viele kleine Unternehmen nicht einmal 50% Gewerkschaftsmitglieder hatten. Der Druck der Arbeiter*innen erreichte die Organisierung einer Urabstimmung über den Streik innerhalb der Gewerkschaft: Die Resonanz war massiv positiv. Die Gewerkschaft organisierte daraufhin eine zweite Urabstimmung, an der auch Nicht-Gewerkschaftsmitglieder teilnehmen konnten: Die Mehrheit für den Streik war sogar noch überwältigender. Schließlich wurde der Streikaufruf für sechzig Unternehmen, die wichtigsten, mit insgesamt 90.000 Arbeiter*innen, erlassen. Die Unternehmer*innen nahmen sofort Verhandlungen auf. Am 10. Juli gab es 150.000 Streikende, da die Gewerkschaftsführung in vielen Fabriken überrollt worden war. Am gleichen Tag unterzeichneten die Unternehmer*innen eine

667 [»Der Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte an die deutsche Arbeiterklasse«,] Die Rote Fahne, 17. Juni 1923 [S. 3, Spalte 2-3].

668 Ebenda, 2. Juni 1923.

669 Ebenda, 7. Juni 1923.

670 [»Über 80.000 Streikende in Oberschlesien.«] ebenda, 9. Juni 1923 [S. 3, Spalte 2-3].

671 Angress, a.a.O. S. 352. [dt. Ausg. S. 386, allerdings ist bei Angress von 43 Streikleitungsmitgliedern, darunter 10 Kommunist*innen, die Rede, die von Broué angegebenen Zahlen finden sich bei Wenzel, S. 135]

672 Die Rote Fahne, 12. Juni 1923.

673 Ebenda, 24. Juni 1923.

674 Ebenda, 12. Juni 1923. [tats. »Die Streikwelle. Der Seeleutestreik«, Die Rote Fahne, 10. Juni, S. 3, Spalte 2]

675 [»Zur Erweiterung des Streiks auf alle VBMI-Betriebe«,] ebenda, 8. Juli 1923 [S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1].

Lohnerhöhung: von 9.800 Mark für die letzte Juniwoche auf 12.000 Mark für die erste Juliwoche. Eine Klausel sieht die Einrichtung einer paritätischen Kommission vor, die für die Erstellung eines Preisindexes zuständig ist, der als Grundlage für die Festlegung eines Zuschusses zu den Lebenshaltungskosten dienen soll: auf Wunsch der Unternehmer*innen und um die Gefahr einer Ansteckung zu vermeiden, bleibt dieser geheim. Das Ergebnis war jedoch da: Die neuen Löhne der Metaller lagen ab dem 10. Juli um 38 % über dem von den Gewerkschaften geforderten und am 3. Juli abgelehnten Wert.⁶⁷⁶ Bald waren die Bauarbeiter*innen an der Reihe, dann die Holzindustrie in der Hauptstadt. Überall spielten die Kommunist*innen die führende Rolle bei der Auslösung des Streiks und sogar der Wiederaufnahme der Arbeit, nicht nur in den Gewerkschaftsversammlungen, wo sie oft in der Mehrheit waren, sondern auch in den für alle offenen »Arbeiterversammlungen«, zu deren Einberufung sie die Gewerkschaftsführer*innen zwangen.

Am 12. Juli, im Herz dieser Welle ökonomischen Streiks zur Verteidigung der Löhne, veröffentlichte »Die Rote Fahne« einen durchschlagenden Aufruf »An die Partei.«⁶⁷⁷ Sie war ganz von Brandlers Hand geschrieben, und er ließ ihn am 11. trotz großen Widerwillens von einer überraschten Zentrale annehmen. In der Tat bewegt vom Vormarsch der rechtsextremen Nationalist*innen, aufgewühlt durch das Protokoll einer Versammlung, auf der der zur anderen Seite übergelaufene ehemalige Linksradikale Wolffheim davon sprach, »die Kommunisten zu erschießen«, versuchte Brandler, die Partei aufzurütteln und ihr den Ernst der Stunde bewusst zu machen.⁶⁷⁸ Die Lage, so der Appell, wird immer schlimmer. Die Regierung Cuno stand am Rande des Bankrotts und die Stunde der totalen Krise nahte. Französ*innen und Belgier*innen unterstützten im Rheinland die Separatist*innenbewegung, Bayern stand unter einer rechtsextremen Regierung kurz vor der Sezession, und die Truppen der Reichswehr – zumindest in Bayern –, die Nazi-Sturmabteilungen, die »Schwarze Reichswehr«, bereiten sich darauf vor, nach der Ernte einen Bürgerkrieg gegen das Arbeiter*innen-Sachsen und Thüringen zu entfesseln, wo die Regierungen der linken Sozialdemokrat*innen die Entwicklung der Betriebsratsbewegung fördern und die proletarischen Hundertschaften dulden. Die Pläne der Faschist*innen sind den Führer*innen der Armee bekannt, die sie begünstigen, den Führer*innen der bürgerlichen Parteien, die sie ermutigen, und den sozialdemokratischen Führer*innen, die sich durch ihr Schweigen zu Komplizen machen:

»Wir gehen entscheidenden Kämpfen entgegen. Wir müssen uns und die Massen

676 [E. Melcher, La grève des métaux de Berlin] Corr. Int. Nr. 56, 13. Juli 1923, S. [415-416, hier S.] 416; Artikel von Melcher über den Metallarbeiter*innenstreik.

677 Die Rote Fahne, 12. Juli 1923 [S. 1]; Dok. u. Mat., VII/2, S. 365-367.

678 Nach den Aussagen Brandlers gegenüber den Herren Wenzel und E. H. Carr, besprochen in Angress, a.a.O. S. 358, Fn. 109. [dt. Ausg., S. 393, Fn. 109]

*vorbereiten, ohne Nervosität, mit kühlem Blut und klarem Kopf.*⁶⁷⁹

Keiner kann wissen, wann die Faschisten angreifen werden:

»Wir Kommunisten können in dem Kampf gegen die Konterrevolution nur siegen, wenn es uns gelingt, ohne und gegen die verräterische sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen mit uns gemeinsam in den Kampf zu führen. (...) Die Partei muss ihre Organisation so schlagkräftig machen, dass sie auch im offenen Bürgerkrieg in keinem einzigen Bezirk versagt. (...) [Die Faschisten] haben die Losung ausgegeben, den Bürgerkrieg auf das Brutalste und Gewalttätigste durchzuführen. (...) Der Faschistenaufstand kann nur niedergeworfen werden, wenn dem weißen Terror der rote Terror entgegengestellt wird. Erschlagen die Faschisten, die bis an die Zähne bewaffnet sind, die proletarischen Kämpfer, so müssen diese erbarmungslos alle Faschisten vernichten. Stellen die Faschisten jeden zehnten Streikenden an die Wand, so müssen die revolutionären Arbeiter jeden fünften Angehörigen der Faschistenorganisationen an die Wand stellen. (...) Die Partei ist bereit, mit allen denen Schulter an Schulter zu kämpfen, die ehrlich und entschlossen nach innen und außen unter Führung des Proletariats kämpfen wollen.

Auf, schließt die Reihen der Avantgarde des deutschen Proletariats!

*Im Geist von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg lasst uns kämpfen!*⁶⁸⁰

Dieselbe Ausgabe der Roten Fahne kündigt die Entscheidung der Zentrale an, den 29. Juli zu einem »Antifaschistentag« des Proletariats zu machen und Demonstrationen in ganz Deutschland zu organisieren. Der Moment scheint gekommen zu sein, die Stärke der Partei in großen Straßendemonstrationen zu testen, die wiederum den Verlauf der politischen Entwicklung beeinflussen können, insbesondere die Hinwendung der Mehrheit der Arbeiter*innen zum Kommunismus. Die Initiative des Parteaufrufs wurde jedoch vor allem unter den rechten Kadern kritisiert; Brandler wird später die Gerüchte erwähnen, die damals losgetreten wurden: *»Brandler ist wieder einmal verrückt geworden und will einen Putsch machen.*«⁶⁸¹

Der Fall des Antifaschist*innentages

Die Entscheidung, eine Demonstration zu organisieren, war zweifellos eine Reaktion auf den Willen des Zentrale, ihren Einfluss auf die Bewegung zu sichern, aber auch, sie zu vereinheitlichen und zu zentralisieren. Im Klima der Stunde konnte diese Demonstration jedenfalls nur ein wichtiger Schritt in Richtung Klassenkonfronta-

679 Die Rote Fahne, 12. Juli 1923; Dok. u. Mat., VII/2, S. 365.

680 Ebenda, S. 365-367.

681 Die Lehren ... , S. 31.

tion sein. Die große Presse denunzierte es sofort als eine Kampfnitiative, als Beweis dafür, dass die Kommunist*innen den Bürgerkrieg vorbereiteten.⁶⁸²

Die Parteipresse dementierte dies, aber ihre Aufrufe zur Wachsamkeit, ihr Beharren auf der notwendigen Mobilisierung der Massen, auf dem unvermeidlichen Herannahen des entscheidenden Augenblicks, erhielten eine gespannte Atmosphäre aufrecht. Außerdem sind die kommunistischen Aktivist*innen nicht allein bei der Vorbereitung des »Antifaschistentages«: Die Lektüre der Aufrufe zur Vorbereitung und Organisierung von lokalen Demonstrationen zeigt, dass sie viele Gewerkschaftsführer*innen und Nicht-Parteimitglieder für ihr Projekt gewinnen konnten. Besser noch: Dort, wo es den Kommunist*innen gelungen war, die sozialdemokratischen Organisationen zu überzeugen, war es ein Arbeiter*innenpublikum, das seine Bereitschaft zeigte, ihnen zu folgen – und ihnen sogar zuvorkommen. In Frankfurt am Main kam es am 23. Juli während einer von der KPD und der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam organisierten Demonstration zu gewalttätigen Zwischenfällen: Geschäfte wurden von den Demonstrant*innen gewaltsam geschlossen, Busse wurden angehalten, bürgerlich aussehende Passant*innen wurden befragt und gezwungen, Plakate zu tragen und Parolen zu rufen.⁶⁸³ Der Oberpräsident von Hannover – Gustav Noske persönlich – ergriff die Gelegenheit, die Demonstration des 29. in auf dem Territorium seiner Provinz zu verbieten.⁶⁸⁴ Die Reichsregierung forderte die anderen Länder auf, diesem Beispiel zu folgen, was sie mit Ausnahme von Sachsen und Thüringen alle taten. In Preußen verbot der Innenminister, der Sozialdemokrat Severing, die vorgesehene Demonstration in Potsdam.⁶⁸⁵

Alle Meinungsverschiedenheiten traten mit einem Schlag innerhalb der Zentrale wieder auf. Sollen wir uns dem Verbot beugen? Oder sollte man es ignorieren, aber wie könnte man in diesem Fall vermeiden, übermäßige Risiken einzugehen, wie könnte man vermeiden, einen vorzeitigen Kampf zu riskieren? Brandler tendiert zu einer Zwischenlösung. Die Kommunistische Partei ist jetzt sicherlich in der Lage, beträchtliche Kräfte hinter sich zu ziehen, aber da sie noch in keiner wichtigen Massenbewegung die Führung übernommen hat, ist es absolut notwendig, staatliche Provokationen zu vermeiden: kurz gesagt, muss man der Kraftprobe ausweichen, ohne zu kapitulieren. Er schlug vor, den Aufruf zu befolgen und in Sachsen, Thüringen und Baden zu demonstrieren, wo es kein Verbot gab, und auch im preußischen Sachsen, an der Ruhr und in Oberschlesien, wo die Behörden keine Möglichkeit hatten, die Demonstration zu verhindern. In jedem Fall müssen die Demonstrationen durch die

682 Ersil (a.a.O., S. 153) erwähnt Artikel aus Germania, 19. Juli, Deutsche Allgemeine Zeitung, 12. Juli, und Merseburger Tageblatt vom 14. Juli, die »eine größere Gefahr als die französischen Gewalt an Rhein und Ruhr« anprangerten.

683 Die Rote Fahne, 24. Juli 1923.

684 Angress, a.a.O. S. 364.

685 Potsdam Archiv I, Reichsministerium des Innern, Nr. 13.212, S. 52, zitiert nach Ersil, a.a.O., S. 153.

proletarischen Hundertschaften in Waffen geschützt werden.⁶⁸⁶ Ruth Fischer meinte, dass die Partei nicht nachgeben könne, ohne das Gesicht und das Vertrauen der Arbeiter*innen zu verlieren. Sie beharrte auf der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Berliner Demonstration.⁶⁸⁷ Severings Berliner Polizei war jedoch eine gewaltige furchteinflößende Kraft und die Kommunist*innen waren im Vergleich zu den Sozialdemokrat*innen eine Minderheit im Berliner Proletariat. Für sie besteht die Gefahr – in Brandlers Augen verschärft durch die Anwesenheit von Linksradi- kalen auf Kommandoposten des Bezirks Berlin-Brandenburg –, in die Falle einer Provokation zu tappen und die Avantgarde des Berliner Proletariats in einem verfrühten Kampf erneut zu isolieren. Darauf weist Brandler hin, der – nicht ohne eine gewisse Heimtücke – hinzufügt, dass die Zentrale die Demonstration von Berlin nur für den Fall genehmigen könne, dass die Verantwortlichen der Partei in der Haupt- stadt in der Lage wären, ihm einen ausreichenden bewaffneten Schutz zuzusichern. Ein Gegenvorschlag, der Ruth Fischer so erzürnte, dass sie so weit ging, Brandler einen »Faschisten« und »Abenteurer« zu nennen! Brandler machte einen Rückzieher und schlug vor, einen Proteststreik gegen das Demonstrationsverbot zu starten: Auch sein Vorschlag wurde nicht angenommen.⁶⁸⁸ Die Zentrale stürzte in Wirklichkeit in tiefe Verwirrung: Die Presse prangerte weiterhin die bolschewistische Gefahr an, die Absicht der Kommunist*innen, anlässlich der Demonstration einen Putsch zu ent- fesseln, und die Mehrheit dachte, dass man sich um jeden Preis weigern müsse, in die Falle zu tappen, indem man sich bereit erklärte, an dem Tag und zu der Zeit zu kämpfen, die der Gegner gewählt hatte. Die Entscheidung, sich dem Verbot zu beu- gen, ist jedoch so schwer, dass Brandler sie nicht allein, ohne den Rat der Exekutive, treffen will.⁶⁸⁹

Nun ist die Lage in Moskau verworren. Dort ist gerade der 12. Parteitag der Bol- schewiki zu Ende gegangen: Es war der erste Parteitag ohne Lenin, dessen letzter Artikel am 6. Februar erschien und der, von einem neuen Schlaganfall getroffen, seit dem 9. März völlig gelähmt ist. Seit einigen Monaten kristallisieren sich im Politbüro Widersprüche zu wirtschaftlichen Fragen heraus. Die »Scheren«-krise ruft nach Ab- hilfe: Trotzki schlägt Industrialisierung und Planung vor, was die Mehrheit ablehnt. Gegen ihn ist die Allianz Sinowjews, Kamenews und Stalins, Generalsekretär seit 1922, besiegelt, die unter dem Namen »Troika« bekannt ist. Aber diese Differenzen wurden auf dem Parteitag nicht ausgedrückt. Auf der anderen Seite musste sich die Troika heftiger Kritik stellen: Preobraschenski und andere prangerten die Erstickung

686 Die Lehren ... , S. 32.

687 Ebenda, S. 55. In ihrem Buch Stalin und der deutsche Kommunismus widmet sie der Affäre um den »Antifaschistentag« merkwürdigerweise nur fünf Zeilen, ohne auf ihre eigene Position einzugehen (S. 287 [dt. Ausg., S. 350]).

688 Die Lehren, S. 32.

689 Angress, a.a.O., S. 365-366, Fn. 131 [dt. Ausg., S. 400, Fn. 131], geht auf die ungelöste Frage ein, ob die Exekutive ihre Stellungnahme vor oder nach der Sitzung der Zentrale telegrafisch abgegeben hat.

der Demokratie in der Partei, den Aufstieg des Apparates, die Verallgemeinerung autoritärer Führungsmethoden an. Bucharin und Rakowski warfen Stalin vor, eine chauvinistische Politik der erzwungenen »Russifizierung« zu betreiben. Im Übrigen schlug Lenin auf der Grundlage der georgischen Affäre Trotzki einen Block gegen Stalin vor und führte einen Kampf, der ihn am Vorabend seines endgültigen Rückfalls dazu brachte, alle persönlichen Beziehungen zu diesem abzubreaken. Aber Trotzki ließ sich in Lenins Abwesenheit nicht auf einen Kampf auf dem Parteitag ein, während sich seine Gegner im Politbüro bereits zu einer Fraktion gegen ihn organisierten.

Als Brandlers Telegramm in Moskau eintraf, war die Mehrheit der bolschewistischen Führer*innen, darunter Sinowjew, Bucharin, Trotzki, im Urlaub. In der Exekutive waren nur Radek und der Finne Kuusinen anwesend.⁶⁹⁰ Die bulgarischen Kommunist*innen haben gerade den Fehler der KPD vom 13. März 1920 wiederholt und sich im bewaffneten Konflikt zwischen der reformistischen Bauernregierung Stambolijskis und dem militärischen Aufstand Zankows für neutral erklärt.⁶⁹¹ Radek ist der Meinung, dass man »eine Forcierung des Kampfes« vermeiden muss, in der er ein »Rennen in eine Juli-Niederlage aus Angst vor einer Wiederholung dessen, was in Bulgarien geschehen war«⁶⁹² sehe. Trotzdem beriet er sich mit den Verantwortlichen im Urlaub. Trotzki zog sich mit dem Argument, dass er unzureichend informiert sei, selbst zurück.⁶⁹³ Sinowjew und Bucharin denken, dass das Verbot ignoriert werden sollte und machten Radek ihre Meinung bekannt:

»Nur auf dem Wege des Aufrufs vom 12. Juli kann die KPD in den Augen aller Arbeiter als der Verteidiger und Ankläger des gesamten Proletariats im Kampf gegen den Faschismus allgemein anerkannt werden. Andernfalls wird sich die traurige Erfahrung von Italien und Bulgarien wiederholen. Im deutschen Zentralkomitee sind die Elemente, die behindern und Zurückhaltung üben, zahlreicher als nötig.«⁶⁹⁴

690 Kuusinen, [»Un tableau inexact de l'Octobre Allemand'«] Cahiers du Bolchevisme, Nr. 11, 30. Januar 1925, S. [712-719, hier S.] 718 [und Nr. 12, 6. Februar 1925, S. 760-764, im Folgenden zitiert nach dem russischen Text, O. Kuusinen, Neudawscheesja isobraschenie »nemezskogo Oktjabrja« {Eine misslungene Darstellung des deutschen Oktobers}, in »Ob urokach Oktjabrja«, Leningrad ²1924, 170-192]. Kuusinen war seit dem 5. Dezember 1921 Generalsekretär der KI (Die Tätigkeit, S. 320).

691 Siehe E. H. Carr, The Interregnum, Kapitel VIII, »Bulgaria and the Peasant«, S. 190-200.

692 Kuusinen, a.a.O. S. 718. [russ. Ausg., S. 179]

693 Ebenda [russ. Ausg., a.a.O.], Trotzki hat diese Aussage Kuusiners nie bestritten.

694 Ebenda [russ. Ausg., a.a.O.].

Stalins Meinung ist diametral entgegengesetzt. Er wird in einem an Bucharin und Sinowjew gerichteten Brief⁶⁹⁵ die Notwendigkeit eines vorübergehenden Rückzugs bekräftigen:

»Sollten die Kommunisten (zum gegenwärtigen Zeitpunkt) ohne die S[ozial]-D[emokraten] die Machtergreifung anstreben, sind sie bereits reif dafür? - so steht, wie ich meine, die Frage. Als wir die Macht übernahmen, hatten wir in Russland solche Reserven wie: a) Frieden, b) das Land den Bauern, c) die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse, d) die Sympathien der Bauernschaft. Nichts davon haben heute die deutschen Kommunisten. Natürlich haben sie das Sowjetrussland in ihrer Nähe, was wir nicht hatten, aber was können wir ihnen im Augenblick geben? Wenn heute in Deutschland die Macht sozusagen hinfällt und die Kommunisten sie aufheben, dann werden sie mit Pauken und Trompeten untergehen. Und dies im besten Fall. Im schlimmsten Fall wird man sie in Stücke hauen und weit zurückwerfen. Es geht nicht darum, dass Brandler ‚die Massen lehren‘ will, - es geht darum, dass die Bourgeoisie plus die rechten S[ozial]-D[emokraten] das Manöver in einen Generalangriff umwandeln und sie am Boden zerstören würden (wofür sie vorläufig alle Chancen besitzen). Die Faschisten schlafen natürlich nicht, für uns ist es jedoch von Vorteil, wenn sie als erste angreifen: das wird die gesamte Arbeiterklasse um die Kommunisten zusammenschließen (Deutschland ist nicht Bulgarien). Die Faschisten sind jedoch, nach allen Informationen zu urteilen, in Deutschland schwach. Meiner Meinung nach muss man die Deutschen zurückhalten und nicht ermuntern.«⁶⁹⁶

In Anbetracht dieser widersprüchlichen Meinungen telegraphierte Radek am 26. an Brandler:

695 Laut Ruth Fischer wurde dieser Brief erstmals von Brandler und seinen Freunden in der Arbeiterpolitik vom 9. Februar 1929 veröffentlicht. Trotzki gibt sowohl in Die Kommunistische Internationale nach Lenin (Bd. II, S. 487 [deutsche Neuübersetzung S. 1272] als auch in Stalin (S. 505 [dt. Ausg. S. 469 f.]) – und im Gegensatz zu dem, was E. H. Carr, a. a. O., S. 187, Fn. 1, schreibt, der in diesem Punkt wohl nur die amerikanische Ausgabe des zweiten Werkes konsultiert hat – das Datum des 7. August an. Aber es ist zweifellos die Angelegenheit des antifaschistischen Tages, auf die sich der Brief bezieht, wenn er von der »Demonstration« [manifestation] spricht – in der französischen Ausgabe von 1969 fälschlicherweise aus dem Englischen mit »démonstration« [im Französischen heißt »Demonstration« »manifestation«, während »démonstration« »Beweisführung« o.ä. bedeutet] übersetzt –, insofern er auch die Argumente über Brandlers »Absichten« beiseite fegt. Es muss also zugegeben werden, dass dies nicht Stalins Antwort auf Radeks Frage war, sondern eine Rechtfertigung seiner Position am Antifaschistentag, die er anschließend an Bucharin und Sinowjew richtete. [Die inzwischen zugänglichen russischen Archive zeigen, dass das von Trotzki angegebene Datum 7. August richtig war, siehe folgende Fußnote.]

696 Das russische Original ist unbekannt, aber Stalin gab die Existenz dieses Briefes zu (Sotsch., X, 61, 62, zitiert von Carr, a.a.O. [»Brief Stalins an Sinowjew zum vorläufigen Verzicht auf den Kampf um die Macht in Deutschland: »Die Faschisten zuerst losschlagen lassen« 7. August 1923, wiedergegeben als Dokument 84 in Hermann Weber, Jakob Drabkin, Bernhard H. Bayerlein (Hg.): Deutschland, Russland, Komintern II. Dokumente (1918-1943). Berlin/München/Boston 2015, S. 290-294, hier S. 292 f.]

»Das Präsidium der Internationale rät, die Demonstrationen vom 29. Juli aufzugeben. (...) Wir fürchten eine Falle.«⁶⁹⁷

Die Zentrale schließt sich dieser Position an. Fast überall wurden die für den Antifaschist*innentag geplanten Straßendemonstrationen durch Saalversammlungen ersetzt, außer in Sachsen, Thüringen und Württemberg.⁶⁹⁸ Die Demonstrant*innen waren dennoch sehr zahlreich: 200.000 in Berlin, in siebzehn Versammlungen⁶⁹⁹, 50 bis 60.000 in Chemnitz, 30.000 in Leipzig, 25.000 in Gotha, 20.000 in Dresden, 100.000 insgesamt in Württemberg.⁷⁰⁰ Die Linke denunzierte, was sie als Kapitulation betrachtete. Die Zentrale war froh, die Pläne der Konterrevolution vereitelt zu haben, die die Gelegenheit nutzen wollte, um eine Pogromstimmung zu erzeugen.⁷⁰¹ Es war Ernst Meyer, der die Entscheidung erklärte:

*»Wenn die Kommunist*innen wirklich, wie die Regierung [und die Sozialdemokraten] behaupten, die Absicht gehabt hätten, am 29. Juli den bewaffneten Bürgerkrieg zu beginnen, dann hätte sie nichts daran hindern können, ihre Absichten zu verwirklichen. Aber die Kommunisten [...] denken nicht daran, sich zu einem von ihren Gegnern gewählten Zeitpunkt in eine Schlacht zwingen zu lassen. (...) Die Kommunistische Partei wird die Lage in jedem einzelnen Ort prüfen und je nach dem Maß ihrer eigenen und der gegnerischen Kräfte diese Demonstrationen so wirksam gestalten, als es ihr möglich ist [...] ohne sich den Vorwurf zuzuziehen, leichtfertig das Leben ihrer eigenen Anhänger oder sympathisierender Arbeiter aufs Spiel zu setzen.*

Vielleicht wird hier und da revolutionäre Ungeduld diesen Entschluss als ein unnötiges Zurückweichen betrachten [...] Aber die Kommunistische Partei weiß, dass sie an Vertrauen in der Gesamtarbeiterschaft gewinnt, wenn sie offen ausspricht, was sie vorhatte und was sie tut. Die Kommunistische Partei ist eine Massenpartei, deren Taktik grundsätzlich verschieden ist von der Verschwörer- und Putschtaktik kleiner konterrevolutionären Geheimverbände. Sie braucht keine militärischen Tricks und Manöver. (...) Sie wird ihre Arbeit der Agitation, Propaganda, Organisation fortsetzen.«⁷⁰²

697 Sinowjew auf der 13. Konferenz des RKP(B) [S. 169], zitiert von E. H. Carr, a.a.O. S. 187 [Tatsächlich gibt Carr keine Quellenangabe, die von Broué angegebene Quellenangabe bei Carr bezieht sich auf ein Sinowjew-Zitat im folgenden Absatz des Carrschen Buchs].

698 Hortschansky, a.a.O. [Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes], S. 164.

699 Die Rote Fahne, 30. Juli 1923.

700 Hortschansky, a.a.O. S. 164.

701 Aufruf der Zentrale, Die Rote Fahne, 31. Juli 1923; Dok. u. Mat, VII/2, S. 378-381.

702 [Ernst Meyer, »La journée anti-fasciste en Allemagne«, Corr. Int., Nr. 61, 31. Juli 1923, S. 455 f., hier S. 456. Ernst Meyer, »Der Antifaschistentag in Deutschland« Inprekorr Nr. 124, 27. Juli 1923, S. 1083 f., hier S. 1084 unterscheidet sich etwas vom französischen Text, in dem vom 29. Juli in der Vergangenheitsform die Rede ist. Der letzte Satz des Zitats ist aus der französischen Fassung und entspricht einer längeren

Die Lage Anfang August

Dieser Aufruf zur Ruhe und Vorbereitung hatte im überhitzten Deutschland Ende Juli und Anfang August ungewöhnliche Untertöne. Am 26. Juli schrieb die Kreuz-Zeitung:

»Wir stehen – wer sollte sich noch darüber täuschen – nach allem, was um uns her vorgeht, unmittelbar vor dem Ausbruch einer neuen Revolution.«⁷⁰³

Germania konstatiert am nächsten Tag:

»Das Vertrauen zu der Reichsregierung ist vollständig erschüttert... Die Misstimmung ›hat‹ einen gefährlichen Grad erreicht... die Wut ist allgemein ... die Luft ist mit Elektrizität geladen. Ein Funke genügt, und die Explosion ist da ... Es herrscht Neunte-November-Stimmung.«⁷⁰⁴

In der gesamten Presse mit Ausnahme der kommunistischen Zeitungen kommt der Ausdruck »Novemberstimmung« wieder.

Am 29. Juli fand in Weimar eine außerordentliche Konferenz der sozialdemokratischen Opposition statt; Paul Levi und Kurt Rosenfeld waren da, außerdem Dissmann, der Leiter der Metallarbeiter*innengewerkschaft, Max Urich, Leiter dieser Gewerkschaft in Berlin. Paul Levi, der Organisator der Konferenz, sprach von den »kommunistischen Triumpfen« und den »unverzeihlichen Fehlern«, die die Sozialdemokratische Partei begangen habe.⁷⁰⁵ Die Leipziger Volkszeitung veröffentlichte das Protokoll der Versammlung – dieses »fraktionelle« Verhalten war ein Beweis für die Erschütterung des Apparates – und gab die verabschiedete Resolution wieder: »Sie ruft zum Kampf für den Sturz der Regierung Cuno auf und erklärt sich gegen jede mögliche Beteiligung der Sozialdemokraten an einer ›großen Koalition‹ mit den bürgerlichen Parteien«⁷⁰⁶, was

Passage des deutschen Textes.] Wahrscheinlich fand zu diesem Zeitpunkt – und nicht im Mai, als Brandler persönlich nach Moskau fuhr und das »Flickwerk« stattfand – in der Atmosphäre erneuter Spannungen zwischen den Tendenzen die von Radek in seinem Brief an Clara Zetkin vom Dezember 1926 erwähnte Episode statt, die bereits in Kapitel XXXIII, Fn. 35, zitiert wurde. Er schreibt nämlich, nachdem er die Vorfälle um die Wahl der Zentrale auf dem Leipziger Parteitag erwähnt hat: »Später im Sommer, als Brandler, Thalheimer, Pieck, Guralsky und weitere Mitglieder des Zentralkomitees an Sinowjew, Bucharin und mich schrieben, um die Entfernung Ruth Fischers und Maslows zu fordern, und Brandler mir in einem Privatbrief erklärte, dass dieses Flickwerk nicht länger halte, teilte ich ihm mit, dass ich einen solchen Irrsinn nicht mitmachen kann. Er gab nach.« (The New International, New York, Vol. I, No. 5, pp. 155-156 [hier zitiert nach Fischer, a.a.O., S. 619, Fn. 9]).

703 Kreuz-Zeitung, 26. Juli 1923. [zitiert nach Ersil, S. 157.]

704 Germania, 27. Juli 1923 [zitiert nach Ersil, S. 157.]

705 Volksbote, aus Zeit, 31. Juli 1923 [zitiert nach Ersil, S. 210.]

706 Leipziger Volkszeitung, 2. August 1923. [Das scheint die Übersetzung einer Zusammenfassung in der Sekundärliteratur zu sein. Im Original heißt es: »1. Sofortige Einberufung der Fraktion und Forderung des Rücktritts der Regierung Cuno ohne Rücksicht darauf, ob die bürgerlichen Fraktionen der Einberufung des Reichstags zustimmen. [...] 5. Ablehnung jeder Koalition, solange nicht die Partei durch eine klare, selbständige, proletarische Politik sich die Macht sichergestellt hat, die ihr das Übergewicht in jeder Koalition sichert.«

darauf hinausläuft, jede parlamentarische Lösung der kommenden Krise von vornherein abzulehnen und den Weg der Konstituierung einer Arbeiter*innenregierung einzuschlagen – ein Schritt, den Levi zu gehen entschlossen ist.

Radek seinerseits entwickelt die kommunistische Linie ausführlich unter dem Titel »Der nahende Bankrott der deutschen Bourgeoisie und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands«, in »Die Rote Fahne« vom 2. August. Für ihn ist Deutschland dabei, die zweite Niederlage seiner Bourgeoisie zu erleben, die zur Kapitulation gezwungen wurde, um dem Aufstand der Massen und der Revolution zu entgehen. Drei wesentliche Fakten charakterisieren die Lage. Erstens der fantastische Fortschritt der Kommunist*innen: Die Partei »*nähert sich jetzt der Eroberung der Mehrheit der aktiven Arbeiter Deutschlands*« und streitet in vielen Sektoren, Betrieben und Ortschaften siegreich mit den Sozialdemokrat*innen um die Mehrheit. Dann der Niedergang der Sozialdemokratie:

Sie »hat aufgehört, ein entscheidender aktiver Faktor des öffentlichen Lebens zu sein. Sie ist nicht einmal der entscheidende Faktor der Konterrevolution (...). Sie ist tote Masse geworden.«

Schließlich ist die faschistische Bewegung unter dem Stoß der Kommunist*innen dabei, sich zu zersetzen.

Steht der Sieg der proletarischen Revolution in naher Zukunft auf der Tagesordnung? Alles scheint darauf hinzudeuten, aber Radek besteht darauf, dass man sich nicht dem Fatalismus hingeben darf, denn die Antwort auf diese entscheidende Frage hängt ausschließlich von der Aktion der Partei ab. Er unterstreicht:

»Die deutsche Bourgeoisie ist so organisiert, wie keine der Welt. Die Kommunistische Partei Deutschlands muss so organisiert sein, wie keine Kommunistische Partei der Welt.«

Er wendet sich entschieden gegen die Illusionen derer, die meinen, dass das russische Modell den Weg in die Zukunft weist:

»Die Bolschewiki konnten mit 70.000 Mitgliedern die Macht erobern, denn die Bourgeoisie war unorganisiert, und sie verfügte über eine solche Organisation wie die russische Armee. Eine Million Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands ist das Minimum, das wir in der nächsten Zeit erreichen müssen. Unsere Organisation darf nicht ein Wahlapparat sein, sie muss eine zusammengeballte Faust sein, sie muss ein kämpfender Organismus sein, zusammengehalten nicht nur von der kommunistischen Idee, sondern von dem eisernen Korsett unserer Sturmbataillone der Hundertschaften.

»Eine Konferenz der Opposition«, S. 1, Spalte 2, siehe auch Paul Levi, »Was soll werden?«, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« 2/1, Berlin 2016, S. 178-182, hier S. 181 f.]

Es ist sehr möglich, dass die KPD vor die Frage des Kampfes auf Leben und Tod gestellt wird, bevor sie diese Aufgaben erfüllt hat. [...] Und will sie fähig sein, zu kämpfen gegen Wind und Sonne, unter jeden Umständen, unter denen sie kämpfen muss, so muss sie sich die hier gezeichneten Aufgaben stellen und sie mit eiserner Energie auszuführen suchen.»

In der unmittelbaren Zukunft muss man die Organisation und Entwicklung der konkreten Errungenschaften der Einheitsfront vorantreiben, mit den linken Sozialdemokrat*innen vorwärts marschieren, um Betriebsräte, Kontrollausschüsse, proletarische Hundertschaften aufbauen und durch sie die Übergangsforderungen entwickeln, die geeignet sind, die Massen zu mobilisieren, die Kontrolle der Produktion, die Erfassung der Sachwerte, die Konstituierung einer Arbeiter*innen- und Bauernregierung. Es ist auch notwendig, genau über die Eroberung breiter Schichten des Kleinbürgertums nachzudenken:

»Wir werden die Ingenieure, wir werden die Offiziere, wir werden die tüchtigen Bankbeamten nötig haben, wenn wir mit den geringsten Verlusten Deutschland aus der Not herausführen wollen.«

In der Schlussfolgerung dieses Artikels, der vom 29. Juli datiert und in Moskau geschrieben wurde, bekräftigt Radek, dass die Zeit für den Angriff noch nicht gekommen ist:

Wir »müssen alles vermeiden, was dem Feinde ermöglichen würde, uns teilweise zu schlagen (...) es sind Niederlagen möglich, die ein Heer erleidet, wenn es bei ungenügender artilleristischer Vorbereitung zur Offensive übergeht. [...] Sollte der Gegner selbst zur Offensive übergehen, so wird er sich verrechnen. Wir müssen die Partei bereit machen, um den Angriff des Gegners nicht nur abwehren zu können, sondern um, wenn er angreift, nach der siegreichen Abwehr zum Angriff überzugehen. Aber die Entscheidung dürfen wir von selbst noch nicht suchen.

Das ist die Lage in Deutschland. Das ist die Lage der Kommunistischen Partei. Das sind ihre Aufgaben. Sie erfordern von ihr die größte Anstrengung ihrer Kräfte, die größte Zuversicht, den Glauben an die eigenen Kräfte, Energie, Enthusiasmus, aber auch eiserne Kühle und strategische Überlegenheit, Dann wird auch die Zeit kommen, wo die deutschen Kommunisten sich sagen können: Mut. Mut und noch einmal Mut.«⁷⁰⁷

Das sind die gleichen Themen, die Brandler auf der Grundlage der gleichen Analyse am 5. und 6. August vor dem Zentralkomitee entwickelt, als er eine Resolution zur politischen Lage vorlegt. Die Aufgabe der Partei ist es nach ihm, sich auf einen

⁷⁰⁷ Die Rote Fahne, 2. August 1923. [Auch Inprekorr, Nr. 128, 3. August 1923, S. 1115-1117]

»revolutionären Abwehrkampf« vorzubereiten. Sie muss ihre Anstrengungen verdoppeln, um mit den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei eine einheitliche Arbeiter*innenfront zu bilden, die zur Errichtung einer Arbeiter*innen- und Bauernregierung in Deutschland führt: Es handelt sich also darum, die Kampagne fortzusetzen, um die noch von der Sozialdemokratie beeinflussten Arbeiter*innen und wenn nicht die Sympathie, so doch wenigstens die wohlwollende Neutralität der unteren Schichten des Kleinbürgertums zu gewinnen. Ruth Fischer, die ihre Kritik an der »opportunistischen« Interpretation der Einheitsfront und der Arbeiter*innenregierung wieder aufnahm und Brandler vorwarf, die Perspektive der Diktatur des Proletariats aufgegeben zu haben, und Hugo Urbahns, der die von der erweiterten Juni-Exekutive angenommene Losung einer Arbeiter*innen- und Bauernregierung scharf kritisierte, enthalten sich bei der Schlussabstimmung zusammen mit ihren sieben Genoss*innen der Linken⁷⁰⁸ – Brandler sagt in einem Bericht, dass diese sieben Enthaltungen nur die Bedeutung eines persönlichen Protestes gegen seine Person haben und zitiert Ruth Fischer:

»Die Partei hat [...] sich seit dem Parteitag in Leipzig in der Richtung der Wünsche der Opposition entwickelt. Die Gefahr des Opportunismus und Versumpfens ist zwar noch nicht vorbei, aber auf ein Geringes beschränkt.«⁷⁰⁹

Aber die Ungeduld wächst in den Reihen der Arbeiter*innen, verstärkt durch die Enttäuschung, die auf den Rückschlag im Juli folgte. Haben die Führer*innen der KPD, wie E. H. Carr meint, »ihr Repertoire an Worten und Ideen erschöpft?« Ist die Kommunistische Partei Deutschlands, wie er meint, nicht »ausgerüstet oder nicht bereit?«⁷¹⁰ Gelingt es ihr einfach nicht – wie Radek später andeuten sollte – zu entdecken, dass die neue revolutionäre Welle vor ihren Augen begann, so wie sie sich in der Routine ihrer Propagandapraxis für die Einheitsfront und die Arbeiter*innenregierung eingerichtet hatten?⁷¹¹ Tatsache ist, dass wenige Tage später die Entfesselung der Wirtschaftsstreiks von Berlin aus eine neue politische Lage schaffen wird, die sie genauso, wenn nicht noch mehr, überraschen wird als die politischen Führer*innen der deutschen Bourgeoisie und die sozialdemokratischen Führer*innen.

Sturmbarometer

Der Reichstag trat am 8. August zusammen. Cuno forderte in einer Rede, die von den kommunistischen Abgeordneten häufig unterbrochen wurde, eine Vertrauens-

708 [H. B., »Die Tagung des Zentralausschusses«,] Die Rote Fahne, 8. August 1923 [S. 1, Spalte 3, S. 2, Spalte 1].

709 [a.a.O., S. 1, Spalte 3, Auch Inprekorr, Nr. 131, 8. August 1923, S. 1141 f., Französisch:] Corr Int. no. 64, 15. August 1923, S. 481 [f.].

710 E. H. Carr, a.a.O. S. 188.

711 Die Lehren ... S. 14-15.

abstimmung, rief zu Opfern, Sparen, Arbeit auf. Die Sozialdemokrat*innen beantragten und erreichten unmittelbar nach seiner Rede eine Unterbrechung der Sitzung und die Vertagung der Diskussion auf den nächsten Tag. Wilhelm Koenen, Sprecher der Kommunistischen Partei, sagte: »**Fort mit Cuno!** ist der Ruf, der aus allen diesen Kreisen zu uns dringt!«⁷¹²

Die Debatte wurde am 9. August fortgesetzt. Der Saal wurde buchstäblich von Arbeiter*innendelegationen belagert, die die Versammlung nicht empfangen wollten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten kündigten an, dass sie sich bei der Vertrauensabstimmung enthalten würden. Man erfährt, dass die Borsig-Arbeiter*innen in Berlin im Streik sind.⁷¹³ In Chemnitz forderten 150.000 Demonstrant*innen den Rücktritt Cunos.⁷¹⁴ Die Debatte wurde fortgesetzt. Sie endete am 10. August mit einer Vertrauensabstimmung, wobei sich die Sozialdemokrat*innen enthielten und die Kommunist*innen dagegen stimmten.⁷¹⁵ Wilhelm Koenen wandte sich von der Tribüne aus an die deutschen Arbeiter*innen mit dem Aufruf, »die Massenbewegung der Arbeiter möge über das Parlament zur Bildung einer revolutionären Arbeiter*innenregierung kommen.«⁷¹⁶ Das Barometer steht auf Sturm. Im Morgengrauen begann der Streik in den Werkstätten der Berliner U-Bahn.⁷¹⁷ Wenige Minuten später waren die Drucker an der Reihe, und vor allem, auf Initiative der kommunistischen Zelle, die 8.000 Arbeiter*innen der Reichsdruckerei.⁷¹⁸ Die Druckerpresse wurde angehalten: In wenigen Stunden würde die Regierung kein Zahlungsmittel mehr haben. Die großen Firmen folgten der Bewegung, und Siemens trat nach Borsig⁷¹⁹ in den Streik. Die Arbeiter*innen von elf bestreikten Berliner Betrieben griffen in Resolutionen die Losungen der Kommunist*innen für den Rücktritt Cunos und die Bildung einer Arbeiter*innenregierung auf. Der Stadtverkehr wird komplett eingestellt. Es gibt Gas- und Stromsperrern. Der Transportstreik und der der Elektrizitätsbeschäftigten provozieren weitere Arbeitsniederlegungen, Kundgebungen und wachsende Unruhe. In Hamburg: Totalstreik, auf den Arbeiter*innendemonstrationen in Krefeld und Aachen griff die Polizei ein und es gab Tote.⁷²⁰ In den Mittagsausgaben der Berliner Zeitungen wurde bekannt gegeben, dass die Reichsbank ihre Schalter aus Mangel an Banknoten schließen würde. Der »Vorwärts« rief die Arbeiter*innen auf, ruhig zu bleiben. Die »Rote Fahne« veröffentlicht einen Aufruf des Fünffzehnerausschuss:

712 Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920, Bd 161, Stenografische Berichte, S. 11748-11749- [11762 ist die Debatte wiedergegeben] und [11760-]11761 [die Redebeiträge Koenens zur Geschäftsordnung, Zitat S. 11761A].

713 Die Rote Fahne, 10. August 1923.

714 Krusch, a.a.O., S. 251 [tats. S. 250].

715 Ebenda [Verhandlungen des Reichstags], S. 11779.

716 Die Rote Fahne, 11. August 1923.

717 Ersil, a.a.O. S. 242-243.

718 Verhandlungen des Reichstags, S. 11770.

719 Ersil, a.a.O. S. 214.

720 Ebenda

»In allen Betrieben übt passive Resistenz!

Nieder mit dem Lohnbetrug! Weg mit den Bankrotteuren! Nieder mit dem Warenwucher! Für unsere Arbeit mindestens den Lohn der Friedenszeit!

Verlangt sofortige Auszahlung von 10 Millionen Mark Teuerungszulage für alle Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Das Brot gehört den Arbeitenden! Beschlagnahme der Nahrungsmittel und Verteilung durch die Gewerkschaften und Genossenschaften!

Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung!

Arbeiter! Rettet Euch vor dem Untergang! Die Cuno-Regierung kann Euch nur verderben!

Stellt die Einheitsfront aller Unterdrückten her zum Kampf um eure Existenz! [...]

Bildet in allen Betrieben proletarische Abwehrformationen!«⁷²¹

Am Abend des 10. August hielt die Berliner Gewerkschaftskommission eine außerordentliche Sitzung ab, zu der sie Vertreter*innen der sozialdemokratischen, der unabhängigen und der kommunistischen Partei eingeladen hatte.⁷²² Otto Wels war da, zusammen mit Rudolf Breitscheid und Hertz. Die Kommunist*innen waren durch Ruth Fischer, Geschke und Fritz Heckert vertreten. Es handelt sich darum zu wissen, ob die Gewerkschaften den sich spontan entwickelnden Streik unterstützen werden. Dies ist eine Entscheidung von historischer Bedeutung. Wenn sich die Gewerkschaften dazu entschließen und den Aufruf machen, wird der Streik total sein und Cuno hinwegfegen. Und in diesem Fall wird der einzige Ausweg die Bildung einer Arbeiter*innenregierung mit den Vertreter*innen der Gewerkschaften sein, genau die Lösung, die Legien nach dem Kapp-Putsch vorgeschlagen hat, aber diesmal mitten im offensiven Elan der Arbeiter*innen. Die Diskussion ist leidenschaftlich. Erfahrene Gewerkschafter*innen, seit Jahrzehnten überzeugte Reformist*innen – Ruth Fischer erwähnt Gustav Sabath⁷²³ – neigten zu einer Initiative, von der sie wussten, dass sie einen Bruch mit der Bourgeoisie und der gesamten Vergangenheit der Gewerkschaftsorganisation bedeuten würde.

Die sozialdemokratischen Führer*innen, Wels an der Spitze, argumentierten im entgegengesetzten Sinne: Der Streik, das ist Anarchie, Abenteuer, Chaos. Aber die Regierung hatte gerade einer Delegation ihrer Partei ernsthafte Zusicherungen ge-

721 [»Betriebsräte-Vollversammlung am Wochenende«,] Die Rote Fahne, 10. August 1923 [S. 1].

722 [»Die Gewerkschaftsspitzen versagen wieder einmal/Sie beraten ...«,] Die Rote Fahne, 11. August 1923 [S. 7, Spalte 1-2]; Fischer, a.a.O. S. 300-301 [dt. Ausg., S. 363 f.]; Wenzel, a.a.O. S. 165; Bericht über die Verhandlungen des IV. Parteitages, S. 12-13, 21.

723 R. Fischer, a.a.O., S. 300: Tatsächlich war Sabath von 1919 bis 1922 Mitglied der Unabhängigen Partei gewesen.

geben. Sie wird handeln: 50 Millionen Goldmark, die von großen Unternehmen garantiert werden, sollen für den Ankauf von Lebensmitteln verwendet werden, 200 Millionen unter den gleichen Bedingungen, um die Inflation einzudämmen. Der Reichstag hat soeben für eine Erhöhung der Einkommens- und Unternehmenssteuer gestimmt. All dies ließ eine schnelle Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erwarten, die ein Streik endgültig gefährden würde. Die Kommunist*innen setzten ihnen eine Resolution für einen dreitägigen Generalstreik entgegen, dessen Ziele ein Mindeststundenlohn von 0,60 Goldmark, der Rücktritt Cunos und die Bildung einer Arbeiter*innen- und Bäuer*innenregierung waren.⁷²⁴ Wollten sie ihre Gesprächspartner*innen wirklich überzeugen? Daran kann man zweifeln, wenn man Ruth Fischers Beitrag liest:

»Ich wünschte nur, dass die Arbeiter ihre hohe Gewerkschaftskommission sehen und hören würden. Ihr habt keine Ahnung davon, was draußen vorgeht, sonst würdet ihr diese lendenlahmen Redensarten nicht machen. Die Bewegung ist da, sie ist stark, und die Frage ist einfach die, ob sie einheitlich mit Euch geleitet werden soll, ohne Euch und gegen Euch.«⁷²⁵

Die Gewerkschaftsführer*innen, erweicht von Wels' Argumenten und den Versprechungen der Regierung, ließen sich durch eine solche Haltung kaum zum Handeln bewegen. Sie beschlossen schließlich, den kommunistischen Vorschlag abzulehnen.

Am Abend des 10. schickte das Polbüro ein Rundschreiben an alle Bezirke, in dem es über die explodierende *»mächtige spontane Massenbewegung, passive Resistenz und Streiks«* in Berlin informierte. Sie kündigt an, dass die Delegiertenversammlung am nächsten Tag stattfinden und einen dreitägigen Streik beschließen wird:

»Es wird von dem Verlauf der Bewegung und von der Bewegung im Reich abhängen, ob der Streik dann weitergeführt wird. (...) Die bisherigen Meldungen aus dem Reich zeigen eine ähnliche Situation wie in Berlin. Überall spontane Bewegungen, passive Resistenz und Ausstände Es gilt, diese Bewegungen planmäßig zusammenzufassen und sie zu führen. (...) Überall muss von uns darauf hingearbeitet werden, dass die Ortsausschüsse des ADGB sich an die Spitze der spontanen Bewegung stellen. Wo dies nicht geschieht, und es darf dort, wo die Bewegung spontan ist, keine Zeit mit langen Verhandlungen verloren werden, müssen die Betriebsausschüsse die Bewegungen lenken und organisieren.«

Die Partei muss sich für alle Eventualitäten bereithalten, insbesondere für den Übergang in die Illegalität. Für den Moment ist die Perspektive jedoch folgende:

724 Ebenda.

725 [»Die Gewerkschaftsspitzen ...«,] Die Rote Fahne, 11. August 1923 [a.a.O., hier Spalte 1].

»Es besteht die Möglichkeit, dass die Regierung Cuno unter dem Druck der Bewegung gestürzt und durch die große Koalition ersetzt wird. Die SPD wird vielleicht versuchen, die Massenbewegung durch den Eintritt in die Regierung abzubremesen.«⁷²⁶

Der 11. August war »Verfassungstag«, der vierte Jahrestag der Verabschiedung der Weimarer Verfassung, es gibt Schusswechsel in Hannover, Lübeck und Neurode. Um 10 Uhr vormittags trafen in den beiden benachbarten Festsälen der Neuen Welt und Kliems die Delegierten der in der Nacht vom Fünfhöhnerausschuss einberufenen Betriebsräteversammlung in Autos oder auf Motorrädern mit roten Fahnen ein. Die Polizei griff nicht ein. Im Namen des Ausschusses schlug Hermann Grothe vor, einen dreitägigen Generalstreik zu beschließen.⁷²⁷ Sein Vorschlag wurde ohne große Debatte einstimmig von den 2.000 anwesenden Delegierten angenommen, ebenso wie ein Neun-Punkte-Programm:

1. Sofortiger Rücktritt Cunos
2. die Bildung einer Arbeiter*innen- und Bäuer*innen-Regierung;
3. die Beschlagnahme der Lebensmittel und deren gerechte Verteilung unter der Kontrolle der Arbeiter*innenorganisationen;
4. die sofortige Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse;
5. sofortige Aufhebung des Verbots der proletarischen Hundertschaften;
6. sofortige Festsetzung eines Minimalstundenlohnes von 60 Goldpfennigen für alle Arbeiter*innen und Angestellten;
7. die Wiedereinstellung aller Arbeitslosen in der Produktion;
8. die Aufhebung des Demonstrationsverbots und des Ausnahmezustandes;
9. die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen der Arbeiter*innenbewegung⁷²⁸

Am Nachmittag griff die Kommunistische Partei den Aufruf der Betriebsräte auf, den sie in einem Flugblatt wiedergab. Die Polizei beschlagnahmte es aufgrund eines am Vortag erlassenen Dekrets, das sie ermächtigte, alle Druckerzeugnisse zu beschlagnahmen, die zur Störung des öffentlichen Friedens oder zum gewaltsamen Umsturz des bestehenden Regimes aufriefen. Die sozialdemokratische Fraktion zog in einer Dringlichkeitssitzung Konsequenzen aus der Lage und versuchte, ihren Fehler vom Vortag zu korrigieren: Sie erklärte, dass Cuno nicht mehr ihr Vertrauen habe, und erklärte sich auf Drängen Wels' und angesichts des Ernstes der Lage bereit, in eine Regierung der »großen Koalition«⁷²⁹ einzutreten, die entschlossen sein würde, »die Reichen zahlen zu lassen« und das Elend der Arbeiter*innen zu lindern. Dies war der Gnadenstoß für Cuno, der zurücktrat.

⁷²⁶ Politisches Rundschreiben Nr. 18 des Polbüros, I.M.L.-Z.P.A., 3/1/27, S. 59, wiedergegeben von H. J. Krusch, a.a.O., S. 328-329. [tats. S. 329]

⁷²⁷ Erinnerungen Erich Rochlers, in Unter der roten Fahne, S. 212; Ersil, a.a.O., S. 245.

⁷²⁸ Dok. u. Mat., VII/2, S. 404-405.

⁷²⁹ Vorwärts, 12. August 1923.

In allen großen Arbeiter*innenstädten, in denen sich der Streik ausbreitete, brachen Kämpfe aus. Hermann Grothe schrieb Richtlinien für den Aktionsausschuss im Hinblick auf den Generalstreik: Wahl von Streikleitungen, Organisation von Kontrollausschüsse und proletarischen Hundertschaften, Aufruf an die Arbeiter*innenparteien und -gewerkschaften zur Konstituierung der Arbeiter*innen-Einheitsfront zur Vorbereitung einer Arbeiter*innen-und-Bäuer*innen-Regierung, Entwaffnung der bewaffneten faschistischen Gruppen durch die proletarischen Hundertschaften, Propaganda der Verbrüderung in Richtung der Soldaten und Schupo.⁷³⁰

Am 12. August, Zusammenstoß zwischen Demonstrant*innen und Polizei in Hannover, Rotthausen, Gelsenkirchen: dreißig Tote. Am 13. neue Demonstrationen, neue Schießereien, schwerere, fast überall: sechs Tote in Wilhelmshaven, zwanzig in Hannover, fünfzehn in Greiz, zehn in Aachen, zwanzig in Zeitz, dreißig in Jena, einer in Breslau, vier in Krefeld, vier in Ratibor. In Halle und Leipzig requirierten die proletarischen Hundertschaften das Vieh aus dem Umland, schlachteten es und organisierten seine Verteilung an die Arbeiter*innen.⁷³¹

Schon in den ersten Stunden des Streiks ging die kommunistische Zentrale in den Untergrund und verließ Berlin. Nur Fritz Heckert blieb in der Hauptstadt, wo er in Verbindung mit dem Fünfhönerausschuss die Leitung der Operationen sicherstellte.⁷³² Achtundvierzig Stunden lang schien alles möglich, seit der wilde Streik über Cuno hinweggefegt war.

Doch inzwischen waren die Verhandlungen zwischen den Parteien reibungslos verlaufen, und am Abend des 12. hatte Reichspräsident Ebert den Volksparteiler Gustav Stresemann mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt.⁷³³ Vier Sozialdemokraten nahmen dort Plätze ein, Robert Schmidt als Vizepräsident, Hilferding für Finanzen, Sollmann für Inneres und Radbruch für Justiz. Die neue Regierung machte keinen Hehl aus ihren Absichten: Sie wollte mit Frankreich verhandeln und die Mark stabilisieren, insbesondere durch eine Reform des Steuersystems – indem sie »die Reichen zahlen ließ.«⁷³⁴ In wenigen Tagen führte in der Tat die Aktion der Arbeiter*innen die Bourgeoisie und ihre Vertreter*innen im Reichstag zu einer radikalen, von Angst inspirierten Wende. Die von Cuno verkörperte Politik des »Je schlimmer desto besser« hat sie an den Rand des Abgrunds gebracht, und sie hat beschlossen, einen Rückzieher zu machen: Im Austausch für das Versprechen steuerlicher Maßnahmen, die sich gegen die großen kapitalistischen Unternehmen richten, und für eine Verstärkung der Überwachung gegen Rechtsextremisten haben die Sozialdemokrat*innen zugestimmt, wieder einmal an der Rettung des Regimes und

730 L.H.A.M. Rep C 40 I e, Nr. 969, Bl. 51; zitiert von Ersil, a.a.O. S. 283.

731 Corr Int. no. 64, 15. August 1923, S. 478.

732 Ruth Fischer, a.a.O., S. 302. [dt. Ausg., S. 366]

733 Stresemann, Vermächtnis, Bd. I, S. 88.

734 Verhandlungen des Reichstags I Wahlperiode 1920, Bd. 361, Stenografische Berichte, S. 11840 ff.

der Gesellschaft mitzuwirken. Ihr Eintritt in die Regierung soll Stresemanns, so dessen Kalkül, zumindest ein paar Wochen Aufschub sichern, die er für Verhandlungen über die Ruhr nutzen will.

Das war auch, was man in Moskau dachte, oder zumindest das, was Radek schrieb. Für ihn würde Stresemann, der die mittlere Bourgeoisie vertrat, versuchen, den diplomatischen Stillstand durch Verhandlungen und die Ausarbeitung einer Finanzreform zu durchbrechen, die die Bourgeoisie durchsetzen würde. Die Sozialdemokrat*innen sind der großen Koalition beigetreten, weil sie die Möglichkeit eröffnet, den von ihnen gewünschten Mittelweg zu erreichen, den Verfall der Mark und den Preisverfall durch finanzielle Maßnahmen, Verhandlungen mit Frankreich, Maßnahmen gegen die Nationalist*innen und Reduzierung des Einflusses der Großindustrie zu stoppen. Radek, der den neuen Kanzler für »*unbedingt als Politiker erfahrener als Cuno*« hielt, kam zu dem Schluss, dass die Krise immer noch so ernst sei wie eh und je, aber dass es

»möglich [ist], dass Herr Stresemann trotz alledem eine Etappe bedeutet, auf der die Bewegung eine bestimmte Zeitlang stillstehen wird.«⁷³⁵

Das ist gleichfalls die Sichtweise der deutschen Zentrale. In ihrer wochenlang geführten Agitationskampagne präsentierten die Kommunist*innen den Sturz Cunos als Vorspiel zur Bildung einer Arbeiter*innenregierung. Aber nachdem Cuno gefallen war, entschied sich die Sozialdemokratie, die Karte der großen Koalition zu spielen und wandte sich von jedem Bündnis mit den Kommunist*innen ab, was eine Arbeiter*innenregierung unmöglich machte. Eine neue Verzögerung ist notwendig, um die Krise innerhalb der Sozialdemokratie zu verschärfen. Dies ist, was Albert schreibt:

»Es entsteht nun ein relativer Waffenstillstand, der der großen Koalition Zeit geben muss, sich in den Augen der Kleinbürger und rückständigen Arbeiter, denen der Name eines Hilferding noch eine vage Hoffnung einflößt, vollständiger zu diskreditieren.«⁷³⁶

Nun ist der 13. August auch das vom Kongress der Betriebsräte festgelegte Datum des Endes des Generalstreiks. Wird man ihn verlängern? Das war auf der Stelle zumindest die Meinung des Aktionsausschusses, das in einer von Grothe unterzeichneten Proklamation aufrief zu: »*Weitere Ausdehnung des Generalstreiks*« und »*den Kampf gegen die Große Koalition [...] aufzunehmen*.«⁷³⁷ Zweifellos glaubte er, dass der

735 [»Die Regierung Stresemann«,] Die Rote Fahne, 27. [tats. 19] August 1923 [S. 5, Spalte 1 – S. 6, Spalte 3, hier S. 6, Spalte 3, Inprekorr, Nr. 135, 20. August 1923, S. 1173-1175, hier S. 1175, auf Französisch in] Corr. Int. Nr. 68, 29. August 1923 [S. 509-512].

736 Corr. Int. no. 64, 15. August 1923, S. 64 [tats. S. 477-479, hier S. 479].

737 Die Rote Fahne der Lausitz, 14. August 1923. Dok. u. Mat, VII/2, S. 406-407.

Streik auch Stresemann zu Fall bringen und die Arbeiter*innenregierung durchsetzen könnte. Brandler wird sagen, dass die Zentrale die Probe aufs Exempel machte, indem sie vorschlug, den Streik um einen Tag zu verlängern: Dies erwies sich als nicht möglich, und selbst die Aktivist*innen der Linken mussten sich, wie er sagt, der Weigerung der Arbeiter*innen beugen, eine Bewegung fortzusetzen, die ihnen nun nach dem Rücktritt Cunos und den Versprechungen seines Nachfolgers als gegenstandslos erschien.⁷³⁸ Innerhalb des Polbüros jedenfalls manifestierte sich ein gewisser Widerstand gegen die Wiederaufnahme der Arbeit, dem sich Böttcher, Pieck und Heckert entgegenstellten.⁷³⁹ Die Rote Fahne, die am Morgen des 14. die Schlagzeile brachte: »Millionen auf der Straße – Der Kampf geht weiter!«⁷⁴⁰, veröffentlichte im Laufe des Tages eine Sonderausgabe, in der sie zur gleichzeitigen und koordinierten Beendigung des Streiks aufrief und erklärte, dass es angesichts des Widerstands der Sozialdemokrat*innen und der Gewerkschaftsführer*innen notwendig sei, die Fortsetzung einer aufgezwungenen Aktion zu vermeiden, die zu einem brudermörderischen Kampf zu führen drohe.⁷⁴¹ Der Leitartikel vom 15. August trägt den Titel: »Die Schlacht ist abgebrochen – bereiten wir uns für die nächste vor!« und ein Untertitel unterstrich: »Kampfpause, nicht Kampfabschluss.«⁷⁴² Brandler würde später in einem Pro-Domo-Plädoyer betonen, dass der Streik in Halle, Chemnitz und Dresden, den Bastionen der Partei, nicht das gleiche Ausmaß angenommen hatte wie in Berlin: Als die sächsischen Arbeiter*innen nach dem Fall Cunos in den Streik traten, führten sie keinen ökonomischen Kampf wie ihre Genoss*innen in Berlin, sondern einen politischen Streik; der Beginn des bewaffneten Aufstandes, für den die Berliner*innen noch nicht bereit waren: Die Arbeiter*innenarmee marschierte noch nicht im gleichen Schritt.⁷⁴³

Man kann die Gründe für die Entscheidung der Zentrale diskutieren. Ruth Fischer sagt, dass Brandler keinen Streik wollte, der nicht vom ADGB unterstützt wurde⁷⁴⁴ – was natürlich keinen Sinn macht, da dieser Streik von Anfang an ein wilder Streik war. Ulbricht wirft den »Opportunisten und Verrätern in der Zentrale« vor, keine politische Zielsetzung gegeben oder zur Errichtung einer Arbeiter*innenregierung

738 Die Lehren..., S. 30-31.

739 Nach einem Bericht über die Sitzung des Polbüro vom 13. August (I.M.L.-Z.P.A., 3/1/7, S. 107), zusammengefasst von H. J. Krusch, Um die Einheitsfront..., S. 297-298, Fn. 209.

740 Die Rote Fahne, 14. August 1923 (Morgen-Ausgabe). [In der von uns benutzten Mikrofilm-Ausgabe ist keine Nummer vom 14. August]

741 Die Rote Fahne, 14. August 1923, Sonderausgabe.

742 Die Rote Fahne, 15. August 1923 [S. 1, Spalte 3]; Dok. u. Mat, VII/2, S. 407-409 [tats. ist nicht der Leitartikel, sondern, der auf der selben Seite, Spalte 1-2 abgedruckte Aufruf in den Dok. u. Mat. wiedergegeben, »Kampfpause, nicht Kampfabschluss« ist kein Untertitel, sondern der Titel eines Artikels auf S. 5]

743 Die Lehren, S. 31. Klassenkampf, 14. August, forderte, »aus dem halben Sieg den ganzen zu machen« und schloss: »Fort mit Stresemann!« [zitiert in Ersil, S. 370]

744 R. Fischer, a.a.O., S. 302. [dt. Ausg., S. 366]

aufgerufen zu haben⁷⁴⁵: Doch der Sturz Cunos – erreicht durch den Streik – war eines ihrer bekräftigten Ziele, und die Bedingungen für die Bildung einer Arbeiter*innenregierung waren offensichtlich nicht erfüllt. Während in den Betriebsräten ein gewisser Widerstand aufkam, schien die Linke nicht wirklich gegen die Wiederaufnahme [der Arbeit] zu sein, und Ruth Fischer selbst, deren Sinn für Disziplin nicht besonders entwickelt war, sprach vor den Betriebsdelegierten, um einen Stopp des Streiks zu rechtfertigen⁷⁴⁶, was auch Maslow gebilligt zu haben scheint.⁷⁴⁷ In Wirklichkeit waren die Berliner Streikenden am Ende der geplanten drei Tage der Meinung, dass sie mit dem Rücktritt Cunos ihr erstes Ziel erreicht hatten. Der Streik starb langsam ab und sprang Tag für Tag eine weitere Woche lang von einer Fabrik oder Region zur anderen.

Aber eine gewisse Ermattung zeigte sich in den Reihen der Arbeiter*innen, die ihre Gegner*innen ausnutzten. In der folgenden Woche wurden etwa 200 Streikende verhaftet und mehr als 100.000 entlassen. Severing verbot in Preußen der Fünfzehnerausschuss, gegen den er vorzugehen versuchte und der in Jena Zuflucht suchen musste.⁷⁴⁸ Jeder war sich bewusst, dass der Streik, der in vierundzwanzig Stunden Cuno zu Fall gebracht hatte, das Hauptereignis des »unmenschlichen Jahres« darstellte. Für einige demonstrierte es den Arbeiter*innen endgültig ihre Ohnmacht gegenüber einer Politik, die von den Sozialdemokrat*innen nicht gewollt war, und stellte somit nur einen letzten Schub dar. Für die anderen bereitete er, indem sie die Bourgeoisie zwang, in einem erneuten Bündnis mit der Sozialdemokratie alles auf eine Karte zu setzen, die letzte Phase vor, die revolutionäre Bewusstseinsbildung der Massen, ihren Zusammenschluss zum Kommunismus.

Für die Führer*innen des bürgerlichen Deutschlands wie auch für die Führer*innen der Partei und der Internationale stellte es auf jeden Fall eine Absage an ihre jüngsten Analysen dar. Dieselben Parteien, die noch am 10. August Cuno das Vertrauen ausgesprochen hatten, mussten ihn vierundzwanzig Stunden später hinauswerfen, um den Schaden zu begrenzen. Die Unternehmer*innen der Metallindustrie beeilten sich, mit den Gewerkschaften ein Abkommen auszuhandeln, das die Einleitung der gleitenden Lohnskala vorsah, die sie bis dahin hartnäckig abgelehnt hatten. Für die kommunistischen Führer*innen war der Streik, der gerade Cuno gestürzt hatte, ein Zeichen, dass die Situation reifer war, als sie geglaubt hatten. Die ersteren werden fieberhaft an einem Kompromiss arbeiten, der sie von der Kraftprobe auf dem

745 Ulbricht, [»Die Nachkriegskrise in Deutschland und die Ereignisse des Jahres 1923«, wiedergegeben in] Zur Geschichte... I, S. [97-153, hier S.] 126 [Der Text wird als »Manuskript« bezeichnet, offensichtlich ist er nach 1923 entstanden].

746 Die Rote Fahne, 15. August 1923.

747 Wenzel, a.a.O., S. 170.

748 Davidovitch, a.a.O. S. 116-117. Vorwärts, 18. August 1923. A. Thalheimer in 1923: Eine verpasste Revolution?, S. 24, hält es für einen schweren Fehler, dass die KPD-Zentrale nicht sofort eine Gegenreaktion organisierte.

internationalen Feld befreit und ihnen die Freiheit lässt, die revolutionäre Bedrohung abzuwehren. Letztere werden eilig eine Machtergreifung vorbereiten, die ihnen von der Mehrheit des »aktiven Proletariats« gefordert zu sein scheint.

Kapitel XXXIX: Die Vorbereitung des Aufstandes

Die Führer*innen der Internationale wurden vom Streik gegen Cuno unvorbereitet getroffen, der sie mitten im Urlaub überraschte. Keiner von ihnen hatte eine Bewegung von solchem Ausmaß erwartet, die schlussendlich die von der Exekutive im Juni angenommene Verzögerungstaktik verurteilte: Es ist klar, dass die Massen um den 10. August herum bereit waren, sich auf einen Kampf einzulassen, von dem die Führer*innen meinten, er sei noch nicht für den morgigen Tag. Aber die Spannung konnte nicht unbegrenzt aufrechterhalten werden und das Gleichgewicht zwischen den Klassen, das durch die Bildung einer großen Koalitionsregierung gekennzeichnet war, konnte nicht andauern. So begannen die Führer*innen der Internationale ab Mitte August in Vorbereitung des deutschen Aufstandes einen Wettlauf mit der Zeit, um die seit Mai verlorene Zeit aufzuholen.

Die in Moskau entschiedene Wende

Es wird noch eine gute Woche bis zur außerordentlichen Sitzung des Politbüros, die der deutschen Revolution gewidmet ist, dauern. Bei Erhalt der ersten Informationen über den Streik und den Rücktritt der Regierung Cuno machte sich Sinowjew, der sich noch im Urlaub im Kaukasus befand, an die Ausarbeitung von Thesen über »Die Lage in Deutschland und unsere Aufgaben.« Am 15. August schreibt er:

»Die Krise braut sich zusammen. Entscheidende Ereignisse nähern sich. Es beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der deutschen Kompartei und damit der gesamten Komintern. Die Deutsche Kompartei muss sich schnell und entschlossen auf die bevorstehende entscheidende revolutionäre Krise ausrichten.

Die Krise steht vor der Tür. Es steht enorm viel auf dem Spiel. Der Augenblick rückt näher, in dem Kühnheit, mehr Kühnheit und immer Kühnheit erforderlich sein werden.«⁷⁴⁹

749 Zitiert von Kuusinen, »Un Exposé fallacieux des événements d'Allemagne", Cahiers du Bolchévisme, Nr. 11, 30. Januar 1925, S. 718. Der Text der Thesen wurde nie veröffentlicht. Noch heute geben sich offizielle Historiker*innen damit zufrieden, diese Auszüge zu zitieren. [Interessant ist, dass das russische »близуться«, »sich nähern« von den Cahiers du Bolchévisme mit »sont imminent«, »stehen unmittelbar

Der Cunostreik zeigt, dass die Partei nicht in der Lage war, die Geistesverfassung der Massen einzuschätzen, und dass es verhängnisvoll wäre, die Wende nicht zu vollziehen, solange noch Zeit ist: Man muss aufhören, die Massen aus Angst vor verfrühten Schlachten zurückzuhalten und sich davor hüten, von nun an Teilbewegungen zu verlangsamen:

»Es ist unmöglich, das Pulver bis zur Entscheidungsschlacht trocken zu halten. (...) Es wäre doktrinär in der Theorie und ein kolossaler politischer Fehler in der Praxis, jede Aktion bis zur Entscheidungsschlacht zu verschieben.«⁷⁵⁰

Ruth Fischer, bei der wir alle Gründe haben, anzunehmen, dass sie gut informiert war, schreibt, dass Sinowjew mit dem Verfassen seiner Thesen eine lange Periode des Zögerns und leidenschaftlicher Diskussionen mit Bucharin, Kuusinen und Pjatnizki beendete.⁷⁵¹ Kuusinen und Radek selbst verstanden aus ihrer Lektüre, »dass in Deutschland die Revolution an die Tür klopft.«⁷⁵²

Trotsky war auch durch das Ausmaß des Streiks, der Cuno zu Fall brachte, alarmiert. Um die Informationen zu erhalten, die er von der Exekutive nicht bekommen hatte, brachte er Walcher und Enderle, deutsche Vertreter*innen in der Leitung der RGI, auf die Krim. Nach diesem Treffen ging Walcher nach Deutschland, vermutlich um die Informationen zu vervollständigen, die er Trotsky gegeben hatte.⁷⁵³ Um diese Zeit unterbrachen die wichtigsten russischen Führer*innen ihren Urlaub, um die deutsche Situation zu besprechen.

Das Politbüro versammelte sich am 23. August. Zum ersten Mal seit Lenins Krankheit und Außergefechtsetzung mussten die bolschewistischen Führer*innen eine Entscheidung in einer Frage von historischer Bedeutung treffen. Für sie steht in Deutschland immer noch das Schicksal der Weltrevolution auf dem Spiel, von der ihre Revolution nur die Vorhut war. Sie werden nicht allein eine Entscheidung treffen, die in der Kompetenz der Internationale und ihrer Leitung liegt, die diese aber offensichtlich nur in Übereinstimmung mit ihrer Entscheidung berücksichtigen kann. Deshalb wurde das Politbüro für diesen Anlass um eine Reihe von Fachleuten

bevor« übersetzt wurde! Dafür haben sie das berühmte Danton-Zitat am Schluss, »Il nous faut de l'audace, encore de l'audace, toujours de l'audace!« richtig rückübersetzt. Inzwischen wurden Auszüge in Bernhard H. Bayerlein u.a. (Hg.) Deutscher Oktober 1923, Berlin 2003, S. 144 veröffentlicht. Dort lautet der letzte Absatz: »Die Krise reift heran. Der Einsatz ist ungeheuer. Es naht der Augenblick, wo eines vonnöten sein wird: Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit.«]

750 Ebenda, Nr. 12, 6. Februar 1925, S. 763-764 [russ. Ausg., S. 186].

751 R. Fischer, a.a.O., S. 305. [dt. Ausg. S. 365]

752 Kuusinen, a.a.O. S. 718 [russ. Ausg., S. 180].

753 Die Informationen über dieses Treffen gibt Wenzel, a.a.O., S. 179, auf der Grundlage eines Berichts, den ihm August Enderle 1952 gab. Angress (a.a.O., S. 392 [f.], Fn. 38 [dt. Ausg., S. 428 f., Fn. 38]) hat die Unplausibilitäten und Übertreibungen in dieser Darstellung unterstrichen, wie etwa Troztkis Versprechen, die Rote Armee nach Deutschland zu schicken ... Aber die Anwesenheit Walchers und Enderles an diesem Tag ist von anderen bezeugt, und es gibt unserer Meinung nach keinen Grund, das Treffen selbst anzuzweifeln.

erweitert, zum einen um Pjatakow und Zjurupa, zum anderen um Kuusinen und Radek als Vertreter*innen der internationalen Exekutive sowie um Edwin Hoernle und Jakob Walcher, weil sie in dieser Zeit die ständigen deutschen Vertreter*innen in Moskau waren.⁷⁵⁴ Es gibt keine offizielle Aufzeichnung dieser Diskussion, auf die vielfach verwiesen wurde. Das einzige präzise Zeugnis, die Notiz von Bajanow, ist nicht unplausibel und wurde nie widerlegt.⁷⁵⁵

Der Hauptbericht soll von Radek vorgetragen worden sein, der von der Größenordnung des Cuno-Streiks ausging, um den Übergang der deutschen Revolution in eine höhere Phase zu zeigen. Nichts deutet darauf hin, dass er auf der notwendigen Vorsicht bestand, die in den vorangegangenen Wochen das zentrale Thema seiner Reden gewesen war: Auf jeden Fall war er wahrscheinlich beeindruckt von der Übereinstimmung, die zwischen Trotzki und Sinowjew in ihrer Einschätzung dieser Hauptfrage erzielt worden war. Nach Radeks Bericht intervenierte Trotzki mit Nachdruck: Für ihn besteht kein Zweifel, dass in Deutschland der Moment des entscheidenden und direkten Kampfes um die Macht, um den deutschen Oktober, herannaht. Man verfügt für seine Vorbereitung nur über wenige Wochen, und alles muss dieser vorrangigen Aufgabe untergeordnet werden. Sinowjew, wenn auch nuancierter, stimmt mit dem überein: Er zieht es vor, in Monaten statt in Wochen zu rechnen, und meint mit Bucharin und Trotzki, dass es sich jetzt darum handelt, den Aufstand vorzubereiten. Stalin ist zurückhaltender und zeigt eine gewisse Skepsis; er denkt nicht, dass man sich den Sieg der deutschen Revolution vor dem Frühjahr 1924 vorstellen könne, aber er besteht nicht darauf.

Trotz dieser Nuancen war das Politbüro schlussendlich doch der Meinung, dass der entscheidende Moment in Deutschland herannaht, und er forderte die Exekutive der Internationale auf, alle notwendigen Maßnahmen zu diesem Zweck zu ergreifen. Seinerseits ernannte es sofort eine Kommission aus vier Mitgliedern, die mit der Überwachung der Vorbereitungen betraut wird und die aus Radek, Pjatakow, Józef Unszlicht, einem der Chefs des Geheimdienstes, und dem Gewerkschafter Wassilij Schmidt besteht.⁷⁵⁶ Die Exekutive berief sofort eine außerordentliche, geheim gehalten

754 Über die Anwesenheit Pjatakows und Zjurupas, die als Experten für deutsche Fragen eingeladen waren, wobei ersterer vor allem als Militärexperte galt, berichtet Bajanow, *Avec Staline dans le Kremlin* (Paris, 1930), S. 190 [deutsch: Boris Bajanow, *Stalin der rote Diktator*, Berlin 1931, S. 122]; über die von Radek ebenfalls, was selbstverständlich war. Die Kuusinen, Walchers und Edwin Hoernles werden von Hermann Weber (a.a.O., I, S. 49) berichtet.

755 Bajanow, a.a.O. S. 190-198 [dt. Ausg., S. 122-126]. Die letzte offizielle Version der Geschichte der Komintern schweigt über dieses Treffen.

756 Bajanow, a.a.O., S. 195-196 [dt. Ausg., S. 125], sowie Wenzel, a.a.O., S. 193-194, der sich recht eng an die Angaben Erich Wollenbergs hält. Angress (a.a.O., S. 395 [dt. Ausg., S. 430 f.]) folgt diesen beiden Autoren. Ruth Fischer (a.a.O., S. 323 [dt. Ausg., S. 393]) erwähnt Radek und Schmidt, nicht aber Unszlicht und Pjatakow, die sie durch Guralski-Kleine und Skoblewsky ersetzt, die in der Tat verantwortliche Positionen in Deutschland bekleidet haben sollen. Da diese Kommission bis zu den letzten Oktobertagen in Russland selbst tätig war, zu einer Zeit, als Guralski und Skoblewsky schon seit Wochen an der Arbeit waren, ist es die erste Liste, die richtig zu sein scheint. Souvarine (Stalin, S. 316 [deutsch: Boris Souvarine, Stalin.

tene Konferenz in Moskau ein, zu der sie neben den KPD-Vertreter*innen in der Exekutive, Clara Zetkin und Edwin Hoernle, den Parteivorsitzenden Brandler und Vertreter*innen der Linken, darunter Ruth Fischer, Maslow und Thälmann, einlud.⁷⁵⁷ Als die Delegierten aus Deutschland eintreffen – wahrscheinlich schon in den ersten Septembertagen – werden sie in der sowjetischen Hauptstadt eine neue Atmosphäre vorfinden, die durch die revolutionäre Begeisterung, die durch das Herannahen des deutschen Oktobers geweckt wurde, verändert ist.⁷⁵⁸

Die Stadt war übersät mit Plakaten, die die russische Jugend aufforderten, Deutsch zu lernen, um der kommenden Revolution zu dienen.⁷⁵⁹ In Fabriken, Schulen und Universitäten werden täglich leidenschaftliche Versammlungen zum Thema der notwendigen Hilfe für die deutschen Arbeiter*innen abgehalten. Bucharin wurde von den Student*innen bejubelt, als er sie aufforderte, ihre Bücher wegzuerwerfen und zu Gewehren zu greifen.⁷⁶⁰ Auf Vollversammlungen in den Fabriken verabschiedete Resolutionen bekräftigen, dass die russischen Arbeiter*innen bereit sind, auf Lohnerhöhungen zu verzichten und sogar Lohnkürzungen hinzu-

Anmerkungen zur Geschichte des Bolschewismus. München 1980, S. 316)) erwähnt nur Radek und Pjatakow: Die Anwesenheit des letzteren ist nicht zweifelhaft und wird insbesondere im Gefolge der Niederlage durch Aussagen Radeks vor der Exekutive belegt (Die Lehren ... , S. 23 ff.).

757 Die an die Führer*innen der Linken ausgesprochene Einladung zu einem Gespräch in Moskau mit Brandler und den russischen Führer*innen war der Entschlossenheit der Exekutive geschuldet, den beiden deutschen Tendenzen eine Zusammenarbeit aufzuzwingen. Radek präzisiert dies in einem Brief an Clara Zetkin im Dezember 1926, der bereits zitiert wurde (siehe Kapitel XXXIII): »Ich trachtete Brandler nicht aus Freundschaft zu halten, obgleich ich ihn hochschätze und er mir als Mensch nahesteht, sondern weil ich überzeugt war, dass die linken Genossen allein nicht in der Lage sind, die Partei zu führen und den Kontakt mit den breiten Massen aufrechtzuerhalten. Eine kommunistische Partei ohne die Linken ist von der Gefahr bedroht, eine USPD zu werden. Eine Kommunistische Partei ohne Mitarbeit solcher Leute wie Brandler, Thalheimer, Walcher und den Tausenden alter Spartakisten birgt die Gefahr, eine KAPD zu werden« (The New International, New York, Vol. I, No. 5, S. 156 [hier zitiert nach Fischer a.a.O., S. 619, Fn. 9]). Für Ruth Fischer (a.a.O., S. 313 [dt. Ausg., S. 370]) handelte es sich weniger darum, die Führer*innen der Linken in die vorbereitenden Gespräche einzubeziehen, als vielmehr darum, Radek zu ermöglichen, sie und Maslow in Moskau zu halten. In der Tat wird bei den Vorbereitungen und dann bei der Leitung des Aufstandes den verantwortlichen Aktivist*innen ihrer Tendenz eine wichtige Rolle zugewiesen; Thälmann, aber auch Anton Grylewicz und Max Hesse, zwei der Arbeiter*innenführer*innen des Berliner Bezirks, nehmen an allen Besprechungen teil; Max Hesse wird sogar nach Sachsen geschickt, um im Oktober die Vorbereitungen des Aufstandes zu kontrollieren. Aber Radek versuchte damals, wie schon seit Monaten, eine Spaltung zu vermeiden und Ruth Fischer und Maslow von ihren Genoss*innen in der Tendenz zu isolieren. Es ist unbestreitbar, dass er in dieser Hinsicht erfolgreich war, da zumindest Thälmann, so Ruth Fischer, beseelt von einer »neuen Begeisterung« für die eingeschlagene Strategie aus Moskau zurückkehrte und da, wie sie weiter schreibt, nur sehr wenige verantwortliche Aktivist*innen in Berlin »Zweifel an der Gültigkeit der in Moskau beschlossenen Pläne äußerten« (a.a.O., S. 328 [dt. Ausg., S. 399]).

758 Laut Ruth Fischer (a. a. O., S. 312 [dt. Ausg., S. 379]) war Brandler »zu Tode erschrocken«, als er die Plakate über Deutschland in den Straßen der sowjetischen Hauptstadt sah. Alles scheint darauf hinzudeuten, dass Brandler zuerst mit seinen unmittelbaren Mitarbeiter*innen ankam und dass ihm innerhalb weniger Tage die Führer*innen der Linken folgten. Laut Vera Mujbegović (a.a.O., S. 398) wurde die Entscheidung, Ruth Fischer und Maslow nach Moskau zu schicken, am 12. September von der Zentrale getroffen.

759 R. Fischer, a.a.O., S. 312 [dt. Ausg., S. 380].

760 Bessedovsky, Revelations of a Soviet Diplomat, S. 62, zitiert von Angress, a.a.O. S. 397 [dt. Ausg., S. 432].

nehmen, um der deutschen Revolution zu helfen.⁷⁶¹ Einheiten der Roten Armee erklärten sich bereit, dem revolutionären Deutschland zu Hilfe zu fliegen, um ihre Pflicht als »Vorhut der Weltrevolution« zu erfüllen, und richteten entsprechende Resolutionen an die deutschen Revolutionäre.⁷⁶² Zwei Sonderfonds wurden geschaffen: eine Goldreserve und eine Getreidereserve. Für die erste ruft man die Frauen auf, sogar ihre Eheringe zu spenden.⁷⁶³ Für die zweite plante das Handelskommissariat den Aufbau einer »deutschen Reserve« von sechzig Millionen Pud, die in der Nähe der Westgrenze gelagert werden sollte.⁷⁶⁴ Auf Anweisung des Politbüros wurde in allen Parteiorganisationen eine Zählung der Aktivist*innen mit Deutschkenntnissen durchgeführt, um den Aufbau einer militärischen Reserve zu planen – so etwas wie die russische Abteilung der künftigen »Internationalen Brigaden« in Deutschland.⁷⁶⁵ Die Kommunistische Jugend bereitet sich mit Enthusiasmus auf diesen revolutionären Kampf vor, der der ihrer Generation sein wird.⁷⁶⁶ Die Presse schmiedete und hämmerte die Parolen: »*Deutsche Dampfhammer und sowjetisches Brot werden gemeinsam die Welt erobern*« und »*200 Millionen Menschen zu einer ungeheuren Macht vereinigen, gegen die kein europäischer Krieg mehr ankommen kann.*«⁷⁶⁷ Die Differenzen, die monatelang die Atmosphäre der russischen Partei vergiftet hatten, die Gleichgültigkeit, die an Boden gewann, schienen sich im erhebenden Atem der wiedergefundenen Aussichten der Weltrevolution aufzulösen, und Radek selbst ließ sich in Ausbrüchen von Begeisterung und Lyrik gehen. Mehrere Zeitzeugen haben uns Berichte über Episoden aus dieser Zeit hinterlassen. Alexander Barmin, ein Offizier der Roten Armee, hörte Radek an der Militärakademie sprechen:

»Radek [...] sprach vor überfüllten Hörsälen und wir fühlten, wie sein ganzes Wesen von der Erwartung dessen, was geschehen sollte, beherrscht war. Er führte uns in die Wirtschaft, die Geschichte, Psychologie und entgegengesetzten Ideologien des deutschen Volkes ein, von dem ein Teil, die Arbeiter, im Begriff waren, ihren Willen den anderen zur Rettung des Landes und für den Fortschritt der Menschheit aufzuzwingen. Radek war beredt wie immer und sprach wie gewohnt mit seinem starken polnischen Akzent, aber Intelligenz und Feuer ließen alles andere an ihm zurückerleben.«⁷⁶⁸

761 Siehe Bericht über die Tätigkeit der Exekutive der KI vom IV. bis V. Weltkongress (1924), S. 8.

762 Siehe z.B. die Resolution des Kursker Jägerregiments an die KJD, veröffentlicht in Die Junge Garde, 7. Oktober 1923.

763 Wenzel, a.a.O., S. 92.

764 Bessedovsky, a.a.O., S. 62, zitiert von Angress, a.a.O., S. 397 [dt. Ausg., S. 432].

765 Ebenda, S. 63.

766 Wenzel, a.a.O., S. 192.

767 Zitiert von Angress, a.a.O. S. 397. [dt. Ausg. S. 433]

768 Barmine, *Vingt ans au service de l'U.R.S.S.*, S. 217. [hier zitiert nach der deutschen Übersetzung Alexander Barmine, *Einer der entkam*, Wien 1945, S. 203]

Die Wende in Deutschland

Die Gefühle sind analog in Deutschland. Am 16. August veröffentlichte »Die Rote Fahne« ein Gedicht mit dem bezeichnenden Titel: »Sie naht.«⁷⁶⁹ Am 17. griff das Zentralorgan der KPD die sozialdemokratische Führung wegen Severings Verbot des Reichsausschusses der Berliner Betriebsräte an:

»Wir werden den Handschuh aufnehmen, den die Sozialdemokraten uns hinwerfen. Die Folgen aber werden sie selber tragen müssen.«⁷⁷⁰

Am 19. veröffentlichte es ein Kapitel aus Gussews Broschüre über »Lehren des Bürgerkrieges« unter dem Titel »Möge auch das Proletariat sich vorbereiten.«⁷⁷¹ Am 21. befasst es sich unter dem Titel »Vorbereitung zum neuen Kampf« mit den Schwierigkeiten, die die Proletarier*innen bei der Beschaffung von Waffen haben werden.⁷⁷² Am 22. veröffentlichte es einen Aufruf »An die Arbeiter der SPD und USP«, in dem es sie aufforderte, mit ihren Parteien zu brechen und sich der KPD im »proletarischen Klassenkampf« und für »die Diktatur des Proletariats« anzuschließen.⁷⁷³

Die Regierung und die Polizei ihrerseits beendeten ihre Politik der relativen Toleranz. Nach dem Verbot des Reichsausschusses der Betriebsräte und des Fünfzehnerausschuss der Berliner Betriebsräte am 16. August durch die preußische Regierung⁷⁷⁴, verbot die württembergische Regierung am 22. August den Landesparteitag der KPD.⁷⁷⁵ Am 24. verbieten die französischen Besatzungsbehörden die fünf kommunistischen Tageszeitungen an der Ruhr und in der Besatzungszone. Die Rote Fahne wurde am 26. beschlagnahmt, ohne dass ein Vorwand geltend gemacht wurde. Am selben Tag durchsuchte die Polizei die Redaktionsräume und verhaftete fünf Mitarbeiter*innen. Severing verbot den Zentralrat der Betriebsräte von Groß-Berlin, dem er vorwarf, eine bloße Fassade für die Berliner Leitung der KPD zu sein, während die Hamburger Volkszeitung für drei Tage suspendiert wurde. Am 29. August fand eine erneute Durchsuchung in den Büros der Roten Fahne statt, bei der es zu zwei neuen Verhaftungen kam: Es wurden mehrere Haftbefehle ausgestellt, unter anderem gegen Ruth Fischer, die die Polizei aber nicht erwischte.⁷⁷⁶

In der Zwischenzeit sprach sich das Politbüro der russischen Partei für die »deutsche Wende« aus, und am 28. August ergriff das Polbüro die ersten vorbereitenden

⁷⁶⁹ Die Rote Fahne, 16. August 1923 [S. 2, Spalte 1].

⁷⁷⁰ [»Eine neue Sorte von Hochverrat«,] ebenda, 17. August 1923 [S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, hier S. 2, Spalte 1].

⁷⁷¹ Ebenda, 19. August 1923 [2. Beilage, Seite 3, Spalte 3].

⁷⁷² Ebenda, 21. August 1923 [S. 3, Spalte 2-3].

⁷⁷³ Ebenda, 22. August 1923 [S. 3, Spalte 2-3, hier Spalte 3].

⁷⁷⁴ Vorwärts, 17. August 1923 [»Auflösung des Betriebsräteausschusses«, Morgenausgabe, S. 2, Spalte 2]

⁷⁷⁵ Angress, a.a.O. S. 408-409. [dt. Ausg., S. 444]

⁷⁷⁶ Ebenda, S. 409.

Maßnahmen für den Aufstand, indem es einen »Militärrat« ernannte.⁷⁷⁷ Die so ermittelte neue Linie wurde in »Die Rote Fahne« deutlich zum Ausdruck gebracht. Am 1. September startete die Zentrale einen Aufruf an »Arbeiter, Angestellte, Beamte!« und schlug ihnen das kommunistische Programm der Arbeiter*innenkontrolle der Produktion, der Erfassung der Sachwerte, der Bildung einer Regierung der Arbeiter*innen und »Kleinbauern« vor.⁷⁷⁸ Sinowjew feiert in einem Artikel, der dem Internationalen Jugendtag gewidmet ist, die kommenden Kämpfe:

»Es gibt keine Kraft der Welt, die zwanzig Millionen Proletarier besiegen könnte!«⁷⁷⁹

Am 2. September erschien in der gleichen Ausgabe ein Artikel Radeks mit dem Titel »Hände weg von Deutschland!« und den Text eines gemeinsamen Aufrufs des Exekutivorgans der Kommunistischen Internationale und des Zentralrats der Roten Gewerkschaftsinternationale, der am 27. August auf Vorschlag Trotzki's verabschiedet wurde: Er stellte fest, dass die durch die Ruhrbesetzung geschaffene Lage nicht aufhört, sich zu verschlimmern und dass die Lage des Proletariats in diesem wirtschaftlichen Chaos unerträglich wird. Die mit der Komplizenschaft der Sozialdemokrat*innen gebildete »große Koalition« versprach, die Bourgeois zu besteuern und die Reichen zur Kasse zu bitten, aber sie beginnt ihre Herrschaft mit dem Verbot der zentralen Organe der Betriebsräte. Doch diese Gremien sind *»allein imstande [...], die spontanen Bewegungen des Proletariats zusammenzufassen, die Anarchie zu bannen, unnötigen Zusammenstößen vorzubeugen«*, und das in einer Zeit, in der die Kapitalist*innen drohen, ihre Fabriken zu schließen, um die Arbeiter*innen in die Knie zu zwingen:

»Die Arbeiterklasse soll zur Verzweiflung gebracht werden, sie soll gereizt werden zum Kampfe, bevor sie ihre Reihen in Ordnung gebracht hat.«

Der Aufruf erklärt:

»Die Verhältnisse in Deutschland spitzen sich immer mehr zu, sie treiben, wenn nicht alle Anzeichen trügen, der Revolution entgegen.

Das deutsche Proletariat wird in diesen Kämpfen nicht nur den bewaffneten Kräften der deutschen Bourgeois gegenüberstehen, sondern es droht die Gefahr, dass in dem Moment, wo das deutsche Proletariat durch die deutsche Bourgeois überfallen, wo es sich im entscheidenden Kampfe mit ihr befinden wird, die Ententebourgeoisie und ihre Vasallen den Gegensatz zur deutschen Bourgeois vergessen und ihr zur Hilfe eilen werden.«⁷⁸⁰

⁷⁷⁷ Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriss (1970), S. 235.

⁷⁷⁸ Die Rote Fahne, 1. September 1923 [S. 1, Spalte 1-3].

⁷⁷⁹ [Zum 9. Internationalen Jugendtag] Ebenda [Beilage, S. 1, Spalte 1-3, hier Spalte 1]

⁷⁸⁰ Die Rote Fahne, 2. September 1923 [»Auf zur Unterstützung des deutschen Proletariats!, S. 1, Spalte 1-2]«

Deshalb muss das internationale Proletariat eine wirksame und schützende Solidarität mit der deutschen Arbeiter*innenklasse zeigen, durch Treffen, Demonstrationen, Streiks und Propaganda unter den Soldaten. Ein paar Tage später, in der September-Ausgabe der deutschen Ausgabe des Organs der RGI, schrieb Losowski selbst, dass

»die Revolution Einlass heischend an die Tore Deutschlands pocht. (...) Den Tag der deutschen Revolution können wir nicht bestimmen. Nach dem heutigen Stand der Dinge ist es aber nur noch eine Frage von Monaten.«

Seine Schlussfolgerung bezieht sich auf den Moment, der laut ihm nahe ist, wenn die *»Weltrevolution [...] dann einen territorialen Block von Wladiwostok bis zum Rhein bilden«* wird.⁷⁸¹

Die vorbereitenden Diskussionen

Die Diskussionen über die Vorbereitungen des deutschen Aufstandes sollten in Moskau während mehrerer Wochen andauern.⁷⁸² Die »Deutsche Kommission« der Exekutive und die wichtigsten russischen Führer*innen arbeiteten mit den zu diesem Zweck einberufenen deutschen Vertreter*innen beider Tendenzen zusammen: Kuusinen und Radek, Sinowjew und Trotzki, Brandler, Eberlein, Ruth Fischer, Maslow, Thälmann, Max Hesse, Grylewicz⁷⁸³ machten sich daran, die deutsche Situation eingehend zu analysieren, Perspektiven zu entwerfen, Losungen und technische Vorbereitungen fertigzustellen.

Es gibt zu Beginn keine grundsätzlichen Divergenzen. Ruth Fischer hat sicher nicht abgerüstet. Am 12. September, am Vorabend ihrer Abreise nach Moskau, kritisierte sie erneut Brandlers »opportunistische« Auffassung von der Losung der Arbeiter*innenregierung, warf ihm vor, »reformistisch gestimmt« zu sein und sich mit ihrer Taktik der SPD zu nähern.⁷⁸⁴ Aber sie denkt, dass die einzige Lösung darin besteht, sich auf die Machtübernahme vorzubereiten, und genau das wird in Moskau diskutiert. Brandler seinerseits ist offenbar überzeugt, dass diese Machtübernahme nun an der Tagesordnung ist. Kuusinen schrieb später, dass er es als *»leicht«* ansah und

⁷⁸¹ »Die deutsche Revolution und unsere Aufgaben«, Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Nr. 9, September 1923, S. 785-789, hier S. 785, 787 und 789.

⁷⁸² Die Kommunistische Internationale – Kurzer historischer Abriss präzisiert, dass sie am 21. September begannen (S. 236), und erst am 4. Oktober endeten (S. 238). Thalheimer (a.a.O., S. 21) gibt jedoch an, dass Brandler bereits Ende August in Moskau war. Warum dann eine solche Verzögerung? Thalheimer sagt: Weil »die meisten der russischen Genossen abwesend« waren.

⁷⁸³ Eberleins Anwesenheit ist bezeugt in Die Kommunistische Internationale (gekürzt), S. 237-238, die von Hesse und Anton Grylewicz durch eigene, von Dritten bestätigte und von Hermann Weber (a.a.O., II, S. 160 und 145) berichtete Zeugenaussagen.

⁷⁸⁴ Protokoll der zentralen Sitzung vom 12. September 1923 (I.M.L.-Z.P.A., 3/3, S. 82), zitiert bei Vera Mujbegović, a.a.O., S. 398, Fn. 85 [Rückübersetzung aus dem Serbokroatischen].

sogar, dass er »der revolutionären Fantastik verfallen« war.⁷⁸⁵ Auf der Sitzung der Exekutive der RGI stellte er sie als »eine voll durchführbare Aufgabe« dar, »der Moment ist reif zum Handeln«⁷⁸⁶, aber dabei handelt es sich um eine offizielle Aussage. Was die Art seiner wahren Gefühle betrifft, variiert Ruth Fischer, manchmal gibt sie an, dass er »fantastische« Informationen des Optimismus gab⁷⁸⁷, manchmal, dass er tatsächlich »gegen die ganze Aktion«⁷⁸⁸ war und »Gegenpläne« suchte. In der Tat, ohne die revolutionären Perspektiven in Frage zu stellen, hielt Brandler die Einschätzung der Mehrheit seiner russischen Genoss*innen für »zu optimistisch.«⁷⁸⁹

Einige Divergenzen zeigen sich bei den Vorbereitungskonferenzen. Die erste ist, zu wissen, ob es irgendwann einmal notwendig sein wird, die Bildung von politischen Arbeiter*innenräten nach dem Vorbild der Sowjets zu fordern. Das ist die Meinung Sinowjews, nach der die russische Partei vor dem Aufstand zur Wahl solcher Räte aufrufen muss, die als einzige die Grundelemente des neuen deutschen Arbeiter*innenstaates bilden können.⁷⁹⁰ Auf der anderen Seite denken Trotzki und Brandler, dass die Betriebsräte vor dem Aufstand die Rolle der Sowjets spielen werden, und erreichen mit dieser Auffassung die Mehrheit. Trotzki würde diese Entscheidung später mit diesen Worten rechtfertigen:

»Angesichts der Tatsache, dass die Betriebsräte bereits in Wirklichkeit zu Konzentrationspunkten der revolutionären Masse geworden sind, hätten sich die Sowjets in der Vorbereitungsperiode als parallele Formen ohne Inhalt erwiesen.«⁷⁹¹

Die Mehrheit meint wie auch er, dass die Bildung von Sowjets die Gefahr birgt, die Aufmerksamkeit der Aktivist*innen von den materiellen Aufgaben der Vorbereitung des Aufstands abzulenken und sie zur Zielscheibe einer Regierung zu machen, die die Arbeiter*innen zu einem verfrühten Kampf provozieren will. Sie denkt daher mit ihm, dass »die gesamte Vorbereitungsarbeit – zum Aufstande sich erfolgreich den Organisationsformen der Betriebsräte unterordnen konnte«⁷⁹² und dass die Sowjets erst später, im Gefolge des Aufstands, in seiner Konsolidierungsphase aufgebaut werden.

785 Kuusinen, a.a.O. S. 760 [russ. Ausg., S. 180 f.].

786 Trud, 22. September 1923, zitiert von Carr, a.a.O. S. 205.

787 R. Fischer, a.a.O., S. 313 [dt. Ausg., S. 381].

788 Ebenda, S. 317.

789 Brandler an Trotzki im Januar 1964 [tats 1924], zitiert in Trotzki, *De la révolution*, Paris, 1963, S. 196 [deutsch, »Zweite Rede vor dem Präsidium der ZKK«, 24. Juni 1927, in Trotzki, *Schriften* 3.2, Linke Opposition und IV. Internationale (1927-1928). Frankfurt am Main 1997, S. 811-848, hier S. 844].

790 Wenzel, a.a.O., S. 182-183; Trotzki, »Leçons d'Octobre«, *Cahiers du Bolchevisme*, Nr. 6, 26. Dezember 1924, S. 405-407. [Die Lehren des Oktober, Nachdruck in Ulf Wolter (Hg.), *Die linke Opposition in der Sowjetunion*, Band II, 1924-1925, Westberlin 1975, S. 192-252, hier S. 241-245]

791 Ebenda, S. 406.[a.a.O., S. 242]

792 Ebenda, S. 406. Beachten wir in diesem Punkt die Übereinstimmung zwischen Brandler, Radek, Trotzki und der deutschen Linken (*Compte rendu 5^e congrès*, S. 139, Sinowjew).

Während sie sich in der Frage der Sowjets einig waren, stießen Trotzki und Brandler in der Frage der Festlegung des Datums des Aufstandes aufeinander. Die deutsche Linke, Sinowjew und Trotzki bestanden darauf, dass ein Termin festgelegt wurde – und in diese Richtung entschied sich zunächst das Politbüro der russischen Partei. Aber Brandler stellt sich dagegen, unterstützt von Radek.⁷⁹³ Trotzki entwickelte seine Ideen zu diesem Punkt in einem Artikel in der Prawda vom 23. September: »Kann man eine Konterrevolution oder eine Revolution auf einen bestimmten Zeitpunkt ansetzen?«⁷⁹⁴ Er erinnert zunächst daran, dass die jüngsten Konterrevolutionen, Musolinis Staatsstreich, Zankows Putsch in Bulgarien, der spanische Pronunciamiento, an einem von ihren Führer*innen festgelegten Datum, im Rahmen einer günstigen Konjunktur, stattfanden. Für ihn ist, »gegenüber der wachsenden revolutionären Bewegung des Proletariats eine abwartende Haltung ein[zu]nehmen« eine typisch menschwistische Haltung:

Die »Kommunistische Partei [kann] absolut nichts anfangen mit einem liberalen Gesetz, wonach die Revolutionen geschehen, nicht aber gemacht werden und folglich auch nicht auf einen bestimmten Zeitpunkt festgesetzt werden können. Vom Standpunkt des Beobachters ist dies richtig; vom Standpunkt des Leiters aber – ein Gemeinplatz und eine Banalität.«⁷⁹⁵

Indem er sich ein Land vorstellt, das »eine außerordentlich tiefe soziale Krise durchmacht, die Gegensätze bis zum Äußersten zugespitzt sind, die werktätigen Massen sich im Zustand eines ununterbrochenen Brodelns befinden, wenn hinter der Partei eine offenkundige und sichere Majorität der Werktätigen und somit alle aktivsten, klassenbewussten und selbstlosen Elemente des Proletariats stehen«⁷⁹⁶ – die Anspielung ist durchsichtig – bekräftigt er, dass die einzige Aufgabe der Partei darin besteht,

»einen möglichst nahen Zeitpunkt festzusetzen, d.h. einen Zeitpunkt, bis zu dem die günstige revolutionäre Situation sich nicht krass gegen uns wenden könnte, dann die Hauptkräfte auf die Vorbereitung des letzten Kampfes konzentrieren und die gesamte laufende Politik und Organisation in den Dienst des militärischen Zieles stellen, um durch eine Konzentration der Kräfte den Schlag zu wagen.«⁷⁹⁷

Er schlug daher vor, das symbolische Datum des 7. November beizubehalten, das ihm die notwendige angemessene Vorbereitungszeit zu berücksichtigen schien und den unbestreitbaren Vorteil hatte, vom Prestige des Oktoberaufstandes in Russland zu profitieren. Aber Brandler ist in diesem Punkt unnachgiebig. Er glaubt, dass es die

⁷⁹³ Die Lehren, S. 60.

⁷⁹⁴ Prawda, 23. September 1923; The First Five Years of the Communist International, Bd. II, S. 347-354. Vom Bürgerkrieg Nr. 3, o. D. (1923) S. 1-7. [Inprekorr, Nr. 152, 26. September 1923, S. 1309 f.]

⁷⁹⁵ Ebenda, S. 349. [a.a.O., S. 1309]

⁷⁹⁶ Ebenda. [a.a.O., S. 1310]

⁷⁹⁷ Ebenda. [a.a.O.]

deutsche Leitung ist, und nur sie, die vor Ort in der Lage sein wird, mit dem geringsten Risiko eines Irrtums den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem es notwendig sein wird, zuzuschlagen. Unterstützt von Radek erreichte er, dass die Wahl des Datums des Aufstandes den Führer*innen des Aufstandes überlassen wurde.⁷⁹⁸

Mehrere persönliche Konflikte provozierten andere nicht weniger lebhaft Debatten während der Vorbereitungskonferenzen. Brandler, der trotz ihrer Differenzen Bewunderung und Freundschaft für Trotzki hegte, verlangte, dass der Organisator des Oktoberaufstandes in Russland persönlich nach Deutschland gesandt werden sollte, um die entscheidende Schlacht zu führen. Sinowjew war dagegen, und es ist möglich, dass er dann, wie einige behauptet haben, seine eigene Kandidatur aufstellte, da eine solche Mission laut ihm nur vom Vorsitzenden der Internationale ausgeführt werden konnte.⁷⁹⁹ Niemand hat vergessen, dass Trotzki sich 1917 im Aufstand bewährt hat, als Sinowjew zusammenbrach. Aber die Troika konnte nicht das Risiko eingehen, dass entweder ein Erfolg des Rivalen oder ein Misserfolg ihres Platzhirsches für sie bedeuten würde. Es wurde daher quasi einmütig beschlossen, die deutsche Kommission im letzten Moment einfach selbst nach Deutschland zu schicken, um die letzte Verantwortung zu übernehmen.⁸⁰⁰

Brandler sprach ein weiteres dorniges Problem an. Trotz Ruth Fischers und Maslows Loyalitätserklärungen gegenüber der Zentrale weigerte er sich, sein Misstrauen ihnen gegenüber aufzugeben. Nichts darf die Zentrale in einem so entscheidenden Moment schwächen: Deshalb fordert er, dass die Führer*innen der Linken während der entscheidenden Periode von der Leitung und von der Partei selbst ferngehalten werden, um zu verhindern, dass sie durch ihre üblichen fraktionellen Initiativen zu ihrer Schwächung beitragen. Er schlägt daher vor, dem Präzedenzfall folgend, der durch Lenins Vorschlag von 1921 bezüglich Maslow geschaffen wurde, dass sie in Moskau bleiben sollten. In diesem Punkt wurde er von Trotzki unterstützt, aber sowohl von Bucharin als auch von Radek stark bekämpft.⁸⁰¹ Nach erbitterten Diskussionen gelang es Sinowjew knapp, eine Kompromisslösung durchzusetzen: Maslow sollte allein in Moskau bleiben, wo eine Kommission der Internationale bestimmte Vorwürfe gegen ihn untersuchen sollte.⁸⁰² Ruth Fischer durfte nach Deutschland zu-

⁷⁹⁸ Die Lehren, S. 60.

⁷⁹⁹ Die Quelle dieser Information ist Brandler selbst; sie wurde von Isaac Deutscher wiedergegeben. Der unbewaffnete Prophet, S. 111-112, 143, und von Wenzel, a.a.O., S. 193. Sie wird von Angress, a.a.O., S. 403, Fn. 65 [dt. Ausg., S. 439, Fn 65], diskutiert, der ihre Authentizität folgert.

⁸⁰⁰ Ebenda. In der Tat, laut einem Brief vom Oktober 1962 Brandlers an Hermann Weber und K. H. Tjaden, gehörte die oberste Entscheidung einem »Dreierkomitee« (MP), gebildet von Brandler selbst, Thälmann und Pjatakow.

⁸⁰¹ Sinowjews Rede vor der Exekutive vom 11. Januar 1924, Die Internationale, Nr. 2/3, 28. März 1924, S. 44. Der entsprechende Absatz erscheint nicht in Die Lehren ... Eine Anspielung auf die Angriffe auf Ruth Fischer allein findet sich bei Kuusinen, a. a. O., S. 761 [russ. Ausg., S. 182 f.].

⁸⁰² R. Fischer, a.a.O., S. 323 [dt. Ausg., S. 392], Weber, a.a.O., S. 214. Einige Leute in der Deutschen Partei und der Internationale behaupteten, Maslow stehe im Dienst der Polizei. Im Februar 1922, nach seiner

rückkehren, wurde aber von einem »Kontrolleur« der Exekutive, dem Russen Wassilij Schmidt, einem Mitglied der deutschen Kommission, begleitet, der insbesondere für die Einhaltung der Disziplin in der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg verantwortlich war.⁸⁰³

Nach seiner Rückkehr nach Berlin, wo er der Zentrale von den Moskauer Gesprächen berichtete, zeigte sich Brandler im Großen und Ganzen zufrieden. Im Protokoll der Sitzung vom 12. Oktober heißt es:

*»Genosse Brandler gibt einen Bericht über die allgemeinen Diskussionen sowie über die Diskussionen mit der Opposition, die in Moskau stattgefunden haben, und mit den russischen Genoss*innen. (...) Es gab keine Meinungsverschiedenheiten, außer bei der Festlegung der Daten.«⁸⁰⁴*

Die militärischen Vorbereitungen

Technische Probleme spielten bei den Moskauer Gesprächen eine wichtige Rolle, was Ruth Fischer beklagte.⁸⁰⁵ Aber in diesem Punkt ist Trotzki hartnäckig und spricht mit der Autorität, die ihm durch sein Prestige als Organisator des Sieges verliehen wurde. Unter Hinweis auf die technische Vorbereitung des Oktoberaufstandes schreibt er in der Prawda:

»Die militärische Vorbereitungsarbeit geht parallel mit der strengsten kalendermäßigen Ausführung. Dabei, hält die Partei gebieterisch ihren Militärapparat in der Hand! Gewiss, in der Revolution gibt es stets viel Unerwartetes, Unvorhergesehenes, Elementares; natürlich müssen wir mit all diesen ›Zufälligkeiten‹ rechnen und uns an sie anpassen, aber, wir werden dies mit um so größerem Erfolge und um so größerer Sicherheit tun, je sorgfältiger der Plan unserer Verschwörung ausgearbeitet sein wird.

Die Revolution besitzt eine mächtige Kraft der Improvisation, aber sie improvisiert nie etwas Gutes für Fatalisten, Schlafmützen und Dummköpfe. Zum Siege gehört eine richtige politische Einstellung, Organisation und der Wille zum entscheidenden Schlag.«⁸⁰⁶

Verhaftung in Berlin, hatte er Erklärungen abgegeben, dass er ein Agent der russischen Regierung sei, ein Mann, dem Trotzki und Radek vertrauten, was ihm in Anbetracht der Beziehungen zwischen der russischen und der deutschen Regierung der beste Weg schien, schnell freigelassen zu werden. Das hinderte ihn nicht daran, wegen der Verwendung falscher Papiere zu acht Monaten Gefängnis verurteilt zu werden (Weber, Die Wandlung, II, S. 214). Der Fall wurde im September vor die Exekutive gebracht.

803 R. Fischer, a.a.O., S. 761 [tats., S. 323, es gibt keine S. 761 in der englischen Ausgabe, dt. Ausg., S. 393].
804 Protokoll der Sitzung vom 12. Oktober 1923. I.M.L.-Z.P.A., 3/3, S. 96, zitiert von Vera Mujbegović, a.a.O.

805 R. Fischer, a.a.O., S. 318 [dt. Ausg., S. 387].

806 Prawda, 23. September 1923; a. a. O. S. 452-453. [a.a.O., S. 1310]

Der militärische Apparat der KPD – der M.-Apparat – konnte für die Unermesslichkeit der in so kurzer Zeit zu bewältigenden Aufgaben nicht ausreichen. Die Rote Armee stellte der deutschen Revolution einen ihrer Offiziere zur Verfügung, lettischer Herkunft, einen ehemaligen Arbeiter, Rose, bekannt unter dem Namen Pjotr Alexandrowitsch Skoblewsky oder Gorew⁸⁰⁷, der begann, den Militärapparat zu reorganisieren, der im Hinblick auf den Aufstand in »militärisch-politische Organisation« (MP) umbenannt wurde. Als Reichsleiter wird er von einem »Militärrat« unterstützt, dem Ernst Schneller vorstand, in dem mehrere Mitglieder der Zentrale saßen. Das Reichsgebiet wurde in sechs regionale militärisch-politische Kommandos aufgeteilt, die den Militärregionen entsprachen. Jedem regionalen Kommandanten (MP-Oberleiter) stand ein von der Exekutive entsandter technischer Berater zur Seite. Ihnen unterstanden die Bezirks- und Unterbezirkskommandanten, die ihrerseits an der Spitze von »Kampfleitungen« standen, die damit betraut waren, die Arbeiterhundertschaften zu betreuen, auszubilden und später in den Kampf zu führen.⁸⁰⁸ Die gesamte politisch-militärische Organisation wurde einem politischen Gremium zur Vorbereitung des Aufstandes unterstellt, dem Revolutionskomitee, Revko oder Revkom⁸⁰⁹, dem August Kleine vorstand, der seit 1921 Gesandter der Exekutive war und auf dem Leipziger Parteitag in die Zentrale gewählt worden war. Man hat die Zahl der russischen Offiziere und Techniker, die nach Deutschland geschickt wurden, um den geplanten Aufstand zu überwachen, oft übertrieben. Fast die Gesamtheit der technischen Kader sind Deutsche, die ihre Offiziersausbildung während des Weltkrieges erhielten: Wilhelm Zaisser, der 1918 zu den ukrainischen Partisan*innen überging, einer der Führer*innen der Ruhrkämpfe von 1919 und 1920⁸¹⁰, Albert Schreiner, bekannt unter dem Namen Baumann⁸¹¹, Hans Kahle⁸¹², Erich Wollenberg, alter Kämpfer der bayrischen roten Armee, Artur Illner, Albert Gromulat⁸¹³, der sehr junge Hans Kippenberger, ein Leutnant der Reserve, einer der begabtesten und furchtlosesten Führer*innen des KPD-Untergrundapparates, die ehemaligen Offiziere oder Unteroffiziere Karl Frank, Christian Heuck, Stefan Heymann, genannt Dietrich, Lengnink, Merker, Strotzel⁸¹⁴, der ehemalige Major der alten kaiserlichen Armee Hans von Hentig,⁸¹⁵ Einige von ihnen mögen in Russland Kurse in

807 Angress, a.a.O., S. 417, Fn. 97 [dt. Ausg., S. 453, Fn. 98], bespricht die Diskussionen über das genaue Datum seiner Ankunft in Deutschland: September 1922, Januar oder September 1923.

808 Wenzel, a.a.O., S. 194 ff; Wollenberg, zitiert bei Weber, Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, S. 28-29.

809 Russische Autor*innen, vor allem Davidowitch, geben den lokalen Organen den Titel Revkom und reservieren für die oberste Leitung den Begriff »Kopf« (a.a.O., S. 134).

810 In Spanien wird er der »General Gomez.«

811 In Spanien wird er »Major Schindler.«

812 In Spanien wird er »Oberst Hans.«

813 Wollenberg, zitiert von H. Weber, Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, S. 29.

814 Siehe Weber, Die Wandlung, II, für alle diese Namen.

815 Wollenberg erwähnt »Von H.« Ruth Fischer, a.a.O., S. 315 [dt. Ausg., S. 383], gibt an, dass Hans von Hentig »Organisator des Militärapparats der Partei in Thüringen« und »mit dem Ankauf von Waffen beauftragt« war. Viele Informationen über diese kuriose Persönlichkeit finden sich in O. E. Schüddekopf, Linke

Militärschulen besucht haben, die sich um die Probleme des Bürgerkriegs drehten, aber durch den Kampf im Weltkrieg und auf den Straßen in den Jahren 1919, 1920 und 1921 erwarben sie den größten Teil ihres militärischen Wissens. Die Ehemaligen des M.-Apparates konnten nicht alles bewältigen und wurden mit Schlüsselfunktionen betraut: z.B. Otto Bulian, zuständig für die Sicherheit (Ordnerdienst), Otto Braun, zuständig für die Ausbildung der militärischen Kader.⁸¹⁶ Hinzu kamen Spezialisten für Organisation: Anton Grylewicz, Eichhorns ehemaliger Adjutant von 1918, der an den technischen Vorbereitungen in Moskau teilnahm, Artur Ewert, Ottomar Geschke, der unter dem Namen »Eisbär« Teil des Militärapparats wurde, und Melcher, der »Martin« wurde.⁸¹⁷ Man verstärkte sie schließlich durch die Entsendung von Instrukteur*innen, Spezialist*innen, ausländischen Kommunist*innen, die in Russland eine entsprechende Ausbildung erhalten und die Rote Armee verlassen hatten, oder auch russischen Kommunist*innen. Ihre Namen sind kaum bekannt, viele von ihnen gehörten bereits zu den Geheimdiensten der Armee oder sind dabei, es zu werden. Erwähnt seien aber Stein, der eigentlich Manfred Stern hieß⁸¹⁸, Georg, mit richtigem Namen Alexis Stetski⁸¹⁹, der jugoslawische Kommunist Vojislav Vujović, Leiter der Kommunistischen Jugendinternationale, und die Männer des 4. Büros, von denen der Historiker nur Pseudonyme kennt, Walter Kriwitzky⁸²⁰, Alfred Krause und Ludwig, auch bekannt als Ignaz Reiss, die für die Sicherheit der Mitglieder der Exekutivdelegation in Deutschland sorgten.⁸²¹ Diese ausländischen Kader – um die hundert – hatten im Prinzip keine direkte Leitungsverantwortung und waren lediglich technische Assistenten der deutschen »politisch-militärischen« Leiter*innen auf höchster Ebene.

Im Verlauf der ersten Phase des Aufstandes müssen die Arbeiter*innenmilizen, die seit Anfang des Jahres geduldig aufgebauten proletarischen Hundertschaften, die wesentliche Rolle spielen. Brandler schätzte ihre mögliche Stärke allein für Sachsen auf 50 oder 60.000 Mann.⁸²² Paul Böttcher schrieb 1923, dass ihre Organisation in Sachsen zehnmal weiter fortgeschritten sei als im übrigen Deutschland.⁸²³ Ruth Fischer hingegen hält alle Hundertschaften, die anderswo als an der Ruhr organisiert

Leute von Rechts, insbesondere S. 160 über seine Rolle im Jahr 1923.

816 Weber, *Die Wandlung ...*, S. 86 und 89.

817 Ebenda, S. 145, 114, 134, 217.

818 Davidovitch (a. a. O., S. 233, Nr. 2) bezeugt, dass sein Vorname Manfred war und nicht Lazar, wie man bis dahin glaubte. Wollenberg gab das Pseudonym von Stein an. Stern sollte während des Spanischen Krieges unter dem Namen »General Kleber« bekannt werden.

819 Wollenberg, zitiert nach Weber, ebenda.

820 Sein Werk »In Stalin's Secret Service« konsultiere man mit Vorsicht.

821 Zu Krause und Ludwig, siehe Elsa Poretsky, *Les nôtres*. Ludwig, so die Autorin – die seine Lebensgefährtin war –, befand sich in Dresden sogar in Begleitung Pjatakows, den er mit einem falschen, von den »Diensten« vorbereiteten Pass begleitete, der genau dem seines Begleiters entsprach (S. 71) [Elisabeth K. Poretsky, *Our Own People. A Memoir of 'Ignace Reiss' and His Friends*. London-Toronto-Melbourne 1969, S. 57]

822 *Die Lehren ...*, S. 60.

823 *Corr Int.* no. 49, 19. Juni 1923, S. 363.

wurden, für eine nahezu vernachlässigbare Größe.⁸²⁴ In der Tat ist es nicht leicht, ihre tatsächliche Stärke zu beurteilen, da sie in den meisten Teilen Deutschlands nicht als solche in Erscheinung treten. Ihr Verbot auf dem gesamten preußischen Territorium, beginnend am 15. Mai, behinderte zweifellos ihre Entwicklung, aber sie wurden beibehalten oder in anderen Formen geschaffen, als »Ordnungsdienste« oder in Form von Jugend- oder Freiluftvereinen, die es ihnen ermöglichten, Übungen, Feldmärsche und Ausbildung im Umgang mit Waffen und Manövern zu praktizieren. Die Arbeiten Helmut Gasts⁸²⁵ haben Licht in deren Organisation gebracht.

Im Mai gab es in Deutschland ungefähr 300 Hundertschaften. Nach Gast waren es im Oktober 800, was eine Gesamtstärke von etwa 100.000 Mann ergab, ein Drittel allein in Sachsen, die Hälfte der Gesamtstärke für Sachsen und Thüringen zusammen, wo sie gesetzlich zugelassen waren.⁸²⁶ Als am 1. Mai in Berlin 25.000 Männer der Hundertschaften aufmarschierten, waren sie noch legal: Bei der Parade in Dresden waren es am selben Tag 1.000 Männer. Am 9. September marschierten 8.000 Mann in Dresden, am 16. September 5.000 in Leipzig. Am 23. September paradierten 800 Männer aus den Hundertschaften der erzgebirgischen Kleinstädte in Ölsnitz; am 7. Oktober eine weitere Parade, in derselben Stadt, mit 2.000 Teilnehmenden.⁸²⁷ Nur ein Fünftel der Hundertschaften bestand ausschließlich aus Kommunist*innen. Die anderen waren das Ergebnis einer Einheitsfront zwischen der Kommunistischen Partei, den Gewerkschaften und, besonders in Thüringen und Sachsen, der Sozialdemokratischen Partei. In Leipzig wurden 40 Prozent der Menschen von der Kommunistischen Partei »gestellt«, 20 Prozent von der Sozialdemokratischen Partei und 40 Prozent von den Gewerkschaften.⁸²⁸

Die Organisation ist aus dem Rahmen des Arbeiter*innenlebens übertragen. Die Grundeinheit bildet die Fabrik- oder Stadthundertschaft, die ihrerseits in kleinere Abteilungen unterteilt ist, die so weit wie möglich den Arbeitsplätzen, Werkstätten oder Kleinbetrieben entsprechen. Zwei Sechsergruppen bilden eine Zwölfergruppe: drei Gruppen bilden einen Zug. Jede Hundertschaft besteht aus drei Zügen, einer Radfahr-Abteilung und einer Samariterabteilung. Sechsergruppen, Kolonnen und Hundertschaften wählen ihre Leiter. Jede Hundertschaft wurde von einem Hundertschaft-Leiter geleitet, einem gewählten politischen Leiter, der von einem technischen Leiter als Stellvertreter unterstützt wurde, der aus den Reihen der militärisch ausgebildeten Männer gewählt wurde, normalerweise ehemalige Offiziere oder Unteroffiziere. Die Sorge um die Einheit führte oft dazu, dass die Milizionäre Leiter wählte, die den beiden großen Arbeiter*innenparteien angehörten. In Sachsen war in der Regel der Leiter der Hundertschaft ein Kommunist und der technische Stellvertreter

824 R. Fischer, a.a.O., S. 295 [dt. Ausg., S. 358].

825 H. Gast, »Die proletarischen Hundertschaften als Organe der Einheitsfront im Jahre 1923«, ZfG, Nr. 3, 1956, S. 439-465.

826 Ebenda, S. 452-453; Oktober, 1931, Nr. 4, S. 21-22.

827 H. Gast, a.a.O., S. 453.

828 Ebenda, S. 454.

ein Sozialdemokrat. Gast unterstreicht in diesem Zusammenhang die Ausnahme des Kreises Zwickau-Plauen, wo der Stab aus sieben Leiter*innen bestand, von denen vier Sozialdemokrat*innen und drei Kommunist*innen waren, mit dem Sozialdemokraten Max Seydewitz als Bezirksvorsitzenden.⁸²⁹ In ihrer Gesamtheit wurden die Hundertschaften jedoch vom Militärapparat der Kommunistischen Partei kontrolliert, und es waren ihre Leiter, wie Theodor Neubauer in Thüringen und Ernst Schneller in Sachsen, die die Arbeitstreffen oder Militärkundgebungen leiteten.⁸³⁰

Auf der Ebene der deutschen Partei betrachtet, mag der in wenigen Monaten geleistete militärische Aufwand beachtlich erscheinen. Im Verhältnis zur deutschen Gesellschaft, zur Stärke der Reichswehr, der Polizei und den bewaffneten Gruppen der extremen Rechten, erscheint er noch sehr unzureichend. Aber die Kommunist*innen rechnen mit einer proletarischen Massenerhebung, dem Zerfall der Reichswehr, der Allmacht des Streiks, um den Sieg ihrer Hundertschaften zu sichern, in dem manche schon die Elemente der künftigen deutschen Roten Armee sehen.

Das Problem der Bewaffnung ist eines der am schwierigsten zu lösenden. Das Organisationsbüro, Leo Flieg, die graue Eminenz der Zentrale, stellte die Verbindungen zu einem der Emissäre der Exekutive, Mirow-Abramow von der OMS⁸³¹, der durch seine Ernennung zu einem Posten in der russischen Botschaft eine Tarnung erhielt, und zur Sonderkommission für den Kauf von Waffen und Munition, der WUMBA.⁸³² Ein Lehrer, Reserveoffizier, Nicolaus Pfaff, stellte unter der falschen Identität »Dr. Winkler« den Großteil der Einkäufe sicher⁸³³, für die die Verschwörer offenbar über große Geldsummen verfügten.⁸³⁴ Die Ergebnisse sind schwer einzuschätzen, die vorgelegten Zahlen schwanken beispielsweise zwischen 600 und 50.000 Gewehren, was bei der günstigsten Hypothese ein Gewehr für zwei Aktivist*innen in den Hundertschaften ergeben würde.⁸³⁵ Die Revolver waren offenbar zahlreicher⁸³⁶, aber Maschinengewehre und schwerere Waffen waren selten. Im Übrigen wurden Sprengstoffvorräte angelegt,

829 Ebenda, S. 455.

830 Ebenda, S. 448, 453.

831 Es handelt sich um die Otdel Mejdunarodnoj Syvazi, die »Abteilung für internationale Verbindungen« bei der Internationalen Exekutive.

832 Abkürzung für Waffen- und Munitionsbeschaffungamt.

833 Weber, Die Wandlung, II, S. 244. Derselbe Autor nennt auch Christan Heuck (ebd., S. 161) und Paul Gmeiner (S. 134) unter den Waffenlieferanten. Auch Ruth Fischer (a.a.O., S. 315 [dt. Ausg., S. 383]) erwähnt von Hentig in Thüringen.

834 Ebenda.

835 Borkenau, World Communism, S. 250, spricht von 600 Gewehren, und O. K. Flechtheim, a. a. O., S. 93, Nr. 1, von 11.000. Der zu den Nazis übergelaufene Ex-Kommunist Zeutschel schrieb in »Im Dienst der Kommunistischen Terror-Organisation Tscheka in Deutschland«, S. 92, dass die Partei in ganz Deutschland 50.000 Gewehre habe, und Brandler erklärte in Moskau, dass er nur 800 für Sachsen habe (Die Lehren, S. 6). Brandler gab Wenzel (a.a.O., S. 395) die Zahl von 395 Gewehren für den Beginn des Aufstandes in Hamburg an.

836 Zeutschel, a.a.O., S. 23, schreibt, dass die Hamburger Aufständischen 80 Gewehre und doppelt so viele Revolver hatten.

die in der Regel nachts von Baustellen abtransportiert wurden; einige Waffenlager oder Werkstätten der Reichswehr wurden überraschend geplündert, aber vor allem wurden sie für den Tag X erkundet, an dem es sich darum handeln würde, Waffen zu beschaffen, beginnend mit dem Angriff auf Polizeistationen. In Sachsen hatten Aktivist*innen eine klandestine Waffen- und Munitionsfabrik eingerichtet.⁸³⁷ Es wurden Kontakte zu Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten der Reichswehr geknüpft, auf die man zählte, um die Waffendepots im letzten Moment an die Aufständischen zu übergeben.

Die Mobilisierung der Aktivist*innen

Die gesamte Partei befand sich auf Kriegsfuß. Ab den ersten Septembertagen gingen mit Hilfe von mehreren Dutzend Spezialisten, die von der Exekutive geschickt wurden, Zehntausende von Aktivist*innen in den Untergrund. Die Mitglieder der Stoßgruppen der Hundertschaften verließen ihre Fabriken, bekannte Aktivist*innen änderten ihre Namen und Wohnungen. In allen großen Städten schlafen die Menschen und leben manchmal Tag und Nacht in Wohnungen, die in Schlafsäle oder geheime Hauptquartiere umgewandelt wurden, wo man den Plan der Städte, die Karte der Region, die Lage der Ordnungskräfte und die Kommunikation studiert. In regelmäßigen Abständen wurden für Aktionsgruppen und Hundertschaften Appell- und Sammlungsübungen durchgeführt.

Die auf diese Weise von ihrer gewohnten Umgebung losgelösten Aktivist*innen sind manchmal nicht in der Lage, anders zu denken, zu fühlen und sich anders zu verhalten als als Verschwörer*innen. Ruth Fischer zitiert in diesem Zusammenhang – aus dem Gedächtnis – eine bedeutsame Rede Hans Pfeiffers:

»Genossen, unter keinen Umständen sollten wir einen Generalstreik ausrufen. Die Bourgeoisie würde unsere Pläne entdecken und uns niederschlagen, noch bevor wir angefangen haben. Im Gegenteil, wir müssen die spontanen Bewegungen bremsen. Wir müssen unsere Betriebsgruppen und die Arbeitslosenorganisationen zurückhalten, damit die Regierung denkt, die Gefahr ist vorüber. Und dann – wenn wir sie in die Illusion vollkommener Sicherheit eingelullt haben – müssen wir über Nacht zuschlagen, schnell und durchgreifend, die Regierung verhaften, die Reichswehrkasernen stürmen und zum letzten Gefecht blasen.«⁸³⁸

Die Naivität dieser Aussage ist leicht zu belächeln. Sie lässt sich jedoch sowohl durch die Bedingungen des Augenblicks als auch durch die Intensität des beispiellosen Einsatzes der Aktivist*innen erklären. Albert, der diese Wochen miterlebt hat, schreibt:

837 Gast, a.a.O., S. 457.

838 Zitiert von R. Fischer, a.a.O., S. 327. [dt. Ausg., S. 398]

»Keine Stadt im Lande, in der man sich nicht gewissenhaft auf die Schlacht vorbereitete, mit der minutiösen Sorge von Menschen, die entschlossen waren, alles zu geben. Kein Tag ohne harte Arbeit, keine Nacht ohne eine besondere Aufgabe. Kein Problem wird vernachlässigt. Ich weiß von Genossen, die seit vielen Wochen keine volle Nacht mehr geschlafen haben. Ich habe von Überarbeitung gezeichnete Gesichter gesehen. Die freiwilligen Augen behielten ihre intensive Flamme. (...) Die Kommunistische Partei Deutschlands hat dem Proletariat der Welt ein neues und wertvolles Beispiel für eine gewaltige revolutionäre Vorbereitung gegeben.«⁸³⁹

Der gleichen Feder verdanken wir diesen Hinweis auf eine Parteiversammlung:

»Es ist gut, ein paar Stirnen von Menschen um einen Tisch versammelt zu finden, die wissen, was hinter den Dingen liegt, und die in diesem Leiden eines Volkes ihren Willen täglich neu in Kontakt mit einer unbegrenzten Hoffnung bringen. (...) Eine junge Stimme verkündet, unterdrückt: ›Wir haben schon ganze Divisionen!‹ An Bewaffnung fehlt es, das ist wahr: Man wird sie aus der Kaserne holen. Die Deutschlandkarte ist in allen Köpfen präsent: ›Sachsen, Thüringen, Hamburg, Berlin werden halten ... Russland!‹ – ›Radek hat geschrieben ...‹ Ich habe bemerkt, dass die Intellektuellen – ich bin einer von ihnen – am misstrauischsten sind. (...) Lange Zeit wägen sie, wägen die Schwierigkeiten ab mit einer Argumentation, die manchmal eine sehr auflösende Wirkung hat. Ein Freund schneidet unsere Glossen ab: ›Ich glaube, sagt er, an die Revolution, weil ich sie will, weil ich mit Menschen lebe, die sie wollen.‹ Er war ein Sektionsorganisator. Er arbeitete Tag und Nacht.«⁸⁴⁰

Voja Vujović vertraute seinen Optimismus Victor Serge an:

Er »glaubte, wir würden zum festgesetzten Termin siegen. ›Alles wird viel besser gehen als in Russland...‹«⁸⁴¹

Ruth Fischer wird Jahre später den entschlossenen Optimismus jener Zehntausende von Männern anerkennen, die ihre Revolution wissenschaftlich vorbereiteten:

»Das offizielle Versprechen des russischen Politbüros, den deutschen Aufstand zu unterstützen, wurde mit Begeisterung als entscheidend angesehen. Die zahlreichen russischen Genossen in Deutschland, die unbegrenzten Fonds (meist in amerikanischen Dollars), die professionelle Art der Vorbereitung brachten das Vertrauen zuwege, dass Russlands Hilfe dieses Mal sicher war. (...) Diese nüchternen deutschen Arbeiter waren in revolutionäre Ekstase geraten.«⁸⁴²

839 R. Albert, »Au seuil d'une révolution«, Clarté, Nr. 53, 15. Februar 1924, S. 97. [Serge, a.a.O., S. 191-198, hier S. 194]

840 Ebenda, 1. Februar 1924, S. 63. [Serge, a.a.O., S. 184-190, hier S. 184]

841 V. Serge, Mémoires d'un révolutionnaire, S. 168 [deutsch: Victor Serge, Beruf: Revolutionär, Frankfurt am Main 1967, S. 194].

842 Ruth Fischer, a.a.O., S. 327. [dt. Ausg., S. 397 f.]

Die Lage im September

Paradoxerweise schien die Krise, während zuerst in Moskau und dann in den industriellen Zentren Deutschlands im Geheimen Vorbereitungen für den Aufstand getroffen wurden, wenn nicht abgeklungen zu sein, so doch zumindest ein Plateau erreicht zu haben. Ende August schreibt Thalheimer noch, dass die Zeit zum Handeln nicht gekommen sei:

»Die Stunde für die Arbeiter- und Bauernregierung, für den ersten Schritt zur proletarischen Diktatur ist dann da, wenn die übergroße Mehrheit der Arbeiterklasse nicht nur den Bruch mit der bürgerlichen Koalition will, sondern bereit sein wird, die Arbeiter- und Bauernregierung mit den äußersten Mitteln zu erkämpfen.

Zweitens, wenn mindestens starke Teile des Kleinbürgertums wohlwollend neutral ihr gegenüberstehen. Drittens, wenn die große Bourgeoisie tief in sich zerklüftet ist.

Organisatorisch müssen die Klassenorgane des Proletariats, Betriebsräte, Kontrollausschüsse; Hundertschaften bereits umfassend ausgebildet sein und eine überragende Autorität in den Massen sich erworben haben. (...)

Also ist politisch und organisatorisch noch eine große Wegstrecke zurückzulegen, ehe die Bedingungen reif sind, um der Arbeiterklasse den Sieg zu sichern.

Welcher Zeitraum dafür erforderlich sein wird, wird die Geschichte entscheiden.»⁸⁴³

Auf der Grundlage dieser Analyse scheinen die politischen Entwicklungen nicht auf das Herannahen des Tag X hinzuweisen. Die deutsche Zentrale scheint entschlossen, die offensichtlichen Übertreibungen bei der Anwendung der Schlageter-Linie zu korrigieren, und Voja Vujović versichert gegenüber Humbert-Droz, sie habe *»entschieden, diese Taktik zu modifizieren und diese kriegerischen Erklärungen zu mäßigen.«⁸⁴⁴* Auf der anderen Seite machte das Kabinett Stresemann schon nach dem Streik, der Cuno wegfegte, keinen Hehl aus seiner Absicht, von allen, auch von den Lohnabhängigen, *»Opfer«* zu verlangen. Der Kanzler und sein sozialdemokratischer Finanzminister betonten in ihren Erklärungen die Notwendigkeit, das Gesamtvolumen der Löhne zu senken, die Arbeit zu intensivieren und die Importe erheblich zu steigern. Die bürgerliche Presse macht eine Kampagne für die Abschaffung des Achtstundentages, und die Zeitung, die als Ausdruck des Stinnesschen Denkens gilt, die Deutsche Allgemeine Zeitung, schreibt am 8. September:

⁸⁴³ [A. Thalheimer, »La dernière réserve de la bourgeoisie allemande à la œuvre«] Corr Int, Nr. 69, 31. August 1923, S. [618 f., hier S.] 619. [A. Thalheimer, »Die letzte Reserve« der deutschen Bourgeoisie an der Arbeit«, Inprekorr, Nr. 138, 27. August 1923, S. 1197 f., hier S. 1197]

⁸⁴⁴ Brief von Humbert-Droz an Sinowjew, 20. September 1923, der sich auf einen Besuch von Vujović in Paris in den ersten Septembertagen bezieht, Humbert-Droz-Archiv, zitiert in L'Œil de Moscou, S. 195.

»Das deutsche Volk muss mindestens zwei Stunden länger arbeiten, mit mindestens der gleichen Intensität wie vor dem Krieg.«⁸⁴⁵

Die linke Opposition in der Sozialdemokratischen Partei hört zwar nicht auf, immer stärker zu werden. Der Berliner Bezirksparteitag erklärte die Politik der Großen Koalition für bankrott, forderte die Rückkehr zu einer Klassenpolitik und beschloss eine Tagesordnung für die Glückwünsche für Zeigner.⁸⁴⁶ Aber zur gleichen Zeit erwies sie sich als machtlos, die Repressionen zu stoppen, die von den Führer*innen ihrer eigenen Partei gegen die Kommunist*innen ausgeübt wurden: Im Gefolge der Veröffentlichung des gemeinsamen Aufrufs der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale verbot der Reichsinnenminister, der Sozialdemokrat Sollmann, die »Rote Fahne« und die »Volkswacht« von Rostock für acht Tage.⁸⁴⁷

Die illegale oder halblegale Presse der KPD senkte jedoch nicht ihren Ton, und sobald sie wieder auftauchte, nahm die Rote Fahne ihre Brandreden wieder auf und titelte am 15. September: »Nieder mit dem Blut- und Hungerregiment!«⁸⁴⁸, die am 21. zur Organisation von Versammlungen und Massendemonstrationen als Vorbereitung des Generalstreiks für den Sturz Stresemanns und die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung einlädt.⁸⁴⁹ Am 23. September erschien auf der Titelseite ein Artikel zur Vorbereitung des Aufstandes mit dem Titel: »Der Weg zur proletarischen Diktatur in Deutschland (Noch ein Wort an die sozialdemokratischen Arbeiter).«⁸⁵⁰ Am nächsten Tag suspendierte der Berliner Polizeipräsident Die Rote Fahne für fünfzehn Tage.⁸⁵¹

Insgesamt ging es auf den Straßen der deutschen Städte ruhiger zu. Die einzigen nennenswerten Vorfälle in diesen wenigen Wochen ereigneten sich in Baden, mit Demonstrationen und bewaffneten Zusammenstößen mit der Polizei in der kleinen Stadt Lörrach.⁸⁵² Die Leiter*innen des kommunistischen Bezirks Baden riefen zu einem Generalstreik in Baden auf, wurden aber von der Zentrale desavouiert, die darin die Gefahr sah, in einer Randregion voreilig einen bewaffneten Kampf auszulösen.⁸⁵³ Die badische Regierung erklärte sich bereit, ihre Polizeikräfte aus Lörrach und Umgebung abzuziehen, so dass um den 25. September herum wieder Ruhe einkehrte.

845 Deutsche Allgemeine Zeitung, 8. September 1923.

846 Vorwärts, 25. September 1923 [Tatsächlich hat der Parteitag eine Unterbrechung der Aussprache beschlossen, um dem anwesenden Zeigner das Wort zu erteilen, »Groß-Berliner Bezirksparteitag«, Vorwärts, 24. September 1923, S. 2, Spalte 1- S. 3, Spalte 3, hier S. 2, Spalte Zeigners Rede findet sich S. 2, Spalte 2 – S. 3, Spalte 2].

847 [»Die Rote Fahne« auf acht Tage verboten«,] Die Rote Fahne, 4. September 1923 [S. 1].

848 Ebenda, 15. September 1923 [S. 1].

849 Ebenda, 21. September 1923 [S. 1, Spalte 1-2].

850 Ebenda, 23. September 1923 [S. 1, Spalte 3 – Seite 2, Spalte 1].

851 Ebenda, 24. September 1923.

852 Angress, a.a.O., S. 388; Habedank, a.a.O., S. 45-47; Wenzel, a.a.O., S. 203-205.

853 Angress, a.a.O., S. 426; Wenzel, a.a.O., S. 216.

Ende September unternahm die Regierung Stresemann zwei wichtige Schritte in Richtung der Stabilisierung und Normalisierung, die sie sich als Ziele gegeben hatte. Am 26. machte der Kanzler bekannt, dass die deutsche Regierung die Besetzung der Ruhr anerkenne und beschlossen habe, den »passiven Widerstand« zu beenden und damit den Weg zu dem von Washington und London gewünschten Kompromiss zu öffnen.⁸⁵⁴ Auf der anderen Seite stabilisierte sich die Mark nach einem schwindelerregenden Fall in der Woche vom 13. bis 19. September ab dem 22. September bei etwa 100 Millionen zum Dollar.⁸⁵⁵

An diesem Punkt schienen die Initiativen der extremen Rechten dabei zu sein, eine völlig neue Lage zu schaffen. Am 21. September informierte Hugo Stinnes den US-Botschafter über das Herannahen einer Bewegung in Bayern, die, wie er sagte, von allen rechten Parteien und einer großen Anzahl von Gemäßigten in der Mitte unterstützt werde und deren Hauptziel der Kampf gegen den Kommunismus sei. Er erklärte seinem Gesprächspartner genauer, dass die Industriellen die Bewegung unterstützten, die heftig gegen die Kommunist*innen kämpften und den Generalstreik wahrscheinlich mit Gewalt brechen müsse. Er fügte hinzu, dass man hoffen könne, den Sozialismus als politisch mögliche Methode der nationalen Existenz in Deutschland zu beseitigen, und dass es dabei bleibe: »die Gesetze und Verordnungen, die die Produktion hindern und keinem nützlichen Zweck dienen, werden unverzüglich widerrufen werden.«⁸⁵⁶ Die Ereignisse in Bayern überzeugten den Botschafter bald davon, dass Stinnes sich nicht irrte.

Am 26. September rief sich von Kahr in einem veritablen Staatsstreich zum Reichsgeneralkommissar für Bayern aus und verhängte den Belagerungszustand.⁸⁵⁷ In der Nacht vom 26. auf den 27. verkündete Ebert als Antwort auf dessen Initiative gemäß Artikel 48 den Belagerungszustand für das gesamte Reich und übergab die Exekutive an den Reichswehrminister, den Demokraten Gessler, einen zivilen Schirm für General von Seeckt. Die sozialdemokratischen Minister billigten diese Entscheidung, die nach ihnen mit der »reaktionären Gefahr in Bayern« begründet war, und ihre Parteipresse sprach von der »Verteidigung der Republik.« Aber am 27. unterstellte sich General von Lossow, Befehlshaber der Reichswehr in Bayern, dem Befehl Kahrs. Am 28. hob der letztere in Bayern das »Republikenschutzgesetz« auf, das am Tag nach der Ermordung Rathenaus verabschiedet worden war.⁸⁵⁸

Die Initiative schien in die Hände der extremen Rechten übergegangen zu sein. Von Bayern aus erreichte das Geräusch von Stiefeln und klirrenden Waffen der gut organisierten und gut ausgerüsteten nationalistischen Banden, des berüchtigten

854 Stresemann, Vermächtnis, I, S. 98, 100-128.

855 [R. Albert, Vers ...] Corr Int. no. 77, 28. September 1923, S. 582.

856 Hallgarten, a.a.O., S. 64 [tats. wird der Brief des Botschafters, der das Gespräch wiedergibt, S. 66 auf englisch und S. 68 in deutscher Übersetzung wiedergegeben.]

857 Benoist-Méchin, a.a.O., II, S. 295. [Ausg. 1964, S. 299, dt. Ausg., S. 294]

858 Ebenda, S. 295-296 [Ausg. 1964, S. 300, dt. Ausg., S. 295].

Freikorps Ehrhardts und Rossbachs – der gerade aus der Festung, in der er eingesperrt war, entkommen war –, von Ludendorffs, der seit Januar seine Zeit kommen fühlte, von Adolf Hitler und seinen Truppen, endlich das ganze Reich. Die »Schwarze Reichswehr« wurde unruhig und am 1. Oktober unternahm Major Buchrucker einen ungeschickten, aber aufschlussreichen Putschversuch in Kustrin.⁸⁵⁹ Von allen Seiten spricht man von einem neuen Kreuzzug gegen den Bolschewismus, der in München beginnen und auf Berlin marschieren sollte. In mancher Hinsicht erinnert die Lage an diejenige, die in der Zeit des Kapp-Putsches geherrscht hatte: ein Dreiecksspiel, bei dem die Reichswehr, die nationalistischen Banden und die bewaffneten Arbeiter*innen kurz vor dem Zusammenprall zu stehen scheinen, ohne dass sich feststellen ließe, wer zuerst den Abzug betätigen wird. Die Reichswehr, die legal zur Herrscherin des Staates geworden war, verkündete ihre Absicht, »die Republik zu verteidigen« gegen ihre Feinde von links und rechts, während ihre Führer*innen entschlossen waren, »brudermörderische« Kämpfe zu vermeiden und die revolutionäre Bedrohung zu brechen. Die Arbeiter*innenklasse, erschöpft von den Leiden des »Schreckensjahres«, fasziniert von der Gefahr der nationalistischen Banden, ließ die Errichtung eines Regimes der Militärdiktatur und des Belagerungszustandes zu, von dem die Erfahrung ihr doch gezeigt hatte, dass er am Ende immer gegen sie verwendet werden würde.

Die Kommunistische Partei erklärt es in einem Manifest an die deutsche Arbeiter*innenklasse⁸⁶⁰: Das von Stresemann auf der Tribüne des Reichstags verkündete Ende des Widerstands ist das Signal für die kapitalistische Offensive gegen die Löhne und den Achtstundentag, und der Belagerungszustand, der unter dem Vorwand der Überwindung der revolutionären und nationalsozialistischen Aktivitäten in Bayern und der separatistischen Aktivitäten im Rheinland ausgerufen wurde, ist in Wirklichkeit dazu bestimmt, die Betriebsräte zu liquidieren und die revolutionäre Bewegung zu treffen, während sie noch ihre Kräfte sammelt.

Aber die Tatsache, dass die Initiative nun von der Arbeiter*innenklasse auf die »Faschisten« übergegangen zu sein scheint, soll die kommunistischen Führer*innen nicht in Verlegenheit bringen. Sie rechnen sogar damit, dass diese Drohung die Kampfbereitschaft der Arbeiter*innen wecken wird. Sie denken, dass sich die Arbeiter*innen mit ihnen wie im August erheben werden, wenn die Maske der »großen Koalition«, der letzten Reserve der Bourgeoisie, endlich fällt. In Abhängigkeit von der Perspektive dieser bewaffneten Erhebung – der ersten, der seit Oktober 1917 von einer kommunistischen Partei technisch vorbereitet wurde – werden in Moskau in den letzten Septembertagen die Formulierungen des Plans festgelegt, der nach An-

859 Ebenda, S. 270-278 [Ausg. 1964, S. 275-282, dt. Ausg., S. 269-277].

860 »Le K.P.D. au peuple travailleur«, Corr Int. no. 56 (Beilage), 29. September 1923 [deutsch »Die Kommunistische Partei Deutschlands an das gesamte arbeitende Volk«, Inprekorr, Nr. 153, 28. September 1923, S. 1318].

sicht seiner Autor*innen in wenigen Wochen zur Explosion des deutschen Oktobers, zur zweiten Etappe – fünf Jahre später – der Weltrevolution führen soll.

Am 29. September richtete das Zentrale heimlich ein Rundschreiben an alle Bezirkssekretär*innen, das keinen Zweifel am Herannahen des Aufstandes ließ:

»In allen Betrieben und Orten müssen sofort Aktionsausschüsse gebildet werden, gebildet aus einem Vertreter der SPD, USPD, KPD, des Sportkartells, der Betriebsräte, Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen. Die Aufgabe der Aktionsausschüsse ist es, den Kampf gegen den Belagerungszustand und die durch die Regierung verhängte Diktatur Gessler-Kahr aufzunehmen. Das wichtigste Mittel ist die Vorbereitung des Generalstreiks in den Betrieben und Orten. (...) Gleichzeitig mit der Vorbereitung des Generalstreiks müssen die Aktionsausschüsse einen Mobilisierungsplan der Arbeitermassen für die bevorstehenden Kämpfe vorbereiten.«⁸⁶¹

861 I.M.L.-Z.P.A., 43 1/250, ff. 24 ff. zitiert bei R. Wagner, »Die revolutionäre Bewegung in den Bezirken Hessen-Frankfurt und Baden im Herbst 1923«, BzG, Nr. 7, 1965, S. 85.

Kapitel XL:

Die deutsche Revolution von Moskau aus gesehen

Am 12. Oktober 1923 erschien in der Prawda der erste einer Serie von acht Artikeln, die Sinowjew »Problemen der deutschen Revolution« widmete. Sechs erschienen vor dem Signal zum Rückzug. Der Text, der auf Veranlassung der Partei übersetzt und gedruckt wurde, wird schnell aus dem Verkehr gezogen werden müssen: Er bleibt ein wertvolles Dokument über die Perspektiven der Führer*innen der bolschewistischen Partei und der Internationale zum deutschen Oktober.

Die Merkmale der deutschen Revolution

Die kommende deutsche Revolution wurde von den Bolschewiki seit 1917 erhofft. Das Warten war letztlich nicht lang, und Sinowjew sieht in ihrer Entfaltung die Garantie für ihren Sieg:

»Die Ereignisse in Deutschland entwickeln sich mit der Unerbittlichkeit des Schicksals. Der Weg, für den die russische Revolution zwölf Jahre brauchte, von 1906 bis 1917, wurde von der deutschen Revolution in fünf Jahren zurückgelegt, von 1918 bis 1923. Während der letzten Tage überstürzten sich die Ereignisse besonders. Erst die ›Koalition‹, dann die ›große Koalition‹, darauf die ›Kornilowiade‹ (die Ereignisse in Bayern!), das Ministerium der ›Männer vom Fach‹, die persönlichen Kandidaturen (in der Art unserer Kischkin und Burischkin), dann wiederum eine beinahe ›große Koalition‹ – mit einem Wort: Kabinettswirren ohne Ende. So sieht es ›oben‹ aus. Aber ›unten‹ in den tiefsten Volksmassen, da gärt die Unzufriedenheit, da beginnt der Kampf, der in sehr kurzer Zeit das Schicksal Deutschlands entscheiden wird. Die proletarische Revolution pocht an die Tore Deutschlands. Nur ein Blinder sieht das nicht.

Die nahenden Ereignisse werden von welthistorischer Bedeutung sein. Noch eine kurze Spanne Zeit, und jedem wird es klar werden, dass die Herbstmonate des Jahres 1923 nicht nur in der Geschichte Deutschlands, sondern durch diese auch für die gesamte Menschheit einen Wendepunkt bedeuteten. Mit zitternder Hand wendet das deutsche Proletariat die wichtigste Seite in der Geschichte des Weltkampfes der Arbeiterklasse um. Die Stunde schlägt. Ein neues Kapitel in der Geschichte der proletarischen Weltrevolution hat begonnen.«⁸⁶²

862 G. Sinowjew, Probleme der deutschen Revolution, S. 1-2.

Es kann keinen Zweifel über den sozialen Inhalt der bevorstehenden Revolution geben: Die Statistiken zeigen, dass in Deutschland die Arbeiter*innen zweimal so zahlreich wie alle anderen sozialen Kategorien zusammengenommen sind. Die Mehrheit von ihnen ist bisher mehr oder weniger der konterrevolutionären Sozialdemokratie gefolgt, ist aber gerade dabei, sich von ihr abzuwenden:

»Die kommende deutsche Revolution wird eine klassisch proletarische Revolution sein. 22 Millionen Arbeiter – das ist der Kern des internationalen Proletariats, das Grundkapital der Weltrevolution. Russland hatte im Jahre 1917, reichlich gerechnet, 8-10 Millionen Arbeiter bei einer Bevölkerung von 160 Millionen. Deutschland besitzt mehr als 20 Millionen Arbeiter bei einer Bevölkerung von 60 Millionen. Bei uns war es schließlich doch immer nur eine Handvoll. In Deutschland dagegen ist es der Kern der Bevölkerung, ihre Mehrheit. Die deutschen Arbeiter sind fast alle ohne Ausnahme des Lesens und Schreibens kundig. Sie haben eine prachtvolle Schule der Organisation durchgemacht. Sie sind kulturell entwickelt. Ein großer Teil von ihnen hat in den Jahren des imperialistischen Krieges in der Armee gedient (die deutsche Armee wies in den Jahren 1914-1918 einen sehr großen Prozentsatz von Arbeitern auf) und darum werden sie die besten Soldaten der Revolution sein. Sie haben bei der Sozialdemokratie eine schwere Schule durchgemacht, haben dafür aber auch vieles in ihr gelernt«⁸⁶³

Die deutsche Revolution wird sich in einem hoch industrialisierten Land abspielen, mit einem sehr hohen technischen Niveau, wo das Proletariat hochqualifiziert ist. Historisch gesprochen kann das deutsche Proletariat nicht mehr zu früh die Macht übernehmen, weil die objektiven Voraussetzungen für die Revolution dort längst reif sind. Daraus sollte jedoch nicht geschlossen werden, dass das Proletariat allein auf der Bühne stehen wird. Das Kleinbürgertum wird auch eine Rolle spielen. Im Laufe des Krieges und in seinem Gefolge hat der Kapitalismus ihm furchtbare Schläge versetzt und seine Verelendung hat einen sehr hohen Grad erreicht; gegenüber dem Proletariat kann es nur wohlwollend oder neutral sein:

»Die deutsche Revolution wird sich die Lehren der russischen Revolution zunutze machen und jedenfalls bemüht sein, ihre Fehler nicht zu wiederholen. Die proletarische Revolution Deutschlands wird von den ersten Augenblicken des staatlichen Wiederaufbaus an ungeheures Gewicht auf ein geregeltes Verhältnis zwischen Stadt und Land einerseits und dem Proletariat und der städtischen Kleinbourgeoisie andererseits legen. Die deutsche Proletarierrevolution wird wohl kaum zu einer absoluten Nationalisierung des Handels, des Kleingewerbes, einzelner Grundstücke usw. greifen. (...) Die revolutionäre Regierung Deutschlands wird vom ersten Augenblick ihrer Tätigkeit an bemüht sein, hinsichtlich der Kleinbourgeoisie, der

863 Ebenda, S. 6-7.

Intellektuellen, der Handwerker, der kleinen und mittleren Bauern eine Politik zu befolgen, die geeignet ist, die Sympathien des städtischen Kleinbürgertums und der Landbevölkerung für die proletarische Regierung Deutschlands zu festigen.

Gerade aus dem Grunde, weil die proletarische Revolution Deutschlands ein solches Fundament aus Eisenbeton hat; gerade darum, weil die Arbeiterklasse in der deutschen Revolution ein so ungeheures Übergewicht haben wird, kann sie sich den Luxus erlauben, alles zu vermeiden, was die Kleinbourgeoisie brutal von ihr zurückstoßen müsste.«⁸⁶⁴

Im Übrigen wird die Revolution, wie üblich, ungeahnte Kräfte freisetzen:

»Was für Wunder an Tatkraft das kampferprobte, geschulte, an Organisation gewöhnte, zwanzigmillionenköpfige deutsche Proletariat verrichten wird, wenn es sich zum entscheidenden Kampf für den Sozialismus erhebt, – das lässt sich in diesem Augenblick überhaupt noch schwer voraussehen.«⁸⁶⁵

Die Legende vom Einvernehmen mit den Nazis

Sinowjew zeigt, wie die sozialdemokratische Presse der ganzen Welt versucht in den arbeitenden Massen der Idee vom Einvernehmen und sogar von einem Bündnis zwischen Kommunist*innen und Nationalist*innen in Deutschland Glauben zu verleihen. Die Erklärung für ihre Bemühungen ist in seinen Augen sehr einfach: Die Anschuldigung zielt darauf ab, die bewaffnete Intervention, die der französische Imperialismus gegen die deutsche Revolution ins Auge fasst, im Voraus zu rechtfertigen.

»Dieselbe verräterische Rolle, die im Jahre 1914 die Losung von der »Vaterlandsverteidigung« im imperialistischen Kriege spielte, die soll jetzt die Legende vom angeblichen Bündnis des Kommunismus mit dem Nationalismus spielen. Man bemüht sich, im Voraus die große proletarische Revolution Deutschlands zu diskreditieren. Bereits jetzt entstellt man ihren Sinn, verleumdet sie und lügt über sie, wie man vor 6 Jahren über die große russische Revolution log.«⁸⁶⁶

Es ist daher von größter Wichtigkeit, dass die Arbeiter*innen der ganzen Welt verstehen, dass Deutschland ein besiehtes Land ist und als solches behandelt wird, das von der Entente mit Füßen getreten wird, und dass dies die Grundlage des Echos ist, auf das die nationalistische Propaganda trifft. Die deutschen Faschisten versuchen, die Ängste, Sorgen und sogar die Verzweiflung von Schichten des Kleinbürgertums auszunutzen, um ihren Zorn von den wirklichen Schuldigen abzulenken und sie in nationalistische Leidenschaften hineinzuziehen und so das Lager der Konterrevolution zu vergrößern:

864 Ebenda, S. 11.

865 Ebenda, S. 12.

866 Ebenda, S. 17.

»Die deutschen Kommunisten sind nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, alle Schichten der Besitzlosen, die aus (gerechtem und berechtigtem) Hass gegen die Unterdrücker der Entente den Faschisten folgten, dem Einfluss der bürgerlichen Nationalisten zu entreißen.«⁸⁶⁷

Die von der internationalen Sozialdemokratie gegen die deutschen Kommunist*innen entfesselte Kampagne zeigt, dass der Imperialismus, den Vorwand eines angeblich von Deutschland angestrebten »Revanchekrieges« nutzend, einen konterrevolutionären Krieg gegen Deutschland vorbereitet; es ist ein noch ungeheuerlicherer Verrat als der vom August 1914, der auf diese Weise vorbereitet wird. Denn sowohl die Kommunist*innen als auch das deutsche Proletariat wollen Frieden, aber die ausländische Intervention gegen die Revolution würde natürlich den heftigen Widerstand aller um das Proletariat gruppierten lebendigen Kräfte Deutschlands hervorrufen.

Arbeiter*innenklasse, Kommunist*innen und Sozialdemokrat*innen

Die Geschichte der deutschen Revolution seit 1918 nachzeichnend bemüht sich Sinowjew zu zeigen, dass es die Sozialdemokratie war, der es, wann immer der Sieg der Revolution möglich war, letztlich gelang, die Macht der Bourgeoisie zumindest zeitweise zu sichern. Er zählt die Gründe auf, die ihn zu der Annahme führen, dass es diesmal anders sein wird.

An erster Stelle unter diesen Gründen steht die Tatsache, dass die deutschen Kommunist*innen, besonders seit 1921, verstanden haben, dass sie ihre Pläne für Aufstand und Kampf um die Macht zurückstellen müssen, dass sie vor allem danach streben müssen, die Mehrheit der Arbeiter*innenklasse zu gewinnen, um eine siegreiche Revolution durchzuführen. Nun glaubt Sinowjew, dass sie in diesem Jahr 1923 sehr nahe daran sind, dies zu erreichen: Sie kontrollieren die Bewegung der Betriebsräte in mehr als zweitausend Ortschaften, üben in den Gewerkschaften – die sie vielleicht nicht vor der Machtübernahme erobern können – einen erheblichen Einfluss aus. Im August – und das ist eine entscheidende Tatsache – hatten sie eine absolute Mehrheit in den Streikleitungen von Berlin und Hamburg:

»Handelt es sich nun um eine dauerhafte und gesicherte Mehrheit? Vielleicht kann man das noch nicht behaupten. Aber es steht außer Zweifel, dass es dazu kommen wird, und zwar in allernächster Zeit dazu kommen wird. Noch ist die Stimmung veränderlich und nicht stabil. Die Stimmung von Millionen von Arbeitern ist überhaupt nichts ein für allemal Gegebenes. Ein Teil der Arbeiter überlegt noch; sie sind

867 Ebenda, S. 19.

mit einem Fuß bereits im Lager der Kommunisten, während der andere noch im Lager der Sozialdemokratie ist. Während einer Übergangszeit ist das unvermeidlich. Es wäre lächerlich, als Vorbedingung des Erfolges fordern zu wollen, dass alle Arbeiter bis auf den letzten Mann zuerst mehrmals der Kommunistischen Partei Treue schwören sollen. Im Laufe des Kampfes selbst wird die im Entstehen begriffene Mehrheit sich endgültig bilden und fest hinter den Kommunisten stehen»⁸⁶⁸

Sinowjew schätzt, dass die deutsche Sozialdemokratie im Moment mindestens zwei Drittel ihrer Mitglieder verloren hat und dass sie nur noch die gesetzteren Arbeiter*innen umfasst. Hunderttausende von sozialdemokratischen Arbeiter*innen treffen sich mit den Kommunist*innen in den Betriebsräten, in den proletarischen Hundertschaften und folgen, mit der Disziplin der eigenen Partei brechend, den Lösungen der KPD. Wie die Sozialrevolutionäre Partei im Laufe des Jahres 1917, so wird die Sozialdemokratische Partei im Laufe der Revolution brüchig. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Auftreten einer linken Tendenz in ihren Reihen von großer Bedeutung; nicht dass ihre Führer*innen vertrauenswürdig wären, ganz im Gegenteil, aber sie stellt ein Symptom dar, das wie ein Zerrspiegel die revolutionäre Stimmung der proletarischen Massen widerspiegelt. Die meisten der linken sozialdemokratischen Führer*innen sind »alte Bekannte«, die in diesem oder jenem Moment der Vergangenheit schon einmal das Proletariat verraten haben. Es wäre gefährlich, sie eine autonome Rolle spielen zu lassen, und eine übermäßige »Unterstützung« von ihnen könnte sich durchaus als fatal für die proletarische Revolution erweisen. Aber das bedeutet nicht, dass es möglich wäre, ihren Einfluss zu vernachlässigen: Diese sozialdemokratische Linke verkörpert die letzten Illusionen eines wichtigen Teils der Arbeiter*innenklasse, und die Revolution wird nur gewinnen, wenn sich die Klasse von genau diesen Illusionen kuriert:

»Die Stunde ist nahe, wo die ungeheure Mehrheit der deutschen Arbeiter, die gegenwärtig noch einige Hoffnung auf die ›linke‹ SPD setzt, sich endgültig davon überzeugen wird, dass der Entscheidungskampf ohne und gegen die rechte wie die linke SPD geführt werden muss.«⁸⁶⁹

Unter diesem Gesichtspunkt sieht Sinowjew in dem soeben erfolgten Eintritt von KPD-Vertretern in die sächsische Regierung von Dr. Zeigner ein doppeltes Ziel:

Erstens »soll der revolutionären Avantgarde Sachsens geholfen werden, festen Fuß zu fassen, ein bestimmtes Gebiet zu besetzen und Sachsen zum Ausgangspunkt fernerer Schlachten zu machen. Zweitens soll der linken SPD die Möglichkeit geboten werden, durch Taten sich auszuweisen und dadurch den sozialdemokratischen Arbeitern die Aufgabe der Überwindung der letzten Illusion zu erleichtern. (...)

868 Ebenda, S. 29.

869 Ebenda, S. 34.

Der Eintritt der deutschen Kommunisten in die sächsische Regierung hat nur dann Sinn, wenn er die sichere Garantie dafür bietet, dass der Apparat der Staatsmacht tatsächlich der Arbeiterklasse zu dienen beginnt, dass Hunderttausende von Arbeitern zum Kampf gegen den bayrischen und alldeutschen Faschismus bewaffnet werden, dass nicht nur in Worten, sondern in der Tat eine Massenausreibung der bürgerlichen Beamten aus dem Staatsapparat beginnt, wo sie sich zum Teil noch als Erbstücke aus Wilhelms Zeiten vorfinden, unverzüglich wirtschaftliche Maßnahmen revolutionären Charakters durchgeführt werden, die die Bourgeoisie in entscheidender Weise treffen.

Wenn es der gegenwärtigen sächsischen Regierung tatsächlich gelingen wird, Sachsen in ein rotes Land zu verwandeln, das, wenn auch nur bis einem gewissen Grade zum Konzentrationspunkt der revolutionären Kräfte des Landes werden kann, dann wird das revolutionäre deutsche Proletariat das sächsische Experiment verstehen und unterstützen. Sollte das aber nicht der Fall sein, müssen die deutschen Kommunisten die ganze sächsische Episode dazu benützen, wieder und wieder den Arbeitermassen anschaulich die ganze Charakterlosigkeit der ›linken‹ SPD und die gegenrevolutionäre Niederträchtigkeit der SPD-Führer vorzudemonstrieren.«⁸⁷⁰

In der Lage Deutschlands fällt die wesentliche Rolle letztlich der Kommunistischen Partei und ihrer Handlungsfähigkeit zu:

»Die deutschen Kommunisten haben die Mehrheit des viele Millionen zählenden deutschen Proletariats bereits für sich erobert oder sind von dieser Eroberung nicht mehr weit entfernt. Diese Minderheit⁸⁷¹ kann nicht durch Abstimmungen und Besprechungen, sondern nur in den nahenden Kämpfen gefestigt und gestählt werden. Die Hauptaufgabe der KPD besteht darin, durch ihre Taten der Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft die Überzeugung beizubringen, dass die KPD anders als in den Jahren 1919-1921, jetzt nicht nur die Avantgarde, sondern die ganze Millionenmasse der Arbeiter hinter sich hat. Vor allem aber muss den Arbeitermassen die Überzeugung beigebracht werden, dass jetzt die Führung durch die KPD der Arbeiterklasse tatsächlich den Sieg sichert.«⁸⁷²

⁸⁷⁰ Ebenda, S. 34.

⁸⁷¹ [In der deutschen und englischen Inprekorr fehlt der Satz mit »Minderheit« ganz. In der französischen Correspondence Internationale (Nr. 86, 30. Oktober 1923, S. 654) steht aber tatsächlich »Mehrheit« <https://www.retronews.fr/journal/la-correspondance-internationale/30-octobre-1923/1071/4110973/2>, hier handelt es sich anscheinend um eine falsche Übersetzung ins Deutsche, die in »Probleme der deutschen Revolution« abgedruckt wurde, während in der russischen Ausgabe eindeutig von »Mehrheit« die Rede ist.]

⁸⁷² Ebenda, S. 36.

Gewerkschaften, Betriebsräte, Sowjets

Für Sinowjew ist die schädliche Rolle der Gewerkschaften zur Genüge bekannt: Er ist der Meinung, dass sie zwischen 1914 und 1919 der wichtigste Faktor der Konterrevolution waren. Er hatte daher keinen Zweifel daran, dass sich die Gewerkschaftsführer*innen im entscheidenden Moment auf der anderen Seite der Barrikade, im Lager des Klassenfeindes, aufstellen würden. Die Eroberung des Gewerkschaftsapparates durch die Kommunist*innen wird für das Proletariat nicht leichter sein als die Eroberung des Staates – und wahrscheinlich wird sie, wie in Russland, erst nach dem Sieg der Revolution erreicht werden. Dennoch kämpften die deutschen Kommunist*innen zu Recht weiter in den Gewerkschaften, wo sie oft die reale Mehrheit erobern konnten, ganz zu schweigen von bestimmten Sektoren des Apparats, wie zum Beispiel in der Metallgewerkschaft. Und indem sie in den Gewerkschaften kämpften, eroberten sie ihre Positionen in den Betriebsräten. Unter Hinweis darauf, dass letztere einige Jahre zuvor Anhängsel des reformistischen Gewerkschaftsapparats gewesen waren, erklärt Sinowjew, dass ihre Umwandlung von dem Moment an möglich wurde, als die Arbeiter*innen die Idee hatten, sie gegen die Gewerkschaftsführer*innen zu nutzen:

»Der Geist des wahren Klassenkampfes beginnt in die Betriebsräte einzudringen. Die Betriebsräte erreichen eine ungeheure Verbreitung über ganz Deutschland. Allmählich übernehmen sie alle jene Funktionen des wirtschaftlichen Kampfes, die von den gelben Gewerkschaften abgelehnt worden waren. Und sie übernehmen nicht nur diese Funktionen, sondern auch noch eine Reihe anderer Funktionen, die mit der Vorbereitung der proletarischen Revolution unlösbar verknüpft sind und die die deutschen Betriebsräte von heute den Arbeiter-Sowjets der Epoche vor der Eroberung der Macht gleichstellen.«⁸⁷³

Sie bilden ein engmaschiges Netz in ganz Deutschland, leiten Wirtschaftstreiks, tragen zur Verallgemeinerung von Preis- und Mietkontrollkommissionen bei und organisieren die Bewaffnung des Proletariats – eine Voraussetzung für den Sieg – durch die Organisation proletarischer Hundertschaften.

»Im Allgemeinen kann man sagen, dass jene Funktionen, die bei uns in Russland zwischen Februar und Oktober des Jahres 1917 von den Arbeiterräten und Betriebskomitees ausgeführt wurden, im Deutschland von den Betriebsräten allein ausgeübt werden. In vielen Beziehungen sind das, im Grunde genommen, einfach Arbeiterräte. Und darin besteht die ungeheure Bedeutung der Bewegung der Betriebsräte Deutschlands. Darin besteht die allgemeine, internationale Bedeutung einer großen Arbeiterbewegung in jedem Lande, sobald die revolutionären Ereignisse heranreifen.

873 Ebenda, S. 40.

In Deutschland sehen wir das Vorhandensein einer derartigen Betriebsrätebewegung. Sie ist die wichtigste Voraussetzung des Erfolges der proletarischen Revolution. Die bloße revolutionäre Gewinnung der Arbeitermassen würde für den Erfolg nicht genügen, – damit die proletarische Revolution siegen und Fuß fassen kann, bedarf sie eines Organisationsgerüsts. Sie muss bereits vor dem entscheidenden Aufstand das organisatorische Gerüst liefern, um welches herum das Gebäude der Sowjetmacht errichtet werden soll.»⁸⁷⁴

In Anbetracht der Tatsache, dass gegenwärtig die deutschen Betriebsräte in Fragen wie Nahrungsmittel, Löhne, Beheizung, Bewaffnung intervenieren und dass sie den Haupthebel der heranreifenden Revolution darstellen, unterstreicht Sinowjew dennoch, dass es unwahrscheinlich ist, dass die deutsche Revolution nach ihrem Sieg eine neue Form der Diktatur des Proletariats schaffen wird.

»Die Form wird wohl die gleiche sein wie bei uns: Die Sowjetregierung. Keine ›Räte in den Betrieben‹, d. h. keine Übergabe der Betriebe an Siemens und Halske oder der Kruppschen Werke an die Arbeiter dieser Betriebe mit uneingeschränktem Verfügungsrecht, – sondern alle Macht den Sowjets, d.h. die Übergabe der gesamten Produktion und der ganzen Macht des Landes in organisiertem nationalem Maßstabe an die Arbeiterklasse – so lautet die Losung.»⁸⁷⁵

Er versichert dafür, dass in der Vorbereitungsperiode des proletarischen Aufstandes der Verlauf der deutschen Ereignisse sich von dem Russlands unterscheiden wird, weil die deutschen Arbeiter*innen keine neuen Organismen schaffen müssen; die authentischen Sowjets, in ihrer deutschen Form der Arbeiter*innenräte, werden am Tag nach dem Sieg wieder auftauchen.

Innere Schwierigkeiten

Sinowjew erinnert daran, dass die Kommunist*innen lange Zeit dachten, dass die Machteroberung an sich nicht sehr schwierig sei, aber dass die Schwierigkeiten unmittelbar danach beginnen würden. Sicher ist jedoch, dass die Machteroberung in Deutschland nicht einfach sein wird. Die faschistische Bourgeoisie verfügt über 600.000 bis an die Zähne bewaffnete Männer, die sicherlich nicht die Sympathie der Bevölkerung genießen, die aber in der Lage sind, im entscheidenden Augenblick und an entscheidender Stelle hart zuzuschlagen.

Nach dem Aufstand sähe sich die deutsche Revolution mit sehr realen Schwierigkeiten konfrontiert: Boykott der Belieferungen der Städte durch die Großagrarien und wohlhabenden Bauern, Kohlenmangel, Schwierigkeiten der Industrie, Arbeits-

874 Ebenda, S. 45.

875 Ebenda, S. 46.

losigkeit und Agitation durch konterrevolutionäre Elemente. Die Regierung wird vor allem mit ernststen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, ein Erbe der Wirtschaft des kapitalistischen Deutschlands.

Diese Perspektive diktiert eine Politik der Vorsicht. Die proletarische Regierung wird die Verstaatlichung der Groß- und Mittelindustrie nur in dem Maße vorantreiben, in dem sie in der Lage ist, diese effektiv nach sozialistischen Prinzipien zu organisieren, sie »wird nicht vergessen, wo die starke Seite der russischen neuen Wirtschaftspolitik liegt.«⁸⁷⁶ Während sie die mittlere und arme Landbevölkerung schont, kann sie für die Versorgung seiner Städte auf Lieferungen von russischem Weizen zählen. Die Regelung des Kohleproblems wird weniger einfach sein: Es wird zweifellos notwendig sein, Vereinbarungen mit der französischen Schwerindustrie oder massive Käufe in Polen und der Tschechoslowakei ins Auge zu fassen. Die Arbeitslosigkeit, deren Entwicklung in der unmittelbaren Zukunft unvermeidlich sein wird, wird teilweise durch die Bildung einer großen Roten Armee aufgesogen werden. Was die finanziellen Schwierigkeiten und die Agitation der Gegenrevolutionäre betrifft: »Das proletarische Deutschland wird mit ihnen im Allgemeinen nach dem Muster Sowjetrusslands und selbstverständlich mit den den Verhältnissen entsprechenden Änderungen fertig werden.«⁸⁷⁷

»Die inneren Schwierigkeiten der deutschen Revolution werden unmittelbar nach dem erfolgreichen Umsturz groß, aber nicht unüberwindlich sein. Es ist bereits jetzt unerlässlich, dass die aufsteigende Klasse und jene Partei, der die Zukunft gehört, darüber nachdenken. Aber der ganze Kollektivverstand des revolutionären proletarischen Deutschlands, die gesamte politische Erfahrung der Kommunistischen Partei, der ganze revolutionäre Wille, die ganze revolutionäre Begeisterung und der ganze Enthusiasmus, alle Organisationsarbeiten der proletarischen Avantgarde, alle Geisteskräfte der in den Vordergrund tretenden Heldengeneration der deutschen Proletarierrevolution – alles, alles, worüber die deutsche Arbeiterklasse jetzt nur verfügt, müssen in der gegenwärtigen Epoche lediglich für eine Sache aufgeboren werden: für die Sache der allseitigen Vorkehrungen zum Entscheidungskampf.«⁸⁷⁸

Die äußeren Schwierigkeiten

Wie beträchtlich auch immer die Schwierigkeiten sein mögen, die die deutsche Revolution im Innern erwarten, sie treten in den Augen Sinowjews zurück im Vergleich zu den äußeren Schwierigkeiten, die nach seiner Einschätzung die wahre Schwäche in ihrer Rüstung darstellt.

876 [Ebenda, S. 51].

877 Ebenda, S. 55-56 [tats. S. 53].

878 Ebenda [S. 55 f.]

Die deutsche Revolution wird in der Tat eine Bedeutung und eine Auswirkung haben, die mit denen der russischen Revolution vergleichbar sind, aber sie wird nicht von den gleichen günstigen Umständen profitieren: die ungeheure Größe des Gebiets, die Spaltung der in einem Krieg befindlichen imperialistischen Mächte. Da sie aber im Gegensatz zur russischen Revolution nicht die erste siegreiche proletarische Revolution sein wird, läuft sie nicht Gefahr, isoliert zu werden. Davon abgesehen,

das »deutsche revolutionäre Proletariat [muss] unter allen Umständen seine Taktik auf die Möglichkeit des schwierigen Ausganges einstellen, d.h. es muss darauf vorbereitet sein, dass der internationale Imperialismus die deutsche Revolution nicht als eine vereinzelte Episode, sondern durchaus als das für das Schicksal des gesamten bürgerlichen Europa entscheidende Ereignis einschätzen wird. Aus einer solchen Einschätzung kann der internationale Imperialismus sofort seine praktischen Folgerungen ziehen.«⁸⁷⁹

Großbritannien, das keine Landarmee hat, stellt keine unmittelbare Gefahr dar. Frankreich hingegen hat die Bewaffnung, die Männer und das für ein konterrevolutionäres Experiment notwendige Material. Indem sie der deutschen Revolution den Krieg erklärt, müsste sie jedoch alle ihre Kräfte mobilisieren, um den heftigen Widerstand des deutschen Proletariats zu überwinden und sich gleichzeitig einer revolutionären Gegenreaktion bei sich auszusetzen. Polen und die Tschechoslowakei könnten die unmittelbare Eingreiftruppe der Imperialisten bilden, aber ihre Zerbrechlichkeit – sowohl auf sozialer Ebene als auch auf der Ebene der Nationalitäten – würde sie in enorme Risiken bringen. Deshalb kann die deutsche Revolution, während sie durch die kommunistischen Parteien Frankreichs, Polens, der Tschechoslowakei usw. die internationale Solidarität des Proletariats organisiert, die Möglichkeit eines Vertrages analog dem von Brest-Litowsk nicht von vornherein ausschließen: Sie sollte zumindest erwägen, bestimmten Klauseln des Versailler Vertrages zuzustimmen, um von Frankreich zu erwirken, dass es seine Offensive verschiebt und die Ruhr räumt. Die deutschen Revolutionär*innen würden sich damit abfinden, einen solchen Vertrag in voller Kenntnis der Sachlage, erzogen durch die russische Erfahrung, weniger neu und unerfahren als die Russ*innen 1917 waren, und vor allem mit dem klaren Bewusstsein der Gefahr, die die internationale Bourgeoisie für eine Revolution darstellt, zu unterzeichnen. Denn die deutschen Arbeiter*innen wollen Frieden, nicht Krieg. Sollte aber die internationale Bourgeoisie trotz allem den Krieg wählen, würde das deutsche Proletariat bis zum Sieg kämpfen.

Sinowjews siebter Artikel über die Probleme der deutschen Revolution wurde am 22. Oktober geschrieben: Am Tag zuvor hatten die Leiter*innen des Zentralaussschusses und des Revolutionskomitees den Beschluss gefasst, auf den Aufstand zu

879 Ebenda, S. 61.

verzichten. In der vorliegenden Form spiegeln die sechs Artikel, die der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale in Erwartung des deutschen Oktobers schrieb, deutlich die Bedeutung wider, die die bolschewistischen Führer*innen den Ereignissen in Deutschland beimaßen, und die Gewissheit, dass sie sich am Vorabend der deutschen Revolution befanden.

Kapitel XLI: Der deutsche Oktober

Brandler verlässt Moskau in den letzten Septembertagen, um zur Führung der Schlacht zu gehen. Ruth Fischer erzählt als Zeugin seiner Abreise:

»Als ich aus dem Kreml kam, sah ich Trotzki, wie er sich von Brandler verabschiedete, den er aus seinen Räumen im Kreml bis zum Troizki-Tor begleitet hatte – eine ungewöhnliche Höflichkeitsgeste. Dort standen sie, im hellen Licht des Herbstnachmittags, der untersetzte Brandler in seinem ungebügelten Anzug und der elegante Trotzki in seiner gut geschnittenen Uniform der Roten Armee. Trotzki küsste nach den letzten Worten Brandler nach alter russischer Sitte auf beide Backen. Da ich beide gut kannte, entging mir nicht, dass Trotzki wirklich bewegt war; er war offensichtlich erfüllt von dem Bewusstsein, dass er dem Führer der deutschen Revolution am Vorabend großer Ereignisse seine Wünsche mitgab.«⁸⁸⁰

Erwartung

Niemand kann daran zweifeln, dass Deutschland in diesem Herbst vor großen Ereignissen steht. Die große Koalition ist in der Krise: Die Volksparteiler*innen lehnen jede Maßnahme gegen Bayern, die Sozialdemokrat*innen einen offiziellen Angriff auf den Achtstundentag ab. Die Rechte fordert einmütig den Rücktritt Hilferdings, der bei einer Kabinettsumbildung durch den Kaufmann Luther ersetzt werden sollte; aber die Sozialdemokrat*innen hatten das Versprechen erhalten, dass man den Achtstundentag nicht antasten werde, und von Seeckt hatte die Leute der »Schwarzen Reichswehr« verhaftet, die davon träumten, »Kappisten« zu spielen und riskierten, das Pulver hochgehen zu lassen. Vielleicht war es nur die Angst, die der Waffenlärm in Bayern auslöste, die die Reaktionen der Bevölkerung zurückhielt. Anfang September gab es in Berlin 110.000 Arbeitslose, Ende Oktober waren es 160.000 und wenige Wochen später 200.000 – mehr als 2.000.000 in ganz Deutschland.⁸⁸¹ In der Woche vom 8. bis 14. Oktober verdiente ein Berliner Metallarbeiter 6,5 Milliarden Mark, also 2 bis 3 Dollar, kaum ein Zehntel dessen, was er ein Jahr zuvor verdient hatte. Ein Ei kostet am 16. Oktober 110.000.000 Mark, den Stundenlohn eines Bergarbeiters.⁸⁸² Das im August erkämpfte Indexierungssystem hatte dazu beigetragen, den

⁸⁸⁰ Ruth Fischer, a.a.O., S. 323. [deutsche Ausgabe, S. 393]

⁸⁸¹ [R. Albert, »Vers une Commune ...«] Corr Int. no. 83, 19. Oktober 1923, S. 630.

⁸⁸² Ebenda, S. 631.

Kaufkraftverlust der Arbeiter*innen im September zu stoppen, aber die Zeitspanne zwischen der Erstellung des Lebenshaltungskostenindex und seiner Veröffentlichung nahm ihm jeden Sinn. Am 11. Oktober nahm sich der »Vorwärts« selbst die Gewerkschaften und ihre, wie er es nannte, Passivität vor, »in einer Zeit, in der die Welle des Elends und der Verzweiflung von Stunde zu Stunde wächst.«⁸⁸³ Am gleichen Tag konstituierte sich ein Aktionsausschuss der Berliner Gewerkschaften.⁸⁸⁴ Die Kommunist*innen machen sich jedoch wenig Illusionen über die Handlungsbereitschaft der Gewerkschaftsführer*innen, und Enderle schreibt:

»Wie weit sie in diesem Kampfe gehen werden, – das hängt in großem Maße davon ab, inwieweit die Massen, die noch hinter ihnen stehen, durch die kommunistische Propaganda und Agitation aufgewühlt, klassenbewusst und kampfbereit sein werden,«⁸⁸⁵

In der Nähe von Potsdam sprach ein Gericht den Rittergutsbesitzer von Kaehne frei, der angeklagt war, einen Arbeiter, der auf seinem Land Holz sammelte, getötet zu haben. Der Angeklagte hatte erklärt, er habe »keine Angst, auf die Kanaille zu schießen.«⁸⁸⁶ In den Städten hat man Hunger; der Chronist erzählt:

»Die graue Straße, am Morgen. Vor den Molkereien, diese erbärmlichen Versammlungen armer Frauen. Sie lassen sich nieder, bringen Klapphocker, einen Stuhl, eine Arbeit mit. (...) Es ist kalt, die Feuchtigkeit durchdringt die alten Kleider des Elends. Sie sind ganze Tage dort, um ein wenig Margarine zu kaufen. Vor ihnen der unvermeidliche grüne Polizist, knurrend und traurig, dass er sich für seinen Job schämt. Ein LKW fährt vorbei, beladen mit Kartoffeln. Von den beiden Bürgersteigen aus ist es ein zusammenlaufendes Gedränge. Kinder klammern sich an die Rückseite des schweren Fahrzeugs, werfen die kostbaren Knollen auf die Straße, die sofort aufgesammelt werden. Der Fahrer beschleunigt. Ein Polizist ruft vergeblich. Ich sehe einen gut gekleideten Herrn, zweifellos ein kleiner Angestellter, der leise ein paar Kartoffeln aufhebt und sie in seine Taschen stopft. Ich sehe eine graue, gebeugte alte Frau, die darum kämpft, ihren Anteil zu erhöhen... Die Straße hat Hunger. Die Straße hat Gesichter der Verzweiflung, der Wut und des Hasses. (...) Ein Augenzeuge erzählte mir von einer dieser Razzien. Er war erstaunt über den Ordnungssinn dieser Hungernenden. Methodisches Plündern, ohne Schaden oder unnötiges Drängeln. Man nimmt keine Luxusartikel mit. Man nimmt Brot, Fette und Schuhe mit. Plötzlich zu primitiven Bewusstsein ihres Rechts auf Leben erweckt, nahmen sich die zum Hungertod

883 Vorwärts, 11. Oktober 1923.

884 Ebenda, 12. Oktober 1923.

885 [A. Enderle, »La Centrale des Syndicats«] Corr Int, Nr. 86, 30. Oktober 1923, S. 655. [Die gegenwärtige Rolle des ADGB in Deutschland, Inprekorr Nr. 165, 25. Oktober, S. 1408-1410, hier S. 1410]

886 Zitiert von Albert, [»Notes d'Allemagne«] Bulletin communiste, Nr. 42, 18. Oktober 1923. [S. 650-653, hier S. 651, Nachdruck in Victor Serge, »Notes d'Allemagne«, a.a.O., S. 99-108, hier S. 104]

verurteilten Menschen, was sie zum Leben brauchten. Es bedurfte des Eingreifens der Polizei, damit die Enteiignung in einen Aufruhr ausartete.»⁸⁸⁷

Schweigend und gesammelt warteten die Kommunist*innen:

»Losschlagen«, schrieb Albert, »losschlagen bedeutet, den Schlag zu führen, der zurückgehalten wurde, die Aktion auszulösen. Dieses Wort ist auf dieser Seite der Barrikade in aller Munde. (...) In Thüringen stellten sich nach den halbklandestinen Versammlungen, auf denen ein kommunistischer Aktivist sprach, Arbeiter – die er nicht kannte – vor ihm auf. Ein Eisenbahner fragt ihn ohne Vorrede: ›Wann werden wir zuschlagen? Wann?‹ (...) Der Oktober ist kalt. Nieselregen, Regen, graue Straßen, wo man in den Arbeitervorstädten lange verblieb. Fahrer, Hausfrauen, Arbeitslose – die auch ohne Hemd und Mantel sind – sprechen. (...) In diesen wütenden Gruppen, die sich in dunklen Kreuzungen drängen, weit weg von den beleuchteten Plätzen, wo die Polizei über ihr Wohlergehen wacht, höre ich oft hartnäckig von Russland sprechen ... Ich denke, dass am dunklen Himmel dieser armen Menschen zumindest ein Stern aufgegangen ist. (...) Nebel, Nieselregen, Regen, die erste Kälte des Oktobers. Häuser ohne Feuer und Brot. Von grünen Polizisten bewachte Läden, die von morgens bis abends von tristen Frauenmassen belagert werden; Polizisten, die eilig, die kurzen Gewehre über die Schultern gehängt, durch die beliebten Verkehrsadern laufen; plötzliche Vorbeifahrten von Motorwagen, mit Gewehren und glänzenden Shakos bestückt; dünne, knurrende Gesichter, an jeder Tür, im Fieber des Abends, Nachrichten aus den Zeitungen ›Sieben Tote in Beuthen, ... zwölf Tote in Sorau, fünfzehn Tote in Düsseldorf ... , sechs Tote in Köln.‹ (...) Die Polizei hat Angst. Sie hat auch Hunger. Aber sie sind nicht bereit, um Brot zu geben.«⁸⁸⁸

Der Plan in der Anwendung

In den letzten Septembertagen beschlossen die kommunistische Führer*innen in Moskau den Eintritt von Vertreter*innen der KPD in die Regierungen von Sachsen und Thüringen. In der Tat handelt es sich jetzt darum, strategische Positionen in dem herannahenden Konflikt zu besetzen. Radek wird den angenommenen Plan so zusammenfassen:

»das Proletariat marschiert auf in Sachsen, aus der Verteidigung der Arbeiterregierung heraus, in die wir eintreten; und es wird in Sachsen versuchen, die Staatsgewalt auszunutzen, um sich zu bewaffnen, um in diesem engmaschigen

887 [R. Albert, »Notes d'Allemagne«] Corr. Int. Nr. 84, 25. Oktober 1923, S. [S. 639-641, hier S.] 641. [Nachdruck in Victor Serge, »Notes d'Allemagne«, a.a.O., S. 121-128, hier S. 128]

888 [»Au seuil d'une révolution, la « retraite d'Octobre » en Allemagne«, Clarté, Nr. 52, [1.] Februar 1924. [Nachdruck in Victor Serge, »Notes d'Allemagne«, a.a.O., S. 184-191, hier S. 187]

proletarischen Bezirk Mitteldeutschlands einen Wall zu bilden zwischen der Südkonterrevolution in Bayern und dem Nordfaschismus. Gleichzeitig wird die Partei im ganzen Reiche eingreifen, die Massen mobilisieren.«⁸⁸⁹

Dieser Plan war mehrere Wochen lang diskutiert worden, und Brandler hatte ihn entschieden bekämpft. Die linken Sozialdemokrat*innen in Sachsen sind zwar voller guten Willens, aber sie sind nicht sicher. Im Laufe des Sommers kam es in Sachsen zu zahlreichen Zwischenfällen zwischen den proletarischen Hundertschaften und der Polizei des Sozialdemokraten Liebman: Im September wurden in Leipzig mehrere Dutzend Arbeiter*innen getötet. Auf Anraten der Exekutive selbst lehnte die Kommunistische Partei wiederholt eine Beteiligung an der Regierung Zeigner ab, solange letztere die politische Rolle der Betriebsräte nicht anerkannte. Der Eintritt der Kommunist*innen in die sächsische Regierung heute wäre überstürzt, unerklärlich für die Aktivist*innen und Sympathisant*innen, im Widerspruch zu den Erklärungen, die für die früheren Verweigerungen gegeben wurden. Eine solche Entscheidung müsste erklärt, vorbereitet werden, müsste das Ergebnis und die Krönung einer Kampagne sein, ein Sieg des einheitlichen Willens der Massen im Kampf, und nicht ein Ereignis außerhalb von ihnen, geboren aus Verhandlungen an der Spitze.⁸⁹⁰ Aber Brandler ist mit seiner Meinung offenbar allein. Für die anderen Verantwortlichen, die in Moskau tagen, entwickelt sich die Lage so schnell, dass, wenn es den Kommunist*innen morgen nicht gelingt, den Widerstand der Massen in Sachsen zu mobilisieren und damit eine allgemeine Explosion in ganz Deutschland zu provozieren, der Chef der Reichswehr in Sachsen, General Müller, der Herr der Exekutive, die Initiative ergreifen wird – und die linken Sozialdemokrat*innen sind unfähig, sich darauf vorzubereiten, ihm entgegenzutreten. Man muss, bevor man zuschlagen kann, Sachsen in eine proletarische Hochburg verwandeln und die 50.000 bis 60.000 Mann, von denen Brandler schätzte, dass sie in einer Woche bewaffnet werden könnten, mussten ausgerüstet werden.⁸⁹¹

Die Entscheidung wurde schließlich getroffen, während Brandler bereits auf dem Rückweg nach Deutschland war. Am 1. Oktober telegraphierte Sinowjew im Namen der Exekutive an die Zentrale:

»Da wir die Lage so einschätzen, dass der entscheidende Moment nicht später als in vier – fünf – sechs Wochen kommt, so halten wir es für notwendige jede Position, die uns mittelbar nutzen kann, sofort zu besetzen. Auf Grund der Lage muss man die Frage unseres Eintretens in die sächsische Regierung praktisch stellen. Unter der Bedingung, dass die Zeigners Leute bereit sind, Sachsen wirklich gegen Bayern und die Faschisten zu verteidigen, müssen wir eintreten. Sofort Bewaffnung von

889 Die Lehren S. 5.

890 Ebenda, S. 25.

891 Ebenda, S. 60-61.

50-60 000 wirklich durchführen, den General Müller ignorieren. Dasselbe in Thüringen.«⁸⁹²

Die Verhandlungen zwischen den Kommunist*innen und den linken sozialdemokratischen Führer*innen in Sachsen begannen sofort. Die kommunistische Presse ist fast überall verboten oder suspendiert. Ein Flugblatt der Betriebsräte mit dem Titel »Mobilmachung« wurde am 7. Oktober verteilt: Es rief die Arbeiter*innen auf, sich auf den Generalstreik vorzubereiten, der die Antwort auf jeden konterrevolutionären Versuch darstellen sollte, indem Aktionsausschüsse und Abwehrorganisationen gebildet und tägliche Versammlungen in den Fabriken und an den Arbeitsplätzen organisiert würden.⁸⁹³ Am 8. Oktober kehrte Brandler nach Deutschland zurück; am selben Tag hielt Remmele auf der Tribüne des Reichstages eine richtige Bürgerkriegsrede:

*»Wir wissen genau: die weiße Diktatur, die heute in Deutschland herrscht, kann nur durch die rote Diktatur vernichtet werden. (...) Den arbeitenden Schichten bleibt keine andere Wahl, als zu erkennen, dass die Gewaltherrschaft nur durch dieselben Mitteln und Methoden, wie Sie sie anwenden, beseitigt werden kann. (...) Und indem Sie den Arbeitenden das Bewusstsein beibringen, dass Handgranaten und Maschinengewehre bessere Kampfmittel sind als Reden im Parlament, dass die Kampfeswaffen der weißen Diktatur durchschlagkräftiger sind als Wählerstimmen, schaffen Sie den Boden, auf dem Sie sich selbst erledigen.«*⁸⁹⁴

Er teilt den Abgeordneten wie eine Herausforderung die Absicht der Kommunist*innen mit, in die Regierungen von Sachsen und Thüringen einzutreten.⁸⁹⁵ Am 9. Oktober legten die Vertreter*innen der Zentrale, in der Brandler seinen Platz wieder eingenommen hatte, den Entwurf eines Regierungsprogramms für Sachsen vor, das in zwanzig Punkten die Bewaffnung der Arbeiter*innen, die Entwaffnung der bürgerlichen Formationen, die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter*innen, Notmaßnahmen für die Versorgung und die Forderung nach der Konstituierung einer Arbeiter*innenregierung für das ganze Reich umfasste⁸⁹⁶. Die sächsischen So-

892 Ebenda, S. 60-61 [tats. S 60]. Ruth Fischer (a.a.O., S. 335 [deutsche Ausgabe, S. 408]) gibt dieses Telegramm ohne Datumsangabe wieder. Da sie es im Verlauf eines Berichts einführt, die mit dem Eintritt der Kommunist*innen in die Regierung Zeigner beginnt und von Entscheidung des Reichspräsidenten Ebert, anstelle der Regierung eine Reichsexekutive in Sachsen einzusetzen, fortgesetzt wird – eine Mitte Oktober getroffene Entscheidung – hat der uninformierten Leser den Eindruck, dass dieses Telegramm unmittelbar am Vorabend des Einmarsches der Reichswehrtruppen in Sachsen in der dritten Oktoberwoche abgeschickt wurde, und dass, wie Ruth Fischer (ebenda, S. 335 [dt. Ausg. S. 408]) schrieb, Sinowjew in diesem Telegramm »entschlossenen bewaffneten Widerstand gegen den Einfall der Reichswehr anordnete« ...

893 I.M.L.-Z.P.A., 12-42, S. 65, zitiert von Habedank, a.a.O., S. 72

894 Stenografischer Bericht, Bd. 361, S. [1197 D-1206, hier S.] 12004[D].

895 Ebenda, S. 12005.

896 Protokoll des Fünften Kongresses der KI, S. 475 [Habedank, S. 77, nennt als Quellen das Kongressprotokoll, S. 475, der die Bedingungen des Vierten Kominternkongresses für die Beteiligung an Arbeiter*innenregierungen, und das Protokoll des IX. KPD-Parteitags S. 276, das die sächsischen Bedingungen zitiert. Broué zitiert also hier die allgemeinen Bedingungen, nicht die konkreten sächsischen. Diese wurden im

zialdemokrat*innen akzeptierten es. Am 10. Oktober wurde die Regierung Zeigner gebildet. Sie umfasste drei kommunistische Minister, Finanzminister Böttcher, Wirtschaftsminister Fritz Heckert und Brandler, der, nachdem er erfolglos das Innenressort gefordert hatte, zum Ministerialdirektor, also zum Chef der Staatskanzlei, ernannt wurde, was ihm jedoch ein Aufsichtsrecht über die Polizei einräumte.⁸⁹⁷

Eine Erklärung der Zentrale erklärt diese Entscheidung:

»Die Zentrale hat dem Eintritt dreier ihrer Mitglieder, der Genossen Böttcher, Brandler und Heckert in die sächsische Regierung zugestimmt. Die werktätige Bevölkerung steht einem geschlossenen Block des Großkapitals, des Großgrundbesitzes und der monarchistischen Generale gegenüber. Die großkapitalistisch-militärische Diktatur zur blutigen Niederknüppelung der Arbeiterklasse ist auf dem Marsche. (...) Die Regierung der proletarischen Verteidigung in Sachsen ist ein Signal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. (...) Der in Sachsen zuerst unternommene Versuch, mit den linken Sozialdemokraten in der Stunde schwerster Gefahr eine gemeinsame Regierung zu bilden, und die proletarische Abwehr zu organisieren, wird erfolgreich sein, wenn ihre Partei die Arbeiterschaft im ganzen Reiche mobilisiert, sie als kämpfende proletarische Einheitsfront dem Klassenfeind entgegenzustellen.«⁸⁹⁸

Am selben Tag veröffentlichte die Rote Fahne, die nur achtundvierzig Stunden wieder erschien, bevor sie auf unbestimmte Zeit verboten wurde, einen Brief Stalins, des Generalsekretärs der russischen Partei, an Thalheimer:

»Die kommende Revolution in Deutschland ist das wichtigste Weltereignis unserer Tage. Der Sieg der Revolution in Deutschland wird für das Proletariat in Europa und Amerika eine größere Bedeutung haben als der Sieg der russischen Revolution vor sechs Jahren. Der Sieg des deutschen Proletariats wird ohne Zweifel das Zentrum der Weltrevolution von Moskau nach Berlin versetzen.«⁸⁹⁹

Teilen die deutschen kommunistischen Führer*innen den hier von Stalin geäußerten Glauben? Daran kann man beim Lesen der Kommentare Ernst Meyers berechtigterweise zweifeln:

Parteitagprotokoll so zusammengefasst: *»Bewaffnung aller Abwehrorganisationen binnen zehn Tagen, ein gemeinsamer staatlicher Mobilisierungsplan, die Besetzung leitender Posten mit Parteileuten, die Entfernung der Reaktionäre, die Aushebung der Faschistennester, Verhaftung der Führer, Aufforderung der Reichswehrgenerale, gegen die Faschisten vorzugehen, staatlicher Waffenkauf, die Transportkontrolle nach Waffen, Munition und Truppen, Lebensmittelaufkauf und Ausfuhrkontrolle, die Einberufung einer Eisenbahnerkonferenz durch die Regierung, die zentrale Zusammenfassung der Aktionsausschüsse, Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Aktionsausschusskonferenz durch Ressortminister einzuberufen, die Wahl eines Vollzugsausschusses usw.«*

⁸⁹⁷ Neben dem Ministerpräsidenten Dr. Erich Zeigner sind die sozialdemokratischen Minister Ney, Fleißner, Graupe und Liebmann (Sächsische Staatszeitung, 11. Oktober 1923).

⁸⁹⁸ Bericht über X., S. 276. [falsche Quellenangabe, aber wiedergegeben in Inprekorr, Nr. 160, 12. Oktober 1923, S. 1370, »Ein Aufruf der KPD aus Anlass der Regierungsumbildung in Sachsen«]

⁸⁹⁹ Die Rote Fahne, 10. Oktober 1923 [Beilage, Spalte 2], mit Faksimile des Originalmanuskripts.

»Die deutsche Arbeiterschaft ist zerrissen und gelähmt durch die Koalitionspolitik der SPD und durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaftsführung. Das deutsche Proletariat ist, entwaffnet durch die zahlreichen Niederlagen seit den Novembertagen 1918 zaghaft geworden. Die deutschen Arbeiter sind misstrauisch geworden gegenüber der Führung aller proletarischen Organisationen. Sie sind so oft mit Versprechungen und Illusionen gefüttert worden, dass sie zu niemand rechtes Vertrauen haben. (...) Aber heute sehen sie keinen anderen Ausweg vor sich, als kampfflos zu weichen und unterzugehen, wie es ihnen die SPD empfiehlt, oder durch eine letzte Anstrengung alle Fesseln der Knechtschaft abzustreifen.«⁹⁰⁰

Doch gerade wegen dieses Zustandes bejubelt Ernst Meyer den Eintritt der Kommunist*innen in die sächsische Regierung als wichtigen Sieg:

»Jeder kleine Erfolg rein proletarischer Politik festigt die proletarische Einheitsfront und zerschlägt die sozialdemokratische Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen.

In diesem Zusammenhang wird die große Bedeutung der Versuche zur Bildung einer Arbeiterregierung in Mitteldeutschland verständlich.«⁹⁰¹

Am 13. Oktober traten drei kommunistische Abgeordnete, Neubauer, Tenner und Karl Korsch, in die Thüringer Regierung ein, der der Sozialdemokrat Fröhlich vorstand.⁹⁰² Ernst Meyer kommentiert:

»Die Kommunistische Partei Deutschlands hat durch ihren Entschluss, Mitteldeutschland zum Sammel- und Ausgangspunkt der revolutionären Kämpfe in Deutschland zu machen, eine große Verantwortung auf sich geladen. Neue Enttäuschungen kann das Proletariat nicht mehr ertragen. Aber wir haben die Gewissheit, dass Sachsen und Thüringen im Gegenteil Belebung und Kräftigung der revolutionären Energien bringen werden. Die Kommunistische Partei wird zeigen, was eine Arbeiterregierung zu leisten vermag.«⁹⁰³

Der von Brandler am 12. der Zentrale vorlegte Bericht, lässt jedoch bereits viele Bedenken hervorquellen:

»Die sächsischen Sozialdemokraten entschieden sich erst auf Druck der Massen für den Schritt der Koalitionsregierung. Der Eintritt in die sächsische Regierung ermöglicht es uns, uns für den Bürgerkrieg zu sammeln und vorzubereiten ... Die

900 [Ernst Meyer, La défensive du prolétariat allemande] Corr Int. no. 82, 16. Oktober 1923, S. 624 [deutsch: Ernst Meyer, Der Aufmarsch der Arbeiterklasse gegen die Konterrevolution, Inprekorr Nr. 160, 12. Oktober 1923, S. 1363 f., hier S. 1364]

901 a.a.O.

902 Allgemeine Thüringische Landeszeitung, 17. Oktober 1923.

903 [Ernst Meyer, La défensive du prolétariat allemande], Bulletin communiste, Nr. 43, 25. Oktober 1923, S. 779 [tats. 781, auch Corr Int. no. 82, 16. Oktober 1923, S. 624. Warum Broué Meyer den Artikel diesmal nach dem Bulletin communiste und nicht nach der Corr. Int. zitiert, ist unklar. Deutsch a.a.O.].

*militärisch-organisatorischen Aufgaben sind, laut Programm, erledigt ... Katastrophal steht es mit der Bewaffnungsfrage ... Die politische Aufgabe ist es zögern und sich nicht auf isolierte Kämpfe einlassen.*⁹⁰⁴

Eine Zeit des Beobachtens

Der Eintritt der Kommunist*innen in die Regierungen Sachsens und Thüringens war zum Teil eine Konsequenz aus den Exzessen der Reichswehr. Am 27. September hatte General Müller, Befehlshaber des Wehrkreises III, eine Proklamation herausgegeben, in der er erklärte, dass er nun alle Machtbefugnisse in Sachsen ausübe und dass seine Truppen für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung dort verantwortlich seien. Sofort verkündete er, dass Versammlungen und Veröffentlichungen einer vorherigen Genehmigung durch die Militärbehörden bedürfen, verbot alle Straßendemonstrationen und verkündete ein Streikverbot in allen Bereichen, die er als »*notwendig für das öffentliche Leben*« erachtete.⁹⁰⁵ Doch das rote Sachsen gehorchte nicht, und der General fuhr fort, seine Drohungen auszusprechen, ohne seine Truppen aus den Kasernen ausrücken zu lassen. Am 29. September rief er den verschärften Belagerungszustand aus, und am 5. Oktober verbot er alle kommunistischen Publikationen.⁹⁰⁶

Wie als Antwort auf diese Drohungen wurde die Arbeiter*innenregierung mit dem offiziellen Titel »*der republikanischen und proletarischen Verteidigung*« gebildet.⁹⁰⁷ Am 12. Oktober gab Zeigner vor dem Landtag seine Absicht bekannt, mit der Entwaffnung der bürgerlichen Formationen und der Verstärkung der proletarischen Hundertschaften fortzufahren.⁹⁰⁸ General Müller antwortete sofort, indem er am 13. die Auflösung der Hundertschaften »*und anderer ähnlicher Organisationen*« verfügte und ihnen befahl, ihre Waffen innerhalb von drei Tagen an die Reichswehr zu übergeben.⁹⁰⁹ Sein Verbot erstreckte sich auf die Aktionsausschüsse, die in ganz Sachsen unter Beteiligung von Aktivist*innen aus den Arbeiter*innenparteien und Gewerkschaften gebildet wurden. Die Regierung Zeigner protestierte energisch gegen das Verbot der proletarischen Hundertschaften, deren Verfassungstreue sie garantierte.⁹¹⁰ Der für den 14. Oktober geplante Kongress der sächsischen Hundertschaften wurde vorgezogen: Er versammelte die Delegierten von 155 Einheiten

904 Protokoll der Sitzung des Zentrale vom 12. Oktober 1923, I.M.L.-Z.P.A., 3/3, S. 96-98, zitiert von Vera Mujbegović, a.a.O., S. 401, Nr. 93.

905 Zitiert von Davidovitch, a.a.O. S. 142.

906 Davidovitch, a.a.O. S. 142 [dort wird aber der 5. Oktober genannt].

907 Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 1923, II, S. 1622 [tats. S. 1578A].

908 Ebenda, S. 1578. Bereits am 23. März hatte der Sächsische Landtag auf Vorschlag desselben Zeigner einen Kredit von 68 Millionen Mark für die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften beschlossen (Vera Mujbegović, a. a. O., S. 383).

909 Schulthess 1923, S. 192.

910 Ebenda, S. 193.

und fand trotz des Verbots des Generals am 13. und 14. Oktober in der Chemnitzer Vorstadt statt.⁹¹¹ Ebenfalls auf sächsischem Territorium, in Plauen, trafen sich am 14. die 150 Delegierten des bayerischen Betriebsrätekongresses.⁹¹² Den Befehlen des Generals wurde damit offen getrotzt.

In den folgenden Tagen vervielfachten linke Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen die Massenversammlungen und riefen die Arbeiter*innen auf, sich den Drohungen und Einschüchterungsversuchen des Generals Müller zu widersetzen, die Hundertschaften weiter zu organisieren und seine Befehle zu ignorieren. Doch die Regierung Zeigner unternahm keine konkreten Schritte zur Bewaffnung der Hundertschaften. Während die Reichsregierung zwischen dem widersprüchlichen Druck Gesslers – und seinem Berater Major von Schleicher – und den Sozialdemokrat*innen schwankte, trieb der General Müller seine Pläne weiter voran. Seine Männer sind immer noch in den Kasernen, aber am 16. teilte er der Regierung Zeigner mit, dass er der Polizei befohlen habe, sich direkt den Befehlen der Reichswehrchefs zu unterstellen – also weder dem sächsischen Innenminister noch Zeigner selbst zu gehorchen! Er begann, die Reservisten in Sachsen selbst einzuberufen.⁹¹³ Am gleichen Tag stachelte der kommunistische Wirtschaftsminister Paul Böttcher im Verlauf einer großen Versammlung, die in Leipzig stattfand, die sächsischen Arbeiter*innen auf, der Militärdiktatur zu trotzen und von ihrer Regierung die sofortige und vollständige Bewaffnung der verstärkten proletarischen Hundertschaften zu fordern.⁹¹⁴ Das rote Sachsen hielt sich gut.

Die Haltung der Sozialdemokratie scheint auf den ersten Blick inkonsequent. Ihre Führer*innen akzeptierten ohne allzu große Schwierigkeiten die Ablösung Hilferdings durch Luther in der Reichsregierung. Die große Koalition wurde also fortgesetzt, und es war eine Regierung, der auch Sozialdemokrat*innen angehörten, von der Stinnes, Borsig und Thyssen am 8. Oktober verlangten, die Länge des Arbeitstages zu verlängern, die Sozialabgaben der Unternehmer*innen zu senken, die Subventionen für Brot abzuschaffen und die Eisenbahn an Privatunternehmen zu übergeben.⁹¹⁵ Am 13. erhielt Stresemann vom Reichstag die vollen Machtbefugnisse – mit Zustimmung der sozialdemokratischen Abgeordneten. Aber am 14. war der Leitartikel des Vorwärts einer Anklage gegen den Belagerungszustand gewidmet, der »unerträglich« sei, da er, gerechtfertigt durch die Notwendigkeiten des Kampfes gegen

911 Angress, a.a.O., S. 432-433 [dt. Ausg., S. 468]; Gast, a.a.O., S. 461-462; Habedank, a.a.O., S. 67; Davidovitch, a.a.O., S. 147, und Vossische Zeitung, 18. Oktober 1923. »Aufruf des 1. Kongresses der sächsischen Abwehrorganisationen vom 13. Oktober 1923 in Ravenstein bei Chemnitz an die Werktätigen zum Eintritt in die Hundertschaften.« Dok. u. Mat, VII/2, S. 460-461.

912 Corr Int. no. 83, 19. Oktober 1923, S. 630. [Serge, a.a.O., S. 117]

913 Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 1923, II, S. 1606-1607.

914 Frankfurter Zeitung, 18. Oktober 1923; Habedank, a. a. O., S. 79. Angress datiert diese Rede fälschlicherweise auf den 13.

915 Stresemann, Vermächtnis, I, S. 116.

die Reaktionäre, nur dazu diene, den Kampf gegen die Arbeiter*innenbewegung und im Falle Sachsens gegen eine von einem Sozialdemokraten geführte konstitutionelle Regierung einzuleiten.⁹¹⁶

Am selben Tag verabschiedete das Polbüro der Zentrale der KPD den Entwurf eines Aktionsprogramms, das der für den 21. Oktober in Chemnitz von den sächsischen Ministern Böttcher, Heckert und Graupe einberufenen sächsischen Betriebsrätekonferenz vorgelegt werden sollte, was ein wichtiger Schritt zur Vorbereitung des deutschen Betriebsrätekongresses sein sollte, den der Fünfzehnerausschuss gerade für den 9. November einberufen hatte – ein symbolisches Datum.⁹¹⁷ Ein von der Zentrale unterzeichneter Text ruft seinerseits die Arbeiter*innen auf, »für die Regierung der Werktätigen im Reich und in anderen Ländern«⁹¹⁸ zu kämpfen. Die »Rote Fahne« wurde erneut verboten. Die »Rote Sturmflagge«, die zwar im Untergrund, aber offen verbreitet wurde, trat an ihre Stelle. In Mannheim riefen die Gewerkschaften am 16. einen vierundzwanzigstündigen Generalstreik aus. Die Reichswehr griff ein, um eine Straßendemonstration zu verhindern: es gab sieben Tote und zweihundertfünfzig Verletzte. Am 17. ließ die Militärbehörde die Mitglieder des Aktionsausschusses der Arbeitslosen in Altona verhaften.⁹¹⁹ Im Sächsischen Landtag schien der kommunistische Abgeordnete Arthur Lieberasch den Ton anzugeben:

»Gegenüber dem Verbot der Hundertschaften, gegenüber dem Verbot der Aktionsausschüsse, gegenüber der Beseitigung der Polizei als Stütze der sächsischen Regierung darf die sächsische Arbeiterschaft nicht mehr auf irgendwelche Maßnahmen der Regierung hoffen (...), sondern die Arbeiterschaft muss sich jetzt sagen, nicht nur in Sachsen, sondern in ganz Deutschland: Hinein in diese Abwehrformationen! (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die Waffen in die Hände der Arbeiterschaft! (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Bildung von Aktionsausschüssen auf der ganzen Linie! (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Und dann in ganz Deutschland der Generalstreik ausgerufen und so lange durchgehalten, bis der Belagerungszustand, bis die Faschistenorganisationen restlos zum Teufel gejagt worden sind. 15 bis 20 Millionen deutsche Arbeiter sind eine andere Macht als 500.000 bewaffnete Reichswehr und Faschisten. Die Waffen können auch nach hinten losgehen, wenn die Reichswehrgoldaten, die ungenügend bezahlt sind, sich auf ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse besinnen.«⁹²⁰

916 Vorwärts, 14. Oktober 1923.

917 Eberhard Zeissig, »Der Entwurf eines Aktionsprogramms für die Chemnitzer Konferenz vom 21. Oktober 1923«, BzG, Nr. 6, 1964, S. 1060-1065.

918 Angress, a.a.O. S. 433. [dt. Ausg., S. 469, zitiert Marchionini, Bürgerkrieg und Bolschewismus in Deutschland, S. 23]

919 Corr Int. no. 84, 25. Oktober 1923, S. 641. [Serge, a.a.O., S. 127]

920 Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 1923, II, S. 1627-1628.

Am selben Tag jedoch, nachdem er seinen Einfluss auf die Polizei gesichert und damit die Autorität der Regierung Zeigner weiter eingeschränkt hatte, machte General Müller einen weiteren Schritt vorwärts, indem er sich ihn direkt vornahm. Er schrieb an Zeigner, dass er bis dahin in der Überzeugung ihrer wirklichen Übereinstimmung gehandelt habe, dass aber die Rede Böttchers in Leipzig ein neues Element darstelle:

Er bitte »Sie, Herr Ministerpräsident, zu den Ausführungen des Ministers Böttcher Stellung zu nehmen und mir bis zum 18. 10, 11.00 Uhr vormittags unzweideutig auszusprechen, ob sich das Gesamtministerium dem Geist und dem Wortlaut nach mit den Ausführungen des Ministers Böttcher einverstanden erklärt (...) und in diesem Sinne die Regierung weiterführen will (...) oder ob es entgegen den Äußerungen des Ministers Böttchers gewillt ist, nach meinen Weisungen zu handeln. Für den letzteren Fall muss ich, um klare Verhältnisse zu schaffen, fordern, dass die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlicht. Ferner bitte ich um Angabe, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um einer Wiederholung derartiger Entgleisungen, wie sie die Rede des Ministers Böttcher zweifellos darstellt, für die Zukunft vorzubeugen.«⁹²¹

Am nächsten Tag protestierte der Vorwärts erneut gegen die Initiativen General Müllers⁹²², und am Abend beschloss eine Delegiertenversammlung der Berliner Gewerkschaften mit 1.500 zu 50 Stimmen, einen Generalstreik auszurufen, falls die Reichswehr zum Angriff gegen Sachsen übergehen sollte.⁹²³ Die Führer*innen der preußischen Regierung selbst, die Sozialdemokrat*innen Otto Braun und Severing, äußerten gegenüber Ebert ihre Besorgnis über das Verhalten der Reichswehr in Sachsen⁹²⁴ und forderten, die Generäle nicht von der Leine zu lassen.

Würde der Bürgerkrieg, der in Sachsen loszubrechen drohte, sobald er ausgelöst wird, auf dem Umweg eines allgemeinen Proteststreiks sofort auf ganz Deutschland übergreifen? Die sächsischen Industriellen erklärten ihre Sicherheit für gefährdet und forderten das Eingreifen der Reichswehr, um ihren Schutz zu gewährleisten.⁹²⁵ Paul Böttcher, Wirtschaftsminister in der Regierung Zeigner, forderte von den Banken in Dresden die Eröffnung eines Kredits von 150 Milliarden Goldmark, um die dringendsten Einkäufe zur Versorgung der ärmsten Bevölkerungsschichten tätigen zu können: Er erhielt die Antwort, dass die beantragte Summe ausgezahlt werden würde ... an General Müller.⁹²⁶ Der »Vorwärts« ist immer noch entrüstet. Bayern verbietet alle Verkäufe von Milchprodukten nach Sachsen.⁹²⁷

921 Ebenda, S. 1622.

922 Vorwärts, 18. Oktober 1923; Corr Int. no. 83, 19. Oktober 1923, S. 631. [Serge, a.a.O., S. 124]

923 Die Rote Fahne, 20. Oktober 1923; Dok. u. Mat., VII/2, S. 462-463.

924 Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 113.

925 Verband Sächsischer Industrieller, Denkschrift über den Terror der Arbeiter zur Erwingung von Lebensmitteln oder Lohnerhöhungen (Dresden, 1923) zitiert von R. Fischer, a.a.O., S. 333 [dt. Ausg., S. 406]

926 Stresemann, Vermächtnis, I, S. 167.

927 Corr Int. no. 84, 25. Oktober 1923, S. 640. [Serge, a.a.O., S.]

Im sächsischen Landtag erklärte sich Erich Zeigner entschlossen, standhaft zu bleiben. Er wies die Behauptungen General Müllers kategorisch zurück und sagte, dass er ihn nicht einmal mit einer Antwort beehren würde. Dann macht er der Reichswehr und ihren Minister Gessler noch einmal den Prozess.⁹²⁸ Er forderte die Reichsregierung auf, den verfassungswidrigen Initiativen des durch seinen Minister geschützten Generals Müller gegen die verfassungsmäßige Regierung Sachsens ein Ende zu setzen. Er führte eine heftige Anklage gegen die Reichswehr und insbesondere ihren Minister Gessler und erinnerte an die Haltung der Armee während des Kapp-Putsches und die hartnäckige Weigerung ihrer Führer*innen, der von allen Regierungen seit 1920 versprochenen Demokratisierung zuzustimmen. Er machte auch der Militärpolitik der aufeinanderfolgenden Regierungen den Prozess und prangert die Praxis an, die zur Bildung von Einheiten des Typs »Schwarze Reichswehr« führte, die Verkürzung der technischen Ausbildung der Männer, die es ermöglichte, über Truppen zu verfügen, die in einem Konflikt gegen eine europäische Macht wenig wertvoll, aber gegen die Arbeiter*innen ausreichend wirksam waren. Er unterstrich die politische Rolle und die Ambitionen dieser halbklandestinen Formationen, die die Regierung schützt, während sie gleichzeitig den Anspruch erhebt, proletarische Hundertschaften in Sachsen zu verbieten.⁹²⁹

Böttcher legte seinerseits einen gut dokumentierten Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage vor: 700.000 Menschen, also ein Siebtel der Einwohner*innen Sachsens, seien völlig verarmt und dringend auf Hilfe angewiesen. Die Kornkammern des Reiches erhöhten ihre Preise um 41% und es wurde eine regelrechte Blockade um das rote Sachsen errichtet. Er berichtete über Verhandlungen mit der Internationalen Arbeiterhilfe, die versprochen hatte, sofort 2.000 Tonnen Getreide zu schicken, und die Möglichkeit in Betracht zog, 200.000 Tonnen zu schicken.⁹³⁰ Der Landtag lehnte das Ultimatum des Generals ab und forderte in Berlin den Rücktritt Gesslers, der mit seiner Autorität die »illegalen« Aktivitäten der Generäle deckte. Eine Delegation sozialdemokratischer Mandatsträger*innen reiste nach Berlin, um den Reichspräsidenten zu treffen.

Doch um 11 Uhr desselben Tages, nachdem die Zeigner eingeräumte Frist abgelaufen war, schickte ihm General Müller einen noch drohenderen Brief:

928 Bereits im September hatte er die Regierung Cuno beschuldigt, ihn verhaften lassen zu wollen, und den Rücktritt Gesslers gefordert, der mit den Generalen, die er mit seiner Autorität deckte, kompromittiert worden war.

929 Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 1923, II, S. 1624 ff.

930 Ebenda, S. 1647-1649. Siehe zu diesem Thema den Entwurf eines Wirtschaftsabkommens zwischen dem Freistaat Sachsen und der Sowjetunion, der am 19. Oktober von Böttcher und dem russischen Handelsattaché Stomoniakow unterzeichnet wurde (Hans Hübsch, »Der Entwurf eines Handelsvertrages zwischen der Sowjetunion und dem Freistaat Sachsen vom 19. Oktober 1923«, BzG, Sonderheft 1965, S. 135-139).

»Da Sie es für gut befunden haben, mein Schreiben vom 17. 10. 23 nicht zu beantworten, teile ich Ihnen ergebenst mit, dass ich die Angelegenheit zur weiteren Erledigung dem Herrn Reichswehrminister unterbreitet habe.

Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung

*Müller, Generalleutnant*⁹³¹

Am nächsten Tag, dem 19. Oktober, informierte Reichskanzler Stresemann während der Kabinettsitzung seine Minister kurz darüber, dass Reichswehreinheiten nach Sachsen und Thüringen verlegt werden sollten, wo sie konzentriert werden sollten, *»was eine Einschüchterung der radikalen Elemente und eine Wiederherzustellen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erwarten lässt.«*⁹³² Am selben Tag gab eine von der Regierung gegebene Nachricht Zeigner die Versicherung, dass die Truppen nach Sachsen geschickt würden, um es vor möglichen Angriffen durch bayerische Rechtsextremisten zu schützen.⁹³³ Am selben Tag durfte Die Rote Fahne in Berlin wieder erscheinen. In einer Korrespondenz für die Inprekorr beruhigte der kommunistische Abgeordnete Bartz: Die verschiedensten Gerüchte über die Absichten der Regierung kursieren, schrieb er, aber alles, was eine bevorstehende Offensive gegen Sachsen betrifft ist stark *»übertrieben.«* In der Tat ist es nach ihm wahrscheinlich, dass die Regierung noch keine Entscheidung getroffen hat. In den Reihen der Arbeiter*innen gibt es gleichermaßen, was er *»Aufs und Abs«* nennt.⁹³⁴

In der Tat war die Offensive gegen Sachsen zu diesem Zeitpunkt bereits entschieden. General Müller schickte Zeigner einen Brief, in dem er ihm – mit immer der gleichen Höflichkeit – mitteilte, dass er die Anweisung erhalten habe, *»mit den ihm zur Verfügung gestellten Machtmitteln verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten«* und dass er die Gründe für dieses Eingreifen direkt der Bevölkerung mitteilen werde⁹³⁵, was er auch sofort durch ein Plakat tat. Die Stunde hat geschlagen.

Wenige Tage später verkündete ein anderer kommunistischer Führer, Emil Höllein, erneut das Kommende:

»Auf alle Fälle lehrt der Augenschein, dass das Proletariat Sachsens, Thüringens und Mitteldeutschlands auf das Schwerste, ja geradezu tödlich bedroht ist, und dass der ungeheure Druck dieser Bedrohung jeden Augenblick eine elementare Ent-

931 Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 1923, II, S. 1724.

932 Stresemann, Vermächtnis, I, S. 171, sowie das von Angress, a.a.O., S. 439 [dt. Ausg., S. 475], zitierte Kabinettsprotokoll.

933 Verhandlungen des ... , S. 1760

934 [Wilhelm Bartz, La situation politique en Allemagne,] Corr. Int. Nr. 85, 26. Oktober 1923 [tats. Nr. 84, 25. Oktober, dort finden sich die Zitate aber nicht], S. 642. [»Die Lage in Deutschland«, Nr. 163, 19. Oktober, S. 1389]

935 Die Rote Fahne, 21. Oktober 1923, Habedank, S. 81.

ladung der schwersten Kämpfe auslösen kann. Von der Ausschreitung und Verallgemeinerung dieser Kämpfe wird aber Sieg oder Niederlage der deutschen Revolution abhängen.«

Die Linksozialdemokrat*innen sind an der Schnittstelle:

»Sie werden sich zwischen Kampf und Verrat entscheiden müssen.«

Die Kommunist*innen ihrerseits sind zuversichtlich:

»Denn letzten Endes ist für Sieg oder Niederlage nicht bloß entscheidend der Besitz toter Waffen, sondern der Geist, der die Kämpfenden beseelt. Und auf der Seite der Reaktion herrscht der engstirnige Geist des Herrenmenschentums, des Gamaschen-drills, der Ausbeutung, während auf der Seite des Proletariats der himmelstürmende Geist der sozialen Ideale der Menschheitsbefreiung aus Kapitalsjoch die Herzen anspannt und beflügelt. (...) In allen Gauen Deutschlands herrscht die beängstigende Schwüle des aufgezogenen Gewitters. Der luftreinigende, zündende Blitz kann jeden Augenblick niederfahren. Dann – wehe den Besiegten.«⁹³⁶

Der Mann, der diese Zeilen schreibt, weiß nicht, dass genau in diesem Moment die Seinen besiegt sind, und zwar ohne gekämpft zu haben. Sinowjew weiß das auch nicht, der seine Artikelserie in der Prawda fortsetzt, in der er die Folgen des siegreichen deutschen Oktobers beschreibt.

Die Konferenz von Chemnitz

Die »Rote Sturmflagge« vom 15. und 17. Oktober berichtete über die bereits seit mehr als einer Woche in Berlin laufenden Verhandlungen im Hinblick auf die Bildung eines Aktionsausschusses zwischen den Hauptstadtorganisationen der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften.⁹³⁷ In Moskau schrieb Sinowjew, dass er hoffte, von einer Minute auf die andere die Nachricht zu erhalten, dass dieses Abkommen erreicht worden war: Es würde offensichtlich eine nationale Reichweite und Bedeutung haben.⁹³⁸ In der wieder erschienenen »Roten Fahne« versichert Brandler, dass die *»Arbeiterklasse ganz Deutschlands [...]* es nicht dulden wird, dass das sächsische Proletariat niedergeschlagen wird.« Er schließt mit den Worten: *»Diesmal geht es aufs Ganze!«*⁹³⁹ Tatsächlich ist es aber die Reichswehr, die soeben den Termin festgelegt hat, den der kommunistische Führer

936 Artikel [»Avant la tempête«], datiert auf den 24. Oktober 1923, Corr Int. no. 85, 26. Oktober 1923, S. 648. [»Zur politischen Lage in Deutschland«, Inprekorr, Nr. 165, 25. Oktober 1923, S. 1405-1407, hier S. 1406 f. Der Schlusssatz fehlt in der Inprekorr]

937 Rote Sturmflagge, 15. und 17. Oktober 1923.

938 Sinowjew, Probleme . . , S. 72.

939 [Heinrich Brandler, »Es geht ums Ganze!«,] Die Rote Fahne, 20. Oktober 1923 [S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1].

sich nicht setzen wollte, den der entscheidenden Konfrontation. Wie E. H. Carr bemerkt, »sie hatte das Datum festgelegt, an dem die Kommunisten entweder handeln oder ihre Ohnmacht eingestehen müssen.«⁹⁴⁰

Am 20. Oktober tagte das Revkom, das Revolutionskomitee, heimlich in Dresden. Trotz der Informationen, die sie gerade über die Entdeckung der Hauptwaffenlager in Berlin erhalten hatte, schätzte sie die Lage nicht als schlecht ein. Alles ist bereit, damit sich der Aufstand ab dem 23. wie geplant entwickeln kann. Es ist aber notwendig, dass das sächsische Proletariat bis dahin die Gesamtheit der deutschen Arbeiter*innen zu sich gerufen hat. Man beschließt, dass die bewaffnete Erhebung im ganzen Land durch den Generalstreik ausgelöst werden sollte, zu der auf Vorschlag der Kommunist*innen die am nächsten Tag, dem 21. Oktober, in Chemnitz einberufenen Konferenz der Betriebsräte zur Erörterung der wirtschaftlichen Lage und der sozialen Probleme ausrufen sollte.⁹⁴¹

Am nächsten Tag, in den frühen Morgenstunden, trafen sich die Bezirkssekretäre des ganzen Landes um Brandler, Böttcher und Heckert. Die Vertreter*innen des Revkom erläutern den Plan. In dieser Stunde wird die Konferenz der Betriebsräte auf Vorschlag Brandlers einen Aufruf zum Generalstreik zur Verteidigung des proletarischen Sachsens und seiner Arbeiter*innenregierung gegen die Reichswehr erlassen. Am Montag wird es überall einen Generalstreik geben. Am Dienstag werden Sonderkommandos, Stoßtruppen und proletarische Hundertschaften die geplanten Bewegungen durchführen, Kasernen und Polizeistationen angreifen, Kommunikationsknotenpunkte, Bahnhöfe, Postämter und Verwaltungsgebäude besetzen. Alle kommunistischen Verantwortlichen glauben sich wenige Stunden vom Aufstand entfernt. Die von der Exekutive eingesetzte Kommission, mit Radek und Pjatakow, ist auf dem Weg nach Dresden.⁹⁴²

Die proletarischen Hundertschaften hielten die ganze Nacht Wache vor den Toren von Chemnitz für den Fall eines Überraschungsangriffs der Reichswehr.⁹⁴³ Aber es ist nichts passiert. Die jungen Burschen der Arbeiterhundertschaften, mit Sporthemden mit Armbinden und einem fünfzackigen roten Stern, bewachten die Türen der Versammlungshalle und patrouillierten durch die Straßen der großen Arbeiter*innenstadt.⁹⁴⁴ Die Delegierten waren da, insgesamt 498, 140 von Betriebsräten entsandt, 102 Delegierte von verschiedenen Gewerkschaften, 20 von der sächsischen Leitung des ADGB, 79 von Kontrollausschüssen ernannt, 26 Vertreter*innen von Konsumvereinen, 15 von Aktionsausschüssen, 16 von Erwerbslosenausschüssen, 66 von Organi-

940 E. H. Carr, *The Interregnum*, S. 221.

941 *Die Lehren ...*, S. 42. Die Zentrale hatte am 18. Oktober den Entwurf eines »Kampfprogramms« für die Konferenz vorbereitet (Dok. u. Mat., VII/2, S. 463-466) und ein Flugblatts, das zu Arbeiter*innen- und Bauernregierungen aufrief, das am 21. Oktober veröffentlicht wurde (Ebenda, S. 466-467).

942 Hadedank, a.a.O., S. 85.

943 Davidovitch, a.a.O. S. 160.

944 Victor Serge, *Mémoires d'un révolutionnaire*, S. 189. [dt. Ausg., S. 195]

sationen der Kommunistischen Partei, 7 von sozialdemokratischen Organisationen und ein Unabhängiger.⁹⁴⁵ Die Konferenz begann mit Berichten von drei Ministern, Graupe, dem sozialdemokratischen Arbeitsminister, und den Kommunisten Böttcher und Heckert. Alle drei betonten die sehr besorgniserregenden Probleme der Versorgung, die Schwere der Finanzkrise und die Arbeitslosigkeit, die katastrophale Ausmaße annahm.⁹⁴⁶ In der Diskussion hielten sich fast alle Redner*innen nicht an den durch die Tagesordnung vorgegebenen Rahmen. Viele Delegierte sprachen über die politische Lage in Sachsen, sprachen sich für eine sofortige Organisation des Kampfes gegen die Militärdiktatur aus, und viele forderten eine sofortige Stellungnahme der Regierung, einen Beschluss zum Aufruf zum Generalstreik gegen den Belagerungszustand und die militärischen Vorbereitungen.

Dann ergreift Brandler das Wort. Vielleicht spürt er durch den Verlauf der Diskussion, dass sein Vorschlag mit Begeisterung angenommen wird. Er sagte kurz, dass die bedrohte Arbeiter*innenklasse Sachsen alle deutschen Proletarier*innen zur Hilfe aufrufen müsse. An die linken Sozialdemokrat*innen gewandt, forderte er sie auf, die inzwischen vergebliche Hoffnung auf ein Abkommen mit der Reichsregierung zum Schutz Sachsens aufzugeben. Um das Eisen zu brechen, das die sächsischen Proletarier*innen bedrohte, muss man sofort einen Aufruf zum Generalstreik starten, der die Kampfparole der gesamten Arbeiter*innenklasse darstellen sollte: Er unterstrich die Notwendigkeit einer einmütigen Zustimmung und bestand darauf, dass die Konferenz ohne weitere Verzögerung zur Abstimmung übergeht.⁹⁴⁷

Doch die linken Sozialdemokrat*innen zögerten. Auf Zeigners Proteste gegen den Einzug der Truppen und die Einberufung von Reservisten antwortete die Reichsregierung schriftlich und versicherte, dass diese Maßnahmen gegen von Kahrs Bayern und Hitler gerichtet seien. Die Drohung, die General Müller an Sachsen richtet, ist nicht neu, aber er hat sich bisher mit Drohungen begnügt. Das kann bedeuten, dass die Sozialdemokrat*innen in der Reichsregierung erreicht hätten, dass er sich eher gegen die Bayern als die Sachsen wendet. Für Brandlers Entschließung zu stimmen, würde nur dann Sinn machen, wenn man General Müller einen Freibrief gegeben hätte oder geben würde, was ihrer Meinung nach nicht der Fall war. Unter diesen Bedingungen meinen sie, dass die brutale Einleitung des Aufrufs zum Generalstreik von einer solchen Konferenz aus bedeuten würde, sich kopfüber in das Abenteuer zu stürzen und aus Angst einen Gegner zu provozieren, dessen genaue Absichten

945 Vorwärts, 23. Oktober 1923 [zitiert nach Habedank. S. 86], der einer der wenigen Berichte über den Verlauf der Konferenz darstellt.

946 Davidovitch, a.a.O., S. 159, nach der Broschüre Gegen die Säbeldiktatur! Das Rote Sachsen ruft das deutsche Proletariat! Drei Reden Fritz Heckerts, Paul Böttchers und Georg Graupes gehalten auf der Chemnitzer Konferenz am 21. Oktober 1923.

947 Der ostdeutsche Historiker Habedank (a.a.O., S. 86) bekräftigt, dass Brandler die Einmütigkeit bei der Abstimmung als Voraussetzung sine qua non für den Generalstreik darstellte. In Wirklichkeit erlaubt kein bekanntes Dokument, diese Interpretation zu bekräftigen.

sowie Möglichkeiten noch unbekannt sind. Es hieße auch, die sächsische Regierung unter die Autorität der Betriebsräte zu stellen, das Thema »*Verfassungsmäßigkeit*« aufzugeben und den Vorwürfen »*den Kommunisten in die Hände zu spielen*« Substanz zu geben. Außerdem wissen die linken Sozialdemokrat*innen sehr gut, dass die kommunistischen Führer*innen selbst – ihre Presse bezeugt dies – weder sicher sind, dass General Müller zum Angriff übergeht, noch dass die deutschen Arbeiter*innen bereit sind, Vergeltung zu üben und dem Befehl zum Generalstreik zu folgen. Außerdem ist die Situation in Sachsen so, dass sie sich ziemlich sicher sind, dass die Kommunist*innen sich nicht zu einem Alleingang entschließen werden. Alles hängt also letztlich von der Haltung der einzigen in Chemnitz anwesenden linken Sozialdemokrat*innen ab.

Der Arbeitsminister Georg Graupe, ein weiterer Veteran der Gewerkschaftsbewegung antwortete Brandler in ihrem Namen.⁹⁴⁸ Das Problem der Verteidigung des Arbeiter*innensachsens stelle sich zwar ebenso wie das der wiederholten Verfassungsbrüche durch die Regierung und die Reichswehrleitung, aber er meint, es sei nicht die Aufgabe einer noch so repräsentativen Konferenz der sächsischen Arbeiter*innenorganisationen, allein über die Antwort zu entscheiden. Sachsen hat seine Regierung der »*republikanischen und proletarischen Verteidigung*«, die es gerade in diesem Fall zu verteidigen gilt; diese Regierung ist einem gewählten Landtag verantwortlich, in dem die beiden großen Arbeiter*innenparteien vertreten sind, und Brandler selbst ist Mitglied. Es ist daher nach Graupe Sache der Regierung, und nur ihr, auf der Grundlage der Informationen, die nur ihr zur Verfügung stehen, zu überlegen, welche Handlungsmittel zu definieren sind. Es würde sie diskreditieren, hier über ihren Kopf hinweg zu handeln. Graupe ist deshalb ebenso fest wie kategorisch: Wenn die Kommunist*innen den Vorschlag Brandlers aufrechterhalten, wird er mit seinen Parteigenoss*innen die Konferenz verlassen und die Kommunist*innen mit einer solchen Verantwortung allein lassen. Da er sich aber des Ernstes der Lage bewusst sei, fügte er hinzu, dass er seinerseits vorschläge, sofort eine gemeinsame Kommission von Aktivist*innen beider Parteien zu wählen, deren Aufgabe es sei, diese Frage des Generalstreiks zu studieren und der Konferenz vor deren Abschluss Bericht zu erstatten. Brandler stimmte daraufhin zu, seinen Antrag zurückzuziehen und sich dem von Graupe anzuschließen, der einstimmig angenommen wurde.⁹⁴⁹

Die eingesetzte Kommission machte sich sofort an die Arbeit. Tatsächlich war der gesamte kommunistische Plan blockiert: Die Wahl einer Kommission schloss den sofortigen Aufruf der Konferenz zum Generalstreik aus, und es war wahrscheinlich, dass aus Chemnitz keine Entscheidung für eine sofortige Aktion hervorgehen würde. Vor allem die Kommunist*innen sind zutiefst verwirrt: Die Reaktion der linken sozialdemokratischen Delegierten scheint darauf hinzuweisen, dass die Arbeiter*innen-

948 Vorwärts, 23. Oktober 1923.

949 Ebenda.

klasse nicht bereit ist zu kämpfen.⁹⁵⁰ Da es keinen alternativen Plan gab, mussten die Vertreter*innen der Kommunistischen Partei nur mit dem Strom schwimmen. Der Ad-hoc-Ausschuss legte mit ihrer Zustimmung Vorschläge vor, die, wie Thalheimer schreiben würde, ein »*Begräbnis dritter Klasse*«⁹⁵¹ darstellten: In dem Bestreben, den Aufruf zum Generalstreik zu sehen, den es für notwendig hielt, schlug es die Wahl eines gemeinsamen Aktionsausschusses – fünf Kommunist*innen, fünf Sozialdemokrat*innen – vor, das den Auftrag hatte, sofort mit den Leitungen der Parteien und Gewerkschaften und der Regierung Kontakt aufzunehmen, um mit ihnen die Modalitäten des Aufrufs zu diesem Generalstreik zu studieren und festzulegen. Für den Fall, dass die Regierung und die Gewerkschaften sich weigern, die Initiative zu ergreifen, aber nur in diesem Fall, wäre das Aktionskomitee dazu ermächtigt.⁹⁵²

Die Konferenz von Chemnitz endete also ohne einen Aktionsbeschluss. Noch bevor er in Kraft gesetzt wurde, wurde der kommunistische Plan vereitelt, und vor allem stellten die Bedingungen, unter denen er blockiert wurde, die gesamte Analyse, die ihn rechtfertigte, in Frage.

Der Rückzug

Die Zentrale traf sich noch am selben Abend vor Ort, in Chemnitz, im Beisein von militärischen Verantwortlichen und »Beratern«, aber in Abwesenheit Radeks und seiner Begleiter*innen, die, über Warschau und Prag gekommen, in Dresden waren.⁹⁵³ Sie zog die Konsequenzen aus ihrem Scheitern auf der Konferenz und dem Auseinanderbrechen der Einheitsfront in Sachsen, indem sie beschloss, den Aufstandsplan aufzugeben.⁹⁵⁴

Am nächsten Tag nahmen die militärischen Vorbereitungen Gestalt an: General Müllers Männer verließen die Kaserne, während Sonderzüge Verstärkung anschleppten. Als Brandler und seine Genoss*innen Pjatakow, Radek und die ihren trafen, war es in einer von Truppen besetzten sächsischen Hauptstadt. Der deutsche Führer erklärt die Lage, nennt die Gründe für die getroffene Entscheidung, fügt aber hinzu, dass es noch nicht zu spät sei, umzukehren, wenn die Vertreter*innen der Exekutive nicht einverstanden sind und meinen, dass man den geplanten Aufstand aufrechterhalten muss.⁹⁵⁵

Aber Radek denkt gleichermaßen, dass man jetzt einen Rückzieher machen muss. Es kommt für ihn nicht in Frage, nach dem Abtrünnigwerden der linken Sozial-

950 Es ist dieser Aspekt der Frage, den Thalheimer in seinem Plädoyer a posteriori unterstreicht, a.a.O., S. 26.

951 Thalheimer, a.a.O., S. 26.

952 Vorwärts, 23. Oktober 1923.

953 Die Lehren . . , S. 5.

954 Ebenda, S. 5-6.

955 Ebenda, S. 6.

demokrat*innen einen Plan anzuwenden, der deren Zustimmung voraussetzt. Die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften in Sachsen – 11.000 Gewehre – war schon lächerlich, aber diejenige, über die die Partei allein verfügte – 800 Gewehre – war es noch viel mehr⁹⁵⁶: Man muss anerkennen, dass die Regierung Zeigner trotz der Anwesenheit von drei kommunistischen Ministern nichts zur Bewaffnung der Arbeiter*innen getan hatte. Die Kommunist*innen konnten sich daher nicht vorstellen, allein zum bewaffneten Aufstand aufzurufen, mit einem geteilten und unbewaffneten Proletariat. In diesem Punkt stimmen die Vertreter*innen der Exekutive also Brandler zu, der sie darauf hinweist, dass sie fortan gemeinsam die Verantwortung für die Entscheidung tragen, vor der Exekutive und der gesamten Internationale.

Radek glaubt jedoch, dass noch nicht alles verloren ist. Wenn es stimmt, dass die Kommunist*innen allein nicht die Kraft haben, einen bewaffneten Aufstand siegreich zu führen, so haben sie doch genug, um einen Verteidigungskampf zu führen. Er schlug daher vor, die Parole für einen Generalstreik auszugeben, verzichtete aber auf die Idee, ihn in einen bewaffneten Aufstand umzuwandeln.⁹⁵⁷ Aber dieser Vorschlag wurde einhellig abgelehnt: Alle Deutschen, für die der Aufstand ein Synonym für den Generalstreik war, bekräftigten, dass man, wenn man auf das eine verzichtet, auch auf das andere verzichten müsse.⁹⁵⁸ Am nächsten Tag wurde die Debatte wieder aufgenommen, diesmal in Berlin, wo sich die Zentrale traf. Radek wiederholte seinen Vorschlag für einen Generalstreik ohne Perspektive auf einen Aufstand. Ruth Fischer schlug vor, den Generalstreik in Berlin zu beginnen und seine Umwandlung in einen bewaffneten Aufstand innerhalb von zwei oder drei Tagen ins Auge zu fassen, insbesondere durch Initiativen in Kiel und anderen Städten. Brandler lehnte beide Resolutionen ab, stimmte mit Ruth Fischer gegen die Radeks.⁹⁵⁹ Praktisch hat die KPD dem deutschen Proletariat keinerlei Aktionsvorschlag zu machen in dem Augenblick, wo die Truppen des Generals Müller gegen die Regierung Zeigner in Aktion treten.

Der auf das »rote Sachsen« aufgebaute Plan war damit in wenigen Tagen zusammengebrochen und mit ihm die Hoffnung auf den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland im Oktober 1923. Der Mechanismus würde nur in der Stadt Hamburg allein funktionieren.⁹⁶⁰ Der Ursprung der Erhebung der Kommunist*innen von Hamburg ist noch nicht geklärt⁹⁶¹: Verfrühte Abreise Remmeles aus Chemnitz, noch in Unkenntnis der Verschiebung des Aufstandes? Versuch der Linken, die Zentra-

956 Ebenda

957 Ebenda, S. 6.

958 Ebenda, S. 6-7.

959 Ebenda

960 Siehe insbesondere das Buch des ehemaligen Hamburger Polizeipräsidenten von 1923, Lothar Danner, Ordnungspolizei Hamburg: Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933, sowie die zitierten Werke Habedanks, Davidovitchs etc.

961 Siehe Angress, a.a.O. S. 444-446, Fn. 57. [dt. Ausg., S. 480-482, Fn 57]

le zu »überrennen«, um den Aufstand trotzdem zu erzwingen, erst in Kiel geplant, dann auf Hamburg »umgelenkt«? Initiativen in der Disziplinlosigkeit oder Ergebnis von Missverständnissen und Unzulänglichkeiten in den Übertragungen? Jedenfalls kehrt der Polleiter des Bezirks, Hugo Urbahns, erst in der Nacht vom 22. auf den 23. von der Konferenz von Chemnitz zurück, zu einer Zeit, als der örtliche Aufstand nur noch wenige Stunden von seinem Beginn entfernt ist. Er war selbst unvorbereitet getroffen. Der Mechanismus des bewaffneten Aufstandes fand nach dem festgelegten Plan im Rahmen des geplanten allgemeinen Aufstandes durch Albert Schreiner, MP-Oberleiter Nordwest, und Hans Kippenberger, dem örtlichen Leiter, in einer Atmosphäre extremer Spannung statt.

Am 22. Oktober forderten die Hafendarbeiter*innen auf Anregung der ADGB-Verantwortlichen in einer Massenversammlung, dass die Arbeiter*innenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften im Falle eines Reichswehrangriffs in Sachsen zum Generalstreik aufrufen. In der Nacht, ab zwei Uhr, begannen Trupps bewaffneter Kommunist*innen, Bäume zu fällen und Telefonleitungen zu durchtrennen, um die Kommunikation zu unterbrechen. Um fünf Uhr starteten die Stoßtrupps der proletarischen Hundertschaften den Angriff auf die Polizeistationen der Vorstädte, um Waffen zu erbeuten, und nehmen ohne allzu große Schwierigkeiten ein Dutzend von ihnen weg. Gegenüber mehreren hundert schlecht bewaffneten Aktivist*innen stehen zunächst nur die örtlichen Polizeikräfte, dann Abteilungen der Marine. Aber die Masse der Arbeiter*innen bewegte sich nicht, nicht einmal die Hafendarbeiter*innen, die doch im Streik waren; die Arbeit wurde in den Betrieben einfach verlangsamt. Die Nachricht, dass der allgemeine Aufstand abgebrochen wurde, bestätigte sich schnell, und die lokalen Leiter*innen, die erkannten, dass sie auf sich allein gestellt waren, organisierten einen Rückzug, und die Kämpfe klangen allmählich ab und endeten am 24. in der Vorstadt Barmbek. Dem militärischen Hauptleiter, Hans Kippenberger, gelang diese militärische Rückzugsoperation tadellos, was es fast der Gesamtheit der Überlebenden erlaubte, der Repression zu entkommen.⁹⁶² Die Aufständischen hatten jedoch einundzwanzig Tote, einhundertfünfundsiebzig Verwundete und schließlich einhundertzwei Gefangene, darunter Urbahns selbst, der vor seinen Richtern die volle Verantwortung für den Aufstand übernahm und in der ganzen Internationale für sein vorbildliches Verhalten vor dem Gericht gefeiert wurde.⁹⁶³

⁹⁶² Kippenbergers Bericht an die Exekutive über den Hamburger Aufstand erscheint in A. Neuberg, *Der bewaffnete Aufstand*, nachgedruckt 1970, S. 83-99.

⁹⁶³ *Corr Int.* Nr. 12, 18. Februar 1925, S. 100, unter dem Titel »Paroles d'un insurgé« [Worte eines Aufständischen], mit dem Untertitel »Mieux vaut brûler dans le feu de la révolution que de pourrir sur le fumier de la démocratie« [Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als auf dem Misthaufen der Demokratie verfaulen!], werden Auszüge aus seiner letzten Erklärung veröffentlicht. In Erich Wollenbergs Vorwort [zu »Der bewaffnete Aufstand«], a.a.O., S. IX, heißt es, dass Urbahns einen persönlichen Anerkennungsbrief Stalins erhielt. Seine Rolle im Aufstand sollte nach seinem Ausschluss aus der KPD vollständig aus der offiziellen Geschichte getilgt werden.

Der Hamburger Aufstand, der in den folgenden Wochen durch einen bewundernswerten Bericht von Radeks junger Lebensgefährtin, der russischen kommunistischen Journalistin Larissa Reissner⁹⁶⁴, gefeiert wurde, sollte später eine der Grundlagen für die Legende von Ernst Thälmann bilden, der offenbar keine entscheidende Rolle spielte. Für den Moment erschien er als das, was es wirklich war, ein Versehen oder ein Fehler, der tragisch hätte sein können, der aber angesichts der Gesamtlage mit den geringsten Kosten geklärt werden konnte. Es ist für die Zentrale auch der Beweis, dass der in Chemnitz gefasste Beschluss zum Rückzug richtig war: Nur ein Teil der Kommunist*innen kämpfte, und sie kämpften allein, die großen Massen blieben, wenn nicht gleichgültig, so doch zumindest passiv: der einzige bewaffnete Kampf der Oktoberrevolution 1923 beschränkt sich auf eine »Märzaktion« in einer einzigen Stadt...

Die KPD-Zentrale ernannte in ihrer Sitzung vom 23. eine Kommission von sieben Mitgliedern, um eine Resolution über die Lage und die Aufgaben vorzubereiten, die am 25. einstimmig angenommen wurde.⁹⁶⁵ Sie besagt:

»1. Die sozialen und politischen Gegensätze spitzen sich mit jedem Tage zusehends zu. Jeder Tag kann große entscheidende Kämpfe der Revolution und Konterrevolution bringen.

2. Die Vorhut der Arbeiterklasse (die Kommunisten und ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter) drängt zur Aufnahme des Kampfes; aber das Gros der Arbeiter ist trotz seiner großen Erbitterung und Not noch nicht bereit zu kämpfen.

3. Darum müssen die Reserven des Proletariats durch eine entschlossene Agitation an die Vorhut herangezogen werden. Die Schichten des Proletariats, die besonders für den Kampf in Betracht kommen (Metallarbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahner, landwirtschaftliche Arbeiter und Beamte) müssen durch besondere Arbeit der Partei ergriffen werden. Die technische Vorbereitungsarbeit muss mit aller Kraft betrieben werden. Zur Einigung des Proletariats für den Kampf ist sofort in Verhandlung mit der Sozialdemokratie zentral und lokal zu treten, um entweder die Sozialdemokraten zum Kampfe zu zwingen oder die sozialdemokratischen Arbeiter von den verräterischen Führern loszulösen.

4. Angesichts dieses Zustandes ist es notwendig, dass die Partei solange als möglich die Genossen von dem bewaffneten Kampfe zurückhält, um Zeit für die Vorbereitungen zu gewinnen. Sollten jedoch große spontane Kämpfe der Arbeiterklasse

⁹⁶⁴ Larissa Reissner kam im September 1923 nach Deutschland und war am 21. Oktober mit Radek in Dresden; sie fuhr nach Hamburg, sobald sie vom Ausbruch des Aufstandes erfuhr. Einige Wochen später kehrte sie mit dem Manuskript ihres Buches »Hamburg auf den Barrikaden« (Radek, Vorwort von L. Reissner, Oktober, S. XVIII, XIX, XXIV) nach Sowjetrußland zurück.

⁹⁶⁵ Die Lehren ... , S. 7.

ausbrechen, so wird sie die Partei mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Die Partei hat auch die Schläge der Konterrevolution zu parieren durch die Mittel des Massenkampfes (Demonstrationen, politische Streiks). Es ist bei diesen Kämpfen möglichst der Waffenkampf zu vermeiden.

5. Gegen das Ultimatum Stresemanns hat die Partei im ganzen Reiche zum Proteststreik aufzurufen, bei dem dem bewaffneten Kampfe aus dem Wege zu gehen ist. Falls die Sozialdemokratische Partei in Sachsen den Kampf gegen das Ultimatum Stresemanns nicht aufnimmt, haben unsere Genossen mit der sächsischen Regierung zu brechen und zum Kampf gegen sie überzugehen.»⁹⁶⁶

In einigen Tagen der Diskussion war es Radek also gelungen, die Zentrale zu überzeugen: Die KPD fand sich mit einigen Details auf der Linie wieder, die sie zur Zeit des Cuno-Streiks besessen hatte, und indem sie ihre Aufstandsvorbereitungen in Klammern setzte, stellte sie ihre Politik auf eine defensive Einheitsfront ab. Aber die Lage war in Wirklichkeit nicht mehr dieselbe. Am 26. verbot General von Seeckt in Übereinstimmung mit dem Belagerungszustand alle Streiks in Berlin.⁹⁶⁷ Im Ministerrat der Reichsregierung am 27. Oktober plädierten Reichswehrminister Gessler und Stresemann nachdrücklich für ein bewaffnetes Eingreifen gegen Sachsen und begründeten dies mit der unhaltbaren Lage der Truppen und der Notwendigkeit zu zeigen, dass eine Kommunist*innen einbeziehende Regierung mit dem Geist der Verfassung unvereinbar sei.⁹⁶⁸ Die sozialdemokratischen Minister beugten sich, und noch am selben Tag richtete Stresemann ein Ultimatum an Zeigner:

»Der Geist der Widersetzlichkeit und Gewalttätigkeit der Kommunistischen Partei zeigt sich in den Ausführungen des Leiters Ihrer Staatskanzlei, Herrn Ministerialdirektor Brandler, der in Chemnitz am 21. Oktober öffentlich zum Kampf gegen die Reichswehr aufgefordert hat. (...) Im Auftrage der Reichsregierung fordere ich Sie deshalb hierdurch auf, den Rücktritt der sächsischen Landesregierung zu vollziehen, weil die Teilnahme kommunistischer Mitglieder an dieser Landesregierung angesichts dieser Vorgänge mit verfassungsmäßigen Zuständen unvereinbar ist.«⁹⁶⁹

Der Kanzler informierte Zeigner, dass er vierundzwanzig Stunden Zeit habe, um zurückzutreten, und dass er für den Fall, dass nicht sofort eine neue Regierung ohne Kommunist*innen gebildet würde, einen Reichskommissar für Sachsen ernennen würde.⁹⁷⁰ Radek schrieb an Böttcher und Heckert und forderte sie auf, alles zu tun,

966 Ebenda, S. 7-8.

967 Stresemann, a.a.O., S. 171-184.

968 Reichskabinettsprotokoll, zitiert in Angress, a. a. O., S. 454. [dt. Ausg., S. 491]

969 Stresemann, Vermächtnis, I, S. 186-187.

970 Ebenda

um nicht widerstandslos nachzugeben und zu einem Streik zu greifen.⁹⁷¹ Die Zentrale stimmte dem zu. Am 28. teilte General Müller Zeigner mit, dass er den Befehl erhalten habe, ihn zu entlassen, und dem Sächsischen Landtag, dass er ihm nach Artikel 48⁹⁷² ein Sitzungsverbot erteile. Am gleichen Tag forderten die Führungen der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei von Chemnitz und Erzgebirge-Vogtland gemeinsam die sächsische Regierung zum Widerstand auf, appellierten an die sächsischen Arbeiter*innen, zu einem Generalstreik bereit zu sein, und an die deutschen Arbeiter*innen, die sächsischen Arbeiter*innen zu unterstützen.⁹⁷³ Am 29. gab Ebert dem Kanzler die Befugnis nach Artikel 48, »die Mitglieder der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Landes- und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben.«⁹⁷⁴ Die Regierung ernannte einen Volkspartei-Abgeordneten, Dr. Heinze, zum Reichskommissar.⁹⁷⁵ Eine lebhafte Diskussion entstand unter den Ministern darüber, ob die Reichswehr mit großem Auftritt in die sächsischen Städte einziehen sollte...⁹⁷⁶ Angesichts der Weigerung der sächsischen Minister, nachzugeben, ging die Reichswehr am 29. Oktober um 14 Uhr dazu über, sie ohne viel Federlesens zu vertreiben: Paul Böttcher, der passiven Widerstand geleistet hatte, wurde mit Gewalt die Treppe seines Ministeriums hinaufgezerrt, bevor er auf die Straße entlassen wurde.⁹⁷⁷ Durch seinen Mund verkündete die Regierung vergeblich, dass sie nach wie vor die einzige legale Autorität sei, und bat die Arbeiter*innen, sie zu unterstützen.⁹⁷⁸ Die Sozialistische und die Kommunistische Partei, die ADGB und eine Reihe anderer Arbeiter*innenorganisationen riefen zu einem dreitägigen allgemeinen Proteststreik auf.⁹⁷⁹ In den meisten Arbeiter*innenorten kam es zu Zusammenstößen zwischen Reichwehrmännern und denen der proletarischen Hundertschaften oder demonstrierenden Arbeiter*innen: Der schwerste Fall scheint sich in Freiberg ereignet zu haben, wo es siebenundzwanzig Tote gab.⁹⁸⁰ Am 30. traf sich die Leitung der sächsischen Sozialdemokratischen Partei mit den Ministern und wahrscheinlich der Gesamtheit der Abgeordneten; Zeigner trat zurück, um die Bildung

971 Die Lehren ... , S. 8.

972 Sächsische Staatszeitung, 29. Oktober 1923.

973 Schulthess 1923, S. 207.

974 Der Kämpfer, 29. Oktober 1923; Dok. u. Mat, VII/2, S. 469-471 [tatsächlich Angress, dt. Ausgabe, S. 491, der Schulthess 1923, S. 207 als Quelle angibt].

975 Verhandlungen ... , S. 1862.

976 Dieses Detail wird zitiert von Harold J. Gordon, »Die Reichswehr und Sachsen 1923«, Wehrwissenschaftliche Rundschau, Nr. 12, Dezember 1961, S. 686, Nr. 27.

977 Böttcher gab Davidovitch den Bericht über seine Ausweisung (a.a.O., S. 276-277): er erklärt, er habe »die berühmte Gestalt der Großen Französischen Revolution Mirabeau« nachgeahmt.

978 Verhandlungen, S. 1845.

979 Verhandlungen ... S. 1845-1846; dieser Aufruf wurde am 31. Oktober in der Presse veröffentlicht.

980 [R. Albert, Notes d'Allemagne] Corr Int. no. 87, 2. November 1923, S. [662-664, hier S.] 663. [Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 142-147]; E. Schneller, »Die Lehren des Oktober 1923«, Oktober, Nr. 2, 1926, S. 31.

einer rein sozialdemokratischen Regierung zu ermöglichen.⁹⁸¹ Noch am selben Tag ließ General Müller den Landtag tagen, der Präsident verlas das Rücktrittsgesuch Zeigners, und es wurde eine neue Regierung unter dem Sozialdemokraten Fellisch, dem neuen Ministerpräsidenten, gebildet.⁹⁸² Der Generalstreik, dem bereits nach vierundzwanzig Stunden die Luft ausgegangen war, starb nach den geplanten drei Tagen.

Im Rest Deutschlands wurde in Frankfurt am Main drei Tage lang gestreikt, auf Aufruf aller Arbeiter*innenorganisationen.⁹⁸³ In Berlin versuchte Radek während der Sitzungen der Zentrale vergeblich, ihr den Beschluss, Demonstrationen unter dem Schutz der bewaffneten Hundertschaften zu organisieren, abzurufen: er stieß auf den entschiedenen Widerstand Ruth Fischers, für die die Massen zu angewidert von den Ereignissen in Sachsen und Hamburg sind, um irgendeine kommunistische Initiative zu unterstützen.⁹⁸⁴ Es wird keine deutsche Revolution geben.

Keiner könnte besser als Albert in ein paar Zeilen aufzeigen, wie die kommunistischen Aktivist*innen diese kampflöse Niederlage empfinden. Unter dem Titel »Fünfzig Tage in Erwartung großer Ereignisse« schreibt er:

»Man hat gerade in Deutschland, im September, Oktober und November, eine tiefgreifende revolutionäre Erfahrung gemacht, die noch wenig bekannt ist und oft wenig verstanden wird. Wir standen an der Schwelle zu einer Revolution. Die Erwartung großer Ereignisse war lang, die Stunde X schlug nicht ... Ein stilles Drama, fast unglauwbüdig. Eine Million Revolutionäre, bereit, wartend auf das Signal, zum Angriff überzugehen: hinter ihnen Millionen von Arbeitslosen, Hungernden, Zer Schlagenen, Verzweifelten, ein ganzes schmerzendes Volk, das murrte: ›Wir auch! wir auch!‹ Die Muskeln dieser Menge schon bereit, die Fäuste schon geballt um die Mauser, die sich den Panzerwagen der Reichswehr entgegenstellen sollten ... Und es geschah nichts als die blutige Posse von Dresden, ein Obergefreiter, gefolgt von ein paar Reitern, die die Arbeiterminister, die das bürgerliche Deutschland zum Zittern gebracht hatten, aus ihren Ministerien verjagten, ein paar Blutlachen – insgesamt sechzig Tote – auf dem Pflaster der sächsischen Industriestädte; der Jubel einer bankrotten Sozialdemokratie, die aus dem massiven und passiven Abenteuer hervorgegangen war, schwerfällig ihren alten Lossagungen treu.«⁹⁸⁵

981 Harold J. Gordon, a.a.O. S. 687. Dittmann und Wels waren nach Dresden gefahren, um die Sache in die Hand zu nehmen.

982 Verhandlungen ... , S. 1841.

983 Raimund Wagner, »Die revolutionäre Bewegung in den Bezirken Hessen-Frankfurt und Baden im Herbst 1923«, a. a. O. S. 88.

984 Die Lehren ... Nach Angress, a.a.O. S. 251-252 [tats. 451 f., dt. Ausg., S. 489]. Ruth Fischer lenkte schließlich ein. Am 27. November versammelten sich drei- bis viertausend Demonstrant*innen im Lustgarten, lösten sich aber vor der Ankunft der Polizei auf.

985 Albert. »Cinquante jours de veillée d'armes.« Clarté, Nr. 52, 1. Februar 1924, S. 66. [Serge, a.a.O., S. 184]

Noch einige Tage lang war die Sozialdemokratische Partei in Aufruhr: Die Berliner Funktionär*innen forderte in einer Generalversammlung symbolisch den Ausschluss des Präsidenten Ebert aus der Partei.⁹⁸⁶ Aber die großen Hoffnungen, die Sinowjew zelebrierte, wurden wohl oder übel begraben. Das bürgerliche Deutschland, das die Zügel fest in der Hand hatte, wandte sich von dem Abenteuer des »unmenschlichen Jahres« ab und bereitete eine neue Stabilisierung vor. Dazu musste sie die rechten Dissident*innen liquidieren, und dafür würde die Reichswehr sorgen. Das bayerische Abenteuer, das in der entscheidenden Phase die Rolle einer Vogelscheuche gespielt und die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Aktivist*innen auf sich gezogen hatte, wurde in wenigen Stunden liquidiert, Hitler und seine Komplizen wurden verhaftet. Der spätere Diktator schrieb »Mein Kampf« im Gefängnis. Bald wurde die deutsche Wirtschaft durch den Zustrom amerikanischen Kapitals in einem durch die Inflation »aufgeräumten« für den Profit günstigen Umfeld wiedergeboren. Kein grundsätzliches Problem wurde jedoch gelöst: Mit der Weltkrise von 1929 und dem massiven Abzug des Kapitals, das das Land gerettet hatte, erlebte es eine zweite wirtschaftliche und soziale Katastrophe, die diesmal Hitler endgültig an die Macht brachte.

Aber in dieser Zeit hatte sich die deutsche kommunistische Partei stark verändert: Das Fiasko von 1923, zusammen mit der internen Krise der bolschewistischen Partei und dem politischen Kampf, den die Historiker*innen als Kampf um Lenins Nachfolge betrachtet haben, markiert das Ende einer Ära in seiner Geschichte. Seine Politik wurde von da an fast ausschließlich in Moskau geschrieben, und zwar auf Russisch.

986 Die Volksstimme, 2. November 1923, zitiert von Davidovitch, a.a.O., S. 233.

Kapitel XLII: Neue Nachwehen der Niederlage

Ein entscheidender Rückschlag, einer von historischer Bedeutung, die Niederlage vom Oktober 1923, das »deutsche Fiasko«, blieb zunächst unbemerkt. Sinowjews Artikelserie über die deutsche Revolution – in der der Vorsitzende der Internationale unbeirrt weiter in Optimismus schwelgt – wird bis zum 30. Oktober fortgesetzt; erst an diesem Tag können ein paar Zeilen im letzten Artikel so etwas wie ein Scheitern in Deutschland annehmen lassen.⁹⁸⁷ Blättert man in der Inprekorr, so findet man erst am selben Datum einen Untertitel aus Alberts Feder – »Versagen der linken Sozialdemokraten« – eine Anspielung auf den neun Tage zuvor beschlossenen Rückzug am Rande der Chemnitzer Konferenz.⁹⁸⁸ Wenige Tage später änderte sich der Ton: Man spricht vom »weißem Deutschland«, von einem neuen »Verrat« der Sozialdemokrat*innen und von »verlorenen Chancen.« Die Kommunistische Partei wurde am 23. November verboten, die Presse wurde überall suspendiert. Die Verhaftungen von Aktivist*innen folgten aufeinander. Die Niederlage wird immer lauter beschworen: Es wird eines der Themen darstellen, um die sich die russischen Führer*innen spalten, die seit einigen Tagen in die Debatte über den »neuen Kurs« verwickelt sind, der erste Ausbruch des Kampfes zwischen der Troika Sinowjew-Kamenew-Stalin einerseits und Trotzki und der sogenannten »Sechsendvierzig«-Opposition andererseits am helllichten Tag, über die Demokratie innerhalb der Partei, die Beziehungen zwischen den alten Bolschewiki und der jungen Generation, den Platz des Apparates, den wachsenden Einfluss der Bürokratie.⁹⁸⁹

Die seither häufig beschworene Oktoberniederlage wird nie wirklich diskutiert: Sie ist zu einer Waffe der Abrechnung und des Kampfes geworden, den die russische Parteileitung führt, um über die Exekutive die Unterwerfung der ausländischen kommunistischen Parteien zu erreichen.

987 Der Titel lautet »Keine Illusionen« (Sinowjew, a.a.O., S. 97-104)

988 Corr Int. no. 89, 9. November 1923, S. 663. [Tatsächlich ist die Unter-Überschrift aus Nr. 86, 30. Oktober 1923, S. 656, Nachdruck a.a.O., S. 135-141, hier S. 135]

989 P. Broué, Le Parti bolchevique, S. 183-195.

Erste Reaktionen

Die erste Reaktion Sinowjews war, die Entscheidung sich zurückzuziehen, generell zu billigen. Er schreibt:

»Die Ereignisse haben gezeigt, dass unsere Berechnungen übertrieben waren. (...) Die KPD hat in diesen kritischen Wochen viele Schwächen gezeigt und eine Reihe von schweren Fehlern begangen, aber wir halten es nicht für falsch, das Proletariat im Oktober nicht in einen allgemeinen Kampf zu führen. (...) Der Rückzug hätte weniger passiv sein müssen. Aber die Entscheidung, keine Entscheidungsschlacht zu schlagen, war unter den gegebenen Umständen unvermeidlich.«⁹⁹⁰

Das deutsche Zentralkomitee tagte am 3. und 4. November heimlich in Berlin und nahm mit 40 zu 13 Stimmen die von Brandler und Radek entworfenen Thesen an, die ihm vom Zentrale vorgelegt wurden.⁹⁹¹ Für sie bedeuteten die Ereignisse, die gerade in Deutschland stattgefunden hatten, *»das Ende der Novemberrepublik«* und den *»Sieg des Faschismus über die bürgerliche Demokratie.«* Die Arbeiter*innen wurden überrascht: Während sie den Blick auf Bayern und die Drohungen Ludendorffs und Hitlers richteten, etablierten Ebert und das Reichskabinett *»das faschistische Zentrum als die Diktatur des Generals Seeckt.«* Letzterer belässt noch *»den parlamentarisch-demokratischen Spuk [...] zwecks Verhüllung der Tatsachen, die die Abwehr der Volksmassen hervorrufen werden.«* Die Sozialdemokratie trägt die volle Verantwortung für die Passivität des Proletariats, deren Ursache im wiederholten Verrat dieser Partei und den Illusionen, die sie im entscheidenden Moment erfolgreich verbreitet hat, zu finden ist. Heute ist jedoch keine *»demokratische«* Illusion angesichts des *»faschistischen«* Staates möglich. Es muss sofort verstanden werden, dass *»die faschistische Bourgeoisie das Proletariat provozieren zu einem Aufstande [wollte] in einer Stunde, wo es geschwächt und verwirrt durch den Verrat der Sozialdemokratie dastand.«* Denn der deutschen Bourgeoisie geht die Puste aus. *»Die Einheitsfront des Proletariats wird von unten aufgerichtet«,* wobei die Beseitigung der sozialdemokratischen Führer*innen im laufenden Kampf unausweichlich ist.⁹⁹²

Diese in Eile geschriebenen Thesen provozierten eine erste Reaktion Sinowjews in der Prawda vom 23. November. Für den KI-Vorsitzenden war die deutsche Partei im Irrtum, weil Ebert und von Seeckt die Vorder- und Rückseite derselben Medaille seien: Gerade weil *»das deutsche Proletariat noch nicht die Kräfte besaß, sofort seine Diktatur zu verwirklichen«,* *»führt die »November«-Republik in ihrer logischen Ent-*

⁹⁹⁰ Text zitiert von J. Degras, a.a.O., II, S. 64.

⁹⁹¹ H. B. (Brandler), »Die Tagung des Zentralkomitees«, Die Internationale, Nr. 18, November 30, 1923, S. 517.

⁹⁹² Ebenda, S. 517-528 [tatsächlich wurden in der »Internationale das Referat im Zentralkomitee mit einer Einleitung von »h.b.«, d.h. von Heinrich Brandler veröffentlicht. Die hier zitierten Thesen erschienen in der Inprekorr Nr. 172, 7. November 1923, 1457-1460].

wicklung unausweichlich zur Diktatur des Generals Seeckt«, in dem Sinowjew seinerseits den »deutschen Kolttschak« sah. Er schließt:

»Dass dieser Weg ein schwerer Golgathaweg sein wird, der mit großen Opfern für das deutsche Proletariat verbunden ist, daran kann man auch nicht zweifeln. Und dass der Weg der deutschen proletarischen Revolution noch steiniger ist, als wir es alle noch vor ganz kurzer Zeit geglaubt haben, das ist schon vollkommen klar.«⁹⁹³

Eine erste Reaktion Thalheimers, der Sinowjew vorwirft, die historische Parallele, die notwendigerweise künstlich ist, wieder einmal zu missbrauchen, bringt die Debatte nicht über den Rahmen einer fast akademischen Diskussion hinaus.⁹⁹⁴ Immer noch lässt nichts den Sturm vorhersehen, der sich zusammenbraut, und wenn man Radek glaubt, sieht Sinowjew am 7. November keinen Grund, mit Umbesetzungen in der Führung der deutschen Partei fortzufahren.⁹⁹⁵ Am 1. Dezember widmete er einen Artikel über »Die zweite Welle der internationalen Revolution«⁹⁹⁶ dem Versuch, den Fehler zu erklären, den er bei der Überschätzung des revolutionären Charakters der deutschen Lage begangen hatte, formulierte aber noch keine präzise Kritik an der deutschen Führung. Alles wird sich in ein paar Tagen ändern, unter dem Druck der Krise innerhalb der russischen Partei.

Kampf in der russischen Partei

Diese Krise hatte sich den ganzen Sommer über zusammengebraut. Die wirtschaftliche Lage hat sich weiter verschlechtert. Streiks brachen aus. Im September verhaftete die GPU mehrere kommunistische Aktivist*innen, die eine öffentliche Agitationskampagne organisiert hatten. Gleichzeitig ging die Offensive der Troika gegen Trotzki weiter: Sein Stellvertreter Skljanski wurde aus dem Kriegskommissariat entfernt und durch Woroschilow und Laschewitsch, Männer der Triumvirn, ersetzt. Am 8. Oktober richtete Trotzki einen Brief an das Zentralkomitee, in dem er den Aufstieg der Bürokratie in der Partei anprangerte und damit drohte, die Debatte vor die Gesamtheit der Aktivist*innen zu bringen. Am 15. Oktober waren sechszwanzig bekannte Aktivist*innen an der Reihe, die einen Brief an das Zentralkomitee mit demselben Inhalt schickten: Pjatakow und Radek sind unter den Unterzeichner*innen. In der Tat hätte die Schlacht wahrscheinlich früher begonnen, wenn die Hoffnungen und die fieber-

993 Prawda, 23. November 1923; Bulletin communiste, Nr. 49, 6. Dezember 1923 [Un Kolttschak en Allemagne, S. 885, deutsch: Der deutsche Kolttschak, Inprekorr, Nr. 182, 20. Dezember 1923, S. 1540 f., hier S. 1541].

994 [A. Thalheimer, Un Kolttschak en Allemagne?, Corr Int, Nr. 1, 3. Januar 1924, S. 3-4. [Unser Kolttschak, Nr. 182, 20. Dezember 1923, S. 1541 f.]

995 Protokoll der 13. Konferenz des RKP(B), zitiert von Carr, Interregnum, S. 233. [Dort steht 7. Dezember]

996 [Inprekorr, Nr. 180/181, 17. Dezember 1923, S. 1525 f.]

hafte Vorbereitung des deutschen Oktobers nicht die Energien absorbiert und die Ungeduld gemildert hätten. Das Zentralkomitee war sich dessen bewusst, als es Trotzki am 27. Oktober antwortete und ihm vorwarf, eine solche Initiative »in einem kritischen Augenblick des Lebens [...] der Weltrevolution« ergriffen zu haben.⁹⁹⁷

Die öffentliche Diskussion wurde am 7. November in den Spalten der Prawda eröffnet. Zunächst konventionell, nahm es mit der Intervention Preobraschenskis am 28. und den Antworten Sinowjews und Stalins eine lebhaftere Wendung.⁹⁹⁸ Sie erreichte ihren Höhepunkt in den ersten Dezembertagen mit der Polemik zwischen Stalin und Trotzki über die vom Politbüro am 5. Dezember angenommene Resolution über die Notwendigkeit eines »neuen Kurses« in der Partei.⁹⁹⁹ Die Opposition scheint in diesem Moment den Wind in den Segeln zu haben: Die revolutionäre Mobilisierung beim Herannahen des deutschen Oktobers hat den Enthusiasmus wiedererweckt, in der Roten Armee und in der Jugend eine revolutionäre Geisteshaltung wiederbelebt, die ihr günstig ist. Die von Preobraschenski am 11. Dezember auf der Versammlung der Aktivist*innen in Moskau vorgelegte Resolution wurde nur knapp abgelehnt.¹⁰⁰⁰ Wahrscheinlich im Verlauf dieser Versammlung¹⁰⁰¹ führte Radek in einem Redebeitrag zugunsten der Thesen der Opposition die »deutsche Frage« durch die Hintertür ein, indem er behauptete, dass die Führer*innen der wichtigsten Parteien der Internationale, der französischen, der deutschen und der polnischen Partei, mit Trotzki und den Sechsendvierzig übereinstimmen.¹⁰⁰² Dies ist eine Warnung für Sinowjew, der die bestehenden freundschaftlichen persönlichen Beziehung zwischen Brandler einerseits und Trotzki und Radek andererseits kannte und die Gefahr verstehen konnte, die ein solches Bündnis innerhalb der Internationale für die Troika darstellen würde: Von diesem Datum an gelangte die »deutsche Frage« ins Zentrum des Kampfes in der russischen Partei.

Etwa zur gleichen Zeit – jedenfalls nach dem 2. oder 3. Dezember, als Sinowjew schließlich von einem Brief Ruth Fischers Kenntnis erlangte, einer Anklageschrift gegen Brandler, die am 22. November geschrieben, aber von der deutschen Polizei abgefangen worden war¹⁰⁰³ – richtete die Exekutive einen sehr kritischen Brief an die deutsche Partei, der der Ausgangspunkt für die Infragestellung der Resolution vom 4. November war. Er schrieb besonders:

997 P. Broué, a.a.O. S. 182-189. [dort zitiert nach Daniels, Das Gewissen der Revolution, Köln-Berlin 1962, S. 260]

998 Ebenda, S. 185-186.

999 Ebenda, S. 186-188.

1000 Ebenda, S. 189.

1001 Obwohl Thalheimer, a.a.O., S. 11, das Datum des 13. Dezembers mit Vorsicht angibt: »Wenn ich nicht irre«...

1002 Thalheimer, a.a.O., S. 11. Sinowjew spielt auf diese Intervention Radeks am 6. Januar 1924 vor der Exekutive an (Inprekorr, Nr. 20, 15. Februar 1924, S. 225).

1003 Angress, a.a.O. S. 463. [dt. Ausg., S. 500]

»Aus Eurer Überschätzung des Grades der politischen, technischen Vorbereitung folgte unvermeidlich auch der politische Fehler. Wir, hier in Moskau, wie es Euch wohl bekannt sein muss, betrachteten den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung nur als ein militärisch-strategisches Manöver. Ihr habt diesen Eintritt in einen politischen Block mit der ›linken‹ Sozialdemokratie verwandelt, die Euch die Hände band. Wir stellten uns die Sache in der Weise vor, dass der Eintritt in die sächsische Regierung die Eroberung eines Aufmarschgebietes bedeuten würde, um von da aus die Kräfte unserer Armeen zu entfalten. Ihr habt die Teilnahme am sächsischen Ministerium in eine banale parlamentarische Kombination mit den Sozialdemokraten verwandelt. Das Resultat war unsere politische Niederlage. Und was noch schlimmer ist, es ergab sich etwas, was sehr stark an eine Komödie erinnert. Eine Niederlage im Kampf können wir ertragen, aber wenn eine revolutionäre Partei am Vorabend des Aufstandes geradezu in eine lächerliche Lage gerät, so ist das schlimmer als eine Niederlage. Die Partei hat im ganzen Reiche ganz und gar nicht eine Politik geführt, die den Auftakt zum entscheidenden Kampf hätte bilden können und müssen. Kein einziger entschieden revolutionärer Schritt. Keine auch nur einigermaßen klare kommunistische Rede. Kein einziger ernster Schritt, um die Bewaffnung der Arbeiterschaft in Sachsen vorwärtszutreiben, keine einzige praktische Maßnahme, um in Sachsen Räte zu schaffen. Stattdessen eine ›Geste‹ von Böttcher, der erklärt hatte, dass er das Gebäude des Ministeriums nicht verlässt, so lange er nicht mit Gewalt entfernt wird. Nein, Genossen, so kann man eine Revolution nicht vorbereiten.«¹⁰⁰⁴

Den Artikeln über die »Probleme der deutschen Revolution«, in deren Vorwort vom 2. November die Richtigkeit der in Sachsen angewandten Taktik bekräftigt wurde¹⁰⁰⁵, folgt in der deutschen Ausgabe ein Nachwort, in dem Sinowjew die in der Regierung Zeigner betriebene »banale parlamentarische Zusammenarbeit« verurteilt, und diesmal öffentlich den kommunistischen Führer*innen, die Mitglieder dieser Regierung waren, vorwirft, weder die Arbeiter*innen zu Zehntausenden bewaffnet zu haben, noch die Frage der Verstaatlichung der Industrie, der Verhaftung der Spekulanten oder der Wahl von Sowjets aufgeworfen zu haben.¹⁰⁰⁶

Trotzki seinerseits entwickelte die Idee, dass es die Führung der Internationale selbst war, die die Verantwortung für das deutsche Scheitern trug. In einem Artikel, der seit mehr als einer Woche im Umlauf war und den die Prawda am 28. und 29. Dezember veröffentlichte – er sollte einige Wochen später in der Broschüre *Der neue Kurs* erscheinen –, versuchte er eine erste Analyse, die auf der Bekräftigung

1004 [»Un rapport de Zinoviev«,] Bulletin communiste, Nr. 8, 22. Februar 1924, S. [206-210, hier S.] 209, [G. Sinowjew, »Die Lage in Deutschland und die KPD«, Inprekorr, Nr. 16, 4. Februar 1924, S. 167-172, hier S. 169] und J. Degras, a.a.O. Der Brief ist nicht datiert.

1005 Sinowjew, a.a.O. S. V.

1006 Ebenda, S. 105-109.

beruhte, dass Deutschland zwischen Mai und Juli 1923 eine noch nie dagewesene Krise erlebt habe:

»Hätte die Kommunistische Partei das Tempo ihrer Arbeit krass verändert, und die fünf bis sechs Monate, die ihr von der Geschichte zur Verfügung gestellt wurden, voll und ganz zur direkten politischen, organisatorischen und technischen Vorbereitung auf die Machtergreifung verwandt, so hätten die Ereignisse vielleicht ein anderes Ende genommen, als wir es im November erlebt haben. (...) Erst im Oktober schlägt sie einen neuen Kurs ein. Aber ihr bleibt zu wenig Zeit, um ihre Schlagkraft zu entwickeln. Die Vorbereitungen der Partei nehmen ein fieberhaftes Tempo an, die Massen können nicht folgen, Unsicherheit breitet sich auf beiden Seiten aus, und im entscheidenden Augenblick zieht sich die Partei kampfflos zurück. Die wichtigste Ursache dafür, dass die deutsche Kommunistische Partei ganz außergewöhnliche historische Positionen widerstandslos aufgab, besteht darin, dass die Partei nicht im Stande war, in dem neuen Abschnitt (Mai-Juli 1923) den Automatismus ihrer früheren Politik, die auf Jahre berechnet war, abzustreifen und – in der Agitation, Aktion, Organisation und Technik – mit aller Entschiedenheit die Frage der Machtergreifung zu stellen.«¹⁰⁰⁷

Ein paar Tage zuvor hatte das Zentralkomitee der polnischen Partei seine Besorgnis über die von der Troika gegen Trotzki gerichteten Angriffe zum Ausdruck gebracht, wodurch es einen Teil von Radeks Behauptungen bestätigte und Sinowjews Befürchtungen rechtfertigte:

»Nur eine Sache ist uns recht klar: der Name des Genossen Trotzki ist für unsere Partei, für die Internationale, für das gesamte revolutionäre Weltproletariat untrennbar mit dem Sieg der Oktoberrevolution, mit der Roten Armee, mit dem Kommunismus und mit der Weltrevolution verbunden.

Wir können nicht akzeptieren, dass Genosse Trotzki außerhalb der Reihen der außerhalb der Führung der RKP und der Internationale steht. Allerdings beunruhigt uns der Gedanke, dass die Auseinandersetzungen weit über die Grenzen konkreter Streitfragen hinausgehen könnten, und einige öffentliche Auftritte verantwortlicher Parteiführer geben Anlass zu den schlimmsten Befürchtungen.«¹⁰⁰⁸

In Moskau begann Stalin, der sich bisher von den Diskussionen über Deutschland ferngehalten hatte, sich dafür zu interessieren. Er nahm Kontakt mit Maslow auf, der noch immer von der Untersuchungskommission festgehalten wurde, und befragte ihn über die Lage und die Parteipolitik. Er machte ihn bald zu seinem Mann, lob-

¹⁰⁰⁷ Trotzki, *De la révolution*, S. 58. [auf Deutsch *Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-28*. Band I, Westberlin 1976, S 381-391, hier S. 383 f.]

¹⁰⁰⁸ Zitiert nach J. A. Regula, *Historia Komunistycznej Partii Polski w świetle faktów i dokumentów* (1934), S. 105-106, nach Carr, *Interregnum*, S. 234-235.

te bei jeder Gelegenheit seine Einsicht und Prinzipienfestigkeit und übernahm die Leitung der Untersuchungskommission, die ihn schließlich von jedem Verdacht freisprach.¹⁰⁰⁹ Dieses neue »Bündnis« veränderte das Kräfteverhältnis mindestens ebenso sehr wie die Uneinigkeit der Aktivist*innen in Deutschland.

Neue Ausrichtungen in der deutschen Partei

Es war mehr die Debatte in der russischen Partei als die deutsche Lage selbst, die den Rahmen für die Diskussion bildete, die Brandler am 7. November in der deutschen Partei für eröffnet erklärte. Im Dezember standen sich vor der Zentrale drei Texte gegenüber: der von Ruth Fischer und ihren Anhänger*innen, die sich mit Sinowjews Brief einverstanden erklärten, der von Brandler und Thalheimer, die seine Kritik entschieden zurückwiesen, und der des »Zentrum« – mit Koenen, Kleine, Remmele und Eberlein –, der Sinowjews Kritik berücksichtigte, ohne Ruth Fischers These aufzugreifen. Ruth Fischer erhielt sechs Stimmen, Brandler und Thalheimer zwei – ihre, in Abwesenheit Clara Zetkins – und das Zentrum erhielt den Rest der ehemaligen Mehrheit der Zentrale, siebzehn Stimmen.¹⁰¹⁰

Das Zentrum repräsentiert die leitenden Elemente, die sich nach Sinowjew richten, von Brandler distanzieren, aber weigern, sich an den Positionen der Linken zu orientieren. Für sie war die *»politische Lage in Deutschland vor und während der Oktoberereignisse [...] objektiv im höchsten Grade revolutionär.«* Der von der Partei beschlossene Rückzug war das Ergebnis ihrer eigenen taktischen und strategischen Fehler, die ihrerseits die Folgen einer *»falschen theoretischen Einstellung«* und einer *»falschen Einschätzung der Rolle der Partei«* waren. Diese Fehler waren: (a) die Bedeutung der großen Arbeiter*innenkämpfe, die dem Streik gegen Cuno vorausgingen, nicht rechtzeitig erkannt und die Parteilinie nicht entsprechend umgestellt zu haben, (b) nicht wenigstens zum Zeitpunkt des Ruhreinmarsches mit den militärischen Vorbereitungen begonnen zu haben, was dazu führte, c) die Massenbewegungen im September und Oktober gedämpft zu haben, um die Arbeiter*innenkräfte für den *»endgültigen Schlag«* zu schonen, d) Illusionen über die linken SPD-Führer*innen aufkommen gelassen zu haben e) die in Sachsen errungenen Kampfpositionen nicht zur Mobilisierung der Massen ausgenutzt zu haben, f) *»dass die Partei sich nur auf einen »Endkampf« zur Eroberung der politischen Macht vorbereitete und die Einleitung von Teilkämpfen, Kämpfen mit Teilforderungen und mit weniger aggressiven Mitteln und Kampfmethoden ablehnte und verhinderte«*, g) Prognosen und Berechnungen auf der Grundlage abstrakter Kalkulationen erstellt zu haben, die die Partei *»zum Ausweichen vor jedem Kampfe«* führte, h) Überschätzung der Bedeutung der Waffenzahl und Unterschätzung der des Kampfwillens der Vorhut des Proletariats, i) einen

1009 R. Fischer, a.a.O., S. 363 [dt. Ausg., S. 444].

1010 Brandler und Thalheimer, »Erklärung«, Die Internationale, Nr. 2/3. 28. März 1924, S. 135.

zu starren Plan auf der Grundlage einer falschen Berechnung erstellt zu haben. Der kampflose Rückzug als direkte Folge all dieser Fehler war für die Zentrale ein Fehler in dem Maße, wie er von der Partei und der um sie gruppierten Avantgarde nicht verstanden wurde, die »auf den entscheidenden Kampf eingestellt waren«, und weil er das Vertrauen der Massen in die kommunistische Partei erschütterte. Die Lage bleibt jedoch revolutionär, denn »die weiße Diktatur wird sich in Deutschland auf lange Sicht nicht behaupten können.« Es ist »in den nächsten Monaten in Deutschland mit einer scharfen Zuspitzung und mit großen proletarischen Massenkämpfen zu rechnen«, deren Erfolg letztlich allein von der Politik und Tätigkeit der Kommunistischen Partei abhängen werde.¹⁰¹¹

Brandler und Thalheimer, halten sich ihrerseits, trotz ihrer Isolation, gut. Sie denken, dass der Rückzug im Oktober »unvermeidlich und gerechtfertigt« war. Dem Text ihrer Thesen zufolge sind die Ursachen der Niederlage »objektiver Art und nicht wesentlichen taktischen Fehlern der KPD geschuldet.«¹⁰¹² Sie erklären: »Die Mehrheit der Arbeiterklasse war nicht mehr bereit, für die Novemberdemokratie zu kämpfen (...), und noch nicht bereit, für die Rätediktatur und den Sozialismus zu kämpfen.« Der Kardinalfehler ist also, geglaubt zu haben, dass die Arbeiter*innenklasse für den Kommunismus gewonnen sei: Dieser Fehler wurde sowohl von der deutschen Parteizentrale als auch von der Exekutive der Internationale begangen. Die von der Zentrale an die Exekutive gerichteten Kritiken wurde nicht mit ausreichender Energie formuliert¹⁰¹³, und letztere nahm sie nicht zur Kenntnis. Die Folgen dieser Fehleinschätzung waren die folgenden: a) die Festlegung eines verfrühten Termins für den Aufstand, b) die Vernachlässigung und Unterschätzung der Bedeutung der Organisation von Teilkämpfen und der Sicherstellung vor allem der politischen Vorbereitung im Allgemeinen, c) die unzureichende Koordination zwischen der politischen Vorbereitung und der politischen und technischen Vorbereitung. Außerdem versäumte es die Partei, ihre Positionen in der sächsischen Regierung auszunutzen, um die Krise innerhalb der Sozialdemokratie zu vertiefen und den bewaffneten Widerstand zu organisieren. Brandler und Thalheimer denken, dass es im Moment nicht möglich ist, die Dauer der Militärdiktatur vorherzusagen, aber dass die Partei in der unmittelbaren Zukunft ihre Anstrengungen auf die Bekämpfung des sozialdemokratischen Einflusses und die Stärkung ihrer Organisation in den Betrieben konzentrieren muss.¹⁰¹⁴

1011 Inprekorr, Nr. 185, 28. Dezember 1923, S. 1564-1566 [hier S. 1565]: »Thesen zur Taktik des Oktoberrückzugs und zu den Nächsten Aufgaben der Partei«, Die Internationale, Nr. 1, Januar 1924, S. 14-19.

1012 Das ist das Thema, das Thalheimer teuer ist und das er mit großer Überzeugungskraft in seiner Broschüre von 1931 »1923: Eine verpasste Revolution?« entwickeln wird.

1013 Dies ist Brandler's Lieblingssthema, das er in seiner Korrespondenz endlos wiederholt.

1014 Brandler und Thalheimer. »Thesen zur Oktoberniederlage und zur gegenwärtigen Lage«, Die Internationale, Nr. 1, Januar 1924, S. 1-2; Corr Int. no. 3, 16. Januar 1924, S. 29-30. [Inprekorr, Nr. 5, 15. Januar 1924, S. 40]

Die Thesen der Linken kümmern sich nicht um Nuancen. Sie stellen von vornherein fest:

»Die objektiven Verhältnisse in Deutschland zwischen dem Auguststreik und den Oktoberereignissen waren reif zur Machtergreifung durch das Proletariat. (...) Die Siegesaussichten der KPD waren im Oktober sehr groß. Aber die KPD hätte diesen Kampf auch wagen müssen auf die Gefahr einer Niederlage hin, die den Kommunisten gute revolutionäre Traditionen im Proletariat gegeben und den Sieg erst vorbereitet hätte.«

Doch das Gegenteil geschah: Der kampflose Rückzug demoralisierte das Proletariat und verwirrte die Reihen der Partei. Die Ursachen für diesen Fehler sind: a) die Weigerung der Zentrale, bis Oktober, und bevor sie von der Exekutive buchstäblich dazu gezwungen wurde, die Aktivist*innen auf den Endkampf einzustellen, b) eine mangelhafte und unzureichende technisch-militärische Vorbereitung, c) die Anwendung der revisionistischen Einheitsfronttaktik und die Suche nach dem *»unangebrachten«* Bündnis mit den linken Sozialdemokrat*innen, d) eine Propaganda mit Übergangslösungen, die dazu führte, dass das *»kommunistische Programm«* unter den Massen nicht entwickelt werden konnte, e) ein interner Kampf, der die Folge dieser Fehler war. Die Partei muss sich *»in den nächsten Monaten«* auf neue Kämpfe vorbereiten, und deshalb dringend alle rechten Elemente aus ihrer Leitung ausschalten.¹⁰¹⁵

Die Debatte beginnt also in der Verwirrung. Die Linke ist sich selbst treu, aber die kardinale Tatsache ist die Explosion der Mehrheit. Aber die Positionen des Zentrums sind alles andere als klar. Thalheimer enthält sich nicht vor, darauf hinzuweisen, dass das Zentrum nur *»den kampflosen Rückzug«* kritisiert, nicht den *»Rückzug überhaupt«*: Es sei nicht Brandlers Schuld, dass der Rückzug *»kampflos«* stattfand. Er prangerte die Rückkehr durch die Thesen des Zentrums zur *»wohlbekannte[n] alte[n] Offensivtheorie [an], die zum Sieg nur zwei Elemente braucht: den revolutionären Willen der revolutionären Partei und die blaue Luft.«* Für ihn – und das Urteil ist stichhaltig – *»sind die Thesen des Zentrums das Ergebnis eines Kompromisses voller Widersprüche zwischen ›linken‹ Prämissen und ›rechten‹ Schlussfolgerungen.«*¹⁰¹⁶ Aber die Stärke der Position des Zentrums kommt von woanders her: Am 27. Dezember hat das Politbüro der russischen Partei, indem es Radek verurteilt hat, die gleiche Position eingenommen:

1015 *»Projet de thèses sur la situation politique et l'état actuel du Parti«*, Corr Int. Nr. 4, 23. Januar 1924, S. 33-34 und Bulletin communiste, Nr. 8, 22. Februar 1924, S. 205-206, auf Deutsch: *»Skizze zu Thesen über die Situation und über die Lage der Partei vorgelegt vom Polbüros der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg«*, Die Internationale, Nr. 1, Januar 1924, S. 54-57 und Inprekorr Nr. 6, 18. Januar 1924, S. 51 f.

1016 A. Thalheimer, *»Réflexions sur les thèses du comité central du K.P.D.«*, Corr Int. no. 4, 23. Januar 1924, S. 34-35. [*Über die Thesen der Mehrheit der Zentrale der KPD«*, Inprekorr Nr. 12, 25. Januar 1924, S. 108 f.]

»Genosse Radek richtet seinen Kurs ganz auf die Unterstützung der rechten Minderheit des Zentralkomitees der KPD und die Desavouierung des linken Flügels der Partei – durch die objektiv eine Spaltung in der deutschen Partei droht –, während das Politbüro des Zentralkomitees der RKP seine Politik auf die Unterstützung der großen Mehrheit im Zentralkomitee der KPD und die Zusammenarbeit mit der Linken stützt, während es die Fehler der Linken kritisiert und unterstützt, was richtig an ihr ist, und zur gleichen Zeit die groben Fehler der Rechten kritisiert.«¹⁰¹⁷

Das Politbüro verurteilte die Haltung Radeks als »fraktionistisch«, der sich weigerte, sich den Beschlüssen zu beugen und die Disziplin seiner eigenen Partei zu respektieren, unter dem Vorwand, dass er sein Mandat als Mitglied der Exekutive nicht von ihr, sondern vom Weltkongress der Internationale erhalten habe: Radek hatte in der Tat Thesen zur deutschen Frage vorbereitet, die auch von Trotzki und Pjatakow unterzeichnet waren, und die er direkt der Exekutive vorlegte, ohne den Weg über die Führung der russischen Partei zu gehen.¹⁰¹⁸

Die Januar-Sitzung 1924 der Exekutive

Die erste Schlacht sollte am 11. Januar im Präsidium der Internationale stattfinden. Die russischen Delegierten waren Sinowjew, Bucharin, Radek und Pjatzizki. Trotzki, krank, nahm an keiner Debatte teil. Die Deutschen waren stark vertreten: Brandler, Walcher und Clara Zetkin, für die Rechte, Remmele, Pieck und Koenen, für das Zentrum, Thälmann, Ruth Fischer und Arthur König, für die Linke.¹⁰¹⁹

Radek stellte den Bericht als Vertreter der Exekutive in Deutschland vor. Er erinnerte zunächst daran, dass die Exekutivdelegation den Oktober-Rückzug, der durch die Kapitulation der linken Sozialdemokrat*innen und die Ohnmacht der sächsischen Regierung notwendig geworden war, einstimmig gebilligt hatte. Er war der Meinung, dass eine historische Chance verpasst worden war. Nach ihm hätte man spätestens im Mai erkennen müssen, dass die Lage revolutionär geworden war. Er erinnerte daran, dass die Juni-Exekutive dieses Problem nicht ein einziges Mal angesprochen hatte, obwohl es sich aus den Fakten selbst ergeben hatte. Die Führer*innen der Internationale – zu denen er gehörte – trugen daher nach ihm kollektiv die Verantwortung dafür, dass ein Plan nicht umgesetzt wurde, der undurchführbar geworden war. Der Berichterstatter unterstreicht, dass alle wichtigen Entscheidungen von der Exekutive oder vom Präsidium getroffen wurden: All das weiß Sinowjew ganz genau, denn er weiß, dass Brandler sich gegen den schließlich beschlossenen Eintritt kommunistischer Minister in die Regierung Zeigner

¹⁰¹⁷ V.K.P.(B) v Resoljuzijach (1941), I, S. 534, zitiert von Carr, a.a.O., S.236.

¹⁰¹⁸ Ebenda. Die Lehren ... , S. 23. Der Text dieser Thesen wurde nie veröffentlicht und ist bis heute unbekannt.

¹⁰¹⁹ Die Lehren ... , passim.

ohne politische Vorbereitung ausgesprochen hatt. Es ist für Radek völlig inakzeptabel, dass Sinowjew, der als Vorsitzender der Internationale die Hauptverantwortung trägt, versucht, sich seiner Verantwortung zu entziehen und aus Gründen, die nichts mit der Angelegenheit zu tun haben, Brandler und ihn selbst zu Sündenböcken zu machen.¹⁰²⁰

In der Sache entwickelt Radek einige der »objektiven« Gründe, die ihm zufolge die Entscheidung zum Rückzug im Oktober diktiert haben:

»Das, was jetzt im deutschen Proletariat existiert, ist eine Abspiegelung der allgemeinen Lage in Deutschland, des Zerfalls der politischen Aktivität, einer außerordentlichen politischen Passivität aller sozialen Klassen mit Ausnahme des Militärs. (...) Obwohl eine gute Arbeiterpartei, sind wir nirgends noch eine gute kommunistische Partei. Und das ist das wichtigste, was ich in der ganzen Situation sehe.«¹⁰²¹

Dies war der Beginn eines Versuchs einer ernsthaften Analyse, der aber in der Atmosphäre, die im Präsidium nach Sinowjews Anklagerede vom 12. Januar herrschte, keine Chancen hatte, weiterverfolgt zu werden. Für den Vorsitzenden der Internationale war alles viel einfacher: Es waren Radek und Brandler, die durch ihre opportunistischen Positionen für die Fehler der deutschen Partei verantwortlich waren, und die erste Pflicht der Internationale war es, die Führung der deutschen Partei auszuwechseln, sowohl weil die alte bankrott gegangen war als auch weil es notwendig war zu verhindern, dass die legitime Unzufriedenheit der Arbeiter*innen, die der Linken folgten, zu einer Spaltung führte.¹⁰²² Eine Kommission wurde eingesetzt, um einen Bericht zu verfassen: Unter dem Vorsitz Kuusinens gehörten ihr fünf Deutsche an, Maslow, Thälmann, Remmele, Wilhelm Koenen und Pieck. Clara Zetkin fordert, dass auch Brandler und Radek dabei sind¹⁰²³, aber ihr Vorschlag wird abgelehnt; ein klares Zeichen dafür, dass die Sache für die Mehrheit abgemacht ist.

Die 13. Konferenz der russischen Partei beginnt unmittelbar nach der Aussetzung der Arbeit des Präsidiums und spiegelt die schwere Niederlage der Opposition wider.¹⁰²⁴ Sinowjew intervenierte dort in der deutschen Frage. Er unterstreicht, dass es innerhalb der russischen Führung keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über die Einschätzung der Lage als typische revolutionäre Situation gebe. Die Enttäuschung ist jedoch groß, und es muss zugegeben werden, dass der Fehler in einer Unterschätzung der Frist bestand. Was die Vergangenheit betreffe, wolle er seine eigene Verantwortung nicht leugnen, betonte aber, dass das Politbüro und das Zentralkomitee einstimmige Beschlüsse zu diesen Fragen gefasst hätten. Andererseits besteht er auf der

1020 Die Lehren ... , S. 5-23.

1021 Ebenda, S. [10 und] 13.

1022 Ebenda, S. 58-80.

1023 Ebenda, S. 81.

1024 P. Broué, a.a.O. S. 195-198.

Ernsthaftigkeit der gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten: Radek und Brandler hatten den Eintritt der Kommunist*innen in die Regierung Zeigner in eine vulgäre parlamentarische Kombination verwandelt. Aber schon im Juli war es derselbe Radek, der die deutsche Partei ausbremste, indem er ihr riet, nicht mehr zum »Antifaschistentag« auf die Straße zu gehen. Jetzt, nach der Niederlage, beginne er, eine ganze Philosophie auszuarbeiten, um den Opportunismus der Rechten zu decken. Er, der es in Russland liebt, sich als »links« zu präsentieren, verkörpere nun – und das ist nach Sinowjew kein Zufall – die Rechtsabweichung gegenüber Deutschland. Mit Pjatakow versuche er, »den Fraktionskampf in die Internationale hineinzutragen.«¹⁰²⁵ Bucharin vervollständigt die Anklageschrift: Für ihn ist es Brandler, der für die Niederlage verantwortlich ist, weil er die Einheitsfrontpolitik nicht dazu nutzte, den Einfluss der Sozialdemokratie zu brechen, sondern nur, um mit ihr zusammenzuarbeiten.¹⁰²⁶

Radek wehrt sich vehement. Ja, die Lage war revolutionär, aber es ist nicht weniger wahr, dass die Partei sie nicht ausnutzen konnte. Die Führung der Internationale trägt die gleiche Verantwortung wie die deutsche Zentrale. Er erinnert an die Vergangenheit der revolutionären und internationalistischen Aktivist*innen Brandler und Thalheimer, um zu zeigen, dass sie selbst Opfer der Schwächen ihrer eigenen Partei und einer Internationale sind, für die sie nicht allein verantwortlich sind. Er wirft Bucharin vor, die Unwissenheit der Delegierten, die die deutsche Partei wenig kennen, zynisch auszunutzen, und fragt: Wenn Brandler ein Opportunist und Rechter war, warum hat ihn die Exekutive nicht schon lange vorher denunziert? Was hat die Exekutive getan, was hat sie gesagt, während Brandler seine berühmten Fehler machte? Er fragt die Führer*innen: »Oder wollen Sie die Verantwortung nur für Siege und nicht für Niederlagen übernehmen?« Er kommt zu dem Schluss, dass die einzige Korrektur, die die Exekutive an der zentralen Resolution vom 3. November vorgenommen hat, darin bestand, den Parolen gegen Faschismus und Sozialdemokratie diejenige von »Nieder mit Brandler!« hinzugefügt zu haben.¹⁰²⁷

Schließlich forderte ihn die Konferenz einstimmig abzüglich einer Enthaltung – vermutlich seiner eigenen – auf, sich bei der Diskussion der deutschen Frage in der Internationale der Disziplin der russischen Partei zu unterwerfen.¹⁰²⁸

Das Urteil der Internationale

Am 19. Januar legte die Kuusinen-Kommission dem Präsidium ihren Bericht vor. Ihr Urteil war kategorisch: »*Summe von Fehlern und Mängeln, die teilweise opportunistische*

1025 Auszüge aus Sinowjews Bericht an die Konferenz über die deutsche Frage, [»La retraite d'Octobre en Allemagne«,] Bulletin communiste, Nr. 8, 22. Februar 1924, S. 205-210 [hier S. 210, deutsch: »Die Lage in Deutschland und die KPD«, Inprekorr Nr. 16, 4. Februar 1924, S. 167-172, hier S. 171].

1026 Bericht zitiert von J. Degras, a.a.O. in II, S. 70.

1027 Ebenda, S. 71.

1028 V.K.B.(b) Resoljuzijach (1941), I, S. 556, zitiert von Carr, a.a.O. S. 239.

Abweichungen enthielten«, begangen in verschiedenen Bereichen. Ein Einschätzungsfehler: »Die Reife der revolutionären Situation in Deutschland wurde von der Partei zu spät erkannt«, und »die Exekutive der KI hat nicht energisch genug auf die herannahende Entscheidung aufmerksam gemacht.« Taktische Fehler: die spontanen Bewegungen zu verlangsamen und zu verschieben und ihnen keine politischen Ziele zuzuweisen, keine Agitation zugunsten der Sowjets zu machen, die Stärkung der Betriebsräte und Aktionsausschüsse zu vernachlässigen, sich nur dem zu widmen, was zu einer Aktion der Partei allein wurde, während es die des gesamten Proletariats hätte sein sollen. Mängel in der politischen Organisation: nicht genügend für die Partei rekrutiert zu haben, die Massen nicht ausreichend in die technischen Vorbereitungen einbezogen zu haben. Fehler bei der Einschätzung der Kräfte: Unterschätzung der Sabotagefähigkeit der Sozialdemokratie, Illusionen über die linken Sozialdemokrat*innen und ihre Handlungsfähigkeit. Falsche Ausrichtung allein auf Sachsen: Fehler, alles auf eine Karte gesetzt zu haben, ohne einen Notfallplan oder eine Rückfalllinie vorgesehen zu haben.

Die Gesamtheit dieser Fehler wird von der Kommission allein der deutschen Partei angelastet, mit einer bemerkenswerten Missachtung der historischen Wahrheit. Der Text zögert nicht zu erklären, die sächsische Regierung »hätte sich auf Massenbewegungen stützen müssen«, und präzisiert, dass die kommunistischen Minister »ein bedenkliches Versagen«¹⁰²⁹ gezeigt hätten.

Das Präsidium nahm den Bericht mit vier gegen zwei Stimmen, denen Clara Zetkins und Radeks, an und lehnte dann einen Änderungsantrag Piecks ab, der besagte, dass unter Berücksichtigung der Umstände sowie der bereits begangenen Fehler die Entscheidung zum Rückzug im Oktober richtig gewesen sei.¹⁰³⁰

Damit ist der Boden bereitet, die Diskussion wird am 21. Januar wieder aufgenommen. Siegesicher und zweifellos darauf bedacht, die Zögernden nicht zu verschrecken, zeigte sich Sinowjew diesmal versöhnlich, ging auf die Opposition zu und griff in seinem Schlussbericht den Inhalt des Pieck-Änderungsantrags auf:

*»Nicht nur infolge von Fehlern und Schwächen der Partei, sondern auch infolge der Schwäche der Arbeiterklasse war der Rückzug absolut notwendig. Selbstverständlich wird es eine Anzahl von Arbeitern geben, die immer sagen werden: man hat den Moment verpasst.«*¹⁰³¹

Das Zugeständnis genügte den Anhänger*innen Brandlers, um die sich bietende Gelegenheit zu ergreifen: Sie erklärten, dass sie für die Resolution stimmen würden, Clara Zetkin aus Sorge um die Einheit, Radek, mehr desillusioniert, aus Sorge um die Tradition, um die Solidarität der Exekutive nach außen zu erhalten. Beide be-

1029 Text der Resolution in Die Lehren ... S. 95-109.

1030 Ebenda, S. 82. Nur Radek und Zetkin stimmten für den Änderungsantrag Pieck. Von den Zugeladenen stimmten zehn für den Pieck-Änderungsantrag und elf gegen die Resolution (ebenda).

1031 Ebenda, S. 83.

dauerten jedoch, wie Brandler, dass die Resolution nicht ausdrücklich zugab, wie Sinowjew es gerade getan hatte, dass der Rückzug notwendig war, und dass sie über die Verantwortung der Linken schwieg.¹⁰³²

Im Namen der polnischen Delegation merkte Prouchniak, der ebenfalls für die Entschließung des Präsidiums stimmte, an, dass die Exekutive ihre eigene Verantwortung verschleierte, und äußerte sein Bedauern über diese Haltung. Er fügt eine Warnung hinzu:

»Seitdem Lenin, der größte und autoritative Führer des revolutionären Weltproletariats, an der Leitung der KI keinen Anteil nimmt, seitdem die Autorität Trotzki's, eines vom revolutionären Weltproletariat anerkannten Führers, vom russischen ZK in Frage gestellt wurde, entsteht die Gefahr, dass die Autorität der Leitung der KI erschüttert werden kann. (...) In dieser Lage betrachten wir die Anklage des Opportunismus, die gegen Radek, einen der verdienstvollsten Führer der KI erhoben wurde, nicht nur als unrichtig, sondern auch als in höchstem Grade schädlich für die Autorität aller Führer der KI. (...) Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den bekanntesten Führern der KI in der Beurteilung der deutschen Frage entstanden sind, sind solcher Art, wie sie in einer lebendigen revolutionären Partei, besonders in einer solchen schweren Lage, unvermeidlich sind.«¹⁰³³

Aber die Verantwortlichen, die beanspruchten, solche Prinzipien zu vertreten, schlossen sich schließlich einer Resolution an, die ihnen formell widersprach. Jahre später würde Thalheimer schreiben, dass Sinowjews Haltung durch den Wunsch erklärt wurde, Drohungen Radeks über ein Brandler-Trotzki-Radek-Bündnis abzuwehren, und er würde für seinen Teil auf nicht schuldig plädieren, darauf

»dass diese Behauptung Radeks frei erfunden war. Niemand hatte ihn ermächtigt, zu sagen, dass wir an Trotzki's Seite kämpfen würden, wenn er angegriffen würde. (...) Sobald [über den Streit] etwas bekannt war, schrieb ich in der ›Internationale‹ einen Artikel, der sich gegen die Auffassungen Trotzki's wandte.«¹⁰³⁴

Tatsächlich war für Sinowjew und seine Verbündeten die große Frage damals die Macht, der Kampf gegen Trotzki und die Opposition, die Notwendigkeit, ein Prestige zu retten, das in der Affäre beschädigt worden war. Ein paar Wochen später sollte Guralski-Kleine dies deutlich erklären und gleichzeitig Brandler und Thalheimer zeigen, dass es ihnen nicht gut getan hatte, Trotzki zu verleugnen:

»Das Bündnis zwischen Brandler-Thalheimer und Radek-Trotzki in der deutschen Frage ist nicht zufällig. Sie berührt grundlegende Fragen: Entbolschewisierung der

1032 Ebenda, S. 84-85.

1033 Ebenda, S. 93-94.

1034 Thalheimer, a.a.O., S. 11.

*Russischen Kommunistischen Partei und der europäischen Parteien oder Beibehaltung der bolschewistischen Kontrolle der Russischen Kommunistischen Partei und Bolschewisierung der europäischen Parteien.*¹⁰³⁵

Der Kampf gegen »Brandlerismus« und »Trotzkismus«

In den folgenden Monaten erstickte die Exekutive unter dem Zeichen der »Bolschewisierung« jede Quelle des Widerstands oder der Kritik, jede mögliche Unterstützung für Trotzki. In Frankreich wurden so Souvarine, Rosmer, Monatte, in Polen Warski, Walecki, Wera Kostrzewa ausgeschieden. In Deutschland war die Enttäuschung in den Reihen der Partei groß und sie wandte sich natürlich gegen Brandler, dem die Mehrheit der Aktivist*innen heftig feindlich gesinnt ist. Aber Sinowjews Offensive nutzt dieses Gefühl, ohne eine Übersetzung davon zu sein. Seine Bedeutung ist dieselbe, die die Aktion derjenigen, die Lenin auf dem 3. Weltkongress bekämpften, nach der Märzaktion angenommen hatte: Die Exekutive und hinter ihr die russische Partei müssen über aller Kritik stehen. Die Führer*innen der nationalen Parteien werden als Sündenböcke für die gemeinsam begangenen Fehler benutzt.

Die moralische Autorität der bolschewistischen Partei ist so groß, dass niemand ernsthaft daran denkt, sich den Forderungen ihrer Führer*innen zu widersetzen.

Die Folge ist kurzfristig das Auftreten von kommunistischen Führer*innen, die sich durch eine völlige Abwesenheit von Initiative und manchmal auch von politischer Intelligenz auszeichnen, durch eine bedingungslose und blinde Unterwerfung unter die selbst widersprüchlichen Direktiven aus Moskau. So billigte der deutsche Zentrallausschuss bereits am 19. Februar die Resolution des Präsidiums und bestimmte eine neue Zentrale, die aus zwei Mitgliedern der Linken und fünf des Zentrums bestand, wobei Remmele den Platz Brandlers einnahm und Thälmann sein Stellvertreter war.¹⁰³⁶ Die neue Zentrale bezog sofort Stellung gegen die »menschestischen« und »anti-leninistischen« Tendenzen der russischen Opposition.¹⁰³⁷ Die wütenden Angriffe der Linken schufen eine Atmosphäre der »Hexenjagd« in der Partei, und das Zentrum wurde schnell überrannt.

Der Parteitag tagte im April 1924 heimlich in Frankfurt am Main. Die Vorbereitung fand unter den schlimmsten Bedingungen statt: 121.400 Aktivist*innen – gegenüber 267.000 im September 1923 – wählten 118 Delegierte, unter denen sich nur 11 Anhänger*innen Brandlers befanden, und keiner von ihnen würde schließlich für den von ihm vorgelegten Text stimmen. Die Linke gewann und mit ihr eine Resolution, die »die Ausrottung der Überreste des Brandlerismus« forderte. Die Zwischen-

¹⁰³⁵ Die Internationale, Nr. 4, 31. März 1924, S. 161 [Rückübersetzung aus dem Französischen. Leider war uns Heft 4 nicht zugänglich].

¹⁰³⁶ Inprekorr, 18. Februar 1924, S. 244-248; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 20.

¹⁰³⁷ Zitiert von J. Degras, Bd. II, S. 85.

fälle sind zahlreich zwischen dem Delegierten der Exekutive, Manuïlski, und den Führer*innen der Linken, die eine Politik der systematischen Spaltung der Gewerkschaften befürworteten und die Taktik der Partei seit dem 3. Kongress en bloc ablehnten, da sie ganz auf die Eroberung »der rückständigsten Elemente des Proletariats« ausgerichtet gewesen sei.

In diesem Rahmen erklingt ein Brief Clara Zetkins – den Manuïlski als »Provokation« qualifizieren wird – wie das letzte Echo der Stimme der Aktivist*innen, die mit all ihrer Energie versucht hatten, eine revolutionäre Partei in Deutschland aufzubauen:

»Die revolutionäre Massenstimmung hatte jedoch keinen politischen Inhalt, kein politisches Ziel. Sie blieb elementar, instinktiv und wurde nicht klare revolutionäre Erkenntnis, entschlossener Kampfwille, kühne Kampfstat.«

Die Aufgabe der Partei war es, ihr dieses Bewusstsein und diesen Willen zu geben: Das hat sie versäumt. Fasziniert vom »Endkampf«, gelang es ihr nicht, die Massen zu mobilisieren. In dieser Hinsicht sind die Linke und die Rechte Rücken an Rücken zu betrachten, erstere, weil sie auf die Offensive zählte, um die Rolle des Zauberers Merlin zu spielen, letztere, weil sie auf die linken Sozialdemokrat*innen zählte, um die Arbeit zu erledigen, die sie nicht durch die Partei erledigen konnte. Die deutsche Bourgeoisie verstand sehr wohl, dass das Auftreten einer Arbeiter*innenregierung in Sachsen das Problem der Macht in Deutschland aufwarf, während das deutsche Proletariat es nicht verstand, da die Kommunistische Partei praktisch nichts getan hatte, um im Bewusstsein der proletarischen Massen die sächsische Erfahrung mit der Idee eines bewaffneten Aufstandes zu verbinden. Clara Zetkin fügt hinzu, dass der Rückzug im Oktober notwendig war, und stellt fest, dass die Situation seitdem nicht aufgehört hat, sich zu verschlechtern, weil die Führer*innen der Partei keine andere Aktivität angeboten haben als die Hexenjagd gegen Brandler und die seinen. Sie ihrerseits glaubt, dass es unmöglich wäre, eine wirkliche kommunistische Partei in Deutschland aufzubauen, ohne dass Männer wie Brandler, Thalheimer, Walcher oder Pieck eine führende Rolle darin spielen.¹⁰³⁸

Sie wiederholte diese Argumente auf dem Fünften Kongress der Internationale, wo sie die Verantwortung der Exekutive unterstrich, die, auch wenn wir uns auf ihren Boden stellen, zumindest schuldig sei, Brandler freie Hand gelassen zu haben.¹⁰³⁹ Brandler gibt zu, dass die Gelegenheit im August verpasst worden sein mag, weist aber darauf hin, dass diejenigen, die damals die Partei in Berlin führten, zu seinen Ankläger*innen gehören.¹⁰⁴⁰ Radek kämpfte wie der Teufel, unterbrach, erwiderte,

1038 Bericht über die ... IX, S. 85-96 [Zitat S. 86].

1039 5^e congrès. Compte rendu analytique, S. 101-105 [dt. Protokoll, S. 320-339, v.a. S. 321 f.].

1040 Ebenda, S. 84-86 [dt. Protokoll, S. 218-236, v.a. S. 230].

und traf oft den Nagel auf den Kopf.¹⁰⁴¹ Thalheimer erinnerte daran, dass er und Brandler die russische Opposition verurteilt hatten und behaupteten, es sei »eine historische Notwendigkeit, dass die russische Partei die Führung in der III. Internationale hat.«¹⁰⁴² Hinter verschlossenen Türen protestierte die Polin Wera Kostrzewa gegen die in der Internationale geschaffene »Atmosphäre der dauernden Kampf Stimmung in der Partei, der fortwährenden Spannung, der gegenseitigen Erbitterung.«¹⁰⁴³ Vergeblich. Sinowjew beglich weiter alte Rechnungen: Die Sozialdemokratie sei »ein Flügel des Faschismus« geworden und die sächsische Episode, die Rolle des »Radekismus« und des »Brandlerismus« zeigten die Stärke des sozialdemokratischen Einflusses in der deutschen kommunistischen Partei und der Internationale.¹⁰⁴⁴

Einige Monate später wagte Stalin zum ersten Mal, einen Bericht über die internationale Lage zu schreiben, und versuchte, die Aussichten für die Revolution in Westeuropa nach dem Sieg des, wie er es nannte »revolutionären Flügels in den Kommunistischen Parteien« nannte, zu bestimmen. Die Hauptschwierigkeit liegt nach ihm darin, dass diese Parteien einerseits von »ehemaligen Sozialdemokraten, die die alte Schule durchgemacht haben« gebildet werden, und andererseits von jungen Leuten, »die noch nicht genügend revolutionäre Stählung besitzen.« Angesichts einer soliden Bourgeoisie, die über einen »erprobten Staatsapparat« verfügt und von der Hilfe der »mit allen Wassern gewaschenen Sozialdemokratie« profitiert, die »immer noch eine gewaltige politische Kraft in den Reihen der Arbeiterklasse darstellt«, heißt es »sich ganz gewaltig [zu] täuschen«, anzunehmen, dass »diese kommunistischen Parteien [...] imstande [seien], ›von heute auf morgen‹ die bürgerliche Gesellschaftsordnung Europas zu stürzen.« Es ist zunächst notwendig, sie zu »wirklich bolschewistischen Parteien« zu machen, eine Aufgabe, die seiner Meinung nach möglich ist, da die Niederlage vom Oktober 1923 und die Zerschlagung der russischen Opposition, diese »Herausforderung« der Parteimassen, den Kämpfern die Augen geöffnet haben.¹⁰⁴⁵

Die deutsche kommunistische Partei begann sich durch die »Bolschewisierung« in eine Partei neuen Typs zu verwandeln, die man bald stalinistisch nennen würde.¹⁰⁴⁶

1041 Ebenda, S. 73-78 [dt. Protokoll, S. 162-190].

1042 Ebenda, S. 87 [dt. Protokoll, S. 238-242, hier S. 242, 240].

1043 Zitiert von K. S. Karol, »Visa pour la Pologne«, S. 45. [deutsche Ausgabe »Polen zwischen Ost und West, Hamburg 1962, S. 44]

1044 5. Kongress ... , S. 131-135 [Sinowjews Einleitung S. 42-107, Sinowjews Schlusswort, S. 443-509, Im Referat heißt es, »dass das sächsische Beispiel gezeigt hat, welche großen Überbleibsel der Sozialdemokratie wir noch in unserer Partei haben« (S. 84). »Flügel des Faschismus« kommt in der Einleitung sogar S. 67 als Zwischenüberschrift vor. »Brandlerismus« und »Radekismus« kommen im Protokoll mehrfach vor, aber nicht in Beiträgen Sinowjews].

1045 »Sur la situation internationale«, [Teil 1, Bulletin communiste, Nr. 44, 31. Oktober 1924, S. 1029-1032.] Teil 2, Bulletin communiste, Nr. 45, 7. November 1924, S. [1053-1055, hier S.] 1053. [Bolschewik, Nr. 11, 20. September 1924, deutsch in Stalin Werke, Band 6, Berlin 1952, S. 251-269, hier S. 261-263]

1046 Siehe zu dieser Frage, außerhalb unseres Themas, die Zusammenfassung Hermann Webers, die auf den vorhergehenden Seiten oft zitiert wurde: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik (2 Bde. 1970).

Teil IV
Ein von der Geschichte
verdammtes Unternehmen?

Kapitel XLIII: Geschichte und Politik

Mehr als jedes andere Thema der Zeitgeschichte ist die Geschichte der deutschen kommunistischen Bewegung im letzten halben Jahrhundert den Anforderungen von wechselnden Ideologien und der Tagespolitik unterworfen gewesen.

Der 1927 abgehaltene 11. Parteitag der KPD beschloss, eine Parteigeschichte zu schreiben und zu veröffentlichen.¹⁰⁴⁷ Im Februar 1932 kündigte Thälmann, der damalige Vorsitzende und allmächtige Führer der KPD, an, dass diese Aufgabe, zumindest für den ersten Teil, bis zur Spaltung der Unabhängigen auf dem Kongress in Halle und dem Beitritt der linken Unabhängigen zur Dritten Internationale zügig in Angriff genommen werden würde.¹⁰⁴⁸ Der Sieg des Nazismus 1933 und die Entrechtung der KPD sowie politische Schwierigkeiten führten dazu, dass dieses Unterfangen auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Man musste bis nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs warten, bis die erste Studie eines nicht-kommunistischen Historikers, Ossip K. Flechtheim¹⁰⁴⁹ erschien, dem kurz darauf die Ruth Fischers¹⁰⁵⁰ folgte. Viele westdeutsche, englische und amerikanische Historiker*innen hatten von der einen oder anderen Seite aus versucht, die Geschichte der frühen Jahre der KPD nachzuzeichnen, während die Deutsche Demokratische Republik, die sich als ihre Erbin sieht, sich auf ein paar Absätze des »Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPR(B)« von 1938 und auf eine verkürzte und in einigen Fällen verfälschte Sammlung von Dokumenten und Kommentaren beschränkt hatte. Man musste noch bis 1962-1963 warten, bis die DDR und ihre führende Partei, die SED – theoretisch Nachfolgerin der KPD – der jungen Generation eine »offizielle« Version ihrer Geschichte anbieten konnten, den berühmten »*Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*.«¹⁰⁵¹

In Wirklichkeit kannte die Geschichtsschreibung der deutschen kommunistischen Bewegung die gleichen Schwierigkeiten wie die der anderen »offiziellen« kommunistischen Parteien: periodische Revision der Darstellungen und Analysen je nach den politischen Erfordernissen des Augenblicks, Verfälschung oder Unterdrückung

1047 Bericht über die Verhandlungen des IX. [XI.!] Parteitages der KPD 2.-7. März 1927, S. 416.

1048 Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD (Rede vom 29. Februar 1932), S. 95.

1049 Ossip. K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach a. M., 1948.

1050 Ruth Fischer, Stalin and German Communism. A Study on the Origins of the State Party, Cambridge, 1948.

1051 Erstmals veröffentlicht als ein von Ulbricht vorgestellter Entwurf in zwei Sonderheften der Einheit im August und September 1962 [tatsächlich nur ein Heft im August].

der Rolle von Aktivist*innen, die als »Abweichler«, »Verräter« oder »Renegaten« angesehen wurden, tendenziöse Interpretation, Verfälschung oder Beseitigung von Dokumenten, Rekonstruktion der Vergangenheit abhängig von ideologischen oder taktischen Erfordernissen. Man muss bis 1927 zurückgehen, um den letzten Versuch einer wissenschaftlichen Geschichte der frühen Jahre der KPD(S) aus der Feder eines alten Spartakisten, Ernst Meyer, zu finden¹⁰⁵²: Der Autor wurde fast gleich als »Versöhnler« abgetan, am Vorabend seines Todes.

Die Mehrheit der Pionier*innen der KPD ging in der »Bolschewisierung« genannten Periode und dann in der Stalinisierung irgendwann in die Reihen der Oppositionen über, was bedeutete, dass ihnen im Nachhinein jede »positive« Rolle abgesprochen wurde. So verschwanden Paul Levi und Karl Radek, die Hauptführer der Partei zwischen 1918 und 1923, aus der offiziellen Geschichte, ebenso radikal verdrängt wie Trotzki aus der Geschichte der Bolschewiki, und nur gelegentlich, wenn die Erwähnung ihrer Namen notwendig erschien, wurden sie mit den traditionellen Beinamen »Volksfeinde«, »Verräter« oder »Renegaten« versehen. So verschwinden Brandler und Thalheimer, die Sündenböcke der Niederlage von 1923, und mit ihnen die »Rechten«, Walcher, Frölich, Böttcher, und die »Linksradikalen« oder »Ultralinken«, Ruth Fischer und Maslow, sowie Urbahns, Rosenberg und Korsch, und schließlich die »Versöhnler« wie Ernst Meyer. In der Sowjetunion und dann im kriegführenden Europa verschwanden im Zuge der großen Säuberung der Jahre 1936 bis 1939 weitere Führer*innen, die lange Zeit der stalinistischen Fraktion in der KPD ergeben waren – hingerichtet oder im Gefängnis gestorben –, Hugo Eberlein ebenso wie Heinz Neumann, Remmele, Hans Kippenberger, Flieg, Leow, Schulte, Schubert – und später Willi Münzenberg.¹⁰⁵³

In all diesen Jahren lag die Geschichte der KPD in den Händen ihrer einzigen Führer, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, die als Agenten der stalinistischen Fraktion eine entscheidende Rolle in ihrer Geschichte nach 1923 gespielt und den Kampf gegen die alte Garde angeführt hatten. Es handelte sich für sie darum, sich zu rechtfertigen, sich in allen Phasen der Vergangenheit die richtige Position zuzuschreiben, aber auch und vor allem ein Bild dieser Vergangenheit zu präsentieren, das den Notwendigkeiten ihrer Herrschaft im Apparat und der russischen Partei in der Internationale entsprach. Die Geschichte der KPD wurde zu einer Reihe bewusster von oben – von der stalinistischen Führung der russischen Partei – durchgeführter Bemühungen, »kleinbürgerliche Tendenzen« und »Abweichungen«, das Gewicht der sozialdemokratischen Tradition, d.h. nach stalinistischem Modell die »Machenschaften des Klassenfeindes« zu beseitigen. Sie musste die Rolle all derer, die sich irgendwann einmal in einer anderen Position als der der stalinistischen Fraktion befunden hatten,

1052 Ernst Meyer, »Kommunismus«, in Bd. II von »Volk und Reich der Deutschen« (Berlin, 1929) [S. 142-154]

1053 Weber, a.a.O. I, S. 357; II, verschiedene Biografien.

minimieren, unterdrücken oder verzerren, um die Rolle ihrer Agent*innen in der KPD zu vergrößern und zu verherrlichen, was, wie bei Thälmann bis 1933 und bei Walter Ulbricht danach, bis zu Erscheinungen von »Personenkult« ging. Eine mit der vollständigen Veröffentlichung authentischer Dokumente unvereinbare – was Dürftigkeit der Produktion der »historischen« Institute der DDR im Verlauf der ersten Jahren erklärt – und auch gefährliche Aufgabe, denn Stalin verurteilte die »Bürokraten«, die »Papiere« für die Geschichtsschreibung brauchten und »Papierdokumente« schätzten.¹⁰⁵⁴

Die bloße Erwähnung der Menschen der in der Vergangenheit zerschlagenen Oppositionen lief Gefahr, in den Augen der jüngeren Generationen eine Vorstellung vom Bolschewismus und von der Partei, von ihren Zielen, ihren Mitteln, ihrem Wesen wiederzuerwecken, die sich von derjenigen, die das tägliche Leben und die offiziellen Reden vermitteln, völlig unterschied. Es wäre unklug gewesen, daran zu erinnern, dass die Kommunistische Internationale zu Lenins Zeiten die Weltrevolution und nicht den Aufbau des Sozialismus in einem einzigen Lande zum Ziel hatte, oder dass die Bolschewiki nicht an die messianische Vorbestimmung des russischen Volkes im Allgemeinen und ihrer Partei im Besonderen glaubten, sondern im Gegenteil die russische Revolution als die erste – und einfachste – Etappe einer Revolution betrachteten, die nur im Weltmaßstab siegen konnte. Es war gefährlich, die jüngeren Generationen wissen zu lassen – vor allem ab 1956 und dem explosiven Wiederaufleben der Arbeiter*innenräte in Polen und Ungarn –, dass die deutsche Revolution der Arbeiter*innen- und Soldatenräte die Merkmale einer regelrechten Sowjetrevolution angenommen hatte, und dass es damals in Deutschland keine Partei gab, die in irgendeiner Weise dem von den stalinistischen Historiografen präsentierten Bild der bolschewistischen Partei glich, der unbesiegbaren, »zentralisierten und monolithischen« Phalanx, mit ihren vom »Marxismus-Leninismus« »gestählten« Kadern, ihrem unfehlbaren Apparat, einer rückwirkenden Projektion der allmächtigen SED, der Einheitspartei der DDR. Schließlich war es nicht möglich, die von den Führer*innen der russischen Revolution unterstützten Bemühungen der deutschen Aktivist*innen nachzuvollziehen, in Deutschland eine den deutschen Verhältnissen angepasste Partei vom bolschewistischen Typus aufzubauen, wenn dieser Aufbau in den ersten Jahren seiner Geschichte tatsächlich auf den Traditionen der proletarischen Demokratie

1054 In einem Brief an die *Proletarskaja Revoluzija* hatte Stalin den Historiker Sluzki beschuldigt, weil er geschrieben hatte, Lenin habe vor 1914 nicht auf einen Bruch mit den Opportunisten der Zweiten Internationale orientiert, und Kautsky für einen »orthodoxen Marxisten« gehalten, und dann dafür, dass er festgestellt hatte, Lenin habe sich nicht mit der deutschen Linken gegen das Zentrum solidarisiert. Sluzkis Argument, dass man kein »Dokument« im Sinne der von Stalin vertretenen These »gefunden« habe, rief dessen Zorn hervor: »Wer, außer hoffnungslosen Bürokraten, kann sich auf papierne Dokumente allein verlassen? Wer, außer Archivratte, begreift nicht, dass Parteien und Führer vor allem auf Grund ihrer Taten geprüft werden müssen und nicht nur auf Grund ihrer Deklarationen?« (Stalin, »Les Questions du léninisme«, Bd. II, S. 67 [»Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus«, Stalin Werke, Band 13, S. 76-91, hier S. 86]).

beruhte, der Anerkennung von Tendenzen und sogar von organisierten Fraktionen, der Praxis von Vollversammlungen von Aktivist*innen und Verantwortlichen, von Minderheiten aufgetragenen Gegenberichten, breiten Diskussionen, der Öffnung der Presse für oppositionelle Strömungen, der Vertretung von Minderheiten in den Leitungsgremien.

Die Geschichte des Bolschewismus ist voll von Beispielen, die ihn in einigen wesentlichen Punkten als Antithese zum Stalinismus erscheinen lassen, der behauptet, ihn fortzusetzen. Die Geschichte des deutschen Kommunismus ist vielleicht unter diesem Gesichtspunkt noch reichhaltiger. Schon Anfang der dreißiger Jahre waren es die Persönlichkeit und die Rolle Rosa Luxemburgs, die Stalin sich vornahm, um die russischen Historiker*innen in die Schranken zu weisen¹⁰⁵⁵ und Radeks Theorie über die »Strömungen« zu »zerschlagen«, deren historisches Zusammentreffen die kommunistische Weltbewegung hervorgebracht habe¹⁰⁵⁶, eine Offensive, die notwendig war, um das Dogma des allwissenden »Bolschewismus« und »Leninismus« durchzusetzen, das in einem bewussten Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgebaut wurde. Die unerbittliche Kritik an der »Überschätzung« Rosa Luxemburgs war eine der Konstanten der stalinistischen Ära gewesen, wobei Rosa und ihre Spartakusgefahr*innen umso verdächtiger waren, als sie die bolschewistische Führung kritisierte

1055 In seinem Brief gegen Sluzki schwelgt Stalin in einer »Kritik« an den linken Sozialdemokrat*innen Parvus und Rosa Luxemburg und ihrem »halbmenschwistischen Mischmasch« (ibidem, S. 63-65 [a.a.O., S. 81-83, Zitat S. 83]). Er wirft Sluzki vor, sie zu verteidigen, weil er selbst ein »Trotzkist« sei, während »der Trotzkismus [...] ein Vortrupp der konterrevolutionären Bourgeoisie« sei und schließt: »Deshalb ist der Liberalismus gegenüber dem Trotzkismus, auch wenn dieser geschlagen ist und sich maskiert, eine Torheit, die an ein Verbrechen, an einen Verrat an der Arbeiterklasse grenzt.« (S. 69 [a.a.O., S. 89]). In einer Rede »Für ein bolschewistisches Studium der Parteigeschichte« sagte Kaganowitsch am 1. Dezember 1931, dass »Rosa Luxemburg in einer Reihe von grundlegenden Fragen von den Bolschewiki abwich (...) sich den Zentristen annäherte. Sie war den Trotzkisten, Trotzki [...] näher.« (Corr. Int., Nr. 114, 23. Dezember 1931, S. 1257 [Hier eigene Übersetzung des russischen Textes https://prorivists.org/doc_kaganovich-1931/, abgerufen am 20. 11. 2022]).

1056 In der in der vorigen Anmerkung erwähnten Rede sagte Kaganowitsch: »Auf der Fraktion der Gesellschaft marxistischer Historiker sprach Genosse Radek. Aus seiner Rede geht hervor, dass die Komintern das Beste aus der Arbeiterbewegung in ihre Reihen aufgenommen hat und dass wir in der Komintern jene Strömungen und Ströme nicht vergessen dürfen, die in die bolschewistische Partei geflossen sind. Genosse Radek hätte verstehen müssen, was diese Theorie der »Ströme« ist. (...) Genosse Radek muss verstehen, dass die Theorie der Bäche eine Basis für die Freiheit der Gruppierungen, für die Freiheit der Fraktionsmacherei bringt. Wenn man den »Bach« berücksichtigt, muss man ihm die Möglichkeit geben, seine »Strömung« zu haben. Nein, Genossen, unsere Partei ist nicht eine Ansammlung von trüben Bächen, sondern ein so mächtiger und monolithischer Strom, den kein Bach aufhalten kann, denn er hat alle Möglichkeit, alle Hindernisse auf seinem Weg zu zerbrechen.« (ebenda, S. 1260 [wieder eigene Übersetzung von a.a.O.]). Erinnern wir uns daran, was Radek 1919 im Namen der Internationale schrieb: »Die Kommunistische Internationale ist kein künstliches Produkt der Sowjetregierung, wie es die Lloyd George, Clemenceau, Scheidemann und Hilferding annehmen. (...) Die Kommunistische Internationale ist die Zusammenfassung aller revolutionären Tendenzen der alten Internationale, wie sie durch den Krieg geklärt und verstärkt wurden. Ihren Samen haben nicht nur die Bolschewiken [...] gesät, sie wurde vorbereitet durch Debs, De Leon, die heldenhaften Kämpfer der IWW, (...) durch Jules Guesde wie Loriot und Monatte, (...) durch die Arbeit Rosa Luxemburgs, Warskis, Tyszkas, (...) durch die Arbeit der verspotteten holländischen Tribunisten, wie durch die Kämpfe, die wir Linksradikalen in Deutschland zehn Jahre geführt haben.« (Die Entwicklung..., S. 62 [tats. S. 58]).

hatten und häufig ihre tiefe Verbundenheit mit der Arbeiter*innendemokratie und der Initiative der Massen deutlich machten. Unter diesem Gesichtspunkt war sogar die »Rehabilitierung« der Sozialdemokratie einfacher, wie die Nachsicht zeigt, die man zur Zeit der Gründung der SED ehemaligen sozialdemokratischen Persönlichkeiten wie Friedrich Ebert junior gewährte.

Die »Entstalinisierung« sollte diese Situation etwas verändern. Ermutigt durch die relative Öffnung der Archive in der Sowjetunion, durch die Angriffe der neuen Führer*innen gegen den »Personenkult« und Stalin selbst, und angetrieben durch den Impuls der Neugier und den Durst nach Wahrheit, der sich seit 1953 und besonders 1956 bei den jüngeren Generationen manifestierte, wollten die Forscher*innen versuchen, eine Geschichte mit einem wissenschaftlicheren Erscheinungsbild zu etablieren, die fähig war, die westliche Historiographie zu konfrontieren, alles in allem inspiriert von einem »Parteigeist«, d.h. unter Berücksichtigung der von der Macht diktierten politischen Notwendigkeiten. Unter diesen Bedingungen wurde die erste offizielle Version irgendeines Maßstabs der Geschichte des deutschen Kommunismus, der »Grundriss ...«, geschrieben und diskutiert, der zum ersten Mal, wenn auch nur teilweise und in indirekter Form, die Thesen der Führer*innen in Frage stellte.

1957 griff der Historiker Robert Leibbrand, ein alter Aktivist¹⁰⁵⁷, in den Spalten der »Einheit« die im berühmten »kurzen Lehrgang«¹⁰⁵⁸ dargestellte Stalinsche These an, wonach die Revolution von 1918 »eine bürgerliche Revolution und keine sozialistische« gewesen sei, in denen die Arbeiter*innen- und Soldatenräte keine Organe der Doppelherrschaft wie die Sowjets waren, sondern »das gefügige Werkzeug« der Bourgeoisie, da in ihnen die deutschen Sozialdemokraten, Unabhängigen und andere Menschewiki »herrschten.«¹⁰⁵⁹ Für ihn war die deutsche Revolution »nach ihrer historischen Aufgabe, nach ihren Grundkräften und nach den Zielen des Proletariats« eine besiegte »sozialistische Revolution.« Er argumentiert, sie als »bürgerliche Revolution« zu charakterisieren, sei »eine Unterschätzung und Verkleinerung dieses großen Kampfes des deutschen Proletariats.«¹⁰⁶⁰

Leibbrands Bemühen wurde bald von einem anderen Historiker unterstützt, einem noch angesehenen Veteranen, dem alten spartakistischen Kämpfer Albert Schreiner, der in einer historischen Zeitschrift schrieb, dass er nach eingehender Beschäftigung mit der Frage gezwungen sei zu erklären, dass er »seine« alte Interpretation der Novemberrevolution 1918 als »bürgerliche Revolution« aufgibt.¹⁰⁶¹ Damals griff ein

1057 Leibbrand war 1923 junger Sekretär der Kommunistischen Jugend Halle und Mitglied des Streikkomitees im August gegen Cuno (Ersil, a. a. O., S. 80 und 322).

1058 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Moskau, deutsche Ausgabe, 1939.

1059 Ebenda, S. 279.

1060 R. Leibbrand, »Zur Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution«, Einheit, Nr. 1, Januar 1957, [S. 102-108, hier] S. 108 und 107.

1061 A. Schreiner, »Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland vor

junger Historiker, Roland Bauer, der sich auf deutsche und russische Zeitdokumente der Novemberrevolution und insbesondere auf die – unangreifbaren – Texte Karl Liebknechts und Lenins selbst stützte, die stalinistische These von der »bürgerlichen Revolution« energisch an, von der jeder wusste, dass sie gleichermaßen die von Walter Ulbricht ist. Er fasst die Debatte über den Gegensatz zweier Grundthesen, die der »bürgerlich-demokratischen Revolution« und die der »nicht siegreichen proletarischen Revolution«, zusammen und unterstreicht, dass die zweite, zu der sich »*ein immer größer werdender Kreis*« von Historiker*innen zusammenfindet, auch »*die alte Meinung der marxistischen Historiker*« war.¹⁰⁶² Seine Schlussfolgerung ist kategorisch:

»Die Novemberrevolution war folglich ihrem Charakter nach eine über die ersten Anfänge nicht hinausgekommene, niedergeschlagene proletarische Revolution.

Eine solche Einschätzung entspricht sowohl den Auffassungen von Marx, Engels und Lenin über die proletarische Revolution als auch den Einschätzungen der Novemberrevolution durch den Spartakusbund und die Kommunistische Partei Deutschlands.»¹⁰⁶³

Kaum eröffnet, wird diese grundsätzliche, aber nach Auswirkungen und Konsequenzen schwerwiegende Diskussion auf autoritärem Wege abgeschlossen. Walter Ulbricht beendete die Debatte, die zu diesem Punkt im Politbüro stattgefunden hatte, indem er in den Spalten des Parteiorgans »Neues Deutschland« bekräftigte, dass die einzige Interpretation der Novemberrevolution, die mit dem »*Standpunkt des Marxismus*« übereinstimme, die einer »*bürgerlich-demokratischen Revolution, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde*«, sei, und indem er »*die falschen Auffassungen einiger Genossen Historiker über den Charakter der Novemberrevolution*« formell verurteilte.¹⁰⁶⁴ Die alte, auf diese Weise bekräftigte These bleibt also die Grundlage der offiziellen Geschichte, und die neue Version der Geschichte der KPD weist keine wesentlichen Änderungen gegenüber der »Stalinschen« Geschichte des »kurzen Lehrgangs« auf. Brandler und seine Genoss*innen bleiben »Parteifeinde« und »rechte Opportunisten«, und die Genoss*innen von Ruth Fischers Tendenz »*sektiererische Ultralinke, Parteifeinde*.« Aber Walter Ulbricht, der 1923 zu Brandlers Gruppe gehörte, und Ernst Thälmann, der Ruth Fischer und Maslow folgte, werden als die »*gesunden*«, »*revolutionären*« Kräfte dargestellt, die innerhalb der KPD für die Verteidigung der marxistisch-revolutionären Sichtweise kämpften. Während das Protokoll des Leipziger Parteitages in extenso den

und während der Novemberrevolution«, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 1, 1958, [S. 7-37, hier] S. 32.

1062 Roland Bauer, »Über den Charakter der Novemberrevolution«, ebenda, [S. 134-168, hier] S. 142.

1063 Ebenda, S. 168.

1064 Neues Deutschland, 18. Juni 1958 [S. 4, Sp. 1 – S. 5, Sp. 1, »Über den Charakter der Novemberrevolution«, Zitate S. 4, Sp. 2 und S. 5, Sp. 1]

Text einer Intervention Ulbrichts wiedergibt, die ganz einer Polemik gegen Ruth Fischer und ihre »linken« Interpretationen des Kräfteverhältnisses in Deutschland gewidmet ist¹⁰⁶⁵, schreiben die Redakteure des »Grundriss«:

»Bereits im Jahre 1923, auf dem Höhepunkt der revolutionären Nachkriegskrise, erwies sich Walter Ulbricht als einer der Parteiführer, die sich auf dem Leipziger Parteitag der KPD gegen die rechtsopportunistische Entstellung der marxistisch-leninistischen Staatstheorie durch die Gruppe Brandler/Thalheimer wandten.«¹⁰⁶⁶

Bei allem Kult um seine eigene Person verlor Walter Ulbricht seine politischen Ziele nicht aus den Augen, die Verteidigung eines Status quo zur Rechtfertigung seiner Position. In einer Rede vor dem Zentralkomitee während der Debatte über den Grundriss, erklärte er:

»Ich habe den Vorteil, dass ich während zweier Epochen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bewusst und aktiv an der Führung beteiligt war. Wenn ich in diesem Referat eine Anzahl Fragen der Strategie und Taktik behandle, so basiert das nicht nur auf theoretischen Kenntnissen und systematischer Auswertung der Erfahrungen, sondern auch auf der persönlichen Teilnahme an diesen großen Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse.«¹⁰⁶⁷

Damit wollte er die faktisch weitgehend offen gebliebene Debatte über die jeweiligen Verbindungen der Bremer Linksradikalen und der Spartakist*innen zum Bolschewismus, eine wichtige Frage, die in der Zeit der Entstalinisierung von Wilhelm Eildermann und Karl Dreschler¹⁰⁶⁸ aufgegriffen wurde, mit der Feststellung beenden:

»Es ist (...) falsch zu sagen, die Bremer Linken seien in der Frage der Partei die theoretisch klarste Gruppe der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gewesen. (...) Die Spartakusgruppe kam den Bolschewiki am nächsten. Ihre Tätigkeit wirkte sich direkt oder indirekt auf alle revolutionären Gruppen in Deutschland aus und fand in der internationalen Arbeiterbewegung, besonders bei Lenin und den Bolschewiki, größte Unterstützung. Eine Gleichstellung der Bremer Linksradikalen mit der Spartakusgruppe oder gar ihre Höherschätzung entspricht deshalb nicht den historischen Tatsachen.«¹⁰⁶⁹

1065 Bericht III (8) ... S. 356-357.

1066 Einheit, Nr. 6, Juni 1963, S. 5. [Hermann Matern, Die führende Rolle Walter Ulbrichts bei der Entwicklung der Strategie und Taktik unserer Partei, S. 3-19, tats. S. 4]

1067 Einheit, August 1962 (Sondernummer), S. 5.

1068 Die Oktoberrevolution in Deutschland (Historikertreffen, 25.-30. November 1957 in Leipzig), S. 223.

1069 Einheit, August 1962 (Sondernummer), S. 28-30.

Wie Hermann Weber in seiner kritischen Arbeit zum Grundriss¹⁰⁷⁰ hervorhebt, geht es hier für Ulbricht nicht nur um die Behauptung, dass der unbestrittene Führer der SED nur der konsequentesten und historisch bedeutendsten Gruppe angehört haben kann, eine Notwendigkeit, die seiner Ansicht nach das Gleichgewicht der Geschichte zugunsten des Spartakusbundes kippt; es geht vor allem darum, durch »revidierte« Geschichte ein grundlegendes und unantastbares Prinzip zu bewahren:

»Es kann immer nur eine Gruppe richtig handeln, nur eine die ‚führende Rolle‘ haben, und nur eine Linie politisch richtig sein, damit der politische Führungsanspruch der SED historisch untermauert wird.«¹⁰⁷¹

In der Tat, in einer Rede, die zu einem guten Teil der Anprangerung von Auffassungen gewidmet ist, die er als »revisionistisch« bezeichnet, stimmt Walter Ulbricht für sich und für seine Partei einer einzigen Revision zu, aber einer bedeutenden, wenn er ausruft:

»Die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse in der Novemberrevolution und die Niederlagen der revolutionären Erhebungen des Proletariats in anderen imperialistischen Staaten nach dem ersten Weltkrieg haben bewiesen, dass die Arbeiterklasse in Ländern mit einem stärkeren staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht in einem Sprung die Diktatur des Proletariats errichten kann.«¹⁰⁷²

So wird, wie Hermann Weber anmerkt, nicht nur vom Führer der SED bekräftigt, dass Deutschlands Weg zum Sozialismus nur war, sein konnte und sein kann, was er in der DDR unter der Führung Walter Ulbrichts ist, sondern rechtfertigte auch – entgegen dem Grundgedanken Marx', Lenins und Rosa Luxemburgs – die ganze bisherige Politik des Aufbaus des »Sozialismus in einem Land«, die selbstmörderische Politik, die der KPD durch Stalins Internationale zwischen 1931 und 1933 diktiert wurde, nicht zu reden von der jüngsten Politik der kommunistischen Parteien im Rahmen der »friedlichen Koexistenz«, des »Kampfes für fortschrittliche Demokratie« und des »parlamentarischen Weges zum Sozialismus«...

Wie Habedank, der in seiner Geschichte des Hamburger Aufstandes als einer der ersten versuchte, die Verwendung von »Papierdokumenten« zu rehabilitieren¹⁰⁷³, laufen Forscher*innen heute noch Gefahr, auf ein Veto der politischen Führer*innen zu stoßen. Wie in der Sowjetunion kann die historische Forschung nicht von den politischen Konsequenzen abstrahiert werden, die sie impliziert. Arnold Reisbergs Arbeiten über die Rolle Lenins bei der Ausarbeitung der Politik der Arbeiter*inneneinheitsfront¹⁰⁷⁴,

1070 H. Weber, Ulbricht fälscht Geschichte (Ein Kommentar mit Dokumenten zum »Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«), 1964.

1071 Ebenda, S. 110.

1072 Einheit, August 1962 (Sondernummer), S. 33.

1073 Heinz Habedank, Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923, Berlin, 1958.

1074 Insbesondere »Lenin und die Aktionseinheit in Deutschland«, sowie die Artikelserie in BzG zum

die die Persönlichkeit und die Rolle Karl Radeks für die Leser der DDR feststellte und Brandler gerecht wurde, kann trotz der sprachlichen Vorsichtsmaßnahmen, mit denen sie umgeben sind, nicht umhin, Überlegungen und Fragen zu provozieren.

Man kann im Übrigen feststellen, dass im Hauptpunkt der Perspektiven der proletarischen Revolution in den fortgeschrittenen Ländern die von Walter Ulbricht formulierte theoretische Revision in mehr oder weniger nuancierter Form von den Hauptwerken der Geschichtsschreibung im Westen gestützt wird. So schreibt Werner Angress am Ende seiner Studie über die KPD zwischen 1921 und 1923.¹⁰⁷⁵

»Sie dachten sich diese Revolution als von ihnen inspiriert und angeführt, aber von den Massen der deutschen Arbeiter durchgeführt. Diese Vision wurde in den Wochen nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs erschüttert und hörte nach dem Januar 1919 auf, ein machbares Unternehmen zu sein. Es war eine Tragödie für die KPD, und in der Tat für die Weimarer Republik, dass die deutschen Kommunisten unfähig waren, die Endgültigkeit ihrer Niederlage zu akzeptieren. Ihre verschiedenen Griffe nach der Macht, die erst mit dem Ende von 1923 endeten, waren zum sicheren Scheitern verurteilt, und die Partei konnte wenig Trost in dem Gedanken finden, dass ihre Versuche nicht die einzigen gescheiterten Revolutionsversuche in der Geschichte des modernen Deutschlands waren.«¹⁰⁷⁶

Richard Lowenthal, dessen Studie über *»die Bolschewisierung des Spartakusbundes«*¹⁰⁷⁷ zweifellos eine Pionierarbeit ist, geht in die gleiche Richtung. Zur eigentlichen Geschichte der KPD malt er schwarz und weiß, was östliche Autoren weiß und schwarz malen und kommt zu dem Schluss, dass es die Exekutive der Internationale war, die in die deutsche kommunistische Bewegung *»Techniken der Organisation«* einführte, die er aufzählt:

»die absichtliche Vermischung verschiedener Elemente, um eine weniger homogene und gefügigere Führung zu schaffen; die Förderung der Bildung von ‚Flügeln‘, die die Komintern dann gegeneinander ausspielen konnte; die Aufnahme allgemeiner Schlüsselphrasen in Parteidokumente, die später als Maßstab für die Leistung der Führer herangezogen werden konnten; der allmähliche Aufbau parteiinterner Legenden über widerspenstige Führer, um sie zu diskreditieren, zunächst durch Flüstern, dann öffentlich durch den Mund von Gegnern, schließlich durch offene Inanspruchnahme der Autorität der Komintern.«¹⁰⁷⁸

 Thema.

1075 Werner T. Angress, *Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany 1921-1923*, Princeton, 1963.

1076 Ebenda, S. 475.

1077 R. Lowenthal, *»The Bolshevisation of the Spartakus League«*, *St Antony's Papers*, Nr. 9, London, 1960, S. 23-71.

1078 Ebenda, S. 68.

Vor allem erklärt er, wie Walter Ulbricht selbst, das Scheitern der revolutionären Partei in Deutschland mit der Unmöglichkeit einer Revolution in einem industriell entwickelten Land:

»Die Übertragung von Autorität auf die Komintern beruhte auf dem Scheitern aller nicht-bolschewistischen revolutionären Bewegungen in Europa. Das Abdriften der kommunistischen Basis nach links entsprang der Unmöglichkeit, auf Dauer eine eigenständige revolutionäre Partei mit einem ›luxemburgistischen‹ Rollenverständnis aufrechtzuerhalten. Aber beide Umstände drückten eigentlich die Tatsache aus – heute offensichtlicher als damals –, dass die grundlegende Erwartung Rosa Luxemburgs und der nicht-bolschewistischen revolutionären Marxisten im Allgemeinen durch die Geschichte widerlegt wurden: die Erwartung, dass die Arbeiterklasse des industriell fortgeschrittenen Europas durch ihre eigenen Erfahrungen zunehmend revolutioniert würde. (...) Letztlich wurden die Erben von Rosa Luxemburg von den ›Bolschewisierern‹ besiegt, weil ihre eigene Vision der proletarischen Revolution keine Zukunft hatte.«¹⁰⁷⁹

Er macht, im Gegensatz zu vielen anderen westlichen Historiker*innen, die notwendige Unterscheidung zwischen der Internationale zu Lenins Zeiten und der in den folgenden Jahren unter der Herrschaft Stalins und schreibt:

»Hätte Lenin das Endergebnis des Prozesses, den wir als Bolschewisierung der kommunistischen Parteien bezeichnen, vorhersehen können, hätte er sich vielleicht aufrichtig gegen diese Bezeichnung gewehrt. Aber wenn man nicht nach den bewussten Absichten, sondern nach den historischen Folgen urteilt, hätte er Unrecht gehabt.«¹⁰⁸⁰

Was uns betrifft, glauben wir, dass Walter Ulbricht, Richard Lowenthal und Werner Angress sich irren, wenn sie meinen, dass Lenin und Rosa Luxemburg den grundlegenden Fehler begangen haben, an die Möglichkeit einer proletarischen Revolution und ihres Sieges in einem fortgeschrittenen Land zu glauben. Wir glauben, dass die Kommunistische Partei Deutschlands hätte siegen können, auch wenn sie besiegt wurde. Es existiert kein Schicksalsbuch der Menschheit, in dem im Voraus der Sieg des russischen Oktobers und die Niederlage des deutschen Oktobers, der Sieg Stalins und der Sieg Hitlers, geschrieben standen. Es sind Menschen, die Geschichte machen.

1079 Ebenda, S. 69-70.

1080 Ebenda, S. 71.

Kapitel XLIV: Die Übertragung des Bolschewismus auf den deutschen Körper

Die Geschichte der KPD – Spartakusbund, KPD(S), VKPD, ganz einfach KPD – ist nicht das Schwarz-Weiß-Epos des von den Gerechten gegen die Bösen, die rechten Opportunist*innen oder die linken Sektierer*innen, geführten Kampfes. Es ist auch nicht die langsame Agonie eines sozialistischen und revolutionären Sektors der deutschen Arbeiter*innenbewegung unter der Umarmung einer fremden Organisation, die bewusst darauf abzielt, ihn seiner Klassensubstanz zu entleeren. Sie stellt einen Moment im Kampf der deutschen Arbeiter*innenbewegung um ihr Bewusstsein und ihre Existenz dar und kann nicht außerhalb der Krise der Sozialdemokratie verstanden werden, die lange latent und unterschwellig, seit 1914 manifest und öffentlich war.

Die Sozialdemokratie hatte den Ausdruck der deutschen Arbeiter*innenbewegung mit ihren Charakteristika dargestellt und stellte ihn 1914 weiter weitgehend dar: der Ernsthaftigkeit der Organisation, der strengen Disziplin, die von den in »Fraktionen« zusammengeschlossenen Aktivist*innen verlangt wurde, die Koexistenz eines Minimalprogramms, das eine reformistische Praxis diktierte, und des Programms der proletarischen Revolution, das für eine ganze historische Periode in den Hintergrund geworfen wurde. Der Weltkonflikt beendete diesen in den Jahren der Expansion penibel angepassten Kompromiss, der in den Vorkriegsjahren mühsam bewahrt wurde. Er erzwang praktisch eine Entscheidung zwischen den beiden Perspektiven, die bis dahin als komplementär dargestellt worden waren, die aber durch die Situation zum Widerspruch wurden. Wenn die Fortsetzung des Kampfes für die Verwirklichung – oder zumindest die Erhaltung der Errungenschaften – des Minimalprogramms auf dem Weg des Burgfriedens mit den herrschenden Klassen zu verlaufen scheint, so ist es klar, dass die revolutionäre Perspektive auf dem Weg des – notfalls illegalen – Kampfes gegen den Krieg und der Vorbereitung des Bürgerkriegs verläuft.

Die Krise der deutschen Sozialdemokratie setzt Elemente frei, die seit mehreren Jahrzehnten in ihrer Mitte eingeschmolzen waren. Die alten Strömungen tauchen wieder auf: der »Korporatismus« der Gewerkschaften, die mit den Unternehmer*in-

nen ein Abkommen suchen, das sie privilegiert, der Bernsteinsche »Revisionismus«, der sich mit der demokratischen und nationalistischen Bewegung wiederbelebt, der »Syndikalismus«, der die parlamentarischen »Illusionen« über Bord wirft, die Organisation »an der Basis« predigt, die direkte Aktion befürwortet und die Tugenden der »Spontaneität« gegenüber den Lastern der »Organisation« feiert. Die »zentristisch« genannten Strömungen schwanken zwischen den unvermeidlichen Wahlmöglichkeiten, drücken alle sowohl die Kontinuität der sozialdemokratischen Tradition als auch den Widerstand gegen die Anpassung angesichts der objektiven Veränderung der Lage, den Konservatismus als Verteidigungsreflex angesichts der Krise und den Wunsch nach einer Rückkehr zum Status quo ante, der als goldenes Zeitalter betrachtet wird, aus. Der Linksradikalismus ist sowohl alte Strömung als auch neuer Reflex, eine globale Negation der Vergangenheit und ein kindlicher Wunsch, den Lauf der Dinge zu erzwingen, eine Verweigerung jedes Kompromisses und sogar jedes Übergangs, ein vereinfachender Maximalismus und ein ungeduldiger und oberflächlicher Utopismus, der jedoch durch den abwegigen Charakter der Politik der »Regierungssozialisten« attraktiv gemacht wird.

Die Russische Revolution greift, zunächst indirekt, dann direkt und auf entscheidende Weise, in diese Krise ein. Der Bolschewismus ist auf gewisse Weise eine der deutschen Arbeiter*innenbewegung äußerliche, um nicht zu sagen fremde Erfahrung und Lehre: Die bolschewistische Partei wurde auf der Grundlage spezifisch russischer Bedingungen aufgebaut. Aber der Bolschewismus hat sich nie als spezifisch russisch empfunden. Lenin beschrieb ihn als geboren auf der Grundlage der Welt Erfahrung der sozialdemokratischen Bewegung, die mit den konkreten Bedingungen des Kampfes im Zarenreich konfrontiert war. Es ist übrigens das Maximalprogramm der Sozialdemokratie, die marxistische Perspektive der proletarischen Revolution zur Errichtung des Sozialismus, die durch den Sieg der Oktoberrevolution von 1917 eröffnet wurde. Wie dem auch sei, der Bolschewismus stellt für die deutschen Revolutionär*innen, egal welcher Gruppe oder welchem Grüppchen sie angehören, zunächst und vor allem die Theorie und Praxis dar, die die russischen Arbeiter*innen zum Sieg führten.

Es gab keine deutschen »Bolschewiken« vor der Oktoberrevolution. Ein Karl Radek stand Lenin sicherlich sehr nahe – er hatte nicht mehr oder weniger Differenzen mit ihm als ein Bucharin oder ein Pjatakow –, aber es fällt schwer, ihn damals als deutschen Aktivisten zu betrachten, auch wenn er durch seine persönlichen Verbindungen in der Lage war, die Verbindung zwischen der Zimmerwalder Linken und den deutschen Internationalist*innen zu gewährleisten.¹⁰⁸¹ Die Bremer Linksradikalen sind fasziniert und in gewisser Hinsicht geblendet von der bolschewistischen Erfahrung, die sie für sich beanspruchen, sind aber mit ihrer Theorie der

¹⁰⁸¹ Und auch wenn er sich in seiner bereits zitierten Broschüre (Kap. XLIII, Fn. 10) als deutscher Aktivist darstellt: Rosa Luxemburg ist dort durchaus als polnische Aktivistin vertreten!

»Industrieunionen«, ihrem instinktiven Linksradikalismus in Gewerkschafts- und Wahlfragen zweifellos näher an den von Lenin jahrelang in seiner eigenen Fraktion bekämpften Linksradikalen der russischen Bewegung, als an dem, was man »Bolschewismus« nennen kann. Die Spartakist*innen ihrerseits können mit den Bolschewiki in einigen wichtigen taktischen Punkten übereinstimmen, z.B. beim Einsatz der parlamentarischen Tribünen und dem Aktivismus innerhalb der opportunistischen Gewerkschaften; sie scheinen im Laufe der Jahre nicht weniger unempfänglich für die bolschewistische Parteikonzeption zu sein, feindselig gegenüber der Zentralisierung, die sie als unvermeidlich bürokratisch und »bürokratisierend« beurteilen, der Spontaneität und der Identifikation zwischen der Arbeiter*innenklasse und ihrer politischen »Bewegung« zugeneigt, widerspenstig auch gegenüber den Argumenten über die »Arbeiteraristokratie«, mit deren Hilfe die Lenin und Radek die historische Notwendigkeit der freiwilligen Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung durch die Revolutionär*innen begründen.

Spartakist*innen, Linksradikale aller Schattierungen und Bolschewiki sind jedoch von der Notwendigkeit der internationalen Kampforganisation überzeugt. Das Prestige des siegreichen russischen Beispiels, verbunden mit der Proklamation der Kommunistischen Internationale, reiht sie alle, so heterogen sie in ihren Theorien und ihrer Praxis auch sind, in das Lager ein, das die Fahne »Moskaus« schwenkt. Von da an wird es unvermeidlich – und für viele wünschenswert –, dass der Bolschewismus als siegreiche Theorie und Praxis der Revolution sich auf den in der Krise befindlichen Körper der deutschen Arbeiter*innenbewegung transplantierte, indem er an ihre revolutionären Strömungen andockte, ohne sie zu »russifizieren«, sondern im Gegenteil, indem er sich »germanisierte«, indem er ihnen nicht seine Rezepte, sondern seine Erfahrung und seine allgemeine Linie übertrug. Verschwunden war die alte Spartakist*innengarde – vor allem Rosa Luxemburg und Leo Jogiches –, für die Lenin in erster Linie der Führer der unermüdlichen bolschewistischen Fraktion mit ihren Intrigen und Ultimaten war, der Führer des Grüppchens, mit dem sie sich jahrelang herumgeschlagen hatten; die Jüngeren, die ihnen nachfolgten, sehen in ihm vor allem den Theoretiker und den revolutionären Führer, den Mann, der die Entartung des alten Hauses voraussehen und seine Partei davor zu bewahren wusste, den Einzigen, der fähig war, mit der Verwirklichung des Maximalprogramms, der Weltrevolution, zu beginnen. Dieses Aufpfropfen des Bolschewismus auf den linken Flügel der deutschen Bewegung erscheint daher allen als eine historische Notwendigkeit, als die berechtigte dialektische Wiederkehr der internationalen Erfahrung, bereichert durch den Sieg in einem ihrer Sektoren: die russischen Revolutionär*innen geben den deutschen Revolutionär*innen den Erfahrungsschatz zurück, den sie von der deutschen Sozialdemokratie geerbt haben, das Erbe, das sie fruchtbar zu machen wussten. Die »Bolschewisierung« der deutschen kommunistischen Partei in den Jahren, die uns interessieren, ist nicht die mechanische Umsetzung von Organisationsre-

zepten, Losungen und Anweisungen, die sie später sein wird; es ist das Bemühen, den Bolschewismus in die deutsche Sprache, in die deutsche Arbeiter*innenmentalität, in die deutsche sozialistische Praxis zu übersetzen, der Versuch, in Deutschland wie anderswo eine »kommunistische« – denn das ist die verwendete Vokabel – Organisation zu schaffen, und nicht eine »bolschewistische«, die den russischen Zweig der Bewegung kennzeichnet.

Wenn der Gründungsparteitag der KPD(S) das Schauspiel einer Organisation gegeben hatte, die nur sehr entfernt einer Partei ähnelte, und absolut nicht dem, was eine kommunistische Partei in Deutschland hätte sein können oder sollen, wenn also die KPD(S) bei ihrer Geburt tatsächlich gleichzeitig und widersprüchlich »spartakistisch« und »linksradikal« war, so markiert der Parteitag von Heidelberg zumindest im Geist des leitenden Teams eine tiefe Wandlung. Die Resolutionen des 2. Parteitages der KPD(S) stellen in der Tat den ersten systematischen Versuch dar, die Prinzipien und die Taktik des Bolschewismus in Russland zu übernehmen, ein beträchtlicher Fortschritt gegenüber dem Gründungsparteitag, wenn man zugeben will, dass die bolschewistische Partei nicht immer die Partei der Massen war, die sie damals war – und dass sie in ihrer Geschichte auch Spaltungen und eine so reduzierte Mitgliederzahl wie die der KPD(S) in der Folge des Heidelberger Parteitages kannte. Die Tatsache ist umso bemerkenswerter, als dass sich die Bolschewiki selbst in den Heidelberger Beschlüssen nicht gerade wiedererkennen, und da die deutschen Kommunist*innen, Levi wie Thalheimer, in ihrer Diskussion mit Lenin bolschewistischer erscheinen als die Bolschewiki selbst.

In der durch den Heidelberger Parteitag eröffneten Periode des Aufbaus der Partei nimmt die Transplantation ihren Lauf. Nicht nur die russischen Erfahrungen, wie sie sich in der Form der einundzwanzig Bedingungen konzentrieren, beginnen die Konturen und das Funktionieren der deutschen Partei zu modellieren, sondern das Umgekehrte ist gleichermaßen wahr. Die Erfahrung des Klassenkampfes in Deutschland, wie sie mehr oder weniger von der Leitung der KPD aufgenommen ist, wird in den internationalen Organismus eine gewisse Anzahl von Themen und Positionen von kapitaler Bedeutung einführen: Lenin macht mit »Die Kinderkrankheit ...« nichts anderes, als die von Radek und von Levi gegen die Opposition und die Leute der KAPD entwickelten Themen zu systematisieren, zweifellos mit größerem Abstand und weniger Bissigkeit; es ist die in Deutschland gelebte Erfahrung, es ist das Tasten der Zentrale der KPD in der Frage der Arbeiter*innenregierung, die durch die Folgen des Kapp-Putsches und die Vorschläge Legiens aufgeworfen wurden, die diese nunmehr wesentliche Losung in den Korpus der Doktrin der Internationale einführen; es ist die Initiative der Stuttgarter Metallarbeiter*innen in ihrem Kampf gegen Dissmann, die den offenen Brief vom Januar 1921 inspirierte, in dem die Idee der Politik einer Arbeiter*inneneinheitsfront, die 1917 praktiziert wurde, aber noch nicht Bestandteil der Doktrin war, zum ersten

Mal klar formuliert wurde; Es ist das Anliegen, diese Einheitsfront von Arbeiter*innen, Kommunist*innen und Nichtkommunist*innen in Deutschland zu organisieren, die den Begriff der »Losungen« und »Übergangsforderungen« zuerst in den Diskussionen der Internationale, dann in ihrem Programm erscheinen lassen wird und die im Arsenal der kommunistischen Theorie den Platz einnehmen wird, der durch den Zusammenbruch der alten Erfurter Dichotomie zwischen Maximal- und Minimalprogrammen leer geblieben ist.

Allerdings gibt es dieses Transplantieren nicht, ohne einige Antikörper hervorzurufen. Es sind die deutschen Linksradiكالen, die dem Bolschewismus auf die Schulter klopfen, sich aber weigern, ihn anzuerkennen und ihn sogar mit aller Macht als »opportunistisch«, »rechts« und »kapitulantisك« bekämpfen, wenn er ihnen in seiner deutschen Übersetzung von Levi präsentiert wird. Es sind die Linksradiكالen der Internationale, und dahinter Sinowjew und Bucharin, die Apparatschiks der Exekutive, die sich energisch gegen alle deutschen Neuerungen stellen und systematisch den Druck des Milieus, das Gewicht des Opportunismus, den Einfluss der Sozialdemokratie anprangern. Gegen die einen wie die anderen, gegen den Konservatismus, der dazu neigt, die Theorie und Praxis des Vortages zu übernehmen, als ob sich die Welt nicht veränderte und als ob Kommunist*innen nichts aus dem Leben zu lernen hätten¹⁰⁸², ist es immer Lenin, der den Schaden begrenzt, voreilige Verurteilungen verhindert, den Aufschub einer schlecht begonnenen Diskussion erwirkt, um schließlich nicht einen Kompromiss, sondern eine Synthese zwischen den alten Prinzipien und den neuen Bedingungen vorzuschlagen.

Die Lage der deutschen Gesellschaft, die zynische Brutalität ihrer politischen Sitten, die Reaktion gegen die bürokratische Zwangsjacke der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, der Hass auf die Militärkaste, auf den Junker und den Bonzen, lassen weiterhin linksradikale Strömungen entstehen. Münzenberg verteidigte den Boykott des Parlaments nach dem Ausschluss Laufenbergs, und Bela Kun entdeckte die Vorzüge des aktiven Boykotts am Tag nach dem Heidelberger Parteitag ... Auf die »Putschisten« von 1919 folgten in der KPD(S) die Menschen, die, nachdem sie sie ausgeschlossen hatten, 1921 zu den Eiferer*innen der neuen Version von deren alter Theorie der »Offensive« wurden. Für einen von Lenin im Verlauf des 3. Kongresses der Internationale überzeugten Friesland gab es wie viele Schüler*innen Ruth Fischers und Maslows, vom Krieg empörte Intellektuelle, frustrierte und kämpferische Arbeiter*innen, summarisch in ihrer Strategie, ungeduldig in ihrer Taktik, ständig nach den Waffen und dem Aufstand greifend, immer bereit, auch den »Opportunismus« der Russ*innen oder der Führung anzuprangern und »Opportunismus«

1082 Radek schrieb bereits 1919, dass sich die Kommunistische Partei immer bewusst sein sollte, dass »nicht die Weltrevolution von ihr, sondern sie von der Weltrevolution zu lernen hat« (Die Entwicklung [der Weltrevolution und die Taktik der Kommunistischen Parteien im Kampfe um die Diktatur des Proletariats,] S. 21-22[, i.O. gesperrt]).

mit NEP und der Einheitsfront, mit Zugeständnissen an die Kapitalist*innen in der UdSSR und den »Übergangs«forderungen in einen Topf zu werfen? Auch hier spielt Lenin die Rolle des Vermittlers. Nicht in der Lage, 1919 die Spaltung und den Ausschluss der Linksradiكالen zu verhindern, hörte er nie auf, den Aktivist*innen der KAPD die Hand zu reichen, ohne sie in den Grundsatzdiskussionen zu schonen, und dehnte ab 1921 seinen Schutz auf die Linksradiكالen des Ruth-Fischer-Flügels aus, die er um jeden Preis in den Reihen der Internationale halten wollte.

Gegen die Sozialdemokratie, aber auch in gewisser Weise in ihr, und auf jeden Fall in Beziehung zu ihr, baut sich die Kommunistische Partei auf. Aber die Sozialdemokratie ist nicht unveränderlich. Wenn sie 1918-1919 den kommunistischen und unabhängigen Aktivist*innen das abstoßende Gesicht der »Noske-Partei« präsentierte, befreite sie sich nach 1920, zumindest dem Anschein nach, von ihren kompromittierendsten Verbindungen. Während Männer wie Lensch oder Winnig offen zum Klassenfeind übergangen und ausgeschlossen wurden, wurde Noske ausgegrenzt. Belehrt durch die Erfahrung des Kapp-Putsches, wollte sich die sozialdemokratische Partei, obwohl sie sich auf dem Görlitzer Parteitag offen als reformistisch, d.h. antirevolutionär proklamierte, das Gesicht einer Arbeiter*innenpartei geben: Es war ihre Daseinsberechtigung, die Arbeiter*innen für eine reformistische, vernünftige, realistische Politik zu gewinnen, die sie dem Abenteuer und der Verantwortungslosigkeit der »moskowitzischen« Revolutionär*innen entgegenstellte. Die Wiedervereinigung mit den rechten Unabhängigen im Jahr 1922 trug dazu bei, ihr ein verjüngtes Gesicht zu geben. Von nun an ist die sozialdemokratische Partei mit ihrem »linken« Flügel, der sich bereit erklärt, mit den Kommunist*innen gemeinsam zu diskutieren und zu handeln, wieder in der Lage, auf ihren feindlichen Bruder einzuwirken, ihn direkt oder indirekt unter Druck zu setzen, ihn oder Elemente von ihm anzuziehen, insbesondere in den Gewerkschaften, wo sie Seite an Seite arbeiten. Dieser Druck der Sozialdemokratie, verbunden mit dem sehr starken – und manchmal fast fetischistischen – Wunsch der Massen nach der Einheit der Arbeiter*innen, erklärt in gewisser Weise das Echo der Einheitsfrontpolitik in Deutschland oder zumindest die Art und Weise, wie sie von bestimmten Sektoren der kommunistischen Partei interpretiert wird. Mindestens so sehr wie die gewerkschaftlichen Verantwortlichkeiten, die einige der kommunistischen Führer*innen innehatten, wird dieser Druck die »rechten« Tendenzen der Partei im Jahr 1923 begünstigen.

Die KPD scheint also zwischen zwei sich ständig erneuernden, von der gesellschaftlichen Realität gespeisten Tendenzen aufgebaut zu sein, einer »Linken« und einer »Rechten«, die sich gegenseitig bekämpfen, aber auch ergänzen, und zwischen denen ihre aufeinanderfolgenden Leitungen immer wieder eine Synthese versuchen. Denn die Logik der einen wie der anderen würde die Partei zu ihrem Verlorengehen führen: Verlorengehen in der Isolation der Sekte durch die Politik des »Putsches« oder der »Offensive«, Verlorengehen in der Auflösung innerhalb einer einheitlichen

Sammlung, die das auf der Suche nach der Einheitsfront um jeden Preis gezahlte Lösegeld übermäßiger Zugeständnisse wäre. Die Partei stellt ein immerwährendes Schlachtfeld dar, ohne dass man auf ihre Schwäche oder die Unzulänglichkeit ihres Einflusses auf die Ereignisse und die Kämpfe der Arbeiter*innen schließen darf. Denn die bolschewistische Partei hat dieselben Schwierigkeiten gekannt, dieselbe Dauerkrise durchlebt, die in revolutionären Perioden sogar noch akuter ist, wenn man sich an den Vorabend des Aufstandes erinnern, an den heftigen Widerstand Sinowjews und Kamenews »nach rechts«, der nach dem Anfall von »Linksradikalismus« vom Juli kam und dem vom März 1918 vorausging.

In ihrer Gesamtheit ist die kommunistische Partei ein lebendiger Organismus. Rosa Luxemburgs »Baby« erweist sich als lebensfähig; es schreit nicht nur, es wächst. Der Beweis dafür ist nicht nur in der Entwicklung der Theorie, in der Förderung neuer Losungen, im Fortschritt in der Präzisierung der Mittel und der Klarheit der Zwischenziele zu finden, sondern auch im täglichen Leben der Organisation, insbesondere im Zusammenleben dieser Tendenzen der Rechten und der Linken, mit allen Nuancen des Zentrums, innerhalb der Partei. Dieses Zusammenleben ist kein Ziel, sondern eine Tatsache, kein Modell, sondern eine Gegebenheit. Es ist in den Statuten und in der Praxis der Partei in Form der Anerkennung des Rechts der Tendenzen – und sogar der Toleranz gegenüber den Fraktionen, die 1923 faktisch an die Stelle der Tendenzen treten – institutionalisiert, Gruppen, die ihre eigene Disziplin haben und untereinander »Kompromisse« schließen, deren Garant die Exekutive ist. Sie konkretisiert sich durch die Teilnahme aller an den Diskussionen, die den großen Entscheidungen vorausgehen, durch den Brauch, der will, dass die Minderheiten das Recht haben, in allen Rahmen und auf allen Ebenen Gegenberichte zu präsentieren, in allen Gremien, auch in der Exekutive, vertreten zu sein, sich nicht nur innerhalb der Partei, sondern in ihrer Presse, öffentlich zu äußern, wenn sie ernsthafte Divergenzen mit der Politik der Leitung haben.

Die Permanenz von Tendenzen mit annähernd festen Konturen könnte sicher als Beweis für den künstlichen Charakter des Organismus gewertet werden: Eine Föderation von Strömungen stellt keine Partei dar. In der Tat, wenn die Konturen der Tendenzen in Bezug auf die großen Probleme der Strategie und Taktik ungefähr identisch bleiben, sind die Menschen, die sie verkörpern, nicht die gleichen. Paul Levi war in der Schweiz gegen die Teilnahme an Wahlen, aber wahrscheinlich 1918-1919 ein Anhänger von »Industrieunionen« und ein Gegner der Arbeit in den Gewerkschaften. In Heidelberg war er gerade erst zu den Thesen des Parteitages konvertiert. Frölich war auf dem Gründungsparteitag der Prototyp des Linksradikalen in allen wesentlichen Fragen des Augenblicks. Teilweise überzeugt 1919 während der Arbeit in der Zentrale mit Levi, hat er 1921 einen neuen »Anfall« von Linksradikalismus, dann, nachdem er von Radek, der sein Lehrer gewesen war, getadelt wurde, wird er entschlossen »rechts.« Friesland war ziemlich unbestimmt, als er im Dezember 1918

seine Tätigkeit in der Partei begann, übernahm 1920, zur Zeit des Kapp-Putsches, die Hauptverantwortung für die Passivität der Zentrale und deren Aufruf zur Enthaltung am 13. März. Aber ab dem darauffolgenden Herbst steht er an der Spitze der Angriffe gegen Levis Opportunismus, ist glühender Anhänger der Initiativen der Internationale in Richtung der KAPD. Als Anhänger der Theorie der Offensive im März 1921 wird er während des 3. Kongresses von Lenin an die Hand genommen und kehrt als Verfechter der Anwendung des Moskauer Kompromisses nach Deutschland zurück. Und zweifellos kann diese Entwicklung nicht durch seine Fügsamkeit gegenüber der Exekutive erklärt werden, denn, von ihr auf den Posten des Generalsekretärs gedrängt, wehrt er sich schnell gegen deren Einmischung in die Angelegenheiten der deutschen Partei, um wenige Monate später zum Organisator einer Opposition zu werden, die fast Punkt für Punkt die Themen Levis aufgreift, von dem er einer der heftigsten Ankläger gewesen war. Brandler, verankert in der Gewerkschaftsarbeit, Animierer einer Massenpartei in seiner Hochburg Chemnitz, war der geistige Vater der Einheitsfront von 1919, aber auch der Vorsitzende der Zentrale, die die Märzaktion 1921 auslöste, bevor er 1922 zum führenden Kopf der Rechten wurde. Thalheimer und er sind mit Levi gegen Frölich, dann mit Frölich gegen Levi ...

Der soziale Druck auf diese Menschen hört praktisch nicht auf. Seine Spiegelung im Bewusstsein der Aktivist*innen belebt die politischen Diskussionen, nährt die Tendenzen, füttert die Widersprüche, aus denen eine Politik ausgearbeitet wird, die versucht, sie zu überwinden. Aber es gibt nicht immer eine Verbindung zwischen dem Milieu, der Tradition, der Ausbildung, der Herkunft, der Aktivität der Aktivist*innen und ihren Positionen in den internen politischen Kämpfen. Natürlich stellen im Großen und Ganzen die traditionell stärksten linken Sektoren, Berlin, die Wasserkante, der Mittelrhein, Hochburgen der linken Unabhängigen dar, während die Hochburgen der Rechten, Württemberg, der Nordwesten, das Erzgebirge und Westsachsen, auf alten spartakistischen Fundamenten ruhen. Aber die Beziehung ist nicht immer direkt: Die linken unabhängigen Führer*innen des Mittelrheins zum Beispiel waren zur Zeit der Krise von 1921 fast alle Anhänger*innen Levis, und es war gerade ihr Weggang zusammen mit ihm, der den Bezirk dem Einfluss der Neolinksradikalen auslieferte. Es stimmt, dass die in der »Gewerkschaftsarbeit« verwurzelten linken Unabhängigen, die ehemaligen Berliner revolutionären Obleute, größtenteils führende Köpfe der linken Unabhängigen 1919-20, die Eckerts, Wegmanns, Brass, Neumanns, Malzahns, Winguths die VKPD 1921 verließen. Aber ihr führender Kopf hieß damals Levi, ein alter Spartakist, und Friesland, der direkt von den Bolschewiki selbst für den Kommunismus gewonnen worden war. Und die Menschen, die dann an der Spitze der Zentrale stehen, sind nicht nur der Kern der alten Spartakist*innen, die Piecks, Brandlers, Thalheimers, Walchers, Eberleins, sondern auch andere führende Köpfe der ehemaligen linken Unabhängigen, Stoecker, Remmele, Koenen und andere Böttchers. Die einzige Konstante ist vielleicht, dass die Intellektuellen, die erst

spät zum Kommunismus kamen, im Wesentlichen durch die Erfahrung des Krieges, ausnahmslos und bis 1923 auf der Linken stehen: aber sie sind nicht allein.

Das Leben der KPD – sowohl ihr äußeres Handeln als auch ihr inneres Leben, ihr politisches Leben und ihre Interventionen – verbindet die Dialektik von Theorie und Praxis, oder, wenn man es vorzieht, von Analyse und Aktion. Man stellt eine Art permanente Absonderung von Konservatismus durch die Organisation selbst fest, eine Tendenz, sich zu weigern, zu sehen, dass sich die Realität verändert hat, ein Festhalten an alten Parolen, eine große Abneigung, sich zu verändern. Levi hatte 1919 recht, als er die putschistischen Tendenzen als eine tödliche Gefahr für seine Partei anprangerte; aber er prangerte sie weiterhin an, obwohl sie längst verblasst waren. Trotz der Tatsache, dass sich die internationale Lage nach dem 2. Kongress der Internationale tiefgreifend verändert hatte, verharrten die Internationale und die KPD unerschütterlich auf einer alten Linie, als ob die Perspektiven nach dem russisch-polnischen Waffenstillstand, dem Scheitern der französischen, englischen, italienischen und tschechoslowakischen Streiks und dem Beginn der Stabilisierung des europäischen Kapitalismus identisch geblieben wäre. Es war Levi, der als Erster eine Veränderung wahrnahm, die Lenin und Trotzki später von der Internationale anerkennen ließen.

Was war die Rolle der Internationale, ihr Gewicht im Leben und in den Kämpfen der KPD? Die Antwort ist nicht einfach. Gewiss, Bela Kun handelte im März 1921 mit der ganzen Autorität eines Vertreters der Exekutive und der russischen Partei. Aber die Putschist*innen von 1919 brauchten keine Emissär*innen aus Moskau, um zu handeln. Hätte die VKPD, die nach der Märzaktion blindlings an ihrer Theorie der Offensive festhielt, ihre Fehler eingesehen, wenn Lenin ihre Führer*innen im Juni in Moskau nicht aufgehalten hätte? Und steuerte man nicht auf eine rasche Liquidierung der europäischen Kommunistischen Parteien in linksradikalen Abenteuern à la Kun zu, wenn die Internationale nicht selbst dank der Autorität Lenins und Trotzkis den Schaden begrenzt hätte? Eine Autorität, die allerdings nicht ausreichte, um in den Reihen der KPD einen Paul Levi zu halten, der ihr sehr nützlich gewesen wäre ...

Als Thalheimer 1919 Lenin zum Problem der Unabhängigen und der Heidelberger Spaltung antwortete, sprach er zu ihm als zu einem Gleichgestellten. Ein paar Monate später trug er die Verantwortung für einen enormen Fehler, die Erklärung vom 13. März, den er nie zu rechtfertigen versuchte. Und im folgenden Jahr, nachdem er orientierungssicher nach Moskau aufgebrochen war, kehrte er schwer ermahnt zurück, überzeugt davon, dass er wieder einmal einen schweren Fehler begangen hatte. Das Problem der Übergangslosungen – und insbesondere das der Arbeiter*innenregierung – wird in der Tat nicht von den deutschen Kommunist*innen aufgeworfen. Es war der alte revisionistische Sozialdemokrat, der Gewerkschaftsbonze Legien, der sie unter dem Druck der mobilisierten Arbeiter*innen am Tag nach dem Kapp-Putsch erfand. In der Routine ihrer Praxis versunken, spalteten sich die kommunistischen Führer*innen und verloren ein wenig den Kopf: Die »Erklärung der loyalen Opposi-

tion«, die fast so schnell verurteilt wurde, wie sie veröffentlicht wurde, war dennoch nur eine vorsichtige Position. Ein paar Bemerkungen Lenins brachten die Exekutive dazu, ihre voreilige Verurteilung zu überdenken. Aber zwei Jahre später war es Radek, unterstützt von Lenin, der von Moskau aus die deutschen Führer*innen zur Aufgabe dieses Weges drängte, indem er sie ermutigte und bedrängte, eine Politik durchzuführen, die sie für richtig hielten, die sie aber erst allmählich verstanden, die sie sich von ihren Gegner*innen suggerieren ließen und die sie lange Zeit zögerten, voll zu billigen.

Das liegt daran, dass das Gewicht des russischen Sieges angesichts der aufeinanderfolgenden deutschen Niederlagen während dieser ganzen Zeit immens ist. Auch hier ist die Lage komplex. Lenin sagt und wiederholt, dass die bolschewistische Erfahrung ein »Modell« darstellt, aber er wirft dem 3. Kongress vor, dass er Resolutionen verabschiedet hat, die auf Russisch geschrieben und gedacht sind, nicht wirklich übersetzt, unpassend, unverständlich für diejenigen, die die russische Erfahrung nicht erlebt haben. Lenins Methode der Behandlung der deutschen Fragen kann unter diesem Gesichtspunkt als vorbildlich angesehen werden. Sinowjews hingegen ist es niemals, und Radeks nicht immer. Aber Lenin interveniert nur bei großen Gelegenheiten. Wenn er sich voll in die Schlacht des 3. Weltkongresses stürzt, hat er als Marschgepäck nur zwei dünne Broschüren, die Levis und die Brandlers. Im Gefolge der Märzaktion gestand er seine Unwissenheit, schrieb an Levi, dass er nur wisse, was Levi ihm persönlich gesagt habe, und vertraute ihm an, dass er bereitwillig, wenn auch ohne Beweis, an Belas »Kunereien« glaube. Aber Bela Kun war von Sinowjew nach Berlin geschickt worden, und Radek, der Berlin gerade verlassen hatte, beriet Levis Gegner*innen in Briefen ...

Es stellte sich wieder die Frage nach dem Apparat, dem der Internationale und dem der Partei. Für viele kommunistische Aktivist*innen war die Herauskristallisierung eines soliden, »bürokratischen« Apparates die Ursache für die Degeneration der Sozialdemokratie: Es war der von Ebert aufgebaute Hauptamtliche-Apparat, der die sozialdemokratischen Parteiaktivist*innen ihrer Rechte beraubt hatte, revisionistische Konzepte in die Wahlpraxis einschmuggelte und sich unter der Flagge der Anpassung in den Staatsapparat zu integrieren suchte. Bereits 1916 formulierte Liebknecht gegen den zentralisierenden, autoritären Apparat, der die Organisation zum Selbstzweck machte, eine schwere Anklage.¹⁰⁸³ Das Thema blieb im Zentrum der spartakistischen und linksradikalen Propaganda, im Fokus aller Delegierten des Gründungsparteitags der KPD(S). Man machte den Apparat für alles verantwortlich, für die Passivität der Proletarier*innen, für ihre mangelnde Reaktion auf den Weltkrieg. Aus dieser negativen Erfahrung, aus dieser instinktiven und fast manichäischen Gewissheit, die die Linksradikalen nach 1919 nährt, zieht

¹⁰⁸³ K. Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlass, S. 17 (die Passage wurde in der DDR-Ausgabe von Liebknechts Schriften bis 1968 unterdrückt).

zum Beispiel ein Otto Rühle Argumente für seine Angriffe gegen die Organisation als solche, für eine spontaneistische, antiautoritäre Philosophie. Diese Tradition, dieses Misstrauen gegenüber dem Apparat, gegenüber der Zentralisierung, blieb in den frühen Jahren der KPD lebendig, was sich in der Vitalität der Praxis der Aktivist*innenversammlungen zeigte, in dem eifersüchtigen Bestreben der lokalen Organisationen, ihre Vorrechte der Kontrolle über die von ihnen gewählten Verantwortlichen und ihre Presse zu bewahren. Die KAPD greift sie systematisch als »Führerpartei« an, gleichzeitig verschweigt die Rote Fahne aber nicht, dass es in den Reihen der KPD(S) eine gewisse Befürchtung hinsichtlich einer »Parteibürokratie«¹⁰⁸⁴ gibt. Wenn Hermann Duncker auf dem 5. Parteitag im November 1922 bekräftigt, dass die Hauptlehre der russischen Revolution die Notwendigkeit einer »straff organisierten« revolutionären Partei ist¹⁰⁸⁵, ruft Hans Tittel, Delegierter aus Württemberg, aus: »Wir wollen keinen bürokratischen, sondern einen demokratischen Zentralismus«¹⁰⁸⁶ und der von ihm vertretene Bezirk legte eine entsprechende Resolution vor.¹⁰⁸⁷

Nichtsdestotrotz wurde im Gefolge der Vereinigung mit den linken Unabhängigen mit Begeisterung ein Apparat wieder aufgebaut, sowohl legal als auch klandestin: Für alle war dies der nunmehr klare Preis, den man für Effizienz bezahlen musste. Unter diesem Gesichtspunkt scheint das russische Beispiel, die Leidenschaft für einen effizienten Zentralismus, die sich während des Bürgerkriegs bis zu einer regelrechten Militarisierung der Partei entwickelte, der deutschen Erfahrung nicht zu widersprechen. Gegen den Generalstab der Bourgeoisie braucht man einen Arbeiter*innengeneralstab, gegen seine Spezialist*innen Spezialist*innen, gegen seine Armee eine Armee. Und Levi verachtet wie Thalheimer, Stoecker oder Däumig die rechten Unabhängigen, die von »Autonomie« und »Dezentralisierung« sprechen und die Diktatur der kommunistischen Apparatschiks über die Partei anprangern. Die vereinigte Partei wurde auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus nach bolschewistischem Vorbild aufgebaut, angepasst an die deutschen Verhältnisse und Traditionen. Die Disziplin ist in der Aktion erforderlich, aber Diskussion ist immer möglich, die Partei ist zentralisiert, aber es ist ein demokratischer Zentralismus, und im Januar 1922 hat Friesland allen Spielraum, in allen Versammlungen seine Positionen gegen die der Leitung zu verteidigen, vor den Basisaktivist*innen oder ihren Delegierten. Wie Levi vor ihm wurde er wegen Verstoßes gegen die Disziplin ausgeschlossen, aber nachdem er jede Gelegenheit gehabt hatte, sich sowohl an der Basis als auch vor dem Zentralkomitee zu äußern, der die endgültige Entscheidung traf. Wie Levi gleichermaßen war er zum Bruch entschlossen,

1084 Die Rote Fahne, 4. Februar 1920.

1085 Bericht 5 ... , p. 38. [Der Parteitag fand aber vom 1. bis 3. November 1920 statt, nicht 1922]

1086 Ebenda, S. 40.

1087 Ebd., S. 107.

und niemand kann der KPD letztlich vorwerfen, eine Tür geschlossen gehalten zu haben, die sie beide freiwillig zugeschlagen hatten.

Während dieser ganzen Periode stellte der Hauptamtlichenapparat keine anderen Probleme als die, die in Russland durch das Korps der Berufsrevolutionär*innen zur Zeit des Kampfes gegen den Zarismus aufgeworfen wurden und die nur um den Preis einer großen Verzerrung der Wirklichkeit als die Vorfahren der Berufsbürokrat*innen angesehen werden können. Die Kommunistische Partei Deutschlands beschäftigt nur wenige Hauptamtliche, kaum mehr als zweihundert.¹⁰⁸⁸ Sie erhalten den Durchschnittslohn eines Facharbeiters und haben keine anderen Privilegien als die, als erste verhaftet, verfolgt, verurteilt und, wenn die Waffen sprechen, erschossen zu werden. Die Kommunistische Partei ist trotz ihrer Stärke, ihrer Teilnahme an Wahlen, der Anzahl ihrer gewählten Vertreter*innen nicht in die Gesellschaft des Weimarer Deutschlands integriert. Als revolutionäre Partei war sie ein Fremdkörper in dieser Welt, mit ihr nur verbunden durch die unerbittliche Entschlossenheit, sie zu zerstören. Man kommt jung in den Apparat, und der Wettbewerb dort ist die Nachahmung. Während der sozialdemokratische Apparat der Vorkriegszeit ein Mittel des individuellen sozialen Aufstiegs darstellte, oft die Zwischenstufe zwischen Fabrik und Parlamentsmandat, steht der kommunistische Apparat nur den besten Kämpfer*innen offen, den Uneigennützigsten, denjenigen, die ihr ganzes Leben dem Kampf widmen: Man wird Levi gerade vorwerfen, dass er sich nie ganz hingeben wollte, dass er immer versucht hat, sein Privatleben zu bewahren. Die Menschen des deutschen Apparates, ob legal oder illegal, sind überzeugte Revolutionär*innen, und gerade deshalb werden sie zu Profis der Revolution. Abgesehen von den Spezialist*innen im illegalen Apparat, deren politische Rolle alles andere als entscheidend ist, werden sie eng von ihren Wähler*innen kontrolliert, sind abberufbare Funktionär*innen und keine allmächtigen Bürokrat*innen: Friesland, der für den Moskauer Kompromiss war, wurde bei seiner Rückkehr vom 3. Weltkongress von den Aktivist*innen der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg ausgeschaltet, und Ernst Meyer, am Vortag noch Vorsitzender der Partei, dann Delegierter im Vorstand, wurde 1923 in der geheimen Abstimmung für die Zentrale in Leipzig ausgeschaltet.

Tatsächlich stellen die schärfsten Kritiker*innen der KPD, ob Zeitgenoss*innen wie Levi oder Friesland oder ehemalige Aktivist*innen, die sich als Historiker*innen versuchen, wie Ruth Fischer und Lowenthal, für diese Zeit nicht den nationalen Apparat der KPD in Frage, sondern nur den internationalen Apparat, die Emissär*innen der Exekutive einerseits und die enge finanzielle Abhängigkeit der KPD von der Internationale und ihrer Exekutive andererseits. Mit den »Emissären« sind die Konflikte häufig: Das wird in allen anderen Parteien dasselbe sein, in Italien wie in Frankreich. Es gibt den Zwischenfall zwischen Thomas und Levi im Gefolge des 2.

¹⁰⁸⁸ Siehe oben, Kapitel XXXII und den von H. Weber, Die Wandlung I, S. 308, zitierten Brief Brandlers.

Weltkongresses, und Radek hat ihn wahrscheinlich vorbereitet, indem er Levi Thomas' Berichte lesen ließ. Da ist, in der Folge von Livorno, der Eklat vor der Zentrale und dem Zentralausschuss zwischen Levi und Rakosi. Nach Levis Rücktritt kam es zu Zusammenstößen zwischen Bela Kun und anderen deutschen Führer*innen.

Die Exekutive unterstützte jedoch nicht bedingungslos ihre Leute: Sowohl Rakosi als auch Bela Kun werden schließlich desavouiert, der erste von Radek, fast auf der Stelle, der andere vor den Delegierten des Weltkongresses von Lenin höchstpersönlich. Es scheint außerdem nicht so, dass alle »Emissäre« – auch wenn unter den »roten Emigranten« Moskaus Menschen von Wert selten waren – eine identische Auffassung von den Beziehungen zwischen Partei und Exekutive hatten. Felix Wolf war mit Levi verbunden und teilte seine Kritik an der Exekutive. Hat sich nicht Radek selbst, Sekretär der Internationale, zu Beginn des 2. Kongresses, 1920, in der Affäre um die Aufnahme der KAPD mit der KPD solidarisiert und unter diesem Umstand Position gegen seine eigene Partei, die russische Partei, bezogen? Neue Konflikte brachen 1921 zwischen Friesland und Stassowa, 1922 zwischen Ernst Meyer und Kleine aus. Aber Stassowa war eher als Organisationsspezialistin denn als politische Führerin da, und Kleine, vielleicht das Auge Sinowjews, aber nicht sein Arm, spielte bei der Ausarbeitung der Linie kaum eine entscheidende Rolle, da er durch Erpressung eine Selbstkritik der Zentrale erwirkte, aber im Zentralausschuss in die Minderheit versetzt wurde. 1923 antwortete Brandler, der über die Verweise seiner linksradikalen Kritiker*innen auf Sinowjews Satz, dass die »Arbeiter*innenregierung« ein »Pseudonym« für die Diktatur des Proletariats sei, entrüstet war, vom Podium aus:

»Wir haben keine Herrgötter (sehr richtig!) und deswegen halten wir uns nicht an die persönliche Auffassung des Genossen Sinowjew.«¹⁰⁸⁹

Die von der Exekutive während der Vorbereitung des Aufstandes entsandten Berater*innen, ob russisch oder nicht, beschränkten sich auf ihre Rolle als Techniker*innen; es war die deutsche Zentrale, die die Entscheidungen vor Ort traf, es waren deutsche politisch-militärische Verantwortliche, von denen man erwartete, dass sie den Aufstand effektiv leiten würden. Die Hauptentscheidungen, die ab Anfang September getroffen wurden, wurden sicherlich in Moskau getroffen, aber sie wurden offensichtlich den deutschen Führer*innen nicht aufgezwungen, die sie akzeptierten und mitverantworteten und für ihre Entwicklung und Umsetzung verantwortlich war.

Erst ab 1924, als Folge des Fraktionskampfes innerhalb der russischen Partei und anlässlich der Niederlage der deutschen Revolution, werden sich diese Sitten ändern, und die russischen Führer*innen werden durch die Exekutive beschließen, Brandler, Thalheimer und diejenigen, die sie »die Rechten« nennen, die Verantwortung für das Fiasko zu geben. Die Praxis des »Sündenbocks« läutet eine neue Ära ein.

1089 Bericht III (8) ... , S. 373.

In der Periode, die uns interessiert, wurde die KPD in Moskau wiederholt wegen ihrer politischen Fehler hart verurteilt, eine Kritik, die sie im Allgemeinen nicht ohne Diskussion akzeptierte. Aber diese Diskussion, dieser politische Kampf wird nicht von einem Auswechseln von Verantwortlichen begleitet. Der Kern bleibt, ungeachtet der begangenen Fehler, bestehen, während er sich um neue Elemente erweitert, um jene Arbeiter*innenkader von der Linken der Unabhängigen, die man mit solcher Sorgfalt vorbereitet. Die Exekutive – unter dem Druck Lenins – hängt gleichzeitig sehr an der Kontinuität der Leitung, am Begriff des »Fortschritts« ihrer verantwortlichen Elemente, an dem der »Ausbildung« der Führer*innen, einer Ausbildung, die nur durch Fehler und deren Korrektur erworben wird. Das war schon in Lenins bolschewistischer Partei der Fall. Es wird bei der »Bolschewisierung«, die ab 1924 unter der Fuchtel Ruth Fischers durchgeführt wurde, nicht so sein.

Von Paul Levi im Jahr 1921 bis zu Hermann Weber heute wurde die materielle Abhängigkeit der KPD von der Internationale und durch sie von der russischen Partei unterstrichen. Friesland schrieb, ein Jahr nach den Polemiken von Halle, sich auf die Fahne seiner Opposition die Losung der »materiellen Unabhängigkeit.« Uns fehlen Dokumente, um den Beitrag der Exekutive zum Budget der deutschen Partei zu beziffern, um die Folgen, den Umfang dieser Hilfe, die durch diese »Abhängigkeit« geschaffenen Beziehungen zu bewerten. Man kann in jedem Fall die Dauerhaftigkeit dieser Beihilfe nicht leugnen. Bereits 1919 hat Eberlein in seinem Bericht an den Heidelberger Parteitag¹⁰⁹⁰ darauf einen klaren Hinweis gegeben. Sie ist, wie er sagt, reduziert, stellt aber einen Beweis für internationale Solidarität dar. Die KPD hat das Recht, Hilfe von der russischen KP zu erhalten, so wie sie immer die Pflicht der Revolutionär*innen – auch zur Zeit der sozialdemokratischen Partei – anerkannt hat, ausländischen Aktivist*innen und Parteien materiell zu helfen. Auf den folgenden Parteitag wurde dies nicht mehr erwähnt, obwohl der Beitrag der Exekutive aller Wahrscheinlichkeit nach nur noch zunahm. Im verarmten Deutschland jener Zeit ließen die hohen Beiträge, die von den Aktivist*innen von ihren Hungerlöhnen oder mageren Arbeitslosenunterstützungen erhoben wurden, die Entwicklung einer rentablen Parteitätigkeit nicht zu: 1923 waren selbst die Kassen der Sozialdemokratie leer, »Die Neue Zeit« verschwand und die mächtige Metallarbeitergewerkschaft verzichtete mangels ausreichender Mittel auf die Durchführung ihres Jahreskongresses. Unter diesen Bedingungen hätte die KPD, auf sich selbst gestellt, nicht als organisierte Kraft mit den notwendigen Propaganda- und Aktionsmitteln intervenieren können. Brandler würde später darauf hinweisen, dass die materielle Hilfe der Exekutive die Partei 1923 in die Lage versetzte, siebenundzwanzig Tageszeitungen zu unterstützen und zweihundert Hauptamtliche zu beschäftigen: Mit ihren eigenen Mitteln hätte die KPD nur vier Zeitungen und kaum ein Dutzend Leute unterstützen können.¹⁰⁹¹

1090 Bericht 2 . S. 28-29.

1091 Brief zitiert bei Weber, Die Wandlung, I, S. 308.

Aber wenn die legale Aktivität kostspielig ist, ist es die illegale Aktivität noch mehr. Kein Deutscher bestreitet die Notwendigkeit des illegalen Untergrundapparates, dessen Existenz durch die einundzwanzig Bedingungen verlangt wird. Die Partei wurde 1919, in den Wochen nach der Rache der Reichswehr, nach dem Kapp-Putsch, im Gefolge der Märzaktion und schließlich ab November 1923 für viele Monate in die Illegalität gedrängt. Sie hörte aber nicht auf zu leben und zu handeln: Dazu brauchte sie Räumlichkeiten, eine zuverlässige Organisation von geheimen »Kurieren« und geheime Druckereien. Eine Partei, die sich anschickt, die Macht zu übernehmen, braucht einen noch geheimen, besser getarnten und damit teureren Militärapparat: Nachrichtendienste über rechtsextreme Organisationen, die Reichswehr, die »Schwarze Reichswehr«, Organisierung von Waffenkäufen, Ausbildung von Spezialist*innen, militärische Grundausbildung für Mitglieder bewaffneter Gruppen, Einrichtung geheimer Grenzübergänge, Schaffung von geheimen Netzwerken, Herstellung falscher Papiere usw. Unter den Verhältnissen dieser Epoche in Deutschland waren diese nur mit Mitteln zu erreichen, die eine Arbeiter*innenpartei, selbst eine mit mehreren hunderttausend Mitgliedern, aus eigener Kraft wohl nicht aufbringen konnte, auch nicht mit einem genialen »Geschäftsmann« wie Münzenberg, der seinen »Konzern« in Wirklichkeit in einer ganz anderen wirtschaftlichen Lage aufbaute.

In der Tat ist die eigentliche Frage nicht, wie viel Hilfe von der Exekutive gegeben wurde, noch ob sie absolut notwendig war. Es geht darum zu wissen, ob diese Hilfe die KPD dazu verurteilt hat, in Deutschland nicht die politische Linie zu verfolgen, die sie für richtig hielt. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, wird die absolute »Unabhängigkeit« von keinen Kommunist*innen beansprucht, auch nicht von Levi und Friesland, bevor sie sich endgültig zur Abspaltung entschlossen haben. Für sie alle sind die Lehren aus dem Bankrott der Sozialdemokratie klar: Der Sieg der Revolution kann nur durch eine Weltpartei der sozialistischen Revolution gesichert werden, und diese Partei wollten sie mit der Kommunistischen Internationale aufbauen. Levi wird zugestimmt, wenn er die Frage nach der Rolle und dem Einfluss der russischen Partei innerhalb der Internationale sehr gemessen stellt: die Führer*innen stellen sich nicht gegen die russischen Aktivist*innen, sondern gegen die »Turkestaner«, die unerfahrenen und unfähigen Emigrant*innen. Diejenigen, die gegen die Initiativen Bela Kuns oder Rakosis protestieren, stellen nicht die Frage nach der Existenz der Internationale, sondern nur die nach ihrer Funktionsweise.

Der 2. Kongress der Internationale versuchte, die Hauptlinien dieser Funktionsweise zu zeichnen. Die Internationale muss eine Weltpartei sein, von der die nationalen Parteien nur die nationalen Sektionen sind und deren Funktionieren durch die Regeln des demokratischen Zentralismus geregelt werden muss. Das bedeutet, dass das souveräne Organ der Kongress sein muss, der sich aus den in den verschiedenen Sektionen gewählten Delegierten zusammensetzt, häufig einberufen wird, ordnungsgemäß vorbereitet ist und dessen Entscheidungen Vorrang vor allen Entscheidungen

der Kongresse oder Zentralkomitees der nationalen Sektionen haben. In der Zeit zwischen seinen Sitzungen werden die Befugnisse der Kongresse seinem Exekutivkomitee – dem Äquivalent zu den Zentralkomitees der Sektionen der deutschen Zentrale – anvertraut, das aus Mitgliedern besteht, die vom Kongress aus eigenem Recht gewählt werden, die aufhören, Vertreter*innen ihrer Partei zu sein und zu Vertreter*innen der gesamten Internationale werden.

Als Weltpartei braucht die Internationale eine weltweite Führung, die nur in einer weltweiten Führungsaktivität im Maßstab der Internationale gebildet werden kann. Doch dieses ehrgeizige Programm ist nicht erfüllt worden. Es ist wahr, dass die Kongresse häufig tagten, jedes Jahr von 1919 bis 1922. Wenn der Gründungskongress nur vier Tage dauerte – er war kaum mehr als ein symbolisches Treffen –, dauerte der zweite fünfundzwanzig Tage, der dritte zwanzig, der vierte einunddreißig, und jeder in der Tat viel länger, weil den offiziellen Debatten jedes Mal Kontakte, vorbereitende Diskussionen, Kommissionssitzungen vorausgingen. Dort werden politische Schlachten geschlagen, die nicht von vornherein gewonnen sind; dort sind die großen Entscheidungen und die wichtigsten Weichenstellungen nach teilweise sehr erbitterten Diskussionen getroffen worden.

Aber es ist nicht das Gleiche für die Exekutive. Selbst wenn man die am Ende des 1. Kongresses improvisierte Exekutive nicht berücksichtigt, ist es offensichtlich, dass man es nie geschafft hat, eine Führung aufzustellen, die auch nur annähernd der gewünschten internationalen Führung ähnelt. Auf dem zweiten Kongress wählt man eine Exekutive: Die Wahl des Franzosen Rosmer, der nicht einmal Mitglied der Sozialistischen Partei war, deren Mitgliedschaft in der Internationale in Tours den Großteil ihrer französischen Truppen zur Internationale bringen würde, ist bezeichnend für den Willen, eine internationale Leitung zu schaffen, die nicht föderal ist, die in keiner Weise die Emanation der nationalen Parteien ist. Diese Exekutive umfasst auch ein deutsches Mitglied: Ernst Meyer. Auch diese Wahl ist bezeichnend: Ernst Meyer, ein Mitglied des alten spartakistischen Kerns, ist zweifellos eine repräsentative Persönlichkeit der KPD, aber er ist sicher nicht einer ihrer wichtigsten Führer*innen. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass er ein vollwertiger Führer der Internationale werden könnte. Der einzige Deutsche, der eine solche Verantwortung übernehmen könnte, wäre Paul Levi. Niemand – und er nicht mehr als die anderen – dachte auch nur einen Augenblick daran, ihn zum ständigen Mitglied der internationalen Exekutive zu machen: alle hielten ihn vor Ort für den Aufbau der deutschen Partei für unentbehrlich; symbolisch wurde er zum Stellvertreter für Meyer gewählt.

Auf dem zweiten Kongress war es die deutsche Partei, genauer gesagt Paul Levi, der sich am meisten dagegen sträubte, eine echte Exekutive einzurichten. Levi wollte nicht, dass sich ausländische Mitglieder in Moskau aufhalten sollten, um permanent in der Exekutive zu arbeiten. Er schlug vor, sich einmal im Quartal zu treffen, ein Vorschlag, der von Sinowjew im Komitee abgelehnt und schließlich verworfen wur-

de.¹⁰⁹² Im Gefolge von Livorno waren es nicht nur Paul Levi und Clara Zetkin, die das Problem der Funktionsweise der Exekutive und ihre Beziehungen zu den Parteien aufwerfen; es war Radek selbst, der darauf drängte, dass die Zentrale ihre Verantwortung übernimmt:

»Verlangen wir von der Exekutive, dass sie Leute in Europa hat, erfahrene Genossen, natürlich werden wir dann eine zehnmal besser funktionierende Exekutive haben.(...) Es gibt keine andere Möglichkeit. Entweder sagen wir, wir werden von Zeit zu Zeit unser Gewissen salvieren und dann auf dem Kongress werden wir unser Gewissen aus der Tasche ziehen und aufzeigen, oder wir müssen jede Skepsis beiseite lassen und verantwortliche Genossen hinsenden, aber nicht lange dort lassen, sondern sie bald ablösen, dass sie nicht ohne jede Verbindung mit der Partei bleiben. [...] Ihr müsst Leute finden für Moskau.«¹⁰⁹³

Levis Antwort zeigt, wie er die Beziehungen zwischen der deutschen Partei und der Exekutive aus einem rein diplomatischen Blickwinkel betrachtete: Er schlug vor, die deutschen Vertreter*innen in der Exekutive anzuweisen, sich nicht auf »harte Diskussionen« einzulassen.¹⁰⁹⁴ Im Februar entsprach die Exekutive dem Wunsch der deutschen Zentrale, die Paul Levi in seiner verdächtigen Zurückhaltung nicht gefolgt war. Sie beschloss, ihr »kleines Büro« – das bald zum Präsidium werden sollte – zu vergrößern. Die Vertreter*innen der KPD werden sich in Moskau in der Exekutive und im Präsidium für Zeiträume um die drei Monate abwechseln: Curt Geyer, Wilhelm Koenen, Fritz Heckert, Paul Frölich, Pieck, 1921 Walcher, Eberlein, Clara Zetkin, Hoernle, Böttcher nahmen so vollwertig, aber nur für kurze Zeit an der Arbeit der Leitung der Internationale teil; Brandler seinerseits saß von November 1921 bis August 1922 in der Exekutive und ihrem Präsidium.¹⁰⁹⁵

Diese Aufenthalte in Moskau werfen jedoch neue Probleme auf. Hatte nicht Lenin gefordert, Maslow dorthin zu schicken, mit der erklärten Absicht, ihn politisch »umzuerziehen«, was einen allgemeinen Aufschrei der deutschen Linken hervorrief? Das sind dieselben Absichten, die den Vorschlag an die Zentrale im Dezember 1921 inspirieren, Friesland als Delegierten nach Moskau zu schicken. Diese Art von Vorschlag ist mit einer neuen Abweichung behaftet: In einer solchen Perspektive hört die Exekutive auf, als Leitung betrachtet zu werden, als der Rahmen, in dem die Führer*innen der Internationale gebildet werden, und wird zu einer Schule der Umerziehung für diejenigen, deren politische Fehler sie momentan unerwünscht machen. Im Gefolge der Enthüllungen des »Vorwärts« über die Märzaktion wurde Eberlein, der,

1092 Protokoll des II..., S. 594-596.

1093 Levi-Archiv, P 50/a 5, wiedergegeben in Comintern, a.a.O., S. 292. [Hier zitiert nach »Ohne einen Tropfen I/3, a.a.O., hier S. 344 f.]

1094 Ebenda, S. 293-294.

1095 Siehe Tabelle der KPD-Vertreter in Moskau im Anhang.

um der Strafverfolgung für seine Fehler zu entgehen, nach Moskau geflüchtet war, in die Exekutive kooptiert! In der gleichen Periode hat die Ernennung Clara Zetkins nur einen symbolischen Wert: bereits alt, schwer krank, gezwungen, der täglichen Aktivität fernzubleiben, repräsentiert sie innerhalb der Exekutive nicht die Zukunft des deutschen und internationalen Kommunismus, sondern nur seine Vergangenheit. Brandler, im Präsidium, war 1923 nur nominell dabei. Als er, nach einem kurzen Aufenthalt in Russland unmittelbar nach seiner Befreiung, nach Deutschland zurückkehrte, übernahm er das Amt des Vorsitzenden der VKPD, das seine ständige Betreuung erforderte. Das wird auch nach dem 4. Kongress so sein: Stoecker, der für die Arbeit im Sekretariat der Exekutive vorgesehen ist, wird nur in Moskau Station machen, bevor er im besetzten Ruhrgebiet die höchste Verantwortung übernimmt.

Unter diesen Bedingungen gibt es keine echte internationale Leitung. Die auf den Kongressen gewählten Exekutiven, ihre Präsidien, das »kleine Büro« und das Sekretariat, werden ständig neu besetzt: Die ausländischen Verantwortlichen der legalen Parteien sind in Moskau nur vorübergehende Gäste, fremd in der täglichen Arbeit. Die Institution der »erweiterten Exekutiven« zielt darauf ab, diese Art von Unannehmlichkeiten bis zu einem gewissen Grad zu beseitigen: Es sind tatsächlich die Hauptverantwortlichen der nationalen Sektionen, die sich zwei- oder dreimal im Jahr um den Kern des Vorstands treffen. Aber auch hier sind sie nur Vertreter*innen ihrer nationalen Sektionen, nicht der gesamten Internationale. Es ist also normal, dass die tägliche Arbeit der internationalen Exekutive zu einem großen Teil von ihren gewählten Mitgliedern in den ausländischen KPen – oder von ihren kooptierten Mitgliedern – an eine kleine Gruppe von Spezialist*innen abgegeben wird.

Der russische Kern dort ist sehr klein. Der Exekutive gehören sicher die großen Namen der bolschewistischen Partei an, aber unter den Bedingungen in Sowjetrußland der Epoche haben sie wenig Zeit, sich den Angelegenheiten der Internationale und den entscheidenden Problemen der Weltrevolution zu widmen. Sinowjew ist auch Mitglied des Politbüros der russischen Partei und Vorsitzender des Petrograder Sowjets. Trotzki widmet der Roten Armee und allgemeinen Problemen mehr Zeit als den nationalen KPen, mit Ausnahme der französischen Partei, die er beaufsichtigt. Nur Radek, dem es weder an Verantwortungen innerhalb der russischen Partei noch an Bildungs- oder publizistischen Aufgaben mangelt, widmet einen großen Teil seiner Tätigkeit der Internationale und vor allem der deutschen Partei. Doch kumuliert er diese Verantwortung mit der, unter den entscheidenden Umständen der offiziellen Vertreter der russischen Regierung gegenüber der deutschen Regierung zu sein: eine Funktion des Diplomaten, die letztlich mit der eines Revolutionsführers wenig vereinbar war. Lenin, der schon vor seiner Krankheit große Schwierigkeiten hatte, sich über die Ereignisse in Deutschland auf dem Laufenden zu halten und die Lücken in seinen Informationen nicht verschwieg, spielte nach 1922 keine Rolle mehr in der Internationale. Im entscheidenden Moment, am Vorabend der von der preußischen

Regierung verbotenen antifaschistischen Demonstration, sind die Reaktionen der wichtigsten russischen Führer*innen bezeichnend: Trotzki hat keine Meinung, weil ihm, wie er sagt, Elemente der Information fehlen, und wenn Stalin eine hat, räumt er widerwillig ein, dass er über die besondere Lage ebenso schlecht informiert ist wie über die deutsche Gesellschaft im Allgemeinen. Die bolschewistischen Führer*innen kehren Ende August aus dem Urlaub zurück, um die historische Diskussion von '23 zu führen, aber im September müssen Brandler und seine Genoss*innen fast drei Wochen auf sie warten, bevor sie mit den konkreten Vorbereitungen für den Aufstand beginnen können.

In Wirklichkeit ruhte die tägliche Arbeit der Exekutive auf den Schultern einer reduzierten Anzahl Hauptamtlicher der bolschewistischen Partei – deren beste Elemente bis 1921 in den Bürgerkrieg hineingezogen wurden – und auf denen der Emigrant*innen, der Ungarn Bela Kun, Pogany, Rudnianski – der, wie man sagt, mit einem »Kriegsschatz« verschwand –, der Bulgaren Dimitrow, Kabaktschiew, Minew, dann Kolarow, des Polen, des Finnen Kuusinen. Aber die Erfahrung dieser Menschen ist dünn, um nicht zu sagen rudimentär, und linksradikale Tendenzen fordern ihren Tribut unter ihnen. Sie wussten wenig über die Arbeiter*innenbewegung in Westeuropa und waren andererseits von der Überlegenheit der russischen Erfahrung durchdrungen, von der sie glaubten, dass sie aus ihr hervorgegangen seien.

Zwischen den Kongressen, dem Gegenstand aller Fürsorge der Führer*innen der Internationale und dem Brennpunkt ihrer Erfahrungen und Forschungen, war es daher ein kleiner Kern unerfahrener Menschen, die nichts dafür bestimmte, die Rolle der internationalen Führer*innen zu spielen, die die täglichen Aufgaben der Exekutive übernahmen, um Radek herum, ein Ein-Mann-Orchester, ein Journalist von großem Talent, ein aufrichtiger, aber unbeständiger Aktivist. Das Zeugnis Curt Geysers, Mitglied des »kleinen Büros« in der Zeit, die der Märzaktion vorausging, erlaubt zu folgern, dass eine so wichtige Frage wie den Inhalt der Mission Bela Kuns nach Berlin in diesem obersten Gremium nicht einmal diskutiert wurde – was darauf hindeutet, dass die Internationale zwischen ihren Kongressen nie als wirkliches internationales Gremium mit eigener Existenz fungierte, sondern an der Spitze immer ein Anhängsel der bolschewistischen Partei war.

Schon 1920, bei seiner Rückkehr aus Moskau, hatte Levi das Problem der Hegemonie der russischen Partei innerhalb der Internationale aufgeworfen, das umso heikler ist, als die Führer*innen der Partei und der Internationale auch die des Sowjetstaates sind und Russland in den Augen der Kommunist*innen die revolutionäre Bastion ist, deren Verteidigung die heiligste aller Pflichten ist. Für alle ist diese Hegemonie sowohl normal als auch vergänglich. Lenin selbst sagt das:

»Zeitweilig – selbstverständlich nur für kurze Zeit – ist die Hegemonie in der revolutionären proletarischen Internationale an die Russen übergegangen, wie sie in

verschiedenen Perioden des 19. Jahrhunderts die Engländer, dann die Franzosen und dann die Deutschen innegehabt haben.«¹⁰⁹⁶

Für alle Kommunist*innen bleiben die Russ*innen diejenigen, die wussten, wie man bei ihnen die Revolution macht und siegt. Ihre Autorität wurde in dem Maße immer stärker, in dem die Jahre vergingen und die anderen Parteien im Kampf um die Macht in ihrem Land scheiterten. Nach dem Verschwinden Liebknechts und Rosa Luxemburgs und dann in gewisser Weise auch Paul Levis gibt es in der internationalen kommunistischen Bewegung und insbesondere in Deutschland keine Persönlichkeit, die mit der bolschewistischen Führer*innen vergleichbar wäre.

Dies impliziert jedoch keinerlei wirkliche »Gefolgschaft« unter den deutschen Führer*innen. Die Neolinksradikalen von 1921 verteidigten zackig ihre Thesen und Ernst Meyer oder Brandler zögern nicht, die autoritativen Argumente eines Sinowjew zurückzuweisen. Als im April 1923 vier deutsche Aktivist*innen, Gerhard Eisler, Heinz Neumann, Hans Pfeiffer und Ewert, eine vollständigere Angleichung der deutschen Partei an die russische Partei forderten, geschah dies höchstwahrscheinlich im Hinblick auf eine größere Effizienz, für die der Bolschewismus ein Modell zu bieten schien. Aber gerade durch diese Art von Reaktion wird längerfristig ein wirklicher Halt des Apparates vorbereitet.

Es bleibt die Tatsache, dass die Beziehungen zwischen der deutschen und der russischen Partei zwischen 1919 und 1922 fast ständig dem gleichen Muster folgten: akuter Konflikt auf der Ebene der von den Deutschen gemachten Vorschläge oder der von ihnen ergriffenen Initiativen, heftige Kritik der Führer*innen der Exekutive, dann Intervention Lenins, der bei einiger formaler Kritik die deutsche Initiative als annehmbar beurteilte und um die Eröffnung der Diskussion bat. Unter den Führer*innen der Internationale und der russischen Partei scheint Lenin der Einzige zu sein, der sich – immer gefolgt von oder in Übereinstimmung mit Trotzki – darum kümmert, die deutschen Initiativen und Probleme zu verstehen, nicht den Kompromiss, sondern die Synthese zu suchen, heftig gegen die Spaltung zu kämpfen. 1919 von Levi vor vollendete Tatsachen gestellt, bemühte er sich – ohne Erfolg – um eine Annäherung an die KAPD. Er unterstützte 1920 die Erklärung der loyalen Opposition und die Position der Zentrale zur Arbeiter*innenregierung und gab der Polemik gegen die Linksradikalen und dem Unternehmen, die linken Unabhängigen zu erobern, seine uneingeschränkte Unterstützung. Er übernahm siegreich die Verteidigung des offenen Briefes vom 7. Januar 1921, immer gegen Bucharin und Sinowjew, kämpfte dafür, Levi in den Reihen der Partei zu halten, setzte mit moralischer Autorität den Moskauer Kompromiss durch, stoppte die Linksradikalen in ihrer »Jagd

1096 Œuvres Bd. XXIX, S. 313. [»Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte«, Werke, Bd. 29, S. 294-302, hier S. 299]

auf Zentristen«¹⁰⁹⁷, verhinderte, dass Ernst Meyer sie wegen ihrer fraktionellen Tätigkeit ausschloss. Er war ab 1923 nicht mehr da, und die deutschen Fraktionskämpfe wurden dann in die internen Auseinandersetzungen der russischen Partei integriert, deren Spiegelbild, Vorwand und Alibi sie zugleich waren. Niemand in Deutschland und auch niemand in der Internationale ist in der Lage, die Rolle zu spielen, die Lenin zeitweilig gespielt hatte: ohne Unterlass daran zu arbeiten, die Politik der Partei an die wirtschaftliche, soziale und politische Realität anzupassen, ihre Reihen zu homogenisieren, ihre führenden Kader zu bilden, aufzubauen, ohne Divergenzen zu ersticken, kurzum, der Transplantation zum Durchbruch zu verhelfen.

In der Geschichte der deutschen kommunistischen Partei zwischen 1918 und 1923 scheinen nur zwei Menschen in bestimmten Momenten in der Lage zu sein, die Rolle des notwendigen Theoretikers und Führers, des Einigers, des Meisters und Schiedsrichters zu spielen, die Lenin für die Internationale ist. Der erste ist Levi, ein Einzelgänger der Spartakist*innen, und der zweite Radek, ein Einzelgänger der Bolschewiki. Die Übertragung der moralischen Autorität von ersterem auf letzteren ist an sich schon bezeichnend für die Schwierigkeiten beim Aufbau einer Führung der deutschen Partei und für deren enge politische Abhängigkeit von Moskau, wo sich Radek die meiste Zeit aufhält, während Levi in drei Jahren nur einen kurzen Aufenthalt dort hatte.

1097 [»Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale«, Lenin Werke, Band 32, S. 491-500, hier S. 500]

Kapitel XLV: Paul Levi oder die verpasste Gelegenheit?

War Levi ein Kommunist? Die Frage drängt sich ab dem Moment auf, als er sich weigert, die Hand zu ergreifen, die Lenin ihm durch die Briefe Clara Zetkins entgegenhält.

Für Radek¹⁰⁹⁸ war Levi kein Kommunist, sondern ein dilettierender Bourgeois, der Revolution spielte. Für Trotzki, der ihn mit Frossard und Serrati vergleicht, war er nur einer der zahlreichen linken Sozialdemokrat*innen, die von der russischen Revolution und der Massenbewegung über ihre eigenen Grenzen hinaus mitgerissen wurden, die aber durch die Ebbe wieder in die Herde zurückgebracht werden sollten.¹⁰⁹⁹ Für den Historiker Richard Lowenthal¹¹⁰⁰ war Paul Levis Bekenntnis zum Kommunismus ein Missverständnis, das aus seiner mangelnden Kenntnis der russischen Realität resultierte: Als Schüler Rosa Luxemburgs konnte er sich nur deshalb für einen Kampfgenossen der Bolschewiki halten, weil er nicht wirklich verstanden hatte, was Bolschewismus ist. Das ist letztlich auch die von den traditionellen Beschimpfungen und Etikettierungen »Verräter« und »Abtrünniger« entkleidete Meinung der Historiker*innen der DDR, für die Levi, auch als Leiter der KPD, nur ein »Klassenfeind« und potentieller Verräter sein konnte.¹¹⁰¹

Gegen diese Meinung sprechen zwei Zeugenaussagen. Die Clara Zetkins, die mit Levi übereinstimmte, seine Vorbehalte und Kritiken teilte und seine unermüdliche Fürsprecherin wurde, bis er mit großem Stolz den Kompromiss ablehnte, dem sie

1098 Soll die VKPD... [S. 111 »intellektueller Dilettant und Ästhet«]

1099 »Bilan d'une période« (25. März 1923), »Le Mouvement communiste en France (1919-1939)«, Paris, 1967, S. 270-272 [»Die Bilanz der abgeschlossenen Periode in der KPF«, in Inprekorr 3. Jahrgang Nr. 61 (9. April 1923), S. 489-491, hier S. 489], und »Trotzkis Brief« [»Ein Brief L. Trotzky's«, Inprekorr, 2. Jahrgang Nr. 6 (14. Januar 1922), S. 50 f. und »Paul Levi und einige »Linke«, »Rote Fahne«, 13. Januar 1922, S. 5, Spalte 1-3], Unser Weg (Sowjet), H. 3/4; 15. Februar 1922, S. 82-84.

1100 »The Bolshevisation of the Spartacus League«, International Communism, St. Antony's Papers, Nr. 9, S. 23-71.

1101 Die gebräuchlichsten Epitheta sind »Rechtsopportunist« und »Renegat.« Der Band Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiter*innenbewegung von 1919 erwähnt den Namen des KPD-Leiters der damaligen Epoche kein einziges Mal! Arnold Reiser, dessen Buch »Lenin und die Aktionseinheit in Deutschland« die Rolle Radeks in der Geschichte der KPD nicht leugnet, spricht von »der opportunistischen und verräterischen Politik Paul Levis, der sich bald als Renegat entlarvte« (S. 87).

sich mit ihrem üblichen Eifer gewidmet hatte.¹¹⁰² Clara Zetkin, die bis zu ihrem Tod Mitglied der Partei und der Internationale blieb, dachte und schrieb, zu einer Zeit, als sich bereits die ersten Anzeichen des triumphierenden Stalinismus abzeichneten, weiterhin, dass die Meinungen, die Levi und sie selbst zwischen 1919 und 1921 vertraten, im Rahmen normaler Differenzen innerhalb der kommunistischen Bewegung lagen. Die andere Meinung ist die Lenins selbst, der im August 1921, fünf Monate nach Levis Ausschluss, über dessen Haltung im Jahr 1916 schrieb: »*Levi war schon damals Bolschewik.*«¹¹⁰³ Im Laufe der Jahre können wir in Trotzki's Feder sogar den Beginn einer Revision seines Urteils von 1923 feststellen, wenn er an Lenins Meinung erinnert: »*Dass Paul Levi einen Kopf auf den Schultern hatte, lässt sich nicht leugnen. Aber [er hat] den Kopf verloren.*«¹¹⁰⁴

Die Idee, die der These Herrn Lowenthals sowie der Mehrheit der westlichen Historiker*innen, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, zugrunde liegt, ist zunächst, dass der bolschewistische Kommunismus eine spezifisch russische – um nicht zu sagen »asiatische« – Praxis und Ideologie der sozialistischen Strömung war, und dass folglich ein Mann von Levis marxistischer Bildung und Kultur sich nur aufgrund eines Missverständnisses für einen Kommunisten halten konnte. Aber durch die Person Paul Levis ist es Rosa Luxemburg, um die es eigentlich in der Debatte geht, und mit ihr die Gesamtheit des revolutionären Flügel der deutschen Sozialdemokratie, den man so aus der bolschewistischen Familie herauszureißen versucht.

Einige andere wiederum betrachten die Entwicklung des Sozialismus in seiner dialektischen Bewegung und sind der Meinung, dass der Vormarsch der deutschen Sozialdemokratie in dem wirtschaftlichen und sozialen Rahmen, der ihr vor dem Krieg gegeben war, sowohl die Entwicklung der Bürokratisierung, der Beschlagnahme der Rechte der Partei durch den Apparat als auch die Betonung der Rolle der Massen und ihrer Spontaneität durch Rosa Luxemburg erklärt. Sie meinen auch, dass die ungleiche Entwicklung der russischen Gesellschaft und die besondere Lage der Arbeiter*innenbewegung im Rahmen der Autokratie erklären, dass die Bolschewiki, indem sie die Rolle einer zusammengeschweißten und disziplinierten Vorhut, die die Bewegung der Massen anführt, betonten, die Formel fanden, die es dem Proletariat ermöglichte, unter den russischen Bedingungen eine Revolution zu verwirklichen, die erst recht in den fortgeschrittenen Ländern möglich war. Die Divergenzen zwischen Lenin und Rosa Luxemburg erscheinen dann nicht als Ausdruck unvereinbarer Ideenströmungen, sondern als die beiden Zweige derselben sozialistischen und revolutionären Strömung. In dieser Hypothese erscheint das

1102 Die »Erinnerungen an Lenin« tragen das Datum »Ende Januar 1924.«

1103 »Lettre aux camarades allemands« (14. August 1921), Œuvres, Bd. XXXII, S. 549. [»Brief an die deutschen Kommunisten, Werke, Band 32, S. 537-548, hier S. 541]

1104 »Et maintenant?« Écrits, t. III, pp. 170-171. [»Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats.« Berlin-Neukölln 1932. Nachdruck Berlin ²1976, S. 61]

Scheitern Paul Levis nicht als Zeichen der angeborenen Unfähigkeit der Bolschewiki und ihrer nicht-russischen Genoss*innen, eine »Weltpartei der sozialistischen Revolution« aufzubauen, sondern nur als ein gescheiterter Versuch, der dennoch nützliche Lehren enthält.

Man kann nicht versäumen, zur Erinnerung die dritte Grundsatzposition zu erwähnen, die dieser Debatte oft zugrunde liegt, nach der es für die Arbeiter*innenbewegung kein Heil gibt außer einer mechanischen Unterwerfung unter die Anweisungen der KP-Führungen, die selbst letztlich auf die der Führung der russischen KP reduzierbar sind...

Um die aufgeworfene Frage nach Levi zu beantworten, lohnt es sich auf jeden Fall, an die politischen Konflikte zu erinnern, die ihn diesem oder jenem Gremium oder dieser Gruppe von Führer*innen der Internationale oder der bolschewistischen Partei entgegenstellten.

Es wird vor allem bekräftigt durch seine entschlossene Feindschaft gegen die »linksradikale« Strömung zugunsten des Wahlboykotts und des Austritts der Revolutionär*innen aus den Gewerkschaften, die sich zuerst auf dem Gründungsparteitag der KPD(S), dann innerhalb der Opposition und ab 1920 in den Reihen der KAPD manifestierte. Die Art und Weise, wie er den Kampf gegen die Linksradikalen führte, wurde stark kritisiert, insbesondere von Radek, den Lenin unterstützte: Der eine wie der andere bedauerte die Art und Weise, in der er durch den Ausschluss der Opposition die Spaltung der Partei provoziert hatte. Die Analyse des Rhythmus der deutschen Revolution, die er dem Heidelberger Parteitag vorlegte, stand in klarem Gegensatz zum Standpunkt der russischen Führer*innen wie Bucharin.

Mit denselben Menschen traf er im Gefolge des Kapp-Putsches zusammen, als er die Erklärung der KPD(S) zur loyalen Opposition gegen die von den Gewerkschaftsführer*innen ausgearbeiteten Pläne für eine Arbeiter*innenregierung billigte. Im gleichen Jahr war er unter den einmütigen Deutschen am bestimmtesten im Protest gegen die auf Druck der Führer*innen der bolschewistischen Partei beschlossene Aufnahme der KAPD in die Internationale als »sympathisierende Partei.«

Eine ganze Reihe weiterer Meinungsverschiedenheiten drehte sich um das Problem der Disziplin. Der internationalen Disziplin zuerst: Levi prangert die Rolle an, die die Abgesandten der Exekutive, die »grauen Eminenzen«, bei den Leitungen der nationalen Sektionen spielen. In Livorno, während des Parteitages der PSI, überzeugt vom schädlichen Charakter der Rolle, die Rakosi und Kabaktschiew spielten, schwie er und respektierte die Disziplin. Aber er brachte die Debatte dann vor die Berliner Aktivist*innen, dann in den Spalten der Roten Fahne. Er rebellierte gegen Rakosis Druck und seine offene Intervention in die Angelegenheiten der deutschen Partei, die er als Einmischung anprangerte, die durch keinen Beschluss eines regulären Organs der Internationale gerechtfertigt war. Nachdem er in der Zentrale in die Minderheit

geraten war, trat er von seinen Aufgaben zurück. Einige Tage später sah er es als seine Pflicht als Aktivist an, seine Kritik an der Märzaktion in seiner Broschüre »Unser Weg: wider den Putschismus« öffentlich zu äußern, wofür er mit Zustimmung der Exekutive der Internationale ausgeschlossen wurde.

Die dritte Divergenz betrifft die Beziehungen zwischen der Partei und den außerhalb stehenden arbeitenden Massen. Er zweifelt jede mechanistische Interpretation ihrer Beziehungen an; die Partei kann nach ihm den Massen keine Befehle geben, wie es die Hauptquartiere ihren Truppen gegenüber tun. Die Partei muss führen, aufklären, erklären, den Weg zeigen, Losungen vorschlagen. Sie kommandiert nicht, und insbesondere hat sie weder das Recht noch die Möglichkeit, die Massen zum bewaffneten Aufstand aufzurufen, wenn die Lage im Bewusstsein der Mehrheit der Arbeiter*innen dies nicht erfordert.

Die vierte Divergenz ist die konjunkturellste, wenn auch vielleicht die entscheidendste in der Verkettung der Ereignisse, die zu seinem Bruch mit der Internationale führten. Ab dem Sommer 1920, während die Bolschewiki davon überzeugt waren, dass sie sich in Gegenwart des revolutionären Anstiegs in einer vorrevolutionären Lage befanden, denkt Levi im Gegenteil, dass die revolutionäre Welle in Europa bereits erschöpft war, dass der Kapitalismus mit seinem Wiederaufbau begann und dass folglich die proletarische Revolution nicht mehr auf der unmittelbaren Tagesordnung stand. Er sagt Lenin unverblümt, dass die deutschen Arbeiter*innen wahrscheinlich nicht die Waffen zum »Endkampf« ergreifen würden, wenn sich die Rote Armee auf ihrem siegreichen Marsch durch Polen den deutschen Grenzen nähern würde. Er glaubt nicht, dass sich die polnischen Arbeiter*innen gegen ihre eigene Regierung erheben würden. Und ausgehend von dieser Analyse schlägt er die Einheitsfrontstrategie vor, die sich auf die Notwendigkeiten eines Abwehrkampfes und auf die elementaren Bestrebungen der von der Spaltung hart getroffenen Arbeiter*innen stützt, und rechtfertigt den offenen Brief vom 8. Januar 1921, der in der Exekutive und in verschiedenen kommunistischen Parteien stark kritisiert werden wird.

Das sind zu dieser Zeit ganz normale und zulässige Divergenzen innerhalb der Parteien und der Kommunistischen Internationale. Es ist wahr, dass Levi in fast all diesen Punkten mit der Exekutive der Internationale zusammenstieß, oder zumindest mit ihrem ständigen Kern, der kleinen Gruppe russischer Führer*innen, die sich um Sinowjew und Bucharin gruppieren, sowie mit den Linksradikalen in Deutschland und der ungarischen Partei. Aber es ist interessant und bedeutsamer, seine Positionen mit denen anderer Führer*innen wie z.B. Lenin und Trotzki oder mit denen Sinowjews und Bucharins unter anderen Umständen zu vergleichen: Dadurch hört seine Opposition auf, einen systematischen Charakter zu haben, und es ist nicht mehr möglich, in ihr eine prinzipielle Opposition gegen den »Bolschewismus« zu sehen.

Kein Bolschewik zum Beispiel, und Lenin schon gar nicht, teilt die grundsätzliche politische Orientierung der deutschen Linksradikalen: Die »Kinderkrankheit im Kom-

munismus« ist die Illustration und die polemische Weiterentwicklung der in Heidelberg und in den Wochen nach dem 2. Parteitag der KPD(S) von Levi selbst vorgebrachten Argumente. Tatsächlich geht es bei dem Streit um einen ganz bestimmten Punkt: die Zweckmäßigkeit einer Spaltung, um dieses politische Problem zu lösen. Unter den gegebenen Umständen lehnt Lenin die Spaltung ab, und Levi vollzieht sie. Aber niemand in der Internationale wird direkt auf diese Frage zurückkommen. Außerdem kannte Lenin die konkreten Verhältnisse in Deutschland weniger gut als Levi, und vom bolschewistischen Standpunkt aus rechtfertigt der Erfolg des Beitritts der Mehrheit der unabhängigen Partei in Halle zur KI, für den Levi ein großer Teil des Verdienstes gebührt, im Nachhinein sein »spalterisches« Verhalten im Jahr 1919. Was die von Sinowjew und Bucharin sowie von Bela Kun, Maslow und anderen heftig kritisierte Erklärung der loyalen Opposition gegen eine Arbeiter*innenregierung betrifft, so beklagt Lenin zwar ihre unkorrekte Formulierung, präzisiert aber, dass sie »sowohl ihrer Hauptvoraussetzung nach als auch ihrer praktischen Schlussfolgerung nach vollkommen richtig«¹¹⁰⁵ ist, was genau die von Paul Levi ausgedrückte Position ist.

In Fragen der Disziplin entspricht das Verhalten Paul Levis bis März 1921 völlig dem Geist und dem Text der Statuten der Internationale und der Parteien sowie der Praxis der Bolschewiki und der Kommunist*innen der Welt. Haben nicht Sinowjew 1917, Bucharin 1918 nicht nur in der Partei, sondern auch öffentlich, in der kommunistischen und sogar der außenstehenden Presse, gegen die in ihrer Anwesenheit und gegen sie gefassten Beschlüsse des Zentralkomitees polemisiert? Hatten die »Linken Kommunist*innen« nicht 1918, ohne irgendeine disziplinarische Sanktion zu fürchten zu haben, ihre Absicht verkündet, die Autorität des Zentralkomitees nicht mehr anzuerkennen, bis ein außerordentlicher Parteitag zur Frage des Brest-Litowsker Vertrags einberufen würde? Man rügte Levi wegen seiner Opposition gegen die Emissäre der Kommunistischen Internationale; aber werden wir nicht in denselben Jahren erleben, wie die französische Kommunistische Partei die Abberufung von Delegierten der Exekutive beantragt und erwirkt, dass sie zu personae non gratae erklärt werden?

Selbst die Veröffentlichung von »Unser Weg« kann in der kommunistischen Welt der Epoche nicht als eine außergewöhnliche und kriminelle Initiative betrachtet werden. Die Broschüre – die nicht die besondere Rolle einer einzelnen Persönlichkeit anprangert – stellt zwar die Parteipolitik in Frage, aber dies geschieht nach der Aktion. 1917 hatten Sinowjew und Kamenew den Oktoberaufstand im Voraus in der mensschewistischen Zeitung »Nowaja Schisn« denunziert: Dieser »Fehler« hat sie nie aus der Partei gebracht, und er hat sie nur für kurze Zeit aus verantwortlichen Positionen entfernt. Levi verfügt in diesem Punkt sogar über ein starkes Argument: 1920 waren es die Führer*innen der KI, besonders Sinowjew, selbst, die die vollständige Veröffentlichung des Anklagebriefes wollten, den er aus dem Gefängnis gegen die Führung

¹¹⁰⁵ »Die Kommunisten und die Unabhängigen in Deutschland«, Anhang Nr. 2 zu »Die Kinderkrankheit im Kommunismus«, Œuvres, Bd. 31, S. 107. [a.a.O. Bd. 31, S. 97]

der KPD(S) geschrieben hatte. In der Tat, formuliert Lenin was die Disziplin betrifft, nur einen einzigen ernsthaften Vorwurf gegen Levi: den, im Februar vom Vorsitz der Partei und der Zentrale zurückgetreten zu sein, seine Verantwortung an der Spitze der Partei aufgegeben zu haben, im Namen einer parlamentarischen Konzeption der inneren Beziehungen der Führung darauf verzichtet zu haben, für seine Ideen auf dem vom Parteitag anvertrauten Posten zu kämpfen...

Die Debatten des 3. Weltkongresses erlaubten, das Verhältnis zwischen der Partei und den Massen zu beleuchten. Es ist klar, dass Levi eine Konzeption hat, die weder die der Linksradikealen ist, noch die derjenigen, die auf dem Kongress schweigen, wie Sinowjew und Bucharin, die innerhalb der russischen Partei bereits politisch geschlagen sind, noch die derer, die sprechen, Terracini oder Thalheimer. Lenin geißelt sie in Begriffen, die keinen Raum für Zögern lassen, so deutlich wie in seinen Gesprächen mit Clara Zetkin: »Wir sind nicht Xerxes, der das Meer mit Ketten peitschen ließ.«¹¹⁰⁶ Nein, die Bolschewiki hätten niemals die Macht übernehmen können, wenn sie wie Terracini, der spricht, oder wie Rákosi, der schweigt, geglaubt hätten, dass eine Sektenpartei fähig sei, Massen an die Macht zu zerrren, die sie vorher nicht durch ihr Beispiel und durch ihre Erklärungen zu erobern vermochte. Die Divergenzen Levis – nicht mit der Gesamtheit der Internationale, nicht mit der bolschewistischen Doktrin der Epoche, nicht einmal mit ihrer momentanen Leitung, sondern mit einer Konzeption, die die Politik der Exekutive seit einigen Monaten inspiriert hatte und dennoch nur die einer Tendenz von Sinowjew bis Bela Kun war – teilte er mit Lenin und Trotzki selbst.

Die Divergenz bei der Einschätzung des Kräfteverhältnisses im Jahr 1920 ist zweifelsohne die Wichtigste. Im Sommer 1920 war Paul Levi vielleicht der einzige kommunistische Führer in der Welt, der urteilte, dass die revolutionäre Welle der Nachkriegszeit vorbei war. Aber bald kamen die Führer*innen der Internationale einer nach dem anderen zu demselben Schluss: zuerst Radek, der sich weigerte, Lenins Illusionen über die revolutionären Aussichten in Polen zu teilen¹¹⁰⁷, dann Lenin selbst im November, Trotzki und Kamenew. Die letzten, die begreifen, dass sich die Lage geändert hatte, waren gerade die Männer, die die Internationale führten, Sinowjew und seine unmittelbaren Mitarbeiter*innen – »die Südost-Tendenz«, wie Radek sie nannte –, die sich erst nach dem Kampf, der im Politbüro zwischen März und August 1921 geführt wurde, endgültig zurückzogen.

Man muss sich damit abfinden, Levi wurde nicht ausgeschlossen, weil er ein »Abweichler« war, wie Annie Kriegel schreibt.¹¹⁰⁸ Er wurde ausgeschlossen, weil er mit der Veröffentlichung von »Unser Weg« die Disziplin verletzt hatte. Und diese Maß-

1106 C. Zetkin, Souvenirs..., S. 40. [Ausgabe 1929, S. 31, Ausgabe 1985, S. 41, Ausgewählte Reden und Schriften III, S. 112]

1107 Ebenda, S. 25-26.

1108 Annie Kriegel bemerkt in L'Œil de Moscou à Paris, S. 103 [Fußnote]: »Er wurde dann wegen opportunistischer Abweichung ausgeschlossen.«

nahme des Ausschlusses war keine verdeckte Verurteilung irgendeiner Abweichung – einer »luxemburgistischen« Konzeption der Partei oder der Beziehungen zwischen Partei und Massen –, denn Levi verteidigte auf dieser Ebene keine andere Konzeption als die, die Lenin im Verlauf des 3. Kominternkongresses geltend machte. Lenin sagte die Wahrheit, als er Clara Zetkin versicherte, dass die »Leviten« Moskau mit einem großen politischen Sieg verlassen würden. Levi hatte im Wesentlichen recht gehabt, auch gegen Lenin, der dies bereitwillig zugab. Er warf ihm nur vor, erstens nicht bis zum Ende für seine Ideen gekämpft zu haben und durch seinen Rücktritt seinen Posten aufgegeben zu haben, und zweitens, vor allem, die Disziplin gebrochen zu haben, d.h. durch die Veröffentlichung seiner Broschüre die Parteisolidarität gebrochen zu haben. Dies ist der Grund für den Ausschluss Levis: »Disziplinbruch.«

Man bringt manchmal eine andere Erklärung vor: Die politischen Differenzen, die Levi zum Ausdruck brachte, konnten sicher seinen Ausschluss nicht rechtfertigen, aber er war notwendig, gerade weil er gegen die russischen Führer*innen der Internationale Recht gehabt hatte. Der Bruch der Disziplin nach der Märzaktion hätte also nur den Vorwand geliefert, um einen Mann zu eliminieren, der wegen seiner Intelligenz und Unabhängigkeit des Geistes gefährlich war.

Es gibt in der Tat einen Punkt, in dem alle Zeugnisse übereinstimmen: Levis Persönlichkeit wurde nie vollständig akzeptiert, weder von den deutschen, noch von den russischen, noch von den ausländischen Kommunist*innen, die ihm nähergetreten waren. Levi war nach seiner Herkunft großbürgerlich und blieb das auch in seiner Art. Sein Geschmack für Kunstsammlungen war für Berufsrevolutionär*innen nicht weniger beunruhigend als seine Erfolge bei Frauen in den piekfeinsten Kreisen. Das erklärt den von Radek gebrachten Vorwurf des Dilettantismus gegen einen Mann, der seinen Beruf als Anwalt nie aufgegeben und sich bis zum Schluss eine persönliche Lebenssphäre bewahrt hat.

Levi ist ein Intellektueller von großer Kultur und scharfer Intelligenz, und er ist sich dessen bewusst. Radek wirft ihm seine Arroganz vor, sein hochmütiges Verhalten, die Distanz, die er zu den Arbeiter*innenaktivist*innen hält. Auch ein Mann, der nicht sehr verdächtig ist, die Entscheidungen Moskaus um jeden Preis rechtfertigen zu wollen, Alfred Rosmer, sagt im selben Sinne aus. Zur Arroganz des deutschen Intellektuellen fügt Levi die des Sozialdemokraten hinzu, der sich bewusst ist, in der besten Schule ausgebildet worden zu sein, und er spricht mit einer gewissen Verachtung von den Rüpeln, mit denen er sich auf dem 2. Kongress der KI herumschlagen muss, diesen spanischen Anarchist*innen oder diesen Anarchosyndikalist*innen, die ein halbes Jahrhundert zurück sind. Es ist kein Zufall, dass der Zorn Heckerts und Thälmanns auf dem 3. Kongress sich durch das klassische »Herr Doktor« ausdrückt, um den zu bezeichnen, der für sie noch gestern »Genosse Levi« war. Lenin und Trotzki gehen in die gleiche Richtung, der erste, wenn er ihm vorwirft, dass er »Solidaritätsgeist mit

der Partei vermissen«¹¹⁰⁹ lässt, der zweite, wenn er von seiner »egozentristischen Einstellung«¹¹¹⁰ spricht.

Abschließend sei eine Bemerkung Radeks in seiner Anklage gegen Levi erwähnt: Levi wurde trotz seiner selbst ein kommunistischer Führer. Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts wurde er gebeten, die Führung der KPD(S) zu übernehmen, und danach hat er jede Gelegenheit genutzt, um zu versuchen, sich ihr zu entziehen. Im April 1920, im Gefolge des Kapp-Putsches, erklärte er sich nur deshalb bereit, im Amt zu bleiben, weil er den Wert seiner Anwesenheit nach den begangenen Fehlern nicht leugnen konnte, aber er selbst setzte sich eine Grenze, nämlich die Eroberung des linken Flügels der USPD, für die er besser als andere aufgestellt war, wie er bereit war zuzugeben. Nach dem Parteitag von Halle kündigte er auf dem Vereinigungsparteitag erneut seine Absicht wegzugehen an und verzichtete nur deshalb darauf, weil die ehemaligen Unabhängigen seine Anwesenheit verlangten, weil sie darin eine Garantie für die Loyalität der Vereinigung sahen. Koketterie eines Mannes, der gerne gefragt wird? Radek glaubt das nicht. Für ihn ist Levi ein Mann, der sich nicht ganz dem Proletariat und der Revolution hingegeben hat und der sich bewusst ist, dass er ihnen am Ende nicht treu sein kann.

Dieser Aspekt seiner Persönlichkeit bestätigt Levi unter anderen Umständen, die Radek nicht erwähnen konnte, vor allem während der Kämpfe innerhalb der Internationale selbst. Während des 2. Weltkongresses, in jenem Sommer 1920, als die Delegierten dachten, sie seien zum letzten Mal in Moskau, weil sich das Zentrum der Revolution nach Westen verlagern würde, schwieg Levi und antwortete nur, weil Lenin ihn fragte. Er treibt seine Kritik an den von Lenin vorgelegten Änderungen zu den Thesen der russischen Partei nicht zu Ende, sieht darin nur eine redaktionelle Frage und akzeptiert ohne aufzumucken die einundzwanzig Bedingungen, deren Gefahren er allerdings einer der wenigen zu erkennen vermag: Er versteht, dass sie dazu bestimmt sind, mit summarischen und energischen Mitteln die noch sehr sozialdemokratischen Parteien zu »bolschewisieren«, in der Perspektive einer kurzfristigen Revolution, an die er nicht mehr glaubt. Er begnügt sich damit, in der Kommission und dann im Plenum ein paar Vorbehalte zu formulieren: Er kämpfte nicht, er nahm zur Kenntnis, genauso wie er später Rákosi nicht daran hindern würde, die PSI durch die Anwendung der einundzwanzig Bedingungen zu exekutieren.

Wie kann man nicht versucht sein, Lenin zu folgen, wenn er ihm vorwirft, »seinen Posten zu verlassen«, ihm vorwirft, im Februar 1921 das Feld Führer*innen überlassen zu haben, deren Konzeptionen in seinen Augen sowohl für die deutsche Partei

1109 C. Zetkin, Souvenirs..., S. 42. [Ausgabe 1929, S. 32, Ausgabe 1985, S. 42, Ausgewählte Reden ... Band III, S. 113]

1110 Trotzki's Brief, veröffentlicht von »Die Rote Fahne«, 13. Januar 1922 [S. 5 und Inprekorr, 2. Jahrgang Nr. 6 (14. Januar 1922), S. 50 f.], zitiert von P. Levi, »Trotzki's Brief«, Unser Weg (Sowjet), H. 3/4, 15. Februar 1922, S. 82-84.

als auch für die ganze Internationale gefährlich sind? Wie ist es zu verstehen, dass er die Führung der deutschen Partei Menschen überlassen konnte, die gerade ihre politische Schwäche demonstriert hatten, indem sie sich den Forderungen eines Rákosi beugten, ohne vorher auch nur zu diskutieren? Wäre das März-Abenteuer möglich gewesen, wenn Levi an der Spitze der KPD geblieben wäre? Wenn er es mit Däumig gewesen wäre, und nicht Brandler mit Stoecker, der ein paar Tage später Bela Kun und seine Leutnants hätte empfangen müssen? Levi wusste von der Anwesenheit Bela Kuns in Berlin, er wusste von den gefährlichen Impulsen und der politischen Unfähigkeit des Mannes: Warum unter diesen Bedingungen diese Reise nach Italien, die er unterwegs unterbrach, als er Nachrichten aus Berlin erhielt, die ihn aber in einer entscheidenden Zeit weit weg von den Zentren der Entscheidung brachte? Man ist versucht zu denken, dass Levi bereits im Februar und März 1921, also vor der Aktion, sich geweigert hatte, seine Verantwortung als Leiter der Internationale zu übernehmen, und die Rolle des intelligenten und sarkastischen Kommentators vorzog, die ihm die Geschichte nicht erlaubte. Auch Lenin hatte sich wiederholt bereit erklärt, sein Amt niederzulegen, aber nur, um an der Basis zu kämpfen, nicht um zu reisen...

Dies ist zweifellos der wahre Grund für Lenins Haltung gegenüber Levi. Lenin ist damals vor allem mit dem Aufbau der Internationale und von Parteien, die diesen Namen verdienen, beschäftigt. Die Disziplinlosigkeit Sinowjews 1917 und Bucharins 1918 hatte sicherlich für einen Moment die Einheit der Partei gefährdet, aber der Erfolg der Linie, die sich gegen sie gestellt hatte, hatte diese Einheit bewahrt. Ihre Differenzen, so tiefgreifend und neu sie auch waren, gehörten der Vergangenheit an und stellten für die russischen Aktivist*innen kein Problem mehr dar. Doch Lenin beurteilte die Situation in der deutschen Partei 1921 anders: Für ihn machte sich Levi des Angriffs auf den »Parteipatriotismus« schuldig: *»Es ist grausame Zerfleischung der Partei.«*¹¹¹¹

Die Märzaktion selbst – ebenso wie ihr Scheitern – stellten in der Tat eine schwere Prüfung für die deutschen Kommunist*innen dar. Von einem Tag auf den anderen hatte die Partei sie im Namen der kommunistischen Disziplin aufgefordert, sich in eine Aktion zu stürzen, von der sie ahnten, dass sie nicht vorbereitet war und die für alle von ihnen Repression, für die meisten Entlassung, für andere Gefängnis und Jahre in der Festung bedeuten konnte. Viele von ihnen – vielleicht zwei von drei – waren gestrauchelt. Diejenigen, die durchgehalten hatten, waren sich gleichzeitig des Ausmaßes der Katastrophe bewusst und mussten denken, dass sie trotz allem gut gehandelt hatten, dass sie ihre Pflicht als Kommunist*innen erfüllt hatten: daher diese neue Explosion des Linksradikalismus bei der Mehrheit der Führer*innen und Aktivist*innen in den Wochen, die der Aktion folgten, daher das Beharren aller auf Dis-

¹¹¹¹ C. Zetkin, *Souvenirs...*, S. 42. [Ausgabe 1929, S. 32, Ausgabe 1985, S. 42, Ausgewählte Reden und Schriften III, S 113]

ziplin, die einzig mögliche Rechtfertigung für ihren Gehorsam gegenüber Initiativen, die sich als katastrophal erwiesen hatten. Levi verkörperte, indem er »Putschismus«, »Abenteurertum«, »Linkslastigkeit« anprangerte, genau in dem Moment, als die Mehrheitssozialdemokrat*innen und andere Antikommunist*innen diesen Refrain anstimmten und wo die Repression hart zuschlug, in den Augen der unglücklichen Märzkämpfer*innen den »Gelben«, den Aktionsbrecher und Disziplinbrecher. Von einem Führer kommend, der einige Wochen zuvor seine Funktionen aufgegeben hatte, muss diese Haltung noch unverzeihlicher erschienen sein: In dem Maße, indem er nicht mit aller Kraft gekämpft hatte, um die Märzaktion zu verhindern, schien die Denunziation, die er danach machte, von einem Renegaten auszugehen, der zufrieden war, dass die Ereignisse seine finsternen Prognosen bestätigten.

Aber Lenins Strenge hatte zweifellos noch tiefere Gründe. In jenem Jahr 1921 handelte es sich nicht nur um die Existenz und Einheit der neu gegründeten VKPD, sondern um die der gesamten kommunistischen Bewegung. Die Wende von 1921 war die erste radikale Wende der Internationale seit ihrer Ausrufung. Sie war im Gefolge der revolutionären Nachkriegswelle ausgerufen worden und hatte ihre Soldat*innen aus den Reihen der Aktivist*innen rekrutiert, die davon überzeugt waren, dass die Revolution das Werk ihrer Zeit und ihrer Generation war. Dies galt noch mehr für die Mitglieder des Apparats der Internationale: Wie borniert er auch immer gewesen sein mag, Bela Kun hatte die Entschuldigung, dass er auf die Stabilisierung des Kapitalismus, die 1920 kaum zu erkennen war, völlig unvorbereitet war. 1917 in Kriegsgefangenschaft, zwei Jahre später Vorsitzender des Rates der Volkskommissar*innen der Ungarischen Räterepublik, hatte er als Politkommissar eine Niederlage nach der anderen erlebt, das Exil, dann den Bürgerkrieg und dessen unmittelbare Folgen im hungernden Turkestan. Wie hätte er bei seiner Ankunft in Berlin als Abgesandter der KI-Exekutive ahnen können, dass diese heroische Zeit vorbei war? In der Tat, seit einem Jahr gehen alle kommunistischen Aktivist*innen gegen den Strom, kämpfen mit den Beschlüssen des 2. Kongresses in der Hand gegen die Realität des neuen Kräfteverhältnisses. Die Delegierten des 3. Weltkongresses dazu zu bringen, zuzugeben, dass sie – und mit ihnen ihre Partei und die Internationale – sich geirrt hatten, in den Jahren 1920-1921 die revolutionäre Aufgabe der kurzfristigen Machteroberung zu verfolgen, und dass Paul Levi – der sich von ihrem Kampf und ihren Leiden distanziert hatte – ganz allein, gegen die Partei und gegen die Internationale, recht hatte, wurde von Lenin und Trotzki als unmöglich beurteilt. Lenin erklärte es Clara Zetkin deutlich: Es war notwendig, Levis Haltung zu verurteilen, um diejenigen nicht in Verzweiflung zu stürzen, die es im Gegensatz zu ihm für unerlässlich gehalten hatten, ihrer Partei auch in den schlimmsten Momenten treu zu bleiben.

Das Problem stellte sich für die russische Partei in etwas anderer Form. Die NEP warf viele Einwände und – sogar, wenn sie akzeptiert wurde – viele Bedenken auf. Sprach man da nicht von einer »Rückkehr zum Kapitalismus«? Die Zugeständnisse

an die Bäuerinnen und Bauern, die nach der Verurteilung der Arbeiteropposition kamen, beruhigten die Aktivist*innen nicht, die auch von der Überzeugung durchdrungen waren, dass die russische Revolution weltweit sein würde oder nicht mehr sein würde. Es ist sicher falsch zu sagen, dass der Märzaufruf, wie Heckert¹¹¹² vorschlug, als ein Versuch, Kronstadt zu »kompensieren«, erklärt werden könnte, aber die Hypothese, dass er aus Sinowjews verzweifelten Versuchen resultierte, die Weltrevolution zum »Durchbruch« zu bringen und die Ökonomie des NEP zu erreichen, ist alles andere als unplausibel. Der »Kompromiss« in der internationalen Frage in der russischen Partei wurde, wenn man Trotzki glauben will, nur nach vielen Tricks und Korridor-kämpfen erreicht: Kooptation Kamenews in das Politbüro, der heimlich für Lenins Standpunkt gewonnen wurde, ein Block zwischen Lenin, Trotzki und ihm selbst, der es ermöglichte, das für Sinowjew günstige Kräfteverhältnis umzukehren, Zugeständnisse, die Radek, den Sinowjew beschuldigen würde, ihn zu »verraten«, eines nach dem anderen abgerungen wurden... Aber, in dem Maß, in dem die Russ*innen entschieden hatten, dass ein Kompromiss notwendig war, konnte er auf Kosten weder von Prinzipien gemacht werden, noch von der Verurteilung der Theorie der Offensive. Das wäre jedoch der Fall gewesen, wenn Levi freigesprochen worden wäre; niemand in der russischen Partei hätte daran denken können, Bucharin und Sinowjew nicht, die die Besiegten gewesen wären, ebenso wenig wie Lenin und Trotzki, die die Rolle des Schiedsrichters beanspruchten.

Es scheint, dass Levi die Wurzeln der Haltung Lenins, dessen Unterstützung er anfangs gesucht hatte, nicht begriffen hat. Es wäre sicherlich unfair, das von Radek und anderen Zeitgenossen gezeichnete Porträt von ihm unkritisch zu akzeptieren. Zunächst, weil Levi nach seinem Ausschluss nicht aufhörte, ein sozialistischer Aktivist zu sein und den Hass des Klassengegners zu verdienen, was beweist, dass er, wenn er seinen persönlichen Geschmack nicht der aktivistischen Aktion opferte, auch nicht die aktivistische Aktion – obwohl sie ab dem Moment seines Bruchs mit dem Kommunismus undankbarer war – seinem persönlichen Geschmack opferte. Dann ist es unbestreitbar, dass er in der Lage war, mit ihm, und zwar jahrelang, Arbeiteraktivist*innen von großem Wert mit sich zu ziehen, diese Malzahn, Neumann, Franken, die Lenin bewunderte und von denen er sagte, »dass Leute wie sie die breiten, fest

1112 Nach E. H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, Bd. III, S. 335, Fn. 2, hatte Heckert diese Interpretation der Märzaktion in seiner Rede vor dem Allrussischen Gewerkschaftskongress im Mai 1921 angedeutet. Flechtheim entwickelte später die These eines Zusammenhangs zwischen dem Kronstädter Aufstand und der Märzaktion (*Die KPD in der Weimarer Republik*, 1948, S. 73), eine These, die einer sorgfältigen Prüfung der Chronologie nicht standhält. [Tatsächlich stellte Heckert in dem von Carr zitierten Redeausschnitt keinen Bezug zu Kronstadt her, sondern erklärte nur allgemein, sie hätten dem russischen Proletariat helfen wollen ... ein Gedanke, der damals für Kommunist*innen ziemlich selbstverständlich war und z.B. in dem von Broué im XXV. Kapitel zitierten *Prawda*-Ausschnitt vom 30. März 1921 ebenfalls ausgesprochen ist: »um der Sowjetmacht zu helfen.«]

gegliederten Heeressäulen des revolutionären Proletariats bilden«¹¹¹³: ein Amateur erzielt solche Ergebnisse nicht! Was bleibt, ist, dass Levi, indem er die von Clara Zetkin übermittelten Vorschläge Lenins ablehnte, indem er sich weigerte, seine eigene Selbstachtung um den Preis der Anerkennung eines politischen Sieges, der in den Augen eines Aktivist*innen unendlich wichtiger ist, zum Schweigen zu bringen, zu zeigen schien, dass er selbst nicht mehr an die Ideen glaubte, die er seit 1920 gegen Sinowjew und die anderen verteidigt hatte, und auch nicht an die Wiederherstellung der Internationale. Fühlte er sich unter dem Druck des Geschreis und der Denunziationen plötzlich wie ein Fremdkörper in der kommunistischen Bewegung? Jedenfalls, wenn Levi tatsächlich ein Kommunist, ein Bolschewik war, wie Lenin sagte, hörte er im Laufe des Jahres 1921 auf, einer zu sein, oder – was wahrscheinlich auf dasselbe hinausläuft – sich dafür zu halten.

Nachdem er in diesem Sinne »den Kopf verloren«¹¹¹⁴ hat, wird dieser so klare Mann von nun an Fehler und falsche Prognosen anhäufen, indem er nacheinander verkündet, dass die »Linksradikalen« Lenin und Trotzki beseitigen würden, oder dass die »Bakunisten« an die Spitze der deutschen Partei treten würden, unfähig, jemals eine Linie der proletarischen Einheitsfront anzuwenden ...

Es bleibt die Tatsache, dass er von 1918 bis 1921 der einzige kommunistische Führer von außerhalb Russlands gewesen war, dessen kompromissloser Charakter und politische Durchdringung ihn zu einem Gesprächspartner gemacht hatten, der in der Lage war, auf gleicher Augenhöhe mit den russischen Führer*innen zu diskutieren, und dass niemand die Lücke füllen wird, die sein Ausschluss hinterlassen hat. Er war der Einzige, der das Problem, das der Kommunismus nach der siegreichen russischen Revolution hatte, in politischen Begriffen formulierte: wie man auf den alten Baum mit den tiefen und festen Wurzeln der westlichen Arbeiter*innenbewegung den lebendigen Edelreis des Impulses von 1917 und der Rätewahl aufpfropfen konnte. Nach ihm wird es den Russ*innen gegenüber niemanden mehr geben außer Plagiatoren oder Papageien, wie er sie nennt, oder wenigstens nur Menschen, die zögern und schweigen, die sich im Voraus damit abgefunden haben, falsch zu liegen.

Paul Levis persönliches Abenteuer symbolisiert somit 1921 das erste Scheitern, von dem es ein wesentlicher Bestandteil ist: die Ohnmacht der Kommunistischen Internationale, die »Weltpartei der sozialistischen Revolution« zu werden, die sie zu sein beanspruchte, die Ohnmacht der Bolschewiki, in dieser kurzen Zeitspanne im Westen die Bildung kommunistischer Parteien hervorzurufen, die bewusst und systematisch organisiert das Ziel der Machtübernahme durch das Proletariat verfolgen, revolutionäre Organismen, die nicht nur blasse Umsetzungen des russischen Modells sind, sondern Parteien, deren Wurzeln in der gesellschaftlichen Realität und

1113 C. Zetkin, *Souvenirs ...*, S. 48. [Ausgabe 1929, S. 37, Ausgabe 1985, S. 46, Ausgewählte Reden und Schriften III, S. S. 117]

1114 [Lenin, »Brief an die deutschen Kommunisten«, a.a.O., S. 542]

den Kampf- und Denktraditionen ihrer jeweiligen Länder ebenso tief verankert sind wie die der bolschewistischen Partei im Boden Russlands.

Der Kommunismus von 1918-1921 war ein lebendiger Organismus mit vielen Nuancen, und Levi verkörperte eine deutsche Färbung. Levi dem Kommunismus in dieser Periode entgegensetzen, heißt zu vergessen, dass Bebels Sozialdemokratie und Eberts Sozialdemokratie, Lenins Denken und »Leninismus«, Leninismus und Stalinismus, Rosa Luxemburg und »Luxemburgismus« in der Geschichte koexistierten. Damit wird Paul Levi seine wahre historische Dimension genommen: die einer verpassten Gelegenheit.

Kapitel XLVI: Karl Radek oder die Verwirrung der Genres

Radek ist eine ungewöhnliche Figur in der Geschichte der kommunistischen Bewegung, einer der Schlüsselfiguren für das Studium der frühen Jahre der Internationale. Der weitschweifige, heute fast unbekannt Autor Radek war nicht nur in den Jahren nach der russischen Revolution einer der wichtigsten Führer*innen der Internationale – und für einige Monate zwischen seiner Befreiung aus Deutschland und dem 2. Weltkongress ihr effektiver Sekretär –, sondern auch der Mentor der deutschen KP bis 1923, für die Exekutive für »deutsche Fragen« zuständig wie es Trotzki für »französische Fragen« war. Zwei neuere Studien H. Schurers und W. Lernalers haben vielleicht den Weg für Arbeiten, die sich mit Radek beschäftigen, geebnet, und es ist nun zu hoffen, dass insbesondere die vielen »Radek«-Akten, zu denen uns der Zugang verwehrt wurde, in Ostdeutschland und der Sowjetunion geöffnet werden.

Das vielleicht beste Porträt von ihm ist das, das der deutsche Journalist Wilhelm Herzog 1920 malte:

»Karl Radek (...) wurde zum Sekretär der III. Kommunistischen Internationale gewählt. Und sein lebendiger, ewig fluktuierender Geist arbeitet fieberhaft. Sein an die deutschen Romantiker (mit einem Schuss polnischem Judentums) erinnernder Kopf ist geladen mit Witz und Energie. Er schreibt täglich zwei Leitartikel, einen für die ›Prawda‹ und einen für die ›Iswestija‹ und oft noch einen dritten, der durch Radio nach Christiania [Oslo] gefunkt wird. Er empfängt täglich Besuche von mehr als einem Dutzend Delegierten aus allen Ländern der Welt. Er erteilt Rat und gibt Auskunft. Er präsidiert Sitzungen der III. Internationale und nimmt teil an den Konferenzen des Exekutivkomitees, des Zentralkomitees der Partei und zahllosen anderen Körperschaften. Er hält Vorlesungen an der Arbeiteruniversität und vor den Offizieren der Roten Armee. Er spricht in Versammlungen, auf Kongressen der zentralen und lokalen Sowjets. Und alles dies ohne Oberflächlichkeit, nicht leichtfertig, sondern nach gründlicher Vorbereitung, sachkundig, äußerst ernsthaft (wenn auch nie ohne Witz). Das Problem beherrschend, das er scharf anpackt, darstellt und zergliedert. Es ist eine Lust, ihm zuzuhören. Er ist außerordentlich reich an Einfällen; er hat eine ungewöhnliche Personen- und Sachkenntnis. Ihm ist aus der Bewegung des Proletariats aller Länder jedes Datum, jedes Geschehnis,

jeder Führer, ja jede einigermaßen wichtigere Person bekannt. Dazu kommt eine große historische Bildung und eine sehr klare Erkenntnis der weltpolitischen Zusammenhänge.

*Er ist ein glänzender Stilist. Und obschon er die russische Sprache keineswegs wie ein geborener Russe beherrscht, bewundert man seine Aufsätze wegen ihrer Klarheit und der Leuchtkraft ihrer Bilder. Sein quecksilbriger Geist reagiert auf alle Eindrücke des menschlichen, politischen und geistigen Lebens. Kurz: ein hochbegabtes Individuum, der geborene Propagandist, der Agitator ohne Rücksicht auf Hemmungen. Er kennt keine Kompromisse, sobald es gilt, die feindliche oder noch gleichgültige Welt zu infizieren, sie zu vergiften, sie mit der Idee der Weltrevolution zu durchdringen. Er gehört mit Bucharin, Ossinski und anderen zu der jüngeren Generation der Bolschewiki (d.h. der revolutionären Marxist*innen). Dieser extreme Stratege des Klassenkampfes, dieser gefürchtete Terrorist liebt die deutsche Literatur, kennt Goethe, Heine, Kleist, Friedrich von Gentz und die Romantiker, Büchner, Grabbe, liebt Conrad Ferdinand Meyer und zitiert Verse von Stephan George und Hugo von Hoffmanstahl.«¹¹¹⁵*

Ein schmeichelhaftes, aber zweifellos wahrheitsgetreues Porträt, das vielleicht nur durch eine Anspielung auf seine körperliche Hässlichkeit und Nachlässigkeit in der Kleidung relativiert werden sollte: *»etwas, das zwischen Fuchs und Wolf ist; und auch etwas von einem Straßenjungen oder von den ‚bösen Buben‘ von Busch nach einem besonders gelungenen Streich. Eine wahre, freche, amüsante und schreckliche Mephisto-Physiognomie«,* schrieb Graf Kessler¹¹¹⁶, *»eine Kreuzung zwischen einem Professor und einem Banditen«,* sagte der Diplomat-Spion Bruce Lockhart.¹¹¹⁷ Der Mann war liebenswert wegen seines Geistes, seiner scharfen Schlagfertigkeit, seines scharfen Sinns für Humor, den er nie vergaß, auf seine eigenen Kosten auszuüben, seiner Breite an Kultur und intellektueller Neugier, und schließlich, trotz der Aggressivität seines verbalen Verhaltens, seiner Freundlichkeit, Sensibilität und unbestreitbaren Verletzlichkeit.

Radek ist zunächst ein Einzelgänger. Von seinem Erscheinen in der deutschen sozialdemokratischen Bewegung an hatte er eine eigene Physiognomie: Er hatte eine revolutionäre Vergangenheit und Erfahrung zu einer Zeit, als die Führer*innen der deutschen Partei nur von der Pariser Kommune oder der Revolution von 1848 gelesen hatten. Er, der kaum emigriert war, kehrte zu Beginn der Unruhe 1905 nach Polen zurück und war noch keine zwanzig Jahre alt, als er die Nachfolge des verhafteten

¹¹¹⁵ Wilhelm Herzog, »Russisches Notizbuch«, Das Forum, 4. Jahrgang, Nr. 11, August 1920, [S. 791-868, hier] S. 805-807.

¹¹¹⁶[Harry Graf Kessler. Das Tagebuch 1880-1937. Siebter Band 1919-1923. Tagebucheintrag vom 15. Dezember 1922, S. 591 f.]

¹¹¹⁷[Robert Hamilton Bruce Lockhart, Memoirs of a British agent, London 1934, S. {254-}255]

Leo Jogiches als Chefredakteur der Zeitung der polnischen Sozialdemokrat*innen antrat: Er lernte dann das Gefängnis kennen. Später ließ er sich in Deutschland nieder und machte sich im Alter von 26 Jahren einen Namen als Polemiker und Theoretiker, indem er Kautsky sowohl auf dem internationalen Kongress in Kopenhagen als auch in der »Neuen Zeit« angriff. Als Spezialist für das Studium des Imperialismus bemühte er sich, die Unvermeidlichkeit des Weltkriegs als Folge des zwischenimperialistischen Antagonismus aufzuzeigen, und begründete darauf die Perspektive der Weltrevolution – ein Thema, das den Bolschewiki teuer, den deutschen Parteiaktivist*innen aber fremd war. Sein Talent bringt ihm Berühmtheit als Journalist, aber er bleibt in Deutschland isoliert und verstärkt seine Isolation, indem er gegen Rosa Luxemburg und Jogiches die Dissidenz des Warschauer Komitees der polnischen Partei unterstützt.

Es ist gleichzeitig seine Berühmtheit und seine Isolation, für die er in der »Radek-Affäre« bezahlt. Er beging die Unvorsichtigkeit, sowohl die südlichen Revisionist*innen als auch den Parteiapparat anzugreifen: Schon 1912 startete Bebel auf dem Chemnitzer Parteitag einen furchtbaren Angriff gegen ihn, und die Verstärkung durch die Pol*innen ermöglichte es, dass er im folgenden Jahr unter dem Gewicht infamer Anschuldigungen sowohl aus der deutschen als auch aus der polnischen Partei ausgeschlossen wurde. Er stellte sich mutig der Lage, zögerte nicht, sich in Berlin niederzulassen, um sich besser verteidigen zu können, und veröffentlichte auf eigene Kosten, unterstützt von einer Handvoll Freunde, ein Plädoyer in eigener Sache. Die internationale Untersuchungskommission, genannt »Pariser Kommission«, sprach ihn frei und er gewann in der Affäre die Unterstützung Lenins und Liebknechts, so wie die Trotzki. Doch der Krieg verhinderte eine wirkliche Aufarbeitung seines Prozesses und er bleibt, wie Schurer betont, »für die große Mehrheit der deutschen Sozialisten ein gezeichneter Mann.«¹¹¹⁸

Es gab keinen Platz für ihn im Deutschland von 1914, wo der internationalistische Kern aus seinen ärgsten Gegner*innen bestand. Er emigrierte in die Schweiz, tief deprimiert, und enttäuschte Trotzki, der große Hoffnungen in ihn gesetzt hatte:

Ich »hoffte, in ihm einen Gesinnungsgenossen zu treffen [...] mit Staunen gewährte ich bei einem Gespräch mit ihm, dass er an die Möglichkeit einer proletarischen Revolution im Zusammenhang mit dem Krieg wie überhaupt in der nächsten Epoche gar nicht dachte. Nein, sagte er, dazu sind die Produktivkräfte der Menschheit im Ganzen betrachtet noch nicht entwickelt genug.«¹¹¹⁹

Er fängt sich jedoch im Milieu der internationalistischen Emigrant*innen schnell wieder und wird zum Objekt von Lenins Aufmerksamkeit, der in ihm ein Mittel

1118 H. Schurer, »Radek and the German Revolution«, Survey, Nr. 53, Oktober 1964 [S. 59-69, hier] S. 62 [Teil II: Survey, Nr. 55, April 1965, S. 126-140]

1119 Trotzki, Ma vie, Bd. II, S. 94. [a.a.O., Manifest Verlag, 2. Auflage, 2019, S. 190f.]

sieht, deutsche Internationalist*innen zu erreichen und ihn drängt, an der internationalen Zeitschrift mitzuarbeiten, die er zum Zentrum und Mittelpunkt einer internationalen Gruppierung machen will. In Zimmerwald stellt er sich auf die Seite der Minderheit; aber die Deutschen weigern sich, ihre Unterschrift neben die seine zu setzen. In Bern wird Clara Zetkin heftig wütend, als sie seine Anwesenheit bemerkt¹¹²⁰: Zweifellos ist er noch in Quarantäne.

Den Bolschewiki nahe stehend, distanzierte er sich dennoch von Lenin, der ihm in heftigen Worten seinen »Gipfel der Intriganz« und sogar »Gipfel der Gemeinheit« vorwarf.¹¹²¹ Er polemisierte mit Lenin über die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationalitäten und verurteilte den irischen Osteraufstand von 1916. Zugleich verteidigt er in deutschen Fragen die Notwendigkeit der Spaltung, der selbständigen Organisation der Revolutionär*innen. Durch ihn, durch seine Artikel in der »Arbeiterpolitik«, fanden Lenins Themen über den Verrat der Arbeiter*innenaristokratie, die Notwendigkeit der Spaltung, die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg ihren Weg in die deutsche extreme Linke. Ein spartakistischer Delegierter zitierte ihn auf dem Gründungsparteitag der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und provozierte damit heftige Reaktionen des Saales. Radek war in gewisser Weise immer noch ein Geächteter in der deutschen Bewegung, aber seine Isolation begann aufzubrechen.

Die Revolution von 1917 verändert seine Position plötzlich. Er reiste mit demselben Zug wie Lenin ab, aber ihm wurde die Einreise nach Russland verweigert. In Stockholm platziert, sorgt er für die internationalen Verbindungen der Bolschewiki und leitet die Propaganda nach Deutschland. Er kommt im Gefolge des Aufstands in Petrograd an und wird sofort als vollwertiger Bolschewik betrachtet. Er ist stellvertretender Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, ist in Brest-Litowsk Auge in Auge mit deutschen Diplomaten und Generälen, organisiert die Propaganda unter den Kriegsgefangenen, die »Verbrüderung« an der Front. Immer wieder wendet er sich Deutschland zu: Als offizieller Vertreter der Exekutive der Sowjets abgelehnt, überquert er heimlich die Grenze und kommt in den ersten Dezembertagen 1918 als Vertreter der bolschewistischen Partei in Berlin ins Land.

Man hat seine von der russischen Erfahrung sehr geprägten Reaktionen gesehen, seine Positionierungen in dieser ersten Phase der deutschen Revolution, in der er

1120 Schurer, a.a.O., S. 63. [Schurer zitiert Toni Sender, laut der Clara Zetkin aber nicht »heftig wütend«, sondern nur »far from pleased« (Autobiography of a German Rebel, 1939) oder »keineswegs erfreut« (Autobiographie einer deutschen Rebellin. FfM 1981, S. 78) war]

1121 [Im französischen Text »comble de l'esprit d'intrigue« und »comble de bassesse« Die Formulierungen kommen in einem Brief an Schljapnikow vom März-April 1916 vor (Lenin Œuvres, Band 36, S. 388, deutsch, Lenin Werke, Band 36, S. 375) – allerdings sind sie nicht auf Radek, sondern auf Georgi Pjatakow und Jewgenija Bosch gemünzt, die sich laut Lenin hinter Radek versteckten. Allerdings hat Lenin in anderen Briefen an Schljapnikow Radek Intrigen ohne »Gipfel« vorgeworfen, s. vor allem a.a.O., S. 384 und 391]

vor allem ein machtloser Zeuge ist, bemerkt: alles überzeugt ihn von der Überlegenheit der bolschewistischen Schule. Verhaftet, kann er einige Wochen um sein Leben fürchten, hält aber allen Verhören stand. Dann ändert sich seine Lage, er wird ein angesehener Gefangener und empfängt in seiner Zelle, die zu einem veritablen »politischen Salon« geworden ist, Politiker*innen, Generäle, Firmenchefs, alle, die in ihm einen offiziösen Vertreter der russischen Regierung sehen und sich informieren oder verführen lassen wollen. Der gesetzlose Bohemien erweist sich als geschickter Diplomat, umgarnt oder beeindruckt seine Gesprächspartner*innen, beginnt in Begriffen der großen Außenpolitik zu denken, erwägt Allianzen und etabliert sich als »graue Eminenz.« Er verlor jedoch nicht die Probleme der deutschen Partei aus den Augen, die er als ihre Leitung in wenigen Tagen hatte entstehen und wieder verschwinden sehen. Es war vor allem Paul Levi, den er von der Notwendigkeit zu überzeugen versuchte, die Massen zu erobern, der linken Kinderkrankheit abzuschwören, in den Gewerkschaften zu arbeiten, die Wahl- und Parlamentstribünen nicht zu vernachlässigen. Seine Schriften von 1919 fassen die Argumente einer Polemik gegen die »Kinderkrankheit«, den Linkradikalismus, zusammen, und Lenin fügt ihnen nichts Wesentliches hinzu. Er stimmte mit Levi in den allgemeinen Perspektiven, in der Linie der Heidelberger Thesen, überein, an denen er vielleicht mitgewirkt hatte, war aber dennoch misstrauisch ihm gegenüber und machte ihm schwere Vorwürfe, weil er eine Spaltung organisiert hatte, die er nicht billigte, oder weil er die Kommunist*innen von Ungarn und Bayern aus einer Position heraus kritisierte, die er als opportunistisch beurteilte.

Nach seiner Rückkehr nach Russland wurde er Sekretär der Internationale und der Hauptverantwortliche für deutsche Fragen. Er zeigte auf dem 2. Weltkongress seine Unabhängigkeit, indem er die KPD(S) gegen die Exekutive und die russische Partei in der Frage der Einladung an die KAPD unterstützte. Diese Demonstration der Unabhängigkeit – er sah sich der Internationale verantwortlich, nicht seiner Partei – brachte ihm die Entlassung durch die Russen vom Posten des Sekretärs ein. In der gleichen Epoche war er im Sommer 1920 zusammen mit Levi einer der wenigen kommunistischen Führer*innen, die Lenins Optimismus über die revolutionären Aussichten in Polen und Deutschland nicht teilten. Lenin würde später sagen:

»Radek hatte uns übrigens vorausgesagt, wie es gehen würde. Er hatte uns gewarnt. Ich habe mich sehr über ihn geärgert, ich schimpfte ihn einen ‚Defätisten‘. Aber er hat in der Hauptsache Recht behalten.«¹¹²²

Was Deutschland anbelangt, blieb er sehr zurückhaltend gegenüber den Führer*innen. Er war einer der schärfsten Kritiker*innen der Haltung der Zentrale nach dem Kapp-Putsch, verurteilte heftig die Erklärung der loyalen Opposition und pole-

1122 C. Zetkin, Souvenirs ... S. 25-26. [a.a.O., S. 20 f., S. 117, 4. Auflage, S. 29, in »Ausgewählte ...« fehlt die ganze Passage]

misierte, direkt oder durch Frölichs Vermittlung, das ganze Jahr über gegen Levi. Zunächst der Annäherung an die linken Unabhängigen feindlich gesinnt, hat er sich klar dazu bekannt und Levi in dieser Hinsicht unterstützt. Zur gleichen Zeit scheint es, dass er intrigiert, um unter den Führer*innen der linken Unabhängigen, wenn nicht in der Zentrale selbst, Unterstützung oder Gegengewichte zum Einfluss Levis zu finden, den er für schädlich hält. Er stellte sich auf dem Vereinigungsparteitag gegen ihn, schrieb aber mit ihm den offenen Brief, der ihm scharfe Angriffe Sinowjews, Bucharins und Bela Kuns einbrachte, und setzte seine Überlegungen zum Linksradikalismus fort, indem er die Theorie der proletarischen Einheitsfront ausarbeitete.

Ab Februar 1921 wird es schwierig, sein politisches Spiel zu verstehen. Er war eindeutig feindselig gegenüber den linksradikalen und spalterischen Initiativen, die von den Delegierten der Exekutive in Livorno ergriffen wurden, aber verärgert über das Verhalten Levis, das ihn von der Leitung der Partei abfallen und seinen schlimmsten linken Gegner*innen Platz machen ließ. Von Moskau aus arbeitete er am Vorabend der Märzaktion daran, die Partei zu »aktivieren«, kritisierte aber, sobald er informiert war, vorsichtig die Form der »Aktivierung«, die die von Kun inspirierte Märzaktion war. In der Verwirrung, die einige Monate lang innerhalb der Führung der russischen Partei und der Internationale herrschte, schien er eher auf der Seite der russischen Linksradikalen zu stehen – Lenin warf ihm das vor –, aber ein wenig rechts von Sinowjew, der ihm vorwarf, ihn bei dem am Vorabend des Moskauer Kongresses mit Lenin und Trotzki geschlossenen Kompromiss »verraten« zu haben – während Lenin ihm vorwarf, sich »zu weit nach links« gelehnt zu haben. Sein Zögern zwischen der Konferenz der russischen Partei und dem Weltkongress selbst ist empfindlich, wo es schließlich sein Verhalten ist, das die linke Gegenoffensive der von Thalheimer und Terracini vorgelegten Änderungsanträge erleichtert.

Nach dem 3. Weltkongress scheint er eines der Elemente zu sein, die in Moskau das Kriegsbeil gegen die Zentrist*innen ausgraben wollen, und Lenin wirft ihm einen öffentlichen Angriff gegen Clara Zetkin vor. Er wettete gegen Levi, dann gegen Friesland, in Begriffen, die mit denen der Berliner Linken vergleichbar waren. In der Tat scheint seine Haltung seit Februar 1921 allem zu widersprechen, was wir über sein politisches Temperament, seine Einschätzung der Weltlage, seinen Pessimismus hinsichtlich des Tempos der Weltrevolution wissen: ein entschiedener Gegner der Linksradikalen, scheint er sie plötzlich zu sammeln, um sie dann nur halbherzig zu unterstützen. Kann man diese Wendung mit den Sorgen erklären, die sich aus einer brisanten internationalen Lage ergeben, der Gefahr eines Krieges, den er drohen sieht, wie seine Briefe an die Zentrale nahelegen? Wollte er einfach einen Konflikt mit Sinowjew vermeiden, der offensichtlich ein Blanko-Mandat Lenins hatte? Fand er es einfach möglich und bequem, den Umstand auszunutzen, um Levi, den er als unsicher ansah, zu eliminieren, ohne seine Linie aufzugeben? Für den Moment müssen wir den Versuch aufgeben, Licht in das Rätsel dieser Zeit zu bringen, die uns

zu Recht erlaubt, ihn der Wankelmütigkeit, wenn nicht gar des Opportunismus zu bezichtigen. Es ist auf jeden Fall schwierig, Schurer zu folgen, wenn er Ende 1921 das Auftauchen eines »neuen Radek« sieht: Es ist nur der alte Radek, der nach einem halben Jahr der Verwirrung wieder auftaucht, getreu seinen früheren Analysen über die Langsamkeit des revolutionären Rhythmus im Westen, über die Notwendigkeit des geduldrigen Aufbaus einer Partei durch die Eroberung der Massen, eines permanenten Kampfes für den Aufbau der Arbeiter*innen-Einheitsfront durch den Kampf um ökonomische Forderungen und »Übergangs«-Losungen.

Im Jahr 1922 sieht man ihn eine besonders wichtige Rolle auf dem diplomatischen Parkett im Auftrag der sowjetischen Regierung bei den Gesprächen mit General von Seeckt und dem Diplomaten von Malzan spielen, die zum Abschluss des Rapallo-Vertrags führten. Er war der wirkliche offiziöse Vertreter des Kreml in Deutschland und identifizierte sich in mancher Hinsicht mit einer Außenpolitik, mit der sich die Internationale ihrerseits nicht identifizierte. Innerhalb dieser Internationale gehört er zu denen, die im Rahmen der Strategie der Arbeiter*innen-Einheitsfront versuchen, revolutionäre »neue Wege« zu entdecken, Übergangslosungen, wie die der »Arbeiterregierung«, derer er wenn nicht der Vater, so doch zumindest der Pate wird. Im Gegensatz zu Sinowjew misst er dem Sieg des Faschismus in Italien große Bedeutung bei und zieht daraus Schlussfolgerungen, die 1923 am helllichten Tag erscheinen werden, über die notwendigen Modalitäten der Aktion des Proletariats, das nun konkret, für eine ganze historische Periode, vor die Alternative »Sozialismus oder Faschismus« gestellt wird, eine moderne Übersetzung des alten »Sozialismus oder Barbarei« von Marx. Im Unterschied zu dem, was Schurer denkt, bedeuten die Perspektiven, die er 1923 entwickelt, nicht die Aufgabe seiner Analysen der Rolle der Arbeiter*innenaristokratie als Agentin der Bourgeoisie in der Arbeiter*innenbewegung: Für ihn ermöglicht gerade in diesem Jahr und in Deutschland die Wirtschaftskrise, die die Grundlagen der Arbeiter*innenaristokratie zerstört und die Lebensbedingungen der Arbeiter*innen nach unten vereinheitlicht, die politische Wiedervereinigung der Klasse unter dem Banner des Kommunismus.

Wir haben ebenfalls angedeutet, für wie irrig wir die traditionelle Interpretation der von Radek verteidigten »Schlageter-Linie«, als Versuch, den »Nationalbolschewismus« wieder aufleben zu lassen, halten, oder sogar, wie Schurer schreibt, als Beweis für ein *»neues Interesse am Nationalismus als potentiell revolutionären Faktor.«*¹¹²³ Radeks Anliegen, der die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter*innenklasse für praktisch abgeschlossen hält, besteht in Wirklichkeit darin, dem konterrevolutionären Nationalismus, dem Nazismus, seine Massenbasis zu entziehen, das durch die wirtschaftliche und soziale Krise und die nationale Demütigung verzweifelte Klein-

¹¹²³ Schurer, a.a.O., S. 65 [tatsächlich S. 135].

bürger*innentum. Schlageter, der Kämpfer für die Konterrevolution, verdient die Bewunderung der Revolutionär*innen für seinen Mut und seinen Opfergeist, aber er ist, wie Radek sagt, nur der »Wanderer ins Nichts«, während die Kommunist*innen die in die Zukunft sind.

Ein neuer Widerspruch zeigt sich jedoch im Laufe des Jahres 1923 in Radeks politischem Verhalten. Während er während des gesamten ersten Teils des Jahres 1923, sehr genau bis zum wilden Streik, der die Regierung Cuno im August hinwegfegte, entschlossen gegen alle linksradikalen Ungeduldigkeiten und Impulse in der KPD ankämpfte und fast allein die Verantwortung dafür übernahm, darauf zu verzichten, sich über das Verbot der Straßendemonstration vom 29. Juli hinwegzusetzen, schloss er sich offenbar ohne Diskussion Trotzki's These an, dass es notwendig sei, den Aufstand vorzubereiten, und machte den Vorschlag selbst im Politbüro vom 23. August. Auch hier muss man es aufgrund des Standes der Dokumentation ablehnen, heute eine genaue Antwort zu geben. Spielte Trotzki's persönlicher Einfluss auf ihn eine ausreichende Rolle, um ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, aufgrund einer neuen Lage eine Wende einzuleiten? War er bereit, angesichts seiner bisherigen Erfahrungen eine Meinung zu revidieren, die er sich nicht vor Ort gebildet hatte? Hat er, wie vielleicht 1921, seine wirklichen Überzeugungen abgetötet, seine eigenen Impulse unterdrückt, aus Mangel an Gewissheit oder Vertrauen in sein eigenes Urteil, oder im Gegenteil, aus Opportunismus, um der herrschenden Strömung an den Spitzen zu folgen? Hat er wirklich, wie Schurer andeutet, entgegen seinem eigenen Urteil gehandelt und gesprochen, von dem er wusste, dass es fundiert war? Das Problem bleibt offen.

Es kann auf keinen Fall angesprochen werden, ohne die Tatsache zu berücksichtigen, dass die deutschen Führer*innen – insbesondere Brandler – die gleiche Haltung hatten, indem sie über ihre Zurückhaltung oder ihr Zögern schwiegen, manchmal sogar selbstgefällig die Illusionen ihrer Genoss*innen fütterten. Das jedenfalls suggeriert Radek, wenn er der Exekutive sagt, dass die deutsche Partei unterm Strich »eine hervorragende Arbeiterpartei« sei, aber noch keine kommunistische Partei, und dass die Augustwende zu spät vollzogen worden sei, wenn er auch darauf hinweist, dass die deutschen Kommunist*innen die Tiefen der Passivität nicht ermessen hätten, in die der Zusammenbruch der Sozialdemokratie die Masse der Arbeiter*innen hineingezogen habe.

Radek war nicht in Chemnitz, als die Entscheidung zur Aufgabe des Aufstandes getroffen wurde. Aber er stimmte ihm nachträglich zu und übernahm, wie von Brandler gefordert, seine ganze Verantwortung. Und dieses Mal versuchte er nicht nur nicht, den Zusammenstoß mit seinen Genoss*innen in der Exekutive und den Führer*innen der russischen KP zu vermeiden, sondern provozierte ihn im Gegenteil absichtlich. Er verteidigte sich Schritt für Schritt mit großer Standhaftigkeit vor der erweiterten Exekutive, in der er in der Tat die Rolle des Angeklagten hatte.

Erst im allerletzten Moment, und um, wie er sagte, die Tradition zu respektieren, gab er nach und stimmte dem Beschluss zu, der Brandler und ihn selbst zum Sündenbock der Niederlage von 1923 machte.

Radeks intellektuelle Qualitäten sind unbestreitbar, sein Mut im Angesicht des Klassenfeindes, im Gefängnis oder in der Illegalität, kann nicht in Frage gestellt werden. Aber sein politischer Mut innerhalb seiner Partei ist fraglicher. Brilliant, tüchtig, ausdauernd, wenn die politische Linie klar ist, wenn er seinen Rücken gesichert fühlt, entweder durch die allgemeine Zustimmung oder durch die Festigkeit der Position derer, deren Interpret er ist, zeigt er die größten Zögerlichkeiten, in Form von beachtlichen Wendungen, sobald der Boden nicht mehr sicher ist, sobald an der Spitze der Internationale oder der russischen Partei Konflikte toben, sobald es darum geht, durch einen harten politischen Kampf etwas Neues zu schaffen. Er ist ein Interpret, Vulgarisierer, wenn man so will, funkelnder Kommentator eines politischen Gedankens, dessen Schöpfer er nicht ist, und zeigt Unsicherheit, sobald die Verantwortung für die Orientierung – und vor allem für die Neuorientierung – auf seinen eigenen Initiativen ruht. Er ist in der Lage, die intelligente Anwendung einer von der Internationale festgelegten politischen Linie zu gewährleisten, er ist fähig, die deutsche Partei »durch Delegieren« in Zeiten ohne akute politische Probleme zu führen, aber nicht in einer Periode der Krise, in denen vollwertige politische Führer*innen die ganze Verantwortung übernehmen müssen, einschließlich derjenigen, in ihrer Partei für das zu kämpfen, was sie für die richtige Linie halten.

Fünfzehn Jahre später, im Gefolge eines großen öffentlichen Prozesses in Moskau, in dem der Angeklagte Karl Radek vor dem Ankläger Wyschinski eine außerordentliche Leistung als Ankläger und Komplize vollbracht hatte, sollte Trotzki ein hartes Urteil über ihn fällen, das aber zweifellos das notwendige Korrektiv zu Wilhelm Herzogs Panegyrik darstellt:

»Radek (...) ist nur Journalist. Er hat die glänzenden Züge dieser Kategorie, aber auch alle ihre Mängel. Die Bildung Radeks kann man schnell als breite Belesenheit charakterisieren. Die nahe Bekanntschaft mit der polnischen Bewegung, die nachhaltige Beteiligung an der deutschen Sozialdemokratie, das aufmerksame Verfolgen der Weltpresse, besonders der englischen und amerikanischen, weitete seinen Horizont, verlieh seinem Denken große Beweglichkeit und stattete ihn mit einer unzähligen Menge Beispiele, Vergleiche und, nicht zuletzt, Anekdoten aus. Radek besitzt jedoch nicht jene Eigenschaft, die Ferdinand Lassalle »physische Kraft des Denkens« nannte. In den verschiedenen Arten politischer Gruppierungen war Radek immer eher Gast als Hauptteilnehmer. Seine Gedanken sind zu impulsiv und beweglich für systematische Arbeit. Von seinen Artikeln kann man vieles lernen,

seine Paradoxe können eine Frage von überraschenden Seiten beleuchten, aber ein eigenständiger Politiker war Radek niemals.«¹¹²⁴

Kurz gesagt, dem Mann, den die Kommunistische Internationale von 1919 bis 1923 der deutschen Partei als politischen Mentor anbieten konnte, dem Mann, auf dem die historische Mission ruhte, in Deutschland eine revolutionäre Führung zu schmieden, die aus Menschen bestand, die fähig waren, sich in den Problemen der revolutionären Strategie und Taktik zu orientieren, fehlten die notwendigen Eigenschaften. Er konnte den Kadern der KPD nicht das geben, was ihr fehlte: tiefe politische Gewissheit auf der Grundlage einer Analyse, die ständig durch die Entwicklung der Situation herausgefordert wurde, Kontinuität im Handeln und Festigkeit in der Verteidigung der eigenen Meinung, Bindung an Prinzipien und Ablehnung von Dogmatismus. Unter der Schirmherrschaft dieses Mannes, und trotz dessen bewussten Bemühungen, waren die deutschen Führer*innen unreif geblieben.

1124 Trotzki, Les Crimes de Staline, S. 137-138. [Nowaja, Moskowskaja Amalgama (Ein neues Moskauer Amalgam), hier eigene Übersetzung des russischen Textes in Bjulleten Oppozizii, Nr. 54-55]

Kapitel XLVII: Bilanz eines Scheiterns

Das Fiasko der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahr 1923 sollte einen entscheidenden Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte markieren. An diesem Dreh- und Angelpunkt Europas kehrte die Initiative in die Hände der Bourgeoisie zurück, die sie nie wieder aufgeben sollte. Innerhalb der Kommunistischen Internationale, angefangen bei der bolschewistischen Partei selbst, stellte die Niederlage von 1923, wenn nicht den Ausgangspunkt, so doch zumindest die entscheidende Beschleunigung eines Degenerationsprozesses dar, dessen negativste Aspekte oft direkt mit den größten Hoffnungen des unmenschlichen Jahres verknüpft werden können.

Zweifellos ist es kein Zufall, dass die internationale kommunistische Bewegung dieser beispiellosen Niederlage bis heute nicht das Minimum an Aufmerksamkeit gewidmet hat, das sie ihren Siegen oder auch Niederlagen von geringerer Bedeutung gewidmet hat. Nach der weggezauberten Revolution war der Aufstandsversuch von 1923 nicht mehr Gegenstand einer wirklichen Diskussion; nicht einmal heute erinnert man sich daran, dass diese Diskussion zwar begonnen, aber nie zu Ende geführt wurde. Von allen zeitgenössischen Marxist*innen haben nur Trotzki, in der kommunistischen Opposition, und Paul Levi, damals in der linken Opposition der Sozialdemokratie, den Versuch unternommen, sie summarisch zu erklären.

Trotzki kehrt zur deutschen Affäre zurück.

1924 kehrte Trotzki in dem berühmten Vorwort »Lehren des Oktobers« zu der Sammlung seiner Schriften und Reden mit dem Titel 1917 auf die deutsche Situation von 1923 zurück. Wie schon Ende 1923 in *Der neue Kurs* meinte er, dass sich in Deutschland in diesem »schrecklichen Jahr« eine außerordentlich günstige Situation für den Sieg der proletarischen Revolution darstellte und sucht in der Partei selbst nach den Ursachen für dieses Scheitern. Er schreibt:

»Die bulgarische Revolution sollte der Auftakt zu der deutschen sein. Zum Unglück ist dem schlechten Auftakt in Bulgarien eine noch schlimmere Entwicklung in Deutschland gefolgt. Wir haben dort in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres ein klassisches Beispiel vor Augen gehabt, wie man eine ganz außergewöhnliche revolutionäre Situation von welthistorischer Bedeutung verpassen kann.«¹¹²⁵

1125 L. Trotzki, »Leçons d'octobre«, Cahiers du Bolchevisme, Nr. 5, 19. Dezember 1924, S. 313-314. [deutsch Trotzki: 1917. Die Lehren der Revolution. Berlin 1925, S. 12]

Der erste Irrtum der deutschen Führer*innen war nach ihm eine falsche Einschätzung der bewaffneten Stärke des Klassenfeindes, Unterschätzung in der vorrevolutionären Periode, Überschätzung in der revolutionären Periode vor dem Aufstand:

»Solange die Parole des Aufstandes für die Führer der deutschen kommunistischen Partei eine vorwiegend – wenn nicht ausschließlich – agitatorische Bedeutung hatte, haben diese die Frage von der bewaffneten Macht des Feindes (Reichswehr, faschistische Verbände, Polizei) einfach ignoriert. Ihnen schien, dass bei der ständig anwachsenden revolutionären Bewegung die militärische Aufgabe von selbst gelöst werden würde. Als aber dieses Problem in den Vordergrund rückte, haben die Genossen (...) den neuen Fehler begangen, diese Kräfte zu überschätzen. Sie nahmen die Angaben über die Zahl der bewaffneten Streitkräfte der Bourgeoisie für vollwertig und sie summierten sie mit den Kräften der Reichswehr und der Polizei, rundeten sie nach oben ab (bis zu einer halben Million und mehr) und erhielten so eine kompakte, bis an die Zähne bewaffnete Macht, die vollständig ausreichend war, ihre eigenen Anstrengungen zu paralysieren. Fraglos waren die deutschen gegenrevolutionären Kräfte bedeutend und vor allem viel besser organisiert und vorbereitet als unsere Kornilowschen Truppen. Aber auch die aktiven Kräfte der deutschen Revolution sind andere. (...) Bei uns entschieden, wenigstens in der ersten Zeit, stets Petrograd und Moskau; in Deutschland hätte der Aufstand sogleich viele mächtige Revolutionsherde.«¹¹²⁶

Indem er den Verlauf der deutschen Revolution von 1923 mit dem der russischen Revolution von 1917 vergleicht, unterstreicht er das Anwachsen von Befürchtungen und Zögernissen in beiden revolutionären Parteien beim Herannahen des entscheidenden Augenblicks, erinnert an die Opposition Sinowjews und Kamenews gegen den Oktoberaufstand und stellt fest, dass das, was in Deutschland geschah, die Entwicklung von Zögernissen dieser Art in der Parteiführung war, das sich schließlich auf die Massen übertrug. Er lehnt das Schema der deutschen Linken ab, die ängstliche Führer*innen gegen ungeduldig mit den Hufen scharrende Arbeitermassen ausspielte, und schreibt

»Die revolutionäre Kraft einer Partei wächst nur bis zu einem gewissen Momente; dann kann der Prozess sich in das Gegenteil verwandeln. Die Erwartungen der Massen werden, infolge der Passivität der Partei, durch Enttäuschungen ersetzt, während der Feind sich zu derselben Zeit von der Panik erholt und diese Enttäuschung ausnutzt. Einen so entscheidenden Umschwung haben wir in Deutschland 1923 beobachten können.«¹¹²⁷

1126 Ebenda, S. 333. [deutsch S. 49]

1127 Ebenda, S. 335. [deutsch S. 52]

Er würde die Frage ein paar Jahre später in seiner Kritik des KI-Programms noch einmal ausführlicher aufgreifen und die Verantwortung der KPD-Führung betonen:

»Wir haben oben bereits erwähnt, dass es für eine revolutionäre Führung in unserer Zeit der jähen Wendungen das schwerste ist, in dem betreffenden Augenblick den Puls der politischen Ereignisse zu fühlen, um jede scharfe Schwenkung abzufangen und rechtzeitig das Steuer zu wenden. Solche Eigenschaften einer revolutionären Führung werden nicht dadurch allein erworben, dass man auf jedes neue Rundschreiben der Komintern schwört. Sie können nur bei Vorhandensein der nötigen theoretischen Voraussetzungen durch selbständige Erfahrungen und wirkliche Selbstkritik erworben werden.«¹¹²⁸

Nun war für ihn das Jahr 1923, sobald das Ruhrgebiet von den Franko-Belgiern besetzt war, ein solcher Umschwung, der *»heftige revolutionäre Folgen«* ankündigte. Aber

die »Führung der Komintern hat das nicht rechtzeitig erwogen. Und die deutsche Kommunistische Partei fuhr fort, bei der einseitig verstandenen Parole des 3. Kongresses zu verharren, die sie von dem bedrohlichen Weg des Putschismus abwenden sollte. (...) Die jähe Wendung von der Taktik der Märztage von 1921 zu einer systematischen revolutionären Arbeit in der Presse, in den Versammlungen, Gewerkschaften und Parlamenten war natürlich nicht leicht. Nachdem die Krise dieser Wendung überstanden war, entstand die Gefahr der Entwicklung einer direkt entgegengesetzten Einseitigkeit. Der Tageskampf um die Massen verschlingt die gesamte Aufmerksamkeit. Er schafft eine eigene taktische Routine und lenkt den Blick von den aus einer Veränderung der objektiven Situation entspringenden strategischen Aufgaben ab.«¹¹²⁹

Der Schlüssel zur deutschen Situation. im Jahre 1923 lag in den Händen der Kommunist*innen:

»Es wurde ganz klar, dass die deutsche Bourgeoisie nur dann aus dieser »ausweglosen« Lage einen Ausweg finden konnte, wenn es die Kommunistische Partei nicht rechtzeitig begriff, dass die Lage der Bourgeoisie »ausweglos« war und nicht die nötigen revolutionären Folgerungen daraus zog. Jedoch die Kommunistische Partei, in deren Hand der Schlüssel lag, war es gerade, die mit diesem Schlüssel die Tür für die Bourgeoisie öffnete.«¹¹³⁰

1128 »Critique du programme«, L'Internationale communiste après Lénine, Bd. I, S. 191. [Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, Berlin 1929, S. 87]

1129 Ebenda, S. 190-191. [a.a.O., S. 87 f.]

1130 Ebenda, S. 191-192. [a.a.O., S. 88]

Es ist korrekt, dass die deutschen Arbeiter*innen im Oktober 1923 nicht in die Schlacht marschierten. Dies ist weder ein Zufall noch ein eigenständiges Phänomen, das der Analyse widerspricht, dass die deutsche Situation revolutionär war:

»Nach alledem, was das deutsche Proletariat in den letzten Jahren durchgemacht hatte, konnte man es nur dann zu einem Entscheidungskampfe führen, wenn es überzeugt war, dass die Frage diesmal wirklich zur Entscheidung gebracht wird, und dass die Kommunistische Partei bereit ist zu kämpfen, und fähig, den Sieg zu erringen. Aber die Kommunistische Partei ging dabei nur sehr unentschlossen und verspätet zu Werke. Nicht allein die Rechten, sondern auch die Linken, trotzdem sie sich sehr scharf bekämpft haben, betrachteten vor dem September-Oktober 1923 den Prozess der revolutionären Entwicklung ziemlich fatalistisch.«¹¹³¹

Es sind schließlich diese beiden Schwächen der deutschen Führung, ihr Fatalismus – der Glaube, die Revolution werde sich schon irgendwie von selbst, unabhängig von ihrer eigenen Politik, entwickeln – und ihr Zögern im entscheidenden Moment, die das Fiasko erklären:

Die »Führung insgesamt [hatte] geschwankt, und das wurde auf die Partei und durch diese auf die Klasse übertragen.«¹¹³²

Und Trotzki zieht aus der deutschen Erfahrung von 1923 Lehren, die er für die weltrevolutionäre Bewegung für ebenso entscheidend hält wie die des Oktober 1917 und die, wie diese, das Problem der revolutionären Führung betreffen:

»Es gibt Zeitabschnitte, in welchen sogar Marx und Engels die Entwicklung nicht um einen Zoll breit hätten vorwärts treiben können. Es gibt aber auch Zeiten, in denen Leute von viel geringerem Ausmaße, am Steuer stehend, die Entwicklung der internationalen Revolution für eine ganze Reihe von Jahren aufhalten können.«¹¹³³

Was in Deutschland geschah, ist in seinen Augen eine konkrete Anwendung eines allgemeinen Gesetzes.

Es entsteht »die Gefahr, dass die Politik der Parteiführung und der Partei überhaupt dem Auftreten der Klasse und den Bedürfnissen der Situation nicht entspricht. Bei einem verhältnismäßig ruhigen Gang des politischen Lebens kann ein solcher Widerspruch, wenn auch mit Verlust, so doch ohne eine Katastrophe, ausgeglichen werden. Zur Zeit einer heftigen Krise aber fehlt es gerade an der Zeit, um diesen Widerspruch zu beseitigen und die Front sozusagen unter Feuer auszugleichen. Die Perioden der höchsten Verschärfung einer revolutionären Krise sind ihrer Natur nach stets nur kurz. Dieser Widerspruch zwischen einer revolutionären

1131 Ebenda, S. 192. [a.a.O., S. 88]

1132 Ebenda, S. 199. [a.a.O., S. 93]

1133 Ebenda, S. 196. [a.a.O., S. 91]

Führung (Schwankungen, abwartende Haltung trotz des Ansturms der Bourgeoisie) und der objektiven Situation kann im Laufe einiger Wochen und sogar Tage zu einer Katastrophe und zu einem Verlust des in jahrelanger Arbeit Vorbereiteten führen.»¹¹³⁴

Was er »die Krise der revolutionären Führung am Vorabend des Übergangs zum bewaffneten Aufstand« nennt, ist für Trotzki eine »allgemeine Gefahr.« Sie resultiert aus dem »im entscheidenden Moment« durch den »materiellen und ideologischen Terror der Bourgeoisie« auf bestimmte »Elemente der Parteispitze und der mittleren Parteilinie« ausgeübten Druck. Im Jahr 1917 hatte Lenin dank seiner »scharfen Energie«¹¹³⁵ das aus diesem Druck entstandene Zögern der oberen Schichten der Partei überwunden. Im Jahr 1923 gab es trotz der Existenz einer Internationale nichts dergleichen: Das Zögern führte zur Niederlage.

Die Meinung Paul Levis

Levi, der zu diesem Zeitpunkt bereits seit einigen Jahren wieder in der Sozialdemokratie war, wo er einen linken Flügel anführte, schrieb das Vorwort zur ersten deutschen Ausgabe von *Lehren des Oktobers*. Wie Trotzki urteilte er, dass die Ereignisse in Deutschland 1923 die größte wirtschaftliche und soziale Katastrophe darstellten, die das kapitalistische System je verursacht hat:

»Vielleicht ist noch nicht irgendwo im kurzen Zeitraum von ein paar Monaten eine so völlige Unterwühlung aller gesellschaftlichen Verhältnisse eingetreten, wie damals in Deutschland. Aus diesem Meer von Tränen, das der Ruhrkrieg bedeutete, stieg eine kleine Schicht von Kapitalisten mit gesteigerter ökonomischer Macht und mit gesteigertem Machtwillen auf: in ihren eigenen kapitalistischen Reihen hatten sie begonnen, fürchterlich Musterung zu halten. Die frühen Inflationsblüten welkten dahin, die ›Ehrlichen‹, die die Möglichkeiten des Ruhrraubzuges nicht rechtzeitig verstanden hatten, wurden ins Wanken gebracht. Der Mittelstand, der gewerbliche wie der intellektuelle, verlor seine wirtschaftliche Basis. Die Arbeiterschaft vollends sah ihre Löhne auf Goldpfennige reduziert; mit dieser ihrer wirtschaftlichen Basis kamen auch alle ihre organisatorischen Bildungen, Gewerkschaften, Genossenschaften ins Wanken.«¹¹³⁶

Wie Trotzki urteilt er, dass vielleicht noch nie die Notwendigkeit der Revolution und der Machtergreifung durch das Proletariat so offensichtlich war wie in jenem

1134 Ebenda, S. 197-198. [a.a.O., S. 92]

1135 [a.a.O., S. 93]

1136 Vorwort zur deutschen Ausgabe der *Lehren des Oktober* [Trotzki: 1917. *Die Lehren der Revolution*], S. 3-4. [Nachdruck in Paul Levi, *Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe*. Band II/3: Sozialdemokratie: heimatlos daheim, 1923-1930, S. 1550-1557, hier S. 1551]

Jahr 1923. Man befindet sich in der Tat in einer jener historischen Situationen, in denen logischerweise die Macht in Deutschland von der Bourgeoisie auf das Proletariat hätte übergehen müssen, wie im Oktober 1917. Er denkt jedoch, dass Trotzki sich irrt, wenn er auch nur einen Moment lang annimmt, dass die KPD in der Lage gewesen wäre, in Deutschland die Rolle der revolutionären Führung zu spielen, die die Bolschewiki in Russland hatten übernehmen können. Unbarmherzig in seinem Groll hält er diese Hypothese für unplausibel,

»selbst [...] wenn die deutsche Situation der russischen völlig gleich gewesen wäre, wenn die Kommunistische Internationale die fehlerloseste Organisation wäre, die je geschaffen ward und wenn Grigori Sinowjew ein Politiker von gewaltigem Ausmaß und nicht jener Esel von europäischer Berühmtheit wäre, der er ist.«¹¹³⁷

In Russland hatten die Bolschewiki in der Tat ihre Zuhörer*innen und ihre Autorität bei den Massen auf der Grundlage einer Politik erobert, die sie seit Februar 1917 verstanden und gebilligt hatten und die im Oktober ihre wahre Legitimation darstellte. Revolutionär*innen hätten eine solche Politik verfolgen können und müssen und befanden sich in einer ähnlichen Lage:

»In Deutschland, in den tragischen Umständen, eine solche Politik zu treiben, war nicht einmal schwer. Man hatte ja, wie gesagt, die Erfahrungen des Weltkrieges hinter sich; man brauchte wirklich nicht mehr, als aufzuzeigen, wie dieser Ruhrkrieg ein schamloser Raubzug deutscher Kapitalisten gegen deutsche Nichtkapitalisten sei und das Ende dieser Politik musste das sein, dass die ins Rutschen gekommenen Gesellschaftsschichten den Trägern dieser Politik sich zuwandten.«¹¹³⁸

Statt dieser einfachen und klaren Politik zogen es die Vordenker der KPD vor, sich mit ganzem Herzen auf ihre angeblich »neuen« Theorien zur nationalen Unterdrückung zu stürzen: Radek hielt seine berühmte Rede über Schlageter, den »Wanderer ins Nichts«, und Sinowjew warnte die Kommunist*innen vor dem nationalen Nihilismus. Alle eifrigen Parteifunktionär*innen wiederholten diese Themen und karikierten sie, was in Wirklichkeit die deutschen Arbeiter*innen verwirrte und die demagogischen Unternehmungen der nationalistischen extremen Rechten begünstigte. Das Proletariat hat nicht verstanden – und sein Unverständnis erklärt seine Passivität:

»am Schlusse des Ruhrkrieges war statt einer starken proletarischen Kraft ein nationalistisch-kommunistischer Gestank, der ganz Deutschland verpestete. Mit demselben Recht, mit dem die Kommunisten Anspruch darauf erhoben, die Erben des versinkenden Deutschland zu sein, erhoben ihn die Nationalsozialisten.«¹¹³⁹

1137 Ebenda, S. 5. [Nachdruck a.a.O.]

1138 Ebenda. [Nachdruck, S. 1551]

1139 Ebenda, S. 6-7. [Nachdruck, a.a.O.]

Im Laufe des Jahres 1923 hatte Levi jedoch für die Losung der Arbeiter*innenregierung Stellung bezogen und die sächsische Arbeiter*innenregierung unterstützt, weil sie ihm als einzige Lösung in Opposition zur großen Koalition und als Weg erschien, den Arbeiter*innen zu helfen, in einem gemeinsamen Kampf die Hemmungen und Ängste zu überwinden, die sich aus der Spaltung der Arbeiter*innen ergaben. Im Verlauf des Monats August 1923, als er der Sammler der sozialdemokratischen Linken war, betrachtete er als eine konkrete Aufgabe der Sozialdemokratie die Suche nach einer neuen Form der Diktatur des Proletariats:

»Wir glauben nicht, dass etwa die Form, die er in Russland gefunden hat, seine vollendete sei, wir glauben nicht, dass die russische Form die alleinseligmachende für alle Länder sei. (...) Hieraus ergibt sich die Aufgabe der Sozialdemokratie. Sie hat die Aufgabe, dem Gedanken der Diktatur des Proletariats zum Siege zu verhelfen unter ganz anderen Verhältnissen, als es in Russland war, und unter Verhältnissen, die für die proletarische Revolution in den anderen kapitalistischen Ländern viel eher typisch sind, als die russischen es waren. Sie wird die Diktatur des Proletariats vielmehr anknüpfen an gegebene Staatsformen: Es mag sein, dass sie ihre erste Form findet in der parlamentarischen Minderheitsregierung, die das Minus an parlamentarischer Macht wettmacht durch ein Plus an sozialer Macht.«¹¹⁴⁰

Dies würde eher beweisen, dass Levi trotz seiner Vorurteile und Kritik an der »nationalen« Politik der KPD die deutsche Lage als revolutionär betrachten und die Suche der KPD nach Übergangslosungen auf Regierungsebene als richtig ansehen konnte.¹¹⁴¹

Die angeborenen Schwächen der KPD

Tatsächlich leugnet Paul Levi trotz seines Bestrebens, zu zeigen, dass die KPD auf jeden Fall bankrott gegangen war, bevor sie sich der Feuerprobe unterzog, die Substanz von Trotzki's Analyse nicht. Zu schreiben, dass die »nationalkommunistische« Politik des Sommers 1923 die Reihen der Arbeiter*innen in Verwirrung gestürzt habe, zu behaupten, wie er es später tun sollte, dass die deutschen kommunistischen Führer*innen nie fähig gewesen seien, sich anders zu verhalten als als »dumme Plagiatoren« der Bolschewiki¹¹⁴², unterstreicht nur die Manifestationen der Schwäche einer Partei, die nicht in der Lage war, sich unter außergewöhnlichen Umständen zur Höhe ihrer historischen Aufgaben zu erheben. Unter diesem Gesichtspunkt bezeichnend ist der Redebeitrag

¹¹⁴⁰ »Über die gegenwärtigen Aufgaben der Partei«, S.P.W., 7. September 1923. [Nachdruck in Ohne einen Tropfen Lakaienblut II/1, S. 217-221, hier S. 219 f.]

¹¹⁴¹ Er kam mehrmals auf diese Frage zurück, vor allem in »Bei den Kommunisten«, S.P.W., 17. April 1924. [Nachdruck in a.a.O., S. 407-415]

¹¹⁴² »Der neue Kommunistendreh«, S.P.W., 18. Juni 1925. [Nachdruck in a.a.O., Bd. II/2, S. 749-751, hier S. 750]

Radeks im Zentralkomitee vom 1. [tats. 28.] Februar 1921, als er ausruft: »*Wäre ich in Moskau, dieser Gedanke könnte mir gar nicht kommen.*« Die Menschen, die die Politik der KPD lenken, sitzen nicht in Berlin, sondern in Moskau; es sind die Deutschen selbst, die in Deutschland sind, die sie bitten, wie im Falle des antifaschistischen Tages, an ihrer Stelle Entscheidungen zu treffen, zu denen sie sich allein nicht in der Lage fühlen und denen sie nicht die nötige Folge leisten werden. Am 1. Februar 1921 wies Radek die deutschen Führer*innen darauf hin, dass ihr Zentralkomitee noch nicht die Zeit gefunden hatte, den offenen Brief, seine politische Bedeutung und die Perspektiven, die er eröffnete, ernsthaft zu diskutieren. Die einzige wichtige Initiative, die 1923 aus Deutschland kam, war die Brandlers, der den Aufruf an die Partei vom 12. Juni verfasste. Diese Initiative rief nicht nur heftige Reaktionen unter den Kadern hervor, die Brandler als »Verrückten« bezeichneten, sondern er war nach dieser Geste auch nicht in der Lage, Perspektiven auf der Grundlage der Lage im Land zu entwickeln. Es ist nicht weniger bedeutsam, dass es das Politbüro der russischen Partei war, das die Initiative für die Wende in der Politik der KPD im August ergriff, und dass diese Analyse Trotzki auf der Grundlage der von Walcher und Enderle gesammelten Informationen vorgenommen werden konnte, die auf sein Urteil warten, um aus den Elementen, die sie selbst geliefert haben, politische Schlussfolgerungen zu ziehen. Brandler gibt im September 1923 in Moskau unumwunden zu, dass man von Moskau aus wahrnehmen kann, was er selbst in dem Land, in dem er eine sogenannte revolutionäre Partei führt, die Hunderttausende von Mitgliedern zählt, nicht gesehen hat...

Die Schwäche der KPD sind die »Demagogen« ihrer Linken, Exemplare der intellektuellen Bohème, geschickt im Umgang mit der revolutionären Phrase, aber unfähig, eine Lage abzuwägen, das Glied zu erfassen, das es ermöglichen würde, die ganze Kette anzuziehen und gute Arbeiter*innenaktivist*innen mit sich zu ziehen, aber auch – wie Clara Zetkin in ihrem Brief an den Frankfurter Parteitag¹¹⁴³ unterstrich – Kleinbürger*innen, Abenteurer*innen und sogar vulgäre Antisemit*innen, auf jeden Fall ziemlich viele Dilettant*innen, Fremde in der Arbeiter*innenbewegung.

Ihre Schwäche sind die Führer*innen ihres rechten Flügels, hin- und hergerissen zwischen ihrer instinktiven Einschätzung, ihren Reflexen der Besonnenheit und den voluntaristischen Prinzipien eines falschen, auf seine Karikatur, den bewaffneten Aufstand, reduzierten Bolschewismus; es ist ein Brandler, der sich im März 1921 von einem Bela Kun führen lässt, und derselbe, der im September 1923 in Moskau schweigt wie Radek im August, statt bis zum Ende zu kämpfen.

Ihre Schwäche, ganz allgemein, sind ihre Kader, hingebungsvoll, uneigennützig, mutig gegenüber dem Klassenfeind, aber mehr oder weniger unfähig, selbst zu denken und immer mit dem Ohr in Richtung Moskau gerichtet gehend, woher die Meinungen kommen, die sie für das Gesetz und die Propheten halten.

1143 Siehe Kapitel XLII.

Man muss sich noch erinnern, dass diese Führer*innen nur wenige Jahre Zeit hatten, ihre Erfahrungen unter schwierigen Bedingungen zu machen. Levi, 1914 Anwalt, ein typischer Linksintellektueller, war als solcher nicht in die Arbeiter*innenbewegung integriert: Es war dieser Mann, auf dessen Schultern Anfang 1919 die erdrückende Verantwortung ruhte, die Kommunistische Partei im entscheidenden Moment der Weltrevolution zu führen. Seine Grenzen kennend, seinen Dilettantismus und Individualismus fürchtend, setzen die bolschewistischen Führer*innen dennoch ihr ganzes Gewicht ein, um ihn an den Hebeln des Kommandos zu halten: Es gibt niemanden in Deutschland, der es besser kann als er. Und es ist auch kein Zufall, dass die deutschen Inlandsdienste 1923 ihre Botschaft in Moskau bitten, Radek kein Visum zu erteilen, das es ihm erlauben würde, in das Deutschland in Aufruhr zurückzukehren: Dieser Mann übertrifft die Führer*innen der KPD um hundert Ellen. Die Partei hat Arbeiterführer*innen, bewährte Organisator*innen wie Brandler, Walcher, Theoretiker*innen wie Thalheimer, Menschen, die fähig sind, Streiks zu koordinieren, Demonstrationen zu führen, Ordnungsdienste zu leiten, die auch fähig sind, auf ihren Posten zu kämpfen und zu sterben. Sie verfügt über gute Redner*innen für Massenversammlungen und Parlamentsdebatten, Menschen im Untergrund, die geschickte Verschwörer*innen sind, talentierte Journalist*innen, Menschen, die Bücher schreiben und Maschinengewehre richten können. Aber es gibt niemanden, der mit dem Ohr am Boden das Gras wachsen hören kann, wie Lenin zu sagen liebte, niemanden, der sich in einer konkreten Lage zu orientieren weiß. Es gibt keinen Lenin, und nichts in seiner Geschichte, in der Geschichte des deutschen Proletariats, machte es plausibel, ausgehend von den Persönlichkeiten der zweiten Reihe der linken Opposition vor dem Krieg, in wenigen Jahren Menschen zu bilden, die fähig wären, eine Revolution gegen die bewussteste und entschlossenste Bourgeoisie Europas und vielleicht der Welt siegreich zu führen. Paul Levi sagte 1920, der Hauptfehler der deutschen Revolutionär*innen habe darin bestanden, dass sie sich vor dem Weltkrieg geweigert hätten, sich schon politisch unabhängig zu organisieren, auch wenn die so entstandene Organisation jahrelang in der Form einer Sekte leben musste.¹¹⁴⁴ 1926, in dem bereits zitierten Brief an Clara Zetkin, äußerte Radek das gleiche Urteil:

»Am Todestag von Karl und Rosa sprach ich auf einer Versammlung der Moskauer Jugend, auf der Sie auch als Redner angesetzt waren. Bei der Vorbereitung meiner Ansprache durchblätterte ich alte Artikel von Rosa, und es ist meine tiefe Überzeugung, dass wir linken Radikalen in Deutschland nicht zu früh erwachten, sondern zu spät, die Gefahr nicht zu scharf, sondern zu schwächlich bekämpften.«¹¹⁴⁵

Die Schwächen der KPD waren letztlich ein Spiegelbild derjenigen der Sozialdemokratie, wie sie sich vor dem Krieg 1914-1918 entwickelt hatte. Als Gesellschaft

1144 Levi-Archiv, P 124/8.

1145 New International, a.a.O. S. 156. [Hier zitiert nach Ruth Fischer, a.a.O., S. 619, Fn. 9]

in der Gesellschaft war sie perfekt integriert durch eine Opposition im Prinzip und eine Anpassung in der Praxis, die Erfahrungen, Verantwortungen und Aufgaben nicht denen anbot, die in der Lage waren, mit den Arbeiter*innen Geschichte zu machen, sondern nur denen, die durch ihre Ausnutzung Politik machen wollten. Der konservative Charakter der Gewerkschaftsbürokratie und des sozialdemokratischen Parteiapparats hatte die kämpferischsten Elemente der Arbeiter*innenschaft von der Zentralisierung und Organisierung abgehalten. Die kommunistischen Führer*innen, die aus den Reihen der Vorkriegssozialdemokratie kamen, trugen alle ihre Prägung in ihrer Tendenz zur Passivität und ihrer Neigung zum Mitläufertum. Man muss die Verurteilung der Führung der Kommunistischen Internationale durch die Mehrheit der Historiker*innen in dieser Hinsicht in weiten Teilen revidieren. Denn es ist zum Teil die Mittelmäßigkeit der KPD-Leute, die den Erfolg, das Prestige, dann die Autorität und schließlich den Despotismus Moskaus gegenüber der deutschen Partei genährt hat. Solange die Perspektive der Weltrevolution im Mittelpunkt des Interesses der bolschewistischen Führer*innen stand, konnte diese Lücke als vorübergehend und die Hoffnung auf ihre Überwindung als realistisch angesehen werden. Aber die Entartung der russischen Revolution sollte in diesem günstigen Klima zum entscheidenden Faktor werden: Die Domestizierung der KPD durch Stalins in der russischen Partei herrschende Fraktion stieß auf nur mäßigen Widerstand seitens dieser Partei mit Hunderttausenden von Mitgliedern, selbst wenn sie dazu führte, dass sie angesichts der tödlichen Gefahr des Nazi-Aufstiegs die abwegigste aller Politiken führte.

In der hier untersuchten kurzen Periode der KPD-Geschichte ist eine der auffallendsten Tatsachen sicherlich die Sackgasse des Linksradikalismus und aller revolutionären Theorien, die auf der sogenannten »luxemburgistischen« Konzeption der Spontaneität der Massen basieren. Die Ungeduld der Revolutionär*innen, die tragische Illusion, dass kleine Gruppen von entschlossenen Aktivist*innen, die als Minderheiten handeln, die Aktion der großen Massen ersetzen können, der Glaube an die Tugend »exemplarischer Aktionen« tauchen in jedem Moment der Geschichte der KPD auf. Aber es sind die Initiativen dieser Minderheiten, innerhalb und manchmal auch außerhalb der KPD, die es den aktiven und organisierten Minderheiten der deutschen Bourgeoisie mehrfach ermöglicht haben, gefährliche Lagen umzukehren und eine Spaltung der Arbeiter*innenklasse, die einen ihrer wesentlichen Trümpfe darstellte, zu ihrem Vorteil auszunutzen.

Das Scheitern der KPD im Jahre 1923 ist schließlich weder das des »Bolschewismus«, noch das des »Spartakismus« und noch weniger das des »Kommunismus.« Es ist die der deutschen sozialistischen Bewegung in ihrer Gesamtheit, von dem die KPD – zu spät für die Entwicklung der Weltkrise – gleichzeitig der revolutionäre Flügel und der Motor der Wiedervereinigung sein wollte.

Der Rest der Geschichte der KPD gehört zu einem anderen Kapitel, dessen Hauptlinien diesmal alle von Moskau ausgehen. Von nun an wird es in der deutschen Ge-

schichte keinen konsequenten Versuch mehr geben, eine revolutionäre, kommunistische, Massenpartei aufzubauen, die Kraft der deutschen Arbeiter*innenbewegung, ihre Konzentration, ihr kulturelles Niveau, ihre Organisation, im Kampf um die Macht und den Aufbau der Diktatur des Proletariats zu nutzen.

Als die deutsche Wirtschaft nach einigen Jahren der Stabilisierung unter der Injektion amerikanischer Kredite wieder zu Kräften gekommen ist und ihren Produktionsapparat glänzend entwickelt hat, trifft sie die Weltkrise von 1929 erneut in Form einer wirtschaftlichen und sozialen Krise mit anderen Konturen als die von 1923, aber ebenso tief und ebenso revolutionär in ihrer Kraft. Diesmal waren es die »bewaffneten Banden« der SA und SS, die den Sieg errangen und kommunistische und sozialdemokratische, unabhängige und reformistische, stalinistische und linksradikale, brandlerianische und trotzkistische Aktivist*innen Seite an Seite auf die Schafotte und in die Vernichtungslager schickten. In dieser Epoche ist die Partei, die den Namen der KPD geerbt hat, nicht mehr die Levis, Brandlers, Radeks und Maslows und hat keine Ähnlichkeit mehr mit dem revolutionären Instrument des Proletariats, das sie alle aufbauen wollten.

Sie ist eine »Partei neuen Typs«, die sich der Autorität ihres charismatischen Führers Ernst Thälmann unterwirft, offenbar eine proletarische Nachbildung des »Führers«, unfehlbar und allmächtig. In Wirklichkeit eine Kopie des »genialen Führers« der Sowjetunion für den deutschen Gebrauch, ist sie nicht mehr als ein Apparat, der dazu bestimmt ist, die ihm zugewiesenen Aufgaben gemäß den Bedürfnissen der Außenpolitik der Bürokratie der Sowjetunion zu erfüllen, die sich nicht mehr um die deutsche Revolution kümmert, oder vielmehr ein Ereignis fürchtet, das den prekären Status quo, der ihr das Überleben erlaubte, umstürzen würde. In der Tradition der Apparatschiks der Sozialdemokratie und in Übereinstimmung mit dem russischen Modell der Jahre 1927-1928 hängt die allmächtige Hierarchie der Sekretär*innen – die politischen Leiter*innen der Bezirke, durch die Kontrolle, Korrespondenz und Direktiven laufen – ganz von einem Sekretariat aus wenigen Mitgliedern ab, die die verschiedenen zentralen Abteilungen direkt leiten und in ihren Händen die Beziehungen zur gesamten Organisation auf allen Ebenen konzentrieren. Ein Apparat von achttausend Hauptamtlichen reicht aus, um eine Partei aufrechtzuerhalten, deren Mitglieder sich erneuern, in der die Veteran*innen der jahrelangen revolutionären Kämpfe nur eine Handvoll sind und durch die Jugendliche und Arbeitslose hindurchgehen – bevor sie manchmal einer Nazi-Partei beitreten, die ihnen ermöglicht zu leben und ihnen verspricht zu kämpfen. Mächtig genug, um sowohl in den eigenen Reihen als auch in der Klasse insgesamt das Streben nach einer Einheitsfront gegen den Nazismus zu lähmen, wird sie wie ein Strohhalme zerbrechen, sobald es Hitlers Banden gelungen sein wird, die wesentlichen Funktionen des Staatsapparates in die Hände zu bekommen, und wird in wenigen Tagen mit allen Arbeiterorganisationen und den »Errungenschaften« eines halben Jahrhunderts der sozialdemo-

kratischen und gewerkschaftlichen Bewegung untergehen. Während die Stoecker, Schneller, Neubauer, Becker und Ernst Thälmann am Galgen oder unter dem Henkerbeil in Hitlers Gefängnissen oder Konzentrationslagern starben, fielen andere Weggefährter*innen ihres Kampfes, die Werner Hirsch, Leo Flieg, Remmele, Eberlein, Süsskind, Kippenberger, Leow, Heinz Neumann, in den Keller oder Gefängnisse der stalinistischen GPU...

Diese endgültige Niederlage war der Abschluss von zwei separaten Schlachten, die jedoch in ihren Ursprüngen und Folgen eng miteinander verbunden waren. Der erste wurde zwischen 1918 und 1923 in den Fabriken und Straßen der deutschen Industriestädte ausgetragen. Die andere, die innerhalb der bolschewistischen Partei zwischen 1923 und 1927 ausgetragen wurde, endete mit dem Sieg Stalins und seines bürokratischen Apparates. Die Niederlagen des Weltproletariats in den aus strategischer Sicht Hauptarenen, diese beiden verlorenen Schlachten, spiegelten seine tragische Schwäche auf dem Terrain der Organisation und der Theorie wider und zeigten gleichzeitig den einzigen Weg zu ihrer Überwindung, den Aufbau einer wirklichen Internationale.

Erlauben wir uns, am Ende dieser Arbeit die von Trotzki am Ende seiner »Geschichte der russischen Revolution« formulierte Bemerkung auf die Weltrevolution anzuwenden:

»Der Kapitalismus hat Jahrhunderte gebraucht, um durch Steigerung der Wissenschaft und Technik die Menschheit in die Hölle des Krieges und der Krise zu stürzen. Dem Sozialismus lassen die Feinde nur anderthalb Jahrzehnte, um das Paradies auf Erden zu errichten und einzurichten. Solche Verpflichtungen haben wir nicht übernommen. Solche Fristen niemals gestellt. Prozesse großer Umwandlungen müssen mit den ihnen adäquaten Maßstäben gemessen werden.«¹¹⁴⁶

In dieser Perspektive hört die Geschichte der deutschen kommunistischen Partei in den ersten Jahren der Kommunistischen Internationale auf, die Geschichte verlorener Illusionen zu sein, und wird zur Vorgeschichte eines sich fortsetzenden Kampfes.

1146 L. Trotzki, Histoire de la révolution russe, Bd. IV, S. 473-474. [»Geschichte der russischen Revolution«, Band 2, Manifest Verlag 2021 S. 487f.]

Nachbemerkungen

Ein paar kritische Anmerkungen zu Broué

Im Unterschied zu Historiker*innen wie Hermann Weber war Broué nicht nur im weiteren Sinne links oder sozialistisch, sondern revolutionärer Marxist. Das Buch zeigt, dass dies keineswegs bedeutete, dass er die Revolution unkritisch verherrlichte. Es bedeutete aber, dass er sie und ihre Akteur*innen sehr sachkundig schildern konnte.

Trotzdem will ich diese Nachbemerkungen für ein paar kritischen Anmerkungen zu Aspekten nutzen, bei denen ich mit seinen historischen Bewertungen (die teils eher mitschwingen als offen ausgesprochen werden oder darin zum Ausdruck kommen, dass er Ansichten von Beteiligten wiedergibt, ohne sie mit ihnen widersprechenden Fakten zu konfrontieren) nicht ganz einverstanden bin, um zum Nachdenken über seine Schlussfolgerungen anzuregen.

a) **Rosa Luxemburg und Lenin:** Die Gegenüberstellung einer einheitsfanatischen Rosa Luxemburg (und allgemein der Linken in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg) und spaltungsfanatischer Bolschewiki tut beiden Unrecht. Im dritten Kapitel ist Broué da ein echter Schnitzer unterlaufen: Er zitiert einen Brief Rosa Luxemburgs an die niederländische Marxistin Henriette Roland-Holst, in der sie sie vor einem Austritt aus der sozialdemokratischen Partei warnt. Offenbar hat er den Brief nicht nach dem Original, sondern nach einem sinnentstellend gekürzten Zitat eines DDR-Historikers zitiert. Tatsächlich kritisiert Rosa Luxemburg, dass Roland-Holst in der reformistischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) blieb, als die Tribune-Gruppe aus ihr ausgeschlossen wurde, sie aber jetzt – wenige Jahre später – verlassen wolle, ohne sich der von der Tribune-Gruppe gegründeten Sozialdemokratischen Partei (SDP) anzuschließen. Die Gründung der SDP 1909 kritisierte sie aber keineswegs. Tatsächlich war die SDP nicht nur bei Rosa Luxemburg, sondern allgemein bei den Linken in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg anerkannt. Führende Vertreter*innen wie Pannekoek, Gorter, Wijnkoop veröffentlichten regelmäßig in der deutschen Parteipresse (Pannekoek war auch in der deutschen SPD jahrelang aktiv), die auch über Parteiaktivitäten berichtete.

Auf der anderen Seite ist es eine Legende, dass es bereits 1903 eine endgültige Spaltung der russischen Sozialdemokratie in radikale Bolschewiki und gemäßigte Menschewiki gegeben habe. Tatsächlich entstanden 1903 nur zwei Fraktionen. 1906 wurde die Partei wieder vereinigt und die Fraktionen aufgelöst (in der Reaktionsperiode nach der Niederlage der Revolution 1905-1907 verschärften sich dann die Konflikte

wieder und die Fraktionen entstanden wieder). Erst 1912 brachen die Bolschewiki endgültig ... und auch da nicht mit den Menschewiki insgesamt, sondern nur mit dem Teil der Menschewiki, die eine illegale Partei (die einzige unter dem Zarismus mögliche Form der Arbeiter*innenpartei) ablehnten und Liquidator*innen genannt wurden. An der Prager Konferenz Anfang 1912, als die Bolschewiki die Partei neu konstituierten, nahmen auch Gegner*innen der Liquidator*innen unter den Menschewiki, sogenannte parteitreue Menschewiki teil. Broué hat das selbst in seinem 1963 veröffentlichten Buch über die Geschichte der Bolschewiki geschildert.¹¹⁴⁷

Ebenso gehört es ins Reich der Legenden, dass den Bolschewiki die Verhältnisse der westeuropäischen Arbeiter*innenbewegung fremd gewesen seien, weil die Verhältnisse in Russland unter der zaristischen Diktatur ganz andere waren. Gerade wegen der russischen Verhältnisse lebten viele führende (und auch viele andere) Bolschewiki vor 1917 jahre- und jahrzehntelang im westlichen Ausland und nahmen mehr oder weniger intensiv am Leben der westlichen Arbeiter*innenbewegung Anteil. Leo Trotzki hat in verschiedenen kurzen und langen biografischen Texten über Stalin als eine von dessen Besonderheiten hervorgehoben, dass dies bei ihm im Unterschied zu den meisten anderen führenden Bolschewiki anders war. Dazu kam, dass sich 1914-1917 viele den Bolschewiki anschlossen, die aus anderen sozialistischen Traditionen kamen, man denke nur an Trotzki, Rakowski, Joffe, Kollontai und nicht zuletzt die durch den Ersten Weltkrieg nach Russland verschlagenen Mitglieder von Rosa Luxemburgs Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen. In seinem Buch über die Bolschewiki unterstrich Broué, dass vor 1914 die deutsche Sozialdemokratie das große Vorbild für Lenin und die Bolschewiki war.¹¹⁴⁸

Die Leninsche und die Luxemburgsche Tradition einander gegenüberzustellen, finde ich auch deshalb nicht allzu plausibel, weil in revolutionären Epochen neue Erfahrungen in schnellem Tempo auf die Menschen einströmen und sie dazu bringen, ihre Meinungen zu ändern, neue Traditionen zu etablieren. Es gab beispielsweise sicherlich in der Spartakusgruppe im Ersten Weltkrieg aufgrund der Erfahrungen mit dem bürokratischen Apparat der SPD, der alle Kritik zu unterdrücken versuchte, eine starke antizentralistische Haltung. In der Zeit ab 1919 mussten die revolutionären Arbeiter*innen aber erleben, dass eine konterrevolutionäre Soldateska von Ort zu Ort zog und eine lokal begrenzte revolutionäre Bewegung nach der anderen im Blut ertränkte. Ist es ein Wunder, wenn Aktivist*innen aufgrund dieser Erfahrung ihre Haltung zum Zentralismus überdachten?

Deshalb wundert es mich etwas, dass Broué seine Gegenüberstellung der Leninschen und Luxemburgschen Tradition in seiner »Geschichte der Komintern« sogar noch zugespitzt hat.¹¹⁴⁹

1147 Pierre Broué, *Le parti bolchevique*, Paris 1963, S. 49 f.

1148 a.a.O., S. 48

1149 Pierre Broué, *Histoire de l'Internationale Communiste*, S. 242 f.

b) **Die Frage der unabhängigen Partei:** Seit dem Ersten Weltkrieg diskutieren Marxist*innen darüber, ob es ein Fehler war, dass die deutschen revolutionären Marxist*innen um Rosa Luxemburg vor dem Ersten Weltkrieg in der deutschen Sozialdemokratie blieben und keine eigene Partei gründeten. Broué scheint dieser Auffassung zuzuneigen. Zumindest zitiert er unkommentiert entsprechende Aussagen z.B. von Paul Levi. »Was wäre gewesen wenn«-Fragen sind für Historiker*innen selten seriös zu beantworten. Aber zumindest kann man die Erfahrungen der Marxist*innen anderer Länder zu Rate ziehen. Trotzki schrieb einmal (»Gruß an die polnische Linke Opposition«, 31. August 1932), dass nur vier Organisationen, die vor dem Ersten Weltkrieg entstanden waren, als Ganze in die Kommunistische Internationale kamen, die Bolschewiki, die polnische Sozialdemokratie, die bereits erwähnte niederländische SDP und die bulgarischen Tesnjaki. (Die lettische Sozialdemokratie ließ er weg wegen ihrer geringen Eigenständigkeit gegenüber den Bolschewiki). Die niederländische und die bulgarische Partei seien aber nur Propagandagesellschaften gewesen. Broués eigene Darstellung in seiner Geschichte der Komintern bestätigt Trotzki's negatives Urteil. Insbesondere die bulgarische Partei war sehr sektiererisch, machte im Juni 1923 ähnliche Fehler wie die KPD zu Beginn des Kapp-Putsches und »zum Ausgleich« im September dieses Jahres ähnliche wie die KPD in der Märzaktion.¹¹⁵⁰ Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen würde ich argumentieren, dass die Alternative nicht gewesen wäre, der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg den Rücken zu kehren, sondern in ihr eine organisierte Opposition aufzubauen. Das beste Argument dafür ist die Rolle, die solche Gliederungen spielten, in denen die Linken die Mehrheit hatten, in denen also die offiziellen Strukturen zugleich Oppositionsstrukturen waren, z.B. die Jugend, die Frauen oder örtliche Gliederungen wie in Bremen oder Stuttgart.

c) **Die Spaltung der Italienischen Sozialistischen Partei (PSI) 1921:** Broué diskutiert diese Spaltung und ihre Auswirkungen auf die deutsche KPD im XXIV. Kapitel. Man kann ihm sicher zustimmen, dass dies ein tragisches Ereignis war. Mich verwundert aber etwas, dass Broué keine Parallele zu den Entwicklungen in Deutschland gut zwei Jahre früher zieht: Zum Jahreswechsel 1918-19 wurde in Deutschland die KPD gegründet mit einer linksradikalen Mehrheit auf dem Gründungsparteitag. Die revolutionären Obleute und viele weitere ehrliche revolutionäre Arbeiter*innen blieben in der USPD und waren nicht bereit, mit den »Regierungssozialisten« des rechten USPD-Flügels zu brechen. Erst im Dezember 1920 wurde dieser historische Fehler mit der Vereinigung der linken USPD-Mehrheit und der KPD korrigiert. Auf ganz ähnliche Weise war die Mehrheit der PSI um Serrati im Januar 1921 nicht bereit, mit dem reformistischen Flügel um Turati zu brechen und nahm statt dessen den Bruch mit dem linken, kommunistischen Flügel in Kauf. Wie in Deutschland hatten

¹¹⁵⁰ Siehe Broué, a.a.O., S. 116, 309, 333-335

in der so neu entstandenen kommunistischen Partei zunächst linksradikale Kräfte (um Amadeo Bordiga) die Mehrheit, während der Flügel um Antonio Gramsci in der Minderheit war. Erst 1922-24 brachen Serrati & Co mit den Reformist*innen und vereinigten sich mit der Kommunistischen Partei. So wurde in Deutschland und Italien wertvolle Zeit verloren. In Deutschland war inzwischen die erste revolutionäre Welle nach dem Krieg zu Ende gegangen, in Italien war der Faschismus an der Regierung (auch wenn seine Macht noch nicht gefestigt war. Man kann verstehen, wenn sich Zeitgenoss*innen fragten, ob sich das mit einer anderen Taktik hätte vermeiden lassen. Aber gerade die Parallelität der Entwicklungen deutet darauf hin, dass tiefere Ursachen als taktische Fehler dahinter steckten. Die Schuld dafür, dass die Spaltung sowohl in Italien 1921 als auch in Deutschland 1919 an der falschen Stelle erfolgte, lag bei denen, die sich zwar in eine revolutionäre Richtung entwickelten, aber zu diesem Zeitpunkt noch eher bereit waren, mit Revolutionär*innen als mit Reformist*innen zu brechen. Von daher war es zwar tragisch, aber aus der Perspektive von Revolutionär*innen eine tragische Notwendigkeit.¹¹⁵¹

d) Zur deutschen Märzaktion und ihren Folgen: Broué schildert sehr eindringlich die Folgen der verfehlten Aktion, den massiven Mitgliederrückgang. Mir ist die Darstellung aber etwas zu monokausal. In der ersten revolutionären Welle nach dem Ersten Weltkrieg hatte es einen massiven Mitgliederzustrom zu den verschiedenen Arbeiter*innenorganisationen gegeben, zu Gewerkschaften ebenso wie zu Parteien. Wie Broué richtig schildert, endete diese Welle 1920. War es da nicht unvermeidlich, dass ein Teil der Mitglieder wieder inaktiv wurde? Das Abenteuer der Märzaktion hat sicher dazu geführt, dass die Verluste größer waren und in einem kürzeren Zeitraum stattfanden, aber einen beträchtlichen Rückgang hätte es auf alle Fälle gegeben. Und warum wurden die bisherigen Aktivist*innen inaktiv? Weil ihre Partei sie in ein halbrecherisches Abenteuer schickte? Oder weil sie feststellen mussten, dass ihre Kolleg*innen nicht mehr auf Aufrufe reagierten, auf die sie ein oder zwei Jahre vorher in den Kampf gefolgt wären? Sicher eine Mischung von beidem, was dann dadurch verstärkt wurde, dass die Parteiführung monatelang unfähig war, ihren Mitgliedern ihre Erfahrungen zu erklären.

Broué schildert die Konflikte zwischen Radek und Levi in der Frage der Aktivierung der KPD mit einer deutlichen Sympathie für Levi. Aber hat nicht die spätere Erfahrung, vor allem im Jahr 1923, gezeigt, dass Radek einen Finger auf eine wirkliche Wunde legte, nämlich die beschränkte Kampagnenfähigkeit der Partei. Mir scheint, Radeks Fehler im Frühjahr 1921 war nicht, auf Aktivierung zu drängen, sondern zu

¹¹⁵¹Außerdem wundert es mich etwas, dass Broué, der beschrieb, wie Paul Levi in Deutschland und Giacinto Serrati im Frühjahr 1921 häufig in einem Atemzug genannt wurden, nicht erwähnt, wie unterschiedlich ihr weiterer Lebensweg verlief. Während der KPD-Vorsitzende Levi über Kommunistische Arbeitsgemeinschaft und USPD zum linken Flügel der SPD zurückkehrte, kehrte Serrati zur Komintern zurück und war zum Schluss Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Italiens (siehe auch Broué, a.a.O., a.a.O., S. 256)

den falschen Aktivitäten zu drängen. Statt der verhängnisvollen Märzaktion hätte eine Aktivierung durch eine Kampagne rund um den »Offenen Brief« vom Januar ein bedeutender Fortschritt für die KPD sein können.

Im Dezember 1922 auf dem Vierten Kominternkongress hat Trotzki in seinem Referat über die französische Kommunistische Partei an einem etwas anderen Beispiel – nämlich der Ermordung von Streikenden durch die Polizei in Le Havre – sehr plastisch geschildert, wie eine Kampagne einer revolutionären Partei in einer nicht-revolutionären Situation aussehen kann:

»Sie hätten dieser Arbeiterklasse erklären müssen, was in Le Havre vorging und sich nicht mit der einfachen Formel ›Mörderregierung‹ begnügen dürfen. [...] Es wäre notwendig gewesen, jedem einzelnen Arbeiter und jeder einzelnen Arbeiterin, den Landarbeitern, den Bauern und den Bäuerinnen zu erklären, was sich in Le Havre ereignet hatte: Man hat in Le Havre vier Arbeiter getötet, nachdem man ihrer 1½ Millionen im Krieg getötet hatte. Man stellt, wenn möglich, die Fotografien der Getöteten aus; man zeigt die Fotografien der Töchter und der Söhne dieser getöteten Arbeiter. Sie müssen sofort Korrespondenten hinschicken, die diese Fragen und das Leben der Arbeiter kennen, Genossen, die imstande sind, zu den Familien der getöteten Arbeiter zu gehen an ihrer Qual teilzunehmen und die ganze entsetzliche Geschichte der Arbeiterklasse zu erzählen.

Es wäre notwendig gewesen, in Paris und im ganzen Lande sofort Tausend der besten Kommunisten und revolutionären Syndikalisten zu mobilisieren, und zwar Hand in Hand mit der CGTU, und sie überall hinzuschicken, nicht nur in alle Winkel von Paris, sondern auch in das ganze Land, in die Städte und auf das flache Land damit sie dort natürlich eine intensive Propaganda betreiben. Gleichzeitig hätte man in zwei, drei oder vier Millionen Exemplaren Flugblätter und Aufrufe drucken sollen, um die Arbeiterklasse über die Ereignisse zu unterrichten, und hierbei sagen müssen: Wir können dieses Verbrechen nicht ohne Protest vorübergehen lassen.

*Muss man zu diesem Zwecke sofort in einen 24-stündigen Generalstreik eintreten? Nein, Man muss die gesamte Arbeiterklasse durch eine intensive Propaganda, die ausschließlich in der Erklärung der Ereignisse besteht, in Bewegung setzen. Man muss der Arbeiterklasse alles kurz erklären und erzählen: das ist die erste Vorbedingung. [...] Man hätte in jeder Nummer der ›Humanité‹ eine oder zwei Wochen hindurch, alle möglichen Propagandamittel, alle zweckentsprechenden Agitationsmittel in Anspruch nehmen und die reformistische CGT und die Dissidenten [Sozialdemokrat*innen] fragen müssen: ›Was schlägt Ihr jetzt vor? Es handelt sich nicht um die Diktatur des Proletariats, nicht diese schlagen wir Euch jetzt vor, obgleich wir ihre getreuesten Anhänger sind. Was schlägt Ihr aber gegen die Bourgeoisie vor,*

die soeben vier Arbeiter getötet hat? Was schlägt Ihr gegen die Regierung, gegen Poincaré vor?»

Das ist eine Frage, die man hätte Tag für Tag wiederholen und durch die Propagandisten, die Agitatoren der Partei und der Gewerkschaften an allen Straßenecken, in allen Winkeln des Landes in jedem Dorf, wo sich nur ein Arbeiter und eine Arbeiterin befinden, eine oder zwei Wochen hindurch wiederholen lassen müssen. Das wäre in der Tat eine große Etappe der Arbeiterbewegung gewesen.»

Was hätte dagegen gesprochen, in Deutschland Anfang 1921 eine ähnliche Kampagne für die Forderungen des offenen Briefs zu machen ... und wenn die reformistische Gewerkschaftsbürokratie darauf mit Ausschlüssen reagiert, dann das mit einer Kampagne gegen die Ausschlüsse zu verbinden etc.

Die Folge der völlig verfehlten Märzaktion war dann, dass als »Lehre« daraus die Probleme mit der mangelnden Aktivität, mit dem »Antiputschismus« verschärft wurden, mit schwerwiegenden Folgen 1923.

Mir scheint, ein entscheidendes Problem war, dass es in der KPD keinen Lenin gab, der die Klarheit und Autorität hatte, um die notwendigen Kurswechsel, »Umbewaffnungen der Partei« durchzuführen, so wie Lenin z.B. 1907 nach dem Ende der ersten Revolution von 1905 einen drastischen Kurswechsel durchsetzte und 1917 gleich mehrere. Die Folge war, dass die KPD 1921 von der Stabilisierung und 1923 von der Destabilisierung des Kapitalismus und der bürgerlichen Herrschaft überfordert war.

e) **Die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI):** Broué vertritt sehr deutlich die Meinung, dass die RGI 1920 auf dem Zweiten Kominterkongress in der ersten revolutionären Nachkriegswelle konzipiert wurde, dass es aber ein Fehler gewesen sei, dieses Projekt nach dem Ende dieser Welle weiterzuverfolgen.

Ich kann dem nicht folgen. Nach deutscher Tradition sind Parteien für Parlamentswahlen und Parlamentsarbeit zuständig und Gewerkschaften für Lohnkämpfe und betriebliche Arbeit. Mit anderen Worten: Beide sind für die Betätigung im Rahmen des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft zuständig. Und wer ist dafür zuständig, über diesen Tellerrand zu schauen oder gar diesen Rahmen zu sprengen? Niemand. Offenbar ist diese Tradition sehr bequem für den Kapitalismus.

Zum Beispiel die Bolschewiki vertraten eine ganz andere Tradition. Nach dieser Tradition ist eine Partei eine bewusste Minderheit, während Gewerkschaften und andere breite Arbeiter*innenorganisationen die Aufgabe haben, möglichst große Teile der Arbeiter*innenklasse für ihre gemeinsamen unmittelbaren Interessen zu organisieren. Nach dieser Logik ist es die Aufgabe einer revolutionären Partei, mit ihren Ideen und Vorschlägen in den Gewerkschaften mitzuarbeiten und in ihnen gegen pro-kapitalistische und reformistische Politiken und Führer*innen zu kämpfen.

Der französische revolutionäre Syndikalismus zeigt diese unterschiedlichen Traditionen recht gut. Er hatte in seiner Charta von Amiens 1906 die säuberliche Trennung von Partei und Gewerkschaft zum Dogma erhoben. Diese Charta sollte ursprünglich den revolutionären Syndikalismus gegen den reformistischen Einfluss der Sozialdemokratie abschirmen. Nachdem im Ersten Weltkrieg ein großer Teil des Syndikalismus ebenso wie der Großteil der Sozialdemokratie zu Vaterlandsverteidiger*innen wurde, wurde sie zu einem Mittel der Abschirmung der Gewerkschaften gegen die revolutionären Ideen der entstehenden Kommunistischen Partei. Was Trotzki, der in der Leitung der Komintern für Frankreich zuständig war, dem Syndikalismus vorwarf, war aber nicht, dass er die Notwendigkeit einer Partei ablehnte. Er argumentierte vielmehr, dass der revolutionäre Syndikalismus, indem er das Konzept der Organisation einer revolutionären Minderheit vertrat, selbst eine Partei war, allerdings eine Partei, die sich nicht im Klaren darüber war, dass sie eine Partei ist, die ein viel zu enges Betätigungsfeld »beackerte« und ein falsches Verhältnis zum übrigen Teil der Arbeiter*innenklasse hatte.

Dieses bolschewistische Verständnis der organisierten Arbeit einer revolutionären kommunistischen Partei widersprach sicherlich den Traditionen vieler Länder. Vor allem widersprach es aber den reformistischen und zunehmend prokapitalistischen Zielsetzungen und Interessen der Gewerkschaftsapparate. Daher waren Konflikte unvermeidlich. Es ist überhaupt nicht plausibel, dass diese Konflikte ausgeblieben oder wesentlich verringert gewesen wären, wenn es keine RGI gegeben hätte. Tatsächlich konnte die RGI in ihrer Anfangsphase mit ihrer Einheitsfrontpolitik gegenüber der reformistischen Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale durchaus Erfolge verzeichnen, z.B. dass Edo Fimmen, 1919-1942 Vorsitzender der Internationalen Transportarbeiterförderung und einer der führenden Funktionäre der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, sich für ein Eingehen auf die Einheitsfrontangebote der RGI einsetze. Leider führte die Stalinisierung der Komintern auch in der RGI zu einer Zickzackpolitik zwischen Opportunismus und Sektierertum mit ihren negativen Folgen.

Der entscheidende Stein des Anstoßes war der Anspruch der Komintern, dass die Mitglieder ihrer Parteien in den Gewerkschaften die Parteilinie vertreten. Dagegen liefen die französischen Gewerkschaftsführer*innen und manche revolutionären Syndikalisten*innen Sturm. Die deutschen Reformist*innen prangerten die Bildung von Parteizellen in den Gewerkschaften an, während sie ihre Macht in den Gewerkschaftsapparaten dafür nutzten, diese Apparate unter dem Banner der gewerkschaftlichen »Unabhängigkeit« zu faktischen sozialdemokratischen Fraktionsorganen zu machen. Auf ihren Anspruch einer einheitlichen Parteilinie zu verzichten, war für die Kommunist*innen unmöglich. Die entscheidende Frage war vielmehr, ob es kommunistische Parteien schaffen, für ihre Mitglieder eine Linie zu formulieren, die sie in den Gewerkschaften vertreten können, ohne sich zu diskreditieren und zu iso-

lieren (was zum Beispiel einschließt, Beschlüsse, die praktische Aktivitäten betreffen, in 99 von 100 Fällen mit umzusetzen, auch wenn man sie falsch findet, aber keine Mehrheit für bessere Beschlüsse erreicht hat). Das war aber im Kern eine politische und keine organisatorische Frage ... und eben eine Frage, die nicht von der Existenz der RGI abhing.

f) **Die »Schlageter-Linie« vom Sommer 1923:** Broué schildert Karl Radeks »Schlageter-Rede« vom Juni 1923. Er hat völlig Recht, Radek gegen den Vorwurf der Zusammenarbeit mit Nazis, mit Völkischen zu verteidigen. Das war eine Verleumdung von Sozialdemokrat*innen, die selbst nach der Ruhrbesetzung Anfang 1923 ähnlich wie im Ersten Weltkrieg eine Burgfriedenspolitik mit der herrschenden Klasse betrieben hatten und damit Teil einer nationalen Einheitsfront waren, die bis zu den Nazis reichte. Auch in den folgenden Jahren hat die SPD immer wieder mit bürgerlichen Parteien koalitiert, die dann 1933 Hitlers Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben, hat 1932 Hindenburg mit zum Reichspräsidenten gewählt, der dann wenige Monate später Hitler zum Kanzler ernannte usw. Als die Nazis an der Macht waren, nahm die SPD die Annullierung der KPD-Reichstagsmandate durch die Nazis hin. Die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften feierten 1933 mit den Nazis zusammen den Ersten Mai ... und wurden von ihnen am folgenden Tag zerschlagen. Die SPD entfernte jüdische Mitglieder aus dem Vorstand und trat aus der Zweiten Internationale aus, um die Nazis zu beschwichtigen ... vergeblich. Tatsächlich hat die SPD-Führung die ganzen Jahre der Weimarer Republik die Zusammenarbeit mit den Kräften gesucht, die dann später Hitler an die Macht brachten und eine Zusammenarbeit mit der KPD für die Interessen der Arbeiter*innen unter allen möglichen und unmöglichen Vorwänden ablehnten. Radeks Schlageter-Rede war in diesem Kontext nur ein weiterer Vorwand.

Wie es tatsächlich mit dem Antifaschismus von KPD und SPD stand, konnte man im Juli 1923 sehen, als die KPD für einen Antifaschistischen Tag am 29. Juli 1923 mobilisierte und erst der Oberpräsident von Hannover, Gustav Noske, SPD, dann der preußische Innenminister Severing, ebenfalls SPD, und dann viele weitere Behördenvertreter*innen alle Straßendemonstrationen verboten wegen angeblicher Putschpläne. (Inzwischen bestätigen die geöffneten Archive, dass es für diesen Termin keine Putsch- oder Aufstandspläne gab, also die demokratischen Rechte der KPD grundlos beschnitten worden waren, zum Wohle der Faschist*innen). In der Jugendorganisation der SPD entstand 1923 eine offen völkische Strömung, der »Hofgeismarer Kreis.«

Das beantwortete aber noch nicht die Frage, ob die Schlageter-Rede der SPD-Führung ihr Geschäft des Hintertreibens der Arbeiter*inneneinheitsfront unnötig erleichtert hat. Radek ging es offenkundig darum, verführte Anhänger*innen von Nazis und Völkischen wegzubrechen. Dieses Anliegen war natürlich gut und ist heute gegenüber den Anhänger*innen von Rechtspopulist*innen etc. ebenso gut. Aber damals wie heute stellt sich das Problem, dass man dieses Ziel nicht dadurch erreicht,

dass man den reaktionären Vorurteile solcher Schichten Zugeständnisse macht. Und 1923 war es eben so, dass es in Deutschland auf der einen Seite ein Gefühl nationaler Unterdrückung gab, aufgrund des Versailler Vertrags, aufgrund der Ruhrbesetzung etc., das mit revanchistischen Vorstellungen verbunden war. Auf der anderen Seite gab es nach den schrecklichen Erfahrungen des Ersten Weltkriegs die Angst vor einem neuen Krieg. Und die Sehnsucht nach einem Revanchekrieg und die Angst vor einem neuen Krieg ließen sich schlechterdings nicht zugleich »bedienen«, da musste man sich schon entscheiden. Deshalb wäre nicht nur eine organisatorische Zusammenarbeit mit Nazis falsch gewesen, sondern politische Zugeständnisse an Revanchismus waren es auch.

Die KPD hatte völlig Recht, dass sie zwar den Versailler Vertrag abgelehnt hatte, aber nach dessen Inkrafttreten jahrelang für seine Erfüllung eingetreten war, für die allerdings die Kapitalist*innen und nicht die Arbeiter*innen zur Kasse gebeten werden sollten. 1918 hatten die Bolschewiki den Frieden von Brest-Litowsk mit Deutschland und dessen Verbündeten unterschreiben müssen, der ähnlich räuberisch wie der Versailler Frieden war. Durch die deutsche Novemberrevolution 1918 war ersterer Vertrag gegenstandslos geworden. Die einzige »Revanche«, die die KPD anbieten konnte, war, dass eine Arbeiter*innenrevolution in Deutschland eine Revolution in Frankreich näher bringen konnte, die den Versailler Vertrag ebenso gegenstandslos machen könnte. Dabei war jedes Flirten mit Nationalismus doppelt schädlich, zum einen, weil es in Deutschland die Teile der Arbeiter*innen und Kleinbürger*innen, die Angst vor einem neuen Krieg hatten, abstieß, zum anderen, weil es die Arbeit der französischen Kommunistischen Partei für die Solidarität mit den deutschen Arbeiter*innen und die Revolution in Deutschland und Frankreich erschwerte.

Die Gründe für Radeks Vorgehen deutet Broué im vorletzten (XLVI) Kapitel an. Dort zitiert er Trotzki's Urteil, dass Radek im Wesentlichen Journalist gewesen sei. An anderer Stelle führte Trotzki weiter aus, dass Radeks journalistische Begabung sich auch in seiner Fähigkeit äußerte, neue Entwicklungen zu erfassen und in seinen Artikeln zu verarbeiten. Klar ist aber, dass es zwei völlig verschiedene Dinge sind, als Journalist neue Entwicklungen darzustellen oder als Parteiführer neue Parolen aufzustellen. Im einen Fall kann man interessante und informative Artikel schreiben, wenn man gut ist, im anderen Fall kann man durch Zickzacks politisches Vertrauen zerstören, das nur in mühevoller Arbeit wiederhergestellt werden kann.

Es war richtig, dass die KPD versuchte, auch kleinbürgerliche Schichten zu erreichen, die durch die Inflation in bitterstes Elend gestürzt wurden, die oft mehr verloren als die Arbeiter*innen (weil sie mehr zu verlieren hatten). Aber deren wirtschaftliche Interessen aufzugreifen, war eines, deren nationalistische Vorurteile aufzugreifen, war etwas ganz anderes.

Im Juni 1923 hat Trotzki in einem Artikel selbst eine neue Parole vorgeschlagen, die aber nur für die Komintern neu war, die er selbst schon 1914 vertreten hatte und

bis zu seinem Tod weiterentwickelte, nämlich die der Vereinigten Staaten von Europa, oder weiterentwickelt, Vereinigten Sowjetstaaten oder Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Sie war Ausdruck der Erkenntnis, dass der Ersten Weltkrieg gezeigt hatte, dass nicht nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln, sondern auch der Nationalstaat zur Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden war. Diese Parole wurde in den folgenden Monaten sowohl von Radek als auch von Sinowjew übernommen. Die Inprekorr veröffentlichte Radeks Artikel »*Nicht zurück, sondern vorwärts! Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Vereinigten Staaten Europas.*«¹¹⁵² In seinen Thesen über die kommende »deutsche Revolution« und die Aufgaben der russischen Kommunist*innen vom 22. September 1923 widmet Sinowjew den ganzen 5. Abschnitt den »Vereinigten Staaten der Arbeiter- und Bauernrepubliken Europas.«¹¹⁵³ Merkwürdigerweise erwähnt Broué die Parole weder in seiner Geschichte der Revolution in Deutschland noch seiner Geschichte der Komintern.¹¹⁵⁴

g) **Partei und Aufstand:** Im Herbst 1917, vor der russischen Oktoberrevolution, gab es eine Kontroverse zwischen Lenin und Trotzki, ob der Aufstand im Namen der bolschewistischen Partei oder der Sowjets organisiert werden sollte. Dies war eine taktische Frage, in der Trotzki die bessere Taktik für die konkrete Situation vertrat. Weil es nur eine taktische Frage war, lag das Unzulässige der Märzaktion nicht darin, wie zum Beispiel Levi kritisierte (und Broué unkommentiert wiedergibt), dass der Kampf im Namen der Partei geführt wurde, sondern der Fehler war, dass überhaupt ein Offensivkampf geführt wurde. Im Oktober 1923 war dann das Schielen auf die linken Sozialdemokrat*innen fatal. Wenn die Bolschewiki die Oktoberrevolution von der Zustimmung des linken Menschewisten Martow abhängig gemacht hätten, hätte sie nicht stattgefunden. Wenn sie den ersten Rat der Volkskommissar*innen, die nach der Oktoberrevolution gebildete Revolutionsregierung, von der Teilnahme der linken Sozialrevolutionär*innen abhängig gemacht hätten, hätte es ihn nicht gegeben.

Als die Einheitsfrontmethode kreiert wurde, wurde sie mit der Offensive des Kapitals und der Notwendigkeit von Defensivkämpfen begründet. Zum Beispiel erschien der Bericht über die Tagung der Erweiterten Exekutive der Komintern Ende Februar bis Anfang März 1922, in der die Einheitsfront eine zentrale Rolle spielte, unter dem Titel »Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals.« Ein zentraler Gedanke war, dass Arbeiter*innenorganisationen, die sich über ihre langfristigen Ziele nicht einig sind, sich trotzdem einig sein können in der Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Arbeiter*innen. Nach und nach verwandelte sich diese Defensivwaffe in den Diskussionen in eine Offensivwaffe, ohne dass

1152 Inprekorr Nr. 153, 28. September 1923, S. 1316-1318

1153 Zitiert in Bayerlein, a.a.O., S. 151-161, hier S. 156-157

1154 In der Histoire de l'Internationale Communiste wird die Parole einmal auf S. 407 erwähnt, aber nicht im Zusammenhang mit Trotzki.

man sich erkennbar darüber Rechenschaft ablegte. Aus dem gemeinsamen Kampf zur Verteidigung von gemeinsamen unmittelbaren Interesse sollte der Kampf für langfristige Ziele werden, über die man eben nicht einig war. Das war höchst problematisch und brachte die Gefahr, dass offensive Kampfziele vom Veto von linken Reformist*innen abhängig gemacht werden und damit im Namen der »Einheit« auf sie verzichtet wird, auch wenn sicherlich Kämpfe eine Dynamik haben können, die sie über das unmittelbare Ziel hinaustreiben kann.

h) **Trotsky und die Besonderheiten des deutschen Oktobers:** Ein weiterer Aspekt von Trotskys Beitrag 1923 (neben der Losung der »Vereinigten Staaten von Europa«) scheint mir bei Broué zu kurz zu kommen, auch in seiner Geschichte der Komintern. Nämlich: Inzwischen waren fünf Jahre revolutionäre Kämpfe vergangen, die vor allem 1919, 1920 und 1921 in blutigen Niederlagen und wiederholten Aderlässen für die Arbeiter*innen geendet hatten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Zahl der Todesopfer im fünfstelligen Bereich ansiedelt. Das ist natürlich gegenüber den Weltkriegstoten immer noch wenig, aber genug, um die Arbeiter*innen vorsichtig zu machen. Daher betonte Trotsky, der immer wieder ein besonderes Talent bewiesen hat, sich in die Gedankengänge von Tausende Kilometer entfernten Arbeiter*innen sehr konkret hineinzusetzen, die besondere Notwendigkeit einer technischen Vorbereitung der Revolution. Arbeiter*innen mit bloßen Händen in den Aufstand zu schicken und sich darauf zu verlassen, dass sie schon Waffengeschäfte, Polizeistationen etc. stürmen und sich mit Waffen versehen werden, ist immer leichtfertig, aber in der konkreten Lage in Deutschland war es besonders unrealistisch. Diese Betonung Trotskys wird besonders in ein paar der im Band drei der »Archive des Kommunismus« veröffentlichten Dokumente deutlich.

Wolfram Klein (geboren 1967) lebt in Plochingen. Er ist Autor verschiedener Bücher und Broschüren im Manifest Verlag. Er promoviert zur Geschichte des Trotzkismus nach dem Zweiten Weltkrieg und betreibt die Website Sozialistische Klassiker 2.0. Klein ist Mitglied im Bundesvorstand der Sozialistischen Organisation Solidarität - Sol. Im Manifest Verlag ist zuletzt sein Buch »Rosa Luxemburg. Ihre politischen Ideen« (2021) erschienen.

Chronologie

Datum	In der Welt	In Deutschland	Deutsche revolutionäre Bewegung	internationale revolutionäre Bewegung	russische revolutionäre Bewegung
1914 August	4 Beginn des Ersten Weltkriegs. 1155 Deutsche Offensive. Schlacht an den Grenzen. 27: Zwei Sozialisten in der französischen Regierung. Marneschlacht.	4 Die sozialdemokratische Fraktion stimmt für die Kriegskredite.	4: Treffen der Internationalist*innen um R. Luxemburg.	1: Die serbischen Sozialisten stimmen gegen die Kriegskredite.	8: Die bolschewistischen Abgeordneten stimmen gegen die Kriegskredite. Manifest des bolschewistischen ZK gegen den Krieg.
September			21: Liebknecht erklärt, dass es falsch war, für die Kriegskredite zu stimmen.		6-7: Die bolschewistische Konferenz in Bern nimmt Lenins Thesen zum Krieg an.
Oktober	Beginn des Schützengrabenkriegs.				
Dezember			2: Liebknecht allein gegen die Kriegskredite im Reichstag.		
1915 Januar					Bolschewistische Abgeordnete und Leiter*innen verurteilt.
Februar	(Februar bis März) Kämpfe in der Champagne, bei l'Yser und in den Argonnen.		7: Liebknecht wird mobilisiert. 18: R. Luxemburg wird verhaftet.		(27. Februar - 4. März) Bolschewistische Konferenz in Bern, bestätigt die defätistische Linie.

1155 [Der 4. August wird wegen der Zustimmung zu den Kriegskrediten in der sozialistischen Tradition mit dem Kriegsbeginn verbunden. Aber die österreichische Kriegserklärung an Serbien erfolgte bereits am 28. Juli, die deutsche an Russland am 1. August]

März			18: Liebknecht und Rühle stimmen gegen die Kredite.	4: Erste Oppositionskonferenz in Berlin.	26-28: Internationale Konferenz der sozialistischen Frauen in Bern.
April				14: Erscheinen von »Die Internationale.«	5-7: Konferenz der Sozialistischen Jugendinternationale in Bern.
Mai	23: Kriegseintritt Italiens.			27: Flugblatt Liebknecht: »Der Hauptfeind steht im eigenen Land.«	
September	Kriegseintritt Bulgariens.				5-8: Internationale sozialistische Konferenz in Zimmerwald.
November	Alliierte Offensive in der Champagne und im Artois.				
Dezember				21: 18 »zentristische« Abgeordnete gegen die Kriegskredite.	
1916 Januar				1. Konferenz der Gruppe »Internationale« in Berlin; verabschiedet Thesen von R. Luxemburg.	
Februar	(Februar bis Juni) Schlacht um Verdun.			Veröffentlichung der Junius-Broschüre.	5-8: Vorbereitung der 2. Zimmerwalder Konferenz.
April					14-30: Internationale sozialistische Konferenz in Kienthal.
Mai			1.: Arbeiterdemonstrationen für den Frieden.	1.: Liebknecht in Uniform verteilt Flugblätter.	

Juni			27-30: Streiks und Demonstrationen für Liebknecht.	28: Verurteilung Liebknechts.		
Juli	(Juli-Oktober) Alliierte Offensive an der Somme.					
September			21-23: Reichskonferenz der SPD	1.: Erster Spartakusbrief.		
Oktober			17-19: Der Vorwärts wird vom Militär beschlagnahmt und der Exekutive der SPD übergeben.			
November	(November-Dezember) Wiederaufnahme der Schlacht um Verdun.					
1917 Januar			18: Alle Oppositionellen werden aus der SPD ausgeschlossen.	7: Konferenz der Opposition in der SPD in Berlin.		
Februar						
März						10-12: Februarrevolution, Sturz des Zarismus.
April	6: Die Vereinigten Staaten beenden sich im Krieg.		6-8: Gothaer Parteitag und Gründung der USPD	5: Die Spartakuskonferenz spricht sich für eine Partei mit den »Zentrist*innen aus; die »Linksradikalen« sind dagegen.		16: Lenin trifft in Petrograd ein: Aprilthesen.
Mai			16-23: Große Streiks in Berlin und Leipzig.		13: Spaltung in Schweden, Entstehung der linken SP	

Juli	(April-Juli) Offensive am Chemin des Dames. Meutereien in der französischen Armee.				20-22: Die Provisorische Regierung unterdrückt die Friedensdemonstrationen der Arbeiter*innen in Petrograd.
August		2: Demonstrationen der Matrosen. 25: Verurteilung der Führer der Matrosen. 5: Kobis und Reichpietsch erschossen.			
September					
Oktober	24: Italienische Katastrophe bei Caporetto.				
November					7: Aufstand in Petrograd. 8: Lenin an der Macht.
Dezember	4: Deutsch-russischer Waffenstillstand. 22: Beginn der Friedensgespräche von Brest-Litowsk.			5-12: Konferenz von Stockholm.	
1918 Januar	Streiks in Österreich-Ungarn.	28-31: Streik in Berlin und anderen Arbeiter*innenzentren.			
Februar					
März	3: Unterzeichnung des Brest-Litowsker Vertrags.				Friedensdebatte in der russischen Partei. 6-8: 7. Parteitag der SDAPR, die zur Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) wird.

April	(März-Juni) Deutsche Offensive im Westen.	28: Joffe russischer Botschafter in Berlin.			
Mai					15: Beginn des Bürger*innenkriegs.
Juli	Zweite Marne-Schlacht.				
August	Sieg der Alliierten bei Montdidier,				
September	30: Waffenstillstand mit Bulgarien.				
Oktober	30: Revolution in Wien. Sturz der österreichisch-ungarischen Monarchie. 31: Waffenstillstand mit der Türkei.	1: Die Führer der deutschen Armee sprechen sich für den Frieden aus. 2: Regierung Max von Baden mit zwei SPD-Ministern. 30: Unruhe in der Kriegsmarine; Demonstration in Stuttgart.	1: Gemeinsame Konferenz der Spartakist*innen und Linksradikalen für die sozialistische Revolution und die Rätermacht. 21: Befreiung Liebknechts.		

<p>November</p>	<p>2: Österreichisch-italienischer Waffenstillstand. 11: Waffenstillstand von Rethondes. 12: Ausrufung der österreichischen Republik. 16: Ausrufung der ungarischen Republik.</p>	<p>3: Meuterei der Matrosen in Kiel. 5-9: Revolutionäre Welle. Arbeiter*innen- und Soldatenräte. 9: Revolution in Berlin; Ebert als Kanzler. 10: Ebert und das SPD-USPD-Kabinett von den Räten eingesetzt. 16: Abkommen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmer*innen.</p>	<p>11: Organisation des Spartakusbundes mit einer Zentrale.</p>	<p>3: Gründung der österreichischen KP. 5: Gründung der griech. Sozialistischen Arbeiter*innenpartei</p>	
-----------------	--	--	---	---	--

<p>1919 Januar</p>	<p>18: Beginn der Friedenskonferenz.</p>	<p>4: Abberufung Eichhorns. 5: Demonstration in Berlin; Besetzung von Gebäuden. 6-12: Freikorps stellen die Ordnung in Berlin wieder her. 15: Ermordung Liebknechts und R. Luxemburgs. 26: Wahlen zur Nationalversammlung.</p>	<p>1: Ende des Gründungsparteitags der KPD(S).</p>		
<p>Februar</p>		<p>Beginn der Rundreise der Freikorps. 11: Ebert wird zum Präsidenten gewählt. Koalitionsregierung Scheidemann. Streik an der Ruhr.</p>	<p>12: Verhaftung Radeks.</p>		
<p>März</p>	<p>21: Ausrufung der Räterepublik in Ungarn (Béla Kun).</p>	<p>1: Freikorps in Halle. 2-6: Außerordentlicher Parteitag der USPD in Berlin. 3-8: Generalstreik und Unterdrückung: »Blutwoche« in Berlin. 31: Beginn des Generalstreiks an der Ruhr.</p>	<p>3: Verbot der »Roten Fahne.« 10: Verhaftung und Ermordung von Jogiches. Paul Levi übernimmt die Führung der KPD(S).</p>	<p>2-6: Internationale sozialistische Konferenz, die sich zum 1. Kongress der Kommunistischen Internationale erklärt. Beitritt der bulgarischen SDAP (Engherzige) zur KI.</p>	

April	Meuterei in der französischen Schwarzmeerflotte. 28: Gründungsvertrag des Völkerbunds	7: Erste bayerische Räterepublik. 8-14: 2. Rätekongress in Berlin. 13: Zweite bayerische Räterepublik unter den Kommunist*innen.	8: Die Zentrale flüchtet nach Leipzig.	10: Gründung der niederländischen KP.	(April-Juni) Offensive der Weißen unter Koltchak.
Mai	1: Generalstreik in Frankreich. 7: Die Friedenskonzferenz diktiert der deutschen Delegation in Versailles ihre Bedingungen.	1: Die Freikorps nehmen München ein; Unterdrückung. 11: Die Freikorps nehmen Leipzig ein. 28: Ende des Generalstreiks an der Ruhr. 20: Rücktritt von Scheidemann.	11: Die Zentrale zieht von Leipzig nach Berlin.	Die bulgarische SDAP wird zur KP.	
Juni	28: Unterzeichnung des Versailler Vertrags.	20: Beginn des Eisenbahner*innenstreiks. 22: Die Nationalversammlung ratifiziert die Annahme des Versailler Vertrags. Koalitionsregierung Bauer. 30: 10. ADGB-Kongress			
Juli		3: Ende des Eisenbahner*innenstreiks.			

August	1: Liquidierung der ungarischen Räterepublik.		16-17: Konferenz der KPD(S) in Frankfurt/M.; Beginn des Konflikts zwischen Levi und den Linken.	31: Gründung der Kommunistischen Arbeiter*innenpartei der USA.	
September		9-10: Jenaer Konferenz der USPD			(September-Oktober) Weiße Offensive gegen Petrograd.
Oktober		Linke Opposition mit Dissmann an der Spitze der Metallgewerkschaft.	20-24: 2., sogenannter »Heidelberger« Parteitag der KPD(S). Levi erreicht den Ausschluss der Linken.		
November		(30. November - 6. Dezember) Parteitag der USPD in Leipzig; Linksschub.		Schaffung des Amsterdamer Büros der KI für Westeuropa.	
Dezember			5: Befreiung Radeks, 12: Die »Rote Fahne« erscheint wieder.		
1920 Januar	10: Geburt des Völkerbunds	13: Demonstration vor dem Reichstag. Schießerei: 42 Tote.	17: Abreise Radeks.	Vom linksradikalen Büro in Amsterdam organisierte Konferenz. Radek Sekretär der KI.	
Februar			25-26: 3. Parteitag der KPD(S) in Karlsruhe.		

März	<p>13: Kapp-Putsch. 14: Beginn des Generalstreiks. 17: Flucht Kapps. Legten fordert eine Regierung der Arbeiter*innenpartei und Gewerkschaften. 21: Ende des Generalstreiks. 24: Bielefelder Abkommen. 25: Legien lehnt das Amt des Kanzlers ab. 26: Hermann Müller wird Kanzler.</p>	<p>13: Die Zentrale der KPD(S) weigert sich, die Regierung zu verteidigen. 23: Erklärung der »loyalen Opposition.«</p>	<p>Auflösung des Amsterdamer Büros.</p>	<p>Lenin veröffentlicht »Die Kinderkrankheit des Kommunismus.«</p>
April	<p>24: Beginn des Krieges zwischen Polen und Russland.</p>	<p>4-5: Oppositionskonferenz in Berlin; Gründung der KAPD 14-15: 4. Parteitag der KPD(S) in Berlin.</p>	<p>15: Gründung der spanischen KP. 23: Gründung der indonesischen KP.</p>	
Mai	<p>1-29: Streik der Eisenbahner*innen in Frankreich.</p>			
Juni	<p>6: Wahlen zum Reichstag. Fortschritte der Rechten und der USPD 25: Regierung Fehrenbach (Zentrum).</p>			

Juli			Protest der Delegierten der KPD(S) auf dem Moskauer Kongress gegen die Anwesenheit von Vertretern der KAPD.	13: Vorbereitungskonferenz für die Gründung der RGI. (19. Juli bis 7. August) 2. Kongress der KI. Annahme der einundzwanzig Bedingungen.	
August	Die Rote Armee vor den Toren Warschaus.			1: Gründung der KP Großbritannien. Radek wird aus dem Sekretariat der KI entfernt, weil er die KPD gegen die Russische Partei unterstützt hat.	
September	Metallarbeiter*innenstreiks mit Besetzung in Norditalien.			10: Gründung der türkischen KP.	
Oktober	12: Russisch-polnischer Friedensvertrag.	12-17: Der USPD-Parteitag in Halle akzeptiert die einundzwanzig Bedingungen.		13: Gründung der iranischen KP. Radek in Deutschland (heimlich).	
November			1-3: 5. Parteitag der KPD(S), jetzt KPD (Sektion der KI). 4-7: Vereinigungsparteitag zwischen KPD und USPD (Linke); Geburt der VKPD. Levi und Däumig Vorsitzende 24: Protest Levis gegen die Zulassung der KAPD als »sympathisierende Partei«	28: Die KAPD wird als »sympathisierende« Partei in die KI aufgenommen. 25-30: Parteitag in Tours; Beitritt zur KI und Annahme der 21 Bedingungen durch die Mehrheit.	14: Vernichtung der Wrangel-Armee, Ende des Bürgerkriegs. Beginn der Diskussion über die Gewerkschaften.
Dezember					

1921 Januar			7: Offener Brief der KPD an andere Arbeiter*innenorganisationen. 21: Erster Zwischenfall zwischen Levi und Radek.	15: Beginn des Parteitags der italienischen PS in Livorno. 21: Spaltung und Gründung der KPI	
Februar		26: Die Gewerkschaften stellen zehn Forderungen auf.	22: Rücktritt Levis und Däumigs. Brandler Vorsitzender der VKPD, Béla Kun in Berlin.	21: Das Kleine Büro der KI verurteilt den Offenen Brief. Radek in Russland.	
März	20: Plebiszit in Oberschlesien.	16-17: Hörsings Offensive in Mitteldeutschland. 19: Einmarsch der Polizei in die Region Mansfeld. Kämpfe in Mitteldeutschland; Zwischenfälle anderswo. 29: Ermordung Sülls. 30: Ende der Aktion.	16-17: Das ZK beschließt die »Aktivierung« der Partei und plant eine defensive Aktion gegen Hörsing. 18: Aufruf der KPD zu den Waffen. 21: Hölz beginnt mit der Stadtguerilla. 24: Die KPD ruft zum Generalstreik auf. 27: Brief Levis an Lenin.	2-17: Aufstand in Kronstadt. 8-16: 10. Parteitag der Bolschewiki - Fraktionsverbot, Maßnahmen für die Arbeiter*innen-demokratie. - Annahme der NEP. 16: Anglo-Russisches Handelsabkommen.	
April	(April-Juni) Streik der britischen Bergarbeiter*innen.		8: Thesen über die Märzaktion und Auftauchen der Offensivtheorie. 12: Levi veröffentlicht »Unser Weg.« 15: Levi aus der KPD ausgeschlossen.		

Mai		Rücktritt Fehrenbachs. Regierung Wirth.			(Mai-Juni) Kampf in der russischen Partei; Block Lenin- Trotzki gegen die Linken.
Juni	Gründung der CGTU, die die Spaltung der Gewerkschaften in Frankreich festschreibt.	6: Verurteilung Brandlers.		8: Gründung der rumäni- schen KP. 14-16: Gründung der tsche- choslowakischen KP. 17: Lenin gegen Bela Kun in der Exekutive. (22. Juni - 12. Juli) III. KI-Kongress. Wéndung »zu den Massen.« 1: Gründung der KP Chinas. 3: Erster Kongress der RGI	
Juli					
August			3-4: Der ZA hat Schwie- rigkeiten, den Moskauer Kompromiss anzuneh- men. 22-26: 2. (7.) Parteitag der KPD in Jena. Meyer und Friesland an der Spitze der Partei.		
September		26: Ermordung Erz- bergers.		September-Oktober Entwicklung der Berliner Linken. Friesland bewegt sich in Richtung Levi.	
Oktober		22: Eintritt der So- zialdemokraten in die Regierung Wirth.			Die Exekutive stellt das Problem der Arbeiter*innen- regierung.

November		25: Beginn der Enthüllungen des »Vorwärts« über die Märzaktion.	16-17: Der ZA übernimmt die Losung der »Erfassung der Sachwerte.« 20: Erste Konferenz der KAG Levis.		
Dezember			4: Die Exekutive spricht sich für die Arbeiter*inneneinheitfront aus. 8: Die Exekutive für den Kampf bis zum Tod gegen die KAG. 20: Der aus seinem Amt entfernte Friesland richtet einen Appell an die Parteimitglieder. 22: Ausschluss Frieslands.		Geheime Mission Radeks in Deutschland über deutsch-russische militärische Zusammenarbeit.
1922 Januar					
Februar	6: Vertrag von Washington.	1-7: Streik der Eisenbahner*innen 22: Die KAG tritt der USPD bei. 22: Beginn des Metallarbeiter*innenstreiks.		(24. Februar - 3. März) Erste erweiterte Exekutive der KI; Annahme der Thesen zur Arbeiter*inneneinheitfront.	
März				(27. März - 2. April) XI. Parteitag der bolschewistischen Partei. 3: Stalin Generalsekretär.	
April	2-5: Konferenz der drei Internationalen in Berlin. 10-19: Konferenz von Genua. 16: Deutsch-russischer Vertrag von Rapallo.			(April - Mai) Radek in Deutschland als Vertreter der KPR und der KI.	

Mai					26: Lenins erster Schlaganfall.
Juni		4: Ende des Metallarbeiter*innenstreiks. 19-24: ADGB-Kongress in Leipzig. 24: Ermordung Rathenaus. 27: Berliner Abkommen zwischen Arbeiter*innenorganisationen. 18: Republikschutzgesetz.		7-11: 2. Erweiterte Exekutive der KI.	
Juli			8: Die KPD wird aus der Einheitsfront ausgeschlossen.		
August	Scheitern des Generalstreiks in Italien.				(August-September) Die georgische Angelegenheit.
September		24: Wiedervereinigung SPD- USPD			
Oktober	20: Mussolini an der Macht in Italien.				
November		21: Regierung Cuno ohne Sozialdemokrat*innen. (24. November - 6. Dezember) Streiks in der Pfalz.		(5. November - 5. Dezember) 4. KI-Kongress, der die Lösung der Arbeiter*innenregierung billigt und die Strategie der Einheitsfront bestätigt.	

Dezember					16: Zweiter Schlaganfall Lenins 25: Lenin diktiert sein »Testament.« 30: Verfassung der UdSSR.
1923 Januar	11: Besetzung des Ruhrgebiets durch französisch-belgische Truppen. Beginn des passiven Widerstands; Demonstrationen, Streiks, Sabotage.		(28. Januar- 1. Februar) 8. Parteitag der KPD in Leipzig; akuter Konflikt zwischen der Linken und der neuen Richtung, Brandler vor allem.	(Januar-Februar) Untergaundaufenthalt Radeks in Deutschland.	4: Lenin diktiert sein Postskriptum, in dem er die Entfernung Stalins empfiehlt.
März		21: Sozialistische Zeigner-Regierung in Sachsen mit kommunistischer Unterstützung.	26: Heftige Konfrontation der Strömungen auf dem Essener Bezirksparteitag		6: Lenin bricht mit Stalin. 9: Dritter Schlaganfall Lenins.
April					17-25: XII. Parteitag. Heftige Angriffe auf Stalin.
Mai	8: Curzon-Ultimatum an die Sowjetunion.	26: Hinrichtung Schlageters.		Die Exekutive erreicht eine Einigung zwischen der Rechten und der Linken in Moskau. Legaler Aufenthalt Radeks in Berlin.	
Juni	9: Sturz der Regierung Stambolisky in Bulgarien. Die KP bleibt »neutral.«			12-23: 3. erweiterte Exekutive. Schlageter-Rede Radeks.	

Juli			12: Aufruf der Zentrale an die Partei. Beschluss einer antifaschistische Demonstration am 29. Verbot der Demonstration in mehreren Ländern	26: Radek rät der Zentrale, auf die Demonstration zu verzichten.	(Juli-August) Scherenkrise. Soziales Unbehagen. Streiks.
August		9: Beginn des Generalstreiks gegen Cuno. 11: Rücktritt von Cuno. 12: Regierung Stresemann mit Sozialdemokraten.	28: Die Zentrale ernannt ein Militärkomitee für den Aufstand.	6: Beschluss, einen Aufstand in Bulgarien vorzubereiten.	15 Sinowjew verfasst Thesen über die deutsche Revolution, 23 Das PB ruft die Exekutive auf, den Aufstand in Deutschland vorzubereiten.
September	19-28: Niederschlagung des bulgarischen Aufstands. 26: Ende des passiven Widerstands.	26: Belagerungszustand. Sezession in Bayern. 27: Drohungen General Müllers in Sachsen.		21: Beginn der Vorbereitungskonferenz für den deutschen Aufstand.	

<p>Oktober</p>		<p>1. gescheiterter Putsch der schwarzen Reichswehr. 1.-6.: Rechtsgerichtete Umbildung der Regierung Stresemann. 10: Brandler, Böttcher, Heckert in der Regierung Zeigner. 13: Stresemann erhält umfangreiche Vollmachten. Arbeiter*innenregierung in Thüringen. Hundertschaftenkongress in Sachsen. 16: Böttchers Rede für die Bewaffnung des Proletariats. 17: Ultimatum General Müllers. 19: Die Regierung beschließt, gegen Sachsen vorzugehen. 21: Chemnitzter Konferenz: Die linken Sozialdemokrat*innen weigern sich, zum Generalstreik aufzurufen. 23- 24: Aufstand in Hamburg. 29: Absetzung Zeigners. Die Reichswehr vertreibt die sächsischen Minister.</p>	<p>8: Rückkehr Brandlers.</p> <p>20: Letzte Vorbereitungen für den Aufstand durch das Revkom. 21: Die Zentrale beschließt, den Aufstand aufzugeben.</p>	<p>1: Telegramm Sinowjews für den Eintritt von Kommunist*innen in die Regierung Zeigner in Sachsen. 4: Ende der Vorbereitungskonferenz. 10- 16: Gründungskongress der Roten Bauerninternationale.</p> <p>22: Radek in Deutschland, im Untergrund. 22: Pjatakow und Radek billigen die Entscheidung zum Rückzug.</p>	<p>8: Trotzki's Brief über Demokratie in der Partei.</p> <p>15: Brief der 46.</p>
----------------	--	--	--	--	---

November		8-9: Gescheiterter Putsch in München. 30: Regierung Marx, ohne Sozialdemokrat*innen.	3-4: Das ZK nimmt die Thesen von Brandler an.	4: Brief der Exekutive an die Zentrale.	7: Beginn der öffentlichen Debatte in der Partei.
Dezember					8: Trotzki's Brief über den »Neuen Kurs.«
1924 Januar			Bildung der »Tendenz des »Zentrums« (Brandler isoliert).	11: 1. Sitzung des Präsidiums über die deutsche Frage. 19-21: Resolution des Präsidiums zu Deutschland, in der die Fehler von Radek und Brandler verurteilt werden.	16-18: XIII. Konferenz, die die Opposition verurteilt und die Autorität der Troika Sinowjew-Kamenew-Stalin sichert. 21: Tod Lenins.
Februar			19: Brandler wird durch Remmele ersetzt.		Massenhafte und bedingungslose Aufnahme in die Partei: »Lenin-Aufgebot.«
April		16 Die deutsche Regierung nimmt den Dawes-Plan an.	7-10 IX. Parteitag der KPD in Frankfurt/M. Die Linke übernimmt die Führung.		
Mai					23-31: XIII. Parteitag; bestätigt die Autorität der Troika.
Juni				(17. Juni bis 18. Juli) 5. KI-Kongress im Zeichen des Kampfes gegen die »Rechte« und der Bolschewisierung.	
Juli					Trotzki geht in »Lehren des Oktobers« auf die Niederlage von 1923 ein.

Oktober					Beginn der Kampagne gegen Trotzki.
Dezember					Stalin führt die Idee des »Aufbaus des Sozialismus in einem Land« ein.

Biografische Notizen zu den wichtigsten zitierten Aktivist*innen

Alexander, Eduard (1881-1945), genannt E. Ludwig.

Anwalt, Mitglied des Spartakus und der KPD seit deren Gründung; 1922 Leiter des Pressedienstes der Zentrale und Redakteur der Wirtschaftsseite der »Roten Fahne.« (Ab 1929 als »Versöhnler« aus der Verantwortung genommen: im August 1944 verhaftet, bei einem »Transport« gestorben).

André, Edgar (1894-1936).

Geboren im Rheinland, aufgewachsen in Belgien, Maurer, Mitglied der Jungen Sozialistischen Garde, eingezogen; 1918 in Frankreich in Kriegsgefangenschaft; Hafearbeiter in Hamburg, Mitglied der SPD; dann arbeitslos, Organisator des Arbeitslosenausschusses von Hamburg, tritt Ende 1922 in die KPD ein. 1923 einer der prominentesten Arbeiter*innenaktivist*innen in Hamburg.

(Organisator des von ihm in Hamburg geleiteten Roten Frontkämpferbundes, Spitzname »Roter General«, Angstgegner der Nazis, im März 1933 verhaftet, gefoltert, zum Tode verurteilt und am 4. November 1936 mit dem Beil hingerichtet).

Arendsee, Marta (1885-1953).

Angestellte einer Buchhandlung, 1906 in der SPD, ab 1907 Organisatorin der Frauenbewegung der Partei, 1914 in der Opposition, Mitglied der Gruppe Niederbarnim, 1915 Delegierte in Bern. 1917 in der USPD und 1920 in der VKPD. Ab 1922 verantwortlich für die Redaktion der Zeitschrift »Die Kommunistin«, in Leipzig in die Gewerkschaftskommission gewählt.

(Steht der »Rechten« nahe, arbeitet für die Arbeiterhilfe; 1933 verhaftet, 1934 freigelassen, emigriert in die UdSSR mit ihrem Mann Paul Schwenk, der dort verhaftet wird; arbeitet bei Radio Moskau; 1945 zurück in Deutschland, bis 1947 Mitglied der SED-Leitung).

Artelt, Karl (geb. 1890 [-1981]).

Schlosser, 1908 in der SPD. Er leitet im November 1918 den Kieler Matrosenaufstand und den Rat der baltischen Matrosen, Mitglied der USPD. 1919 Leiter der Braunschweiger Räte. Mitglied der USPD-Linken, 1920 in der VKPD.

(übernimmt verschiedene Nebenaufgaben in der Partei; Veteran der SED, lebt in der DDR)

Bachmann, Otto (1887-? [1877-1954]).

Maurer, ab 1897 SPD-Mitglied, 1908 Gewerkschaftssekretär in Breslau, von 1919 bis 1921 Vorsitzender in Chemnitz, dabei ist er Mitglied der KPD seit deren Gründung. Aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, wird Sekretär der »roten Gewerkschaft«, zuständig für den Bau in der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale. Ab September 1923 Vorsitzender des Verbandes der aus dem ADGB ausgeschlossenen Bauarbeiter. (Ab 1926 einer der Leiter*innen der roten Gewerkschaften; 1927 erster kommunistischer Bürgermeister in Deutschland, in Oelsnitz; 1929 als Rechter ausgeschlossen. Aktivist, immer mit Brandler, in der KPO, der Organisation »rechter« Kommunist*innen; emigriert 1933 und stirbt wahrscheinlich in der Emigration [nach anderen Angaben 1933-34 im KZ, dann als Maurer in Berlin, nach 1945 in der KPD bzw. SED aktiv, bis 1949 Vorsitzender der IG BAU Brandenburg im FDGB])

Barth, Emil (1879-1941).

Sozialdemokratischer Metallarbeiter, 1917 ausgemustert, Mitglied der USPD. Nach dem Streik vom Januar 1918 ersetzt er Richard Müller an der Spitze des Kreises der Revolutionären Obleute, Mitglied des Vollzugsrats der Räte, von November bis Dezember 1918 Volksbeauftragter: von seinen Genoss*innen desavouiert. 1921 Vorsitzender der Betriebsräte. Bleibt 1920 in der USPD und kehrt 1922 in die SPD zurück, (Kehrt danach zur Anonymität zurück.)

Bartz, Wilhelm (1881-1929).

Drucker, Gewerkschafter und 1900 in der SPD; besucht 1910-11 die Parteischule; Hauptamtlicher und Journalist; tritt 1919 der USPD bei. 1920 in der VKPD; protestiert gegen die Märzaktion, folgt aber weder Levi noch Friesland. 1921 Mitarbeiter der Inprekorr, 1922 Mitvorsitzender der Fraktion im Reichstag. 1923 Mitglied der Linken.

(Unterstützt das Parteizentrum 1925).

Becker, Karl [Albin] (1894-1942).

Schriftsetzer, Sohn eines Aktivisten, 1909 Mitglied der sozialistischen Jugend, 1912 der SPD. Während des Krieges in Dresden, dann Bremen, einer der Leiter*innen der Linksradiكالen. 1917 verhaftet, von der Revolution befreit, leitet einen Arbeiter*innenrat. Delegierter der IKD auf dem Gründungsparteitag der KPD, schließt sich der linksradikalen Mehrheit an. 1919 einer der Leiter*innen der Opposition, einer der Gründer*innen der AAU, wird in Heidelberg ausgeschlossen, tritt aber nicht in die KAPD ein und kehrt unter dem Einfluss Radeks und Frölichs im März 1920 zur KPD(S) zurück. Ab 1921 Redakteur der Hamburger Volkszeitung, dann, 1923, Verantwortlicher des Oberbezirks Wasserkante und Nord-West, Mitglied der Rechten. (Vermutlich Ende 1923 in den Untergrund gegangen; nach Moskau geflohen; 1925 zurückgekehrt, Mitglied der »Versöhnler«-Gruppe, 1928 Mitglied des preußischen Landtags, übte Selbstkritik. 1933 Illegaler, dann Emigration nach Frankreich: von Vichy ausgeliefert, zum Tode verurteilt und in Plötzensee hingerichtet).

Blenkle, Konrad (1901-1943).

Sohn eines Bäckers; 1919 Mitglied der [Kommunistischen] Jugend, 1920 der KPD(S); Angestellter an der sowjetischen Botschaft in Berlin; 1923 Sekretär der Kommunistischen Jugend, Anhänger der Linken.

(1924 Vorsitzender der Jugend und Mitglied des ZK; 1928 Abgeordneter; danach in Ungnade gefallen, 1933-34 illegale Arbeit; Emigration und von Kopenhagen aus verantwortlich für eine Untergrundarbeit in Deutschland; verhaftet, zum Tode verurteilt und in Plötzensee hingerichtet)

Böttcher, Paul (geb. 1891 [-1975]).

Schriftsetzer, 1907 Mitglied der Jugend, 1908 Vorsitzender der Leipziger Gruppe und Mitglied der SPD. Hauptamtlicher für die Jugend auf Gewerkschaftsebene. Kriegsgegner. 1917 in der USPD. 1920 Chefredakteur des Stuttgarter »Sozialdemokraten.« Linker Unabhängiger, Leiter der linken Gewerkschaftsopposition. 1920 in der VKPD. Wird während des Putsches von den Kappisten entführt. Februar 1921 Chefredakteur der »Roten Fahne«, im August 1921 Mitglied der Zentrale; 1923 Vorsitzender der Landtagsfraktion in Sachsen, Sekretär des Bezirks Westsachsen, Anhänger der Unterstützung von und Beteiligung an einer Arbeiter*innenregierung. im Oktober 1923 Wirtschaftsminister in der Regierung Zeigner, von der Reichswehr aus seinem Ministerium vertrieben.

(Mitglied der rechten Opposition, 1929 ausgeschlossen, gründet mit Brandler die KPO; emigriert von 1933 bis 1946 in die Schweiz; wird nach seiner Rückkehr verhaftet, in die UdSSR gebracht, in Abwesenheit zu zwei Jahren Haft verurteilt und bleibt bis 1955 in verschiedenen Lagern und Gefängnissen. 1955 Entlassung, Rückkehr nach Deutschland und 1956 Aufnahme in die SED, Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung bis zu seiner Pensionierung 1968. Laut Herrn Hermann Weber ist Paul Böttcher seit 1927 Mitglied des sowjetischen Geheimdienstes: in dieser Eigenschaft wird er während seines Aufenthaltes in der Schweiz verhaftet).

Brandler, Heinrich (1881-1967).

Maurer, geboren im Sudetenland, österreichische Staatsbürgerschaft, in jungen Jahren durch einen Arbeitsunfall lebenslang geschädigt, seit 1897 Gewerkschaftsaktivist, 1900 wegen Gewalttätigkeit verurteilt. 1901 in der SPD, arbeitet bis 1904 in Hamburg, wo er die Baugewerkschaft leitet, dann von 1904 bis 1908 in Bremen, wo er in der Gewerkschaft und in der Jugendbewegung aktiv ist; von 1908 bis 1914 in der Schweiz. Im Juni 1914 in Chemnitz, wo er Sekretär der Baugewerkschaft ist; 1915 mit Heckert aus der SPD ausgeschlossen, Leiter der Spartakusgruppe, tritt 1917 trotz seiner Vorbehalte der USPD bei. Im Oktober 1918 als Ausländer ausgewiesen, erwirbt er dank der bayerischen Regierung Eisner die deutsche Staatsangehörigkeit. Zurück in Chemnitz, gründet er dort »Der Kämpfer« und die mächtigste Ortsorganisation der KPD(S). Unterstützt Levi gegen die Linksradikalen, organisiert im März 1920 die Wahl der Chemnitzer Arbeiter*innenräte und entwickelt Themen, die die der Arbeiter

tereinheitsfront ankündigen. Wird im April 1920 in die Zentrale gewählt, referiert auf dem Vereinigungsparteitag über organisatorische Fragen. Vorsitzender der Partei in Ablösung Levis im Februar 1921, übernimmt die Leitung der Partei während der Märzaktion; im Juni zu fünf Jahren Festung verurteilt. Im November entlassen, bleibt er als Mitglied des Präsidiums der Internationale in Moskau; im Herbst 1922 zurück, übernimmt die Aufgaben des Generalsekretärs. 1923 ist er als Vorsitzender der KPD Ziel von Angriffen der Linken, deren Ausschluss er wiederholt vergeblich forderte. Leiter der Staatskanzlei in der Regierung Zeigner, nachdem er in Moskau an den Vorbereitungen des Aufstandes teilgenommen hat. Sprecher der Kommunist*innen auf der Chemnitzer Konferenz, sagte er den geplanten Aufstand ab, nachdem die linken Sozialdemokrat*innen einen Rückzieher gemacht hatten.

(Verantwortlich gemacht für die deutsche Niederlage, distanziert sich vergeblich von der russischen Linksopposition. Bis Oktober 1925 in Moskau; Rückkehr nach Deutschland gegen den Beschluss der Partei: im Januar 1929 ausgeschlossen. Gründet die KPO, hält sich aber von der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei, entstanden aus einer linken Abspaltung in der Sozialdemokratie und verbunden mit Elementen der KPO) fern. Emigriert nach Frankreich, 1939-40 interniert, flüchtete von 1941 bis 1947 nach Kuba, dann nach Großbritannien, kehrt 1949 nach Deutschland zurück, lässt sich in Hamburg nieder, wo er die Gruppe Arbeiterpolitik leitet).

Brass, Otto (1875-1960).

Feilenhauer, 1897 in der SPD. Kassierer in einer Arbeiter*innenversicherung, dann Zeitungsmanager. Leiter des radikalen Flügels an der Ruhr, Mitbegründer der USPD, 1919 Vorsitzender des Remscheider Arbeiter*innen- und Soldatenrates, im Dezember Delegierter in Berlin. USPD-Abgeordneter in Weimar. 1919 einer der Organisator*innen des Streiks an der Ruhr, 1920 des Kampfes gegen Kapp, was ihm eine Anklage wegen Hochverrats einbringt. Linker Unabhängiger, Mitvorsitzender des Parteitags in Halle. Gewählt in die VKPD-Zentrale, tritt im Februar 1921 zusammen mit Levi und Däumig zurück. Delegierter der Minderheit in Moskau nach der Märzaktion, unterstützt er Levi Monate nach dessen Ausschluss öffentlich und organisiert mit Friesland und Malzahn eine neue rechte Opposition. Im Januar 1922 ausgeschlossen, kehrt er noch im selben Jahr mit Levi zur USPD und dann zur SPD zurück.

(Kleinere Rolle ab diesem Zeitpunkt bis 1933, als er von den Nazis unter Beobachtung gestellt wird. Wegen einer heimlichen Aktion 1945 verhaftet, durch den Vormarsch der Roten Armee befreit. Mitglied der Leitung der SPD in der russischen Zone, Unterzeichner des Aufrufs zur Wiederherstellung der freien Gewerkschaften, dann des Aufrufs zur Verschmelzung der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien und in dieser Eigenschaft Mitbegründer der SED)

Braun, M. J. (Mieczysław Broński, genannt) (1882-1937).

Pole, 1902 Sozialdemokrat, nimmt an der Revolution von 1905 teil und verbringt ein Jahr im Gefängnis. Emigriert 1907 in die Schweiz, aktiv in der Schweizer Sozial-

demokratie und verband sich gegen Luxemburg und Jogiches mit dem Warschauer Parteikomitee, das Radek gleichfalls unterstützt. Lenin nahestehend, nimmt er an den Zimmerwalder und Kienthaler Konferenzen teil und ist einer der Leiter*innen der Zimmerwalder Linken. Im April 1917 Begleiter Lenins auf seiner Rückreise. Nimmt an der russischen Revolution teil. 1918 zum konsularischen Vertreter in Berlin ernannt, sorgt für Kontakte zu den deutschen Revolutionär*innen. Wird im November ausgewiesen. Bereits 1919 gehört er dem westeuropäischen Sekretariat und der KPD(S)-Leitung unter einem Pseudonym an. Er wird für die Position, die die KPD(S) zu Beginn des Kapp-Putsches eingenommen hat, stark kritisiert und kurz darauf abberufen.

(In Moskau erhält er einen Lehrauftrag an der Universität Moskau und wird in der Polnischen Kommunistischen Partei aktiv und wird Mitglied von dessen Politbüro. Er wird verhaftet und während der großen stalinistischen Säuberungen hingerichtet).

Budich, Willi (1890-1941 [oder 1938]).

Bauernsohn, studierter Ingenieurtechniker, 1910 in der SPD, schließt sich während des Krieges Spartakus an und ist unter dem Namen »Brandt« einer der Hauptmitarbeiter*innen Jogiches' bei der Arbeit der Geheimorganisation. Seit 1917 Mitglied der USPD; im März 1918 verhaftet, von der Revolution befreit. Im November 1918 Organisator des Roten Soldatenbundes, schwer verwundet, nach der Schießerei am 6. Dezember armamputiert. Im März 1919 nimmt er an der Münchner Räterepublik teil, ist unter dem Namen »Dietrich« Mitglied des Vorstandes. Teilt mit Friesland und den anderen Berliner Leiter*innen die Verantwortung für den Aufruf vom 13. März 1920. In der Sowjetunion im selben Jahr, erhält militärische Ausbildung. 1921 verhaftet, entkommt und kehrt in die Sowjetunion zurück. Man weiß nicht, welche Rolle er 1923 gespielt haben mag.

(In Moskau Leiter der Internationalen Arbeiterhilfe, dann unter dem Namen Gerbilski sowjetischer Handelsvertreter in Wien. Kehrt 1929 nach Deutschland zurück. 1933 verhaftet, freigelassen, wieder emigriert. 1937 während der stalinistischen Säuberungen verhaftet, 1941 oder 1942 im Gefängnis gestorben [nach anderen Angaben schon 1938 hingerichtet]).

Charpentier, Fritz (1869-1928).

Kaufmännische Studien; Kaufmann und Vertreter, Mitglied der SPD vor dem Krieg. 1917 in der USPD, Anfang 1920 Eintritt in die KPD; von der Partei desavouiert, weil er nach dem Kapp-Putsch ohne Mandat den Bielefelder Vereinbarungen zugestimmt hat. Mit Levi 1921 in der KAG, bricht aber mit ihm und bleibt in der Partei als Sekretär in Elberfeld. Wichtige Rolle 1923 bei der Vorbereitung des Aufstandes an der Ruhr.

(Von der Polizei verfolgt, flüchtete er in die Sowjetunion und unterstützt in Lenin-grad die linke Opposition. Die sozialdemokratische Presse verkündete seine Hinrichtung, was die KPD dementierte.)

Cohn, Oskar (1869-1937? [oder 1934]).

Sohn jüdischer Kaufleute; Rechtsanwalt, Mitglied der SPD. 1912 Abgeordneter. 1914 Mehrheitler, diente an der Front als Unteroffizier; 1917 ausgemustert, tritt der USPD bei, verteidigt Matrosen und Streikende vor Gericht. 1918 Rechtsberater des russischen Botschafters Joffe. Spielt in den Januartagen 1919 die Rolle eines Vermittlers. Später Mitglied des rechten Flügels der USPD, 1922 Rückkehr zur SPD.

(Flüchtet 1933 in die UdSSR, wird während der großen stalinistischen Säuberungen verhaftet, verschwindet. [Nach anderen Angaben flüchtet er 1933 nach Frankreich, versucht, nach Palästina auszuwandern, stirbt aber vorher])

Creutzburg, August (1892-1940? [1941]).

Maler und Lackierer, 1908 in der SPD. von 1912 bis 1918 einberufen. 1917 in der USPD, 1920 in der VKPD, Sekretär in Jena. Im Jahr 1923 verantwortlich für die Organisation im Bezirk Magdeburg.

(Echter »Kommissar« der Leitung, spielt eine wichtige Rolle beim Ausschluss aller aufeinanderfolgenden Oppositionen; ab 1929 Organisationsleiter des ZK. Emigriert 1933, erreicht 1935 die Sowjetunion; 1937 [oder 1938] verhaftet; Berichten zufolge unter den von Stalin an Hitler übergebenen Gefangenen. [Nach anderen Angaben wird er nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion vom NKWD exekutiert])

Crispien, Arthur (1875-1946).

Maler und Dekorateur, Sozialdemokrat, wird Journalist. Mitglied der Gruppe »Internationale« bei ihrer Gründung, 1915 verhaftet, dann einberufen, schließt sich der sich bildenden zentristischen Opposition an; einer der Leiter*innen der USPD bei ihrer Gründung, von November bis Dezember 1918 Volksbeauftragter. Leiter der rechten USPD, setzt die unabhängige Partei trotz der Abstimmung in Halle fort und kehrt mit ihr 1922 zur Sozialdemokratie zurück.

(Emigriert 1933 in die Schweiz und stirbt dort, ohne nach Deutschland zurückgekehrt zu sein).

Dahlem, Franz (geb. 1892 [-1981]).

Sohn eines Bahnarbeiters, Botenjunge. 1913 in der SPD. 1914 Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Kölns. Von 1914 bis 1918 einberufen. 1917 Mitglied der USPD, 1918 Mitglied eines Soldatenrates. Journalist in Köln, Mitglied des linken Flügels der USPD, 1920 in der VKPD, vertritt den Mittelrhein im Zentralkomitee. Anhänger Levis, vertritt dessen Positionen offen in der Parteipresse, wird aber nicht sanktioniert. Er bricht dann mit Levi, von Juli bis Oktober 1922 in Frankreich. Anfang 1923 Sekretär (Obersekretär) für das gesamte Rheinland, von den französischen Besatzungsbehörden ausgewiesen, arbeitet dann in Berlin in der Presse und der Organisationsabteilung.

(1929 Mitglied des Polbüros und von 1928 bis 1933 Abgeordneter. Durch Opposition an der Spitze gegen Ulbricht und Pieck kompromittiert. 1933 emigriert, ab 1936 in den Internationalen Brigaden in Spanien, 1939 in Frankreich interniert, im Sep-

tember 1941 an die deutsche Regierung übergeben, acht Monate in einer Gestapo-Zelle und dann bis 1945 in Mauthausen. Ging nach Moskau, dann mit Pieck nach Deutschland. Einer der Partei- und Staatsleiter*innen. Im Mai 1953 von allen seinen Funktionen entbunden, 1956 rehabilitiert).

Däumig, Ernst (1868-1922)

Von bürgerlicher Herkunft, tritt in die französische Fremdenlegion ein. In der SPD schon vor dem Krieg, Journalist, 1911 im »Vorwärts.« Ab 1914 in der Opposition. Mitbegründer der USPD und von 1917 bis 1918 Chefredakteur der »Freiheit.« 1918 in den Kern der revolutionären Obleute aufgenommen, für die militärischen Vorbereitungen des Novemberaufstandes zuständig. Mitglied des Vollzugsrats der Räte im November, Gegner der Gründung der KPD(S) und des Beitritts der revolutionären Obleute, im Januar 1919 vergeblich gegen die putschistischen Elemente. Leiter des linken Flügels der Unabhängigen, Theoretiker des »Rätesystems«, lehnte die Vorschläge für eine Arbeiter*innenregierung ab, die Legien im Gefolge des Kapp-Putschs unterbreitet hat. Delegierter zum 3. KI-Kongress, spricht sich für die Annahme der einundzwanzig Bedingungen aus. Im Dezember 1920 gemeinsam mit Levi zum Vorsitzenden der VKPD gewählt, tritt im Februar 1921 gemeinsam mit ihm von dieser Funktion zurück. Tritt der KAG bei und weigerte sich, sein Mandat als Abgeordneter an die VKPD zurückzugeben. Stirbt, kurz nachdem Levi und die KAG der USPD beigetreten waren.

Dissmann, Robert (1878-1926).

Drechsler; mit zweiundzwanzig Jahren Verantwortlicher für die Metallgewerkschaft in Barmen-Elberfeld. 1905 Sekretär der Metallgewerkschaft in Frankfurt am Main, 1908 der SPD in Hanau. 1911 Kandidat der linken Opposition für den Parteivorstand. Seit 1914 mit der Opposition verbunden, Gründungsmitglied der USPD. Im Oktober 1919 Vorsitzender der Metallgewerkschaft, Leiter der linken Gewerkschaftsopposition, bricht mit den linken Unabhängigen in der Frage der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit und kämpft vor und auf dem Kongress in Halle gegen den Beitritt zum KI. Er bleibt in der »aufrechterhaltenen« USPD. 1922 verbündet er sich mit Levi und bekämpft vergeblich die Rückkehr zur SPD. 1923 organisiert er mit ihm eine linke Opposition innerhalb der VSPD (Einer der Leiter*innen der sozialdemokratischen Linken und gleichzeitig Gewerkschaftsleiter, er stirbt an Herzversagen).

Dittmann, Wilhelm (1874-1954).

Tischler; 1898 in der SPD, 1899 Journalist, 1912 Abgeordneter. Oppositioneller während des Krieges, greift insbesondere die Zensur an. Einer der Gründer*innen der USPD, nimmt Kontakt mit dem Matrosen Reichpietsch auf. Wird nach dem Streik im Januar 1918 zu fünf Jahren Festung verurteilt. im Oktober amnestiert, wird von November bis Dezember Volksbeauftragter. Leiter der rechten USPD, kehrt 1922 zur SPD zurück.

(1933 in die Schweiz emigriert; bleibt dort bis 1951).

Dorrenbach, Heinrich (1888-1919).

Angestellter, Sozialdemokrat, 1910 Sekretär des Rheinischen Angestelltenverbandes. 1914 freiwillige Meldung, Oberleutnant. 1917 entlassen und ausgemustert, während der Januarstreiks 1918 aktiv. Versucht im November, eine Rote Garde zu organisieren, übernimmt dann das Kommando über die Volksmarinedivision. Mit Liebknecht verbunden, drängte er im Januar 1919 zum Aufstand und wird von den Matrosen desavouiert. Er flüchtete nach Braunschweig, wo er nur knapp dem Freikorps entkommt; in Eisenach wird er verhaftet und »wegen Fluchtversuchs« erschossen.

Duncker, Hermann (1874-1960).

Kaufmannssohn, höhere Bildung, Promotion in Philosophie. 1893 in der Partei, 1903 Journalist, Wanderlehrer, dann 1911 an der Zentralen Parteischule mit Rosa Luxemburg. Im August 1914 Mitglied des internationalistischen Kerns, der Gruppe »Internationale«, dann des Spartakus. Mitglied der Zentrale bei ihrer Gründung, im Januar 1919 in die Zentrale der KPD(S) wiedergewählt. 1920 nicht wiedergewählt, Sekretär der USPD-Regierung des Landes Gotha. An Asthma erkrankt, widmet er sich dann intellektuellen Aufgaben und der Ausbildung von Aktivist*innen.

(1933 verhaftet, verbringt ein Jahr im Konzentrationslager. 1936 gelang ihm die Flucht nach Dänemark. 1941 in den USA angekommen: nimmt gegen den deutsch-sowjetischen Pakt Stellung. 1947 nach Ostdeutschland zurückgekehrt, Mitglied der SED, Professor und Dekan).

Duncker, Käte (geb. Döll) (1871-1953).

Lehrerin, 1900 Sozialdemokratin, verbunden mit Clara Zetkin und Organisatorin der sozialistischen Frauen. Heirat mit Hermann Duncker, den sie für den Sozialismus gewinnt. Sie ist mit ihm im internationalistischen Kern, und 1918 in der Zentrale, wo sie die Frauenarbeit leitet. 1919 in die Zentrale gewählt, 1920 nicht wiedergewählt. Keine verantwortlichen Funktionen mehr,

(Emigriert 1938 in die USA und kehrt 1947 mit ihrem Mann zurück, lässt sich in der DDR nieder.)

Düwell, Bernhard (geb. 1891 [-1944]).

Studiert an der Handelshochschule. von 1914 bis 1918 einberufen; 1917 Eintritt in die USPD, 1918 Journalist in Zeitz. Kommissar der Räte in Merseburg. 1919 einer der Organisator*innen des Streiks in Mitteldeutschland, Abgeordneter der Nationalversammlung. Linker Unabhängiger, Redakteur beim zentralen Pressedienst der USPD, tritt 1920 der VKPD bei. Solidarität mit Levi, im August 1921 Ausschluss. Eintritt in die KAG, dann in die USPD und schließlich 1922 in die SPD.

(Späteres Schicksal unbekannt. [nach anderen Angaben Redakteur des sozialdemokratischen Sächsischen Volksblatts in Zwickau, lehnt 1931 die Gründung der SAP ab, emigriert 1934 in die Niederlande, wandert nach Indonesien aus, kommt nach der japanischen Besetzung Javas in ein Internierungslager, wo er stirbt.]

Eberlein, Hugo (1887-1944 [oder 1941]).

Technischer Zeichner, 1905 gewerkschaftlich organisiert, 1906 in der Partei. Mitglied des Kerns des August 1914, einer der Organisator*innen der Gruppe und Verantwortlicher für einen wichtigen Berliner Kreis der Partei. 1917 in der USPD. Im November 1918 Mitglied der Zentrale, zuständig für Finanzfragen, aktiv im Arbeiter*innenrat von Neukölln. Bei der Gründung der KPD(S) in die Zentrale gewählt, unter dem Namen Max Albrecht Delegierter zum Gründungskongress der KI, verteidigt dort vergeblich die Thesen seiner Partei gegen eine Gründung, die er für verfrüht hält, und enthält sich der Stimme. Als Vertrauensmann der Exekutive, die ihm die Mittel anvertraute, und als einer der Leiter*innen des M-Apparats spielt er eine wichtige Rolle bei den »Provokations«-Unternehmungen zur Zeit der Märzaktion. Durch die Enthüllungen des »Vorwärts« entlarvt, flieht er nach Moskau, von wo er zu einem unbestimmten Zeitpunkt zurückkehrt, noch im Untergrundapparat; unterstützt Brandler in der Partei.

(Schließt sich Ende 1923 dem Parteizentrum an; 1928 mit den Versöhnler*innen verbunden, wird aus dem Polbüro und dann aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen, behält sein Mandat als Abgeordneter im Preußischen Landtag (1921-1933) und arbeitet wahrscheinlich für den internationalen Apparat. Emigriert 1933 nach Frankreich, wird verhaftet und deportiert, geht in die UdSSR. 1937 verhaftet, deportiert, 1940 auf einer Liste von Gefangenen, die an Deutschland ausgeliefert werden sollten, stirbt kurz darauf an Lungenasthma, ohne transportiert worden zu sein; nach anderen Quellen 1944 gestorben. [Nach anderen Angaben 1941 in der Sowjetunion von einem Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.]

Eckert, Paul (geboren 1883 [-1964]).

Metallarbeiter, vor dem Krieg Mitglied der Partei. Leiter und Organisator des Kreises der revolutionären Obleute während des Krieges, 1917 Mitglied der USPD. Im Januar 1918 Mitglied der Streikleitung, des Vollzugsrats der Räte im November, Delegierter zum Rätekongress im Dezember. Nimmt als »Gast« am Gründungskongress der KPD(S) teil, bleibt aber in der USPD, wo er einer der Leiter*innen des linken Flügels ist. 1920 in der VKPD Mitglied der Gewerkschaftsabteilung. Solidarität mit Levi, tritt nach seinem Ausschluss der KAG bei, dann der USPD und 1922 der SPD.

(Ab 1922 untergeordnete Rolle. In der DDR nach dem Krieg Mitglied der SED und »Veteran«).

Egelhofer, Rudolf (1897-1919).

Arbeiter*innensohn, eingezogen in die Marine. 1917 Organisator der klandestinen Aktion mit Reichpietsch, zu Zwangsarbeit verurteilt. Wird durch die Novemberrevolution befreit und organisiert eine Abteilung revolutionärer Matrosen. Führer der Roten Armee der Bayerischen Räte, von den Freikorps ohne Prozess erschossen.

Eichhorn, Emil (1863-1925).

Sohn eines Handwerkers und Glasarbeiters, 1881 Mitglied der SPD, 1893 Hauptamtlicher der Partei, von 1908 bis 1917 Leiter des Pressebüros. 1917 tritt er in die USPD

ein, organisiert deren Pressedienst und leitet die Abteilung »Information« der sowjetischen Agentur Rosta. Am 9. November 1918 besetzte er das Polizeipräsidium und umgab sich mit Arbeiter*innenaktivist*innen. Seine Entlassung am 5. Januar 1919 ist die Ursache für den Januaraufstand und die Repression. Er flieht mit dem Flugzeug nach Braunschweig. Abgeordneter der USPD in der Nationalversammlung. Linker Unabhängiger, 1920 in der VKPD. 1921 Anhänger Levis, tritt der KAG bei, kehrt aber zur Partei zurück.

(Bleibt bis zu seinem Tod kommunistischer Abgeordneter im Reichstag).

Eildermann, Willi (geb. 1897 [-1988]).

Sohn eines Hauptamtlichen der SPD. Jugend-Organisator, Internationalist ab 1914. Von 1916 bis 1918 einberufen. 1919 in der KPD(S); kommunistischer Journalist, vor allem 1923 im »Klassenkampf« von Halle.

(1933 im Untergrund in Deutschland; von 1937 bis 1938 in Spanien in den Brigaden, bis 1942 interniert, diente von 1942 bis 1944 in der britischen Armee, geht dann in die UdSSR. Geschichtsprofessor in der DDR und SED-Mitglied, unterstützt zu den Anfängen der KPD von Ulbricht verurteilt Thesen).

Eisler, Gerhart (1897-1968).

Sohn eines Wiener Professors, Bruder Ruth Fischers. Offizier in der ungarischen Armee 1918, tritt 1919 in die KP ein, arbeitet am »Kommunismus« mit. Ab 1921 Aktivist in Deutschland unter dem Namen Gerhardt, Mitarbeit an der »Roten Fahne« und in der Organisation im Berliner Bezirk. Trennte sich von den Linken im April 1923 mit Ewert, Pfeiffer und Heinz Neumann; nach dem Oktober Stütze des Parteizentrums.

(Mitglied des mit den Versöhler*innen verbundenen Apparates, wechselt dann in den internationalen Apparat, dem er insbesondere in China und den USA diente. 1948 inhaftiert, 1949 Einreise in die DDR. Scheint in diesen Jahren des Kalten Krieges für einen Prozess bestimmt gewesen zu sein, wird aber durch Stalins Tod gerettet. Erfüllte bis zu seinem Tod wichtige Funktionen).

Eisner, Kurt (1887-1919).

Galizischer Jude, geboren in Berlin, bricht sein Studium ab, um bei der sozialdemokratischen Presse mitzuarbeiten. 1898 Redakteur des »Vorwärts«, Literaturkritiker. Revisionist, 1903 [tats. 1905] entlassen, lebt von seiner Feder. 1914 Oppositioneller aus Pazifismus, 1917 Mitglied der USPD, organisiert ein Netzwerk von Delegierten in den Münchner Fabriken. Nach dem Januar 1918 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, Leiter der bayerischen Novemberrevolution, Ministerpräsident von Bayern. am 21. Februar 1919 ermordet.

Enderle, August (1887-1959).

Mechaniker, 1905 Gewerkschafts- und Parteimitglied. 1910 Hauptamtlicher. Oppositioneller während des Krieges, 1917 Mitglied der USPD, tritt individuell der KPD(S) bei. Einer der Organisator*innen der kommunistischen Fraktion in der Metallge-

werkschaft, Delegierter zum 2. Kongress der RGI, von 1922 bis 1923 in Moskau: informiert Trotzki über die deutsche Lage.

(Mitarbeiter der Gewerkschaftskommission, 1928 als »Rechter« ausgeschlossen, gründet mit Brandler die KPO, tritt 1932 der SAP bei. Emigriert 1933 nach Schweden. kehrt 1945 nach Deutschland zurück. tritt der SPD bei und arbeitet bis zu seinem Tod für die Gewerkschaftspresse).

Eppstein, Eugen (1878-1943).

Sohn von jüdischen Kaufleuten [nach anderen Angaben: eines Lehrers]. Kaufmännische Lehre, kaufmännischer Angestellter. 1897 In der Partei, 1914 in der Opposition, Organisator des Spartakus an der Ruhr. Seit 1920 Bezirkssekretär Mittelrhein. Säule der Linken Ruth Fischers und Maslows, wird durch Dahlem ersetzt, im Februar 1923 wiedergewählt und von der Zentrale abberufen.

(Nach dem Oktober wieder eingesetzt; 1924 Abgeordneter und Bezirkssekretär für den Nordwesten. Dann in der linken Opposition, verlässt 1928 die Partei, Mitbegründer des Leninbundes (von linken Oppositionellen gegründete Organisation). Emigriert 1933 nach Frankreich. Wird von der Gestapo verhaftet und von Drancy nach Lublin-Majdanek deportiert, wo er ermordet wird).

Ewert, Arthur (1890-1959)

Sohn eines Kleinbauern. Sattler: 1908 in der Gewerkschaft und in der Partei. Vor dem Krieg in Kanada, ist wegen politischer Vergehen für ein Jahr im Gefängnis. Kehrt 1920 nach Deutschland zurück und tritt der KPD in Berlin bei, wird dann Sekretär des Bezirks Hessen in Frankfurt. Eher der Linken verbunden, gilt er als lauwarm: Im Januar 1923 wird er in Leipzig in die Zentrale gewählt. Verurteilt die Linke im April mit Pfeiffer und Heinz Neumann. Militärischer Leiter des Oberbezirks West 1923.

(Mitglied des »Zentrums« 1925, im ZK, in der Zentrale und im Polburo. In der Illegalität von 1926 bis 1928. Stellvertreter für das Präsidium der KI 1928, wohnt 1928-1929 in Moskau. Mit den Versöhnler*innen abserviert, kommt er in den internationalen Apparat, vertritt 1929-1934 die Exekutive in China. In dieser Funktion wird er auch nach Brasilien geschickt. 1935 wird er verhaftet, gefoltert, verliert den Verstand und wird zu dreizehn Jahren Gefängnis verurteilt. 1947 nach Ostdeutschland repatriert, als unheilbar eingestuft. 1956 wieder als »Agent« bezeichnet, aber schließlich bei seinem Tod, in einer psychiatrischen Klinik, geehrt).

Fischer, Ruth (Elfriede Eisler. nacheinander Frau Friedländer, Golke, Pleuchot. Dite) (1895-1961).

Tochter des Wiener Professors Eisler, Studentin der Philosophie und politischen Ökonomie, tritt 1914 der Sozialdemokratie bei und sammelte revolutionäre Elemente im studentischen Milieu. 1918 Kontakt mit den russischen Vertreter*innen in Wien, erhält Gelder, die ihr die Gründung der Wochenzeitung »Der Weckruf« ermöglichen. Erstes Mitglied der am 3. November 1918 gegründeten österreichischen KP, nach den Novembertagen mehrere Wochen inhaftiert. Im Mai 1919 wird sie aus der re-

volutionären Leitung entlassen und nach dem Scheitern Bettelheims als rechtslastig stark kritisiert. Im August verlässt sie Österreich und geht nach Berlin. Sie ist mit den Leiter*innen der KPD(S), insbesondere mit Levi, verbunden und übernimmt dann unter dem Einfluss Maslows – der ihr lebenslanger Weggefährte werden sollte – die Leitung der linksradikalen Opposition. Unter dem Pseudonym Ruth Fischer ist sie ab 1921 eine der Leiter*innen des Bezirks Berlin-Brandenburg. Anfang 1923 wird sie durch ihre Heirat mit Golke deutsche Staatsbürgerin. Eine außergewöhnliche Rednerin, wird sie 1921 zur Verfechterin der »Offensivtheorie«, zur Gegnerin des »Moskauer Kompromisses.« Delegierte für die Linke auf dem 4. Kongress der KI. Verursacht Anfang 1923 die Krise innerhalb der KPD durch ihre leidenschaftlichen Interventionen, nimmt aber im Mai den von der Exekutive diktierten Kompromiss an und tritt der Zentrale bei. Ab Juli nimmt sie ihre aktive Opposition wieder auf, beteiligt sich in Moskau an der Vorbereitung des Aufstandes, spricht sich für die Aufrechterhaltung der Losung eines bewaffneten Aufstandes, aber gegen den Generalstreik nach der Chemnitzer Konferenz aus.

(1924 kommt sie, unterstützt von Sinowjew und der Strömung in der Partei gegen Brandler, an die Spitze der KPD und setzt sich für die Bolschewisierung der KP ein. 1925 spricht sie sich jedoch für den Rückzug des kommunistischen Kandidaten in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen aus und wird von der Exekutive desavouiert. In den Jahren 1925-1926 in Moskau festgehalten, wird sie in Berlin durch Thälmann ersetzt, im August 1926 ausgeschlossen. Gründet den Leninbund und andere oppositionelle Gruppen. Sie flieht 1933 nach Frankreich und erwirbt durch eine neue, von Doriot arrangierte Ehe die französische Staatsbürgerschaft. Sie geht im Juni 1940 nach Spanien, dann nach Kuba und schließlich 1941 in die Vereinigten Staaten, wo sie an verschiedenen antikommunistischen Aktivitäten teilnahm. Sie wird als Amerikanerin eingebürgert, kehrt 1956 nach Frankreich zurück und stirbt in Paris).

Flieg, Leo (1893-1939).

Sohn einer jüdischen Familie. Kaufmännischer Angestellter. Ab 1908 Jugendaktivist, wird Bankangestellter. 1914 einberufen als Sekretär des Stabes, gleichzeitig Mitglied des Spartakus und der Jugendgruppe, Sekretär Jogiches', im März 1918 verhaftet, von der Revolution befreit. Bis 1922 Organisator der Kommunistischen Jugendinternationale und Mitglied ihrer Exekutive. Dann Sekretär des Polbüros: Sorgt 1923 für die Kontakte mit der Abteilung für internationale Verbindungen der Komintern in Berlin.

(Bis 1933 graue Eminenz der KPD; dann Emigration nach Moskau, dann nach Paris; 1937 nach Moskau zurückgerufen, denkt an Ungehorsam, geht dann dorthin; bei der Ankunft verhaftet, wahrscheinlich 1939 erschossen).

Frank, Karl (geb. 1893 [-1969]).

Sohn eines Wiener Kleinindustriellen, von 1909 bis 1913 Offiziersanwärter. Dann Universität, Promotion in Philosophie und Mitgliedschaft bei den sozialistischen

Studierenden. Einberufen als Leutnant, 1916 ausgemustert. Mitbegründer der österreichischen KP, zieht 1920 nach Berlin und arbeitet für »Die Internationale.« 1923 verantwortlich für die Vorbereitung des Aufstandes in Bayern, verhaftet, geflohen. (1924-1925, dann 1929 inhaftiert, Journalist. 1929 ausgeschlossen, tritt er der KPO, dann der SAP und 1933 der SPD bei. Illegale Arbeit von 1933 bis 1938, lässt sich dann in den Vereinigten Staaten nieder, wo er Psychologie lehrt [bzw. als Psychoanalytiker tätig ist].)

Franke, Otto (1877-1953).

Maschinenbauer aus Berlin, 1899 in der Partei. Revolutionärer Obmann und Organisator des Spartakus während des Krieges. Im Oktober 1918 Vertrauensmann Liebknechts. Mitglied des Berliner Arbeiter*innen- und Soldatenrates. Untergeordnete Rolle im Apparat.

(Mitarbeiter Piecks. 1933 verhaftet, freigelassen, nach England emigriert. Kehrt 1946 nach Ostdeutschland zurück, tritt der SED bei).

Friesland, Ernst (Reuter, genannt) (1889-1953).

Sohn eines Offiziers der Handelsmarine, Sozialdemokrat. wegen seiner politischen Tätigkeit entlassener Lehrer. 1914 Anführer eines pazifistischen Bundes. 1915 einberufen, 1916 Kriegsgefangener in Russland, bildet 1917 ein Gefangenenteam, wird Kommunist in der deutschen Sektion der bolschewistischen Partei und trifft Lenin. 1918 Kommissar der Wolgadeutschen, kehrt im Dezember mit Radek und Felix Wolf heimlich nach Deutschland zurück und nimmt das Pseudonym Friesland an. Sekretär in Oberschlesien, dann nach der Spaltung von Heidelberg in Berlin-Brandenburg. 1920-1921 einer der Leiter*innen des linken Flügels der KPD(S). Wird von Lenin für den Moskauer Kompromiss gewonnen, verteidigt ihn in Jena und wird Generalsekretär. Entwickelte sich zu den Positionen seines ehemaligen Widersachers Levi, führt eine rechte Opposition, wird im Januar 1922 ausgeschlossen. Tritt noch im selben Jahr direkt der SPD bei.

(Emigration in die Türkei, dann nach Skandinavien. Nach dem Krieg nach Deutschland zurückgekehrt, Mitglied der SPD, von 1948 bis zu seinem Tod Bürgermeister von West-Berlin während des »Kalten Krieges«).

Frölich, Paul (alias Paul Werner) (1894-1953).

Zweites von elf Kindern aus einer Arbeiter*innenfamilie. Technisch-kaufmännische Schule, kaufmännischer Angestellter. Autodidakt und Schüler der Schulen der Partei, in die er 1902 eintrat. Ab 1908 Journalist, in Altona, ab 1910 in Hamburg, verbunden mit Bremer Aktivist*innen, mit Knief, Radek, Pannekoek. 1914 Journalist bei der »Bremer Bürgerzeitung.« Einberufen als Unteroffizier, 1916 ausgemustert, Mitbegründer der »Arbeiterpolitik«, Delegierter in Kienthal, Mitglied der Zimmerwalder Linken, Lenin nahe, Ende 1916 erneut einberufen. Im Sommer 1918 wegen antimilitaristischer Aktionen verhaftet und in einer psychiatrischen Anstalt interniert, von der Revolution befreit. Leiter der IKD, einer der Sprecher*innen der Linksradiakalen

auf dem Gründungsparteitag der KPD(S), wo er in die Zentrale gewählt wird. Beteiligt sich an der bayerischen Revolution und verbringt einige Zeit im Untergrund. Wiedergewählt in die Zentrale, kritisierte er 1920 Levis Passivität und wird 1921 einer der Verteidiger der Offensivtheorie. 1921-1922 Sekretär der Zentrale. 1923 zu Brandler gewechselt, seit 1921 Abgeordneter.

(bis 1928 Lehrer an der Parteischule, dann als Rechter ausgeschlossen. Mitbegründer der KPO, verlässt diese für die SAP. 1933 verhaftet, nach neun Monaten im KZ entlassen, kann in die Tschechoslowakei, dann nach Belgien und Frankreich emigrieren. 1939 interniert, darf in die USA gehen, lebt dort bis 1950, kehrt dann nach Westdeutschland zurück und tritt wieder in die SPD ein)

Gäbel, Otto (1885-1953).

Buchbinder, 1905 in der Partei. 1914 veröffentlicht er mit seinen Genoss*innen des Niederbarnimer Kreises die ersten Texte der Opposition. Mitglied der Spartakusgruppe, tritt der KPD(S) bei ihrer Gründung nicht bei, bleibt in der USPD, wo er Mitglied der linken Leitung ist, tritt 1920 in die VKPD ein, wird in die Zentrale gewählt. Im Dezember 1921, mit Brass gegen die Zentrale, tritt aber nicht der KAG bei. Seitdem verantwortlich für die »Kommunistische Parteikorrespondenz« und Sekretär der Fraktion im Reichstag.

(Berliner Stadtverordneter, in einen Finanzskandal verwickelt und 1929 aus der Partei ausgeschlossen, später zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Keine weitere politische Rolle; gestorben in West-Berlin).

Geschke, Ottomar (alias Eisbär) (1882-1957)

Eisenbahnschlosser, 1910 in der SPD. Nach 1914 in der Opposition; leitet ein Jugendzentrum. Mitglied des Spartakus, der USPD bei deren Gründung, Mitglied des Kreises der revolutionären Obleute. 1921 im ZA. Vorsitzender der Berliner Eisenbahner*innen, dreimal wiedergewählt, nachdem die Wahl annulliert wird, schließlich aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. 1921 zweiter Sekretär der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg, Anhänger der Linken. Im Mai 1923 in die Zentrale kooptiert, wichtige Rolle im M-Apparat.

(Zweiter, dann erster Organisationssekretär der Partei, führt die Bolschewisierung an, bricht dann mit der Linken und schließt sich Thälmann an. 1933 verhaftet, Aufenthalt in verschiedenen Lagern, 1945 Vorsitzender des internationalen Komitees von Buchenwald. Nebenrolle nach dem Krieg im Osten in der KPD, dann in der SED)

Geyer, Curt (1891-1967).

Sohn eines sächsischen sozialdemokratischen Pioniers. Studiert Wirtschaft und Geschichte. 1914 Redakteur des »Vorwärts«, dann der Würzburger Parteizeitung. 1917 Mitglied der USPD, 1918 des Leipziger Rates, 1919 Vorsitzender. Abgeordneter der Nationalversammlung. Leiter der linken Unabhängigen, Anhänger der Mitgliedschaft in der KI. 1920 in der VKPD-Zentrale, Vertreter der Partei in der Exekutive

und im Engeren Büro [der Komintern]. Solidarisch mit Levi, der im August 1921 ausgeschlossen wird, folgt ihm in die KAG, die USPD, die SPD.

(Im Gegensatz zu Levi und den anderen »Leviten« schließt Geyer sich nicht der linken sozialdemokratischen Opposition an. Er emigriert 1933 und lässt sich in Großbritannien nieder, wo er im Mitglied des SPD-Exilvorstands ist. Langjähriger Korrespondent für deutsche Zeitungen, zurückgezogen in der Bundesrepublik).

Globig, Fritz (geb. 1892 [-1970]). Arbeitersohn (elf Kinder), im Alter von vier Jahren von einer Straßenbahn geschädigt. Chemigraf, Gewerkschaftsmitglied und 1908 Mitglied der Jugend, tritt während des Krieges dem Spartakus bei, ist aber weiterhin in der Jugend aktiv. Mitglied der KPD(S) bei ihrer Gründung und einer der ersten Leiter*innen der KJD. 1922 Angestellter der russischen Botschaft. 1923 Journalist in Bremen. (bis 1930 Journalist in Deutschland. Dann lässt er sich in Moskau nieder. 1937 verhaftet, verbringt er viele Jahre in einem Konzentrationslager. 1955 Rückkehr nach Deutschland, Aufnahme in die SED)

Gorter, Hermann (1864-1927).

Holländer, Sohn eines Pfarrers. Studiert klassische Philologie, Gymnasiallehrer, Diplomarbeit über Aischylos. 1896 in der Partei, Gegner des Revisionismus, Verteidiger des »Massenstreiks«, 1907 Mitarbeiter der »Tribune.« 1909 ausgeschlossen, Mitbegründer der linken SDP. 1914 Kriegsgegner, in der Zimmerwalder Linken, 1918 Mitbegründer der niederländischen KP. Ende des Jahres in Deutschland, wo er der Mentor des linken Flügels der KPD(S) ist. 1919-20: Mitglied des Büros der KI in Amsterdam, im Konflikt mit dem Sekretariat, dann der Exekutive. Im April 1920 einer der Gründer der KAPD, Verfasser einer Antwort auf »Die Kinderkrankheit des Kommunismus.« Handelt im November in Moskau den Status einer »sympathisierenden Partei« für die KAPD aus. Kritisiert im April 1921 die Märzaktion der VKPD. Führt 1922, während der Spaltung der KAPD, die »Essener Gruppe« an. (Stirbt auf einer Reise in Belgien; die meisten seiner literarischen und poetischen Werke wurden erst nach seinem Tod veröffentlicht).

Grothe, Hermann (geb. 1888 [-1961]).

Schlosser. 1907 in der Partei. 1914 eingezogen, von 1916 bis 1917 im Krankenhaus, ausgemustert. Mitglied der revolutionären Obleute in Marienfelde, zuständig u.a. für die Vorbereitungen des Novemberaufstandes. 1919 Aktivist unter den Arbeitslosen. Seit 1922 Vorsitzender des Reichsausschusses der Betriebsräte.

(von 1924 bis 1933 Hauptamtlicher der KPD; zweieinhalb Jahre Gefängnis unter Hitler; lebt in Ostberlin).

Grylewicz, Anton (geboren 1885 [-1971]).

Arbeiter*innensohn, Mechaniker. 1912 in der Partei. Zwei Jahre an der Ostfront, verwundet und ausgemustert: Werkzeugmacher in einer Berliner Fabrik, Mitglied der USPD und der revolutionären Obleute. Stellvertreter Eichhorns im Polizeipräsidium, im Januar 1919 wichtige Rolle. 1920 zweiter, dann erster Vorsitzender der

USPD Groß-Berlins, einer der führenden Köpfe der Linken. 1921 Sekretär für die Organisation des Bezirks Berlin-Brandenburg. Beteiligt sich 1923 in Moskau an der Ausarbeitung von Plänen für den Aufstand.

(Leiter der Linken, 1924 in der Zentrale, mehrfach verurteilt. 1927 aus der Partei ausgeschlossen. Wird zum Leiter der deutschen Trotzki*innen, Herausgeber von Trotzki's Werken in Deutschland. 1933 wird er in Prag im Rahmen einer Provokation verhaftet, um ihn in einen Spionageprozess zu verwickeln. Freigelassen, geht 1937 nach Frankreich und 1941 nach Kuba, wo er bis 1955 als Tischler arbeitet. Zurückgezogen in West-Berlin).

Haase, Hugo (1863-1919).

Jude aus Ostpreußen, »Anwalt der Armen« in Königsberg, Sozialdemokrat. 1897 Abgeordneter, 1911 Vorsitzender der Partei, 1912 der Reichstagsfraktion. 1914 feindselig gegenüber der Abstimmung über die Kredite, beugt sich der Disziplin. Ab 1916 Sprecher der zentristischen Minderheit. Führer der USPD bei deren Gründung, im November-Dezember 1918 Volksbeauftragter. Leiter der rechten Unabhängigen, auf den Stufen des Reichstages von einem Nationalisten ermordet).

Hausen, Erich (geb. 1900 [-1973]).

Arbeiter*innensohn [nach anderen Angaben aus Handwerker*innenfamilie], Elektromonteur, 1918 eingezogen, 1919 in der USPD, 1920 in die VKPD. 1922 Sekretär des Lausitzer Bezirks, 1923 Mitglied des ZA. Spielt eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung des Aufstandes.

(Zwanzig Monate im Gefängnis, dann Sekretär in Schlesien. Ankläger Thälmanns in der Wittorf-Affäre, im Dezember 1928 ausgeschlossen. Organisator und Leiter der KPO, 1934 verhaftet und verurteilt, emigriert nach seiner Freilassung nach Frankreich. Interniert, zieht 1941 in die Vereinigten Staaten, wo er sich niederlässt).

Heckert, Fritz (1884-1936).

Arbeiter*innensohn, Maurer. 1902 in der Partei, Wanderarbeiter, lässt sich in Berlin, Bremen, dann von 1908 bis 1911 in der Schweiz nieder, wo er durch seine Frau in Kontakt mit den Bolschewiki kommt. 1912 in Chemnitz, wo er die Leitung der Bau-gewerkschaft übernimmt und Brandler holte. Er gründet dort eine mächtige sparta-kistische Gruppe und tritt der USPD bei, die er vor Ort leitet. Im Oktober 1918 verhaftet, im November Vorsitzender des A&S-Rats Chemnitz. Gründungsmitglied der KPD(S), leitet die Chemnitzer Organisation der USPD. 1919 Kandidat der Zentrale, 1921 Vollmitglied, Assistent der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale. 1923 wichtige Rolle bei den geheimen Vorbereitungen. Im Oktober 1923 Wirtschaftsminister in der sächsischen Regierung Dr. Zeigners.

(Mitglied des zur Mitte gerückten rechten Flügels, 1928 in das Polburo gewählt. Ab 1928 Mitglied des Präsidiums der KI, Vertreter bei der RGI, dann bei der KI. 1931 von der SA schwer verwundet. Gestorben in Moskau: seine Urne wird in die Krem-l-mauer eingelassen).

Hesse, Max (1895-1964).

Sohn eines Metallarbeiters, eines der Gründer des DMV, Mechaniker, 1910 bei der Jugend, arbeitet in Skandinavien, dann bei Siemens. 1914 einberufen, dreimal verwundet, 1916 ausgemustert, Mitglied des Kreises der revolutionären Obleute: erneut einberufen, desertiert, zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, von der Revolution befreit. Mitglied des Betriebsrats von Spandau. In der KPD(S) von ihrer Gründung an; von März bis September 1919 im Gefängnis; Leiter der VKPD in Charlottenburg und von 1920 bis 1923 Vorsitzender des Betriebsrats von Lorenz. Mitglied der Linken, nimmt im September 1923 in Moskau an den Diskussionen teil, wird dann nach Sachsen geschickt. (von 1924 bis 1926 Mitglied der KI-Exekutive; Linksoppositioneller, 1927 entlassen, dann ausgeschlossen. Mitbegründer des Leninbundes. Kehrt 1929 in die SPD zurück, leitet sie in Charlottenburg, ebenso wie einen Betriebsrat. 1933 verhaftet, aus Oranienburg geflohen, nach Holland emigriert, verhaftet, nicht identifiziert, 1944 geflohen. Kehrt 1947 nach Deutschland zurück).

Hirsch, Werner (1899-1937 [oder 1941]).

Sohn eines jüdischen Bankiers [nach anderen Angaben eines Richters am Landgericht]. 1917 in der USPD, dann in der Spartakusgruppe, wo er Jogiches unterstützt. Anfang 1918 verhaftet, dann entlassen und zur Marine einberufen. Beteiligte sich am Kieler Matrosenaufstand, einer der Organisatoren der Volksmarinedivision. Delegierter auf dem Gründungsparteitag der KPD(S). Tritt nach Levis Ausschluss aus der Partei aus, wird Pressekorrespondent in Wien.

(Kehrt 1924 zur KPD zurück, in Deutschland, 1926 als Journalist. 1930 Chefredakteur der »Roten Fahne«, 1932 Sekretär bei Thälmann. 1933 verhaftet, 1934 entlassen, schreibt eine Broschüre über die Lager. 1937 Einreise in die UdSSR, als »Spion« verhaftet und erschossen [nach anderen Angaben wird er zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt, macht als Häftling mehrere Hungerstreiks und stirbt 1941 im Moskauer Butyrka-Gefängnis]).

Hoelz, Max (1889-1933).

Arbeiter*innensohn, Säger; wanderte 1905 nach England aus, wird Mechaniker. 1914 eingezogen, schwer verwundet, tritt der USPD bei und arbeitet bei der Eisenbahn. 1919 organisiert er die Arbeitslosen im Vogtland und praktizierte die »direkte Aktion.« Beginnt 1919 in der KPD mit Stadtguerilla-Operationen, die er während des Kapp-Putsches in großem Stil ausbaut. Angeklagt, schließt er sich im Untergrund der KAPD an. Im März 1921 organisiert er den bewaffneten Kampf im Mansfelder Land. Verhaftet, entkommen, wieder verhaftet und zu lebenslanger Haft verurteilt. (1928 entlassen, geht auf Vortragstournee; geht 1929 nach Moskau. Bei einem Unfall ertrunken: Mordhypothese wird oft vertreten).

Hoernle, Edwin (1883-1952).

Sohn eines Pfarrers; studiert Theologie. 1909 für drei Monate Pfarrer [nach anderen Angaben Vikar], 1910 in der Partei, verbunden mit Mehring und Rosa Luxemburg,

dann Journalist in Stuttgart bei Westmeyer. Während des Krieges Mitglied des spartakistischen Kerns, mehrfach verhaftet, an die Front geschickt und verwundet. 1917 Mitglied der USPD, der KPD(S) seit ihrer Gründung, von Januar bis Juni 1919 inhaftiert. Spezialist für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. 1923 in der Zentrale; Mitglied der Exekutive und Kandidat des Präsidiums der KI (1924 zum Parteizentrum übergetreten; protestierte jedoch gegen den Ausschluss der Linken; arbeitet von 1928 bis 1933 in der Abteilung Land der Zentrale. Emigriert 1933 in die UdSSR; während des Krieges Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland; kehrt 1945 zurück und bekleidete bis zu seinem Tod wichtige Positionen).

Hofmann, Adolf (1858-1930).

Arbeiter*innensohn, Vergolder, dann Metallarbeiter. In der SPD zur Zeit der Ausnahme Gesetze. Journalist, dann 1893 Redakteur für die Partei. Mitglied des Preußischen Landtags [tatsächlich Berliner Stadtverordnetenversammlung] 1900 [und des Preußischen Abgeordnetenhauses 1908]: sehr beliebt. 1904 im Reichstag. 1914 Pazifist, bekämpft die Mehrheitler*innen und die Revolutionär*innen. 1917 in der USPD, während der Januarstreiks 1918 spielte eine wichtige Rolle. Im November 1918 einige Zeit Bildungsminister. Linker Unabhängiger, 1920 in der VKPD und ihrer Zentrale. Solidarität mit Levi, dem er zur KAG, dann zur USPD, aber nicht zur SPD folgte [nach anderen Angaben doch].

(Bleibt bis zu seinem Tod in der »fortgeführten« USPD)

Höllein, Emil (1880-1929).

Arbeiter*innensohn, ausgewandert nach Belgien, Werkzeugmacher. 1905 in der Partei. Von 1915 bis 1918 an der Front. 1917 in der USPD, Chefredakteur ihrer Tageszeitung in Jena. Linker Unabhängiger, 1920 in der VKPD, nach Levis Rücktritt in die Zentrale gewählt. Sicherte 1923 die Verbindung zwischen der KPD und der PCF. (Verhaftet, bald darauf entlassen, schwer krank, spielt nur eine Nebenrolle).

Jannack, Karl (geb. 1891 [-1968, obersorbisch Korla Janak]).

Uneheliches Kind, Landarbeiter, dann Schuhmacher. 1909 in der Partei. Von 1913 bis 1916 Soldat. Durch Giftgas verwundet, ausgemustert, schließt sich zu diesem Zeitpunkt in Bremen der Gruppe Arbeiterpolitik an; verhaftet, wird eingezogen, Soldat bis zur Revolution. Einer der Gründer der IKD, Mitglied der KPD(S) seit deren Gründung. Leiter der Bremer Räterepublik, dann Sekretär des Bezirks Nord-West, nach Heidelberg mit den Linken ausgeschlossen. Tritt nicht der KAPD bei und kehrt zur KPD(S) zurück, wo er seine Aufgaben wieder aufnahm. Seit 1920 Mitglied des ZA. 1922 Sekretär der ADGB-Gewerkschaften in Remscheid. 1923 Sekretär für die Gewerkschaften im KPD-Bezirk Südwestfalen, feste Unterstützung Brandlers gegen die Linke.

(1924 wegen fraktioneller Tätigkeit ausgeschlossen, 1925 wieder aufgenommen, arbeitet für die Arbeiterhilfe. Nach 1933 illegal, dann beschuldigt, sich den Nazis anzu-

schließen. 1940 verhaftet, bot an, sich »freizukaufen.« In Buchenwald bis zum Ende des Krieges. Nach dem Krieg, in der DDR, Mitglied der SED)

Jogiches, Leo (genannt Tyszka, Grosovsky, Johannes Kraft, Otto Engelmann, Krumbügel, etc.) (1867-1919).

Sohn einer reichen litauisch-jüdischen Familie, sehr früh in der revolutionären Untergrundbewegung, 1888 zum ersten Mal verhaftet. 1890 in der Schweiz, lernte in Zürich Rosa Luxemburg kennen, die bis 1906 seine Lebensgefährtin und bis zu ihrem Tod seine Mitstreiterin ist. Gründet mit ihr die Sozialdemokratische Partei Polens, die er ab 1897 in der Emigration aus Deutschland führt. Kehrt 1905 nach Polen zurück, spielte eine wichtige Rolle während der Revolution; verhaftet, zu sechs Jahren Zwangsarbeit verurteilt, entkommt und kehrt nach Deutschland zurück. Politischer Bruch mit Lenin über Fragen der russischen Partei in der unmittelbaren Vorkriegszeit und scharfer Konflikt mit Radek über die polnische Partei. 1914 Mitglied des internationalistischen Kerns, Mitherausgeber der Spartakusbrieftage, deren Organisator er ist, spricht sich für den Beitritt der Gruppe zur USPD aus. Im März 1918 verhaftet, durch die Revolution befreit, wird einer der Leiter*innen der Zentrale. Feindlich gegenüber der Gründung der KPD(S) und dem sofortigen Bruch mit der USPD, auf dem Gründungskongress in die Zentrale gewählt. Im Januar 1919 feindselig gegenüber Liebnechts Politik, fordert vergeblich seine öffentliche Desavouierung. Im März verhaftet, unter dem Vorwand eines Fluchtversuchs und erschossen.

Jung, Franz (1888-1963)

Hochschulbildung; literarische Tätigkeit, in der expressionistischen Strömung. 1914 desertiert und Teil der Gruppe um »Die Aktion.« Tritt der KPD(S) bei ihrer Gründung bei, in ihrem linksradikalen Flügel. 1920 in der KAPD. Delegierter zum 2. KIKongress Organisator der KAPD-Kampfgruppen, spielt 1921 während der Märzaktion eine wichtige Rolle; verfolgt, flüchtet in die UdSSR.

(Kehrt nach 1923 nach Deutschland zurück; Korrespondent für verschiedene Zeitungen; emigriert in die USA, kehrt 1945 zurück und ist nur noch literarisch tätig [nach anderen Angaben wandert er erst 1948 in die USA aus und kehrt 1960 nach Deutschland zurück]).

Katz, Iwan (1889-1956).

Sohn eines Kaufmanns, technisches Studium [nach anderen Angaben Recht, Volkswirtschaft, Medizin]. 1906 in der Jugend, arbeitet 1909 ein Jahr lang als Metallarbeiter, dann Assistent in einem juristisch-ökonomischen Seminar. vor dem Krieg Mitglied der SPD, bleibt dort bis Ende 1919, als er der USPD beitrifft. Tritt 1920 in die VKPD ein. 1922 Leiter der Abteilung »Gemeinden« in der Zentrale, Anhänger der Linken.

(1924 im Polbüro, dann Delegierter in Moskau; 1925 Organisator der ultralinken Opposition, im Januar 1926 ausgeschlossen. 1934 verhaftet, freigelassen, 1940 erneut verhaftet, geflohen und bis 1944 in der Illegalität geblieben, wird er verhaftet und

nach Auschwitz deportiert. Nach dem Krieg einige Zeit in der KPD und dann in der SED, gründet 1950 eine »titoistische Partei«).

Kilian, Otto (1879-1945).

Schriftsetzer, 1902 in der Partei, 1906 Hauptamtlicher, dann Journalist. Von 1915 bis 1918 einberufen, 1917 in der USPD. 1918 Vorsitzender des Arbeiter*innenrates von Halle, im März 1919 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt; amnestiert. Linker Unabhängiger, 1920 in der VKPD. Gegner der Märzaktion, bleibt in der Partei, rückte dann näher an den linken Flügel.

(Linker Aktivist, 1927 ausgeschlossen, übte Selbstkritik, wird wieder aufgenommen, tritt aus und organisiert den Leninbund. [1932 Mitglied der Linken Opposition.] 1933 verhaftet, in einem Konzentrationslager interniert, stirbt kurz vor Kriegsende in Bergen-Belsen an Typhus).

Kippenberger, Hans (genannt Leo, Alfred Langer) (1898-1937),

Mittlere Reife, Bankkaufmann. Während des Ersten Weltkrieges Leutnant. Nach dem Krieg Wiederaufnahme des Studiums, Pressekorrespondent. Tritt 1918 der USPD bei, 1920 der VKPD, tritt 1922 in den Untergrundapparat ein, spielte 1923 eine wichtige Rolle bei den militärischen Vorbereitungen und ist maßgeblich am Hamburger Aufstand beteiligt,

(Sucht Zuflucht in Moskau und besucht eine Militärschule. Von 1924 bis 1928 illegal in Deutschland, organisiert den Militärapparat. Von 1928 bis 1933 Reichstagsabgeordneter. 1933-1935 wichtige Rolle im Untergrund, nach Moskau zurückgerufen, am 3. Oktober 1937 nach einem Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit erschossen. im Mai 1957 offiziell rehabilitiert in der Sowjetunion, aber nicht in der DDR)

Kleine, August (Samuel Haifiz, genannt Guralski, genannt) (1885-1960).

Sohn einer armen jüdischen Familie, geboren in Łódź [nach anderen Angaben 1890 in Riga als Sohn eines Lehrers an einer jüdischen Schule geboren.] Höhere Bildung, während der er sich der jüdischen Bewegung Poale Zion [nach anderen Angaben dem Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland] anschloss. Emigriert nach Wien, geht im Februar nach Russland und kämpft in den Reihen der Menschewiki. Tritt Ende 1918 der bolschewistischen Partei bei und kommt in den KI-Apparat. 1921 in Deutschland mit Béla Kun am Vorabend der Märzaktion. 1922 Vertreter der Exekutive in der KPD, 1923 in die Zentrale gewählt. 1923 politisch-militärischer Verantwortlicher der Aufstandsvorbereitungen in Deutschland, Anführer des Kopf [?].

(Leiter des Zentrums nach dem Oktoberrückzug; 1924 nach der Niederlage seiner Gruppe gegen die Linke abberufen. Mitglied der Vereinigten Opposition, hinter Sinowjew, auf Mission nach Südamerika geschickt. Verhaftet während der großen Säuberungen, freigelassen nach Stalins Tod, 1960 gestorben, nach DDR-Quellen)

Knief, Johann (1880-1919).

Kleinbürgerliche Familie; Schullehrer. 1905 [nach anderen Angaben 1906] in der SPD, Journalist in Bremen, Schüler Pannekoeks. Führt 1914 die Opposition an, grün-

det 1916 die »Arbeiterpolitik«, dann die ISD, die 1918 zur IKD wird, spricht sich für die Spaltung aus und beanspruchte, Bolschewik zu sein, bleibt in Kontakt mit Radek. Emigriert 1917 oder 1918 nach Holland, arbeitet mit Gorter und Pannekoek zusammen, polemisiert gegen die Spartakist*innen, denen er den Anschluss an die USPD vorwirft. Er lehnt die Fusion mit Spartakus ab, weigert sich, Delegierter auf dem Gründungsparteitag der KPD(S) zu sein. Schwer krank, stirbt im April 1919 an den Folgen einer Operation.

Köbis, Alwin (1892-1917).

Arbeiter*innensohn, Heizer bei der Kriegsmarine. 1917 mit Reichpietsch Organisator der revolutionären Matrosen. Zum Tode verurteilt, im September 1917 erschossen.

Koenen, Bernhard (1889-1964).

Sohn eines sozialistischen Tischlers. 1906 gewerkschaftlich organisiert, 1907 in der Partei. Wanderarbeiter (Europa, Nordafrika). Von 1914 bis 1916 einberufen, Eintritt in die Leuna-Werke, 1918 stellvertretender Vorsitzender des Arbeiter*innenrats. Linker Unabhängiger, Rolle in der Märzaktion, wo er sich gegen die Initiativen der KAPD stellt. 1920 in der VKPD. Delegierter zum 2. KI-Kongress. 1921-22 Vertreter der Exekutive in Frankreich und Belgien. 1923 Kandidat des ZA.

(Mitglied des Parteizentrums, dann Versöhnler, 1929 kapituliert, untergeordnete Funktionen. 1933 von der SA überfallen, für tot gehalten, verliert ein Auge, schaffte es zu emigrieren und fand Zuflucht in der UdSSR 1937 verhaftet, 1939 freigelassen, erneut verhaftet, weil er die erlittene Folter aufdeckte. 1940 Wiedereingliederung in die KPD, 1942 Kooptierung ins ZK, 1945 Rückkehr nach Deutschland, wichtige Positionen in Partei und Staat, Botschafter in Prag).

Koenen, Wilhelm (1886-1963).

Bruder des obigen. Kaufmännische Ausbildung, angestellt in einer Parteibuchhandlung, 1904 Eintritt. Ab 1907 Hauptamtlicher. 1911 Schüler der Parteischule. 1917 in der USPD, 1918 Kommissar des A.u.S.-Rat von Halle-Merseburg, 1919 Leiter des mitteldeutschen Streiks. Linker Unabhängiger, 1920 in der VKPD, 1921 und 1922 zweimal Delegierter in Moskau, wo er dem 4. Kongress den Statutenentwurf der KI vorlegte. Verteidiger der Märzaktion, dann des Moskauer Kompromisses.

(Zum Parteizentrum übergegangen, dann Versöhnler, 1929 kapituliert; 1933 emigriert er in die Tschechoslowakei, nach Frankreich, Großbritannien. 1945 nach Deutschland zurückgekehrt, wichtige Funktionen. 1953 kritisiert, bis zu seinem Tod auf untergeordnete Funktionen beschränkt).

Köhler, Max (geb. 1897 [-1975]).

Arbeiter*innensohn, Maler. 1911 Mitglied der Jugend, 1915 der SPD, tritt dem Spartakus bei und leitet 1916 dessen Berliner Jugendorganisation. Wird 1917 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Einer der Gründer*innen der Kommunistischen Jugend, Mitglied der KPD seit ihrer Gründung, übernimmt nationale und inter-

nationale Verantwortlichkeiten. 1923 Ernennung zum Leiter der Gewerkschafts-
 abteilung der Zentrale.

(1928 als Rechter ausgeschlossen, Mitglied der KPO und dann der SAP. Verhaftet,
 dann freigelassen, führt die SAP im Untergrund. Verhaftet und 1933 zu drei Jah-
 ren Gefängnis verurteilt; 1937 emigriert. Während des Krieges illegal in Dänemark,
 Rückkehr nach Deutschland, nach dem Krieg Eintritt in die SPD).

Kolarow, Wasil (1877-1950).

1897 Mitglied der bulgarischen SDP, einer der Leiter*innen der »engherzigen«, pro-
 bolschewistischen Fraktion. 1913 Abgeordneter. 1919 einer der Gründer der bulga-
 rischen KP. 1921 Vertreter der Exekutive in Jena. Ab Dezember 1922 Mitglied der
 Exekutive, dann des Präsidiums und des Orgbüros. Nach dem bulgarischen Aufstand
 im September 1923 flieht er endgültig nach Moskau.

(Von 1923 bis 1945 Aufenthalt in der UdSSR, im Apparat der KI und dann der russi-
 schen KP Vizepräsident und dann Präsident des Rates in Bulgarien nach dem Krieg).

König, Artur (1884- [1945]?).

Arbeiter, Autodidakt, wird Buchhändler. 1904 in der SPD, lässt sich an der Ruhr nie-
 der. Von 1916 bis 1918 einberufen, tritt Spartakus bei. Mitglied der KPD(S), deren
 Leiter in Essen er seit ihrer Gründung ist, spielte 1920 eine wichtige Rolle an der
 Spitze der Roten Ruhrarmee. Mitglied des Zentralausschusses, 1923 Orgleiter des
 Oberbezirks West, im Mai als Leiter der Linken in die Zentrale kooptiert.

(1924 Schatzmeister des Zentralausschusses; 1925 mit den Linken abserviert; späte-
 res Schicksal unbekannt).

Korsch, Karl (1886-1961).

Sohn eines Bankdirektors [nach anderen Angaben eines Stadtschreibers]. Hoch-
 schulausbildung in Deutschland und England: zwischen 1912 und 1914 Mitglied
 der Fabier-Gesellschaft in London. 1914-1918 Offizier, tritt 1917 in die USPD ein.
 1920 in der VKPD. Professor der Rechtswissenschaften in Jena. Oktober 1923 Jus-
 tizminister in Thüringen. Veröffentlichte im selben Jahr »Marxismus und Philoso-
 phe.«

(von 1924 bis 1928 Reichstagsabgeordneter, Delegierter zum 5. KI-Kongress, Lei-
 ter der ultralinken Opposition, 1926 ausgeschlossen. Emigriert und lässt sich in den
 Vereinigten Staaten nieder).

Kun, Béla (1886-1939 [oder 1938]).

Angestellter, 1902 Sozialdemokrat, Journalist, dann Hauptamtlicher. Kriegsgefange-
 ner in Russland, 1917 in der bolschewistischen Partei und gründet Ende 1918 die
 ungarische KP, wenige Monate bevor er 1919 die kurzlebige Räterepublik Ungarn an-
 führte. Flüchtling in Moskau, Politkommissar der Roten Armee. 1920-1921 Inspira-
 tor der linksradikalen Strömung und der Zeitschrift »Kommunismus.« Tritt 1921 in
 das Engere Büro ein und kommt am Vorabend der Märzaktion, für die ihm allgemein
 die Verantwortung zugeschrieben wird, in Deutschland an.

(Funktionär des internationalen Apparats, 1937 verhaftet und ohne Prozess hingerichtet. 1956 rehabilitiert)

Kuusinen, Otto (1881-1964).

Sozialdemokratischer Student, 1905 Philosophielehrer, nimmt an der Revolution teil. Abgeordneter und Vorsitzender der Zentrale in der finnischen sozialdemokratischen Partei. 1918 Mitglied der provisorischen Regierung, schließt sich nach der Niederlage der Revolution dem Kommunismus an und gründet die finnische KP. Ab 1921 Sekretär der Exekutive der KI.

(bis 1939 Funktionär der KI, dann der russischen Partei. Nimmt an der Entstalinisierung teil.)

Lange, Paul (1880-1951)

Angestellter. 1900 in der Partei, Leiter der Angestelltengewerkschaft. Während des Krieges Mitglied von Spartakus, 1918 in der Zentrale. 1920, am Vorabend der Vereinigung mit den linken Unabhängigen, verlässt er die KPD, mit der er in der Gewerkschaftspolitik nicht übereinstimmte. Eintritt in die USPD und 1922 in die SPD (Mitglied der linken sozialdemokratischen Opposition mit Levi, spielt eine sehr blasse Rolle; 1946 in der SED)

Laufenberg, Heinrich (1872-1932).

Sohn einer katholischen Familie im Rheinland; Doktor der Philosophie, wechselt vom katholischen Zentrum zur SPD; von 1904 bis 1908 Journalist in Düsseldorf, wird beauftragt, die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung in Hamburg zu schreiben, lässt sich dort nieder. Organisiert 1914 die linke Opposition in dieser Stadt. 1918-1919 Vorsitzender des Hamburger A.u.S.-Rats, auf dem 1. Rätekongress im Dezember 1918 Leiter der »Vereinigten Kommunisten« [nach anderen Angaben »Vereinigte Revolutionäre«]. Anhänger der Unionen, in Heidelberg aus der KPD(S) ausgeschlossen, Mitglied der KAPD, aus der er noch im selben Jahr ausgeschlossen wird, nachdem er mit Wolffheim die nationalbolschewistischen Thesen entwickelt hat. Wird beschuldigt, 1920 Kontakte zu den kappistischen Generälen unterhalten zu haben.

(Späteres Schicksal unbekannt. [nach anderen Angaben leitete er eine kleine Druckerei und gab die Zeitschriften »Weg und Ziel« und »Die Harpune« heraus.]

Ledebour, Georg (1850-1947).

Lehrer, Schauspieler, dann Journalist. Abgeordneter für Pankow, berühmt für seine Zwischenrufe, radikal vor dem Krieg, zentristisch während des Krieges, feindlich gegenüber den Bolschewiki und den Spartakist*innen. 1917 Mitglied der USPD und 1918 ihrer Berliner Organisation, Inspirator des Kreises der revolutionären Obleute. im Januar 1919 Mitvorsitzender des Revolutionsausschusses, angeklagt wegen Hochverrats, von den Kommunist*innen des Putschismus bezichtigt. Bricht mit den Linken Unabhängigen in der Frage des Beitritts zur KI, bleibt 1920 in der USPD und kehrt 1922 zur SPD zurück [nach anderen Angaben führt er mit Theodor Liebknecht

die Rest-USPD fort, bricht mit ihm in der Frage der Ruhrbesetzung und gründet den Sozialistischen Bund.].

([Tritt 1931 der SAP bei.] 1933 in die Schweiz emigriert: dort nach dem Krieg gestorben).

Leow, Willi (1887-1937).

Arbeiter*innensohn, Tischler. 1904 in der Partei, schließt sich während des Krieges Spartakus an, als er bereits einer der Organisator*innen der Jugend ist. im März 1918 verhaftet; durch die Revolution befreit. Besetzt verschiedene Funktionen im Untergrundapparat vor 1923.

(1924 Vizepräsident und eigentlicher Organisator des Roten Frontkämpferbundes, 1928 Abgeordneter, 1929 Mitglied des ZK. 1933 emigriert, 1934 in der UdSSR, 1937 verhaftet und vermutlich im selben Jahr ohne Gerichtsverfahren hingerichtet).

Levi, Paul (genannt Paul Hartstein, Paul Hartlaub) (1883-1930).

Sohn eines jüdischen Bankiers. Studium der Rechtswissenschaften in Berlin. Grenoble, Heidelberg. 1906 [nach anderen Angaben 1909] Rechtsanwalt in Frankfurt und Mitglied der SPD. Verteidiger Rosa Luxemburgs 1913 und ab 1914 Teil des Kerns der Gruppe um sie. Eingezogen, 1916 ausgemustert, lässt sich in der Schweiz nieder, schließt sich Radek, dann Lenin an, gehört zum Büro der Zimmerwalder Linken. Erklärt sich 1917 für die Spaltung mit den Sozialchauvinist*innen und Zentrist*innen. Unterstützt Lenins Reise durch Deutschland. Wieder eingezogen, dann ausgemustert, 1918 Spartakist*innenleiter. Mitglied der Zentrale, enger Mitarbeiter Rosa Luxemburgs, lehnt im Januar 1919 die Initiativen Liebknechts ab und wird im März an die Spitze der Zentrale gebracht. Er begann den Kampf gegen die Linksradikalen und organisiert die Spaltung in Heidelberg. 1920 Vorsitzender der VKPD. Tritt im Februar 1921 zurück und verurteilt öffentlich die Märzaktion. Im April ausgeschlossen; gründet die KAG und tritt 1922 der USPD bei, dann der SPD. Organisiert im August 1923 eine Konferenz der linken sozialdemokratischen Opposition.

(Abgeordneter bis zu seinem Tod, Leiter der »Neuen Linken« und der »Sozialistischen Politik und Wirtschaft«, dann »Der Klassenkampf.« Begeht Selbstmord, indem er sich während eines Fieberanfalls aus einem Fenster stürzte).

Levien, Max (1885-1937).

Sohn eines jüdischen Kaufmanns, geboren in Moskau. Lernt in Russland auf einer deutschen Schule, dann auf der Universität in Deutschland. 1905 in Russland, Aktivist der SR-Partei. Emigriert, setzt sein Studium in der Schweiz fort, wo er sich mit den Bolschewiki verbindet, aber die politische Tätigkeit aufgibt. Absolviert sein Studium in Deutschland, wo er eingebürgert wird. Von 1914 bis 1918 einberufen. 1918-1919 Spartakist*innenleiter in München, Vorsitzender des Münchner Soldatenrates. Einer der Leiter*innen der Räterepublik. Flucht nach Wien, dann 1921 in die UdSSR, wo er im Apparat der KI arbeitet.

(Ab 1924 ist er der »Beschützer« der deutschen Linken in Moskau, und mit Maslow verbunden. Hingerichtet während der großen Säuberungen)

Leviné Eugen (1883-1919).

Sohn eines jüdischen Kaufmanns, geboren in Petersburg. Sekundäre und höhere Bildung in Deutschland nach 1897. Nimmt als SRler an der Revolution von 1905 teil. 1906, dann 1908 verhaftet, schwer misshandelt. Setzt sein Studium in Deutschland fort und tritt der SPD bei. Von 1914 bis 1916 einberufen, tritt der USPD bei und arbeitet bei der russischen Agentur Rosta. Mitglied des Spartakus, Organisator im Rheinland, Delegierter zum Rätekongress. Wird zum KI-Kongress geschickt, schafft es nicht, Russland zu erreichen, wird zur Reorganisation der KPD(S) in Bayern bestimmt und säubert sie von ihren anarchistelnden Linken. Leiter der II. Räterepublik von München, zum Tode verurteilt und erschossen.

Lieberasch, Arthur (1881-1966).

Arbeiter*innensohn, Schlosser. 1899 Mitglied der Gewerkschaft, 1906 in der Partei, 1918 in der USPD, im selben Jahr Streikleiter in Leipzig, im November Mitglied des Arbeiter*innenrates. Linker Unabhängiger, 1920 in der VKPD. 1923 Anhänger Brandlers. (Säule der Rechten, 1929 ausgeschlossen, Mitbegründer der KPO, 1933 in die Schweiz emigriert. Rückkehr nach Leipzig, 1947 Aufnahme in die SED, 1951 Ausschluss, Wiederaufnahme und Rehabilitierung nach dem Tod Stalins).

Liebknecht, Karl (1871-1919).

Sohn des Parteigründers Wilhelm Liebknecht, 1906 [tats. 1899] Rechtsanwalt in Berlin. Seit 1900 Mitglied der Partei. Leiter der Sozialistischen Jugend, verurteilt für seine antimilitaristische Tätigkeit. 1912 Reichstagsabgeordneter, stimmte im August 1914 aus Disziplin für die Kriegskredite. Er ist dann der Bannerträger der revolutionären Opposition gegen den Krieg. Eingezogen, organisiert die Antikriegsdemonstration vom 1. Mai 1916, wird zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Amnestiert im Oktober, beteiligt sich an den Vorbereitungen des Aufstandes. Leiter des Spartakus, dann der KPD(S) bei deren Gründung, einer der Inspiratoren des Januaraufstandes. Verhaftet und von seinen Gefängniswärtern erschossen.

Lindau, Rudolf (geb. 1888 [-1977]).

Sohn eines Sattlers, Transportarbeiter. 1907 in der Partei. Leiter der Hamburger Linksradikalen während des Krieges, bleibt bei der Abspaltung der KAPD in der KPD(S). 1921 Sekretär des Bezirks Wasserkante. Mitglied der Linken, gemäßigt, 1923 in die Zentrale gewählt, arbeitet in der Organisationsabteilung. (1924 Anschluss an das Parteizentrum; Journalist und Historiker; von 1933 bis 1945 in Moskau; 1946 Leiter der Parteischule in Berlin, 1950 entlassen; Autor historischer Werke).

Luxemburg, Rosa (1871-1919).

Geboren in Polen in einer verarmten jüdischen Familie. 1888 nach Zürich emigriert, lernt Jogiches kennen und gründet mit ihm die Sozialdemokratische Partei Polens.

Lässt sich 1893 [tats. 1898] in Deutschland nieder, eingebürgert durch eine Scheinehe. Polemik gegen die Revisionist*innen. Kehrt während der Revolution 1905 nach Polen zurück, wird verhaftet und dann auf Kaution freigelassen. Ab 1907 Lehrerin an der zentralen Parteischule in Berlin. Bricht 1912 [1910] mit Kautsky und dem deutschen Parteizentrum. Organisiert ab August 1914 den Widerstand gegen den Sozialchauvinismus, gründet die Gruppe »Internationale.« Zweimal inhaftiert, durch die Revolution befreit, versucht sie, die Spartakus-Gruppe, deren Kopf sie ist, in den Reihen der USPD zu halten. Sie leitet die »Rote Fahne.« Mitglied der Zentrale, feindlich gegenüber dem Januaraufstand, verhaftet und unter den gleichen Bedingungen wie Liebknecht ermordet.

Malzahn, Heinrich (1884-1957).

Arbeiter*innensohn, Mechaniker. 1906 in der Partei, in der linken Opposition der Metallarbeiter*innengewerkschaft. Mitglied des Kreises der revolutionären Obleute. 1917 in der USPD, im Januar 1918 Mitglied des Aktionsausschusses der Streikenden, im November 1918 des Vollzugsrats der Räte, im Januar 1919 des Revolutionsausschusses, dann Vorsitzender des Ausschusses der Betriebsräte von Berlin. 1920 unabhängiger Abgeordneter, einer der führenden Köpfe der Linken. 1920 in der VKPD und in der Gewerkschaftsabteilung. Feindlich gegenüber der Märzaktion, organisiert dennoch den Streik an der Ruhr. Verteidigt Paul Levi auf dem 3. KI-Kongress. Organisiert die rechte Opposition mit Brass und Friesland, wird im Januar 1922 ausgeschlossen. Kehrt zur USPD und dann zur SPD zurück.

(Geringe spätere politische Rolle; von 1940 bis 1945 von den Nazis verhaftet)

Marchlewski, Julian (genannt Karski, genannt Johannes Kämpfer) (1866-1925).

Geboren in Polen, höhere Bildung, dann Färber. Ab 1888 Untergrund-Aktivist, emigriert, nimmt sein Studium wieder auf, beteiligt sich mit Rosa Luxemburg an der Gründung der sozialdemokratischen Partei Polens und bleibt mit ihr in Deutschland verbunden, wo er sich 1893 niederlässt [tatsächlich lässt er sich 1896 in Deutschland nieder, sie erst 1898]. Mitglied des Spartakist*innen-Kerns, von 1916 bis 1918 inhaftiert, als russischer Staatsbürger auf Antrag der Sowjetregierung freigelassen, kehrt im Februar 1919 zurück und berät die Neunerkommission an der Ruhr. Flieht, kehrt nach Russland zurück, dann nach Polen, wo er einer der Leiter*innen der KP ist. Lehnt das Angebot ab, 1921 eine führende Position in der KPD einzunehmen. Lässt sich in Moskau nieder, Leiter der internationalen Arbeiterhilfe.

Maslow, Arkadi (Isaak Tschereminski, genannt) (1893-1941).

Geboren in Elisabethgrad als Sohn einer reichen russisch-jüdischen Familie, die sich 1899 in Deutschland niederlässt. Brillantes und sehr eklektisches Studium: Naturwissenschaften, Musik, Physik unter der Leitung Einsteins. Hat 1914 keine Verbindung mit der Arbeiter*innenbewegung. Wird als Ausländer interniert, meldete sich freiwillig zur Arbeit mit russischen Gefangenen und diente dann als Dolmetscher in der deutschen Armee. Nimmt 1919 sein Studium in Berlin wieder auf, lernt Levi

und Ruth Fischer kennen, die ihn für den Kommunismus gewinnen, wird unter dem Pseudonym Maslow in der KPD aktiv; wird im November 1920 als Vertreter der »Russischen Sektion« in den Zentrallausschuss gewählt, gehört bereits zu den führenden Köpfen der Linken. An vorderster Front der Angriffe gegen Levi, Anhänger der Märzaktion und der Offensivtheorie, Gegner des Moskauer Kompromisses, wofür Lenin vergeblich vorschlug, ihn nach Russland zu schicken. 1922 verhaftet, erklärte er sich zum russischen Agenten, was ihm Schwierigkeiten mit der Partei einbringt und ihn nicht davor bewahrt, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt zu werden. Sprecher der Linken auf dem Leipziger Parteitag, gewählt in den Zentrallausschuss. Im September wird er für die Vorbereitung des Aufstandes nach Moskau vorgeladen und dort von einer Untersuchungskommission festgehalten.

(Von der von Stalin geleiteten Kommission freigesprochen, im Januar 1924 nach Deutschland zurückgekehrt; im April Mitglied des Polbüros und Leiter der KPD mit Ruth Fischer. Im Mai 1925 verhaftet, wird er erst im Juli 1926 wieder freigelassen. In der Zwischenzeit hat er sich gegen die Bildung von roten Gewerkschaften und für den Rückzug des kommunistischen Kandidaten in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen ausgesprochen. Im September 1925 wird er von der Exekutive angegriffen, im August 1926 wird er ausgeschlossen. Mitbegründer und Leiter des Leninbundes. Emigriert von 1933 bis 1940 mit Ruth Fischer nach Paris; darf nicht in die USA einreisen, lässt sich auf Kuba nieder, wo er stirbt, überfahren von einem Auto. Ruth Fischer führt seinen Tod auf die Aktion von Stalins Killern zurück).

Maslowski, Peter (geboren 1893 [-1983]).

Schneider [nach anderen Angaben besucht er ein Gymnasium und studiert], 1917 in der USPD, 1918 Mitglied des Roten Soldatenbundes, 1920 in der VKPD. 1923 Sekretär des Bezirks Mittelrhein in Köln, Leiter der gemäßigten Linken.

(1924 unterstützt er das Parteizentrum, aktiver Journalist, zweimal Abgeordneter, mehrfach verurteilt; 1933 emigriert, bricht mit der KPD nach dem Ausschluss seines Freundes Münzenberg. Illegal in Frankreich (Grenoble) während des Krieges, in Kontakt mit den Trotzki*innen. Kehrt 1945 nach Deutschland zurück und tritt der SPD bei)

Mehring, Franz (1846-1919).

Sohn einer bürgerlichen Familie. Liberaler Schriftsteller und Journalist, tritt der Partei zur Zeit des Sozialistengesetzes bei. Autor von Werken der Geschichte und Literaturkritik. Langjähriger Chefredakteur der »Leipziger Volkszeitung« und Leitartikler der »Neuen Zeit.« Verbunden mit Rosa Luxemburg, begleitete sie bei ihrem Bruch mit Kautsky. 1914 Mitglied des internationalistischen Kerns, Spartakist, zeigte ab 1917 seine Sympathie für die Bolschewiki. Krank, nimmt nicht an der Gründung der KPD(S) teil, deren Mitglied er ist. Sehr betroffen von der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, stirbt wenige Wochen später.

Melcher, Erich (1892-1944).

Arbeiter*innensohn, Schlosser. 1910 in der Partei, von 1912 bis 1917 eingezogen, arbeitet dann in den Stuttgarter Daimler-Werken und schließt sich dem Spartakus und der USPD an. Mitbegründer der KPD(S) in Württemberg, 1919 erster Vorsitzender der Stuttgarter Metallgewerkschaft, Anreger des offenen Briefs vom Januar 1921, im Mai aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Kurzer Aufenthalt in Moskau, dann Leiter des Metallbüros in der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale. Im Frühjahr 1923 zuständiger Sekretär für Gewerkschaftsfragen im Bezirk Berlin-Brandenburg. Leitet die Abteilung »Sicherheit« im Rahmen der Vorbereitung des Aufstandes.

(Als Rechter geschasst, von Juli 1924 bis August 1926 inhaftiert. Polleiter in Dresden, 1928 als Rechter ausgeschlossen. In der KPO, dann in der SAP. Illegale Arbeit unter Hitler. Von 1934 bis Ende 1936 inhaftiert, dann im August 1937 verhaftet und nach Buchenwald deportiert, wo ihn die klandestine Parteiführung als »Parteifeind« behandelte: beim »Transport« gestorben [nach anderen Angaben wurde er Ende 1944 in eine »Sondereinheit« gesteckt und ist wohl in der Nähe von Budapest umgekommen]).

Merges, August (1870-1933 [tats. 1945]).

Arbeiter*innensohn, Schneider. Um 1890 in der Partei, nimmt verschiedene Verantwortungen wahr. Mit Thalheimer verbunden, Mitglied der Spartakusgruppe in Braunschweig, wo er im November 1918 dem Arbeiter*innenrat und dann der Sozialistischen Republik Braunschweig vorsteht; nach der Zerschlagung der revolutionären Bewegung Eintritt in die KAPD, die er in Moskau auf dem 2. KI-Kongress vertritt; bis 1921 in der Minderheit der KAPD, dann Eintritt in die KPD

(1933 von der SS ermordet [nach anderen Angaben steht er ab 1933 mit der »Schade-Widerstandsgruppe« in Verbindung, wird 1935 verhaftet, gefoltert, bis 1937 in Gefängnis, danach immer wieder verhaftet, stirbt an den Folgen der Folter].)

Meyer, Ernst (1887-1930).

Sohn eines Lokomotivenmechanikers. Höhere Bildung. Aus einem engen religiösen Hintergrund stammend, polemisiert gegen die Sozialist*innen und tritt schließlich 1908 der Partei bei. Verteidigt 1910 seine Dissertation, arbeitet als Statistiker und wird 1913 Journalist beim »Vorwärts«, wo er die Ressorts Kunst und Literatur betreut. Freund Rosa Luxemburgs, ab August 1914 Oppositioneller. Der Tuberkulosekranke, nicht Einberufene ist während des Krieges trotz mehrerer Verhaftungen eine der Stützen des Spartakus. 1918 in der Zentrale, bei der Gründung der KPD(S) in diese gewählt. Einer der Hauptleiter*innen der Partei mit Levi, Redakteur der »Roten Fahne«, dann 1921 Sekretär des Polbüros und Vorsitzender der Partei. Sehr feindselig gegenüber der Linken, aber in der Exekutive für seine opportunistischen Positionen kritisiert, macht im August 1922 Brandler bei dessen Rückkehr Platz. 1923 nicht in die Zentrale wiedergewählt. Sekretär des Oberbezirks Süd bei der Vorbereitung des Aufstandes.

(1924 Leiter des Zentrums, dann der »Versöhnler«, erklärte sich 1929 offen gegen die ultralinke Linie der KI, stirbt Anfang 1930).

Möller, Werner (genannt Stauffacher) (1888-1919).

Arbeiter*innensohn, Klempner, sehr jung in der Partei, wird Schriftsteller. 1914 in der Berliner Gruppe Borchardts, einer der Leiter*innen der ISD, 1915 neun Monate im Gefängnis, Leiter der ISD in Berlin, Mitarbeiter der »Arbeiterpolitik.« Leiter der IKD und einer der Anführer*innen der Berliner Linksradikalen. Führt die Besetzung des »Vorwärts«-Gebäude im Januar 1919 an und sicherte dessen Verteidigung; wird von Soldaten des Freikorps erschossen.

Müller, Richard (1890- ? [1943]).

Arbeiter*innensohn, Dreher. Branchenleiter der Dreher in der Berliner Metallgewerkschaft, 1914 Leiter der Opposition gegen den Krieg, Organisator des Netzwerks der revolutionären Obleute, leitet die Streiks vom Juni 1916, April 1917 und Januar 1918. Eingezogen. Vorsitzender des Vollzugsrats der Räte im November 1918, kämpft gegen die Einberufung der Nationalversammlung, Gegner des Eintritts der Obleute in die KPD(S), protestiert gegen die Initiativen, die zum Januaraufstand führen. Führt den Märzstreik 1919 in Berlin an. Leiter der linken Opposition in den Gewerkschaften und in der USPD. 1920 in der VKPD, unterstützt 1921 Levi, tritt zurück und gibt jede politische Tätigkeit auf.

(Späteres Schicksal unbekannt. [nach neueren Angaben ist er bis mindestens 1924 noch KPD-Mitglied, aber nicht aktiv. In den späten 1920er Jahren unterstützt er die ultralinke Gewerkschaft Deutscher Industrieverband, dann betätigt er sich als Bauunternehmer und Vermieter.)

Münzenberg, Willi (1887-1940).

Sohn eines Gastwirts, Wanderarbeiter im Alter von zwölf Jahren. Ab 1906 in der sozialistischen Jugend. Ab 1910 in der Schweiz, wo er die Sozialistische Jugend leitet, sich dann mit den Bolschewiki verbindet und die Leitung der Sozialistischen Jugendinternationale reorganisiert. Mehrmals inhaftiert, 1918 aus der Schweiz ausgewiesen. Ab November Mitglied der USPD und des Spartakus in Stuttgart, organisiert im Dezember die Reichskonferenz der (linken) Sozialistischen Jugend in Berlin. Delegierter zum ersten Rätekongress. Mitglied der KPD(S) seit ihrer Gründung, 1919 für fünf Monate inhaftiert, leitet die Puffergruppe zwischen Levi und den Linken auf dem Heidelberger Parteitag. Bis 1921 Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale, mehrfach im Konflikt mit der Exekutive. 1921 mit der Organisation der Internationalen Arbeiterhilfe betraut.

(Gründer eines Geschäftsnetzwerks, des »Münzenberg-Konzerns«, im Auftrag der Internationale, von 1924 bis 1933 Abgeordneter, emigriert nach Frankreich und weigerte sich, in die UdSSR zu gehen, wo er vorgeladen wird: 1938 Ausschluss aus der KPD. 1940 interniert, während des Debakels der französischen Armee befreit, bei Saint-Marcellin ermordet).

Neubauer, Theodor (genannt Lorenz), (1890-1945),

Sohn eines nationalistischen Beamten. Hochschulausbildung: 1913 Promotion und

Tätigkeit in der nationalliberalen Partei. 1914 Freiwillige Meldung zum Militär, 1915 Leutnant, 1917 durch Giftgas verwundet. Mitglied der »Deutschen Vaterlandspartei«, tritt 1918 in die Demokratische Partei ein, als er Lehrer ist. Er entwickelte sich schnell nach links, am Ende des Sommers 1919 zur USPD und im folgenden Jahr zur KPD. Noch als Lehrer, im Oktober 1923 kommunistischer Minister in der Regierung Frölich.

(Untergetaucht, bis 1927 in der Linken aktiv; Journalist, ab 1928 Abgeordneter, Spezialist für Außenpolitik, häufige Besuche in Moskau. 1933 verhaftet, 1939 freigelassen, organisiert eine Untergrundgruppe. 1944 verhaftet, zum Tode verurteilt und 1945 hingerichtet).

Neumann, Heinz (1902-1937 ?).

Sohn einer bürgerlichen Familie, rebellisch, im Alter von fünfzehn Jahren in eine spezielle Anstalt eingewiesen. Höhere Bildung, dann Hochschulstudium der Philosophie. 1918 Eintritt in die Jugend, 1920 in die KPD: von Friesland gewonnen, von Thalheimer ausgebildet. Arbeitet ab 1922 in der Pressestelle der Partei, bei der »Inprekorr«, »Die Rote Fahne.« Zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, lernt er Russisch, was ihm noch im selben Jahr erlaubt, als erster deutscher Leiter persönliche Beziehungen zu Stalin zu unterhalten. 1923 Mitglied der Linken Opposition, bricht im April mit ihr, spielte eine wichtige Rolle im M- und Z-Apparat bei der Vorbereitung des Aufstandes.

(Sekretär des Bezirks Mecklenburg; verhaftet, geflohen. Vertreter der KPD in Moskau 1925, trägt zur Ausschaltung der deutschen Leitung von Sinowjews Schützlingen bei. Wird 1927 nach China geschickt und organisiert mit Lominadse die Kommune von Kanton. Unterstützt 1928 als einer der wenigen Leiter*innen Thälmann in der Wittorf-Affäre, wird Chefredakteur der Roten Fahne und einer der Hauptleiter*innen der Partei. Bis dahin Stalins Sprachrohr in der KPD, widersetzt sich 1932 seiner Politik, verliert alle seine Verantwortungen und wird nach Spanien geschickt. Gesteht 1934 seine fraktionellen Aktivitäten in einer Selbstkritik; in der Schweiz verhaftet, in die UdSSR ausgewiesen, im April 1937 verhaftet und ohne Prozess hingerichtet),

Neumann, Paul (geb. 1888),

Arbeiter*innensohn, Metallarbeiter. Mitglied der Partei in sehr jungen Jahren, 1916 im Kreis der revolutionären Obleute, 1917 in der USPD, im Januar 1919 Mitglied des Revolutionsausschusses. Leiter der linken Opposition in der Metallarbeiter*innengewerkschaft, Linker Unabhängiger, 1920 in der VKPD. Ist im März 1921 gegen die Beschlüsse des Zentralkomitees und unterstützt Levi. Delegierter der »Rechten« zum 3. KI-Kongress. Leiter der rechten Opposition mit Brass, seinem Kollege in der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale, unterstützt Friesland, wird im Januar 1922 ausgeschlossen. Kehrt 1922 zur USPD, dann zur SPD zurück.

(Spätere Tätigkeit und Schicksal unbekannt,)

Niederkirchner, Michael (1882-1949).

Sohn eines Steinhauers, geboren in Ungarn. Rohrleger, 1903 in der ungarischen Partei, 1905 in der deutschen, in Berlin. 1917 in der USPD und 1920 in der VKPD. Sekretär der Rohrlegergewerkschaft Berlin seit 1921 [nach anderen Angaben seit 1914 Branchenleiter der Rohrleger im DMV]. Unterstützt Levi und protestierte 1921 gegen die Verurteilung der KAG. 1923 Säule der Rechten in der Partei.

(Bleibt ein sehr beliebter Gewerkschaftsführer, 1927, dann 1929 Mitglied des Zentralkomitees. 1933 verhaftet, als Ausländer deportiert. In der UdSSR, von wo er 1945 zurückkehrt und mehrere wichtige Positionen bekleidete).

Osterloh, Hermann (1886-1961).

Arbeiter*innensohn, Schlosser, 1908 in der Partei. 1914 einberufen, Gefangener in Russland, schließt sich 1917 der bolschewistischen Partei an. Im Dezember 1918 verhaftet und an die deutsche Grenze deportiert, erst 1919 zurückgekehrt, in Bremen als Sekretär für bäuerliche Fragen aktiv.

(Hauptamtlicher auf verschiedenen Posten, 1928 als Rechter ausgeschlossen, 1930 in die SPD eingetreten und arbeitet in Fabriken; 1934 zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt. Leiter der SPD in Bremen nach dem Krieg).

Pannekoek, Anton (genannt Harper, genannt Horner) (1873-1960)

Niederländer, Hochschulstudium der Astronomie, 1902 in der Partei, bildet ab 1905 den linken Flügel und leitet die »Tribune«-Gruppe; 1909 ausgeschlossen, gründet die Linkspartei SDP. Seit 1905 in Deutschland ansässig, bleibt viele Jahre in Bremen, wo er viele Aktivist*innen ausbildet. Polemik vor dem Krieg gegen Kautsky. 1914 nach Holland zurückgekehrt, Mitglied der Zimmerwalder Linken, 1918 Mitbegründer der holländischen KP, unterstützt die IKD in Deutschland, wird dann zum Theoretiker des deutschen Linksradikalismus. Inspirator des Programms der KAPD 1920 und Theoretiker dieser Partei.

(Nach den Krisen der KAPD nimmt er seine wissenschaftliche Tätigkeit wieder auf und veröffentlicht maßgebliche Werke: Er inspiriert weiterhin die Tätigkeit der Gruppe der Rätekommunist*innen in Holland und in einigen anderen Ländern).

Peters, Bruno (geb. 1884 [-1960]).

Arbeiter*innensohn, Werkzeugmacher. vor dem Krieg in der Partei, 1916 Sekretär des Wahlkreises Charlottenburg und Mitglied der Spartakusgruppe, Mitglied des Kreises der revolutionären Obleute. 1917 in der USPD, leitet den Aprilstreik in der DMW-Fabrik in Berlin. Im Januar 1918 verhaftet, von der Revolution befreit. Vorsitzender des Arbeiter*innenrats von Frankfurt (Oder). Mitglied der KPD(S) bei deren Gründung, der Revisionskommission in den folgenden Jahren.

(1946 in der SED: Nebenrolle für lange Zeit).

Pfeiffer, Hans (1895-1968).

Arbeiter*innensohn, Werkzeugmacher. 1913 in der Partei, konvertierte in der Schweiz zum Anarchismus, kehrt vor 1914 zur Sozialdemokratie zurück. Während

des Krieges ausgemustert, aktiv in Berlin in Verbindung mit den Jugendgruppen um Münzenberg, schließt sich den Spartakist*innen an. 1917 in der USPD, in der KPD seit deren Gründung. Organisationspezialist: ab 1919 Sekretär des Bezirks Berlin-Brandenburg, zuständig für Organisation. Im Januar 1923 in die Zentrale gewählt, bricht im April mit der Linken.

(1924-1925 ein Jahr Gefängnis; kämpft gegen die Linke und hat organisatorische Verantwortungen in Berlin, dann in Moskau und Prag. 1933 verhaftet, 1934 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Zurück in der Fabrik. Obskures Mitglied der KPD, dann der SED nach dem Krieg).

Pfemfert, Franz (1879-1954).

Schriftsteller, Herausgeber der »Aktion«, vor 1914 linker Kritiker der SPD, während des Krieges führender Kopf der expressionistischen Literatur, gründet 1915 eine »Antinationale Sozialistenpartei.« Tritt bei der Gründung der KPD(S) bei, stellt die »Aktion« in den Dienst der linksradikalen Strömung, tritt im April 1920 der KAPD bei und verteidigt die »Unionen.« Anfang 1921 aus der KAPD ausgeschlossen, verfolgte eine linke Kritik an den Arbeiter*innenparteien.

(Machte sich nach 1923 daran, einen »Spartakusbund Nr. 2« zu schaffen; persönlich mit Trotzki verbunden, nähert sich den von der internationalen linken Opposition vertretenen Thesen an. Emigriert 1933 nach Prag, dann nach Paris, 1940 nach New York und lässt sich 1941 in Mexiko-Stadt nieder, wo er als Fotograf tätig ist, und stirbt dort).

Pieck, Wilhelm (1876-1960).

Arbeiter*innensohn, Tischler. 1894 gewerkschaftlich organisiert, 1895 in der Partei, arbeitet bis 1906 in Bremen als Tischler, von 1906 bis 1910 im örtlichen Parteiapparat. 1910 in Berlin als Bildungsreferent, arbeitet mit Ebert zusammen, steht aber auf der Parteilinken. 1914 Mitglied der Gruppe »Internationale«, im Mai 1915 verhaftet, im Oktober eingezogen, im August 1919 wegen Gehorsamsverweigerung zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt [tatsächlich 1917, und in zweiter Instanz freigesprochen und an die Front geschickt]; desertiert und geht im Januar 1918 nach Holland. Kehrt im November zurück, wird mit Liebknecht in den Kreis der revolutionären Obleute kooptiert. Gewählt in die Spartakus-Zentrale, dann in die der KPD(S). Leutnant Liebknechts im Januar, gleichzeitig mit ihm verhaftet, kurz darauf freigelassen, von Juli bis November 1919 erneut verhaftet: Die erste Verhaftung wird zu eher unplausiblen Anschuldigungen führen. 1921 einer der Verfasser der Erklärung der loyalen Opposition und versucht, im Auftrag der Zentrale einen Kompromiss an der Ruhr zu erreichen. Rechter Flügel, Unterstützung Brandlers, Vertrauensmann der Exekutive, der er 1921 als Delegierter angehört.

(1924 zum Parteizentrum übergetreten, leitet die Arbeiterhilfe, dann, 1926, den Berliner Bezirk; macht 1929 seine Selbstkritik und beugt sich Stalin, seit 1928 Mitglied der Exekutive der KI, seit 1931 des Sekretariats und des Präsidiums, lange Sekretär

der KI für den Balkan. Von 1933 bis 1938 in Paris. 1938 in Moskau, arbeitet während des Krieges im Nationalkomitee freies Deutschland. Kehrt 1945 als Vorsitzender der KPD zurück, 1946 Vorsitzender der SED, Staatspräsident der DDR von deren Gründung 1949 bis zu seinem Tod).

Plättner, Karl (1893-1933 [nach anderen Angaben 1945]).

Arbeiter*innensohn, Former. Vor dem Krieg in der Jugend, 1914 in der Partei. Organisator der Jugend während des Krieges, verurteilt zu eineinhalb Jahren Gefängnis für ein Flugblatt in Solidarität mit der Aktion Liebknechts. 1918 Gründer der IKD in Dresden, Mitglied des Arbeiter*innen- und Soldatenrates in Dresden, tritt aus diesem aus. Mitglied der KPD(S) bei deren Gründung und Aktivist ihres linksradikalen Flügels. 1919 wichtige Rolle in der Bremer Räterepublik, 1920 im Kampf gegen die Kappisten an der Ruhr; Mitglied der KAPD bei ihrer Gründung, Leiter ihrer Kampforganisation, organisiert »Enteignungen« zur Finanzierung seiner Partei; wichtige Rolle in den Märzkämpfen 1921; Organisator von Stadtguerillas, 1921 verhaftet und 1923 erst zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

(Amnestiert 1928, wieder in die KPD eingetreten. Laut H. Weber in Buchenwald gestorben; laut M. Bock beim Versuch, die tschechoslowakische Grenze zu überqueren, erschossen [nach anderen Angaben bis 1944 in Buchenwald, dann in anderen KZs, kurz nach der Befreiung an den Folgen der Lagerhaft gestorben.]

Pogany, Josef (genannt Pepper) (1886-1937).

Sozialdemokratischer Journalist; tritt der ungarischen KP bei und 1919 Vorsitzender des Budapester Soldatenrates. Flieht nach der Niederlage nach Moskau, Mitarbeiter der Exekutive, begleitet 1921 Béla Kun nach Berlin und führt den Kampf gegen die »rechte« Strömung innerhalb der Jugend.

(Spielt in Deutschland keine Rolle mehr; organisiert unter dem Namen Pepper die amerikanische KP. Verhaftet und liquidiert während der großen stalinistischen Säuberungen).

Pohl, Käthe (Katarina oder Lydia Rabinowitsch, genannt) (geb. 1892[-1948]).

Geboren 1892 in Petersburg. Lebensgefährtin von Guralski-Kleine, aktiv in Deutschland unter einem Pseudonym. 1921 Sekretärin des Polbüros, arbeitet an der »Inprekorr« mit. 1923 Rolle an der Ruhr.

(Käthe Pohl, die 1924 zum Parteizentrum überlief, scheint jede politische Aktivität eingestellt zu haben; ihre Spur verliert sich [nach anderen Angaben ist sie zeitweise in der Versöhnlergruppe, leitet 1932 die Rote Hilfe in Hamburg, emigriert in die Sowjetunion, 1936 zeitweise verhaftet, stirbt 1948 in Moskau].

Radek, Karl (Karl Bernardowitsch Sobelsohn, genannt Parabellum, genannt Arnold Struthahn, genannt Paul Bremer, genannt Max) (1885-1940 ?)

Sohn einer jüdischen Familie aus dem österreichischen Galizien. Studiert in Polen, dann in Wien und in der Schweiz. Im Alter von achtzehn Jahren aktiv in der illegalen Bewegung, lernte 1904 Jogiches kennen und spielte in der Revolution von 1905 eine

wichtige Rolle. 1906 verhaftet, entkommt er, gelangt 1908 nach Deutschland, schreibt in der Parteipresse in Leipzig und dann in Bremen und macht sich durch seine Polemik gegen Kautsky bekannt. 1912 auf Betreiben Jogiches und Rosa Luxemburgs aus der polnischen Partei ausgeschlossen, wird er 1913 nach einer lärmenden »Affäre« aus der SPD ausgeschlossen. Emigriert 1914 in die Schweiz, nimmt an den Zimmerwalder und Kienthaler Konferenzen teil, arbeitet an der »Arbeiterpolitik« mit und spielte eine wichtige Rolle bei der Bildung der Zimmerwalder Linken: Lenin nahestehend, im Konflikt mit ihm in der nationalen Frage. Verlässt mit ihm die Schweiz, organisiert in Stockholm ein Büro des ZK, das für die revolutionäre Propaganda in Deutschland zuständig ist. Im Oktober 1918 in Petrograd Vizekommis­sar für auswärtige Angelegenheiten, nimmt an den Gesprächen von Brest-Litowsk teil und organisiert die bolschewistische Propaganda in Richtung der Kriegsgefangenen und der deutschen Truppen. Im Dezember 1919 [1918] nimmt er in geheimer Mission in Berlin am Gründungsparteitag der KPD(S) teil, dessen Entscheidung er mit vorantreibt. Widersetzt sich im Januar 1919 vergeblich den Initiativen Liebknechts. Im Februar verhaftet, wird er nach ein paar Monaten bevorzugt behandelt. Ende des Jahres freigelassen, wird er Sekretär der KI-Exekutive, ein Amt, aus dem er entfernt wird, weil er in der KAPD-Affäre Levi und die KPD gegen seine eigene Partei unterstützt hat. Mitverfasser des offenen Briefes vom Januar 1921 mit Levi, engagiert sich im Kampf gegen letzteren und bringt bis zum dritten Kongress seine Unterstützung für die deutsche Linke ein, deren Gegner er bis dahin war. Seit dem dritten KI-Kongress ist er der Mentor der KPD und ihr wichtigster politischer Leiter, gleichzeitig wird er als offiziöser sowjetischer Diplomat in das Umfeld der deutschen Führung eingeführt. Unterstützt Brandlers Entscheidung, sich im Oktober 1923 zurückzuziehen. (Wird als Sündenbock für die Niederlage von 1923 auserkoren, nachdem er sich für die linke Opposition in Russland eingesetzt hat. Rektor der Universität der Ostvölker in Moskau, 1926-1927 wichtiges Mitglied der vereinigten Opposition, ausgeschlossen und verbannt, kapituliert 1929. Journalist, 1937 angeklagter Ankläger im zweiten Moskauer Prozess, wird nur zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und stirbt in einem Konzentrationslager [wird in einem Arbeitslager von Mitgefangenen getötet, 1988 rehabilitiert]).

Rákosi Mátyás (1892-1971).

Sohn einer wohlhabenden jüdischen Familie. Studium in Budapest, dann in Deutschland und England. 1911 in der Sozialistischen Jugend. 1914 eingezogen, Gefangener in Russland, Mitglied der Gruppe, die mit Béla Kun den Kommunismus unterstützt. Anfang 1918 nach Ungarn zurückgekehrt, 1919 Volkskommissar der Räterepublik. Er flieht nach Moskau, wo er im Apparat der Exekutive arbeitet, die er insbesondere auf dem Kongress in Livorno vertritt. Seine Intervention in der KPD-Zentrale provoziert eine Krise in der Partei und den Rücktritt Levis. Ab 1922 Mitglied des Sekretariats der KI

(1925 in geheimer Mission in Ungarn, verhaftet und verurteilt, 1940 gegen ungarische Fahnen von 1848 ausgetauscht. Russischer Staatsbürger, hält sich von 1940 bis 1944 in der UdSSR auf, kehrt mit der russischen Armee als Generalsekretär der ungarischen Partei zurück. Im Juli 1956 nach langem Widerstand zum Rücktritt gezwungen. Verlässt Ungarn nach der Oktoberrevolution 1956 und geht in die Sowjetunion. Im August 1962 Ausschluss aus der ungarischen Partei, in der er den Stalinismus verkörperte. Stirbt in der UdSSR)

Rau, Heinrich (1899-1961).

Sohn eines Bauern. Arbeiter in der Metallindustrie. 1913 in der Jugend. 1916 Spartakist. 1917 Mitglied der USPD, der KPD bei deren Gründung. 1919-1920 Verantwortlicher in Stuttgart. 1920 in Berlin als Leiter der Abteilung Land in der Zentrale. Herausgeber von »Der Pflug.«

(Behält seine Funktionen bis 1932. 1933 verhaftet, zwei Jahre im Gefängnis, emigriert in die Tschechoslowakei, dann in die UdSSR. Kommissar, dann Kommandeur des XI. Internationalen Brigades in Spanien. 1939 in Frankreich interniert, 1942 an die Gestapo übergeben, nach Mauthausen deportiert. Nach dem Krieg Minister und Mitglied des Politbüros der SED, Spezialist für Wirtschaftsfragen).

Reichenbach, Bernhard (geb. 1888 [-1975]).

Sohn einer wohlhabenden Familie; höhere Bildung; Leiter der sozialistischen Studierenden. Von 1915 bis 1917 eingezogen, tritt 1917 in die USPD ein, arbeitet bis 1919 in deren Pressestelle; wechselt 1920, mit Schröder verbunden, zur KAPD; Delegierter zum 3. KI-Kongress, 1922 nach der Spaltung der KAPD Mitglied der Essener Richtung.

(1924 in der SPD, 1931 der SAP; emigriert 1935 nach England, wo er seither lebt).

Reichpietsch, Max (1894-1917).

Mechaniker, 1914 in die Marine eingezogen [nach anderen Angaben 1912 freiwillig gemeldet]. Organisiert 1917 die revolutionären Matrosen und nimmt in Berlin Kontakt mit den Leiter*innen der USPD auf. Im September 1917 erschossen.

Remmele, Hermann (1880-1939).

Sohn eines kleinen Müllers, Metallarbeiter. 1897 in der Partei, organisiert die Jugend und illegale antimilitaristische Arbeit in Ludwigshafen. 1907-1908 Schüler der Parteischule, danach hauptamtlich in Mannheim, Mitglied der Linken. Von 1914 bis 1918 einberufen, organisiert während einer Beurlaubung in Mannheim die Opposition, ist Delegierter zum Gründungsparteitag der USPD 1918 Vorsitzender des Mannheimer Rates, 1919 Leiter der Räterepublik. Dann in Stuttgart, Leiter der Linken Unabhängigen. 1920 in der VKPD in die Zentrale gewählt. 1923 wichtige Rolle bei der Vorbereitung des Aufstandes: Kurier der Zentrale, indirekt zumindest der Ursprung des Hamburger Aufstandes.

(Unterstützt das Parteizentrum, dann der Thälmann-Fraktion, Mitglied des Präsidiums der KI, bis 1932 einer der Hauptführer*innen der KPD, stellt sich zu diesem

Zeitpunkt gegen Thälmann. Emigriert 1933 nach Moskau, gesteht 1934 seine »fraktionelle« Tätigkeit, 1937 verhaftet. Nach Ansicht der einen sofort erschossen, nach Ansicht der anderen verrückt geworden.)

Rogg, Ulrich (1888-1938 ?).

Bäcker. Vor dem Krieg in der Partei, dann in der Spartakusgruppe, zu deren Organisator*innen an der Ruhr er gehört. 1919 wichtige Rolle bei den Ereignissen von Duisburg. 1923 einer der Kader der KPD in der Region Halle.

(1925 in Russland, nach seiner Rückkehr verhaftet und verurteilt, stellt jede politische Tätigkeit ein).

Rosenberg, Arthur (1889-1945).

Sohn eines jüdischen Kaufmanns aus Berlin. Brillantes Studium der Alten Geschichte: 1914 Assistent an der Universität Berlin. Tritt 1918 nach seiner Demobilisierung in die USPD ein; 1920 in der VKPD. Arbeitet an der »Inprekorr« mit. Mitglied der Berliner Linken und der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, ab 1921 einer der Theoretiker der Offensive.

(1924-1925 Mitglied der Zentrale und des Polbüros, dann Leiter der ultralinken Opposition, schließt sich 1926 Thälmann an. Tritt 1927 aus der KPD aus, nimmt einen Lehrstuhl an der Universität Berlin an und leitet die Liga für Menschenrechte. 1933 entlassen, emigriert er nach Großbritannien und lehrt in Liverpool. 1937 lässt er sich in Brooklyn, USA, nieder, wo er weiterhin lehrt und historisch arbeitet).

Rück, Fritz (1895-1959).

Sohn eines Schreiners, Schriftsetzer. Aktiv in der Jugend, 1913 in der Partei, auf dem linken Flügel. Von 1915 bis 1916 eingezogen, ausgemustert, tritt als Spartakist in die USPD ein, arbeitet am Stuttgarter »Sozialdemokrat« mit. Einer der Leiter*innen der Novemberrevolution in Stuttgart. 1921 Mitglied der Redaktion der »Roten Fahne«, 1923 Anhänger Brandlers.

(1929 als Rechter ausgeschlossen. Tritt 1932 der SAP bei. 1933 in die Schweiz emigriert, 1937 nach Schweden, wo er wieder in die Sozialdemokratie eintrat. Autor von Kinderbüchern. Nach dem Krieg Vorsitzender der Druckergewerkschaft in der Bundesrepublik [tatsächlich Chefredakteur von deren Zeitung und Vorsitzender der Naturfreunde]).

Rühle, Otto (1874-1943).

Lehrer, Psychologe und Pädagoge. 1900 in der SPD, 1902 Journalist. Reichstagsabgeordneter 1912. Ging 1915 mit Liebknecht in die offene Opposition und spricht sich für die Spaltung der Partei aus. Spartakist, dann 1917 Leiter der IKD. Im November 1919 Austritt aus dem Dresdner Arbeiter*innen- und Soldatenrat. Sprachrohr der linksradikalen Mehrheit auf dem Gründungsparteitag der KPD(S); Verteidiger der »Unionen« und Mitglied der KAPD bei deren Gründung; 1920 Delegierter für den 2. KI-Kongress, spricht sich gegen die einundzwanzig Bedingungen aus und verweigerte die Teilnahme; im November von der KAPD desavouiert und ausgeschlossen. Anführer der unionistischen und antiautoritären Strömung.

(kehrt nach 1923 zur SPD zurück [wird von anderen Quellen nicht bestätigt], widmet sich wertvollen wissenschaftlichen Arbeiten; 1933 emigriert, 1936 nach Mexiko; einer der Organisator*innen der Dewey-Untersuchungskommission zu den Moskauer Prozessen, Gespräche mit Trotzki; widmet sich in seinen letzten Jahren der Malerei)
Rusch, Oskar (geb. 1884 [-1935]).

Metallarbeiter, 1914 Obmann und Vertrauensmann der Partei in einer Berliner Fabrik. Im November 1918 sozialdemokratisches Mitglied des Vollzugsrats der Räte, tritt nach dem Rätekongress im Dezember der USPD bei. Später Leiter der Metallgewerkschaft und zuständig für die Gewerkschaften in Berlin, besonders zur Zeit des Kapp-Putsches. Linker Unabhängiger, von seinen Aufgaben entbunden. 1920 in der VKPD. Löst sich 1921 und kehrt 1922 zur SPD zurück.

(Spätere Daten und Fakten unbekannt. [Nach anderen Angaben bis 1925 im Preußischen Landtag, erst KPD, dann KAG, 1922 USPD, dann SPD.])

Sachse, Willy (1896-1944).

Kleinbürgerliche Familie; technisches Studium. 1914 in die Marine einberufen. 1917 Organisator der revolutionären Matrosen, zum Tode verurteilt, aber Urteil in Zwangsarbeit umgewandelt. Von der Revolution befreit, tritt er 1920 in die USPD und dann in die VKPD ein. Im Jahr 1923 ist er Sekretär des Kreises Halle-Merseburg. (Bis 1928 wichtige Funktionen im Apparat, dann tritt er zurück. [Nach anderen Angaben 1928 KPO-Mitglied.] Ab 1933 Organisator einer Widerstandsgruppe gegen das Hitler-Regime. Im Januar 1942 verhaftet, im August 1944 hingerichtet)

Schliestedt, Heinrich (1883-1938).

Schlosser, Metallaktivist, vor dem Krieg der linken Tendenz zugehörig. 1917 in der USPD, 1919 und 1920 Organisator der Ruhrkämpfe. Links in der USPD, spricht sich gegen den Beitritt zur KI aus. 1922 kehrt er zur SPD zurück.

(Untergrundorganisator unter Hitler, tötet sich bei der Rückkehr von einer Konferenz im Ausland bei einem Unfall).

Schloer, Jakob (1888-1956).

Kellner in einem Café, 1911 in der Partei. Mit Levi verbunden. Während des Krieges Spartakist in Frankfurt, Mitbegründer der KPD(S) in Mannheim, 1921 der KAG, bleibt in der Partei. 1923 im Apparat in Süddeutschland.

(1926 Generalsekretär der Roten Hilfe, 1929 als Rechter ausgeschlossen; 1933 emigriert; nach dem Krieg in die KPD und dann in die SED aufgenommen, 1951 ausgeschlossen [nach anderen Angaben nur 1953 eine Rüge erhalten], 1955 wieder aufgenommen).

Schmidt, Felix (1885-1932).

Drucker, 1904 in der Partei, während des Krieges Leiter der linken Opposition in Bremen, 1918 Mitglied der IKD, Leiter des linken Flügels. Bleibt während der linksradikalen Abspaltung in der Partei. Ab 1921 Schatzmeister der Zentrale. 1923 übernimmt er die Leitung des Oberbezirks Südwest.

(Von 1924 bis 1926 in der Roten Hilfe in Moskau, 1929 ausgeschlossen, zur KPO und dann zur SAP gewechselt. Stirbt an einer Operation).

Schneller, Ernst (1890-1940 [nach anderen Angaben 1944]).

Sohn eines Eisenbahnarbeiters, Waise mit fünf Jahren. Lehrer. 1914 eingezogen und wird Offizier. 1920 in der SPD, tritt nach dem Kapp-Putsch der KPD bei. Gehört 1921 der Levi-Tendenz an. 1923 einer der Leiter*innen der Aufstandsvorbereitungen und Kommandeur der proletarischen Hundertschaften in Sachsen.

(Geht zum Parteizentrum, dann nach links. 1924 in der Zentrale, zuständig für militärische Fragen, dann für Theorie und den Kampf »gegen Trotzismus und Luxemburgismus.« Unterstützt die Thälmann-Leitung, wird aber nach der Wittorf-Affäre aus der Leitung entlassen, 1933 verhaftet, zu sechs Jahren verurteilt, in Sachsenhausen hingerichtet).

Scholem, Werner (1895-1940).

Sohn eines Druckereihandwerkers, studiert Geschichte und Jura. 1912 in der Jugend, 1913 in der Partei. 1914 eingezogen, 1917 wegen antimilitaristischer Tätigkeit verurteilt. 1917 in der USPD, Journalist in Halle. 1920 in der VKPD, Mitarbeiter der »Roten Fahne.« Nach März 1921 verhaftet, wichtige Rolle als Organisator im Berliner Bezirk, 1923 Anhänger der Linken.

(Mitglied der Zentrale und Polbüros, 1923 verantwortlich für das Orgbüro, bis 1925 wirklicher Leiter der Partei mit Ruth Fischer, wo er einer der Leiter*innen der Ultralinken ist. 1926 aus der KPD ausgeschlossen, Mitorganisator des Leninbundes und Mitarbeiter des Organs der deutschen trotzkistischen Opposition. 1933 verhaftet, 1940 hingerichtet).

Schreiner, Albert (geb. 1892 [-1979]),

Sohn eines Arbeiters, der Hauptamtlicher wird, Mechaniker. 1910 in der Partei. Während des Krieges Mitglied der Spartakus-Gruppe. Kriegsminister der württembergischen Regierung für ein paar Tage. 1923 einer der Leiter*innen des militärischen Apparats, M-Leiter für die Wasserkante.

(1924 Militärschule in Moskau, dann Leiter des Roten Frontkämpferbundes. 1929 als Rechter ausgeschlossen. Mitglied der KPO. Kehrt im Oktober 1932 zur KPD zurück und verlässt sie sofort [nach anderen Angaben verlässt er die KPO nur vorübergehend, kehrt erst im Exil 1933 in den KPD zurück]. Emigriert 1933 nach Frankreich, kämpft in Spanien als Stabschef des XII^o Internationalen Brigade. Von 1939 bis 1941 in Frankreich, dann in Marokko, Mexiko, dann in den Vereinigten Staaten. Kehrt 1946 nach Ostdeutschland zurück, oft im Konflikt mit der Leitung über historische Fragen).

Schröder, Karl (1885-1950).

Sohn eines Lehrers, studiert Philosophie an der Universität. 1913 in der Partei. In Spartakus während des Krieges. 1918 einer der Verantwortlichen der »Roten Fahne.« Linksradikaler, Theoretiker der revolutionären Betriebsorganisationen. Leiter des

aus der KPD(S) ausgeschlossenen Berliner Bezirks, ist einer der Hauptinitiator*innen der Gründung der KAPD. 1920 enge Zusammenarbeit mit Gorter, Reise mit ihm nach Moskau, an deren Ende er die Aufnahme der KAPD als sympathisierende Partei in die KI erwirkt. Ende 1921 Organisator der Informations- und Organisationsbüros der Linkskommunistischen Internationale. 1922 Leiter der KAPD (Essen) nach der Spaltung.

(kehrt 1924 in die SPD zurück, Literaturkritiker des Vorwärts, organisiert die Ehemaligen der KAPD in der SPD und gründet 1936 die illegale Organisation Rote Kämpfer: zu Zwangsarbeit verurteilt; nach 1945 Organisator des Bildungswesens in West-Berlin; geht in den Osten und tritt der SED bei)

Schubert, Hermann (1886-1938).

Arbeiter*innensohn, Berg-, dann Wanderarbeiter. 1907 in der Partei, gewerkschaftliche Verantwortungen. 1917 in der USPD und 1920 in der VKPD. Im Jahr 1923 besucht er die Lenin-Schule in Moskau. Einer der Leiter*innen des geplanten Aufstandes in Thüringen.

(Verhaftet, geflohen, illegal an der Ruhr; Mitglied des linken Flügels, unterstützt Thälmann gegen R. Fischer; ab 1933 in der Illegalität, verteidigt die frühere sektierische Linie gegen Pieck und Ulbricht. 1935 [aus dem ZK] entlassen, 1937 in Moskau verhaftet und hingerichtet).

Schulte, Fritz (1890-1943).

Arbeiter*innensohn, Arbeiter in der chemischen Industrie. 1918 in der USPD. 1920 in der VKPD, Leiter einer roten Gewerkschaft. Mitglied der Rechten, nennt Thälmann »Idiot.«

(Wechselte 1924 zur Linken, organisiert dann die Roten Gewerkschaften und beteiligt sich am Polburo; 1935 in Moskau aus dem ZK entlassen, verhaftet und hingerichtet).

Schulz, Karl (1881-1933).

Arbeiter*innensohn, Hufschmied. 1905 in der Partei. 1912-1913 in der Parteischule. Tritt während des Krieges dem Spartakus bei, ist einer der Gründer*innen und Leiter*innen des Roten Soldatenbundes. Delegierter zum Gründungsparteitag der KPD(S), Gründer der Partei in Pommern und Mecklenburg. Im Jahr 1923 Sekretär des Oberbezirks Nord.

(Verfolgt, flüchtete von 1924 bis 1928 nach Moskau; Versöhnler, akzeptierte Sanktionen gegen die Gruppe. Beim Reichstagsbrand verhaftet, stirbt in Spandau an den Folgen der erlittenen Behandlung).

Schumann, Georg (1886-1945).

Sohn eines Steindruckers, Werkzeugmacher. 1905 in der Partei, Leiter der Jugend. 1912-1913 Parteischule, dann Journalist. Tritt während des Krieges der Gruppe »Internationale« bei, wird 1915 verhaftet und dann eingezogen. Von einem Militärtribunal zu zwölf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Von der Revolution befreit, leitet er den

Spartakusbund und dann die KPD(S) in Leipzig. Der populärste deutsche Leiter in Mitteldeutschland, Mitglied des rechten Flügels.

(Tritt 1924 dem Parteizentrum bei, arbeitet von 1925 bis 1926 in der RGI in Moskau, dann von 1926 bis 1927 im Gefängnis in Deutschland. Versöhnler, macht 1929 seine Selbstkritik. 1933 verhaftet, bis 1939 nach Sachsenhausen deportiert; nimmt die Arbeit in der Fabrik wieder auf, leitet bald eine wichtige kommunistische Widerstandsgruppe, die im Gegensatz zum Nationalkomitee Freies Deutschland in der UdSSR ihre Verbundenheit mit dem Sozialismus bekräftigt. 1944 verhaftet, lange gefoltert, im Januar 1945 hingerichtet).

Schwab, Alexander (1887-1943).

Sohn eines Tischlereiunternehmers. Drucker. 1907 in der Partei, während des Krieges Spartakist. Verbunden mit Schröder in Berlin; Mitbegründer der KAPD. Sympathisiert mit dem Nationalbolschewismus, verlässt im September 1920 die KAPD und kehrt zur SPD zurück. [Nach anderen Angaben Sohn eines Kapellmeisters, studiert, ist Kriegsfreiwilliger, 1917 USPD, 1918 Spartakist, 1920-1922 KAPD, ab Ende der 1920er Jahre »Rote Kämpfer.« Leitet deren Widerstandsarbeit. 1936 verhaftet, verschiedene Zuchthäuser und KZ Börgermoor].

Serrati, Giacinto Menotti (1874-1926).

Sozialistischer Aktivist, sehr jung auch einer der Pioniere des italienischen Sozialismus. Leiter des maximalistischen Flügels während des Krieges, 1915 Chefredakteur des »Avanti!«, Delegierter in Zimmerwald und Kienthal. 1917 verhaftet, ab 1919 Anhänger des Bruchs mit der Zweiten Internationale und der Mitgliedschaft in der Dritten Internationale. Auf dem 2. Kongress in die Exekutive der KI gewählt, wehrt sich gegen die Anwendung der einundzwanzig Bedingungen auf seine Partei. Bleibt nach Livorno in der PS.

(1924 wird er mit einem Teil seiner Tendenzgenoss*innen wieder in die Internationale und in die KPI aufgenommen; bis zu seinem Tod Mitglied des ZK).

Siewert, Robert (geb. 1887 [-1973]).

Sohn eines Zimmermanns, Maurer. 1906 in der Partei. Arbeitet ab 1915 [tats 1908-1915] in der Schweiz, kennt Lenin, Brandler und Heckert. 1914-1918 eingezogen, illegale Arbeit für Spartakus. Organisiert und leitet einen Soldatenrat. Nach seiner Rückkehr in der KPD(S), Organisator im Erzgebirge. Anhänger Brandlers, Mitglied des Zentralaussschusses, 1923 politischer Sekretär für Erzgebirge-Vogtland.

(Rechtsoppositioneller, 1929 ausgeschlossen; wechselt zur KPO und arbeitet für die »Arbeiterpolitik.« 1933 verhaftet, in Buchenwald wieder der KPD beigetreten. Nach dem Krieg Funktionen in der DDR; 1950 wegen seiner Vergangenheit entlassen, muss 1951 seine Selbstkritik üben).

Sommer, Josef (Joseph Winternitz, alias Lenz, alias) (1896-1952).

Sohn eines Lehrers, studiert in Großbritannien, dann in Prag. 1917 eingezogen, 1913 Sozialist, 1920 in der tschechoslowakischen KP. Doktor der Philosophie, kämpft ab

1923 aktiv in der KPD, wobei er vor allem die Rechte angreift und als Theoretiker der Linken durchgeht.

(1924 Verantwortlicher für Propaganda und ZA-Kandidat, von 1925 bis 1928 untergeordnete Funktionen im Apparat; nimmt 1931 die Leitung der Propaganda wieder auf, muss aber seine Selbstkritik machen, weil er Thälmann und Stalin angegriffen hat. Emigriert 1934 in die Tschechoslowakei, 1939 nach England, arbeitet für die britische KP. Kehrt 1948 zurück und leitet das Marx-Engels-Institut. Wird 1951 stark kritisiert, kehrt nach England zurück, wo er stirbt).

Sorge, Richard (genannt Sonter, genannt Ika) (1895-1944).

Sohn eines Ingenieurs, geboren in Russland. Höhere Bildung; 1914 Freiwilliger, dreimal verwundet. 1918 [nach anderen Angaben 1917] in der USPD und 1920 in der VKPD [nach anderen Angaben 1919 in der KPD(S)]. Lehrte in Aachen, wird 1922 [nach anderen Angaben 1920] entlassen. 1923 Dozent in Frankfurt [nach anderen Angaben 1922 Assistent am Institut für Sozialforschung] und Mitglied des militärischen Untergrundapparats.

(1924 Verantwortlich für die Sicherheit des Parteitags, nach Moskau abkommandiert, arbeitet für die KI und dann für das 4. Büro der Roten Armee. 1931-1932 Mission in China. Kehrt 1933 zurück, tritt in die NSDAP ein, wird als Kriegsberichterstatter in Japan akkreditiert und organisiert im Auftrag der UdSSR ein Nachrichtennetz, das Stalin die deutsche Aggression vom Juni 1941 ankündigt. Er wird im Oktober verhaftet und im November 1944 hingerichtet. Seine Mission wird anerkannt und seine Rolle gefeiert (ausgehend von einem Artikel in der Prawda vom 4. September 1964).

Stern, Manfred (genannt Stein, genannt Kléber) (1896-1954).

Geboren in der Bukowina, vor dem Krieg aktiv, 1916 in die österreichisch-ungarischen Armee eingezogen, Kriegsgefangener, für den Kommunismus gewonnen, kämpft in den Reihen der Roten Armee, vor allem in Sibirien. 1921 und 1923 in Deutschland als militärischer Techniker, unter dem Namen Stein.

(Von 1927 bis 1936 Militärberater in China [nach anderen Angaben 1929-1932 in den USA, erst danach in China und von 1932 – 36 Militärberater]. Wird in Spanien zur Leitung der Internationalen Brigaden und bei der Verteidigung von Madrid unter dem Namen General Kléber eingesetzt. 1937 am Tag nach seiner Abberufung verhaftet, lange Zeit dachte man, er sei hingerichtet worden. Stirbt 1954 laut russischen Quellen, die eine lange Haftzeit nicht zu widerlegen scheinen).

Stoecker, Walter (1891-1939).

Sohn eines Ingenieurs, beginnt ein Hochschulstudium. 1908 in der Partei, aktiv in der Jugendbewegung und leitet insbesondere ab 1912 die sozialistischen Student*innen von Köln. 1914 in Kontakt mit Münzenberg. Von 1915 bis 1918 eingezogen. 1917 in der USPD. 1918-1919 Leiter der Kölner Räte. Abgeordneter, im Juni 1919 Sekretär der USPD, einer der Leiter*innen des linken Flügels, 1920 Delegierter zum 3. KI-Kongress in die Zentrale der VKPD gewählt, nach dem Rücktritt Levis Vorsitzender

der Partei, von 1921 bis 1923 zurückgezogen. 1923 in die Zentrale gewählt, Sekretär des Oberbezirks West.

(Unterstützt das Parteizentrum, von 1924 bis 1932 Fraktionsvorsitzender im Reichstag. Verhaftung während des Reichstagsbrandes, Deportation in verschiedene Lager, Tod durch Typhus in Buchenwald)

Sturm, Fritz (Samuel Markowitsch Sachs-Gladniew) (1890-1937 ?).

Geboren in Russland, bolschewistischer Aktivist. Kommt 1919 [tats. 1918] nach Hamburg. Mitglied der IKD, dann der KPD(S), wo er der Linken angehört. Tritt aber nicht der KAPD bei. 1920 verhaftet und abgeschoben..

(Lässt sich in Leningrad nieder; 1928 Anhänger Bucharins, 1937 als Terrorist verhaftet und wahrscheinlich hingerichtet).

Süßkind, Heinrich (genannt Heinrich, genannt Kurt) (1895-1937).

Sohn eines Rabbiners, geboren in Polen, studiert Geschichte in Wien, ab 1917 in Deutschland. 1919 arbeitet er in der Jugend und tritt in die KPD(S) ein; wird ausgewiesen, geht in den Untergrund, ist Mitarbeiter der »Roten Fahne«, im Dezember 1921 mit 26 Jahren wird er deren Chefredakteur: Sitz in der Zentrale. Verhaftet und ausgewiesen, von 1922 bis 1923 in Russland. Nimmt Anfang 1923 seinen Posten wieder auf, wird im Juni von Thalheimer abgelöst und nach Leipzig geschickt.

(Mitglied der Linken, dann der Thälmann-Gruppe, 1928 Versöhnler, macht seine Selbstkritik. Emigriert 1933 nach Prag, dann in die UdSSR, wo er verhaftet und hingerichtet wird).

Tenner, Albin (1885-1967).

Sohn eines Porzellanmalers, arbeitet mit vierzehn Jahren und wird Lehrer. 1914-1918 eingezogen. 1918 in der USPD, Mitglied der Landesregierung in Gotha. 1920 in der VKPD, einer der kommunistischen Leiter*innen Thüringens, 1923 Mitglied des ZA, im Oktober 1923 Wirtschaftsminister in der Regierung Frölich.

(1925 ausgeschlossen, dann wieder aufgenommen, 1929 erneut ausgeschlossen; in der KPO, dann in der SAP. Nach Holland emigriert, wo er stirbt).

Teuber, Heinrich (1872-1928 [tats. 1927]).

Bergarbeiter, 1910 Gewerkschaftsvorsitzender [tats. nur Hauptamtlicher], Leiter der linken Gewerkschaftsopposition. 1917 in der USPD, 1920 in der VKPD, wird mit Malzahn und Brass ausgeschlossen, kehrt 1922 zur USPD und dann zur SPD zurück.

Thälmann, Ernst (1886-1944).

Sohn eines Gemüsehändlers, läuft schon in jungen Jahren von zu Hause weg: Heizer auf einem Frachtschiff. Arbeitet in New York und kehrt dann nach Deutschland zurück und arbeitet in verschiedenen Branchen, unter anderem als Hafearbeiter. 1903 in der SPD, Mitglied des linken Flügels, Gegner der Gewerkschafts»bonzen.« Von 1915 bis 1918 eingezogen, 1918 in der USPD. Leiter der Linken Unabhängigen in Hamburg, 1920 in der VKPD, mobilisiert die Arbeitslosen zur Durchsetzung des Streiks im März 1921. Verteidigt auf dem 3. KI-Kongress gegen Lenin und Trotzki die Offensivtheorie.

Mitglied des Zentralausschusses, einer der Sprachrohre der Linken. Kooptiert im Mai 1923 in die Zentrale. Im Oktober 1923 wichtige Rolle beim Hamburger Aufstand.

(1924 Mitglied der Zentrale und des Polbüros, nach der Ausschaltung R. Fischers und Maslows Parteivorsitzender, gefährdet durch die Wittorf-Affäre, unterstützt von Stalin. Verhaftet im März 1933, im August 1944 in Buchenwald hingerichtet).

Thalheimer, August (1884-1948).

Sohn eines jüdischen Kaufmanns. Höhere Bildung in Philosophie, vor allem in Oxford und Straßburg. 1904 In der Partei, 1909 Chefredakteur in Göppingen, verbunden mit Radek, Rosa Luxemburg, Mehring und Westmeyer. Mitglied der Gruppe »Internationale«, Leiter des Spartakus während des Krieges, von 1916 bis 1918 eingezogen, spielt eine wichtige Rolle bei der Novemberrevolution in Stuttgart und wird für einige Tage Minister in einer Landesregierung. Kämpft 1919-1920 gegen die Linksradikalen, verteidigt aber 1921 die Offensivtheorie. Seit 1918 Mitglied der Zentrale. 1923 Theoretiker der KPD, skeptisch über die Chancen der Revolution.

(Verantwortlich gemacht für die Niederlage, mit Brandler, von 1924 bis 1928 in Moskau festgehalten, wo er an der Sun-Yat-sen-Universität lehrt. 1929 ausgeschlossen, Mitbegründer der KPO. 1933 nach Frankreich emigriert; 1939 interniert, 1941 nach Kuba geflüchtet. Stirbt im Exil mangels Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland oder Frankreich [Versuche, nach Deutschland zurückzukehren, scheitern]).

Thomas, Wendelin (1884-? [1956]).

Sohn eines Bauern [nach anderen Angaben Landarbeiters], Schiffsjunge, dann Matrose. 1910 in der Partei. von 1914 bis 1918 einberufen, 1918 Mitglied des revolutionären Matrosenausschusses, in der USPD, 1920 in der VKPD. 1921 verurteilt, bei der Vorbereitung des Aufstandes 1923 wichtige Rolle.

(Arbeitet von 1925 bis 1928 im KI-Apparat, von 1928 bis 1930 in Deutschland inhaftiert. 1933 verlässt er die KPD; emigriert in die USA, wo er der Dewey-Kommission angehört, die die Moskauer Prozesse untersucht. Nicht zu verwechseln mit »Genosse Thomas«, KI-Gesandter in Berlin, über den fast nichts bekannt ist).

Tittel, Hans (geb. 1894 [-1983]).

Arbeiter*innensohn, Steindrucker. 1909 in der Jugend, 1912 in der Partei, 1914 einer der Leiter*innen der Radikalen in Württemberg, des Spartakus, was ihm acht Monate Gefängnis und Einberufung einbringt. Leiter der KPD(S) in Stuttgart und einer der Inspirator*innen der Rechten. 1923 politischer Sekretär in Thüringen.

(Von 1923 bis 1924 inhaftiert, leitet ab 1926 des Pressebüros der Zentrale; [Ende 1926 wieder politischer Leiter in Thüringen.] Ende 1928 als Rechter ausgeschlossen. Dann in der KPO. 1933 emigriert, 1939 aus der KPO ausgeschlossen, in die USA ausgewandert, von wo er 1962 in die Bundesrepublik zurückkehrt).

Toller, Ernst (1893-1939).

Sohn eines jüdischen Kaufmanns, geboren in Russland, Hochschulstudium in Grenoble. 1914 eingezogen, verwundet, ausgemustert. Pazifist, 1917 mit Eisner, dem

Vorsitzenden der USPD in München, verbunden. 1919 Kommandant der bayerischen Roten Armee, verurteilt zu fünf Jahren Gefängnis.

(Nach seiner Entlassung tritt er der KPD bei [nach anderen Angaben einer Gruppe »revolutionärer Pazifisten«], widmet sich aber der Literatur und dem Theater. Begeht in New York Selbstmord.)

Tost, Otto [1883-1954].

Metallarbeiter aus Berlin, eingezogen in der Marine, dann ausgemustert. 1917 in der USPD, Mitglied des Kreises der revolutionären Obleute, im April 1917 und Januar 1918 des Aktionsausschusses der Streikenden. Wieder eingezogen, organisiert in Cuxhaven die Volksmarinedivision, deren Leiter er eine Zeit lang ist. Im Oktober 1919 Vorsitzender der Metallgewerkschaft und Sekretär der Berliner Gewerkschaften, Linker Unabhängiger, unterstützt Dissmann und bekämpft die Mitgliedschaft in der KI. Bleibt in Halle in der USPD und tritt 1922 der SPD bei.

[bis 1933 weiterhin gewerkschaftlich aktiv, 1939-40 im KZ Sachsenhausen, nach 1946 SED und FDGB-Bundesvorstand.]

Ulbricht, Walter (geb. 1893 [-1973]).

Sohn eines sozialdemokratischen Schneiders; Tischler. 1912 in der Partei. 1914 in Leipzig Mitglied der von Schumann geleiteten Liebknecht-Gruppe; von 1915 bis 1918 eingezogen, zwei Monate Gefängnis wegen Desertion. Eintritt in die KPD(S) nach deren Gründung [nach anderen Angaben erst 1920 mit der USPD-Linken zur VKPD gekommen], Journalist, im März 1921 zuständig für die Versorgung der Arbeiter*innen mit Waffen. im Juni 1921 politischer Sekretär des Bezirks Thüringens, Anhänger Brandlers, 1923 in die Zentrale gewählt und einer der Organisator*innen des Revkom.

(Unterstützt das Parteizentrum, verantwortlich für die Verallgemeinerung der Betriebszellen und für die Bolschewisierung. 1924 in Moskau, verschiedene Missionen für die KI in Wien, dann Prag. Nach der Wittorf-Affäre in vorderster Reihe: 1928-1929 Parteivertreter in Moskau, ab 1929 Mitglied des ZK und des Polbüros. 1933 Nachfolger Thälmanns nach dessen Verhaftung, Block mit Pieck gegen dessen Anhänger*innen für eine Volksfrontpolitik. 1937 in der UdSSR, gründet während des Krieges das Nationalkomitee Freies Deutschland. 1945 zurückgekehrt, Leiter der KPD und dann der SED, der starke Mann des Pankower Regimes. Im Mai 1971 in den Ruhestand getreten.

Unger, Otto (1893-1937 ?).

Angestellter in einer Buchhandlung [nach anderen Angaben Tischler]; 1912 in der Partei, aktiv in der Jugend; 1921 Leiter der KJ und Anhänger der Linken; Anfang 1924 Kritik an Brandler.

(von 1926 bis 1928 Leiter in Hamburg; Versöhnler, 1928 sanktioniert, in die UdSSR geschickt; 1937 [nach anderen Angaben 1938] verhaftet und hingerichtet).

Urbahns, Hugo (1890-1947 [1946].)

Bauernsohn, Lehrer. Vor dem Krieg sozialistischer Sympathisant. 1914 eingezogen. Tritt 1918 in den Spartakus ein, dann in die KPD. Leiter an der Wasserkante, ab 1921 einer der prominentesten Aktivist*innen der Linken, 1923 Sekretär des Bezirks Wasserkante.

(im Januar 1924 verhaftet, im Januar 1925 angeklagt, im Oktober freigelassen. Anhänger der Linken, wird im November 1926 ausgeschlossen. Leiter des Leninbundes, spricht sich für die Einheitsfront der Arbeiter*innen gegen den Nazismus aus. 1933 emigriert, wird während der Moskauer Prozesse aus Schweden ausgewiesen, erhält kein Visum und stirbt dort).

Utzelmann, Peter (genannt Kempin) (geboren 1894 [-1972]).

Arbeiter*innensohn, Zimmermann. 1908 in der Jugend, 1912 in der Partei. 1915 in die Marine eingezogen, 1918 Mitglied der Volksmarinedivision, bei ihrer Gründung Mitglied der KPD(S) und ihres linksradikalen Flügels. Einer der Gründer*innen der KAPD und 1921 einer der Leiter*innen der Märzaktion in den Leuna-Werken. 1921 zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt; 1923 amnestiert, verlässt die KAPD ([1924-1926 in der KPD] 1928 in der SPD, Organisator der Roten Kämpfer, 1932 ausgeschlossen, von 1936 bis 1938 inhaftiert; bis 1950 wichtige Funktionen im Osten, dann geht er in den Westen).

Walcher, Jakob (geboren 1887 [-1970]).

Arbeiter*innensohn, Dreher. 1906 in der Partei. 1910-11 Schüler der Parteischule. Dann als Journalist in Stuttgart. 1914 in Stuttgart Organisator der Linken, dann der Spartakusgruppe, 1915 verhaftet, dann eingezogen. Vorsitzender des Gründungsparteitags der KPD(S), gewinnt gut die Hälfte der Unabhängigen in Stuttgart, 1920 Mitglied der Zentrale, Befürworter des Generalstreiks gegen Kapp, Mitglied der Streikleitung, Befürworter der Arbeiter*innenregierung. 1921 Sekretär der Zentrale und verantwortlich für die Gewerkschaftsarbeit, 1923 deutscher Vertreter bei der RGI, informiert Trotzki über die deutsche Lage.

(Als Rechter kaltgestellt; von 1924 bis 1926 in Moskau, 1928 ausgeschlossen. In der KPO, dann der SAP. 1933 emigriert, steht Trotzki eine Zeit lang nahe, distanziert sich dann von ihm und tritt dem Londoner Büro bei. 1939 in Frankreich interniert, erreicht er 1934 [tats. etwa 1940] die Vereinigten Staaten und beteiligt sich am Rat für ein demokratisches Deutschland. 1946 in den Osten zurückgekehrt, in die SED aufgenommen, 1949 aus allen Funktionen entlassen, dann aus der SED ausgeschlossen. 1956 rehabilitiert und wieder aufgenommen).

Wegmann, Paul (1889-1945).

Metallarbeiter in Berlin, vor dem Krieg in der Partei. 1917 mit R. Müller Organisator des Kreises der revolutionären Obleute und der USPD. im November 1918 Mitglied des Aktionsausschusses, dann des Vollzugsrats. im Dezember Sprachrohr der Linken auf dem Rätekongress. Anführer der Linken der Gewerkschaften und der Unabhän-

gigen Partei. 1920 in der VKPD. Tritt nach dem Rücktritt Levis in die Zentrale ein; in der Opposition mit Friesland und Malzahn, im Januar 1922 ausgeschlossen, kehrt im selben Jahr in die USPD und dann in die SPD zurück. [Nach anderen Angaben blieb er in der USPD, ab 1924 in Ledebours Sozialistischem Bund, erst 1927 in der SPD] (Spezialisiert auf Jugendprobleme bei der Berliner Stadtverwaltung, gab jede politische Tätigkeit auf; 1933 verhaftet [nach anderen Angaben im Widerstand, 1934, 1935-1940 und 1944-45 in Haft], in Bergen-Belsen an Typhus gestorben).

Wendel, Friedrich (1886-1960).

Sohn eines Tischlereiunternehmers, Drucker, 1907 in der Partei. Tritt während des Krieges in Berlin dem Spartakus bei, führt 1919 den linken Flügel der KPD(S). Mitbegründer der KAPD, sympathisiert mit dem Nationalbolschewismus, kehrt 1920 zur SPD zurück.

(sozialdemokratischer Journalist; geht während des Nationalsozialismus in den Untergrund; Angestellter der Stadt Kiel und Mitglied der SPD bis zu seinem Tod)

Westmeyer, Friedrich (1873-1916 [tats. 1917]),

Arbeiter, Parteisekretär in Stuttgart und Leiter der Radikalen Württembergs, persönlicher Freund Clara Zetkins und Rosa Luxemburgs. Organisiert 1914 den Widerstand, wird verhaftet, eingezogen, stirbt in einem Lazarett.

Weyer, Paul (1887-1943).

Arbeiter*innensohn, Schlosser. 1910 in der Partei, 1917 in der USPD, während er einer der Leiter*innen der revolutionären Obleute ist. Steht den Spartakist*innen nahe, bleibt 1919 in der USPD, unterstützt 1920 die VKPD. Linksradikaler, einer der Leiter*innen des Bezirks Berlin-Brandenburg.

(Tritt 1924 an die Spitze der Bewegung zum Austritt aus den Gewerkschaften. Im September 1924 ausgeschlossen. Später tritt er der SPD bei)

Winguth, Fritz (1892-1948).

Arbeiter*innensohn, Mechaniker. 1908 in der Jugend, 1912 der Partei. Organisator der Jugend und des Spartakus während des Krieges. 1917 stellvertretender Vorsitzender der USPD in Neukölln, Mitglied der revolutionären Obleute. 1919 Hauptamtlicher der Metallgewerkschaft. 1920 Im Zentralausschuss. 1921 als Anhänger Levis ausgeschlossen, folgt ihm in die USPD, dann in die SPD.

(Bis 1933 Sekretär der Metallgewerkschaft, 1933 Organisator einer Widerstandsgruppe bei Brass, 1945 im Osten tätig, wird aber nicht in die SED aufgenommen. [Nach anderen Angaben aufgenommen, wäre aber wieder ausgeschlossen worden, wenn er nicht 1948 gestorben wäre.]

Wolf, Felix (Nicolas Krebs, genannt Rakow, genannt Inkov) (1890-1937 ? [1936]).

Sohn eines in Russland ansässigen deutschen Arbeiters. Eisenbahner, 1917 Bolschewik: kommunistischer Organisator der Kriegsgefangenen. Im Dezember 1919 [tats. 1918] in Deutschland mit Radek. Funktionär der KI, kehrt im Februar 1921 mit Béla Kun zurück. 1922 aus Deutschland ausgewiesen.

(Diplomatischer Vertreter in Wien unter dem Namen Inkov [nach anderen Angaben 1925 Studium und nachrichtendienstliche Tätigkeit in den USA]. Mit der Opposition verbunden, [nach anderen Angaben 1928 erstmals verhaftet und ausgeschlossen, 1929 kapituliert und wieder aufgenommen], 1933 ausgeschlossen, 1937 [nach anderen Angaben 1936] verhaftet und hingerichtet).

Wolffheim, Fritz (? [1888]-1936 ? [1942]).

Journalist. 1912-13 Mitarbeiter des Organs der IWW in San Francisco. Arbeitet 1913 in Deutschland mit Laufenberg zusammen und führt mit ihm die Hamburger Linken während des Krieges. Theoretiker der industriellen »Unionen«, gehört der KPD(S) an und verteidigt dort die linksradikalen Theorien, die die Rolle der kommunistischen Partei in Frage stellen. Sprachrohr der ausgeschlossenen Opposition auf dem Heidelberger Parteitag. Kurze Zeit später wird er mit Laufenberg zum Propagierer nationalbolschewistischer Ideen. Von den Kommunist*innen beschuldigt, mit kappistischen Offizieren in Verbindung gestanden zu haben, die an ein »russisches Bündnis« gegen den Westen dachten. In der KAPD seit deren Gründung, im August 1920 ausgeschlossen. Mitbegründer des Bundes der Kommunisten, dann der Freien Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus mit nationalistischen Elementen. 1923 mit den Nazis verbunden.

(Leitet verschiedene Grüppchen und steht wahrscheinlich in Kontakt mit dem von Strasser geleiteten NS-Parteiflügel während des Nationalsozialismus, stirbt im KZ).

Wolfstein, Rosi (geb. 1888 [-1987]).

Tochter eines Kaufmanns, kaufmännische Ausbildung. 1907 in der Jugend, 1908 in der Partei. 1912-13 Schülerin Rosa Luxemburgs an der Parteischule. Aktivistin in der Jugend und in der Spartakusgruppe während des Krieges. 1917 in der USPD. 1918 Mitglied des Düsseldorfer Rates, Sekretärin des Gründungsparteitags der KPD(S). Ab 1921 ist sie Kandidatin der Zentrale.

(Ab 1924 widmet sie sich zusammen mit ihrem Mann Paul Frölich der Herausgabe der Werke Rosa Luxemburgs. 1929 ausgeschlossen. In der KPO, dann in der SAP. 1933 emigriert, von 1941 bis 1950 in die USA. bei ihrer Rückkehr nach Frankfurt in der SPD).

Wollenberg, Erich (geb. 1892 [-1973]).

Sohn eines Arztes, Medizinstudent. 1914 eingezogen: Leutnant, fünfmal verwundet. 1918 in der USPD. Kommandiert eine Abteilung revolutionärer Matrosen in Königsberg. 1919 einer der Kommandanten der Roten Armee in Bayern. Mehrmals verhaftet und geflohen. 1923 von Königsberg an die Ruhr versetzt, im Sommer politisch-militärischer Verantwortlicher des Südwestens.

(Militärstudium in Moskau und bis 1927 verschiedene Kommandos in der Roten Armee. Zurück in der UdSSR, wo er ab 1928 lehrt. 1931 illegaler Leiter der Roten Frontkämpferbundes in Deutschland, erneut verhaftet. Kritik an der Leitung: 1933 mit Felix Wolf ausgeschlossen. Emigriert 1934 nach Frankreich, arbeitet in verschie-

denen Anti-Nazi-Gruppen mit, wird 1940 verhaftet, kann fliehen, nimmt an der Résistance in Marokko teil, wird verhaftet, kommt nach der Landung der Alliierten frei. 1946 Presseoffizier der Vereinigten Staaten in Bayern, freier Journalist).

Wollweber, Ernst (1898-1967).

Sohn eines Bergarbeiters [nach anderen Angaben: Tischlers], Hafenarbeiter [nach anderen Angaben: Schiffsjunge], 1915 in der Jugend. 1916 eingezogen, Heizer, 1918 einer der Anführer des Kieler Matrosenaufstands. 1919 in der KPD. Ab 1921 Sekretär des Bezirks Hessen-Kassel [nach anderen Angaben: Hessen-Waldeck] und Mitglied des ZA. Organisator des Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer.

(Leitet ab 1932 den klandestinen Apparat, kontrolliert alle Verbindungen zwischen der Emigration und Deutschland von Kopenhagen, dann von Schweden aus, wo er 1943 [nach anderen Angaben 1940] verhaftet und in die UdSSR abgeschoben wird. 1945 in Ostdeutschland Mitglied der KPD, bis 1958 Leiter der Staatssicherheit und Mitglied des ZK).

Zaisser, Wilhelm (1893-1958).

Schullehrer an der Ruhr. Eingezogen, Leutnant, schließt sich 1918 mit seinen Männern den ukrainischen Partisanen an. Rolle im Militärapparat, vor allem 1920, 1921 und 1923 an der Ruhr.

(1924 Schüler an der Moskauer Militärpolitischen Schule. Bis 1930 Militärischer Berater Tschiang Kai-scheks in China. Kommandiert eine internationale Brigade in Spanien unter dem Namen General Gómez. In der UdSSR leitet er 1940 die politische Umerziehung deutscher Offiziere in einer »Antifa-Schule.« Mitglied der KPD und dann der SED, von 1950 bis 1953 Minister für Staatssicherheit der DDR. Entlassen nach dem Aufstand vom Juni 1953).

Zeigner, Erich (1886-1961 [tats. - 1949]).

Sohn einer bürgerlichen Familie, studiert Jura. 1908 stellvertretender Richter [nach anderen Angaben studiert er 1905-1913], 1917 bis 1919 eingezogen von. Gerichtspräsident [nach anderen Angaben erst Staatsanwalt, nach seinem Beitritt in die SPD Richter am Landgericht], tritt 1919 in die SPD ein. Leiter der Linken in Sachsen, wo er 1921 Justizminister ist, Anhänger des Bündnisses mit den Kommunist*innen. Im April 1923 Ministerpräsident von Sachsen, bringt die Kommunist*innen im Oktober in eine Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung. Prangert die Aktivitäten der Reichswehr an. Von der Reichswehr abgesetzt und inhaftiert.

(Nach seinem Prozess nimmt er seine Funktionen als Richter wieder auf [nach anderen Angaben bis 1925 in Haft, dann Lehrer an der Bundesschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, 1928-1933 Journalist]. Wird 1933 entlassen und wird Buchhalter [1933, 1939 und 1944 inhaftiert]. 1946 Oberbürgermeister von Leipzig, geehrt als Wegbereiter durch die SED, dessen Mitglied er ist).

Zetkin, Clara (Clara Eißner, Ehefrau Zundel) (1857-1933).

Tochter eines Schullehrers, Lehrerin, wird von dem Russen Ossip Zetkin, den sie heiratet [tatsächlich ist sie nicht mit ihm verheiratet, weil sie dadurch ihre Staatsbürgerschaft verloren hätte, nennt sich aber Zetkin] und der 1889 stirbt, für den Marxismus gewonnen. Emigriert von 1880 [nach anderen Angaben 1882] bis 1890, arbeitet am »Sozialdemokrat« mit und macht 1889 auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale den Bericht über die Frauenarbeit. Sekretärin des Frauensekretariats der Internationale, Gründerin und Chefredakteurin der »Gleichheit«, ist sie eine der bekanntesten Gestalten der internationalen Bewegung und der deutschen Linken. Ab August 1914 Mitglied des internationalistischen Kerns, wird nach der Berner Konferenz verhaftet und 1916 [tats. 1917] aus der Gleichheit entlassen. In der USPD erklärt sie sich 1917 als Spartakistin mit den Bolschewiki solidarisch. Sie ist nicht auf dem Gründungsparteitag der KPD(S), der sie nur wenige Monate später beitrete. Abgeordnete, Mitglied der Zentrale, unterstützt 1921 Levi und 1924 Brandler.

(Wegen ihres Ansehens trotz ihrer offensichtlichen Meinungsverschiedenheiten in der Partei gehalten, lebt ihre letzten Jahre in Moskau, wo sie mit der bucharinistischen Rechten sympathisiert. Hält die Eröffnungsrede des Reichstages im August 1932 in Form eines heftigen Angriffs auf den Nationalsozialismus. Stirbt in Moskau).

Bibliografische Anmerkung

Diese Einträge basieren auf den folgenden Werken:

Osterroth, Franz, Biografisches Lexikon des Sozialismus, Bd. I. Verstorbene Persönlichkeiten.

Bock, Hans Manfred. Syndikalismus und Linkskommunismus, biografischer Anhang, S. 427-444.

Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, biografischer Anhang, S. 362-371.

Tjaden, Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO), biografischer Anhang, S. 2-13, 2. Teil; Anmerkungen, S. 78-84, 88-92, 93, 96, 105, 106, 114-117, 121-122, 124, 126, 130, 132, 141-143, 150, 157.

Weber, Hermann, Der Gründungsparteitag der K.P.D., biografischer Anhang, S. 313-345.

Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Band II »Biografien von 504 Funktionären des KPD-Führungskorps« pp. 57-353.

Wir haben für die Abgeordneten auch auf die Anmerkungen zurückgegriffen in:

Die Nationalversammlung in Wort und Bild, Stuttgart, 1919.

Reichstagshandbuch, 1920, 1924 und 1928.

Schwarz, Max, MdR. Biografisches Handbuch des Reichstages, Hannover, 1965.

Wir haben aus dem Osten genutzt die »SBZ-Biografie« 1958 und die Chronik »Erinnerungen« der BzG.

Eigene Recherchen

Bibliografie

A. — Bibliografien

Bibliografie zur Geschichte der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Bd. II, Deutschland, Teil I, KPD (Gründung bis 1946) und SED (Ost-Berlin, IML), 531 S., Matrizendruck.

Bibliografie zur Geschichte der Novemberrevolution, Ost-Berlin (IML), 1959, 292 + 70 S., Matrizendruck.

Colloti, Enzo, Die Kommunistische Partei Deutschlands 1918-1933. Ein bibliografischer Beitrag, Milano, 1961, 217 S.

Eberlein, Alfred, Die Presse der Arbeiterklasse und der soziale Bewegung, Berlin, 4 Bände, 1968-1969, 2122 S.

Farbman, N[ikolai] W[ol'fowitsch] [Фарбман, Н. В.], »Isutschenije w SSSR noweschej istorii germanskowo rabotchewo dwischenija (Obsor literatury)« [Изучение в СССР новейшей истории германского рабочего движения. (Обзор литературы), Forschung in der UdSSR über die neuesten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. (Literaturübersicht)], in Germanskoje rabotscheje dwischenije w powoje wremija [Германское рабочее движение в новейшее время], Moskau, 1962 Seite 282-303.

Herting, Günter, Bibliografie zur Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919-1934, Ost-Berlin (IML), 1960, 200 S.

Procacci, G., »L'Internazionale Comunista dal I al VII Congresso 1919-1935«, Annali, Milano, 1958, S. 283-315.

Sworakowski, Witold, The Communist International and its Front Organisations. A Research Guide and Checklist of Holdings in American and European Libraries, Stanford, 1965, 493 S.

B. — Fachzeitschriften

Annali, herausgegeben vom Institut Feltrinelli, Milano.

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (Hg. Carl Grünberg), Leipzig, 1911-1930.

Archiv für Sozialgeschichte, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover.

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus, Ost-Berlin. (abgekürzt: BzG.)

International Review of Social History, herausgegeben vom Internationaal Instituut

voor Sociale Geschiedenis/International Institute of Social History, Amsterdam.
 Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bulletin, herausgegeben im Auftrag der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, West-Berlin.
 Le Mouvement social, herausgegeben vom Institut français d'histoire sociale, Paris.
 Rivista Storica del Socialismo, Milano.
 Survey. A Journal for Soviet and East European Studies, London.
 Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, herausgegeben im Auftr. des Instituts für Zeitgeschichte, München
 Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl Marx Universität, Leipzig.
 Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg, Halle.
 Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Ost-Berlin (abgekürzt: ZfG).
 Woprosy Istorii KPSS [Вопросы истории КПСС], herausgegeben von IML, Moskau

C. — Archive

a) Privatarhive

Paul-Levi-Archiv, Buttinger Library, New York. Hauptordner:
 P. 7 Dokumente über den III. KI-Kongress.
 P. 19-1 Rundschreiben der KPD(S), 11. Juni 1919.
 P. 19-2 Brief an alle, von Levi, 28. November 1919.
 P. 40 Dokumente betreffend Levis Ausschluss aus der VKPD.
 P. 50-4 Manuskript: Wer wollte der Januarputsch?, von Levi.
 P. 50-6 Rundschreiben KPD(S) Nr. 2, und 13 Juni 1919 (3?).
 P. 50 Dokumente über die Spaltung der PSI.
 P. 54 Dokumente und Berichte über den Kapp-Putsch.
 P. 55 Korrespondenz zwischen Levi, Radek, Lenin, 1919-1921.
 P. 55-9 Protokoll der Konferenz der KPD(S) im August 1919.
 P. 63 Korrespondenz zwischen Levi, Lenin, Cl. Zetkin, 1921.
 P. 64 Materialien zur Krise der VKPD 1921.
 P. 70 Materialien zum VKPD-Kongress in Jena (1921).
 P. 83-6 Notizen zum III. Kongress des KI
 P. 83-9 Bericht über die Kaderversammlung des Bezirks Berlin, 7. April 1921.
 P. 88 Dokumente über die Krise der italienischen Partei.
 P. 89-6 Korrespondenz Levis mit Brass, Franken, Wegmann (1921).
 P. 113 Dokumente und Materialien über die Märzaktion und den III. KI-Kongress.
 Korrespondenz mit Warski und Cl. Zetkin über das Manuskript Rosa Luxemburgs.
 P. 124 Dokumente zum II. KI-Kongress

- P. 124- 8 Bericht Levis an den II. Kongress über die KPD(S).
 P. 125 Dokumente über die Gründung der KPD(S).
 P. 126 Dokumente über die Anfänge der KI.
 P. 126-6 Levis Bericht über den II. KI-Kongress.
 P. 129-3 KPD(S)-Rundschreiben, Nr. 5 (o.J.), Nr. 6 (2. Dezember 1919), Nr. 11 (Januar 1920).
 P. 129-4 Manuskript: Geschichte der Partei, von Levi.
 P. 129- 8 Rundschreiben KPD(S), Nr. 19 (11. August 1920), Nr. 20 (5. Oktober 1920).
 [Wie bereits in der Einleitung zu Band 1 erklärt, befindet sich das Archiv inzwischen im Archiv für soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Umzug hatte zur Folge, dass die Archivbestände, die in den USA in »Paketen« organisiert waren, jetzt in »Mappen« und »Boxen« aufgeteilt ist.«]

b) Öffentliche Archive

- Sammlung des St-Antony's College von Berichten des deutschen Außenministeriums; »Akten betreffend den russischen Bolschewik Karl Radek (Sobelsohn)«, Film Nr. 38.
 Bundesarchiv, Koblenz: Akten Reichskanzlei, »Akten betreffend Kommunistische Partei«, Bände 1 bis 6.
 Staatsarchiv, Düsseldorf. Akten Nr. 16 681 bis 15 692.
 Staatsarchiv, Bremen: Akten 2E - 3 K 13 - 4 13 - 4 49.

c) Parteiarchive

Wir hatten keinen Zugang zum Archiv der KPD im Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED in Ost-Berlin (IML-ZPA), und wir konnten nur über Auszüge oder seltene Fotokopien verfügen. Es sei darauf hingewiesen, dass sich dort folgende Akten befinden:

- Protokolle der Sitzungen des Zentralaussschusses (ZA).
 2/1, ZA vom 27. 1. 1921.
 2/2, ZA vom 22.-24. 2. 1921.
 2/3, ZA vom 16.-17. 3. 1921.
 2/4, 2/5, ZA vom 7.-8. 4. 1921.
 2/6, ZA vom 3./5. 5.1921.
 2/7, ZA vom 2.-3. 8.1921.
 2/8, 2/8/1 und 2/8/2, ZA vom 16.-17.11.1921, und ein Brief von Radek vom 10.11.1921.
 2/13, 2/14, ZA von 1923.
 Protokolle der Zentrale und des Polbüros.
 3. Zentrale vom 18.8.1921, mit Heckerts Bericht über den III. Kongress der KI.

- 3/1, Zentrale vom 24. 5. 1921 bis 21. 12. 1921.
 3/2, Zentrale vom 7. 12. 1921 bis 15. 2.1922.
 3/1/5, Polbüro von September bis Dezember 1921.
 3/1/6, Zentrale von 1922.
 3/1/7, 3/1/22, 3/1/27, Zentrale von 1923.
 3/1/14, Stenogramm des Brandler-Prozesses.
 3/1/15, Polbüro vom 12/16. 9.1921.
 3/1/16, Bericht der Zentrale an die Exekutive über organisatorische Fragen.
 3/1/17, Politischer Bericht der Zentrale an die Exekutive für den Zeitraum 1921 bis 1922.
 3/1/25, Rundschreiben der Zentrale (1921).
 3/1/27, Rundschreiben der Zentrale (1923).
 3/2/2, Zentrale (1922).
 3/2/39, Rundschreiben zur Organisation 1922.
 3/2/40, Rundschreiben zur Organisation 1923.
 3/3, Zentrale im Jahr 1923 (12.-16. 9.1923, 12.10.1923).
 3/8, Zentralausschuss von November 1921.
 3/10, Berichte aus den 22 Bezirken über den Generalstreik und den Kampf gegen Kapp.
 539, Sitzung der Exekutive der KI am 22./23. 2. 1921.
 538, Rundschreiben Nr. 1, 1921, der Zentrale.
 10/14, Bericht von Curt Geyer über die Exekutive an die Zentrale.
 12/198, Rundschreiben Nr. 2, 1921, der Zentrale.
 15/1/144, Brief an die Zentrale von den Bezirksleitern von Dresden und Chemnitz, 7. 5. 1923.
 17/1/151, Berichte der Führer des Bezirks Zwickau (1923).
 [Die Bestände befinden sich inzwischen mit geänderter Signatur im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde]
 Im »Fonds KPD« des IML in Moskau befinden sich die fehlenden Informationen über das Jahr 1923 unter der Signatur F 495/19/70.

D. — Protokolle der Parteitage

a) USPD

Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitags der USPD 1917 in Gotha. Anhang: Bericht über die gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe von 7.1.1917 in Berlin, Berlin, 1921, 129 S. (Abgekürzt: Protokoll USPD 1917)

Unabhängige Sozialdemokratische Partei: Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags in Leipzig, vom 30. November bis 6. Dezember 1919, Berlin, o.J., 560 S.

[Protokoll der Reichskonferenz vom 1. bis 3. September 1920 in Berlin, Berlin, o. J., 224 Seiten.]

Unabhängige Sozialdemokratische Partei : Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags in Halle, vom 12. bis 17. Oktober 1920, Berlin, 1920, 310 S. (Abgekürzt: Protokoll USPD Halle.)

b) KPD(S), VKPD, KPD

Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, Berlin o.J. (1919), 56 S. (Abgekürzt: Bericht 1...)

Der Gründungsparteitag der KPD Protokoll und Materialien (zusammengestellt und präsentiert von Hermann Weber, basierend auf Dokumenten aus dem Archiv Paul Levis). Frankfurt/M., 1969, 346 S. (Abgekürzt: Der Gründungsparteitag.)

Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, o.O. (Berlin), o.J. (1919), 68 S. (Abgekürzt: Bericht 2...)

Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 25. und 26. Februar 1920, o.O. (Berlin), o.J. (1920), 90 S. (Abgekürzt: Bericht 3...)

Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 14. und 15. April 1920, o.O. (Berlin), o.J. (1920), 110 S.

Bericht über den 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), vom 1. bis 3. November 1920 in Berlin, Berlin, 1921, 196 S. (Abgekürzt: Bericht 5...)

Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitags der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund) abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1921, Berlin, 1921, 334 S.

Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion des Kommunistischen Internationale), abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin, 1922, 454 S. (Abgekürzt: Bericht II (7)...)

Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), abgehalten in Leipzig von 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin, 1923, 454 S. (Abgekürzt: Bericht III (8)...)

[Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, Essen, 2.-7. März 1927, Berlin, 1927, 424 S.]

c) Internationale

Der I Kongress der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis 19. März 1919, Hamburg, 1921, 202 S.

Der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg, 1921, 798 S. (Abgekürzt: Protokoll des II...)

Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg, 1921, 1 086 S. (Abgekürzt: Protokoll des III...)

Protokoll des vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd-Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg, 1923, 1 088 S. (Abgekürzt: Protokoll des IV...)

Protokoll des fünften Kongresses der Kommunistischen Internationale (17. Juni bis 8. Juli in Moskau), Hamburg, ²Erlangen 1973, 2 Bände 1925, Band 1 584 S., Band 2 Seiten 585 - 1067

Protokoll der internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922, Wien, 1922, 52 S.

Rasschirenji plenum Ispolnitel'nogo komiteta Kommunistitscheskogo Internatsionala (12-23 Ijunja, 1923 goda [Расширенный пленум Исполнительного комитета Коммунистического Интернационала (12-23 июня 1923 года)], auf Deutsch: Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der KI, Moskau, 12-23 Juni 1923

[Ausländische Parteitage und Parteikonferenzen

Protokoly X s'ezda RKP(b) [Протоколы X съезда РКП(б)], Moskau 1933, 955 S.

XV Konferenzija vsesojusnoi kommunistitscheskoi partii (b). Stenografitscheskij Otschet [XV Конференция всесоюзной коммунистической партии(б). Стенографический отчет] Moskau und Leningrad 1927 845 S.

Resoconto stenografico del XVII Congresso Nazionale del Partito Socialista Italiano, Milano 1963, 487 S.]

d) Gewerkschaften

Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Nürnberg Juni-Juli 1919, Berlin, 1919, 699 S.

Protokoll der Verhandlungen des 11. Kongresses der Gewerkschaften (1. Bundestag der ADGB), Leipzig, Juni 1922, Berlin, 1922, 640 S.

Die vierzehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart 1919, Stuttgart, 1919, 447 S.

Die fünfzehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Jena 1921, Stuttgart, 1921, 478 S.

Verband der Deutschen Buchdrucker. Protokoll der 10. Generalversammlung, Juni 1920 in Nürnberg, Berlin, 1920, 335 S.

Verband der Deutschen Buchdiucker. Protokoll der 11. Generalversammlung, Juli

1922 zu Leipzig, Berlin, 1922, 239 S.

e) Räte

Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Räte Deutschlands, vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin, Stenografischer Bericht, Berlin o.J. (1919), 216 S.

f) Parlamentsdebatten

Verhandlungen des Reichstages. XIII Legislaturperiode. II. Session. Stenografischer Bericht, Berlin, 1914-1918 (Abgekürzt: Stenografische Berichte...)

Verhandlungen des Reichstages. I. Wahlperiode 1920, Bände 306 bis 310, 340 bis 351. (Abgekürzt: Verhandlungen des Reichstages.)

Verhandlungen des Sächsischen Landtags. 2 Wahlperiode, Bände I und II.

E. — Zeitungen, Bulletins, zeitgenössische Zeitschriften

Die Aktion, Hg. Franz Pfemfert, Berlin-Wilmersdorf 1918 (7. Jahrgang), 1923.

Arbeiterpolitik, Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, Bremen, 1916-1919.

Der Arbeiterrat. Organ der Arbeiterräte Deutschlands. Berlin, 1919-1920.

Bote der Russischen Revolution. Organ der ausländischen Vertretung des ZK der SDAPR(B) Nr. 1 bis 11 (15. September - 28. November 1917).

Bulletin communiste. Organe du comité de la III^e Internationale (1920), puis du parti communiste S.F.I.C., 1921-1923.

Bulletin des IV. Kongress der Kommunistischen Internationale, Moskau, 1922, Nr. 1-31 (11. November - 12. Dezember).

Bulletin der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 1922, Nr. 1-16, 8.-26. Juni 1923.

La Correspondance internationale, édition française du Bulletin d'information de l'I.C., 1920 [1921] - 1923, siehe Internationale Presse-Korrespondenz. (Abgekürzt: Corr. Int. [deutsche Ausgabe abgekürzt: Inprekorr])

Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin, 1918-1919, dann: Correspondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, 1920-1923.

Deutsche Allgemeine Zeitung, Tageszeitung (Stinneskonzern), Berlin, 1918 (47. Jahrgang) - 1923.

Das Forum, Monatszeitschrift herausgegeben von W. Herzog, Berlin, 1919 (2. Jahrgang). 1920.

Freiheit, Berliner Organ der USPD, dann tägliches Zentralorgan vom 15. November

1918 bis 30. September 1922.

Graphischer Block, Organ der Gewerkschaft der grafischen Industrie, Nr. 6, 1. September 1919-1920.

Hamburger Volkszeitung, Hamburger Tageszeitung der USPD, dann der KPD, 1919-1923.

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Nr. 1, 15 April 1915, erschien wieder am 30. Mai 1919 als theoretisches Organ der KPD, Berlin, 1919-1923.

Die Internationale, Zentralorgan der USPD (Linke), Tageszeitung der USPD-Linken, Berlin, 27 Oktober - 31 Dezember 1920, Organ der VKPD vom 8. bis 31. Dezember. Internationale Presse-Korrespondenz (Inprekorr), deutsche Ausgabe des Bulletin der Komintern, Berlin, 1921-1923.

Die Junge Garde, Wochenzeitung des Kommunistischen Jugendverbandes, mit verschiedenen Untertiteln: Zentralorgan der SJD (vom 27. November 1918 bis August 1919), der FSJD (September 1919 bis Oktober 1920), der KJD (Oktober 1920 bis Januar 1921), der KJD, Sektion der Kommunistischen Jugendinternationale ab Anfang Januar 1921, Berlin, 1918-1923.

Die Junge Genosse. Internationale Zeitung für Arbeiterkinder. Herausgegeben von der Exekutive der KJI, Berlin, 1921-1923.

Jugend-Internationale. Kampf-Organ der Kommunistischen Jugend-Internationale. Monatszeitschrift von Juni 1919 bis 1923.

Der Kämpfer. Organ der KPD, Bezirk Sachsen, Chemnitz, 1919-1922.

Kommunismus. Zeitschrift der Kommunistischen Internationale für die Länder Südosteuropas; dann Zeitschrift der KI (19 Juni 1920-16 Oktober 1920), Wien, 1920-1921.

Der Kommunist. Flugblattzeitung der Internationalen Kommunisten Deutschlands, Bremen, 1918-1920.

Die Kommunistin. Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands. Stuttgart, von Mai 1919 bis 1923.

Kommunistische Arbeiterzeitung. Organ der KAPD, Berlin, 1921-1922.

Der Kommunistische Gewerkschafter. Wochenzeitung für die Tätigkeit der Kommunisten in der Gewerkschaften und Betriebsräten, ab September 1921, für die Kommunisten in der etc., Berlin, 1921-1923.

Die Kommunistische Internationale, Organ des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, Petrograd, dann Moskau, 1919-1923 (französische Ausgabe, L'Internationale communiste; russische Ausgabe: Kommunistitscheskij Internatsional [Коммунистический Интернационал]).

Kommunistische Partei-Korrespondenz, Leipzig, Berlin, Nr. 1-13, 15. April - 10. Juli 1919; zweimal monatlich vom 18. Oktober 1921 bis August 1923.

Kommunistische Räte-Korrespondenz, wöchentlich, Mai 1919 - Dezember 1920.

Kommunistische Rundschau, herausgegeben von Däumig, Stoecker, Geyer, USPD (Linke), Berlin, Nr. 1 - 6 Oktober-Dezember 1920.

Leipziger Volkszeitung, Leipziger Tageszeitung der USPD, dann der VSPD, 1917-1923.

Moscou, französischsprachiges Organ des 4. Kongresses der Komintern, Moskau, 1922 Nr. 1-44, 11. November – 12. Dezember.

Der Parteiarbeiter. Monatsschrift für die Praxis revolutionärer Organisationsarbeit (Zeitschrift für Kader der KPD), August 1923.

Ruhr-Echo, Essener Tageszeitung der USPD, dann der KPD, 1919-1923.

Die Rote Fahne, Zentralorgan des Spartakusbundes, dann der KPD(S), der VKPD und schließlich der KPD, Berlin, 1918-1923.

Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 1918-1923.

Sozialistische Politik und Wirtschaft, Organe der sozialdemokratischen Linken, Hg. Paul Levi, Berlin, 1923-1928 (abgekürzt: SPW),

Sozialistische Republik, Kölner Tageszeitung der USPD, dann der KPD, 1923.

Spartakusbriefe, Neuauflage durch das IML des Zentralkomitee der SED, Berlin, 1958, 475 S.

Unser Weg (Sowjet). Zeitschrift für Kommunistische Politik. (Von Mai bis Juni 1921: Sowjet. Kommunistische Zeitschrift. Zweimal monatlich, Berlin, 1922 (3. Jahrgang)-1922.

Vom Bürgerkrieg, illegales Organ herausgegeben von E. Schneller, Berlin, 1923, Nr. 1-4.

Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Tageszeitung der SPD, 1917-1923.

Vossische Zeitung, Tageszeitung, 1918-1923.

F. — gedruckte Dokumente

Beinert, Heinz, Zum 50. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Eine Dokumentation der Liebknecht-Luxemburg-Gesellschaft, Ost-Berlin, 1968, 81 S.

Bericht der Exekutive der Kommunistischen Internationale (15. Dezember 1922 - 15. Mai 1923), Moskau, 1923, 82 S.

Bericht über die Tätigkeit der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom Vierten bis zum Fünften Weltkongress, Hamburg, 1924, 114 S.

Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der Kommunistischen Internationale für die Zeit vom 6. März bis 11. Juni 1922, Hamburg, 1922, 142 S.

Beschlüsse des zweiten Parteitages der KPD abgehalten vom 22. bis 26. August im Jena, Berlin, 1921, 39 S.

Über die Bildung der kommunistischen Zellen und Arbeitsgruppen, Hamburg, 1921, 16 S.

Die Bildung der linkssozialdemokratischen Regierung in Sachsen. Eine Materialzusammenstellung, Berlin, 1923, 58 S.

[Borchardt, Julian, *Revolutionshoffnung!* (2. Aufl., 1917), 7 S. nicht konsultiert.

Brammer, Karl (Bearb.), *Der Prozess des Reichspräsidenten*, Berlin, 1925, 206 S.]

Degras, Jane, *The Communist International 1919-1943. Documents. Band I, 1919-1923*, London, 1956, 463 S. ; *Band II, 1923-1928*, London, 1960, 584 S.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II (1914-1945): Band I, Juli 1914 - Oktober 1917, Ost-Berlin, 1958, 760 S. ; *Band II, November 1917 - Dezember 1918*, 1957, 770 p. ; *Band III, Januar 1919 - Mai 1919*, 1958, 500 S. ; *Band VII, Teilband 1, Februar 1919 - Dezember 1921*, 1966, 651 S. ; *Teilband 2, Januar 1922 - Dezember 1923*, 1966, 523 S. (Abgekürzt: Dok. u. Mat.)

Der Dolchstoßprozess in München, Oktober-November 1925. Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes. Zeugen und Sachverständigenaussagen. Eine Sammlung von Dokumenten, München, 1925. 560 S.

Drahn, Ernst und Leonhard, Susanne, *Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschlands während des Weltkrieges*, Berlin, 1920, 200 S.

[Ebert, Friedrich, *Schriften, Aufzeichnungen, Reden, Band 1*, Dresden, 1926, 384 S.]

Die Enthüllungen zu den Märzkämpfen: Enthülltes und Verschwiegenes, Halle, 1922, 40 S.

Gankin und Fisher, *The Bolsheviks and The World War; The Origins of the Third International*, Stanford, 2. Aufl., 1960, 856 S.

Grünberg, Carl, *Die Internationale und der Weltkrieg I, Vor dem Kriege und während der ersten Kriegswochen*, Leipzig, 1916, 318 S.

Hannover-Drück, Elisabeth und Hannover Heinrich, *Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens*, Frankfurt/M., 1965, 185 S.

Hausmann, Arno, *Morgenrot über der Spree. Feuilletons und Reportagen aus der Berliner Arbeiterpresse 1918-1933*, Ost-Berlin, 1933, 185 S.

Jahrbuch für Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, 1922/1923, Hamburg, 1923, XXVII, 1108 S.

Jahrbuch für Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, 1923/1924. Hamburg 1924, XL, 926 S.

[Höhle, Thomas, Franz Mehring. *Sein Weg zum Marxismus 1869-1891*. 2. Auflage, Berlin, 1958, 512 S.]

Kolb, Eberhard (unter Mitwirkung von R. Rürup), *Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, 19. Dezember 1918-8. April 1919, vom ersten zum zweiten Rätekongress*, Leiden, 1968, 830 S. (Abgekürzt: Der Zentralrat.)

Könnemann, Erwin, »*Protokolle Albert Südekums aus den Tagen nach dem Kapp-Putsch*«, BzG, 1966, Nr. 2, S. 262-278.

Lay, K., Appelle einer Revolution. Das Ende der Monarchie. Das revolutionäre Interregnum. Die Rätezeit. Dokumente aus Bayern zum Jahr 1918/1919, München, 1968, 125 S.

Der Ledebour-Prozess. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr ... vor dem Geschworenengericht Berlin Mitte Mai-Juni 1919. Auf Grund des amtlichen Stenogramm, Berlin, 1919, 831 S.

Die Lehren des deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage [Januar] 1924, Hamburg, 1924, 120 S. (Abgekürzt: Die Lehren...)

Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum zweiten Kongress, Hamburg, 1920, 379 S.

Matthias, Erich und Morsey, Rudolf, Die Regierung des Prinzen Max von Baden, Düsseldorf, 1962, 784 S.

Matthias, Erich und Pikart, Eberhard, Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, Düsseldorf, 1966, 2 Bände, Band II, 600 S.

Matthias, Erich (Mitwirkung Rudolf Morsey), Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/1918, Düsseldorf, 1967, 1,624 p.

Matthias, Erich (bearbeitet von Susanne Miller und H. Potthoff), Die Regierung der Volksbeauftragten 1918-1919, Düsseldorf, 1969, Band I, 408 S., Band II, 400 S.

Der Meuchelmord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (Tatsachenmaterial), KPD(S), o.O., o.J.), 16 S.

Michaelis H. und Schraepler E., Ursachen und Folgen: vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur Staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Berlin, Groß-Oktav : Band I, Die Wende des ersten Weltkrieges und der Beginn der innerpolitischen Wandlung (1916-1917), 1958, 454 S.; II, Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs, 1958, 594 S.; III, Der Weg in die Weimarer Republik, 1958, 628 S. ; IV, Die Weimarer Republik. Vertragserfüllung und innere Bedrohung 1919-1922, 1960, 439 S. ; V, Die Weimarer Republik. Das kritische Jahr 1923, 1960, 571 S.

Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Zusammenfassende Darstellung des gesamten Untersuchungsmaterials mit ausführlichen Prozessberichten, Berlin, 1920, 115 S.

Neuberg, A., Der bewaffnete Aufstand. Versuch einer theoretischen Darstellung, Zürich, 1928, Nachdruck Frankfurt a. M., XXV, 304 S., franz. Übers., Paris, 1970, L'Insurrection armée, 284 S.

Die proletarische Einheitsfront. Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale und der Exekutive der Roten Gewerkschafts-Internationale (Moskau, 1. Januar 1922). Leitsätze über die Einheitsfront (einstimmig angenommen von der Exekutive der Kommunistischen Internationale am 28. Dezember 1921), o.O., 1922, 25 S.

Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Interna-

- tionale (Moskau 12.-23. Juni 1923), Hamburg, 1923, 336 S.
- Ritter, Gerhard A. und Miller, Susanne, Die deutsche Revolution 1918-1919, Frankfurt/M., 1968, 380 S.
- Schmölze, Gerhard (Hg.), Revolution und Räterepublik in München 1918/1919 in Augenzeugenberichten, Düsseldorf, 1969, 426 S.
- Schneider, Dieter und Kuda, Rudolf, Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente, Frankfurt/M., 1968, 173 S.
- Schulthess Europäischer Geschichtskalender, München, 1919, 616 S., 1920, 416 S., 1921, 680 S., 1922, 881 S., 1923, 718 S.
- Stern Leo, Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, Ost-Berlin, 1959, 4 Bände, 2031 S.
- Stresemann, Gustav, Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, Hg. von H. Bernhard, Band I, Vom Ruhrkrieg bis London, Berlin, 1932, 643 S.
- Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals : Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922. Hamburg 1922, 175 S.
- Die Tätigkeit der Exekutive und des Präsidiums der Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vom 13. Juli 1921 bis 1. Februar 1922, Petrograd, 1922, 410 S.
- Tiwel', A., Pjat' let Kominterna v reschenijach i tsifrach [Тивель, А., Пять лет Коминтерна в решениях и цифрах], Moskau, 1924, 123 S.
- Weber, Hermann, Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln, 1963, 629 S.
- Weber, Hermann, Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover, 1966, 416 S.
- Der Weg der Revolution, Berlin, 1920, 20 S. (Brief Lenins, Rundschreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Nachwort Thalheimers)
- Zeman, Z.A.B., Germany and the Revolution in Russia 1915-1918, Documents from the Archives of the German Foreign Ministry, London, 1958, 157 S.

G. — Biografien

- Becher, Johannes, R., Walter Ulbricht. Ein deutscher Arbeitersohn, Ost-Berlin, 1958, 228 S.
- Beradt, Charlotte, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt/M., 1969, 156 S.
- Besson, Waldemar, Friedrich Ebert. Verdienst und Grenze, Göttingen, 1963, 94 S.
- Brandt, Willy, und Lowenthal, Richard, Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine Politische Biografie, München, 1957, 760 S.
- Bredel, Willi, Ernst Thälmann. Ein Beitrag zu einem politischen Lebensbild, Ost-Berlin, 1950, 168 S.

- [Chatel, Nicole und Guérin, Alain, *Camarade Sorge*, Paris, 1965, 380 S.]
- Dahlem, Franz, »Warum er 'Genosse Zelle' hieß« (über Ulbricht), *BzG*, 1963, Nr. 2, S. 264-270.
- Deutscher, Isaac, *Trotsky*, vol. III, *The Prophet Unarmed*, London, 1959, 490 S.
- Dornemann, Luise, *Clara Zetkin ; ein Lebensbild*, Ost-Berlin, 1959, 457 S.
- Erpenbeck, Fritz, *Wilhelm Pieck. Ein Lebensbild*, Ost-Berlin, 1951, 172 S.
- Frölich, Paul, *Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat*, Paris, 1939, 269 S., [3. Ausgabe, Frankfurt am Main, 1967, 374 S.]; franz. Übers. *Rosa Luxemburg*, Paris, 1965, 390 S.
- Gross, Babette, *Willi Münzenberg. Eine politische Biografie*, Stuttgart, 1967, 352 S.
- Gruber, Helmut, »Levi and the Comintern«, *International Communism in the era of Lenin*, S. 391-407.
- Gruber, Helmut, »Paul Levi and the Komintern«, *Survey*, Nr. 53, Oktober 1964, S. 70-85
- Hammer, Franz, *Theodor Neubauer. Ein Kämpfer gegen den Faschismus*, Ost-Berlin, 2. Aufl., 1967, 204 S.
- Hohendorf, Gerd, *Revolutionäre Schulpolitik und marxistische Pädagogik im Lebenswerk Clara Zetkins*, Ost-Berlin, 1962, 196 S.
- Ilberg, Hanna, *Clara Zetkin. Aus dem Lehren und Wirken einer großen Sozialistin*, Ost-Berlin, 1956, 220 S.
- Kerff, Willy, *Karl Liebknecht 1914 bis 1916. Fragment einer Biografie*, Ost-Berlin, 1967, 337 S.
- Kießling, Wolfgang, *Ernst Schneller. Lebensbild eines Revolutionärs*, Ost-Berlin, 1960, 243 S.
- Kotowski, Georg, *Friedrich Ebert. Eine politische Biografie. Band I : Der Aufstieg eines deutschen Arbeiterführers 1871-1917*, Wiesbaden, 1963, 280 S.
- Ledebour, Minna, *Georg Ledebour. Mensch und Kämpfer*, Zürich, 1954, 169 S.
- Leipart, Theodor, *Carl Legien. Ein Gedenkbuch*, Berlin, 1929, 187 S.
- Lerner, Warren, *Karl Radek. The Last Internationalist*, Stanford, 1970, 240 S.
- [Marchlewski, Julian, *Dem Gedenken Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches. (Aus persönlichen Erinnerungen.)*. *Kommunistische Internationale*, Nr 3, 1919, S. 385-398
franz. Übers. »A la mémoire de Rosa Luxembourg et de Léon Tychko (Jogiches)«, *Bulletin Communiste*, Nr. 3, 20. Januar 1921, S. 40-45]
- Maslowski, Peter, *Thälmann*, Leipzig, 1932, 94 S.
- Mehnert, Wolfgang, *Der Beitrag Edwin Hoernles zum schulpolitischen und pädagogischen Kampf der KPD in der Zeit der Weimarer Republik (1919-1929)*, Ost-Berlin, 1958, 176 S.
- Meyer, Karl W., *Karl Liebknecht : Man without a Country*, Washington. 1957, 180 S.
- Müller, Sonja, *Theodor Neubauer*, Ost-Berlin, 1964, 127 S.
- Nettl, J. P., *Rosa Luxemburg*, 2 Bände, London, 1966, 984 S.
- Oelssner, Fred, *Rosa Luxemburg, eine kritische biografische Skizze*, Ost-Berlin, 1951, 218 S.

- Ossietzky, Carl von, »Paul Levi«, Die Weltbühne, Nr. 8, 18 Februar 1930, S. 280-282.
- Osterroth, Franz, Biografisches Lexikon des Sozialismus, Band I, Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover, 1960, 368 S. + 35.
- [Roland-Holst Van der Schalk, Henriette, Rosa Luxemburg. Ihr Leben und Wirken, Zürich, 1937, 223 S.]
- Schleifstein, Joseph, Franz Mehring. Sein marxistische Schaffen 1891-1919, Ost-Berlin, 1959, 356 S.
- Schumacher, Horst, Sie nannten ihn Karski, Ost-Berlin, 1964, 194 S.
- Schumacher, Horst, und Tych, Feliks, Julian Marchlewski. Eine Biografie, Ost-Berlin, 1966, 345 S.
- Schürer, H., »Radek and the German Revolution«, Survey, Nr. 53, Oktober 1964, S. 59-69, und Nr. 55, April 1965, S. 126-140.
- Stern, Carola, Ulbricht. Eine politische Biografie, Köln, 1964, 357 S.
- Werner, Paul (Pseud. von P. Frölich), Eugen Léviné, Berlin, 1922, 58 S.
- Zeman, Z.A.B., und Scharlau, W. B., The Merchant of Revolution. The Life of Alexander I. Helphand (Parvus) 1867-1924, London, 1965, 306 S.
- N. B. Zum Zeitpunkt der Einreichung des Manuskripts konnten wir den ersten Teil der angekündigten Biographie von Walter Stoecker noch nicht zur Kenntnis nehmen: Stoecker, Helmuth, Walter Stoecker. Die Frühzeit eines deutschen Arbeiterführers 1891-1920, Ost-Berlin.

H. — Autobiografien, Memoiren, Erinnerungen

- Erinnerungen von Martha Arendsee, in: Unter den roten Fahne S. 75-81
- Barmine, Alexander, Vingt ans au service de l'U.R.S.S., 1939, 382 S. [Auf Deutsch: Einer der entkam, Wien, 1945, 465 S.]
- Beckers, Hans, Wie ich zum Tode verurteilt wurde. Die Marinetragedie im Sommer 1917, Leipzig, 1928, 116 S.
- [Bessedovsky, Grigory, Revelations of a Soviet Diplomat, London, 1931, 276 S.]
- Braun, Otto, Von Weimar zu Hitler, Hamburg, 1949, 311 S.
- Buber-Neumann, Margarete (Pseud. von Faust, Margarete [?]), Von Potsdam nach Moskau: Stationen eines Irrweges, Stuttgart, 1958, 477 S.
- [Czernin, Ottokar, Im Weltkrieg, Berlin 1919, X, 427 S.]
- [Fischer, Louis, Men and Politics, New York, 1941, VI, 672 S.]
- Globig, Fritz, ... aber verbunden sind wir mächtig. Aus der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung, Ost-Berlin, 1958, 336 S.
- Groener, General Wilhelm, Lebenserinnerungen. Jugend-Generalstab-Weltkrieg (herausgegeben von [Friedrich] Frh. Hiller von Gärtringen), Göttingen, 1957, 584 S.
- Guilbeaux, Henri, Du Kremlin au Cherche-Midi, Paris, 1933, 270 S.

- Haupt, Georges, und Marie, Jean-Jacques (Hg.), *Les Bolcheviks par eux-mêmes*, Paris, 1969, 398 S.
- Hoelz, Max, *Vom »Weißen Kreuz« zur Roten Fahne: Jugend-Kampf und Zuchthaus-erlebnisse*, Berlin, 1929, 392 S.
- Jannack, Carl, *Wir mit der roten Nelke. Ein Arbeiterveteran erzählt*, Bautzen, 1959, 288 S.
- Heckert, Fritz, »Mes rencontres avec Lénine«, *Lénine tel qu'il fut. Souvenirs de contemporains*, Band II, Moskau, 1959, S. 802-809. [ausführlicher auf Deutsch: Fritz Heckert, *Meine Begegnungen mit Luxemburg, Liebknecht und Lenin. Die Kommunistische Internationale*, XVI. Jahrgang, Heft 3, 5. Februar 1935, S. 227-247]
- Jung, Franz, *Der Weg nach Unten*, Berlin, 1961, 482 S.
- Keil, Wilhelm, *Erlebnisse eines Sozialdemokraten*, Stuttgart, 1947, 477 S., und 1948, 726 S.
- [Karol, K. S., *Visa pour la Pologne*, Paris, 1958, 327 S. auf Deutsch: *Polen zwischen Ost und West : ein polnischer Journalist berichtet*, Hamburg 1962, 287 S.]
- [Kessler, Harry Graf, *Das Tagebuch 1880-1937. Siebter Band 1919-1923*, Stuttgart 2007, 1095 S.]
- Krivitsky, Walter G., *In Stalin's Secret Service. An exposé of Russia's secret policies by the former Chief of the Soviet Intelligence in Western Europe*, New York, 1939, 273 S. ; franz. Übers. *Agent de Staline*, Paris, 1940, 320 S. [auf Deutsch *Ich war in Stalins Dienst*, Amsterdam 1940, 295 S. und *Ich war Stalins Agent* , Grafenau-Döffingen 1990, 375 S.]
- Léviné, Rosa, *Aus der Münchener Rätezeit*, Berlin, 1925, 76 S.
- [Lockhart, Robert Hamilton Bruce, *Memoirs of a British agent*, London 1934, XI, 355 S.]
- Löbe, Paul, *Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten*, Berlin, 1949, 173 S.
- Lüttwitz, Walter, Freiherr von, *Im Kampf gegen die Novemberrevolution*, Berlin, 1934, 139 S.
- Maercker, Ludwig R. G., *Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Geschichte der freiwilliger Landjägerskorps*, Leipzig, 1922, 398 S.
- Max, Prinz von Baden, *Erinnerungen und Dokumente*, Stuttgart-Berlin, 1928, 699 S.
- Mühsam, Erich, *Von Eisner bis Léviné. Die Entstehung der bayerische Räterepublik. Persönlichen Rechenschaftsbericht über die revolutionäre Ereignisse in München vom 7. XI. 1918 bis zum 13. IV. 1919*, Berlin, 1929, 70 S.
- Müller, Hermann, *Die Novemberrevolution*, Berlin, 1931, 286 S.
- Müller, Richard, *Vom Kaiserreich zur Republik*, 2 Bände : I. *Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges*, Berlin, 1924, 219 S. ; II. *Die Novemberrevolution*, Berlin, 1925, 296 S.
- Müller, Richard, *Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik*, Berlin, 1925, 244 S.

- Münzenberg, Willi, Die dritte Front, Berlin, 1930, 398 S.
1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914-1920), Berlin, 1949, 446 S.
- Noske, Gustav, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin, 1920, 210 S.
- Oehme, Walter, Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918-1919, Ost-Berlin, 1958, 366 S.
- Oehme, Walter, Die »Weimarer Nationalversammlung. Erinnerungen, Ost-Berlin, 1962, 404 S.
- Paetel, Karl O., »Der deutsche Nationalbolschewismus 1918-1932« ; Ein Bericht«, Außenpolitik, April 1952, Nr. 4, S. 229-242.
- Payer, Friedrich, Von Bethmann-Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt/M., 1923, 304 S.
- [Poretski, Elisabeth, Les nôtres. Vie et mort d'un agent soviétique (Ignace Reiss), Paris, 1969, 304 S. auf Englisch: Poretsky, Elisabeth K., Our own people : a memoir of »Ignace Reiss« and his friends, London u.a. 1969, X, 278 S.]
- Radek, Karl, »Nojabr', Stranitschka iz wospominanii [Ноябрь. Страничка из воспоминаний], Krasnaja Now' [Красная Новь], 1926, Nr. 10, S. 140-176 [tats.139-175] ; dt. Übers.: »November. Eine kleine Seite aus meinen Erinnerungen«, in »Karl Radek in Berlin« von O. E. Schüddekopf, Archiv für Sozialgeschichte, Band II, 1962, S. 119-166.
- Radek, Karl, »Awtobiografija« [Автобиография], Entsiklopeditscheskij slovar' [Энциклопедический словарь], 7. Aufl., Band XLI, 2. Teil, Moskau, Institut Granat, 1929, Spalte 138-169. franz. Übers. (mit manchen Kürzungen) in Haupt und Marie, a.a.O., oben, S. 321- 339.
- Reichenbach, Bernhard, »Moscow 1921. Meetings in the Kremlin«, Survey, Nr. 53, Oktober 1964, S. 16-22.
- Scheidemann, Philip, Der Zusammenbruch, Berlin, 1921, 251 S.
- Scheidemann, Philip, Memoiren eines Sozialdemokraten, 2. Band, Dresden, 1928, 443 S.
- [Sender, Toni, Autobiography of a German Rebel, London, 1940, XII, 305 S., auf Deutsch: Autobiografie einer deutschen Rebellin. FfM 1981, 332 S.]
- Serge, Victor (Pseud. von Kibaltchich), Mémoires d'un révolutionnaire, Paris, 1951, 416 S. [auf Deutsch: Victor Serge, Beruf: Revolutionär. Erinnerungen 1901 – 1917 – 1941. Frankfurt am Main 1967, 440 S.]
- Severing, Carl, 1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bielefeld, 1927, 253 S.
- Severing, Carl, Mein Lebensweg, 2 Bände, Köln, 1950, 465 und 525 S.
- Stassova, Erinnerungen, BzG, Nr. 1, 1969, S. 752 ff.
- »Thomas«, Le récit du «camarade Thomas», Contributions à l'histoire du Comintern,

Genève, 1965, S. 1-28

Toller, Ernst, Eine Jugend in Deutschland, Amsterdam, 1933, 287 S.

Trotzki, Leo, Ma Vie, 3 Bände, Paris, 1930, 220, 272, 344 S. [dt. Ausg. Mein Leben, Neuausgabe, Berlin 2018, 458 S.]

Unter der roten Fahne. Erinnerungen alter Genossen, Ost-Berlin, 1958, 332 S.

Valtin, Jan (Pseud. Von [Richard] Krebs), Out of the Night, New York, 1941, 749 S. ; trad. fr. Sans Patrie ni Frontières, Paris, 1947, 788 S. [dt. Übers. Tagebuch der Hölle, Köln 1957, 598 S.]

Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisseberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918-1919, Ost-Berlin, 1958, 584 S. (Abgekürzt: Vorwärts und...)

[Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig, 1922, 6, 308 S.]

Witzmann, Georg, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim/Glan, 1958, 184 S.

Wollenberg, Erich, Als Rot-Armist vor München. Reportage aus der Münchener Räterepublik, Berlin, 1929, 160 S.

Wrobel, Kurt, Der Sieg der Arbeiter und Matrosen im Dezember 1918 in Berlin. Berliner Arbeiterveteranen berichten über ihren Kampf in der Novemberrevolution, Berlin, 1958, 64 S.

Zeigner, Erich, »Politischer Rückblick auf das Jahr 1923«, Sozialistische Einheit, 24. März 1956.

Zetkin, Clara, Erinnerungen an Lenin, Wien-Berlin, 1925, 85 S. ; Ausgabe 1929 85 S., 4., erw. u. neubearb. Aufl. Berlin 1985, 137 S., franz. Übers. Souvenirs sur Lénine, Paris, 1926, 67 S.

Zeuschel, Walter, Im Dienst der Kommunistischen Terrororganisation. Tscheka in Deutschland, Berlin, 1931, 159 S.

Zikelsky, Fritz, Das Gewehr in meiner Hand. Erinnerungen eines Arbeiterveteranen, Ost-Berlin, 1958, 197 S.

I. — Zeitgenössische Schriften

Adler, Max, Demokratie und Rätesystem, Wien 1919. Franz. Übers. Démocratie et conseils ouvriers, Vorwort von Y. Bourdet, Paris, 1966, 164 S.

Adler, Victor, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Wien, 680 S.

Barth, Emil, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin, 1919, 158 S.

[Bauer, Otto, Die österreichische Revolution, Wien, 1923, 293 S.]

[Bernstein, Eduard, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart, 1899, X, 188 S.]

Bernstein, Eduard, Die deutsche Revolution, 1. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Berlin, 1921, 198 S.

- Brandler, Heinrich, *Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus*, Chemnitz, 1919, 14 S.
- Brandler, Heinrich, *Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen*, Berlin, 1920, 93 S.
- Brandler, Heinrich, *War die Märzaktion ein Bakunisten-Putsch?*, Berlin-Leipzig, 1921, 88 S.
- Brandler, Heinrich, *Der Hochverrats-Prozess gegen Heinrich Brandler vor dem außerordentlichen Gericht am 6. Juni 1921 in Berlin*, Leipzig-Berlin, 1921, 46 S.
- Braun, M. J. (Pseudonym Bronskis), *Die Lehren des Kapp-Putsches*, Leipzig, 1920, 32 S.
- Bremer, Karl, *Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und der KPD*, Hamburg, 1921, 36 S.
- [De Brouckère, Louis, *La Contre-révolution en Allemagne*, Bruxelles, 1920, 80 S.]
- Crispien, Artur, *Programm und Taktik der USPD in ihrer Geschichtliche Entwicklung (Rede)*, Berlin, 1920, 86 S.
- Däumig, Ernst, *Das Räteresystem (Rede auf dem USPD-Parteitag vom März 1919)*, Berlin, 1919, 38 S.
- Dittmann, Wilhelm, *Revolutionäre Taktik*, Berlin, 1920, 32 S.
- Eichhorn, Emil, *Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januar-Ereignissen*, Berlin, 1919, 104 S.
- Eisner, Kurt, *Die halbe Macht den Räten. Ausgewählte Aufsätze und Reden*, Köln, 1969, 292 S.
- Erdmann, Lothar, *Die Gewerkschaften im Ruhrkampf (ADGB)*, Berlin, 1924, 224 S.
- Fischer, *Die Revolutions-Kommandantur Berlin*, Berlin, 1922, 84 S.
- Frank, Karl, *Der Fall Levi in der Dritten Internationale*, Wien, 1921, 15 S.
- Friesland, Ernst, *Zur Krise unserer Partei*, Berlin 1921, 32 S.
- Frölich, Paul, o.O. o.J. (ca 1920), *Die syndikalistische Krankheit*, 15 S.
- Werner, Paul (Pseud. von P. Frölich), *Die bayrische Räterepublik. Tatsachen und Kritik*, Petrograd, 1920, 195 S.
- Frölich, Paul, *Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg. I. Der Krieg*, Berlin, 1924, 243 S.
- Frölich, Paul, und Schreiner, Albert, *Die deutsche Sozialdemokratie. Vierzehn Jahre im Bunde mit dem Kapital*, Berlin, 1928, 173 S.
- Geyer, Curt, *Sozialismus und Räteresystem*, Leipzig, 1919, 32 S.
- Geyer, Curt, *Für die dritte Internationale! Die USPD am Scheideweg*. Berlin, 1920, 77 S.
- Geyer, Curt, *Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch*, Jena, 1923, 111 S.
- Geyer, Curt, *Drei Verderber Deutschlands. Zur Geschichte Deutschlands und der Reparationsfrage 1920-1924*, Berlin, 1924, 230 S.
- Gorter, Hermann, *Die Klassenkampforganisation des Proletariats*, Berlin, 1919, 88 S.

Gorter, Hermann, Der Imperialismus, der Weltkrieg und der Sozialdemokratie, München, 1919, 135 S.

Gorter, Hermann, Offenen Brief an der Genossen Lenin. Eine Antwort auf Lenins Broschüre »Der Radikalismus, ein Kinderkrankheit des Kommunismus, Berlin, 1920, 88 S. franz. Übers. Réponse à Lénine, Paris, 1920, Nachdruck 1970, 112 S.

Gussew, S. J., Die Lehren des Bürgerkrieges, Hamburg, 1921, 96 S.

Gruber, Helmut (Hg.), International Communism in the Era of Lenin. A documentary History (Auszüge aus Dokumenten der Komintern, Lenin, Radek, Levi, Frölich, Szanto, Bettelheim, Gorter, Serrati, R. Fischer, Brandler, etc.), New York, 1966, 512 S.

Gumbel, E. J., Vier Jahre politischer Mord, Berlin, 1922, 152 S.

[Harms, Bernhard, Volk und Reich der Deutschen, Berlin 1929, Band II, VIII, 475 S.]

Hartenstein, Der Kampfeinsatz der Schutzpolizei bei inneren Unruhen. Schilderung der Hamburger Oktoberunruhen 1923. Berlin, 1926, 193 S.

Heckert, Fritz (Gekkert), »Germanija w oktjebre 1923 g. k istorii K.P.G. [Германия в октябре 1923 г. к истории КПГ]«, Kommunističeskij Internatsional [Коммунистический Интернационал], 1934, Nr. 5, S. 55-64.

Hoelz, Max, Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft. Gehalten vor dem Moabitener Sondergericht am 22. Juni 1921 in Berlin, Berlin, 1921, 20 S.

Ist eine Einheitsfront mit dem Kommunisten möglich? Denkschrift über die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Arbeiterparteien über den Schutz der Republik (Veröffentlichung des ADGB), Berlin, 1922, 28 S.

[Kautsky, Karl, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, Eine Antikritik. Stuttgart, 1899, VIII, 195 S.

Kautsky, Karl, Der politische Massenstreik, Berlin, 1914, 302 S.]

Kools, Frits (Hg.), Die Linke gegen die Parteiherrschaft, Olten und Freiburg/Breisgau, 1970, 640 S. (Texte von Pannekoek, Gorter, Laufenberg, Wolffheim, Rühle, Schröder, Hoelz, etc.)

Korsch, Karl, Arbeitsrecht für Betriebsräte (1922), Neuausg., Frankfurt/M., 1967, 152 S.

Krüger, Franz, Diktatur oder Volksherrschaft?: der Putsch vom 13. März 1920. Sein Verlauf und seine Lehren. Berlin 1920, S. 48

Landauer, Gustav, Aufruf zum Sozialismus, 3. Aufl., Berlin, 1920, 155 S.

Laufenberg, Heinrich, Zwischen der ersten und zweiten Revolution, Hamburg, 1919, 48 S.

Laufenberg, Heinrich, Die Hamburger Revolution, Hamburg, 1919, 32 S.

Laufenberg, Heinrich, Massen und Führer, Hamburg, 1919, 27 S.

Laufenberg, Heinrich, Arbeiterklasse und Staatsgewalt, Hamburg, 1919, 15 S.

Laufenberg, Heinrich, Was heißt Sozialisierung?, Hamburg, 1919, 16 S.

Laufenberg, Heinrich und Wolffheim, Fritz, Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg? Erste kommunistische Adresse an das deutsche Proleta-

riat, Hamburg, 1919, 16 S.

Laufenberg, Heinrich und Wolffheim, Fritz, Moskau und die deutsche Revolution. Eine kritische Erledigung der bolschewistischen Methoden, Hamburg, o.J., 48 S.

Laufenberg, Heinrich und Wolffheim, Fritz, Kommunismus gegen Spartakismus: Eine reinliche Scheidung, Hamburg 1920, 8 S.

Laufenberg, Heinrich und Wolffheim, Fritz, Nation und Arbeiterklasse, Hamburg, 1920, 20 S.

Lenin, Werke, Übers. Éditions de Moscou.

[Lenin, W. I., Que faire? Les questions brûlantes de notre mouvement, in: Œuvres, Band V, Paris 1965, S. 355-542, auf Deutsch: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, in: Lenin Werke, Band 5, S. 355-551, neue Ausgabe Berlin 2023

Lenin, W. I., Un pas en avant, deux pas en arrière (la crise dans notre parti), in: Œuvres, Band VII, Paris 1966, S. 212-444, auf Deutsch: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (Die Krise in unserer Partei)« in: Lenin Werke, Band 7, S. 197-403

Lenin, W. I., Deux tactiques de la social-démocratie dans la révolution démocratique, in: Œuvres, Band IX, Paris 1966, S. 9-129, auf Deutsch: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution Lenin Werke, Bd. 9, S. 1-130

Lenin, W. I., La faillite de la IIe Internationale, in: Œuvres, Band XXI, Paris 1960, S. 207-266, auf Deutsch: Der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Werke, Band 21, Berlin 1960, S. 197-256

Lenin, W. I., Le socialisme et la guerre (L'attitude du Parti ouvrier social-démocrate de Russie à l'égard de la guerre), in: Œuvres, Band XXI, Paris 1960, 305-350, auf Deutsch: Sozialismus und Krieg (Die Stellung der SDAPR zum Krieg), in: Werke, Band 21, Berlin 1960, S. 295-341

Lenin, W. I., Les tâches du prolétariat dans notre révolution (Projet de plate-forme pour le parti du prolétariat) Œuvres, Bd. XXIV, Paris 1966, 47-84, auf Deutsch: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei), Werke, Bd. 24, S. 39-77

Lenin, W. I., Les bolchéviques garderont-ils le pouvoir ?, in: Œuvres, Bd. XXVI, Paris 1967, S. 81-134, auf Deutsch: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? in: Werke, Band 26, S. 69-121

Lenin, W. I., La maladie infantile du communisme (le « gauchisme »), in Œuvres, Bd. XXXI, Paris 1961, S. 11-116, auf Deutsch: »Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus«, Lenin Werke, Band 31, Paris 1961, S. 1-106

Levi, Paul (unter dem Pseud. Cains), Generalstreik und Noske-Blutbad in Berlin, Berlin, 1919, 19 S.

Levi, Paul, Unser Weg. Wider den Putschismus. Im Anhang: Karl Radek, Die Lehren eines Putschversuches, Berlin, 1921, 64 S. [Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...« I/3, S. 586-633]

Levi, Paul, Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran?, Berlin,

- 1921, 44 S. [Nachdruck in Ohne einen Tropfen Lakaienblut I/4, S. 671-705]
- Levi, Paul, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Aufsätze und Reden (von Charlotte Beradt präsentierte Texte), Frankfurt/M., 1969, 338 S.
- Liebknecht, Karl, Klassenkampf gegen den Krieg, Berlin, o.J. (1919), 109 S. (Abgekürzt: Klassenkampf.)
- Liebknecht, Karl, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlass (Schriften der Jahre 1917-1918, herausgegeben von Franz Pfemfert), Berlin, 1921, 160 S.
- Liebknecht, Karl, Gesammelte Reden und Schriften, Ost-Berlin, Bände VIII, August 1914 bis April 1916, 1966, 655 S., Band IX, Mai 1916 bis 15. Januar 1919, 1968, 734 S.
- Liebknecht, Karl, Militarisme, guerre et révolution (Textauswahl), Paris, 1970, 270 S.
- Losowski A. (Lozovskij), Aufgaben und Entwicklung der Betriebsräte in Russland (Rede auf dem Kongress der Betriebsräte in Berlin), Berlin, 1920, 31 S.
- Losowski A., Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften? (In Berlin gehaltene Rede), Leipzig, 1920, 14 S.
- Losowsky, A. und Brandler, Heinrich, Der Kampf der Kommunisten in den Gewerkschaften, (Berichte in der erweiterten Exekutive der Komintern, Februar-März 1922), Berlin, 1922, 35 S.
- Ludwig, E. (Pseud. Von E. Alexander), Die Rolle der Arbeiterräte in der deutschen Revolution, Berlin, 1919, 19 S.
- [Luxemburg, Rosa, Sozialreform oder Revolution, Leipzig, 1899, 80 S., Nachdruck in Gesammelte Werke, Bd. 3, Berlin 1925, S. 35-100. Nachdruck Politische Schriften, Bd. 1, S. 47-134 Gesammelte Werke, Band 1/1, Berlin 1970, S. 367-466]
- Luxemburg, Rosa, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Leipzig, 1919, 68 S. [Nachdruck in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1928, S. 410 ff., Nachdruck, Flechtheim, Bd. 1, S. 135-228, Gesammelte Werke, Band 2, Berlin 1972, S. 91-170]
- Luxemburg, Rosa, Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre), Berlin, 1916, 96 S.; [Nachdruck in Politische Schriften, Bd. 2, S. 19-151, Nachdruck in Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 49-164] franz. Übers. La Crise de la social-démocratie, Bruxelles, 1970, 250 S.
- Luxemburg, Rosa, Briefe aus dem Gefängnis, Berlin, 1920, 48 S.
- Luxemburg, Rosa, Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung (Einl. Paul Levi), Berlin, 1922, 120 S. [Nachdruck in Politische Schriften Band 3, S. 106-141, Nachdruck in Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 332-365]
- Luxemburg, Rosa, Briefe an Freunde, Zürich, 1950, 226 S.
- Luxemburg, Rosa, Im Kampf gegen den deutschen Militarismus, IML, Ost-Berlin, 1960, 264 S.
- Luxemburg, Rosa, Ich war, ich bin, ich werde sein (Schriften und Reden über die Novemberrevolution), Ost-Berlin, 1958, 144 S.
- Luxemburg, Rosa, Ausgewählte Reden und Schriften, 2 Bände, Ost-Berlin, 1951, 751 und 741 S.

- Luxemburg, Rosa, Politische Schriften (Eingeleitet von O. K. Flechtheim), Frankfurt/M. I, 1966, 232 S., II., 1966, 208 S., III., 1967, 246 S.
- Marchlewski, Julian, Das Rätesystem, Essen, 1919, 16 S.
- Karski, Julian (Pseud. von Marchlewski), Die Sozialisierung des Bergbaus, Essen, 1919, 31 S.
- Marchlewski, Julian, Was ist Bolschewismus?, Basel, 1920, 20 S.
- [Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 2, Ost-Berlin 1960, 765 S.]
- [Meyer, Ernst (Hg.), Spartakus im Kriege, Berlin, 1927, 232 S.]
- [Meyer, Håkon, Det norske arbeiderpartis historie, Bd.2. Arbeiderpartiet 1914-1923. Oslo 1937]
- [Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig, 1911, XIX, 401 S.]
- [Moysset, Henri, L'Esprit public en Allemagne vingt ans après Bismarck, Paris, 1911, 304 S.]
- Münzenberg, Willi, Von der Revolte zur Revolution. Eine Antwort auf Kautskys »Weitertreiben der Revolution«, Berlin, 1919, 32 S.
- Neubauer, Theodor, Aus Reden und Aufsätzen (Eingeleitet von Müller und Sieber), o.O., o.J., 156 S.
- Neumann, Paul, Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenräte. Tätigkeitsbericht, erstattet im Auftrage der Exekutive der Arbeiterrats Groß-Hamburgs, Hamburg, 1919, 143 S.
- Pannekoek, Anton, Die taktische Differenzen in der Arbeiterbewegung, Hamburg, 1909, 132 S.
- Pannekoek (siehe Kools, a.a.O., oben, und Bricianer, in »Historische Arbeiten und Essays« unten).
- [Pannekoek, Anton, »Weltrevolution und Kommunistische Taktik«, Kommunismus, Nr. 28/29, 1. August 1920, S. 976-1018; große Auszüge in französischer Sprache bei Bricianer, a.a.O., S. 163-201, im Folgenden zitiert nach der deutschsprachigen Broschüre, Wien 1920]
- Pannekoek, Anton, und Gorter, Hermann, Organisation und Taktik der proletarischen Revolution (von M. Bock ausgewählte und eingeleitete Texte), Frankfurt/M., 1969, 254 S.
- Paquet, Alfons, Der Geist der russischen Revolution, Leipzig, 1919, 110 S.
- Pawlowski, Eugen (Pseud. Von E. Varga), Der Bankrott Deutschlands, Hamburg, 1921, 189 S.
- Pieck, Wilhelm, Gesammelte Reden und Schriften, Ost-Berlin, Band I, August 1904 bis Januar 1919, 1959, 24-527 S. ; Band II, Januar 1919 bis April 1925, 1959, 18, 539 S.
- Preobraschenski, Ot NEPa k Sotsializmu [От НЭПа к социализму], Moskau, 1922 ; franz. Übers. De la N.E.P. au socialisme (Vues sur l'avenir de la Russie et de l'Europe),

(Vorwort von P. Naville), Paris, 1966, 123 S.; [dt. Übers. UdSSR 1975 Ein Rückblick in die Zukunft. Berlin 1975 158 S.]

[Pol, Heinz, Entweder – Oder: ein politischer Roman, Berlin, 1930, 280 S.]

Radek, Karl, In den Reihen der deutschen Revolution 1909-1919, München, 1921, 464 S.

Struthahn, Arnold (Pseud. von Radek), Die Diktatur der Arbeiterklasse und der Kommunistische Partei, o.O., 1919, 15 S.

Struthahn, Arnold (Pseud. von Radek), Die Auswärtige Politik des deutschen Kommunismus und der Hamburger National-Bolschewismus, Berlin, 1919,

Struthahn, Arnold (Pseud. von Radek), Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei, Stuttgart, 1919, 64 S. [2. Auflage, Hamburg, 1920, 117 S.]

Radek, Karl, Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der Kommunistischen Parteien im Kampfe für die Diktatur des Proletariats, Berlin, 1919, 66 S.

Radek, Karl, Zur Taktik des Kommunismus: Ein Schreiben an den Oktober-Parteitag der KPD, Berlin, 1919, 12 S.

Radek, Karl, Die Masken sind gefallen. Eine Antwort an Crispian, Dittmann und Hilferding, o.O., 1920, 38 S.

Radek, Karl, Der Weg der Kommunistischen Internationale, Hamburg, 1921, 86 S.

Radek, Karl, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Hamburg, 1921, 48 S.

Radek, Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionärer Aktion oder zentristische Partei des Wartens sein?, Hamburg, 1921, 2. Aufl., 120 S. (Abgekürzt: Soll die VKPD?)

Radek, Karl, Die innere Lage Deutschlands und die nächsten Aufgaben der VKPD. Hamburg, 1921, 30 S., teilweise veröffentlicht in Bericht II (7)..., S. 174-181

[Radek, Karl, Die Auswärtige Politik Sowjet-Russlands, Hamburg 1921, 83 S.]

Radek, Karl, Genua, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale, Hamburg, 1922, 78 S.

Radek, Karl, Die Liquidation des Versailler Friedens: Bericht an den 4. Kongress der Kommunistischen Internationale, Hamburg, 72 S.

Radek, Karl und Thalheimer, August, Gegen den Nationalbolschewismus, o.O., 1920, 48 S.

Radek, Karl, Frölich, Paul, Reventlow, Graf Ernst, und Möller Van den Bruck, Schlageter. Eine Auseinandersetzung, Berlin, 1923, 60 S.

Radek, Karl, Vorwort, S. VII-XXVII in Reissner, Larissa, Oktober, Berlin, 1932, 522 S.

Reissner, Larissa, Hamburg auf den Barrikaden 1923, Berlin, o.J., 85 S. ; Neuausg. Ost-Berlin, 1960, 174 S.

Renner, Karl, Karl Kautsky. Skizze zur Geschichte der geistigen und politischen Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse, Ihrem Lehrmeister Kautsky zum fünfundsiebzigsten Geburtstag gewidmet, Berlin, 1929. 95. S.

- [Rühle, Otto, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, Erstausgabe 1924, Nachdruck München 1965, 75 S.]
- Schneider, Josef, Die blutige Osterwoche im Mansfelder Land. Tatsachenmaterial aus den Märzaktion, Wien, 1922, 96 S.
- [Schnellbacher, Friedrich, Hanau in der Revolution, Hanau 1919, 72 S.]
- [Seeckt, Hans v., Aus seinem Leben: unter Verwendung des schriftlichen Nachlasses, Hrsg. von Friedrich von Rabenau. Leipzig, 1940, 751 S.]
- Sender, Tony, Diktatur über das Proletariat, oder Diktatur des Proletariats. Das Ergebnis von Moskau, Frankfurt/M., 1920, 16 S.
- Sinowjew, G., Der Krieg und die Krise des Sozialismus, Wien, 1924, 667 S. [russische Ausgabe Petrograd 1917]
- Sinowjew, G., Brennende Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung, Petrograd, 1920, 107 S.
- Sinowjew, G., Die Weltrevolution und die Kommunistische Internationale (Rede auf dem Parteitag von Halle), o.O., 1920, 68 S.
- Sinowjew, G., Zwölf Tage in Deutschland (Bericht über seinen Aufenthalt in Deutschland zur Zeit des Parteitags in Halle), Hamburg, 1921, 91 S.
- Sinowjew, G., Alte Ziele, neue Wege, Hamburg, 1922, 31 S.
- Sinowjew, G., Probleme der deutschen Revolution, Hamburg, 1923, 109 S.
- Sinowjew, G., Fünf Jahre Kommunistische Internationale, Hamburg, 1924, 75 S.
- [Stoecker, Walter, Die proletarische Internationale : Referat auf der Reichskonferenz der USP am 10. September 1919, Berlin, 1919, 23 S.]
- Struthahn, Arnold, s. Radek, Karl
- Szanto, Béla, Klassenkämpfe und die Diktatur des Proletariats in Ungarn (Einleitung von Karl Radek), Wien, 1920, 100 S.
- Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der März-Aktion, Leipzig-Berlin, 1921, 146 S.
- Thalheimer, August, »Der proletarische Klassenkampf in Deutschland im Jahre 1922«, Jahrbuch für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung 1922/1923, Hamburg, S. 607-611.
- Thalheimer, August, »Die Arbeiterparteien in Deutschland 1922 bis 1924«, Jahrbuch für Politik, Wirtschaft, und Arbeiterbewegung 1923/1924, Hamburg, S. 591-605.
- Thalheimer, August, 1923, Eine verpasste Revolution ? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin, 1931, 32 S.
- Troeltsch, Ernst, Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/1922, Tübingen, 1924, 321 S.
- Trotsky, Leo, Pjat' let Komintern [Пять лет Коминтерна], 2 Bände, Moskau, 1924-1925, 612 S. engl. Übers.: The First Five Years of the Communist International, Band I, New York, 1945, 374 S., Band II, London, 1953, 384 S.
- Trotsky, Leo, Die Grundfragen der Revolution, Hamburg, 1923, 471 S.

Trotsky, Leo, »Leçons d'Octobre«, in Cahiers du Bolchevisme, Nr. 5 (19. Dezember 1924) und 6 (25. Dezember 1924), Paris, S. 313-336 und 396-411; und in Staline contre Trotsky, Paris, 1965, S. 30-82. Auf Deutsch: 1917. Die Lehren der Revolution. Berlin 1925, 78 S. Nachdruck: Die Lehren des Oktober, in: Ulf Wolter (Hg.), Die linke Opposition in der Sowjetunion, Band II, 1924-1925, Westberlin 1975, S. 192-252

Trotsky, »La Révolution défigurée«, Paris, 1929, 214 S., Nachdruck in: De la Révolution. [Auf Deutsch in Leo Trotsky, »Die Fälschung der Geschichte der russischen Revolution« Berlin, 1928, 72 S.]

Trotsky, Leo, L'Internationale communiste après Lénine, Neuausg. 2 Bände, Paris, 1969, 592 S. [Auf Deutsch: Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, Berlin 1929, 207 S. neuere Übersetzung: Trotsky, Kritik des Programmwerfs der Kommunistischen, Trotsky Schriften 3.2, Hamburg 1997, S. 697-1421, hier S. 1188-1338 und Band 2.1, Hamburg 1990, 548 S., S. 335-391,]

[Trotsky, Leo, »Et maintenant?« Écrits, t. III. Auf Deutsch, »Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats.« Berlin-Neukölln 1932. Nachdruck Berlin ²1976, 121 S.]

Trotsky, Leo, Histoire de la révolution russe, Paris 1950, Band 1, 437 S., Band 2, 637 S. [deutsch: Leo, Trotsky, Geschichte der russischen Revolution, Neuausgabe, Berlin 2022, Band 1, 344 S., Band 2, 554 S.]

[Trotsky, Leo, Les Crimes de Staline, Paris 1937, 378 S., auf Deutsch: Stalins Verbrechen, 1937, Nachdruck Berlin 1973, 371 S.]

[Trotsky, Leo, Staline, auf Deutsch: Stalin, Köln-Berlin 1952, 579 S.]

Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band I, 1918-1933, 8. Aufl., Ost-Berlin, 1953, 688 S.

Umbreit, Paul, Die deutsche Gewerkschaften im Weltkrieg, Berlin, 1917, 122 S.

Varga, Eugen, Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, Hamburg, 1921, 64 S.

Warski, Adolf (Pseud. von Warszawski), Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution, Hamburg, 1922, 38 S.

Der Weg des Dr Levi, der Weg der VKPD (Broschüre der KAPD, Gorter zugeschrieben), Berlin, 1921, 32 S.

Der Weiße Terror. Skizze aus dem Blutherrschaft Ebert-Scheidemann-Noske, Stuttgart, 1919, 16 S.

Werner, Paul, s. Frölich, Paul

Wolffheim, Fritz, Betriebsorganisation oder Gewerkschaft?, Hamburg, 1919, 14 S.

Zetkin, Clara, Der Weg nach Moskau, Hamburg, 1920, 31 S.

Zetkin, Clara, Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg, Hamburg, 1922, 54 S. Nachdruck in Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Ost-Berlin, Band II, Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923, 1960, S. 496-569

Zetkin, Clara, Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution, Hamburg,

1923, 224 S. Nachdruck Berlin 2021, 211 S.

Zetkin, Clara, Gegen Poincaré und Cuno. Eine kommunistische Antwort im Reichstag auf der Regierungserklärung der Reichskanzlers Cuno, Berlin, 1923, 20 S.

Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Ost-Berlin, Band I, Auswahl aus den Jahren 1889 bis 1917, 1957, 799 S.; Band II, Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923, 1960, 748 S. ; Band III, Auswahl aus den Jahren 1924 bis 1933, 1960, 640 S.

[Zetkin, Clara, Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden und Briefe 1917-1933, Frankfurt am Main 1977]

[I' — Zeitgenössische Aufsätze, Artikel, Briefe etc.

Aktionskomitee, »An die linksradikalen Ortsgruppen und Genossen«, Arbeiterpolitik, Nr. 30, 28. Juli 1917, S. 225

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, »An die Verbandsvorstände und Ortsausschüsse des ADGB«, Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Nr. 8, 19. Februar 1921, S. 110, Spalte 1

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Aufruf zu Protestaktionen anlässlich der Ermordung Walther Rathenaus, Protokoll der Verhandlungen des elften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, S. 572, Dok. u. Mat. VII/2. S. 99 f.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, AfA-Bund, SPD, USPD und KPD, »Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft«, Dok. u. Mat, VII/2, S. 103-105

»Arbeiter- und Soldatenrat«, »Generalstreik!«, Vorwärts-Extrablatt vom 9. November 1918, Dok. u. Mat II/2, S. 330

Arbeiter- und Soldatenrat Essen, »Sieg des Sozialismus!« Dok. u. Mat II/3, S. 59

Arbeiter- und Soldatenrat Leipzig, »Proklamation des Generalstreiks in Leipzig«, Leipziger Volkszeitung, 26. November 1919, S. 1, Spalte 2, Dok. u. Mat., II/3, S. 200.

Arbeiterpolitik, »Vor der Entscheidung«, Arbeiterpolitik, Nr. 10, 10. März 1917, S. 73-75

Arbeiterpolitik, »Der Sieg der Bolschewiks«, Arbeiterpolitik, Nr. 46, 17. November 1917, S. 347-349, Dok. u. Mat., II/2, S. 15-18.

»Aus dem Urteil gegen Dittrich, Westmeyer und andere ...«, Dok. u. Mat., II/1, S. 201-204

Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und der Umgegend, Bekanntmachung der Gewerkschaftskommission Berlin vom 15. November 1918 über die sofortige Auflösung und Neuwahl der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, Dok. u. Mat II/2, S. 400-401

Bartz, Wilhelm, »La situation politique en Allemagne«, Corr. Int. Nr. 84, 25. Oktober 1923, S. 642, auf Deutsch: »Die Lage in Deutschland«, Nr. 163, 19. Oktober 1923, S. 1389

Bauer, O. [tats. Braun, Otto], »Die Bolschewiki und wir«, Vorwärts, 15. Februar 1918, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1

Becker, Karl, »Le Fascisme, est-il possible in Allemagne?« Corr Int. Nr. 95, 9. Dezember 1922, S. 720-721.

Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, »Aufruf der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte«, Vossische Zeitung, 11. November 1918, Morgenausgabe, S. 2, Spalte 2

Berliner Tageblatt, »Die Tagung der Arbeiterräte im Zirkus Busch«, Berliner Tageblatt, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2

Bernstein, Eduard, Haase, Hugo und Kautsky, Karl: »Das Gebot der Stunde«, Leipziger Volkszeitung, 19. Juni 1915, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 3

Bernstein, Eduard, »Die internationale Politik der Maximalisten«, Leipziger Volkszeitung, 24. Dezember 1917, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 2

Bettelheim, E., »Dr. Bettelheims Darstellung«, in: Der Kampf (Wien), 12. Jahrgang, Nr. 27, 4. Oktober 1919, S. 646-649

Bezirksleitung der VSPD Chemnitz, Bezirksausschuss der KPD Chemnitz, »An die werktätige Bevölkerung Sachsens und Deutschlands!«, Der Kämpfer, 29. Oktober 1923, Dok. u. Mat, VII/2, S. 469-471

Borchardt, Julian, »An unsere Gesinnungsgenossen!«, Arbeiterpolitik, Nr. 10, 10. März 1917, S. 75-77, Dok. u. Mat II/1, S. 574-578

Bordiga, Amadeo, »Ein Brief zur italienischen Parteispaltung«, Rote Fahne, 4. Februar 1921, Abend-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-2

Böttcher, Paul, »Sozialdemokratisch-kommunistische Regierung?« Die Internationale, Nr. 21, 14. Mai 1922, S. 471-476

Böttcher, Paul, »Après le Congrès de Leipzig«, Corr Int. Nr. 11, 7. Februar 1923, S. 71. auf Deutsch »Nach dem Leipziger Parteitag«, Inprekorr Nr. 24, 5. Februar 1923, S. 184 f.

Böttcher, Paul, »Der Kampf um die Arbeiterregierung in Sachsen«, gezeichnet P. B., Rote Fahne, 2. März 1923 Beilage, S. 1, Spalte 2-3

Böttcher, Paul »Le lutte contre le Fascisme et les expériences nouvelles de front uni«, Corr Int, Nr. 49, 19. Juni 1923, S. 361-363, auf Deutsch: »Der Kampf gegen den Faschismus und die Erfahrungen der Einheitsfront in Deutschland«, Nr. 107, 27. Juni, S. 919-920 und Nr. 109, 29. Juni, S. 941-942

Brandler, Heinrich, »Die Organisation der Partei«, Die Rote Fahne, 4. Dezember 1920, 2. Beilage, S. 2, Spalte 2-3; Die Internationale, Nr. 26, 1. Dezember 1920, S. 33-37

Brandler, Heinrich, »Die revolutionäre Lage in Deutschland«, Die Kommunistische Internationale, Heft 17, 1921, S. 50-54

Brandler, Heinrich, Corr Int. no. 99, 23. Dezember 1922, S. 752-753, auf Deutsch: »Tagung des Reichsausschusses der KPD«, Inprekorr Nr. 238, 16. Dezember, S. 1789-1790

- Brandler, Heinrich, »Die ‚radikalen Parteiretter‘«, Rote Fahne, 1. April 1923, Beilage, S. 2, Spalte 1-3.
- Brandler, Heinrich, »La course à l'abîme«, Corr Int, Nr. 49, 19. Juni 1923, S. 358-359, auf Deutsch: »Rettung oder Fahrt in den Abgrund«, Inprekorr Nr. 100, 15. Juni, S. 837-838
- Brandler, Heinrich, »Le Conseil National du P. C. Allemand«, Corr Int. no. 64, 15. August 1923, S. 481- 482. auf Deutsch: »Die Tagung des Zentralaussschusses«, Rote Fahne, 8. August 1923, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, auch Inprekorr, Nr. 131, 8. August 1923, S. 1141-1142
- Brandler, Heinrich, »Es geht ums Ganze!«, Rote Fahne, 20. Oktober 1923, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1
- Brandler, Heinrich [H. B.], »Die Tagung des Zentralaussschusses«, Die Internationale, Nr. 18, 30. November 1923, S. 516-520
- Brandler, Heinrich und Thalheimer, August, »Thèses sur la défaite d'Octobre et la situation actuelle en Allemagne«, Corr Int. no. 3, 16. Januar 1924, S. 29-30, »Thesen zur Oktoberniederlage und zur gegenwärtigen Lage«, Die Internationale, Nr. 1, Januar 1924, S. 1-2 und Inprekorr, Nr. 5, 15. Januar 1924, S. 40
- Brandler, Heinrich und Thalheimer, August, »Erklärung«, Die Internationale, Nr. 2/3. 28. März 1924, S. 135.
- Brass, Otto, »Das Märchen vom kommunistischen Putsch«, Freiheit, 15. April 1920, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 2
- Braun, M. J., »Die Lehren des Kapp Putsches«, Die Internationale, Heft 23 (1. Juni 1920), S. 22-37 und Heft 24 (24. Juni 1920), S. 4-18,
- Brécot, Jean (d.i. Gaston Monmousseau), Revue communiste, Nr. 6, August 1920, S. 504-505.
- Bucharin, Nikolai, »La Lutte des classes et la révolution russe« [Der Klassenkampf und die russische Revolution]«, Revue communiste, Nr. 11, Januar 1921, S. 385-386. Aus Russisch nicht 1920, sondern bereits 1917 in Moskau erschienenen als Broschüre »Klassowaja bor'ba i rewoljutsija w« Rossii [Классовая борьба и революция вь России« (Klassenkampf und Revolution in Russland)]
- Bucharin, Nikolai, »O natupatel'noj taktike« [О наступательной тактике], Kommunistitscheskij Internatsional [Коммунистический Интернационал], Nr. 15, 1920, Sp. 3073-3075. Auf Deutsch »Über die Offensivtaktik«, Kommunistische Internationale, Nr. 15, 1920, S. 67-71; auf Französisch »De la tactique offensive«, Bulletin communiste, Nr. 14, 7. April 1921, S. 219-220.
- Büro der internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, »Für eine internationale sozialistische Konferenz!«, Freiheit, 17. Januar 1922, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2
- Dahlem, Franz, »Ce qui se passe dans la Ruhr« Corr. Int. Nr. 44, 1. Juni 1923, S. 824-825. Auf deutsch, »Der ‚Kommunistenputsch‘ an der Ruhr«, Inprekorr Nr. 90, 28. Mai

1923, S. 760 f.

Däumig, Ernst, »Um Leipzig«, Freiheit, 20. Dezember 1919, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1

David, Eduard, Die Bedeutung von Mannheim, Sozialistische Monatshefte, X. Jahrgang, Heft 11 (November 1906), S. 907-914

Dissmann, Robert »14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes«, Freiheit, 19. Oktober 1919, 2. Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1

Dissmann, Robert, »Kampfparolen der KPD«, Freiheit, 26. Januar 1921, Morgenausgabe, S. 1, Spalte 1-3

Dittmann, Wilhelm u.a., »An das sozialistische Proletariat Deutschlands!« (Leipziger Volkszeitung, 12. November 1917. S. 1, Sp. 1)

Düwell, Bernhard, »Disziplin und Grundsätze«, Unser Weg (Sowjet), Nr. 1, 1. Mai 1921, S. 17-21.

Eberlein, Hugo, »Le Fascisme Bavarois«, Corr Int. No. 41, 23. Mai 1923, S. 300 f., auf Deutsch: »Der bayrische Faschismus«, Inprekorr, Nr. 86, 23. Mai, S. 722-723

Eberlein, Hugo, »Spartakus und die Dritte Internationale«, Inprekorr, Nr. 28, 29. Februar 1924, S. 306-307.

Ebert, Friedrich, Brief an den Parteivorstand, 27. Juli 1914, in: Ebert, Friedrich, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, Band 1, Dresden, 1926, S. 309

Ebert, Friedrich, Aufruf vom 9. November 1918, Dok. u. Mat II/2, S. 333

Ebert, Friedrich, »An die Behörden und Beamten!« Vorwärts, 10. November 1918, S. 1, Spalte 1-2

Ebert, Friedrich u.a., »An das deutsche Volk!«, Dok. u. Mat II/2, S. 365-366

A. Enderle, »Fin de la grève de métallurgistes de l'Allemagne du Sud, Corr Int. 44, 7. Juni 1922, S. 342, auf Deutsch: »Das Ende des süddeutschen Metallarbeiterstreiks«, Inprekorr, Nr. 80, 30. Mai 1922, S. 608

A. Enderle, »La Centrale des Syndicats«, Corr Int, Nr. 86, 30. Oktober 1923, S. 655-656, auf Deutsch, »Die gegenwärtige Rolle des ADGB in Deutschland«, Inprekorr Nr. 165, 25. Oktober, S. 1408-1410

Engels, Friedrich, »Sozialismus in Deutschland«, Die Neue Zeit, 10. Jahrgang 1891-1892, Bd. 1, Heft 19, S. 580-589. Nach Marx Engels Werke, Band 22, S. 245-260

Ewert, A, [Eisler,] Gerhart, Pfeiffer, H. und Neumann, Heinz, »Zur Lage und zu den Aufgaben der Partei«, Die Internationale, Nr. 10, 15. Mai 1923, [tats. Nr. 8, 18. April], S. 228-234

Exekutiv[komite]e der Kommunistischen Internationale, Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund), Internationale Verbindung Sozialistischer Jugendorganisationen, »An die Proletarier der ganzen Welt«, Kommunistische Internationale, Heft 7-8, November 1919, S. 170-173

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale«, Die Kommunistische Internationale, Nr.

10, S. 237-240

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »Offenes Schreiben an die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands«, in: Kommunistische Internationale, Heft 11, S. 192-213 (auf Englisch »Extracts from an open letter from the ECCI to the members of the German Communist Labour Party, in: Jane Degras, The Communist International 1919-1943. Documents Volume I, 1919-1922, London-New York-Toronto 1956, S. 94-99)

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »An alle Arbeiter Deutschlands, an die Reichszentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands und an den Zentralvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Anlässlich des Beschlusses des Leipziger Kongresses der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Kommunistische Internationale.)«, Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum zweiten Kongress. Hamburg 1920, S. 195-213 und Die Rote Fahne, 26. April 1920, S. 2, Spalte 3 – S. 3, Spalte 2. 27. April 1920, S. 3, Spalte 1-3, 28. April 1920, S. 3, Spalte 1-3

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »Die Stellung des Exekutivkomitees zum Amsterdamer Büro und zur KAP«, Rote Fahne, 15. Juni 1920, S. 1, Spalte 1-2

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »Das Exekutivkomitee der 3. Internationale an die KAP. Offener Brief an die Mitglieder der KAP«, Rote Fahne, 13. Juli 1920, Beilage, S. 1, Spalte 1-3, 14. Juli 1920, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1, 16. Juli 1920, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1, 17. Juli 1920, Beilage, S. 1, Spalte 1-3, 20. Juli 1920, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1, 21. Juli 1920, Beilage, S. 1, Spalte 1-3, »Offenes Schreiben an die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands«, in: Manifest, Richtlinien ..., S. 292-319

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »An alle Orts- und Landesorganisationen der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands, an alle Arbeiter, die Mitglieder der USPD sind«, in: Manifest, Richtlinien ..., S. 322-325

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »Das Schreiben des Exekutivkomitees an die USP«, Rote Fahne, 30. September 1920, S. 1, Spalte 1-2

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »Moskau an Halle. Offenes Schreiben an alle Mitglieder der Unabhängigen Partei Deutschlands«, Rote Fahne, 12. Oktober 1920, S. 1, Spalte 1 – S. 3, Spalte 1, 13. Oktober 1920, 1. Beilage, S. 1, Spalte 1-3 und Hauptblatt, S. 4, Sp. 1-3, auch: Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, Version der USPD-Linken, S. I-XV

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »An alle Mitglieder der Linken Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands«,

Die Kommunistische Internationale, 15, 1920, S. 448-452

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »Über den Rücktritt von fünf Mitgliedern aus der Zentrale der VKPD«, Kommunistische Internationale, Heft 17, S. 80 f., Nachdruck in »Ohne einen Tropfen ...«, I/3, S. 577-578

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »ECCI Statement on the March Action in Germany«, in Jane Degras, The Communist International 1919-1943. Documents Volume I, 1919-1922, London-New York-Toronto 1956, S. 217-218, auf Deutsch: »An die revolutionären Arbeiter Deutschlands«, Kommunistische Internationale, Heft 17, S. 413-415

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »ECCI Statement on the Expulsion of Paul Levi«, in: Jane Degras, The Communist International 1919-1943. Documents Volume I, 1919-1922, London-New York-Toronto 1956, S. 219-220, auf Deutsch: »Resolution des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale«, Kommunistische Internationale, Nr. 17, S. 366 f.

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »Thèses sur le front ouvrier unique«, Bulletin Communiste, No. 2, 12. Januar 1922, S. 26-30, auf Deutsch: »Leitsätze über die Einheitsfront der Arbeiter ...«, in: Die Tätigkeit der Exekutive und des Präsidiums ..., Petrograd 1922, S. 345-355

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, Exekutive der Roten Gewerkschaftsinternationale, »Pour l'unité du front prolétarien«, Bulletin Communiste, No. 3, 19. Januar 1922, S. 46-48, auf Deutsch: »Für die Einheitsfront des Proletariats« in Inprekorr, 2. Jahrgang, Nr. 2, 5. Januar 1922, S. 9-11

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »Résolution adoptée après discussion des thèses de l'Éxécutif«, Bulletin communiste, Nr. 18, 29. April 1922, S. 335, auf Deutsch: »Resolution über die Taktik der Einheitsfront«, in: Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals: Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922, S. 145

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, The lessons of Genoa, in Jane Degras, The Communist International 1919-1943. Documents Volume I, 1919-1922, London-New York-Toronto 1956, S. 344-349. auf Deutsch: »Die Lehren der Genueser Konferenz«, Inprekorr, Nr. 73, 22. Mai 1922, 563-564

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale u.a., »Zur Liquidation der Parteidifferenzen«, Rote Fahne, 13. Mai 1923, 3. Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 3, Dok. u. Mat, VII/2, S. 301-309

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und Vollzugsbüro der Roten Gewerkschafts-Internationale, »Auf zur Unterstützung des deutschen Proletariats!«, Rote Fahne, 2. September 1923, S. 1, Spalte 1-2

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »Lehren der deutschen Ereignisse«, Inprekorr, Nr. 22, 18. Februar 1924, S. 244-248

- Fischer Ruth, »Die Rettung der deutschen Nation«, Rote Fahne, 11. Februar 1921, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 1-3
- Fischer Ruth, »War die Märzaktion eine Bettelheimerei?« Die Internationale, Heft 5, 15. Mai 1921, S. 160-170
- Fischer Ruth, »Die Opposition auf dem Parteitag der KPD«, Rote Fahne, 1. April 1923, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 6, Spalte 1.
- Franz, Rudolf, »Der Fall Radek von 1913«, Das Forum, IV, Nr. 5, Februar 1920, S. 389-393.
- Freiheit, »Zum Termin der Nationalversammlung«, Freiheit, 18. November 1918, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 2
- Freiheit, »Die Nationalversammlung«, Freiheit, 19. November 1918, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 2
- Freiheit, »Deutsche Taktik für die deutsche Revolution«, Freiheit, 14. Dezember 1918, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1
- Freiheit, »Verbands-Generalversammlung Groß-Berlin«, Freiheit, 16. Dezember 1918. Morgenausgabe, 1. Beilage, S. 1. Spalte 1 – S. 2, Spalte 1
- Freiheit, »Endlich Klarheit!«, Freiheit, 16. Dezember 1918, Morgenausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1
- Freiheit, »Austritt der Unabhängigen aus der Regierung«, Freiheit, 29. Dezember 1918, S. 1, Spalte 1-3
- Freiheit, »Reichskonferenz der USPD«, Freiheit, 11. September 1919, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1
- Freiheit, »Die Groß-Berliner Arbeiter-Räte zur Gewerkschaftsfrage«, Freiheit 8. Oktober 1919, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1
- Freiheit, »Attentat auf Haase«, Freiheit, 8. Oktober 1919, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2
- Freiheit, »Zersetzung in der Kommunistischen Partei«, Freiheit, 13. Oktober 1919, Abend-Ausgabe, S. 3, Spalte 1
- Freiheit, »Dem toten Führer«, Freiheit, 8. November 1919, S. 1, Spalte 1-2
- Freiheit, »Der Parteitag in Leipzig«, 2. Dezember 1919, Morgen-Ausgabe, S. 2, Spalte 2 – S. 3, Spalte 3
- Freiheit, »Neuaufbau der Rätebewegung«, Freiheit, 20. Dezember 1919, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 1- S. 2, Spalte 1
- Freiheit, »Spaltung in der Berliner KPD«, 6. Januar 1920, Morgen-Ausgabe, S. 2, Spalte 3 – S. 3, Spalte 1
- Freiheit, »Die verdienten Ohrfeigen«, Freiheit, 15. Januar 1921 Abend-Ausgabe, S. 3, Sp. 2
- Freiheit, »Delegiertenversammlung der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins«, Freiheit, 24. März 1920, Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-3
- Freiheit, »Die Reden Däumigs und Levis in der Generalversammlung Groß-Berlins

- am 26. März«, Freiheit, 28. März 1920, Erste Beilage, S. 1, Spalte 3 – Seite 2, Spalte 1
 Freiheit, »Das Lockspitzeltum der Konterrevolution«, Freiheit, 10. Juni 1920, Morgen-Ausgabe, S. 2, Sp. 2-3
 Freiheit, »Das Ergebnis der Urwahl«, Freiheit, 5. Oktober 1920, 5. Oktober 1920 S. 2, Spalte 1
 Freiheit, »Die Rumpfkonzferenz in Württemberg«, Freiheit, 6. Oktober 1920, S. 2, Spalte 2-3
 Freiheit, »Spaltung am Niederrhein«, Freiheit, 12. Oktober 1920, S. 1, Spalte 1-2
 Freiheit, »Paul Levi an seinen Moskauer Vorgesetzten«, Freiheit, 30. Januar 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2
 Freiheit, »Gewissenlose Hetze«, Freiheit, 22. März 1921, Abend-Ausgabe, S. 3, Spalte 1
 Freiheit, »Das Musterexemplar eines Spitzels«, Freiheit, 25. März 1921, S. 2, Spalte 2
 Freiheit, »Die Lage in Berlin«, Freiheit, 27. März 1921, S. 3, Spalte 2-3
 Freiheit, »Die Vorgänge im Leunawerk«, Freiheit, 5. April 1921, Abend-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-2
 Freiheit, »Der Protest des Berliner Proletariats«, Freiheit, 7. April 1921, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 1
 Freiheit (Mühlheim), »Thyssen verhaftet!«, Dok. u. Mat II/2, S. 563-565
 Friedrich, A., »La Grève des cheminots allemands et le budget du Reich«, Corr Int, Nr. 10, 7. Februar 1922, S. 73 f., auf Deutsch: Der deutsche Eisenbahnerstreik und der Etat des Reiches, Inprekorr, Nr. 15, 7. Februar 1922, S. 120
 Friesland, Ernst, »Zur Kritik der Partei«, Rote Fahne, 4. Februar 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1
 Friesland, Ernst »Das Ergebnis des Zentralausschusses«, Die Internationale, Nr. 17, 1. Dezember 1921, S. 592-594.
 Friesland, Ernst, »Parteitaktische Bemerkungen«, Die Internationale, Nr. 18/19, 15. Dezember 1921, S. 642-647.
 Frölich, Paul, »Die Kappiade und die Haltung der Partei«, Die Internationale, Nr. 24, 24. Juni 1920, S. 19-31.
 Frölich, Paul, »Les partis et les syndicats devant la grève des cheminots allemands et le budget du Reich«, Corr Int, Nr. 10, 7. Februar 1922, S. 75, auf Deutsch: »Der Streik der deutschen Eisenbahner«, Inprekorr, Nr. 15, 7. Februar 1922, S. 119-120
 Frölich, Paul, »60% ou 40%«, Corr. Int. No 9, 30. Januar 1923, S. 51 f., auf Deutsch »40 oder 60 Prozent – das ist die Frage«, Inprekorr, Nr. 16, 24. Januar 1923, S. 111
 Geyer, Kurt, »Nach dem Parteitag«, Das Forum, Nr. 4, Januar 1920, S. 260-270.
 Geyer, Curt, »Zur Vorgeschichte des III. Weltkongresse«, Unser Weg (Sowjet), Nr. 8/9, August 1921, S. 241-247
 Gorter, Hermann, »Die KAPD und die 3. Internationale«, KAZ, Nr. 162, 1920 [tats. 1921], S. 1, Spalte 3 – S. 2. Spalte 2

- Gröner, »An die Rüstungsarbeiter!«, Dok. u. Mat II/1, S. 629
- Gruppe Internationale, Bericht über die Frauendemonstration für den Frieden am 28. Mai 1915, Dok. u. Mat. II/1, S. 167-168
- Gussew, S. I., »Möge auch das Proletariat sich vorbereiten«, Rote Fahne, 19. August 1923, 2. Beilage, Seite 3, Spalte 3
- Herzog, Wilhelm, »Von Leipzig nach Moskau. Klarheit um jeden Preis«, Das Forum, Jg. 4, Nr. 7, April 1920, S. 481-484
- Wilhelm Herzog, »Russisches Notizbuch«, Das Forum, 4. Jahrgang, Nr. 11, August 1920, S. 791-866
- Herzog, Wilhelm, »Die Wut des Hilfergedinges«, Das Forum, Jg. 4, Nr. 11, August 1920, S. 866-870
- Herzog, Wilhelm »Tagebuch aus Russland«, Forum, Jg. 5, Nr. 7. April 1921, S. 251-283
- R. H. (Hilferding Rudolf), »Revolutionäres Vertrauen!«, Freiheit, 18. November 1918, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1
- Hilferding, Rudolf, »Die Einigung des Proletariats«, Freiheit, 9. Februar 1919, S. 1, Spalte 1-3
- Hindenburg, Telegrafische Anordnung vom 10. November 1918 an alle Heeresgruppen und Armeeoberkommandos zur Ergreifung von Maßnahmen gegen die Ausbreitung der sozialistischen Revolution in Deutschland, Dok. u. Mat II/2, S. 356-358
- Höllein, Emil, »Avant la tempête«, Corr Int. no. 85, 26. Oktober 1923, S. 648-649, auf Deutsch, »Zur politischen Lage in Deutschland«, Inprekorr, Nr. 165, 25. Oktober 1923, S. 1405-1407
- Hoernle, Edwin, »Parteiopposition oder Parteizertrümmerung?«, Rote Fahne, 25. Dezember 1921. Morgenausgabe, S. 3, Spalte 1-2
- Hoernle, Edwin, »Die Taktik der Einheitsfront aus dem Parteitag der KPD«, Die Internationale, Nr. 6, 15. März 1923, S. 179-185.
- Hort, G., »Zentralismus und Bürokratie«, Rote Fahne, 15. Februar 1921, Morgenausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 1-2
- Humanité, »L'arrestation de Marcel Cachin«, L'Humanité, 21. Januar 1923, S. 1, Spalte 1-6
- Internationale Kommunisten Dresdens, Erklärung vom 16. November 1918 über ihren Austritt aus dem Vereinigten Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat, Dok. u. Mat II/2, S. 403-404
- Jogiches, Leo [?], Bericht über die Vorgeschichte und den Verlauf des Januarstreiks, Dok. u. Mat II/2. S. 131-136
- Jogiches Leo, Brief an August Thalheimer, 11. November 1918, wiedergegeben in Drabkin, a.a.O., S. 377 f.
- Junge, Walter, u.a. »Eine Kundgebung der Volksmarinedivision«, Freiheit, 10. Januar 1919, S. 1, Spalte 1, Dok. u. Mat II/3, S. 36

- Kabaktschiew, »Die Spaltung in der italienischen Sozialistischen Partei«, Die Internationale, Nr. 2, 1921, S. 16-22
- Kautsky, Karl, »Die Erhebung der Bolschewiki«, Leipziger Volkszeitung, 15. November 1917. S. 1, Sp. 1-2
- Kautsky, Karl, »Judas in Luzern«, Freiheit, 20. August 1919, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 S. 2, Spalte 1
- Knief, Johann, »Resolution [über die Notwendigkeit der organisatorischen Trennung von den Rechtsopportunisten und Zentristen]« Arbeiterpolitik, Nr. 8, 24. Februar 1917, S. 63-64, Dok. u. Mat., I/1, S. 571-572
- Knief, Johann [Pseudonym Peter Unruh], »Eine dringende Notwendigkeit«, Arbeiterpolitik, Nr. 50, 15. Dezember 1917, S. 375-376, Dok. u. Mat., II/2, S. 43-47.
- Kölnische Zeitung, »Der Terror der Spartakusgruppe«, 17. November 1918, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 2
- Kommunist, Bremen, Bericht über die am 23. November 1918 beschlossene Umbenennung der linksradikalen Organisation in »Internationale Kommunisten Deutschlands«, Kommunist, Nr. 2, 28. November 1918, Dok. u. Mat., II/2, S. 456-458.
- Kommunist, Dresden, Bericht über die Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands vom 15. bis 17. Dezember 1918 in Berlin, 1. Jahrgang, Nr. 5, Dok. u. Mat., II/2, S. 609-613.
- Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, »An das deutsche Proletariat«, Nachdruck in: Bock, Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus, a.a.O., S. 406 f.
- Kommunistische Arbeiter Zeitung, »Antwort an die VKPD«, Kommunistische Arbeiter Zeitung, Nr. 61, Januar 1921, S. 1, Spalte 2 – S. 2, Spalte 1
- Kommunistische Partei Deutschlands, »Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Entwurf«, Inprekorr, Nr. 95, 7. Oktober 1922, S. 1297-1308.
- Konferenz aller Staatsbetriebe Spandaus, »Die Streikforderungen der Spandauer Staatsbetriebe«, Rote Fahne, 1. März 1919, S. 1, Spalte 1, Dok. u. Mat., II/3, S. 202
- Koenen, Wilhelm, »Les travailleurs municipaux de Berlin dans la bataille«, Corr Int, Nr. 10, 7. Februar 1922, S. 74 f., auf Deutsch: »Der deutsche Eisenbahnerstreik und der Etat des Reiches«, Inprekorr, Nr. 15, 7. Februar 1922, S. 122
- KPD-Fraktion in der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins: Erklärung vom 4. März 1919 zum Austritt der KPD-Mitglieder aus dem Vollzugsrat, Dok. u. Mat., II/3, S. 291
- KPD-Parteitag, »Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung«, Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), abgehalten in Leipzig von 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin, 1923, S. 415-424, Dok. u. Mat., VII/2, S. 246-255
- Kun, Bela, »Die Ereignisse in Deutschland«, Kommunismus, 1920, Nr. 11, S. 316-450

- 323, Nr. 12/13, S. 345-351, Nr. 14, S. 403-411, Nr. 15, S. 438-444
- Kun, Bela, »Die Durchführung«, Kommunismus, Nr. 18, 8. Mai 1920, S. 549-555.
- Kuusinen, Otto, »Un tableau inexact de ‚l'Octobre Allemand‘«, Cahiers du Bolchevisme, Nr. 11, 30. Januar 1925, S. 712-719, und Nr. 12, 6. Februar 1925, S. 760-764, auf Russisch O. Kuusinen, »Neudawscheesja isobraschenie ‚nemetskogo Oktjabrja« [Неудавшееся изображение ‚немецкого Октября‘] {Eine misslungene Darstellung des deutschen Oktobers}, in »Ob urokach Oktjabrja« [Об уроках октября], Lenin-grad ²1924, 170-192.
- L., E. »Die Verelendung des intellektuellen Proletariats«, Rote Fahne, 26. Juli 1923, Beilage, S. 1, Spalte 1
- Ledebour, Georg, »Gegen die Rechtsverkümmerng des zentralen Vollzugsrats«, Freiheit, 22. Dezember 1918, S. 2, Spalte 2-3
- Ledebour, Georg, »Die Geschichtsfälschung der »Roten Fahne«, Freiheit, 25. September 1920, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1
- Legien, C, u.a., »Die Gewerkschaften an die Rüstungsarbeiter«, Vorwärts, 27. April 1916, S. 1-2, auch Dok. u. Mat II/1, S. 626-628
- Legien, u.a., »Beschluss«, Vorwärts, 24. März 1920, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 2
- Leipart u.a., »An die Beamten, Arbeiter und Angestellten«, Vorwärts, 4. Februar 1922, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1, Dok. u. Mat., VII/2, S. 30-31
- Leipziger Volkszeitung: »Osterkonferenz der sozialdemokratischen Opposition. Erster Verhandlungstag (Nachmittagssitzung), Leipziger Volkszeitung, 15. [tats. 16.] April 1917, 1. Bl., S. 2
- Leipziger Volkszeitung, »Sieg der Bolschewiki?«, Leipziger Volkszeitung, 14. November 1917., S. 1, Sp. 1 f.
- Leipziger Volkszeitung, Leipziger Volkszeitung, »Eine Konferenz der Opposition«, 2. August 1923, S. 1, Spalte 2
- Lenin, W. I., »Preface au recueil ‚En douze ans‘«, in: Œuvres, Band XIII, Paris 1967, S. 95-115, auf Deutsch: »Vorwort zum Sammelband ‚12 Jahre‘«, Werke, Band 13, Ost-Berlin, 1963, S. 86-105
- Lenin, W. I., »Les tâches de la social-démocratie révolutionnaire dans la guerre européenne«, in: Œuvres, Band XXI, Paris 1960, S. 9-13, auf Deutsch: »Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Krieg«, Werke, Band 21, Berlin 1960, S. 1-5.
- Lenin, W. I., »La guerre et la social-démocratie russe«, in: Œuvres, Band XXI, Paris 1960, S. 19-28, auf Deutsch: »Der Krieg und die russische Sozialdemokratie«, Werke, Band 21, Berlin 1960, S. 11-21
- Lenin, W. I., »Karl Marx (Brève notice biographique comportant un exposé du marxisme), in: Œuvres, Band XXI, Paris 1960, S. 37-87, auf Deutsch: »Karl Marx (Kurzer biografischer Abriss mit einer Darlegung des Marxismus)«, Werke, Band 21, Berlin 1960, S. 31-80

Lenin, W. I., »Chauvinisme mort et socialisme vivant (Comment reconstituer l'Internationale)«, in: Œuvres, Band XXI, Paris 1960, S. 90-97, auf Deutsch: Der tote Chauvinismus und der lebendige Sozialismus (Wie soll die Internationale wiederhergestellt werden?), Werke, Band 21, Berlin 1960, S. 83-90

Lenin, W. I., »Que faire maintenant ? (Des tâches des partis ouvriers à l'égard de l'opportunisme et du social-chauvinisme)«, in: Œuvres, Band XXI, Paris 1960, S. 103-111, auf Deutsch: »Was weiter? (Über die Aufgaben der Arbeiterparteien gegenüber dem Opportunismus und Sozialchauvinismus)«, Werke, Band 21, Berlin 1960, S. 96-103

Lenin, W. I., »Comment la police et les réactionnaires préservent l'unité de la social-démocratie allemande«, in: Œuvres, Band XXI, Paris 1960, S. 126-128, auf Deutsch: »Wie Polizei und Reaktionsäre die Einheit der deutschen Sozialdemokratie schützen«, in: Werke, Band 21, Berlin 1960, S. 117-119

Lenin, W. I., Lettre à Karl Radek, Œuvres, Bd. XXXVI, Paris 1959, S. 270-271, auf Deutsch: Brief an Karl Radek. Nach dem 19. Juni 1915, in Werke, Band 36, Berlin 1962, S. 330-332

Lenin, W. I., Lettre à Karl Radek, Œuvres, Bd. XXXVI, Paris 1959, S. 333-334, auf Deutsch: Brief an Karl Radek. Um den 15. Juli 1915, Lenin Werke, Band 36, Berlin 1962, S. 314-315

Lenin, W. I., Lettre à David Wyncoop, Œuvres Bd. XXXV, Paris 1964, S. 191-193 auf Deutsch: Brief an David Wijnkoop, Juli 1915, Werke, Band 35, Berlin 1962, S. 170-172 und Lenin Briefe, Band IV, Berlin 1967, S. 101 f.

Lenin, W. I., Lettre à Karl Radek, Œuvres, Bd. XXXVI, Paris 1959, S. 335-337, auf Deutsch: Brief an Karl Radek. Vor dem 4. August 1915, Lenin Werke, Band 36, Berlin 1962, S. 316-318

Lenin, W. I., »Les tâches de l'opposition en France (Lettre au camarade Safarov)«, in: Œuvres, Band XXII, Paris 1960, S. 136-140, auf Deutsch: »Die Aufgaben der Opposition in Frankreich, Brief an Genosse Safarow«, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 131-136.

Lenin, W. I., »A propos de la brochure de Junius«, in: Œuvres, Band XXII, Paris 1960, S. 328-343, auf Deutsch: »Über die Junius-Broschüre«, Werke, Band 22, Berlin 1960, S. 310-325

Lenin, W. I., Lettre à A. G. Chliapnikov, Lenin Œuvres, Band XXXVI, Paris 1959, S. 388-389, auf Deutsch: Brief an A. G. Schljapnikow. März-April 1916, Lenin Werke, Band 36, Berlin 1962, S. 375-376

Lenin, W. I., Lettre à A. G. Chliapnikov, Lenin Œuvres, Band XXXVI, Paris 1959, S. 406-409, auf Deutsch: Brief an A. G. Schljapnikow. 23. Mai 1916, Lenin Werke, Band 36, Berlin 1962, S. 382-385

Lenin, W. I., Lettre à A. G. Chliapnikov, Lenin Œuvres, Band XXXVI, Paris 1959, S. 412-415, auf Deutsch: Brief an A. G. Schljapnikow. 17. Juni 1916, Lenin Werke, Band

36, Berlin 1962, S. 390-394

Lenin, W. I., Lettre à Inessa Armand, Œuvres, Bd. XXXV, Paris 1964, S. 270-271, auf Deutsch: Brief an Inès Armand, Dezember 1916, Werke, Band 35, Berlin 1962, S. 244-245

Lenin, W. I., »Lettre aux camarades bolcheviks participant au congrès des soviets de la région du nord«, in: Œuvres, Bd. XXVI, Paris 1967, S. 185-191, auf Deutsch: »Brief an die Genossen Bolschewiki, die am Kongress der Sowjets des Nordgebiets teilnehmen«, in: Werke, Band 26, Berlin 1961, 169-175

Lenin, W. I., »Rapport sur la ratification du traité de paix«, in: Œuvres, Bd. XXVII, Paris 1961, S. 176-195, auf Deutsch: »Referat über die Ratifizierung des Friedensvertrags«, 14. März 1918, Werke, Band 27, Berlin 1960, S. 160-178

Lenin, W. I., »La révolution prolétarienne et le renégat Kautsky«, in: Œuvres, Bd. XXVIII, Paris 1961, S. 103-112, auf Deutsch: »Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky«, in: Werke, Band 28, S. 94-103

Lenin, W. I., »Lettre aux ouvriers d'Europe et d'Amérique«, in: Œuvres, Bd. XXVIII, Paris 1961, S. 450-458. auf Deutsch: deutsch »Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas«, Lenin Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 441-449

Lenin, W. I., »Aux membres du groupe »Spartacus«, Œuvres, Bd. XXXV, Paris 1964, S. 378-379, auf Deutsch: »An die Mitglieder der Spartakusgruppe«, Werke, Band 35, Berlin 1962, S. 345, Dok. u. Mat II/2, S. 255

Lenin, W. I., Brief an Tschitscherin vom 27. oder 28. Dezember 1918, BzG, Nr. 5, 1965, S. 838-842.

Lenin, W. I., »La IIIe Internationale et sa place dans l'histoire«, in: Œuvres Bd. XXIX, Paris 1962, S. 308-316, auf Deutsch: »Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte«, Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 294-302

Lenin, W. I., »Les héros de l'internationale de Berne«, in: Œuvres, Bd. XXIX, Paris 1962, S. 397-407, auf Deutsch: Die Helden der Berner Internationale« Werke, Band 29, Berlin 1961, S. 381-390

Lenin, W. I., »Lettre à Sylvia Pankhurst«, in: Œuvres, Bd. XXIX, Paris 1962, S. 566-572, auf Deutsch: »Ein Brief an Sylvia Pankhurst«, Werke, Band 29, Berlin 1961, S. 553-559

Lenin, W. I., »Salut aux communistes italiens, français et allemands«, in: Œuvres, Bd. XXX, Paris 1964, S. 46-57, auf Deutsch: »Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten«, Lenin Werke, Band 30, Berlin 1961, S. 35-46

Lenin, W. I., »Lettre au Comité central du Parti communiste d'Allemagne au sujet de la scission. Aux camarades Paul Lévl, Clara Zetkin, Eberlein et à tous les membres du Comité central du Parti communiste d'Allemagne«, in: Œuvres, Bd. XXX, Paris 1964, S. 82-83, auf Deutsch: »Brief an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands anlässlich der Spaltung.« Werke, Band 30, Berlin 1961, S. 71-72

Lenin, W. I., »Le communisme (Revue de l'Internationale Communiste pour les pays

de l'Europe du Sud-Est (en langue allemande). Vienne, Cahiers 1/2, (1er février 1920) à 18 (8 mai 1920)«, in Œuvres, Bd. XXXI, Paris 1961, S. 167-169, auf Deutsch: »Kommunismus.« »Zeitschrift der Kommunistischen Internationale für die Länder Südosteuropas« (in deutscher Sprache), Wien, Heft 1/2 vom 1. Februar 1920 bis Heft 18 vom 8. Mai 1920«, Lenin Werke, Band 31, Berlin 1959, S. 153-155

Lenin, W. I., »Theses sur les tâches fondamentales du IIe congrès de l'internationale communiste«, in Œuvres, Bd. XXXI, Paris 1961, S. 186-204, auf Deutsch: »Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale«, Lenin Werke, Band 31, Berlin 1959, S. 172-189

Lenin, W. I., »Les conditions d'admission à l'Internationale Communiste«, in Œuvres, Bd. XXXI, Paris 1961, S. 210-216, auf Deutsch: »Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale«, Lenin Werke, Band 31, Berlin 1959, S. 193-199

Lenin, W. I., »Discours à l'assemblée des militants de Moscou«, Œuvres, Bd. XXXI, Paris 1961, S. 456-477, auf Deutsch: »Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B)«, Lenin Werke, Band 31, Berlin 1959, 434-454

Lenin, W. I., »Rapport sur les concessions devant la fraction du P.C.(b). Au VIIIe congrès des soviets«, Œuvres, Bd. XXXI, Paris 1961, auf Deutsch: »Referat über die Konzessionen, gehalten in der Sitzung der KPR(B)-Fraktion des VIII. Sowjetkongresses.« Lenin Werke, Band 31, Berlin 1959, 459-482

Lenin, W. I., Brief an Paul Levi und Clara Zetkin, Nachlass Paul Levi, P. 55/10, P. 63/3; Leninski Sbornik, Bd. XXXVI, Moskau 1959, S. 220-221. BzG, 1963, Nr. 1, S. 74-75, Lenin Briefe, Band VII, Berlin 1970, S. 150 f.

Lenin, W. I., »Discours en faveur de la tactique de l'Internationale Communiste«, Œuvres, Bd. XXXII, Paris 1962, S. 498-508, auf Deutsch: »Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale«, Lenin Werke, Band 32, Berlin 1961, S. 491-500

Lenin, W. I., »Observations sur les projets de theses sur la tactique pour le IIIe congrès de l'Internationale Communiste. Lettre à G. Zinoviev«, Lenin Œuvres, Band XLII, Paris 1977, S. 329-334, auf Deutsch: »Bemerkungen zu den Entwürfen der Thesen über die Taktik für den III. Kongress der KI. Brief an G. J. Sinowjew«, BZG, S. 687-691. Auch veröffentlicht in Lenin Werke, Ergänzungsband 2, Berlin 1971, S. 326-331

Lenin, W. I., »Lettre aux communistes allemands«, Œuvres, Bd. XXXII, Paris 1962, S. 545-556, auf Deutsch: »Brief an die deutschen Kommunisten«, Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 537-548

Lenin, W. I., Lenin, W. I., Trotzki, Leo, Sinowjew, Georgi, Radek, Karl und Bucharin, Nikolai, »Die russischen Genossen zur Parteilage«, Rote Fahne, 22. Januar 1922, Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 2

Lenin, W. I., »Notizen eines Publizisten, über das Besteigen hoher Berge, über die Schädlichkeit der Verzagtheit, über den Nutzen des Handels, über das Verhältnis zu

- den Menschewiki u. dgl. m.«, Werke, Band 33, Berlin 1962, S. 188-196
- Lenin, W. I., »Nous avons payé trop cher«, in: Œuvres, Bd. XXXIII, Paris 1963, S. 336-340, auf Deutsch: »Wir haben zu teuer bezahlt«, in: Werke, Band 33, Berlin 1962, S. 316-320
- Lenin, W. I., »Cinq ans de révolution russe et les perspectives de la révolution mondiale«, in: Œuvres Bd. XXXIII, Paris 1963, S. 429-444, »Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution«, Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 404-418
- Levi, Paul u.a. »Erklärung der Internationalisten, abgegeben in Bern am 7. April 1917«, Demain, Nr. 13, Mai 1917, auf Deutsch im Anhang von Lenin, Sämtliche Werke, Band 20.2, Wien-Berlin 1928, S. 261-268 und Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe, Band I/1: Spartakus 1. Das Leben bis zur Ermordung des Leo Jogiches. Berlin 2018, S. 398-399
- Levi Paul, »Wir und die andern«, unterzeichnet »P. L.«, Arbeiterpolitik, Nr. 9, 1917, S. 65-67, Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut I/1: Spartakus 1. Das Leben bis zur Ermordung des Leo Jogiches. Berlin 2018, S. 390-394
- Levi Paul, Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund), S. 88-96. Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe, Band I/1: Spartakus 1. Das Leben bis zur Ermordung des Leo Jogiches. Berlin 2018, S. 729-735
- Levi Paul, »Ungarn«, Freiheit, Hanau, 24. März 1919, Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20, S. 992-996
- Levi Paul, Brief an Lenin, in Nachlass Paul Levi. P 55/4 [nach der Signatur der Friedrich-Ebert-Stiftung Mappe 43 in Box 19]; vollständig wiedergegeben in P. Levi, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, S. 19-22, Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20, S. 997-999
- Levi, Paul, Die Abrechnung, Die Internationale. Jg. 1, Heft 4, 21. Juni 1919, S. 2-5, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe Band I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20. Berlin 2018, S. 1116-1119
- Levi, Paul, »Die Kehrseite«, Die Internationale, Nr. 9-10, 4. August 1919, S. 9-13, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe Band I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20. Berlin 2018, S. 1165-1170
- Levi Paul, Reichskonferenz der KPD, 16. August 1919, Veröffentlicht in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe Band I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20. Berlin 2018, S. 1185-1197
- Levi Paul, Leitsätze über Kommunistische Grundsätze und Taktik, Bericht 2 ..., S. 60-62, Nachdruck in Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe

Band I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20. Berlin 2018, S. 1245-1248

Levi, Paul, »Reinigung«, Die Internationale, Nr. 15/16, 1. November 1919, S. 281-285, Nachdruck in Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe Band I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20. Berlin 2018, S. 1242-1247

Levi, Paul »Georg Ledebour, die Revolution und die anderen«, Rote Fahne, 14. Januar 1920, S. 3, Spalte 1 – S. 4, Spalte 1, Nachdruck in Rote Fahne, 5. September 1920, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 3, Nachdruck in Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe Band I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20. Berlin 2018, S. 1434-1441

Levi Paul, Bericht an den 2. Kongress, Archiv Levi, S. 124/8, inzwischen veröffentlicht unter dem Titel »Zur Geschichte der KPD« in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe Band I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20. Berlin 2018, S. 1748-1757

Levi Paul, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch und die Kommunistische Partei Deutschlands, Die Kommunistische Internationale, Nr. 12, 30. Juli 1920, Spalte 2145-2148, andere Ausgabe, S. 147-150. Im Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe Band I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20. Berlin 2018, S. 1529 f. sind die Seiten 148 und 149 vergessen und nur die Seiten 147 und 150 wiedergegeben worden!

Levi Paul, Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins, 26. März 1920, Nachlass Paul Levi, P 60/6, Mappe 286 in Box 143, Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe Band I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20. Berlin 2018, S. 1539-1543

Levi Paul, Bericht an den 2. Kongress, Archiv Levi, S. 124/8, inzwischen veröffentlicht unter dem Titel »Zur Geschichte der KPD« in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe, Band I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20. Berlin 2018, S. 1748-1757

Levi, Paul, »Die Lehren des Ungarischen Revolution«, Die Internationale, Nr. 24, 24. Juni 1920, S. 32-41, Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe Band I/2: Spartakus 2. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20. Berlin 2018, S. 1812-1823

Levi, Paul, »La marche de la Revolution en Allemagne«, Revue communiste, n° 2, April 1920

Levi Paul, »Der II. Kongress der Kommunistischen Internationale. Sitzung, 30. Juli 1920 (I)«, in in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe.«, I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 23-31

Levi Paul, »Rede auf der Zentralausschusssitzung am 25. August 1920«, veröffentlicht 456

in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. « I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 46-64

Levi, Paul, »Dittmann-Crispien in Moskau und Berlin«, Rote Fahne, 2. September 1920, S. 1, Spalte 1-2, Nachdruck in Paul Levi, »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. « I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 78-81

Levi, Paul, »Das Ende der USPD«, Die Rote Fahne, 19. Oktober 1920, S. 1, Sp. 3 – S. 2, Sp. 1

Levi Paul, Rede und Schlusswort auf dem Vereinigungsparteitag 1920, S. 30-38 und 66-71, Nachdruck in »»Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. « I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 221-239

Levi Paul, »Die Lehren des Elektrizitätsstreiks«, Die Rote Fahne, 12. November 1920, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 2

Levi Paul, »Der Parteitag des Kommunistischen Partei«, Die Internationale, Nr. 26, 1. Dezember 1920, S. 41-44, Nachdruck in »»Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. « I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 198-202

Levi Paul, »Die Vereinigungsparteitag«, Die Rote Fahne, 4. Dezember 1920, S. 1, Sp. 1 – S. 2, Sp. 3

Levi Paul, »Eine unhaltbare Situation«, Die Rote Fahne, 24. Dezember 1920, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, Nachdruck in »»Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. « I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 244-247

Levi Paul, »Taktische Fragen«, Die Rote Fahne, 4. Januar 1921, Abend-Ausgabe, S.1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, Nachdruck in »»Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. « I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 264-266

Levi Paul, »Wir und die Exekutive«, Die Rote Fahne, 5. Februar, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, 6. Februar 1921, Beilage, S. 1, Spalte 1-2, Nachdruck in »»Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. « I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 276-283

Levi Paul, »Der Parteitag der italienischen Partei«, Die Rote Fahne, 23. Januar 1921, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, Nachdruck in »»Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. « I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 304-307

Levi Paul, »Zu den Fragen der Kommunistischen Internationale« Rote Fahne, 2. Februar 1921. Morgen-Ausgabe, S. 4, Spalte 1, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. « I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus

in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 335-337

Levi Paul, »Die Berliner Funktionärsversammlung der VKPD zur politischen Lage«, veröffentlicht in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe.« I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 384-391

Levi Paul, »Der Beginn der Krise in der Kommunistischen Partei und in der Internationale«, 24. Februar 1921. Nachlass Paul Levi, P 64/6. Blatt 20 [Mappe 288 in Box 144] veröffentlicht in »»Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe.« I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 407-438

Levi Paul, »Wir anderen«, Die Rote Fahne, 1. März 1921, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Sp. 1-2, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe.« I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 468-470

Levi Paul, Brief an Lenin, Nachlass Paul Levi. P 55/4 [Mappe 197, Box 90], Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe.« I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 579-585

Levi, Paul, »Was ist das Verbrechen?« Nachdruck in Ohne einen Tropfen Lakaienblut I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 671-705

Paul Levi, Der Fall Brandler, Sowjet, 3. Jahrgang, Heft 4, 15. Juni 1921, S. 101-105, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe.« I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 755-760

Levi Paul, »Die Aufgaben der Kommunisten«, Sowjet, Nr. 5, 1. Juli 1921, S. 138-144, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe.« I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 788-796

Levi Paul, Brief an Mathilde Jacob, 27. Juli 1921, »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe.« I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 819 f.

Levi Paul, Brief an Mathilde Jacob, 5. August 1921, »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe.« I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 821 f.

Paul Levi, Nach dem III. Weltkongress, Sowjet, Nr. 7, S. 199-223, Nachdruck in »»Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe.« I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 826-854

Levi Paul, »Der Parteitag der VKPD«, Unser Weg (Sowjet), Nr. 8/9, August 1921, S.

- 229-240. Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. «, I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 859-869
- Levi Paul, »Nach dem Parteitage. Das Ergebnis des Parteitages der VKPD«, Sowjet, Nr. 10, September 1921, S. 265-268, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. « I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 908-912
- Levi Paul, »Resolution«, Unser Weg (Sowjet). Zeitschrift für kommunistische Politik, 3.Jg., H. 10, September 1921, S. 269-272, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. «, I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, S. 913-916
- Levi Paul, »Resolution der I. Reichskonferenz der KAG«, Unser Weg (Sowjet), Nr. 15, Dezember 15, 1921, S. 415, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut Schriften, Reden, Briefe Band 1/4«, Berlin 2020, S. 1061
- Paul Levi, »Was soll werden?«, S.P.W. Jg. 1, Nr. 45, 31. Juli 1923, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. Band II/1: Sozialdemokratie. Sozialistische Politik und Wirtschaft I. Berlin 2016, S. 178-182
- Levi Paul, »Über die gegenwärtigen Aufgaben der Partei«, S.P.W., 7. September 1923, Nachdruck in Ohne einen Tropfen Lakaienblut Band II/1: Sozialdemokratie. Sozialistische Politik und Wirtschaft I. Berlin 2016, S. 217-221
- Levi Paul, Vorwort zur deutschen Ausgabe der Lehren des Oktober, in: Trotzki, Leo: 1917. Die Lehren der Revolution, S. 3-4, Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. Band II/3: Sozialdemokratie: heimatlos daheim, 1923-1930, Berlin 2022, S. 1550-1557
- Levi Paul, »Bei der Kommunisten«, S.P.W., 17. April 1924, Nachdruck in Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. Band II/1: Sozialdemokratie. Sozialistische Politik und Wirtschaft I. Berlin 2016, S. 407-415
- Levi Paul, »Der neue Kommunistendreh«, S.P.W., 18. Juni 1925, Nachdruck in a.a.O., Band II/2: Sozialdemokratie. Sozialistische Politik und Wirtschaft II. Berlin 2016, S. 749-751
- Levi, Paul, »Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis«, Der Klassenkampf, Nr. 2, 15. Januar 1929, S. 34, Nachdruck in Paul Levi, Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden Briefe. Band II/2: Sozialdemokratie. Sozialistische Politik und Wirtschaft II. Berlin 2016, S. 1276-1279).
- Liebknecht, Karl, Brief an die »Bremer Bürger-Zeitung«, in Klassenkampf ..., S. 25 f., Nachdruck in Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 8, Berlin 1966, S. 25
- Liebknecht, Karl, Mehring, Franz, Luxemburg, Rosa, Zetkin, Clara, »Erklärung«, Dok. u. Mat, II/1, S. 31, auch Liebknecht, Karl, Klassenkampf gegen den Krieg, 1915, S. 18, Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin, 1974, S. 5

Liebknecht, Karl, Schreiben an den Reichstagspräsidenten zur Begründung seiner Ablehnung der Kriegskredite, Dok. u. Mat, II/1, S. 64-65, auch Liebknecht, Karl, Klassenkampf gegen den Krieg, 1915, S. 41-42, auch Liebknecht, Karl, Gesammelte Reden und Schriften, Band 8, S. 63-64

Liebknecht, Karl, »Der Hauptfeind steht im eigenen Land«, Dok. u. Mat II/1, S. 162-166, auch Liebknecht, Karl, Gesammelte Reden und Schriften, Band 8, S. 225-230

Liebknecht, Karl, »Protestschreiben oppositioneller Sozialdemokraten vom 9. Juni 1915 ...«, Dok. u. Mat II/1, S. 169-185, ohne Unterschriften in Liebknecht, Karl, Gesammelte Reden und Schriften, Band 8, S. 241-248

Liebknecht, Karl, »Nüchterne Prüfung und scharfe Entscheidung«, Dok. u. Mat, II/1, 328-333, auch in Liebknecht, Karl, Gesammelte Reden und Schriften, Band 8, S. 558-565

Liebknecht, Karl, »Das Fazit von Brest«, März 1918, in: Die Aktion, Nr. 29, 19. Juli 1919, S. 484, auch: Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlass, S. 51-52. Nachdruck in Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 9, Berlin 1968, S. 440-441

Liebknecht, Karl, »Tagebuch«, Nachdruck in Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 9, S. 580-585

Liebknecht, Karl, »Für die freie sozialistische Republik Deutschland (Rede am Berliner Schloss)«, Ill. Gesch. S. 209-210. Auch in Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 9, S. 594-595

Liebknecht, Karl, »Das, was ist.«, Die Rote Fahne, 20. [tats. 21.] November 1918, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, hier S. 1, Nachdruck in Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 9, Berlin 1968, S. 604-607

Liebknecht, Karl, Bericht über die Rede zum 1. Tagesordnungspunkt auf dem Gründungsparteitag der KPD, S. 4. Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band IX, Berlin 1968, S. 664-667

Losowski, »Die deutsche Revolution und unsere Aufgaben«, Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Nr. 9, September 1923, S. 785-789

Lukács, Georg, »Zur Frage des Parlamentarismus«, Kommunismus, Nr. 6, 1. März 1920, S. 161-172. Nachdruck in Georg Lukács, Taktik und Ethik. Politische Aufsätze I. Darmstadt und Neuwied 1975, 175-187

Lukács, Georg, »Der Parteitag der kommunistischen Partei Deutschlands«, Kommunismus, Nr. 44, S. 1562-1564. Nachdruck in ders., Revolution und Gegenrevolution. Politische Aufsätze II. Darmstadt und Neuwied 1976, S. 177-181

Luxemburg, Rosa, »Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie«, Die Neue Zeit, 1903-1904, Bd. II, Heft 42 und 43, S. 484-92 und 529-35, Nachdruck in Politische Schriften, Band 3, S. 83-105, Nachdruck in dies, Gesammelte Werke, Band 1,2, Ost-Berlin 1970, S. 422-444

Luxemburg, Rosa, »Parteidisziplin«, Dok. u. Mat. II/1, S. 69-71, Nachdruck in: dies.,

Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 15-17

Luxemburg, Rosa, »Der Wiederaufbau der Internationale«, R. Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, II, S. 521, Nachdruck in: dies., Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 20-32

Luxemburg, Rosa, »Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie«, Dok. u. Mat. II/1, S. 279-282, ihr Entwurf in: Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 43-47

Luxemburg, Rosa, »Offener Brief an Gesinnungsfreunde«, unterzeichnet Gracchus, Der Kampf, Duisburg, Nr. 31, 6. Januar 1917, abgedruckt in Dok. u. Mat., II/1, S. 522-525, auch in: Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 232-236

Luxemburg, Rosa, Brief an Marta Rosenbaum, 29. April 1917, Briefe an Freunde, S. 157.

Luxemburg, Rosa, »Die russische Tragödie«, Nachdruck in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 385-392

Luxemburg, Rosa, »Das alte Spiel«, Die Rote Fahne, 18. November 1918, S. 2, Spalte 2-3, Nachdruck in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 401-403

Luxemburg, Rosa, »Die Nationalversammlung«, Die Rote Fahne, 20. November 1918, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1, Nachdruck in Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 4

Luxemburg, Rosa, »Der Acheron in Bewegung«, Die Rote Fahne, 27. November 1918, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, Nachdruck in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 419-422

Luxemburg, Rosa, »Um den Vollzugsrat«, Die Rote Fahne, 11. Dezember 1918, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 2, Nachdruck in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 437-441

Luxemburg, Rosa, Was will der Spartakusbund?«, Die Rote Fahne, 14. Dezember 1918, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 3, Dok. u. Mat., II 2, S. 497-500, Nachdruck in Politische Schriften, Band 2, S. 159-170, Nachdruck in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 442-451

Luxemburg, Rosa, Korreferat in der Verbands-Generalversammlung der USPD Groß-Berlin, Freiheit, 16. Dezember, Beilage, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, Nachdruck in: Dok. u. Mat., II/2, S. 603-606 und Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 457-460

Luxemburg, Rosa, »Die Wahlen zur Nationalversammlung«, Die Rote Fahne, 23. Dezember 1918, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, Dok. u. Mat., II/2, S. 648-650.

Luxemburg, Rosa, »Versäumte Pflichten«, Die Rote Fahne, 8. Januar 1918, S. 1, Spalte 1-3, Spalte 1, nachgedruckt in, Dok. u. Mat., II/2, S. 23-26, nachgedruckt in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 521-524

Luxemburg, Rosa, »Das Versagen der Führer«, Die Rote Fahne, 11. Januar 1918, S 1,

- Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, Nachdruck Dok. u. Mat II/3, Ebenda, S. 47-49, nachgedruckt in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 525-528
- Luxemburg, Rosa, »Die Ordnung herrscht in Berlin«, Rote Fahne, 14. Januar 1918. S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 2, Nachdruck in: Dok. u. Mat, II/3, S. 71-75, Nachdruck in Politische Schriften, Band 2, S. 203-209, Nachdruck in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 533-538
- Malzahn, H., »Die Märzaktion und unsere Gewerkschaftsarbeit« Unser Weg (Sowjet), Nr. 2, 15. Mai 1921, S. 35-38.
- Marchlewski, Julian, »Krieg und Proletariat«, Nachdruck in: Meyer, Ernst (Hg.) Spartakus im Kriege, S. 57-65
- Marx, Karl, Kritik des Gothaer Programms, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Band 19, 1962, Ost-Berlin. S. 13-32
- Maslow, Arkadi, »Die proletarischen Parteien Deutschlands und ihre Politik in der gegenwärtigen Krise«, Kommunismus, Nr. 36-37, 5. September 1920, S. 1298-1317
- Maslow, Arkadi, »Der deutsche Serrati«, Rote Fahne, 15. April 1921, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 2
- Maslow, Arkadi, »Probleme des III. Weltkongresses«, Die Internationale, Nr. 7, 1. Juni 1921, S. 245-257.
- Maslowski, Peter, »La Résurrection des conseils de fabrique«, Corr Int. no. 74, 30. September 1922, S. 508
- Melcher, E. »La grève des métaux de Berlin« Corr. Int. Nr. 56, 13. Juli 1923, S. 415-416, auf Deutsch: »Der Berliner Metallarbeiter-Streik«, Nr. 116, 11. Juli, S. 1018-1019
- Mehring, Franz, Brief an die Redaktion des »Labour Leader«, Nachdruck in: Dok. u. Mat., II/1, S. 77, auch in: Liebknecht, Karl, Klassenkampf gegen den Krieg, S. 43, auch in: Mehring, Franz, Gesammelte Schriften, Band 15, Berlin 1961, S. 654
- Mehring, Franz, »Die Bolschewiki und wir«, Leipziger Volkszeitung, 31. Mai, S. 1, Spalte 1-2, 1. und 10. Juni 1918, Nachdruck in: Gesammelte Schriften, Band 15, Berlin 1961, S. 761-772
- Mehring, Franz, »Offenes Schreiben an die Bolschewiki«, Dok. u. Mat II/2, S. 158-162, Nachdruck in: Gesammelte Schriften, Band 15, Berlin 1961, S. 773-777
- Mesnil, Jacques, »Après le Congrès de Livourne«, l'Humanité, 25. Januar 1921, S. 3, Spalte 1-2
- Mesnil, Jacques, »Le Congrès de Livourne«, Revue communiste, Nr. 12, 1921, S. 509-511.
- Meyer, Ernst, »Über die Loyalitätsdeklaration der Kommunistischen Partei (Offenes Schreiben an das Exekutivkomitee der III. Internationale).« Die Kommunistische Internationale, Heft 12, 1920, Sp. 2145-2148, andere Ausgabe, S. 151-154
- Meyer, Ernst, »Levis Weg zur USPD«, Rote Fahne, 15. April 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1
- Meyer, Ernst, »Zur Regierungsbildung in Deutschland«, Rote Fahne, 26. Oktober

- 1921, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 - Seite 2, Spalte 2, auch Inprekorr, Nr. 15, 27. Oktober 1921, S. 122 f.
- Meyer, Ernst, »La journée anti-fasciste en Allemagne«, Corr. Int., Nr. 61, 31. Juli 1923, S. 455-456, auf Deutsch: »Der Antifaschistentag in Deutschland« Inprekorr Nr. 124, 27. Juli 1923, S. 1083-1084
- Ernst Meyer, »La défensive du prolétariat allemande«, Corr Int. no. 82, 16. Oktober 1923, S. 624 und Bulletin communiste, Nr. 43, 25. Oktober 1923, S. 779, auf Deutsch: »Der Aufmarsch der Arbeiterklasse gegen die Konterrevolution«, Inprekorr Nr. 160, 12. Oktober 1923, S. 1363 f.
- Michels, Robert, »Die deutsche Sozialdemokratie. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung«, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, XXIII (1906), S. 471-556.
- Möller Van den Bruck, »Der Wanderer ins Nichts«, Das Gewissen, 5. Jg., Nr. 26, 2. Juli 1923
- Möller Van den Bruck, »Wirklichkeit«, Das Gewissen, 5. Jg., Nr. 30, 30. Juli 1923
- Neumann, Heinz, »La gauche de la social-démocratie allemande« Corr Int. no. 74, 18. September 1923, S. 559-560, auf Deutsch: Die linke Sozialdemokratie und die deutsche Revolution, Inprekorr Nr. 145, 12. September 1923, S. 1254-1255
- Neunerkommission für die Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaues im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, »Aufruf an die Arbeiter und Beamten der Bergwerksbetriebe des rheinisch-westfälischen Industriegebietes«, Dok. u. Mat II/3, S. 56-58
- Neurath, Alois, »Eine verdächtige Argumentation«, Kommunistische Internationale, Nr. 26, S. 110-113
- Oppen, von, Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten vom 23. Februar 1917 an das Oberkommando in den Marken und das Kriegsamt mit einem Bericht über Streiks in den Berliner Munitionsfabriken, Dok. u. Mat., I/1, S. 554-557
- Ortsgruppen Bremen und Hamburg [der »Linksradikalen«], »Aufruf [zur Gründung einer selbständigen linksradikalen Organisation]«, Arbeiterpolitik, Nr. 18, 5. Mai 1917, S. 135, Dok. u. Mat., I/1, S. 605.
- Pannekoek, Anton, »Massenaktion und Revolution«, Die Neue Zeit, XXX. Jahrgang 1911-12, Band 2, Heft 41-43, S. 541-550, 585-593, 609-619
- Pannekoek, Anton, »Zur Einführung«, Vorbote, Nr. 1, Januar 1916, S. 1-4
- Pannekoek, Anton, »Der Imperialismus und die Aufgaben des Proletariats«, Vorbote, Nr. 1, Januar 1916, S. 7-9
- Parteileitung der USPD, »An die Partei!«, Freiheit, 27. November 1918, S. 1, Spalte 1-2, , Dok. u. Mat., I/2, S. 495-496.
- Parteivorstand der SPD, »Aufruf«, Dok. u. Mat., Band 4, März 1898 – Juli 1914, Berlin 1967, S. 492-493
- Pieck, Wilhelm, Brief an den Parteivorstand der USPD, Rote Fahne, 24. Dezember

1918, S. 1, Spalte 2-3

Pieck, Wilhelm, Schreiben der Zentrale der KPD vom 10. Januar 1919 an die revolutionären Obleute und den revolutionären Aktionsausschuss in Berlin, Rote Fahne, 13. Januar 1919, S. 2, Spalte 3 – S. 3, Spalte 1, Dok. u. Mat II/3, S. 41 f.

Pieck, Wilhelm, »Die Stellung der KPD zum Abbruch der bewaffneten Kämpfe im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet« (Manuskript im Nachlass Paul Levi, Mappe 187 in Box 89 und Mappe 286 in Box 143, gekürzt in Kommunistische Internationale, Heft 15, S. 481-523)

Pieck, Wilhelm, Corr Int. Nr. 81, 25. Oktober 1922, deutsch in: Wilhelm Pieck, »Die Kommunist. Partei seit dem 3. Weltkongress, Inprekorr, Nr. 216, 9. November 1922, S. 1505-1508

Pohl, Käthe »L'Occupation de la Ruhr et la lutte du prolétariat allemand«, Bulletin communiste, Nr. 10, 8. März 1923, S. 158-159

Politbüro der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, »Projet de thèses sur la situation politique et l'état actuel du Parti«, Corr Int. Nr. 4, 23. Januar 1924, S. 33-34 und Bulletin communiste, Nr. 8, 22. Februar 1924, S. 205-206, auf Deutsch: »Skizze zu Thesen über die Situation und über die Lage der Partei vorgelegt vom Polbüros der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg«, Die Internationale, Nr. 1, Januar 1924, S. 54-57 und Inprekorr Nr. 6, 18. Januar 1924, S. 51 f.

Prawda, »Die ‚Prawda‘ über die Märzaktion«, Rote Fahne, 9. April 1921, Morgen-Ausgabe, S. 2, Sp. 2

Pressekommission des »Vorwärts«, »Zur ‚Vorwärts‘-Angelegenheit«, Vorwärts, 21. Oktober 1916, S. 4, Spalte 1-2, Dok. u. Mat., II/1, S. 490-491

Radek, Karl »Zu unserem Kampf gegen den Imperialismus«, »Die Neue Zeit«, XXX. Jahrgang 1911-12, Band 2, Heft 32 und 33, S. 194-199 und S. 233-241, Nachdruck in: In den Reihen der deutschen Revolution, S. 156-176.

Radek, Karl, »Der erste Schritt«, Lichtstrahlen, 3. Oktober 1915, S. 3-5.

Radek, Karl, »Unterm eigenen Banner«, Arbeiterpolitik, 1917, Nr. 8 und 9, Nachdruck in: In den Reihen der Deutschen Revolution, S. 406-418

Radek, Karl, »Einheit oder Spaltung«, Arbeiterpolitik, Nr. 4 (15. Juli 1916, S. 26-28), 5 (22. Juli 1916, S. 35-37), 6 (29. Juli 1916, S. 43-45), 7 (5. August 1916, S. 50-53) und 8 (5. August 1916, S. 58-50) 1916. Nachdruck in: In den Reihen der deutschen Revolution, S. 306-338.

Radek, Karl [Struthahn, Arnold], »Der Parteitag der Unabhängigen«, Die Internationale, Nr. 19/20, 2. Februar 1920, S. 22-32.

Radek, Karl, »Die Lehren der Ungarischen Revolution«, Die Internationale, Nr. 21, 25. Februar 1920, S. 56-60.

Radek, Karl, »Die Kommunistische Partei Deutschlands während der Kapptage. Eine Kritische Untersuchung«, Kommunistische Internationale, Heft 12, 30. Juli 1920, Sp. 2153-2162, andere Ausgabe S. 162-175

- Radek, Karl, »Radek an die USP«, Rote Fahne, 12. Juni 1920, S. 1, Sp. 1-2
- Radek, Karl, »Die Exekutive der Kommunistischen Internationale und die KAPD«, Die Rote Fahne, 29. Dezember 1920, S. 4, Sp. 1-3
- Radek, Karl (Paul Bremer), »Die Bildung einer einheitlichen proletarischen Kampf-front«, Die Internationale, 1921, Nr. 1 (1. Januar 1921), S. 1-4, Nr. 2 (15. Januar 1921), S. 10-16
- Radek, Karl (P. B.), »Die Spaltung der Italienischen Sozialistischen Partei«, Die Rote Fahne, 26. Januar, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1, 27. Januar 1921, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1
- Radek, Karl, Session of the Zentrale with the Representative of the Executive Committee for Germany, in: The Comintern: Historical Highlights, S. 285-299, auf Deutsch unter dem Titel »Sitzung der Zentrale mit dem Vertreter des Exekutivkomitees für Deutschland« in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe.«, 1/3, hier S. 337-350
- Radek, Karl, »Die Krise in der VKPD«, Die Internationale, Nr. 3, 1. März 1921, S. 71-79.
- Radek, Karl, Brief an Brandler, Thalheimer, Fröhlich, Meyer, Böttcher, Felix (14. März 1921), veröffentlicht in Unser Weg (Sowjet), Nr. 8/9, August 1921, S. 250
- Radek, Karl, Brief an die Zentrale der VKPD (1. April 1921). Nachlass Paul Levi, P 56/2; Sowjet (Unser Weg), Nr. 8/9, 3. August 1921, S. 249-252, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe.« I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. Berlin 2020, 878-881.
- Radek, Karl, »La crise du Parti communiste allemand«, Bulletin Communiste, Nr. 24, 9. Juni 1921, S. 398-400 (10. Mai 1921)
- Radek, Karl, »Les tâches du troisième Congrès International«, Bulletin communiste, Nr. 28, 7. Juli 1921, S. 464-468. Hier zitiert nach dem Protokoll der 10. allrussischen Parteikonferenz, Protokoly desjatoj wserossijskoi konferenzii RKP(b). Nachdruck Moskau 1933, S. 80-90
- Radek, »Der 3. Weltkongress über die Märzaktion und die weitere Taktik«, Die Rote Fahne, 14. Juli, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1 und 15. Juli 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2.
- Radek, Karl, »Die Aufgaben des Zentralaussschusses der Partei«, Rote Fahne, 16. November 1921, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 3
- Radek, Karl, »Le Patriotisme de l'industrie chimique allemande«, Corr Int. Nr. 18, 2. März 1923, S. 121-122, auf Deutsch: »Der Patriotismus der deutschen chemischen Industrie«, Inprekorr, Nr. 40, 5. März 1923, S. 288
- Radek, »The Crucible of Revolution«, Communist Review, III, Nr. 11 (März 1923), S. 523-537

- Radek, Karl, »Deutschland hilflos, Rote Fahne, 25. März 1923
- Radek, Karl, »La question du programme de l'IC«, Bulletin Communiste, Nr. 14, 5. April 1923, S. 126-128
- Radek, Karl, »Die proletarische Mauer um Sowjetrussland«, Rote Fahne, 17. Mai 1923, S. 1, Spalte 1-3
- Radek, Karl, »Der Faschismus, wir und die deutschen Sozialdemokraten«, Rote Fahne, 7. Juli 1923 S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 2.
- Radek, Karl, »Dem ‚Gewissen‘ zur Antwort«, Rote Fahne, 10. Juli 1923, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 2.
- Radek, Karl, »Der nahende Bankrott der deutschen Bourgeoisie und die Aufgaben der deutschen Kommunistischen Partei, Rote Fahne, 2. August 1923, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 3, auch Inprekorr, Nr. 128, 3. August 1923, S. 1115-1117
- Radek, Karl, »Kommunismus und deutsche nationalistische Bewegung«, ebenda, 16. bis 18. August 1923: 16. August, Beilage, S. 1, Spalte 1-3, 17. August, S. 5, Spalte 1-3
- Radek, Karl, »Le gouvernement Stresemann«, Corr. Int. Nr. 68, 29. August 1923, S. 509-512, auf Deutsch: »Die Regierung Stresemann«, Rote Fahne, 19 August 1923, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 3, auch Inprekorr, Nr. 135, 20. August 1923, S. 1173-1175.
- Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte, »Der Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte an die deutsche Arbeiterklasse«, Rote Fahne, 17. Juni 1923, S. 3, Spalte 2-3.
- Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte, Bekanntmachung vom 13. August 1923 über die weiteren Aufgaben der Arbeiterklasse nach dem Sturz der Regierung Cuno, Dok. u. Mat, VII/2, S. 406-407.
- Reichsbetriebsrätekongress, Aktionsprogramm, Rote Fahne, 25. November 1922, Dok. u. Mat. VII/2, S. 194-196
- Reichsbetriebsrätekongress, An das Proletariat Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens und der Tschechoslowakei, Rote Fahne, 27. November 1922, Abend-Ausgabe, S. 3, Spalte 1 Dok. u. Mat. VII/2, S. 197-198
- Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschland, »Resolution«, Kommunist, Dresden, 1. Jahrgang, Nr. 5, Dok. u. Mat., II/2, S. 614-615.
- Remmele, Hermann, Hakenkreuz oder Sowjetstern. Deutschlands Weg – Deutschlands Rettung, Berlin ²1923, 34 S.
- Resolution des VII. Internationalen Sozialisten-Kongresses zu Stuttgart (18. bis 24. August 1907) zu der Frage: Der Militarismus und die internationalen Konflikte, in: Internationaler Sozialisten-Kongress zu Stuttgart vom 18. bis 24. August 1907. Verlag »Vorwärts«, Berlin, 1907. S. 64-66, Nachdruck in Lenin, Sämtliche Werke, Band 12, Wien 1933, S. 529 f.
- Resso, Wally, »Sie naht«, Rote Fahne, 16. August 1923, S. 2, Spalte 1
- Reventlow, Ernst, Graf zu, »Mit Radek.« Reichswart, 4. Jg., Nr. 26, 30. Juni 1923

Revolutionäre Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Groß-Berlins, »Die Besetzung des ‚Vorwärts‘«, Rote Fahne, 27. Dezember 1918, S. 1, Spalte 1, Dok. u. Mat, II/2, S. 666-667

Revolutionäre Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Groß-Berlins, Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins der Unabhängigen Sozialdemokratie, Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), »Arbeiter! Parteigenossen! Heute große Massendemonstration!«, Dok. u. Mat, II/3, S. 9-10

Revolutionäre Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Groß-Berlins, Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins der Unabhängigen Sozialdemokratie, Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), »Arbeiter! Soldaten! Genossen«, Freiheit, 6. Januar 1919, S. 1, Spalte 2, Dok. u. Mat, II/3, S. 11

Revolutionäre Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Groß-Berlins, Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins der Unabhängigen Sozialdemokratie, Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), »Auf zum Generalstreik! Auf zu den Waffen!«, Dok. u. Mat, II/3, S. 33-35

Rote Fahne (Stuttgart), Bericht der Stuttgarter »Roten Fahne« über die Konstituierung und die Beschlüsse des Arbeiterrates Stuttgart am 4. November 1918, Dok. u. Mat, II/2, S. 285-286

Rote Fahne, »Die Aufgaben der Revolution«, Rote Fahne, 22. November 1918, S. 3, Spalte 3. Auszug in Dok. u. Mat, II/2, S. 444.

Rote Fahne, »Berliner Streikbewegung und Arbeiterrat«, Rote Fahne, 28. November 1918, S. 2, Spalte 1-2

Rote Fahne, »Gegenrevolutionärer Putsch in Berlin«, Rote Fahne, 7. Dezember 1918, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1

Rote Fahne, »Der Anschlag«, Rote Fahne, 8. Dezember 1918, S. 1, Spalte 1-3

Rote Fahne, »Proteststurm der Berliner Arbeiterschaft, Die Rote Fahne, 9. Dezember 1918, S. 1, Spalte 1-3

Rote Fahne, »Stuttgart gegen die Nationalversammlung«, Rote Fahne, 15. Dezember 1918, S. 3, Spalte 1, Dok. u. Mat II/2, S. 595-596

Rote Fahne, »Massenkundgebung der Berliner Arbeiter.« Rote Fahne, 17. Dezember 1918, S. 3, Spalte 1-2, Dok. u. Mat II/2, S. 622-625

Rote Fahne, »Die Bestattung der Opfer des 6. Dezember«, Rote Fahne, 22. Dezember 1918, S. 2, Spalte 1-2

Rote Fahne, Resolutionen einer Versammlung der revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins am 21. Dezember 1918, Rote Fahne, 23. Dezember 1918, S. 1, Spalte 1, Dok. u. Mat II/2, S. 645

Rote Fahne, »Der 5. Januar«, Rote Fahne, 6. Januar 1919, S. 2, Spalte 1-2

Rote Fahne, »Die KAP-Dokumente und die ‚Freiheit‘«, Rote Fahne, 16. Juni 1920, S.

2, Spalte 3

Rote Fahne, »Sitzung des Zentralaussschusses«, 24. Juni 1920, S. 3, Spalte 3

Rote Fahne, »Sinowjew und Bucharin zum USP-Parteitag delegiert«, Rote Fahne, 2. Oktober 1920, S. 1

Rote Fahne, »Dittmann und Crispian in Moskau« Rote Fahne, 10. Oktober 1920, Beilage, S. 1, Sp. 1 – S. 3, Sp. 1, ergänzt um Notizen, S. 3, Sp. 1 – S. 4

Rote Fahne, »Der Parteitag der Kommunistischen Partei«, Rote Fahne, 4. November 1920, Beilage, S. 1, Spalte 1-3, Hauptblatt, S. 3, Spalte 1 – S. 4, Spalte 1

Rote Fahne, »Die Betriebsräte zum Streik der Gemeindearbeiter«, Rote Fahne, 12. November 1920, S. 4, Spalte 2-3

Rote Fahne, »Nur die Tat wird Euch erlösen!«, Rote Fahne, 2. Dezember 1920, S. 1, Spalte 1-2

Rote Fahne, »Die Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter«, Rote Fahne, 10. Dezember 1920, S. 2, Spalte 2

Rote Fahne, »Die ‚Freiheit‘ zum Ausschluss von Sült«, Rote Fahne, 7. Dezember 1920, 2. Beilage, S. 1, Spalte 2

Rote Fahne, »Die gemeinsame proletarische Kampffront«, Rote Fahne, 15. Januar 1921, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2

Rote Fahne, »Auch der Bauarbeiterverband soll gespalten werden«, Rote Fahne, 19. Januar 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2

Rote Fahne, »Arbeiter! Genossen!«, Rote Fahne, 21. Januar 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Nachdruck in Dokumente und Materialien, Bd. 7.1, S. 417-421

Rote Fahne, »Die Berliner Funktionärsversammlung der VKPD zur politischen Lage«, Rote Fahne, 10. Februar 1921, Morgen-Ausgabe, S. 4, Spalte 1-3

Rote Fahne, »Resolutionen des Berliner Aktionsausschusses«, Rote Fahne, 15. Februar 1921, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 2-3

Rote Fahne, »Wer für den offenen Brief ist – der fliegt«, Die Rote Fahne, 16. Februar 1921, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1

Rote Fahne, »Die Sitzung des Zentralaussschusses«, Rote Fahne, 26. Februar 1921, Morgen-Ausgabe, S. 3, Sp. 2-3, 27. Februar 1921, S. 3, Spalte 2-3, 28. Februar 1921, S. 3, Spalte 1-2, 1. März, Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 2-3

Rote Fahne, »Der Wortlaut des Hörsingerlasses«, Rote Fahne, 17. März 1921, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2

Rote Fahne, »Klare Antwort«, Rote Fahne, 18. März 1921, Morgen-Ausgabe, 1. Beilage, S. 1, Spalte 1-2.

Rote Fahne, »Wer nicht für mich ist, der ist wider mich, Ein Wort an die sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter«, Rote Fahne, 20. März 1921, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1

Rote Fahne, »Generalstreik in Mitteldeutschland«, Rote Fahne, 22. März 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2

- Rote Fahne, »Die Zentralverbandsdelegierten gegen den Mord an Sült und gegen die Ausnahmegerichte«, Rote Fahne, 7. April 1921, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 3
- Rote Fahne, »Zur März-Aktion und zur italienischen Frage«, Rote Fahne, 17. April 1921, Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 2-3
- Rote Fahne, »Zur Parteidiskussion«, Rote Fahne, 30. April, Morgen-Ausgabe, S. 4, Spalte 2-3
- Rote Fahne, »Sitzung des Zentralaussschusses«, Rote Fahne, 10. Mai 1921, Morgen-Ausgabe, S. 4, Spalte 1-3, 11. Mai 1921, Morgen-Ausgabe, S. 4, Spalte 2-3
- Rote Fahne, »Bezirksparteitag der VKPD Berlin-Brandenburg«, Rote Fahne, 13. Mai 1921, Abend-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-3
- Rote Fahne, »Organisatorischer Aufbau der KI und ihre Beziehungen zu den angeschlossenen Parteien«, Rote Fahne, 15. Mai 1921, Morgen-Ausgabe, S. 4, Spalte 2-3
- Rote Fahne, »Das Schandurteil gegen Genossen Brandler«, Rote Fahne, 7. Juni 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-3
- Rote Fahne, »Die Konterrevolution gibt das Signal!«, 27. August 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2
- Rote Fahne, »Die Kampfansage des Proletariats«, 1. September 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-3
- Rote Fahne, »Arbeiter, löst die Krise!«, Rote Fahne, 25. Oktober 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 2-3
- Rote Fahne, »Beschlüsse der Zentrale in Sachen Friesland, Brass, Malzahn« Rote Fahne, Morgen-Ausgabe, 28. Dezember 1921, S. 3, Spalte 3
- Rote Fahne, »Deutsch-russischer Friedensvertrag«, Rote Fahne, 22. April 1922, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-3
- Rote Fahne, »Die Einheitsfront in Gefahr«, Rote Fahne, 6. Juli 1922, Morgen-Ausgabe, 2. Beilage, S. 1, Spalte 1-2
- Rote Fahne, »Halbe Amnestie«, Rote Fahne, 8. Juli 1922, Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-3
- Rote Fahne, »Tagung des Zentralaussschusses«, Rote Fahne, 20. Oktober 1922, Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-3
- Rote Fahne, »Das Kabinett des wirtschaftlichen ‚Wiederaufbaus‘«, Rote Fahne, 12. November 1922, Morgen-Ausgabe S. 1, Spalte 3 – S. 2
- Rote Fahne, »Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!«, Rote Fahne, 23. Januar 1923, S. 1, Spalte 1-3
- Rote Fahne, »Der 2. rheinisch-westfälische Betriebsräte-Kongress«, Rote Fahne, 13. März 1923 S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1
- Rote Fahne, »Die Eröffnung der Frankfurter Konferenz«, Rote Fahne, 18. März, S. 1, Spalte 1-2, Seite 2, Spalte 3
- Rote Fahne, »Der Parteitag des Bezirks Rheinland-Westfalen-Nord«, Rote Fahne, 29.

März 1923, Beilage, S. 1, Spalte 1-2

Rote Fahne, »Berliner Opposition und sächsische Regierungsfrage«, Rote Fahne, 30.

März 1923, Beilage, S. 1, Spalte 1-2

Rote Fahne, »So geht es nicht weiter«, Rote Fahne, 30. März 1923, Beilage, S. 1, Spalte 3

Rote Fahne, »Proletariermord in Essen«, Rote Fahne, 1. April 1923, S. 1, Spalte 1-2.

Rote Fahne, »Keine Verdunkelung des Mühlheimer Massakers«, Rote Fahne, 22. April 1923, S. 1, Spalte 1-2.

Rote Fahne, »Zentral-Ausschuss der KPD«, Rote Fahne, 17. Mai 1923, S. 3, Spalte 1-2

Rote Fahne, »Ein blutrünstiges provokatorisches Schanddokument«, Rote Fahne, 27. Mai 1923, Seite 2, Spalte 3

Rote Fahne, »Die faschistischen Provokationen in Sachsen gehen weiter«, Rote Fahne, 2. Juni 1923, S. 2, Spalte 2

Rote Fahne, »Über 80.000 Streikende in Oberschlesien«, Rote Fahne, 9. Juni 1923 S. 3, Spalte 2-3

Rote Fahne, »Die Streikwelle. Der Seeleutestreik«, Rote Fahne, 10. Juni, S. 3, Spalte 2

Rote Fahne, »Zur Erweiterung des Streiks auf alle VBMI-Betriebe«, Rote Fahne, 8. Juli 1923 S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1

Rote Fahne, »Die Verelendung des intellektuellen Proletariats«, Rote Fahne, 26. Juli 1923, Beilage, S. 3, Spalte 2-3

Rote Fahne, »Betriebsräte-Vollversammlung am Wochenende«, Rote Fahne, 10. August 1923, S. 1, Spalte 1-3

Rote Fahne, »Die Arbeiterdelegationen im Reichstag«, Rote Fahne, 10. August 1923, S. 2, Spalte 2-3

Rote Fahne, »Die Gewerkschaftsspitzen versagen wieder einmal/Sie beraten ...«, Rote Fahne, 11. August 1923, Beilage, S. 3, Spalte 1-2

Rote Fahne, »Die Schlacht ist abgebrochen – Bereiten wir uns auf die nächste vor«, Rote Fahne, 15. August 1923, S. 1, Spalte 3

Rote Fahne, »Kampfpause, nicht Kampfabschluss«, Rote Fahne, 15. August 1923, Beilage, S. 1, Spalte 1-3

Rote Fahne, »Eine neue Sorte von Hochverrat«, Rote Fahne, 17. August 1923, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, hier S. 2, Spalte 1

Rote Fahne, »Vorbereitung zum neuen Kampf«, Rote Fahne, 21. August 1923, S. 3, Spalte 2-3

Rote Fahne, »Rote Fahne‘ auf acht Tage verboten«, Rote Fahne, 4. September 1923 S. 1, Spalte 1-3

Roter Soldatenbund, Aufruf von Mitte Dezember 1918 zur Sicherung und Weiterführung der Revolution, Dok. u. Mat II/2, S. 642-644

Roter Vorwärts, Bericht vom 25. Dezember 1918 über die Verbrüderung des Berliner Proletariats mit der Volksmarinedivision und die Besetzung des »Vorwärts« -Gebäu-

- des durch revolutionäre Arbeiter Berlins, Dok. u. Mat II/2, S. 660-662
- Roter Vorwärts, Aufruf vom 25. Dezember 1918 zum Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann, Dok. u. Mat II/2, S. 663-664
- Roter Vorwärts, Ultimatum der revolutionären Arbeiter und Soldaten Groß-Berlins vom 25. Dezember 1918 an die Ebert-Regierung, Dok. u. Mat II/2, S. 665
- Rück, Fritz, »La bureaucratie syndicale et la grève«, Corr Int, Nr. 10, 7. Februar 1922, S. 76, auf Deutsch: »Der Streik der deutschen Eisenbahner und die Gewerkschaftsbürokratie«, Inprekorr, Nr. 15, 7. Februar 1922, S. 121
- Rühle, Otto, »Zur Parteispaltung«, Vorwärts, 12. Januar 1916, Beilage, S. 2, Spalte 2 – S. 3, Spalte 1, Dok. u. Mat. II/1, S. 301-305
- Saupe, Hugo, »Die Hölziade und ihre Ursachen«, Freiheit, 8. April 1921, Morgenausgabe, S. 3, Spalte 1-2
- Schneller, E., »Die Lehren des Oktober 1923«, Oktober, Nr. 2, 1926, S. 31.
- Scholem, Werner, »Der 20. April in Deutschland«, Inprekorr, Nr. 52, 22. April 1922, S. 418-419
- Schumann, Georg, »L'École communiste de Iéna«, Corr Int. no. 74, 18. September 1923, S. 561, auf Deutsch: »Erziehung von Parteiarbeitern. Die Parteschule der KPD in Jena«, Inprekorr, Nr. 144, 10. September, S. 1251-1252
- Serge, Victor [R. Albert], »Impressions de séance«, Bulletin communiste, Nr. 18, 29. April 1922, S. 342-343
- Serge, Victor [R. Albert], »La Bataille industrielle du Palatinat«, Corr. Int, Nr. 97, 16. Dezember 1922, S. 738.
- Serge, Victor [R. Albert], »Les Forces en présence dans le Palatinat«, Corr. Int, Nr. 98, 20. Dezember 1922, S. 746-747.
- Serge, Victor [R. Albert], »Vaincus«, Corr. Int, Nr. 99, 23. Dezember 1922, S. 755.
- Serge, Victor [R. Albert, Nouvelles d'Allemagne] Ebenda, Nr. 12, 9. Februar 1923, S. 75. Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 30-32.
- Serge, Victor [R. A.], »Un document sur le Patriotisme allemand«, Corr. Int., Nr. 44, 1. Juni 1923, S. 825-826. Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 37-39.
- Serge, Victor [R. Albert], »Dans la débâcle de l'Allemagne bourgeoise«, Corr. Int., Nr. 56, 13. Juli 1923, S. 414-415, Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 33-36.
- Serge, Victor [R. Albert], »Notes d'Allemagne« Corr. Int., Nr. 61, 31. Juli 1923, S. 455-456.
- Serge, Victor [R. Albert], »Notes d'Allemagne« Corr. Int., Nr. 63, 7. August 1923, S. 471-472 Nachdruck a.a.O., S. 44-47
- Serge, Victor [R. Albert], »La grève générale en Allemagne« Corr. Int., Nr. 64, 15. August 1923, S. 477-479, Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 48-54.
- Serge, Victor [R. Albert], Notes d'Allemagne. La grande coalition à l'œuvre, Corr. Int,

Nr. 70, 5. September 1923, S. 527-528. Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 55-60.

Serge, Victor [R. Albert], Notes d'Allemagne. Corr. Int, Nr. 71, 8. September 1923, S. 535. Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 61-63.

Serge, Victor [R. Albert], »Notes d'Allemagne«, Corr. Int. Nr. 76, 26. September 1923, S. 574-575, Nachdruck in Serge, Notes d'Allemagne, S. 75-79

Serge, Victor [R. Albert] Notes d'Allemagne. Vers la guerre civile, Corr. Int, Nr. 77, 28. September 1923, S. 581-582. Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 80-86.

Serge, Victor [R. Albert], »Notes d'Allemagne«, Bulletin communiste, Nr. 41, 11. Oktober 1923, S. 625-631.

Serge, Victor [R. Albert], »Notes d'Allemagne«, Bulletin communiste, Nr. 42, 18. Oktober 1923. S. 650-653. Nachdruck in Victor Serge, »Notes d'Allemagne«, Corr. Int., S. 99-108

Serge, Victor [R. Albert] »Notes d'Allemagne. Vers une Commune allemande« Corr. Int., Nr. 83, 19. Oktober 1923, S. [630-631. Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 115-120

Serge, Victor [R. Albert], »Notes d'Allemagne« Corr. Int. Nr. 84, 25. Oktober 1923, S. 639-641. Nachdruck in Victor Serge, »Notes d'Allemagne«, a.a.O., S. 121-128

Serge, Victor [R. Albert], »Notes d'Allemagne« Corr. Int. Nr. 85, 30. Oktober 1923, S. 665-658. Nachdruck in Victor Serge, »Notes d'Allemagne«, a.a.O., S. 135-141

Serge, Victor [R. Albert], »Notes d'Allemagne«, Corr Int. no. 87, 2. November 1923, S. 662-664. Nachdruck in Victor Serge, Notes d'Allemagne, a.a.O., S. 142-147

Serge, Victor [R. Albert], »Au seuil d'une révolution, la ‚retraite d'Octobre‘ en Allemagne«, Clarté, Nr. 52, 1. Februar 1924. Nachdruck in Victor Serge, »Notes d'Allemagne«, a.a.O., S. 184-191

Serge, Victor R. Albert, »Le Parti communiste allemand sa critique lui-même«, Clarté, Nr. 53, 15. Februar 1924, S. 97. Nachdruck in Victor Serge, »Notes d'Allemagne«, a.a.O., S. 191-198

Sinowjew, Grigori, »Der Parlamentarismus und der Kampf für die Sowjet«, in: Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des ersten Kongresses. Aufrufe und Offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongress, S. 139-146 (1. September 1919).

G. Sinowjew, »Der Zentralismus«, Kommunistische Rundschau, Nr. 1, 1. Oktober 1920, S. 26-28

Sinowjew, Grigori, »Die Lage in der Kommunistischen Internationale« Kommunistische Internationale, Nr. 16, 1921. S. 550-576

Sinowjew, Grigori, »Pour l'unité du front prolétarien«, Bulletin Communiste, No. 2, 12. Januar 1922, S. 31-33, auf Deutsch: »Für die internationale Einheitsfront des Proletariats«, Inprekorr 1. Jahrgang 1921, Nr. 40/41, 24. Dezember 1921, S. 351-353

Sinowjew, Grigori, »Anciens but, nouvelles voies«, Bulletin Communiste, No. 5, 2.

- Februar 1922, S. 89-91, No. 6, 7. Februar 1922, S. 109-117, auf Deutsch: Sinowjew, G., Alte Ziele, neue Wege, Hamburg, 1922, 31 S.
- Sinowjew, Grigori, »Obraschtschenie Petrogradskowo Sowjeta k rabotschim wszech stran [Обращение Петроградского Совета к рабочим всех стран, Aufruf des Petrograder Sowjets an die Arbeiter aller Länder], Prawda Nr. 107, 16. Mai 1923, S. 3, Spalte 1-2
- Sinowjew, »Un fait nouveau dans le mouvement ouvrier international«, Corr Int. Nr. 46, 8. Juni 1923, S. 337-339, auf Deutsch: »Neues in der internationalen Arbeiterbewegung«, Inprekorr Nr. 96, 6. Juni, S. 805-807
- Sinowjew, Grigori, »La centralisation dans l'I.C.«, Corr Int. Nr. 61, 31. Juli 1923, S. 453-454
- Sinowjew, Grigori, »Zum 9. Internationalen Jugendtag«, Rote Fahne, 1. September 1923, Beilage, S. 1, Spalte 1-3
- Sinowjew, Grigori, »Les Problèmes de la révolution allemande. IV. Syndicats, Comités d'usines, Soviets«, Corr Int. 87, 2 November 1923, S. 661-662, auf Deutsch: »Die Probleme der deutschen Revolution, Die Gewerkschaften, die Betriebskomitees, die Arbeiterräte, in Inprekorr, Nr. 167, 29. Oktober 1923, S. 1419-1421
- Sinowjew, Grigori, »Germanskij Koltschak« [Германский Колчак], Prawda, 23. November 1923, S. 1, Spalte 1-4; »Un Koltchak en Allemagne«, Bulletin communiste, Nr. 49, 6. Dezember 1923, S. 885, auf Deutsch: »Der deutsche Koltschak«, Inprekorr, Nr. 182, 20. Dezember 1923, S. 1540-1541
- Sinowjew, Grigori, »Die zweite Welle der internationalen Revolution«, Inprekorr, Nr. 180/181, 17. Dezember 1923, S. 1525-1526
- Sinowjew, Grigori, »Bericht des Genossen Sinowjew in der Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 6. Januar 1924«, Inprekorr, Nr. 20, 15. Februar 1924, S. 215-226
- Sinowjew, Grigori, »Un rapport de Zinoviev«, Bulletin communiste, Nr. 8, 22. Februar 1924, S. 206-210, auf Deutsch: »Die Lage in Deutschland und die KPD«, Inprekorr, Nr. 16, 4. Februar 1924, S. 167-172
- Spartakus, »Der Kapp-Lüttwitz-Putsch«, Die Kommunistische Internationale, Nr. 10, S. 147-171, französisch: Spartacus, L'aventure Kapp-Luttwitz. L'Internationale Communiste Nr. 10, Mai 1920, Spalte 1629-1650
- Spartakusgruppe, »Die Maifeier«, Dok. u. Mat., II/1, S. 376-378
- Spartakusgruppe, Resolutionsentwurf, eingebracht auf der Reichskonferenz der Parteiopposition, Dok. u. Mat., II/1, S. 528-529, auch in: Meyer, Ernst, Spartakus im Kriege, S. 14
- Spartakusgruppe, »Hoch der Massenstreik! Auf zum Kampf!« Dok. u. Mat II/2, S. 67-70
- Spartakusgruppe, »Ausharren um jeden Preis!« Dok. u. Mat II/2, S. 98-99
- Spartakusgruppe, »Reichskonferenz der Spartakusgruppe«, Dok. u. Mat II/2, S. 228-

234

Spartakusgruppe, Aufruf vom 8. November 1918 zur revolutionären Machteroberung, Dok. u. Mat II/2, S. 324-325

Stalin, J., W., »Brief Stalins an Sinowjew zum vorläufigen Verzicht auf den Kampf um die Macht in Deutschland: ‚Die Faschisten zuerst losschlagen lassen‘« 7. August 1923, in: Hermann Weber, Jakov Drabkin, Bernhard H. Bayerlein (Hg.): Deutschland, Russland, Komintern II. Dokumente (1918-1943). Berlin/München/Boston 2015, S. 290-294

Stalin, J., W., »Sur la situation internationale«, Bulletin communiste, Nr. 44, 31. Oktober 1924, S. 1029-1032, Bulletin communiste, Nr. 45, 7. November 1924, S. 1053-1055, auf Deutsch: »Zur internationalen Lage«, in Stalin, Werke, Band 6, Berlin 1952, S. 251-269

Stampfer, Friedrich, »Die Reichsregierung und die Arbeiter- und Soldatenräte«, Vorwärts, 13. November 1918, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1

Stampfer, Friedrich, »Zur Regierungsfrage«, Vorwärts, 25. März 1920, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1

Stein, A., »Demokratie oder Diktatur«« Leipziger Volkszeitung, 17. Dezember 1917, S. 1, Spalte 1-3

Stein, A., »Noch einmal: Demokratie oder Diktatur« 24. Dezember 1917, S. 1, Spalte 2 f. und 27. Dezember 1917.,

Stein, A., »Tragik und Unvernunft«, 27. Dezember 1917, S. 1, Spalte 1-3

Stoecker, Walter, »L'Internationale Communiste contre la guerre«, Corr. Int., Nr. 5, 19. Januar 1923, S. 20-21, auf Deutsch: Walter Stoecker, »Die Kommunistische Internationale gegen den Krieg«, Internationale Pressekorrespondenz, 3. Jahrgang Nr. 11, 15. Januar 1923, S. 76-77

Thalheimer, August, »Ein Rückfall von Kinderkrankheit«, Die Internationale, Nr. 25, 24. Juli 1920, S. 7-19.

Thalheimer, August, »Das Oberste Gesetz«, Die Rote Fahne, 16. April 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1

Thalheimer, August, »Parteiausschuss der KPD«, Inprekorr, Nr. 112, 29. November 1921 [tats., Nr. 25, 19. November 1921], S. 226-227.

Thalheimer, August, »Einige taktische Fragen des Ruhrkrieges«, Die Internationale, Nr. 4, 15. Februar 1923, S. 97-102, und Die Kommunistische Internationale, Nr. 26, 1923, S. 107-110.

Thalheimer, August, »1914 und 1923. Noch einmal zu unserer Taktik im Ruhrkrieg«, Die Kommunistische Internationale, Nr. 26, 1923, S. 115-119.

Thalheimer, August, »La dernière réserve de la bourgeoisie allemande à la œuvre«, Corr Int, Nr. 69, 31. August 1923, S. 618-619, auf Deutsch: A. Thalheimer, »Die ‚letzte Reserve‘ der deutschen Bourgeoisie an der Arbeit.«, Inprekorr, Nr. 138, 27. August 1923, S. 1197-1198

474

- Thalheimer, August, »Un Koltchak en Allemagne?«, Corr Int, Nr. 1, 3. Januar 1924, S. 3-4., auf Deutsch: »Unser Koltschak«, Nr. 182, 20. Dezember 1923, S. 1541-1542
- Thalheimer, August, »Réflexions sur les thèses du comité central du K.P.D.«, Corr Int. no. 4, 23. Januar 1924, S. 34-35. auf Deutsch: »Über die Thesen der Mehrheit der Zentrale der KPD«, Inprekorr Nr. 12, 25. Januar 1924, S. 108-109
- Tittel, Hans, Corr Int. no. 101, 30. Dezember 1922, S. 763. Auf Deutsch: Hans Tittel, Die faschistische Gefahr in Süddeutschland, Inprekorr Nr. 243, 27. Dezember 1922, 1832-1833
- Trotsky, Leo, Dekret vom 26. Dezember 1917, nach Bunyan und Fisher, The Bolshevik Revolution 1917-1918, S. 285, hier nach »Postanoblenie sowjeta narodnych komissarow« [Постановление совета народных комиссаров, Dekret des Rats der Volkskommissare], in: Trotsky, Sotschinenija [Сочинения], Band 3.2, Moskau-Leningrad 1925, S. 151 übersetzt
- Trotsky, Leo, »Polsutschaja rewojutsija« [Ползучая революция, Die kriechende Revolution] Prawda, 23. April 1919, L Trotskij, Sotschinenija [Л. Троцкий, Сочинения]. Band 13, Moskau-Leningrad, 1926, S. 97-101; The First Five Years of the CI, I, S. 45. [Auf deutsch in Leo Trotsky, Die deutsche Revolution, Manifest Verlag, S. XX-YY, hier S. XY]
- Trotsky, Leo, »Mysli o chode proletarskoj rewojutsiii (W puti)« [Мысли о ходе пролетарской революции (В пути) Gedanken über den Verlauf der proletarischen Revolution (Unterwegs), Der erste Mai und die Internationale] Iswestija, 1. Mai 1919. Eigene Übersetzung nach L Trotskij, Sotschinenija [Л. Троцкий. Сочинения]. Band 13, Moskau-Leningrad, 1926, S. 14-28
- Pjat ,let Komintern [Пять лет Коминтерна] (englische Ausgabe., The First Five Years of the Communist International, Bd. I, S. 137-152). Auf Deutsch in »Über die Politik der KAPD«, Kommunistische Internationale, 17, 1921, S. 184-202
- Trotsky Leo und Eugen Varga, »Thèses sur la situation mondiale et les tâches de l'Internationale Communiste«, Bulletin communiste, Nr. 29, 14. Juli 1921, S. 480-487, deutsch: »Thesen zur Weltlage und den Aufgaben der Kommunistischen Internationale«, in: Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1921, S. 7-29
- Trotsky Leo, [»Is besed s predstaviteljami inostrannoj patschati o Genuesskoj i Gaagskoj konferentsiach« Из бесед с представителями иностранной печати о Генуэзской и Гаагской конференциях., Aus Gesprächen mit Vertretern der ausländischen Presse über die Genueser und Haager Konferenzen.], From Talks with Representatives of the Foreign Press about the Genoa and Hague Conferences, Military Writing, Vol. 5 [Hier eigene Übersetzung nach Leo Trotsky, Kak Wooruschalas' Rewolutsija [Как вооружалась революция], Bd. 3.2, Moskau 1925, S. 62-70
- Trotsky Leo, »Ein Brief L. Trotskys«, Inprekorr, 2. Jahrgang Nr. 6 (14. Januar 1922), S. 50-51 und »Paul Levi und einige »Linke«, »Rote Fahne«, 13. Januar 1922, S. 5, Spalte

1-3, Unser Weg (Sowjet), H. 3/4; 15. Februar 1922, S. 82-84.

Trotzki, Leo, »Demain. Controverse entre T. Friedländer et L. Trotsky«, in: Corr Int. Nr. 96, 13. Dezember 1922, S. 732-734 [Leo Trotzki, »Politische Perspektiven«, in ders., Die Grundfragen der Revolution, Hamburg, 1923, S. 447-456

Trotzki, Leo, »Bilan d'une période« (25. März 1923), »Le Mouvement communiste en France (1919-1939)«, Paris, 1967, S. 270-272, auf Deutsch: »Die Bilanz der abgeschlossenen Periode in der KPF«, in Inprekorr 3. Jahrgang Nr. 61 (9. April 1923), S. 489-491

Trotzki, Leo, »Kann man eine Konterrevolution oder eine Revolution auf einen bestimmten Zeitpunkt ansetzen?«, Prawda, 23. September 1923, S. 2, Spalte 1-8; The First Five Years of the Communist International, Bd. II, S. 347-354. Vom Bürgerkrieg Nr. 3, o. D. (1923) S. 1-7, Inprekorr, Nr. 152, 26. September 1923, S. 1309-1310

Trotzki, Leo, »Zweite Rede vor dem Präsidium der ZKK«, 24. Juni 1927, in Trotzki, Schriften 3.2, Linke Opposition und IV. Internationale (1927-1928). Frankfurt am Main 1997, S. 811-848

Trotzki, Leo, in: Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-28. Band I, Westberlin 1976, S 381-391

Trotzki, Leo, »Report on 'The Balance Sheet' of the Third Congress of the Communist International«, in: The First Fives Years of the Communist International. Hier zitiert nach der russischen Ausgabe, Doklad na Kongresse Komintern Molodeschi [Доклад на Конгрессе Коминтерна Молодежи], in: Pjat' Let Komintern [Пять лет Коминтерна], Moskau 1924, S. 246-260

Urbahns, Hugo, »Paroles d'un insurgé«, Corr Int. Nr. 12, 18. Februar 1925, S. 100

USPD Sachsen, »Arbeiter Sachsens!«, Dok. u. Mat., II/3, S. 395-398

Varga, Eugen, »La situation en octobre-décembre 1922 – Les Plans de réparations français et anglais – Données principales«, Corr Int. no. 11, 7. Februar 1923, S. 65-67, auf Deutsch in »Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im vierten Vierteljahr 1922, Inprekorr, Nr. 18, 27. Januar 1923 (Sonder-Nummer), S. 125-142

Varga, Eugen, »La situation en octobre-décembre 1922 – L'Allemagne et le problème de la stabilisation du mark«, Corr Int. no. 13, 14. Februar 1923, S. 83-84, auf Deutsch in »Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im vierten Vierteljahr 1922, Inprekorr, Nr. 18, 27. Januar 1923 (Sonder-Nummer), S. 125-142

Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände u.a., Arbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften vom 15. November 1918, Dok. u. Mat II/2, S. 393-396

Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger e. V., Protestschreiben der Berliner Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger vom 15. November 1918 an Ebert gegen die Drucklegung der „Roten Fahne« in der Druckerei des „Berliner Lokal-Anzeigers«, Dok. u. Mat II/2, S. 389-392

Vollversammlung de Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins, Resolution vom 7.

- März 1919 für den Abbruch des Generalstreiks, Dok. u. Mat II/3, S. 302-303
- Vollzugsrat des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats, »Die neue Ordnung in Groß-Berlin«, Vossische Zeitung, 12. November 1918, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 2
- Vollzugsrat des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats, Erklärung vom 23. November 1918 über die staatsrechtliche Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte und der Volksbeauftragten, Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger. Nr. 277 vom 23. November 1918, S. 3, Spalte 2, Dok. u. Mat II/2, S. 459
- Vollzugsrat des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats, »An die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands!«, Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger. Nr. 277 vom 23. November 1918, S. 1, Spalte 1-2, Dok. u. Mat II/2, S. 462-464
- Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlins, »An die Bevölkerung Groß-Berlins!«, Dok. u. Mat II/3, S. 15
- Vorstände und erweiterten Ortsverwaltungen der freien Gewerkschaften Groß-Berlins, Resolution vom 17. Oktober 1923 für die sofortige Ausrufung des Generalstreiks, Dok. u. Mat., VII/2, S. 462-463
- Vorwärts, »Genossin Rosa Luxemburg verhaftet« (Vorwärts, 20. Februar 1915., 1. Beilage, S. 1, Sp. 3)
- Vorwärts, »Englische Agenten in Deutschland« (Vorwärts, 16. April 1917. S. 1, Spalte 2)
- Vorwärts, »Zur Streikbewegung« (»Vorwärts«, 19. April 1917, 1. Beilage, S. 1, Spalte 1)
- Vorwärts, »Diktatur oder Demokratie.« 21. Oktober 1918, S. 1, Spalte 3- S. 2, Spalte 1
- Vorwärts, »Kein Bruderkampf!«, Vorwärts, 10. November 1918, Seite 1, Spalte 3
- Vorwärts, »Die ersten Gesetze der deutschen Republik«, 14. November, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1
- Vorwärts, »Die Besetzung der Reichsämtler«, 15. November 1918, S.1, Spalte 1
- Vorwärts, »Allgemeine Volkswahlen am 2. Februar«, Vorwärts, 17. November 1918, S. 1, Spalte 1-3
- Vorwärts, »Bericht des Vollzugsrates im Zirkus Busch«, Vorwärts, 20, November 1918, 1. Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1
- Vorwärts, »Delegiertentag der Frontsoldaten« Vorwärts, 2. Dezember 1918, Abendausgabe, S. 3, Spalte 1-3,
- Vorwärts, »Kundgebung der Unteroffiziere für die Regierung«, Vorwärts, Morgen-Ausgabe, 6. Dezember 1918, S. 2, Spalte 3
- Vorwärts, »Straßenkampf im Norden Berlins«, Vorwärts, 7. Dezember 1918, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-3. S. 3, Spalte 1-2
- Vorwärts, »Der Einzug der Truppen«, Vorwärts, 11. Dezember 1918. Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-3
- Vorwärts, »Der Kongress«, Vorwärts, 16. Dezember 1918, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1, Dok. u. Mat II/2, S. 619-621

- Vorwärts, »Richard I – Wilhelm-Ersatz«, Vorwärts, 18. Dezember 1918, Morgen-Ausgabe, S. 4, Spalte 1-2
- Vorwärts, »Aus den Geheimnissen des Polizeipräsidiums«, Vorwärts, 1. Januar 1919, 2. Beilage, S. 5, Sp. 2-3
- Vorwärts, »Eine Rede Scheidemanns«, Vorwärts, 17. Januar 1919, S. 3, Spalte 2
- Vorwärts, »Die Opfer der Kommunisten«, Vorwärts, 25. November 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1
- Vorwärts, »Die Blutschuld der Kommunisten«, Vorwärts, 26. November 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 3
- Vorwärts, »11. Deutscher Gewerkschaftskongress«, 25. Juni 1922, 3. Beilage, S. 1, Spalte 1-3
- Vorwärts, »Cuno-Krise«, Vorwärts, 12. August 1923, S. 1, Spalte 1-3
- Vorwärts, »Auflösung des Betriebsräteausschusses«, Vorwärts, 17. August 1923, Morgen-Ausgabe, S. 2, Spalte 2
- Vorwärts, »Hängt die Judenkapitalisten.‘ Ruth Fischer als Antisemitin.«, Vorwärts, 22. August 1923, Abend-Ausgabe, S. 2, Spalte 3
- Vorwärts, »Groß-Berliner Bezirksparteitag«, Vorwärts, 24. September 1923, S. 2, Spalte 1- S. 3, Spalte 3
- Vorwärts, »Der sächsische Rätekongress«, Vorwärts, 23. Oktober 1923, Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-2
- Vossische Zeitung, »Der 9. November in Berlin«, 10. November 1918, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 2
- Vossische Zeitung, »Die Versammlung im Zirkus Busch«, Vossische Zeitung, 11. November 1918, Morgenausgabe, S. 1, Spalte 3 – S. 2, Spalte 1
- Vossische Zeitung, »Keine Rote Garde«, Vossische Zeitung, 14. November 1918, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 2
- Vossische Zeitung, »Generalleutnant Lequis über die Lage«, Vossische Zeitung, 25. Dezember 1918., S. 1, Spalte 1-2, hier Sp. 2
- Walcher, Jakob, »Die Zentrale der KPD(S) und der Kapp-Putsch«, Die Kommunistische Internationale, Nr. 1, 1926, S. 406 [tats. S. 401 f.].
- Westeuropäisches Sekretariat der Kommunistischen Internationale, »Aufruf des Westeuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale«, Kommunistische Internationale, Nr. 7-8, November 1919, S. 164-169 (auf Russisch in Kommunistischesj Internatsional [Коммунистический Интернационал], Nr. 7-8, November/Dezember 1919, Sp. 1099-1102.)
- Westeuropäisches Sekretariat der Kommunistischen Internationale, »Die 3. Internationale und die KAPD«, Rote Fahne, 22. April 1920, S. 1, Spalte 1
- Wels, Otto, »Aufruf an die Soldaten«, Vorwärts, 18. November 1918, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 2, Dok. u. Mat II/2, S. 415
- Winternitz, Joseph (Lenz, Sommer), »Der Ruhrkrieg und die Aufgaben des deut-

- schen Proletariats«, Kommunistische Internationale, Nr. 26, S. 113-115
- z, »Zur Streikbewegung«, Vorwärts« vom 19. April 1917, 1. Beilage, S. 1, Spalte 1
- Zentralausschuss der KPD, »Zur politischen Lage und zur Kritik der KPD«, Rote Fahne, 22. November 1921, Morgen-Ausgabe, S. 5, Spalte 1-3
- Zentralausschuss der KPD, »Die Beschlüsse des Zentralausschusses«, Rote Fahne, 17. Mai 1922, Abend-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-3
- Zentralausschuss der KPD, »Für die Vereinigung der Kommunisten«, Rote Fahne, 24. Oktober 1920, S. 1, Spalte 1-2, Dok. u. Mat. VII/1, S. 334-335
- Zentralausschuss der KPD, »Zur politischen Lage und zur Politik der KPD, Rote Fahne, 22. November 1921, Beilage, S. 1, Spalte 1-3
- Zentralausschuss der KPD, »Zentral-Ausschuss der KPD«, Rote Fahne, 17. Mai 1923, S. 3, Spalte 1-2.
- Zentralausschuss der KPD, Resolution zur Bildung kommunistischer Betriebszellen, Rote Fahne, 17. Mai 1923, Dok. u. Mat., VII/2, S. 329-330
- Zentralausschuss der KPD, »An die Partei«, Rote Fahne, 18. Mai 1923, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 3, Dok. u. Mat., VII/2, S. 315-324
- Zentralausschuss der KPD, »Die Stellung der Kommunistischen Partei Deutschlands zur gegenwärtigen Lage in Deutschland«, Inprekorr Nr. 172, 7. November 1923, 1457-1460
- Zentralausschuss der VKPD, »Leitsätze über die Märzaktion«, Rote Fahne, 10. April 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 2 – S. 2, Spalte 1, Die Internationale, Nr. 4, April 1921, S. 122-127
- Zentrale der KPD, »Erklärung der Zentrale der KPD«, Rote Fahne, 26. März 1920, S. 2, Spalte 2-3
- Zentrale der KPD, »Arbeiter Deutschlands! Werktätiges Volk«, Die Rote Fahne, 29. August 1921, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2
- Zentrale der KPD, »Das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu sogenannten sozialistischen Regierungen«, Rote Fahne, 12. November 1921, Dok. u. Mat. VII/1, S. S. 604-610
- Zentrale der KPD, »Die Herstellung einer internationalen proletarischen Front«, Rote Fahne, 23. Dezember 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2.
- Zentrale der KPD, »Zu den Vorgängen in der Partei«, Die Rote Fahne, 24. Dezember 1921, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1
- Zentrale der KPD, Schreiben vom 7. Februar 1922 an den Vorstand des ADGB mit der Aufforderung zu gemeinsamen Beratungen über den Kampf gegen den Raub des Streikrechts der Eisenbahnbeamten, Dok. u. Mat., VII/2 S. 28-29.
- Zentrale der KPD, »An die gesamte werktätige Bevölkerung!«, Rote Fahne, 5. Februar 1922, Dok. u. Mat. VII/1, S. 31-33
- Zentrale der KPD, »An unsere Organisationen«, Dok. u. Mat. VII/2, S. 33-36
- Zentrale der KPD, Abteilung Gewerkschaften, »An die Mitglieder des ADGB und

der Afa! An die klassenbewusste Arbeiterschaft ganz Deutschlands«, Dok. u. Mat. VII/2, S. 43-45

Zentrale der KPD, Forderungen vom 24. Juni 1922 an die Leitungen der USPD und der SPD als Verhandlungsgrundlage für die Organisation gemeinsamer Protestaktionen gegen die Ermordung Walther Rathenaus, Dok. u. Mat. VII/2. S. 100-101

Zentrale der KPD, »Einheitsfront trotz alledem!«, Rote Fahne, 9. Juli 1922, S. 1, Spalte 1-3, Dok. u. Mat, VII/2, S. 111-114

Zentrale der KPD, Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte, »Nieder mit der Regierung der nationalen Schmach und des Volksverrats!« Rote Fahne, 29. Mai 1923, S. 1, Spalte 1-2, Dok. u. Mat, VII/2, S. 333-336

Zentrale der KPD, »An die Partei!«, Rote Fahne, 12. Juli 1923, S. 1, Spalte 1-2, Dok. u. Mat., VII/2, S. 365-367

Zentrale der KPD, »An die arbeitende Bevölkerung Deutschlands!«, Rote Fahne, 31. Juli 1923, S. 1, Spalte 1-2, Dok. u. Mat., VII/2, S. 378-381

Zentrale der KPD, Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte, »Kampf auf der ganzen Linie! An das deutsche Proletariat!«, Dok. u. Mat., VII/2, S. 404-405.

Zentrale der KPD, Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte, »An die werktätige Bevölkerung Deutschlands« Rote Fahne, 13. August 1923, S. 1, Spalte 1-2, Dok. u. Mat, VII/2, S. 407-409

Zentrale der KPD, »Arbeiter, Angestellte, Beamte!«, Rote Fahne, 1. September 1923, S. 1, Spalte 1-3

Zentrale der KPD, »Le K.P.D. au peuple travailleur«, Corr Int. no. 56 (Beilage), 29. September 1923, auf Deutsch: »Die Kommunistische Partei Deutschlands an das gesamte arbeitende Volk«, Inprekorr, Nr. 153, 28. September 1923, S. 1318

Zentrale der KPD, »Ein Aufruf der KPD aus Anlass der Regierungsumbildung in Sachsen«, Inprekorr, Nr. 160, 12. Oktober 1923, S. 1370

Zentrale der KPD (Mehrheit), »Thesen zur Taktik des Oktoberrückzugs und zu den nächsten Aufgaben der KPD«, Inprekorr, Nr. 185, 28. Dezember 1923, S. 1564-1566 und Die Internationale, Nr. 1, Januar 1924, S. 14-19

Zentrale der KPD (Spartakusbund), »Arbeiter! Parteigenossen«, Rote Fahne, 21. Februar 1919, S. 1, Spalte 1-2, Dok. u. Mat II/3, S. 181

Zentrale der KPD (Spartakusbund), Kommunistische Fraktion der A.- und S.-Räte Groß-Berlins, Kommunistische Vertrauensleute der Großbetriebe Groß-Berlins, Bezirksleitung der KPD Groß-Berlins, »Arbeiter, Proletarier!«, Rote Fahne, 3. März 1919, S. 1, Spalte 1-3 Dok. u. Mat., II/3, S. 282-286

Zentrale der KPD (Spartakusbund), »An die Parteigenossen im Reiche!«, Dok. u. Mat., II/3, S. 292.

Zentrale der VKPD, »Offener Brief«, Rote Fahne, 8. Januar 1921. ', Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2, Nachdruck in »Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. « I/3: Spartakus 3. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen

Internationale 1920/21. Berlin 2020, 272-275

Zentrale der VKPD, »Arbeiter! Genossen!«, Rote Fahne, 21. Januar 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2

Zentrale der VKPD, »Zur Aktion und Organisation der Kommunistischen Internationale«, Rote Fahne, 2. Februar 1921, S. 1, Spalte 1-2

Zentrale der VKPD, »An das deutsche Proletariat!«, Rote Fahne, 4. April 1921, Abend-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2

Zentrale der VKPD, »Paul Levi aus der Partei ausgeschlossen!«, Rote Fahne, 16. April 1921, Morgen-Ausgabe, S. 1, Spalte 1-2

Zentrale der VKPD, »Rundschreiben der Zentrale der VKPD über Organisationsfragen«, Rote Fahne, 1. Juni 1921, Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-2 und 2. Juni 1921, Morgen-Ausgabe, S. 3, Spalte 1-2

Zentralkomitee der USPD: »Die USPD und die 3. Internationale. Bericht des Zentralkomitees über die Ausführung des Leipziger Parteitagsbeschlusses«, Freiheit, 25. Juni, Morgen-Ausgabe, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 3 und 26. Juni, Morgen-Ausgabe Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1, 27. Juni 1920, Beilage S. 1, Spalte 2 – S. 2, Spalte 2

Zentralkomitee der USPD, »Antwort an das Exekutivkomitee«, Freiheit, 11. Juli 1920, Beilage, S. 1, Spalte 1 – S. 2, Spalte 1, 13. Juli 1920, Morgen-Ausgabe, Beilage S. 1, Spalte 1-2, 14. Juli 1920, Morgen-Ausgabe, Beilage S. 1, Spalte 1-2, 15. Juli 1920, Morgen-Ausgabe, Beilage S. 1, Spalte 1-3

Zentralkomitee der USPD, Zentrale der KPD und Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, »An die revolutionären Arbeiter Deutschlands!«, Rote Fahne, 26. Oktober 1920, S. 1, Spalte 1-3

Zentralvorstand der KPD Bezirk Berlin-Brandenburg, »An die Arbeiter der SPD und USP«, Rote Fahne, 22. August 1923, S. 3, Spalte 2-3

Zetkin, Clara, »An die Konferenz der sozialdemokratischen Opposition zu Gotha« Dok. u. Mat II/1, S. 603, auch in: Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, S. 754-755

Zetkin, Clara, »Der Kampf um Macht und Frieden in Russland«, Leipziger Volkszeitung. Frauenbeilage, 30. November 1917, S. 93-95, gekürzter Nachdruck in: Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Ost-Berlin, Band I, Auswahl aus den Jahren 1889 bis 1917, 1957, S. 770-778, Nachdruck in Zetkin, Clara, Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden und Briefe 1917-1933, Frankfurt am Main 1977, S. 38-47

Zetkin, Clara, »Frauenrecht in der neuen russischen Konstitution«, Leipziger Volkszeitung. Frauenbeilage, 9. August 1918, S. 237-239, Nachdruck in Zetkin, Clara, Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden und Briefe 1917-1933, Frankfurt am Main 1977, S. 63-72

Cl. Zetkin, »Der Weg nach Moskau«, Die Rote Fahne, 3. Oktober 1920, Beilage S. 1, Spalte 1 – S. 2, Sp. 1, 5. Oktober, Beilage S. 1, Spalte 1 – S. 2, Sp. 1, Fortsetzung?, auch

als Broschüre erschienen.

Zetkin, Clara, »Lettre à Frédéric Adler«, *Correspondance Internationale*, Nr. 36, 10. Mai 1922, S. 274, auf Deutsch: »Ein Brief an Friedrich Adler«, in: *Inprekorr*, Nr. 63, 9. Mai 1922, S. 487

Zickler, Arthur, »Das Leichenhaus«, *Vorwärts*, 13. Januar 1919, S. 4, Spalte 2]

J. — Historische Arbeiten und Essays

Abendroth, Wolfgang, *Aufstieg und Krise der deutschen Arbeiterbewegung*, Frankfurt/M., 1964, 144 S.

Abendroth, Wolfgang, *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*, Frankfurt/M., 1966, 2. Aufl., 191 S.

Anderle, A., *Die deutsche Rapallo-Politik. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1922-1929*, Halle, 1962, 248 S.

Anderson, Evelyn, *Hammer oder Amboss. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (Übers. Aus dem Englischen), Nürnberg, 1948, 244 S.

Angel, Pierre, *Edouard Bernstein et l'évolution du socialisme allemand*, Paris, 1961, 462 S.

Angermüller, Hans Heinrich, »Die Bedeutung der I. und II. Kongresses der Kommunistische Internationale für die Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei«, *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg* (Gesellschaft und sprachwissenschaftliche Reihe, 1958-1959, S. 47-60).

Angress, Werner T., *Stillborn Revolution : The Communist Bid for Power in Germany, 1921-1923*, Princeton, 1963, 514 S., [auf Deutsch: *Die Kampfzeit der KPD. 1921-1923*, Düsseldorf 1973, 547 S.]

Angress, Werner T., »Weimar Coalition and Ruhr Insurrection, March-April 1920 : a Study of Government Policy«, *The Journal of Modern History*, XXIX, Nr. 1, März 1957, S. 1-20.

Arndt, Helmuth, Seifert, Gerhard, »Zur Gründung der KPD«, *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität*, 1957-1958, Nr. 4, S. 313-324.

Ay, Karl Ludwig, *Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges*, Berlin, 1968, 230 S.

Badia, Gilbert, *Histoire de l'Allemagne contemporaine*, Band I, 1917-1933, Paris, 1962, 342 S.

Badia, Gilbert, »L'attitude de la gauche social-démocrate dans les premiers mois de la guerre (August 1914 – April 1915)«, *Le Mouvement social*, Nr. 49, Oktober-Dezember 1964, S. 81-105.

Badia, Gilbert, *Les Spartakistes. 1918 : l'Allemagne en révolution*, Paris, 1966, 298 S.

Badia, Gilbert, *Le Spartakisme. Les dernières années de Rosa Luxemburg et de Karl Liebknecht 1914-1919*, Paris, 1967, 438 S.

Badia, Gilbert, »Allemagne, novembre 1918 : Kurt Eisner devant le comité exécutif des conseils berlinois«, Revue d'histoire moderne et contemporaine, XV (1968), S. 340-361.

[Baianov, Boris, Avec Staline dans le Kremlin, Paris, 1930, 262 S., auf Deutsch: Bajanow, Boris, Stalin der rote Diktator, Berlin 1931, 168 S.]

Bartel, Walter, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Ost-Berlin, 1958, 640 S.

Bartel, Walter, Revolutionäre Ereignisse..., S. 168

Bartel, Walter, »Die Spartakusgruppe im Kampf der deutscher Arbeiterklasse für die schnelle Beendigung des Krieges nach dem Januarestreik 1918«, ZfG, 1964, Nr. 5, S. 799-816.

Bauer, Roland, »Die besten Deutschen verteidigten die Oktoberrevolution und lernten von ihr«, BzG, 1962, Nr. 4, S. 901-915.

Bauer, Roland, »Über den Charakter der Novemberrevolution«, ZfG, 1958, Nr. 1, S. 134 oder 142-168.

[Bayerlein, Bernhard H. u.a. (Hg.) Deutscher Oktober 1923, Berlin, 2003, 479 S.]

Beckert, Siegfried, »Die Linken in Chemnitz im Kampf gegen den Opportunismus für die Herausbildung einer revolutionären Partei«, BzG, 1967, Nr. 1, S. 109-118.

Beckmann, E., Der Dolchstoßprozess, in München vom 19. Oktober bis 20. November 1925. Verhandlungsberichte und Stimmungsbilder nach Berichten in die Münchener Zeitung, München, 1925, 232 S.

Benaerts, Pierre, L'unité allemande: 1806-1938, 3. Aufl., Paris 1958, 223 S.

Benoist-Méchin, Jacques, Histoire de l'armée allemande, 2 Bände, Paris, 1936, 470 und 684 S. Taschenbuchausgabe Band 1, Paris 1964, 379 Seiten, [deutsch: Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946, Band 1, Oldenburg 1965, 379 S., Band 2, Oldenburg 1965, 398 S.]

Bergsträsser, Ludwig, Die Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München, 10., überarbeitete Aufl., 1960, 363 S.

Berlau, Joseph A., The German social-democratic Party 1914-1921, Oxford, 1950, 374 S.

Berthold, Lothar und Neef, Helmut, Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten Führung mit der OHL (November-Dezember 1918). Eine Dokumentation. Ost-Berlin, 1958, 218 S.

Berthold, Lothar, »Die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik«, ZfG, 1960, Sondernr., S. 358-380.

Berthold, Walter, »Die Kämpfe der Chemnitzer Arbeiter gegen die militärische Konterrevolution im August 1919«, BzG, 1962, Nr. 1, S. 127-138.

[Bettelheim, Charles, L'Economie allemande sous le nazisme, Paris 1947, XII, 302 S., auf Deutsch, Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, München 1974, 333 S.]

Beutel, Horst, »Die November-Revolution von 1918 in Leipzig und die Politik der Leipziger USPD-Führung bis zum Eimarsch der konterrevolutionären Truppen des Generals Maercker am 12. Mai 1919«, Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig, G.u.S.R. VII, 1958, S. 385-411.

Beutel, Hans und Zeitz, Alfred, Die Novemberrevolution 1918 und die Gründung der Kommunistischen Partei in Brandenburg, Brandenburg-Havel, 1958, 63 S.

Beyer, Hans, Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München, Ost-Berlin, 1957, 184 S.

[Blumenthal Paul, »Die AEG Arbeiter streikten für Karl Liebknecht. in: 1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914-1920), S. 145-178.]

Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), der Allgemeinen Arbeiterunion (AAUD) und der Freien Arbeiterunion (FAUD). Meisenheim/Glan, 1969, 480 S.

Borkenau, Franz, Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart. Bern, 1952, 540 S.

Borkenau, Franz, World Communism. A History of the Communist International, Neuausg. Michigan, 1962, 442 S.

Bosl [Karl](Hg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München, 1969, 603 S.

Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart, 1955, 754 S.

Brauer, Erwin, Der Ruhraufstand von 1920, Berlin, 1930, 112 S.

Braunthal, Julius, Geschichte der Internationale, Hannover, Band I, 1961, 404 S., Band II, 1963, 618 S.

Bricianer, Serge, Pannekoek et les conseils ouvriers, Paris, 1969, 306 S.

Brjunin, V. G., Die erste Widerhall in der deutschen Arbeiterbewegung auf die Große Oktoberrevolution und den Friedensvorschlag der Sowjetregierung, Ost-Berlin (Übers. Aus dem Russischen), 1957, 44 S.

Broué, Pierre, Le parti bolchevique: histoire du P.C. de l'U.R.S.S., Paris, 1963, 628 S.

Buber-Neumann, Margarete (Pseud. von Faust, Margarete [?]), Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern, 1919-1943, Stuttgart, 1967, 522 S.

Bücher, Hermann, Finanz und Wirtschaftsentwicklung Deutschlands in den Jahren 1921 bis 1925, Berlin, 1925, 203 S.

Buchheim, Karl, Die Weimarer Republik. Grundlagen und politische Entwicklung, München, 1960, 140 S.

Buchot, J. C., Erich Wollenberg raconte: la »révolution« allemande de 1923 (D.E.S. Grenoble, 1968, 110 S. maschinenschr.).

Burgelin, Henri, La Société allemande 1871-1968, Paris, 1969, 440 S.

- Buse, D. K., »Ebert and the Coming of World War I: a Month from his Diary«, *International Review of social History*, 1968, Nr. 3, S. 430-448.
- Carr, E. H., *The Bolshevik Revolution 1917-1923*, 5. Teil, *Soviet Russia and the World*, Band III, London, 1952, 614 S.
- Carr, E. H., *The Interregnum 1923-1924*, London, 1954, 932 S.
- Castellan, Georges, *L'Allemagne de Weimar*, Paris, 1969, 444 S.
- Ciotti, Enzo, »Sinistra radicale e spartachisti nelle socialdemocrazia tedesca attraverso le Spartakus-Briefe«, *Annali*, 1961, S. 11-89.
- [Collins, Kenneth R., »The Election of Hugo Haase to the Co-Chairmanship of the Pre-War German Social-Democracy«, *International Review of Social History*, 1968, No. 2, pp. 174-188.]
- Colm, Gerhard, *Beitrag zur Geschichte und Soziologie der Ruhraufstandes vom März-April 1920*, Essen, 1921, 142 S.
- Comfort, Richard A., *Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic*, Stanford, 1966, 226 S.
- Coper, Rudolf, *Failure of a Revolution*, Cambridge, 1954, 294 S.
- [Daniels, Robert Vincent, *The conscience of the revolution: communist opposition in Soviet Russia*, Cambridge, Mass., XI, 526 S., auf Deutsch: *Das Gewissen der Revolution*, Köln, 1962, 604 S.]
- Danner, Lothar, *Ordnungspolizei Hamburg Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933*, Hamburg, 1958, 252 S.
- Dawidowitsch, D. S. [Давидович, Д.С.], *Revoljutsionnyj krisis 1923 g. w Germanii i Gamburskoje wosstanie* [Революционный кризис 1923 г. в Германии и Гамбургское восстание.], Moskau, 1963, 336 S.
- Degras, Jane, »United Front Tactics in the Comintern 1921-1928«, *International Communism, St-Antony's Papers*, Nr. 9, S. 9-22.
- Dix, Rudolf, »Deutsche Internationalisten bei der Errichtung und Verteidigung der Sowjetmacht 1917-1921«, *BzG*, 1966, Nr. 3, S. 491-506.
- [Dornemann, Luise, *Clara Zetkin – Ein Lebensbild*, Ost-Berlin, 1957, 439 S.]
- Dorst, Tankred und Neubauer, Helmut (Hg.), *Die Münchener Räterepublik. Zeugnisse und Kommentar*, Frankfurt/M., 1966, 192 S.
- Drabkin, J. S., *Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland*, Berlin 1968, 593 S. [Nojabr'skaja Rewoljutsija w Germanii [Ноябрьская революция в Германии], Moskau 1967, 432 S.]
- Drachkovitch, Milorad und Lazitch, Branko, *The Comintern: Historical Highlights, Essays, recollections, documents*, Stanford-London, 1966, 430 S.
- Drechsler, Hanno, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, Meisenheim/Glan, 1965, 406 S.
- Dünow, Wilhelm, *Der Rotkämpferbund*, Berlin, 1958, 101 S.

- Ehrt, Adolf und Schweickert, Julius, *Entfesselung der Unterwelt. Ein Querschnitt durch die Bolschewisierung Deutschlands*, Berlin, 1933, 326 S.
- Eildermann, Willi, »Die Märzaktion 1921 im Mitteldeutschland und ihre Lehren«, *Einheit*, 1951, Nr. 10, S. 648-659.
- Einhorn, Marion, »Zur Rolle der Räte im November und Dezember 1918«, *ZfG*, 1956, Nr. 3, S. 545-559.
- Einige Probleme der Novemberrevolution 1918 in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Ereignisse im Kreis Weißenfelde, Zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD, Weißenfeld, 1958, 24 S.
- Eisner, Erich, *Gegen die Bürger in Marxpelz. Die antiautoritären »Linken« in der Arbeiterbewegung*, Köln, 1968, 94 S.
- Erger, Johannes, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919-1920*, Düsseldorf, 1967, 365 S.
- Ersil, Wilhelm, *Aktionseinheit stürzt Cuno. Zur Geschichte des Massenkampfes gegen die Cuno-Regierung 1923*, Ost-Berlin, 1961, 400 S.
- Eyck, Erich, *Geschichte der Weimarer Republik, Band I, Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs 1918-1923*, Stuttgart, 1954, 468 S.
- Fabian, Walter, *Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918-1930*, Löbau, 1930, 200 S.
- Kurt Finker, »Neue Wege und Erkenntnisse bei der Erforschung des Kampfes der deutschen Arbeiter gegen den Kapp-Putsch«, *BzG*, Nr. 4, 1961, S. 909-910.
- Finker, Kurt, »Aus dem Kampf der Internationalen Arbeiterhilfe in Deutschland«, *BzG*, 1964, Nr. 5, S. 928-936.
- Fischer, Ruth, *Stalin and German Communism. A Study in the Origins of the State Party*, Cambridge, Mass., 1948, 688 S. [auf Deutsch: *Stalin und der deutsche Kommunismus : der Übergang zur Konterrevolution*. Frankfurt/Main 1950, XXIV, 831 S.]
- Flechtheim, Ossip K., *Die KPD in der Weimarer Republik*, Offenbach, 1948, 296 S.
- Fiechtheim, Ossip K., *Die KPD in der Weimarer Republik (Einleitung von Hermann Weber)*, Frankfurt/M., 1969, 360 S.
- Freymond, Jacques (dir.), *Contributions à l'histoire du Comintern*, Genève, 1965, 265 S.
- Friedlander, Henry Egon, »Conflict of revolutionary Authority : provisional Government versus Berlin soviet«, *International Review of Social History*, 1962, Nr. 2, S. 163-176.
- Gast, Helmut, »Die proletarischen Hundertschaften als Organe der Einheitsfront im Jahre 1923«, *ZfG*, 1956, Nr. 3, S. 439-465.
- Gätsch, Helmut, *Die Freien Gewerkschaften in Bremen 1919-1933*, Bremen, 1969, 169 S.
- Gatzke Hans W., »Russo-German military collaboration during the Weimar Republic«, *The American Historical Review*, LXIII, Nr. 3, April 1958, S. 565-597.

Gebier, Joachim, »Die Novemberrevolution 1918 und die Bewegung der Lehrerräte, dargestellt am Beispiel der Lehrerbewegung in Leipzig«, Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx Universität Leipzig, 1965, Nr. 2, S. 197-203.

Germanskoje rabotscheje dwischenije w nowoje wremija [Германское рабочее движение в новое время], Moskau, 1962, 313 S.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik, Ost-Berlin, Band I, Von den Anfängen bis 17, 1965, 366 S., Band II, Von 1917 bis 1943, 1966, 552 S.

Gessler, Otto, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, Stuttgart, 1958, 582 S.

Golowatschew, F[jodor] F[jodorowitsch] [Головачев, Федор Федорович], Rabotscheje dwischenie i sotsial-demokratija w Germanii w gody pervoj mirowoj wojny (awgust 1914 - oktjabr' 1918 g) [Рабочее движение и социал-демократия в Германии в годы первой мировой войны (август 1914 - октябрь 1918)], Moskau, 1960, 565 S.

Gordon, Harold J., »Die Reichswehr und Sachsen 1923«, Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1961, Nr. 12, S. 677-692.

Gordon, Harold J., The Reichswehr and the German Republic 1919-1926, Princeton, 1957, 480 S.

Görlitz, [Walter,] November 1918. Bericht über die deutsche Revolution, Hamburg, 1968, 224 S.

Gorski, Günter, »Zur These vom »ersten deutschen Arbeiterrat« in Leipzig und über das Ausmaß des Mitteldeutschen Antikriegsstreiks 1917«, BzG, 1964, Nr. 4, S. 634-640.

Gotsche, Otto, Die Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland und ihre historische Bedeutung, Ost-Berlin, 1956, 84 S.

Gottschalch, Wilfried, Strukturveränderung der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding, Berlin, 1962, 287 S.

[Goetz-Girey, Robert, Les syndicats ouvriers allemands après la guerre: idéologies et réalités, Paris 1936, XXXII, 314 S.]

Grau, Roland, »Zur Rolle und Bedeutung des Roten Soldatenbundes«, Zeitschrift für Militärgeschichte, 1968, Nr. 6, S. 718-732.

Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Parteien, Wiesbaden, 1962, 184 S.

Grotewohl, Otto, Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin, 1952, 168 S.

Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1. Auflage in: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus«, Sonderheft, August 1962, S. 58-186, 4. Aufl., 1964, Berlin, 304 S.

»Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.« Kritik einer Legende. (Beiträge von E[rnst] Schraepfer, H[enryk] Skrzypczak, S[iegfried] Bahne, [Georg] Kotowski), Berlin, 1964, 83 S.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Protokoll der wissen-

schaftliche Tagung des Instituts für Gesellschaftswissenschaft der Parteihochschule »Karl Marx« und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED am 22.-23. Januar 1959 in Berlin anlässlich des 40 Jahrestages der Gründung des KPD, Berlin, 1959, 244 S.

Guillen, Pierre, *L'Allemagne de 1848 à nos jours*, Paris, 1970, 255 S.

Habedank, Heinz, »Der Kampf für die zehn Forderungen des ADGB im Jahre 1921« *Die Arbeit* (Ost-Berlin), 1963, Nr. 9, S. 46-49.

Habedank, Heinz, *Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923*, Berlin, 1958, 250 S.

Haffner, Sebastian, *Die verratene Revolution*, München, 1970, 364 S.

Hagelweide, Gert, *Die publizistische Erscheinungsbild des Menschen im Kommunistischen Lied. Eine Untersuchung der Liedpublizistik der KPD (1919-1933) und der SED*, Berlin, 1968, 371 S.

Haimson, L.H., *Russian Marxists and the Origins of Bolshevism*, Cambridge, 1955, 256 S.

Hallgarten, Georg, *Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918-1933*, Frankfurt/M., 2. Aufl., 1955, 139 S.

Hammer, Franz, *Freistaat Gotha im Kapp-Putsch. Nach Dokumenten und Erinnerungen alter Mitkämpfer erzählt*, Ost-Berlin, 1955, 123 S.

Hanisch, Wilfred, *Die Hundertschaften der Arbeitewehr. Die proletarischen Hundertschaften 1923 in Sachsen*, Berlin, 1958, 105 S.

Heidegger, Dr. Hermann, *Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat (1870-1920). Unter besondere Berücksichtigung der Kriegs- und Revolutionsjahre*. Göttingen, 1956, 401 S.

Heiden, Konrad, *Adolf Hitler – Eine Biografie*, Zürich Band 1, 1936, 447 S., Band 2, 1937, 390 S.

Heidorn, Gunter und Kretschmer, Rudolf, *Rostocker Arbeiter schlugen den Kapp-Putsch nieder*, Rostock, 1955, 127 S.

Heininger, König und Tuchscheerer, *Ökonomisch-historische Aufsätze zur Novemberrevolution und zur Gründung der KPD*, Berlin, 1958. 136 S.

Hennicke, Otto, *Die Rote Ruharmee*, Berlin, 1957, 120 S.

Hermann, Rudolf und Schmücking Arnulf, »Die Ausnahmegericht zur Unterdrückung der mitteldeutschen Märzkämpfe im Jahre 1921«, *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg*, Sondernr. 1958-1959, I, S. 127-140.

[Herzfeld, Hans, *Die deutsche Sozialdemokratie und die Aufgabe der nationalen Einheitsfront im Weltkriege*. Leipzig 1928, XII, 425 S.]

Hoegner, Wilhelm, *Die verratene Republik. Geschichte der deutschen Gegenrevolution*. München, 1958, 397 S.

Hortzschansky, Günter, *Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren, wäh-*

- rend des Ruhrkampfes 1923, Berlin, 1960, 327 S.
- Hübsch, Hans »Der Entwurf eines Handelsvertrages zwischen der Sowjetunion und dem Freistaat Sachsen vom 19. Oktober 1923«, BzG, 1965, Sondernr., S. 135-139.
- Hülse, James W., The Forming of the Communist International, Stanford, 1964, 276 S.
- [Humbert-Droz, Jules, »L'oeil de Moscou« à Paris (1922-1924). Paris 1964, 265 S.]
- Humbert-Droz, Jules, Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal. Zürich, 1964, 262 S.
- Hunt, Richard N., German social-democracy 1918-1933, London, 1964, 292 S.
- Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin, o.J., (1929), 21 X 27 cm, 528 S. (Redigiert von P. Frölich, Lindau und Thomas.) (Abgekürzt: III. Gesch.).
- Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland (Publikation des IML), Berlin, 1968, 391 S. (Abgekürzt: Ill. Gesch. II.)
- Imig, Werner, »Zur Hilfe Lenins für die deutschen Linken bei der Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Staatsauffassung 1915 bis Oktober 1918«, BzG, 1963, Nr. 5-6, S. 803-819.
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPD (Hg.), Arbeitereinheit siegt über Militaristen : Erinnerungen an die Niederschlagung des Kapp-Putsches März 1920. Berlin, 1960, 203 S.
- [Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPD (Hg.), Geschichte der deutschen Arbeiter-Bewegung, Band 4, Von 1924 bis Januar 1933, Berlin 1966, 634 S.]
- Ittershagen, Siegfried, »Die Leitsätze des 2. Parteitages der KPD«, BzG, 1963, Nr. 5-6, S. 829-839.
- Ittershagen, Siegfried und Wimmer H. K. W., »Zur Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD der Novemberrevolution bis zur Brüsseler Konferenz«, BzG, 1963, Nr. 1, S. 32-52 und Nr. 2, pp 228-246.
- James, Cyril L. R., World Revolution 1917-1936. The Rise and Fall of the Communist International, London, o.J. (1937), 429 S.
- Kabaktschieff, Christo, Die Entstehung und Entwicklung der Komintern. Kurzer Abriss der Geschichte der Komintern, Hamburg, 1929, 174 S.
- Kaganowitsch, Lasar Moissejewitsch, Pour une étude bolchéviste de l'histoire du parti, Correspondance Internationale, 11. Jahrgang, Nr. 114, 23. Dezember 1931, S. 1257-1260, auf Russisch: За большевистское изучение истории партии, https://prorivists.org/doc_kaganovich-1931/ zuletzt abgerufen am 21. 11. 2023
- Kleen, Walter, »Über die Rolle der Räte in der Novemberrevolution«, ZfG, 1956, Nr. 2, S. 344-366.
- Klein, Fritz, Die diplomatische Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917-1932, Ost-Berlin, 1953, 190 S.
- Knittel, Fritz, »Die mitteldeutschen Märzkämpfe im Jahre 1921, ihre Bedeutung und ihre Lehren«, Einheit, 1956, Nr. 3, S. 251-262.

Knittel, Fritz, »Die mitteldeutsche Märzkämpfe im Jahre 1921, ihre Bedeutung und ihre Lehren«, in: Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut (Hg.): Die Märzkämpfe 1921, Berlin 1956, S. 5-48

Kochan, Lionel, Russia and the Weimar Republic, Cambridge, 1950, 190 S.

Koenen, Wilhelm, »Zur Frage der Möglichkeit einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch«, BzG, 1962, Nr. 2, S. 342-352.

Kolarow [Коларов], Wassil, »W. I. Lenin na III kongresse Kommunistitscheskogo Internatsionala« [В. И. Ленин на III конгрессе Коммунистического Интернационала], Woprosy Istorii KPSS [Вопросы истории КПСС], 1960, Nr. 2, S. 189-191.

Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik (1918-1919), Düsseldorf, 1962, 432 S.

Kolbe, Helmut, »Die Herausbildung der Kommunistischen Partei Deutschlands unter der Einfluss der großen sozialistischen Revolution«, ZfG, 1958, Sondernr., S. 84-109.

Kolbe, Hemut, »Außenpolitisches Programm des Gründungsparteitages der KPD«, Deutsche Außenpolitik, 1958, Nr. 11, S. 1033-1041.

Kolbe, Helmut, »W. I. Lenins Werk »Der linke Radikalismus die Kinderkrankheit im Kommunismus«, eine bedeutende Hilfe für die junge Kommunistische Partei Deutschlands«, BzG, 1960, Nr. 2, S. 255-275

Koller, Heinz, Kampfbündnis an der Seine, Ruhr und Spree. De gemeinsame Kampf der KPF und KPD gegen die Ruhrbesetzung 1923, Berlin, 1963, 348 S.

Könnemann, Erwin, »Zur Problem der Bildung einer Arbeiterregierung nach dem Kapp. Putsch« BzG, Nr. 5/6, 1963, S. 904-921.

Erwin Könnemann, »Protokolle Albert Südekums aus den Tagen nach dem Kapp-Putsch«, BzG, Nr. 2, 1966, S. 262-278

Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriss (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU), Ost-Berlin, 1970, 718 S.

Kommission des Zentralkomitees der KPdSU(B) (Hg.), Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki): kurzer Lehrgang, Berlin 1945, 445 S.

Koszyk, Kurt, Zivischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg, 1958, 276 S.

Kriwogus, I. M., »W. I. Lenin i germanskoje levye sotsial-demokraty w gody perwoj mirowoj wojny« [Ленин и немецкие левые социал-демократы в годы Первой мировой войны.], in Welikaja sila leninskich idej [Великая сила Ленинских идей], Moskau, 1960, S. 342-368.

Kriwogus, I. M. [Кривогуз, И. М.], »Spartak« i obrasowanie kommunistitscheskoj partii Germanii [»Спартак« и образование Коммунистическая партия Германии, Spartakus und die Bildung der Komministischen Partei Deutschlands], Moskau, 1962, 239 S.

Kruppa, Reinhold, Die Niederlausitz griff zur Waffe. Die Abwehr des Kapp-Putsches

in der Niederlausitz, Berlin, 1957, 80 S.

Krusch, Hans Joachim, Um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Erzgebirge-Vogtland unter besonderer Berücksichtigung des Klassenkampfes im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlrevier von Januar bis August 1923, Ost-Berlin 1963, 400 S.

Krusch, Hans Joachim, »Zur Bewegung der revolutionären Betriebsräte in den Jahren 1922-1923«, ZfG, Nr. 2, S. 374-376.

Krusch, Hans Joachim, »Zur Losung der Arbeiterregierung Anfang 1923«, BzG, 1964, Nr. 2, S. 267-278.

Krusch, Hans Joachim, »Zu den Ergebnisse der Einheitsfrontpolitik der KPD im Industriegebiet von Zwickau unter besonderer Berücksichtigung der Lage in der SPD (Ende 1922 bis März 1923«, BzG, 1965, Sondernr., S. 37-55.

Kuckuk, Peter (Hg.), Revolution und Räterepublik in Bremen, Frankfurt/M., 1969, 182 S.

Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart, Band I, 2. Teil (7. vermehrte Ausgabe), Berlin, 1954, 353 S.

Kuczynski, Jürgen, Der Ausbruch der ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse. Ost-Berlin, 1957, 252 S.

Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 5, Teil I, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland vom 1789 bis zum Gegenwart. Darstellung von 1917/1918 bis 1932-1933. Berlin 1966, 279 S.

Küster, Heinz, »Die Rolle der »Roten Fahne« bei der Vorbereitung der Gründung der KPD«, ZfG, 1963, Nr. 8, S. 1466-1484.

Kulinytsch, I. M., und Koschyk, M. M., Die deutsche Spartakusgruppe in der Ukraine 1918/1919, Ost-Berlin, 1961, 128 S.

Küster, Heintz, Nimtz, Walter, und Wimmer, Walter, »Der Kampf des Spartakusbundes in der Novemberrevolution 1918 für die Lösung der nationalen sozialen Lebensfragen des deutschen Volkes«, BzG, Nr. 5/6, 1964, S. 789-802.

Lammel, Inge, »Zur Rolle und Bedeutung des Arbeiterlieder«, BzG, 1962, Nr. 3, S. 726-742.

Lange, Günter, »Die Protestaktionen der Zwickauer Arbeiter gegen den deutschen Militarismus aus Anlass des Mordes an Walter Rathenau im Sommer 1922«, BzG, Nr. 4, 1962, S. 950-964.

Laschitzka, Horst, »Zum internationalen Widerhall von Karl Liebnechts Kampfkationen 1914/1915 gegen den imperialistischen Krieg«, BzG, 1962, Nr. 1, S. 102-106.

Lazitch, Branko, Lénine et la III^e Internationale, Neuchâtel, 1950, 226 S.

[R. Leibbrand, »Zur Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution«, Einheit, Nr. 1, Januar 1957, S. 102-10]

Lenzner, S. L., »Berlinskij Sowjet w period martowskich rewoljuzionnych boew 1919 g. w Berline« [Берлинский Совет в период мартовских революционных боев

- 1919 г. в Берлине], in: *Germanskoje rabotscheje dwischenije w nowoje wremija* [Германское рабочее движение в новое время], S. 7-42.
- Leuna, Kämpfendes : Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, Band I, 1916-1933, Ost-Berlin, 1961, 608 S.
- [Lichtenberger Henri, *L'Allemagne nouvelle*, Paris, 1936, 288 S.]
- Lindau, Rudolf, *Revolutionäre Kämpfe 1918-1919. Aufsätze und Chronik*, Ost-Berlin, 1960, 268 S.
- Lipinski, Richard, *Der Kampf un die politische Macht in Sachsen*, Leipzig, 1926, 95 S.
- Lösche, Peter, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920*, West-Berlin, 1967, 306 S.
- Lowenthal, Richard, »The Bolshevisation of the Spartacus League«, in *International Communism, St-Antony's Papers*, Nr. 9, S. 23-71.
- Lucas, Erhard, *Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenräte*, Frankfurt/M., 1969, 150 S.
- Lucas, Erhard, *Märzrevolution im Ruhrgebiet. Bewaffneter Arbeiteraufstand März/April 1920*, Frankfurt/M., 1970, 300 S.
- Luther, Karl Heinz, »Die nachrevolutionäre Machtkämpfe in Berlin November 1918 bis März 1919«, *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, 1959, Nr. 8, S. 187-221.
- Lutz, Ralph Haswell, *The German Revolution 1918-1919*, Stanford, 1968, 186 S.
- Malanowski, Wolfgang, *Novemberrevolution 1918. Die Rolle der SPD*, Frankfurt/M., 1969, 190 S.
- Mammach, Klaus, *Der Einfluss der russischen Februarrevolution und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterklasse Februar 1917 - Oktober 1918*, Ost-Berlin, 1955, 152 S.
- [Marty, André, *La Révolte de la mer Noire*, Nachdruck, Paris, 1970, Bd. 1, 184 S., Bd. 2, 415 S.]
- Märzkämpfe 1921*, Die, Ost-Berlin, 1956, 188 S.
- [Matern, Hermann, *Die führende Rolle Walter Ulbrichts bei der Entwicklung der Strategie und Taktik unserer Partei*, *Einheit*, Nr. 6, Juni 1963, S. 3-19]
- Meisel, Gerhard, »Zur Entwicklung der Rätebewegung von 1919 bis 1921, unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Organisation«, *BzG*, 1966, Nr. 2, S. 209-226.
- Meyer, Ernst, »Kommunismus«, in »*Volk und Reich der Deutschen*« (Berlin, 1929, Bd. II), S. 142-154
- Mitchell, Allan, *Revolution in Bavaria 1918-1919. The Eisner Regime and the Soviet Republic*, Princeton, 1965, 374 S.
- Morenz, Ludwig und Münz, Erwin, *Revolution und Räteherrschaft in München*, München, 1969, 135 S.
- Mujbegović, Vera, *Komunisticka Partija Nemacke v Periodu Posleratne Krize 1918-*

1923, Belgrade, 1968, 493 S.

Müller, Hermann, »Die Bedeutung der Gründung der IAH. im Jahre 1921 für die Entwicklung der Solidarität der deutschen Arbeiterklasse mit Sowjetrussland«, BzG, 1962, Nr. 3, S. 642-656.

Naumann, Horst, »Об«единение револjуционного крыла невазисимой социал-демократии с КПГ« [Объединение революционного крыла невазисимой Социал-демократической партии с КПГ, Vereinigung des revolutionären Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit der KPD] in: Germanskoje rabotscheje dwischenije w nowoje wremija [Германское рабочее движение в новое время], S. 74-97.

Naumann, Horst, »Die Bedeutung des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale für die Vereinigung des revolutionären Flügels der USPD mit der KPD«, BzG, 1960, Nr. 3, S. 466-487.

Naumann, Horst und Voigtländer, Fred, »Zum Problem einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch«, BzG, 1963, Nr. 3, S. 461-474.

[Naumann Horst, »Dokumente zum 45. Jahrestag der Gründung der K.I.«, BzG, Nr. 9, 1964, S. 285-297.]

Neubauer, Helmut, München und Moskau 1918-1919. Zur Geschichte der Rätebewegung in Bayern, München, 1958, 100 S.

Neubauer, Helmut (Hg.), Deutschland und die Russische Revolution, Stuttgart, Berlin, Köln, 1968, 112 S.

[Neues Deutschland, »Über den Charakter der Novemberrevolution«, Neues Deutschland, 18. Juni 1958, S. 4, Sp. 1 – S. 5, Sp. 1.]

Nimtz, Walter, Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin. 1962, 248 S.

Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf, 1961, 454 S.

Nojabr'skaja Rewoljutsija w Germanii [Ноябрьская революция в Германии], Moskau, 1960, 514 S.

Nollau, Günther, Die Internationale. Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus, Köln, 1969, 344 S.

Norden, Albert, Zwischen Berlin und Moskau. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen, Ost-Berlin, 1954, 387 S.

Noske, Gustav, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach/M., 1947, 323 S.

Obermann, Karl, Die Beziehungen des amerikanischen Imperialismus zum deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, Berlin, 1952, 168 S.

Oeckel, Heinz, Die revolutionäre Volkswehr 1918-1919. Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die revolutionäre Volkswehr (November 1918 bis Mai 1919), Ost-Berlin, 1968, 328 S.

Oeckel, Heinz, »Über die Militärpolitik der KPD in der Periode der revolutionären

- Nachkriegskrise 1919-1923«, *Militärwesen*, 1964, Nr. 1, S. 75-84.
- Oertzen, Peter von, »Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1958, Nr. 2, S. 231-262.
- Oertzen, Peter von, *Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/1919*, Düsseldorf, 1964, 377 S.
- Opel, Fritz, *Der deutsche Metallarbeiterverband während des ersten Weltkrieges und der Revolution*, Hannover, Frankfurt/M., 1958, 144 S.
- Osterroth, Franz und Schuster, Dietrich, *Chronik der deutschen Sozialdemokratie*, Hannover, 1963, 672 S.
- Ostwald, Hans, *Sittengeschichte der Inflation. Ein Kulturdokument aus den Jahren des Marksturzes*, Berlin, 1931, 280 S.
- [Paris, Robert, *Histoire du fascisme en Italie. Band 1*, Paris 1962, 364 S.]
- Petzold, Joachim, *Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus*, Berlin, 1963, 148 S.
- Plener, Ulla, »Die Märzkonferenz der Spartakusgruppe – ein Markstein auf dem Wege zur Gründung der KPD«, *BzG*, 1961, Nr. 4, S. 821- 841.
- Polzin, Martin, *Kapp-Putsch in Mecklenburg. Junkertum und Landproletariat in der revolutionären Krise nach den 1. Weltkrieges*, Rostock, 1966, 333 S.
- Prager, Eugen, *Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Berlin, 1921, 240 [und annotierte Auflage, Berlin-Bonn 1980, 231 S.]
- Puchta, Gerhard, »Der Arbeiter- und Soldatenrat Leipzigs von November 1918 bis vor dem II. Rätekongress Anfang April 1919«, *Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig*, 1957-1958, S. 363-384.
- Raase, Werner, *Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1919-1923*, Berlin, 1967, 166 S.
- Radczun, Günter, »Einige Probleme der Haltung Rosa Luxemburgs zur proletarische Revolution (Zu Flechtheims Rosa-Luxemburg-Edition »Die Russische Revolution«)«, *BzG*, 1966, Nr. 1, S. 9-22.
- [Regula, J. A., *Historia Komunistycznej Partii Polski w świetle faktów i dokumentów*, Wrocław, 1934, 343 S.]
- Reichenbach, Bernhard, »Zur Geschichte der KAPD«, *Archiv für die Geschichte der Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Leipzig, 1928, XIII, S. 117-140.
- Reisberg, Arnold, »Die Leninsche Politik der Aktionseinheit und ihre Anfänge in Deutschland«, *BzG*, 1963, Nr. 1, S. 53-71.
- Reisberg, Arnold, »Lenin, die KPD und die Konferenz der drei Internationalen in Berlin 1922«, *BzG*, 1963, Nr. 2, S. 247-263.
- Reisberg, Arnold, »Um die Einheitsfront nach dem Rathenaumord«, *BzG*, 1963, Nr.

5/6, S. 995-1009.

Reisberg, Arnold, Lenin und die Aktionseinheit in Deutschland, Ost-Berlin, 1964, 200 S.

A. Reisberg, »Ein neuer Brief W. I. Lenins über die Taktik der KI«, BzG, 1965, Nr. 4, S. 686-691

Reisberg, Arnold, »Zur Genesis der Losung Arbeiterregierung in Deutschland (Das Jahr 1921)«, BzG, 1965, Nr. 6, S. 1025-1038.

Reisberg, Arnold, »Lenin und die Zimmerwalder Bewegung«, ZfG, 1964, Nr. 5, S. 777-798.

Reisberg, Arnold, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik, Berlin, 1971. 2 Bände, 843 S.

Renouvin, Pierre, L'Empire allemand 1890-1918 (4 Bände mit Matrize vervielfältigt).

Retzlaw, Karl, Spartakus, Gezeiten der Revolution, München, 1969, 500 S.

Rieß, Eberhard, Der Widerhall der mitteldeutschen Märzkämpfe in den verschiedensten Gebieten Deutschlands, in: Die Märzkämpfe, S. 57-65

Ritter, Gerhard, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die SPD und die Freien Gewerkschaften 1890-1900, Berlin, 1959, 225 S.

Rosenberg, Arthur, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M., 1955, 502 S.

Rosenfeld, Günter, Sowjetrussland und Deutschland 1917-1922, Ost-Berlin, 1960, 423 S.

Rosmer, Alfred, Moscou sous Lénine. Les origines du communisme, Paris, 1953, 316 S. [Auf Deutsch: Rosmer, Alfred, Moskau zu Lenins Zeiten, Frankfurt am Main 1989, 235 S.]

Roth, Gunter, The Social-democrats in Imperial Germany. A Study in Working-class Isolation and National Integration, Totowa (USA), 1963, 352 S.

Rückert, Otto, »Die Linken im Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland (unter besonderer Berücksichtigung des Wirkens Karl Liebknecht im Wahlkreis)«, BzG, 1965, Sondernr., S. 84-101.

Ruge, Wolfgang, Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, Ost-Berlin, 1962, 198 S.

Runkel, Ferdinand, Die deutsche Revolution. Beitrag zur Zeitgeschichte, Leipzig, 1919, 232 S.

Rürup, Reinhard, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/1919, Wiesbaden, 1968, 59 S.

Ryder, A. J., The German Revolution of 1918. A Study of German socialism in War and Revolution, Cambridge-London, 1967, 304 S.

Sayous, André, »L'Épuisement économique de l'Allemagne entre 1914 und 1918«, Revue historique, Januar-März 1940, S. 66-75.

Schabrod, Karl, Generalstreik rettet die Weimarer Republik. Wie der Arbeiterschaft

- vor 40 Jahren der Kapp-Putsch zerschlug, Düsseldorf, 1960, 44 S.
- Schade, Franz, Kurt Eisner und die bayrische Sozialdemokratie, Hannover, 1961, 200 S.
- Schneider, Kurt, »Die Herausbildung der Leipziger Liebknechtgruppe und ihre Entwicklung zu einem Glied des Spartakusgruppe (1914-1916), BzG, 10 , Nr. 5, S. 763-776.
- Schneider, Kurt, »Der Streik der Leipziger Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg im April 1917 und die Haltung der Leipziger USPD Führung«, BzG, 1963, Nr. 2, S. 274-281.
- Schorske, Carl E., The German Social-democracy 1905-1917. The Development of the Great Schism, Cambridge, 1955, 358 S.
- [Schreiner, Albert, Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik, Bd. I, Ost-Berlin 1952, 463 S.]
- Schreiner, Albert und andere, Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918, Ost-Berlin, 1957, 354 S.
- [Schreiner, Albert, »Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland vor und während der Novemberrevolution«, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 1, 1958, S. 7-37]
- Schröder, Wolfgang, »Die erste »Arbeiterregierung« auf deutschem Boden. Das Sächsische Kabinett Zeigner«, Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen, 1958-1959, Nr. 1-2.
- Schröder, Wolfgang, Klassenkampf und Gewerkschaftseinheit. Die Herausbildung und Konstituierung des gesamtationalen deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Leipzig, 1965, 400 S.
- Schüddekopf, O. E., Linke Leute von Rechts. Nationalbolschewismus in Deutschland von 1918 bis 1953, Stuttgart, 1960, 548 S.
- Schüddekopf, O. E., Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918-1933, Hannover, Frankfurt/M., 1955, 326 S.
- Schüddekopf, O. E., »Karl Radek in Berlin«, Einleitung zu »November«, Archiv für Sozialgeschichte. s. Radek (in Biografien).
- Schüller, Richard, Kurella, Alfred und Chitarow [Rafael], Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale, Berlin, 1929-1930, 3 Bände, 224, 256 und 240 S.
- Schulz, Eberhard, Dokumente und Materialen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle, Band I (1917-1933), Halle, 1965, 181 S.
- Schulz, Eberhard, »Die Entwicklung der KPD zu einer revolutionäre Massenpartei und die Rolle des linken Flügels in der USPD im Bezirk Halle-Merseburg (1920)«, Halle, 1958, 85 S.
- Schunke, Joachim, Schlacht um Halle. Die Abwehr des Kapp-Putsches in Halle und Umgebung, Ost-Berlin, 1956, 110 S.

[Schurer, Heinz, »Anton Pannekoek and the Origins of Leninism«, *The Slavonic and East European Review*, XLI, 97, Juni 1963, S. 327-344.

Schurer, Heinz, »Radek and the German Revolution«, *Survey*, Nr. 53, Oktober 1964, S. 59-69]

Schwaab, Dagmar, »Die Sächsischen Organisationen des Verbands der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands und die Forderung nach einer Arbeiterregierung«, *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen*, Weimar, 1966, Nr. 1, S. 1-4.

Schwarz, Albert, *Die Weimarer Republik*, Konstanz, 1958, 232 S.

Schwenk, Paul, »Lenin, Mehring und das Niederbarnimer Referentenmaterial«, *BzG*, 1960, Nr. 1, S. 158-163.

Seidel, Richard, *Die Gewerkschaftsbewegung und das Rätssystem*, Berlin, 1919, 64 S.
 Selednew, K.L., »Bolschewistskaja agitatsija i rewoljusionnoje dwischenije w Germanskoj Armii na wostotschnom fronte w 1918 g.« [Большевицкая агитация и революционное движение в германской армии на Восточном фронте в 1918 г.], *Nojabr'skaja Rewoljutsija w Germanii* [Ноябрьская революция в Германии], S. 271-328.

Slonimski, M., Eugen Léviné. *Erzählung*. Ost-Berlin, 1949, 103 S.

[Salomon, Ernst, von, *Les Réprouvés*, Paris 1951, IV, 438 S., auf Deutsch: *Die Geächteten*, Gütersloh, 1930, 560 S.

Souvarine, Boris, *Staline*, Paris 1935, 574 S., auf Deutsch: *Boris Souvarine, Stalin. Anmerkungen zur Geschichte des Bolschewismus*. München 1980, 712 S.]

Spectator, *Die Geschichte der Berliner Fünftageregierung*, Leipzig, 1920, 96 S.

Spethmann, Hans, *Der Ruhrkampf 1923 bis 1925*, Berlin, 1933, 274 S.

[Stalin, »Les Questions du léninisme«, Bd. II, auf Deutsch: »Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus«, *Stalin Werke*, Band 13, S. 76-91]

Stampfer, Friedrich, *Die ersten 14 Jahren der deutschen Republik*, Karlsbad, 1936, 636 S.

Stein, Eberhard, »Bemerkungen zur Provokation der Bourgeoisie und zur Rolle der Leuna-Werke, in: *Die Märzkämpfe*, S. 97-104

Stern, Leo, *Der Einfluss der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung*, Ost-Berlin, 1958, 384 S.

Stern, Leo, *Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland*, Ost-Berlin, 1959, Bd. I.

Stern, Leo, »Zur Vorgeschichte der Gründung der KPD«, *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, 1954, Nr. 1, S. 11-28.

Stern, Leo, »Rasгром Капповского путча - resul'tat jedinstwa dejstwij rabotsche-go klassa« [Разгром капповского путча – результат единства действий рабочего класса, *Die Niederlage des Kapp-Putsches – Resultat der Aktionseinheit der Arbeiterklasse*], *Germanskoje rabotscheje dwischenije w nowoje wremija* [Германское

рабочее движение в новейшее время], S. 44-72.

Thälmann, Ernst, *Der revolutionäre Ausweg und die KPD*, Berlin 1932, 96 S.

Tjaden, K. H., *Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik*, Meisenheim/Glan, 1964, 235 S.

Tormin, Walter, *Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung 1918-1919*, Düsseldorf, 1954, 150 S.

Tschelike, W. F., »Natschalo Martowskich boew 1919 g. w Berline« [Начало мартовских боев 1919 года в Берлине], *Nojabr'skaja Rewoljutsija w Germanii* [Ноябрьская революция в Германии] Moskau, 1960, S. 169-198

Uhlemann, Manfred, *Arbeiterjugend gegen Cuno und Poincaré. Das Jahr 1923*, Ost-Berlin, 1960, 336 S.

[Ulbricht, Walter, »Die Nachkriegskrise in Deutschland und die Ereignisse des Jahres 1923«, in: *Zur Geschichte... I*, S. 97-153

Ulbricht, Walter, *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: aus Reden und Aufsätzen. Band 1. 1918-1933*, Berlin, 1953, 672 S.

Ulbricht, Walter, Referat zum »Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, in: *Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus*, Sonderheft, August 1962, S. 1-57]

Varain, J., *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920)*, Düsseldorf, 1956, 298 S.

Vermeil, Edmond, *L'Allemagne contemporaine, sociale, politique, culturelle (1890-1950)*, Paris, 1952. Band I, *Le Règne de Guillaume II (1890-1918)*, 384 S. Band II, *La République de Weimar und le Troisième Reich (1918- 1950)*, 444 S.

Vietzke und Wohlgemuth, *Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit der Weimarer Republik (1919-1933)*, Ost-Berlin, 1966, 523 S.

Vidil, Charles, *Les Mutineries de la marine allemande (1917-1918)*, Paris, 1931, 207 S.

Volkman, E. O., *La Révolution allemande (1918-1920)*, Paris, 1933, 310 S.

Wagner, Raimund, »Zur Frage der Massenkämpfe in Sachsen im Frühjahr und Sommer 1923«, *ZfG*, 1956, Nr. 2, S. 246-264.

Wagner, Raimund, »Über die Chemnitzer Konferenz und die Widerstandsaktionen der sächsischen Arbeitermassen gegen den Reichswehreinmarsch im Oktober 1923«, *BzG*, 1961, Sondernr., S. 188-208.

Wagner, Raimund, »Der Kampf um die proletarische Einheitsfront und Arbeiterregierung in Sachsen unmittelbar nach dem VIII. Parteitag der KPD«, *BzG*, 1963, Nr. 4, S. 647-657, und Nr. 5/6, S. 922-932.

Wagner, Raimund, »Die revolutionäre Bewegung in den Bezirken Hessen-Frankfurt und Baden im Herbst 1923«, *BzG*, 1965, Nr. 1, S. 84-95.

- Waldman, Eric, *The Spartacist Uprising of 1919 and the Crisis of the German Socialist Movement, A Study of the Relation of Political Theory and Practice*, Milwaukee, 1958, 248 S.
- Walter, Gérard, *Histoire du Parti Communiste français*, Paris, 1948, 390 S.
- Weber, Helmut, »Neue Dokumente zur Politik der deutschen Linken 1915 und 1916, BzG, 1965, Nr. 4, S. 661-669.
- Weber, Hermann, *Von Rosa Luxemburg bis Walter Ulbricht. Wandlungen des deutschen Kommunismus*, Hannover, 1961, 112 S.
- Weber, Hermann, *Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum »Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«*, Köln, 1964, 180 S.
- Weber, Hermann, »Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale. Dokumentation« (Dokumentauszüge aus Privatarchiven von Rosa Meyer-Léviné), *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, München, 1968, Nr. 2, S. 178-208.
- Weber, Hermann, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M., 1969, Bd. I, 466 S., Bd. II, 428 S. (Abgekürzt: Weber, *Die Wandlung*.)
- Wenzel, Otto, *Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923* (maschinenschriftliche Dissertation, FU Berlin, 1955).
- Wheeler-Bennett, J. W., *The Nemesis of Power. The German Army in Politics (1918-1945)*, London, 1954, 829 S.
- Wimmer, Walter, *Das Betriebsrätegesetz von 1920 und das Blutbad vor dem Reichstag*, Berlin, 1960, 68 S.
- Winkler, Erwin, *Die Bewegung der Berliner revolutionären Obleute im Ersten Weltkrieg. Entstehung und Entwicklung bis 1917*, Ost-Berlin, 1964, 53 S.
- Winkler, Erwin, »Die Berliner Obleutebewegung im Jahre 1916«, *ZfG*, 1968, Nr. 11, S. 1422-1442.
- Wohlgemuth, Heinz, *Burgkrieg, nicht Burgfriede! Der Kampf Karl Liebknechts, Rosa Luxemburg und Ihrer Anhänger um die Rettung der deutschen Nation in den Jahren 1914-1916*, Ost-Berlin, 1963, 320 S.
- Wohlgemuth, Heinz, *Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands*, Ost-Berlin, 1968, 364 S.
- Wollenberg, Erich, *Der Apparat : Stalins Fünfte Kolonne*, Bonn, 3. Aufl., 1952, 148 S.
- Wrobel, Kurt, *Die Volksmarinedivision*, Berlin, 1957, 144 S.
[Ypsilon, *Stalintern*, Paris 1948, 446 S.]
- Zeisler, Kurt, *Aufstand in der deutschen Flotte. Die revolutionäre Matrosenbewegung im Herbst 1918*, Ost-Berlin, 1956, 91 S.
- Zeissig, Eberhard, »Der Entwurf eines Aktionsprogramms für die Chemnitzer Konferenz vom 21. Oktober 1923«, *BzG*, 1964, Nr. 6, S. 1060-1065.

Ausgewählte Titel des Manifest Verlags

S. Staničić, S. Hollasky, W. Klein, S. Kimmerle: Die Deutsche Revolution. Texte zur revolutionären Periode in Deutschland vom November 1918 bis 1923.

ISBN 978-3-96156-004-2, 9,90 Euro

Karl Liebknecht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Reden und Schriften gegen Militarismus und Krieg.

ISBN 978-3-96156-005-9, 14,90 Euro

Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich

ISBN 978-3-96156-040-0, 6,90 Euro

Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?

ISBN 978-3-96156-053-0, 10,50 Euro

Rosa Luxemburg: Die Russische Revolution

ISBN 978-3-96156-056-1, 9,90 Euro

Leo Trotzki: Revolution in Deutschland

ISBN 978-3-96156-060-8, 11,90 Euro

Wolfram Klein: Rosa Luxemburg - Ihre politischen Ideen.

ISBN 978-3-96156-089-9, 14,90 Euro

Fritz Rück: Der Weg der deutschen Sozialdemokratie

ISBN 978-3-96156-063-9, 9,90 Euro

Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften

ISBN 978-3-96156-065-3, 10,50 Euro

Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus

ISBN 978-3-96156-067-7, 10,50 Euro

Clara Zetkin: Rosa Luxemburgs Stellung zur Russischen Revolution

ISBN 978-3-96156-103-2, 12,90 Euro

Oskar Hippe: ...und unsere Fahn' ist rot

ISBN 978-3-96156-061-5, 12,90 Euro

manifest.

bücher. um die welt zu ändern.

manifest-bücher.de

manifest-verlag.de